# Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

Band II Nr. 3/4

Teil 2: Urkunden

# 1. Brasilien

## Gesetzgebung

### 1) Verordnung über Einsetzung der provisorischen Regierung der Vereinigten Staaten Brasiliens und Erlaß anderer Bestimmungen

**Nr. 19 398 vom 11. November 1930 (Diario Official, Nr. 273, S. 20 663/4).** [1])

Das Oberhaupt der provisorischen Regierung der Republik der Vereinigten Staaten Brasiliens verordnet:

*Artikel 1.* — Die provisorische Regierung übt nach ihrem Ermessen und in unbeschränkter Machtfülle alle Funktionen und Befugnisse aus, und zwar nicht nur der ausübenden, sondern auch der gesetzgebenden Gewalt, bis nach Wahl der verfassunggebenden Versammlung diese die verfassungsmäßige Neugestaltung des Landes vornimmt.

*Einziger §.* Alle Ernennungen und Entlassungen von Beamten oder Personen in irgendwelchen öffentlichen Stellungen, seien es wirkliche, einstweilige oder kommissarische, stehen ausschließlich dem Oberhaupt der provisorischen Regierung zu.

*Artikel 2.* — Die Auflösung des Nationalkongresses und der gegenwärtigen gesetzgebenden Versammlungen der Staaten, (gleich welcher Art ihre Benennungen sein mögen), wird mit allen Rechtswirkungen bestätigt, ebenso die von Gemeinderäten oder -versammlungen und allen gesetzgebenden oder beratenden Organen, die in den Staaten, in Gemeinden, im Bundesbezirk oder im Territorium Acre bestehen, und ebenso auch derjenigen bereits aufgelösten, die noch nicht tatsächlich bestanden haben.

*Artikel 3.* — Die richterliche Gewalt des Bundes, der Staaten, des Territoriums Acre und des Bundesbezirks wird weiter ausgeübt in Übereinstimmung mit den in Kraft befindlichen Gesetzen, jedoch mit den nach Maßgabe des gegenwärtigen Gesetzes künftig erfolgenden Änderungen und mit den Einschränkungen, die sich ohne weiteres aus diesem Gesetze ergeben.

*Artikel 4.* — Es bleiben in Kraft die Verfassungen des Bundes und der einzelnen Staaten, die übrigen Bundesgesetze und -verordnungen, ebenso wie die Stadtrats-Verfügungen, Beschlüsse und anderen

[1]) Übersetzung des Instituts.

Verfügungen der Gemeinden; alle jedoch, einschließlich der Verfassungen selbst, sind den Abänderungen und Einschränkungen unterworfen, welche durch dieses Gesetz oder durch Dekret oder spätere Verfügungen der provisorischen Regierung oder ihrer Beauftragten im Bereiche ihrer jeweiligen Befugnisse bestimmt werden.

*Artikel 5.* — Die verfassungsmäßigen Garantien bleiben aufgehoben und die gerichtliche Prüfung der Verordnungen und Verfügungen der provisorischen Regierung oder der Bundesinterventoren, die sie in Übereinstimmung mit dem gegenwärtigen Gesetz oder seinen späteren Abänderungen erlassen haben, bleibt ausgeschlossen.

*Einziger §.* Das habeas-corpus zugunsten der Schuldigen oder Angeklagten bleibt bestehen bei Verfolgung gewöhnlicher Verbrechen, abgesehen von dienstlichen und denjenigen Verbrechen, für die Sondergerichte zuständig sind.

*Artikel 6.* — Durchaus rechtsgültig und vollkommen bindend bleiben alle Rechtsbeziehungen zwischen Personen des Privatrechts, die nach Maßgabe der einschlägigen Gesetzgebung begründet sind; die jeweils erworbenen Rechte werden gewährleistet.

*Artikel 7.* — Durchaus rechtsgültig nach Maßgabe der anwendbaren Gesetze bleiben die Verpflichtungen und Rechte, die sich aus Verträgen, Konzessionen oder anderen Verleihungen des Bundes, der Staaten, der Gemeinden, des Bundesbezirks und des Territoriums Acre herleiten, ausgenommen diejenigen, die der Nachprüfung unterworfen sind und dem öffentlichen Interesse und der Verwaltungsmoral zuwiderlaufen.

*Artikel 8.* — Diejenigen Rechte, die sich bisher aus Ernennungen, freien Wohnungen, Ruhestand, Wartestand, Verabschiedungen, Gnadengehältern oder Unterstützungen, sowie im allgemeinen aus allen Verfügungen ergeben, welche sich auf Anstellung, Ämter oder öffentliche Dienste beziehen, sei es aus ihrer Ausübung oder aus ihrer Erledigung, diese einschließlich, und alle Rechtsfolgen aus richterlichen Ämtern, Staatsanwaltschaft, Ämtern in der Justizverwaltung und irgendwelchen anderen Ämtern des Bundes, der Staaten, der Gemeinden, des Territoriums Acre und des Bundesbezirks sind nicht in die Artikel 6 und 7 einbegriffen, sondern können insgesamt oder einzeln durch spätere Verfügungen aufgehoben werden.

*Artikel 9.* — Die finanzielle Selbstverwaltung der Staaten und des Bundesbezirks wird aufrechterhalten.

*Artikel 10.* — Alle Verpflichtungen werden in voller Kraft aufrechterhalten, die vom Bunde, den Staaten und Gemeinden auf Grund von Anleihen oder irgendwelchen anderen öffentlichen Kreditgeschäften übernommen worden sind.

*Artikel 11.* — Die provisorische Regierung ernennt für jeden Staat einen Bundesinterventor, außer für diejenigen, welche schon geordnet sind; in diesen verbleiben die betreffenden Präsidenten im Besitze der hierunter aufgeführten Machtbefugnisse.

§ 1. Der Interventor erhält in jedem Staate, die Erträge, Vorteile und

Vorrechte, die die frühere Gesetzgebung desselben Staates ihrem Präsidenten oder Statthalter gewährt, wobei ihm in vollem Umfang die Ausübung nicht nur der ausübenden, sondern auch das der gesetzgebenden Gewalt zukommt.

§ 2. Der Interventor hat in bezug auf die Staatsverfassung und -gesetze, die Gemeindebeschlüsse und die Stadtrats- und Gemeindeverfügungen dieselben Vollmachten, die durch dieses Gesetz der provisorischen Regierung in bezug auf die Verfassung und die übrigen Bundesgesetze zustehen, wobei es ihm obliegt, die Verordnungen und Beschlüsse jener im Gebiet des betreffenden Staates zu vollstrecken.

§ 3. Der Bundesinterventor wird seiner Würde nach Ermessen der provisorischen Regierung enthoben.

§ 4. Der Interventor ernennt einen Präfekten für jede Gemeinde, der daselbst alle vollziehenden und gesetzgebenden Handlungen ausübt. Der Interventor kann ihn seines Amtes entheben, sobald er es für erforderlich hält, jede seiner Verfügungen oder Beschlüsse widerrufen oder abändern und ihm Anweisungen für die gute Erledigung bestimmter Aufgaben und für die Ordnung und Wirksamkeit der Gemeindedienste erteilen.

§ 5. Kein Interventor oder Präfekt kann einen seiner Verwandten bis zum 6. Grade, sei er blutsverwandt oder verschwägert, für eine öffentliche Stellung im Staat oder in der Gemeinde ernennen, außer wenn es sich um eine persönliche Vertrauensstellung handelt.

§ 6. Der Interventor und der Präfekt haben, nachdem sie vorschriftsmäßig eingesetzt sind, die Verfügungen und Beschlüsse ausdrücklich zu genehmigen oder zu widerrufen, die sie selbst, vor ihrer Einsetzung in Übereinstimmung mit dem gegenwärtigen Gesetz, oder irgendwelche andere Behörden, die vorher tatsächlich den Staat oder die Gemeinde verwaltet haben, herbeigeführt haben.

§ 7. Die Interventoren und Präfekten halten in dem Umfang, den die örtlichen Bedingungen ihnen gestatten, den Grundsatz der Öffentlichkeit für ihre Verfügungen und die Beweggründe, die ihnen maßgebend waren, aufrecht, insbesondere in bezug auf Erhebung und Verwendung der öffentlichen Gelder. Die monatliche Veröffentlichung der Einnahmen und Ausgaben ist Pflicht.

§ 8. Gegen die Handlungen der Interventoren ist Beschwerde an das Oberhaupt der provisorischen Regierung gegeben.

*Artikel 12.* — Die neue Bundesverfassung hält die republikanische Bundesform aufrecht und kann die Rechte der Gemeinden und der brasilianischen Bürger, sowie die Sicherungen des Einzelnen, die in der Verfassung vom 24. Februar 1891 festgesetzt sind, in keiner Weise beschränken.

*Artikel 13.* — Die provisorische Regierung gewährleistet mit den Hilfsmitteln der Bundesregierung und durch die Interventoren in den Staaten die öffentliche Ordnung und Sicherheit, indem sie die allgemeine Neuordnung der Republik fördert.

*Artikel 14.* — Alle Verfügungen des vorläufigen Regierungsaus-

schusses, der in dieser Hauptstadt am letztvergangenen 24. Oktober gegründet wurde, und der gegenwärtigen Regierung werden ausdrücklich bestätigt.

*Artikel 15.* — Es wird der beratende Nationalrat geschaffen, und zwar mit Vollmachten und Befugnissen, die durch ein Sondergesetz geregelt werden.

*Artikel 16.* — Es wird der Sondergerichtshof für Prozesse und Urteile über politische, dienstliche und andere Verbrechen, geschaffen. Diese werden in dem Gesetz über seine Einrichtung festgestellt werden [1].

*Artikel 17.* — Die Verfügungen der provisorischen Regierung bestehen in Verordnungen, die vom Oberhaupt dieser Regierung ausgefertigt und von dem betreffenden Minister gegengezeichnet sind.

*Artikel 18.* — Alle gegenteiligen Bestimmungen werden hierdurch für ungültig erklärt.

Rio de Janeiro, den 11. November 1930.

109. Jahr der Unabhängigkeit und 42. Jahr der Republik.

(gez.) Getulio Vargas.

(gez.) Oswaldo Aranha.
(gez.) José Maria Whitaker.
(gez.) Paulo de Moraes Barros
(gez.) Afranio de Mello Franco.
(gez.) José Fernandes Leite de Castro.
(gez.) José Isaias de Noronha.

## 2) Verordnung über die vorläufige Reorganisation des Obersten Bundesgerichts und die Beschleunigung des Verfahrens

**Nr. 19 656 vom 3. Februar 1931. (Diario Official 1931, Nr. 31, S. 1829/30)** [2]

Das Oberhaupt der provisorischen Regierung der Republik der Vereinigten Staaten Brasiliens verordnet folgendes:

*Artikel 1.* — Die Zahl der Richter des Obersten Bundesgerichts wird auf elf herabgesetzt.

*Einziger §.* Die freiwerdenden Stellen werden nicht besetzt, bis die Zahl der Richter des Gerichtshofes dieser Verordnung entsprechend verringert ist.

*Artikel 2.* — Die zur Zuständigkeit des Obersten Bundesgerichts gehörenden Angelegenheiten, die keine die Verfassung berührenden Fragen betreffen, werden bis zur endgültigen Einrichtung dieses Gerichtshofes in erster Instanz durch Senate von fünf Richtern entschieden;

---

[1] Vgl. unten S. 376.

[2] Übersetzung des Instituts.

die Senate werden jeweils gebildet aus dem betreffenden Berichterstatter, den Revisoren und den beiden Richtern, die dem Dienstalter nach unmittelbar dem zweiten Revisor folgen.

*Einziger §.* Handelt es sich um ein Prozeßverfahren, an dem keine Revisoren beteiligt sind, so wird der Senat aus dem Berichterstatter und den dem Dienstalter nach nächstältesten vier Richtern gebildet.

*Artikel 3.* — Bei Prozeßverfahren, die eine die Verfassung berührende Frage betreffen, wird der Senat in den Fällen, auf die sich der Artikel 2 bezieht, um die dem Dienstalter nach nächstältesten zwei Richter erweitert.

*Artikel 4.* — In den Fällen der Artikel 2 und 3 tritt der Senat in Tätigkeit, sobald im ersten Falle drei, im zweiten Falle fünf Richter, einschließlich des Berichterstatters und der Revisoren, anwesend sind und zwar stets unter dem Vorsitz des Ältesten.

*Artikel 5.* — Für das Einspruchsverfahren ist das Plenum zuständig.

*Artikel 6.* — Die Vorträge, Verhandlungen und Abstimmungen müssen in jedem Verfahren stenographiert und ordnungsgemäß zusammengefaßt den betreffenden Aktenstücken in einer Abschrift beigefügt werden, welche der Berichterstatter zu prüfen und gegenzuzeichnen hat. Unter Bezugnahme hierauf hat alsdann der Berichterstatter die gefaßte Entscheidung, die handschriftlich oder mit Maschinenschrift zu fertigen ist, zu Papier zu bringen, wobei er sie mit dem Richter, der bei dem Verfahren den Vorsitz geführt hat, zu unterzeichnen hat.

*Einziger §.* Die übrigen Richter unterschreiben die Entscheidung nur, wenn sie es wünschen.

*Artikel 7.* — Das Oberste Bundesgericht hält mindestens vier Sitzungen wöchentlich ab, es sei denn, daß die anstehenden Sachen erledigt sind.

*Einziger §.* In derselben Sitzungsperiode können zwei Senate tagen.

*Artikel 8.* — Dem Präsidenten des Obersten Bundesgerichts liegt es ob, in Übereinstimmung mit den übrigen Beamten die Arbeitsverteilung vorzunehmen, um unter Berücksichtigung der in den vorhergehenden Artikeln festgesetzten Regeln das Verfahren möglichst zu beschleunigen, indem er in der Geschäftsordnung diejenigen Veränderungen vornimmt, die sich als notwendig erweisen.

*Artikel 9.* — In jeder Sitzungsperiode und in jeder Abteilung werden die Angelegenheiten in der Reihenfolge ihres Eingangs bei dem Gericht erledigt.

*Artikel 10.* — In den Fällen, in welchen die Parteien vor der höheren Instanz zu verhandeln haben, leitet der Sekretär des Gerichts, nachdem er festgestellt hat, daß innerhalb der gesetzlichen Frist das Rechtsmittel eingelegt und die Schriftsätze eingegangen sind, die notwendige Aktenprüfung ein, unabhängig von einer Anordnung des Berichterstatters.

*Einziger §.* Ist das Rechtsmittel nicht innerhalb der gesetzlichen Frist eingelegt oder sind die Schriftsätze nicht rechtzeitig eingegangen, so legt der Sekretär die abgeschlossenen Akten alsbald dem Präsidenten

des Gerichts vor, welcher den Verzicht auf Rechtsmittel feststellt und die Einstellung des Verfahrens verfügt.

*Artikel 11.* — Dem Berichterstatter steht die Entscheidung über alle Vorfragen, einschließlich der Prozeßfähigkeit und der Klagerücknahme zu.

§ 1. Bei den außerordentlichen Rechtsmitteln und bei Revisionen in Strafsachen, ebenso wie bei den Fällen des habeas corpus, wenn sie ohne die erforderliche Begründung vorgebracht werden (es sei denn daß der Antragsteller arm ist) muß der Berichterstatter das Rechtsmittel, nachdem seine Unzulässigkeit festgestellt ist, alsbald durch Beschluß zurückweisen und den Beschluß in die betreffenden Akten eintragen.

§ 2. Die vorstehende Bestimmung ist auf Prozesse anwendbar, die bereits von der Revisionsinstanz entschieden sind.

*Artikel 12.* — In den Fällen des einzigen Paragraphen des Artikels 10, ebenso wie bei denen des Artikels 11, geht die Berufung gegen Entscheidungen des Präsidenten oder des Referenten an den gemäß der Vorschrift des einzigen Paragraphen des Artikels 2 gebildeten Senat.

*Artikel 13.* — Der Beamte des Obersten Bundesgerichtshofes, welcher die betreffende Präsidentschaft oder die Tätigkeit des Generalstaatsanwaltes der Republik übernimmt, wird als Berichterstatter oder Revisor für die Rechtssachen, deren Tag zur Beurteilung schon festgesetzt ist, nicht ersetzt.

*Einziger §.* Wenn die Mitwirkung des Staatsanwalts notwendig ist, so ernennt der Präsident des Gerichtes für den Einzelfall einen anderen Beamten, der nicht zu den Richtern des entscheidenden Senats gehört.

*Artikel 14.* — Die Angelegenheiten, die von Richtern bearbeitet oder untersucht worden sind, deren freigewordene Stellen nicht wieder besetzt werden, werden nach Gattungen auf die übrigen Richter verteilt. In den übrigen Fällen muß jedoch der neuernannte Beamte als Berichterstatter oder Revisor eintreten, indem er den Richter ersetzt, dem er im Amte nachfolgt.

*Artikel 15.* — Im Falle der Verhinderung irgendeines Richters des Obersten Gerichtshofes wird dieser durch den nächstältesten Richter des betreffenden Senats ersetzt — oder wenn es sich um ein Urteil des Plenums handelt, durch denjenigen, der dem zweiten Revisor im Dienstalter folgt. Im Falle der Beurlaubung liegt die Stellvertretung dem ältesten Bundesrichter der nächsten Abteilung ob.

*Artikel 16.* — Jeder Beamte einschließlich des Generalstaatsanwaltes der Republik hat die Höchstfrist von dreißig Tagen, um den Rechtsfall zu prüfen, über den er entscheiden oder in den er Einsicht nehmen soll, abgesehen von den Fällen, in welchen die Geschäftsordnung eine kürzere Frist bestimmt. Wenn der Beamte die festgesetzte Frist überschreitet, muß er stichhaltige Gründe für die Verzögerung angeben.

*Artikel 17.* — Die Regierung stellt dem Präsidenten des Obersten Bundesgerichts in genügender Anzahl Stenotypisten zur Verfügung zur Abwicklung der Arbeiten, auf die sich Artikel 5 bezieht.

*Artikel 18.* — Die Regierung wird jährlich in einem Bande die Arbeiten des Obersten Bundesgerichts veröffentlichen lassen.

*Artikel 19.* — Die Aufhebung des § 2 des Artikels 41 der Verfassung vom 24. Februar 1891, die sich auf die Vertretung des Präsidenten der Republik durch den Präsidenten des Obersten Bundesgerichts bezieht, wird hiermit ausdrücklich bestätigt.

*Artikel 20.* — Die Beamten und Mitglieder der Bundesanwaltschaft dürfen selbst unentgeltliche Obliegenheiten aus einer Wahl, Ernennung oder Beauftragung oder irgendein öffentliches Amt weder annehmen noch ausüben, ausgenommen das Lehramt, gemäß den Bestimmungen des Gesetzes.

*Artikel 21.* — Der Generalstaatsanwalt der Republik wird nur in Strafsachen hinzugezogen, ausgenommen beim habeas corpus; ferner bei Auslieferungen von Flüchtlingen und bei gerichtlichen Bestätigungen ausländischer Urteilssprüche; in Zivilsachen in den Fällen, in denen der Bund, das Nationalvermögen oder geschäftsunfähige Personen als Kläger, Angeklagte, Beistände oder Beklagte auftreten sowie in den Fällen, in denen es sich um eine die Verfassung betreffende Frage handelt.

*Artikel 22.* — Die Rechtsmittel, die beim Obersten Bundesgericht eingelegt worden sind, gehen in den Fällen, in denen jetzt ein Aktenauszug erforderlich ist, an die höhere Instanz erst dann, wenn sie mit der Ausfertigung der angefochtenen Entscheidung versehen sind, ferner mit den von den streitenden Parteien zuletzt angeführten Behauptungen, sowie auf Verlangen der Parteien mit den Dokumenten, die in den Gründen oder im Tenor erwähnt worden sind, weiterhin mit der Zeugenaussage und dem Gutachten der Sachverständigen, wenn die Entscheidung angefochten worden ist, weil sie in Widerspruch zum Akteninhalt stehe.

§ 1. Die Aktenstücke können gedruckt oder mit der Maschine geschrieben werden, wobei jedes Blatt mit dem Namenszuge des Richters a quo zu beglaubigen ist.

§ 2. Der Berichterstatter oder der Senat können alle Originalaktenstücke einfordern, wenn sie es für notwendig erachten.

*Artikel 23.* — Die Kanzlei der Generalstaatsanwaltschaft der Republik besteht aus einem Sekretär, zwei Stenotypisten und zwei Beamten, die von der Kanzlei des Obersten Gerichtshofes angefordert werden, und denen die Arbeiten obliegen, die ihnen vom Generalstaatsanwalt zugewiesen werden.

*Artikel 24.* — Alle entgegenstehenden Bestimmungen werden hiermit aufgehoben.

Rio de Janeiro, den 3. Februar 1931.

110. Jahr der Unabhängigkeit und 43. Jahr der Republik.

Getulio Vargas

Oswaldo Aranha

## 3) Verordnung über Neuordnung des Sondergerichtshofs, Regelung des Verfahrens und Erlaß anderer Vorschriften

**Nr. 19 719 vom 20. Februar 1931 (Diario Official 1931, Nr. 47, S. 2818—2820)** [1])

Das Oberhaupt der provisorischen Regierung der Republik der Vereinigten Staaten Brasiliens verordnet:

*Artikel 1.* — Die provisorische Regierung überträgt dem Sondergerichtshof — geschaffen gemäß der Verordnung Nr. 19398 vom 11. November 1930, Artikel 16 [2]) — die erforderliche Zuständigkeit, um zur Verteidigung der Prinzipien der republikanischen Regierung, der Würde und des Ansehens der Verwaltung, des Staatsschatzes, der Ordnung sowie der öffentlichen Interessen im allgemeinen die Bußen aufzuerlegen und die Maßregeln politischen Charakters zu bestimmen, die in dieser Verordnung vorgesehen sind, wobei sich jedoch die provisorische Regierung die Befugnis völlig vorbehält, sie nur auszuführen, wenn sie es für erforderlich erachtet.

*Artikel 2.* — Der Sondergerichtshof urteilt auch, in Übereinstimmung mit den geltenden Gesetzen, über die politischen und dienstlichen Verbrechen ab, die am Tage des Erlasses der Verordnung Nr. 19398 von 1930 noch nicht vor das Forum der ordentlichen Gerichte gebracht worden sind, ausgenommen diejenigen, welche ihrem Charakter nach für die Revolution und das Werk der revolutionären Wiederherstellung von keiner Bedeutung sind.

*Artikel 3.* — Der Sondergerichtshof hat seinen Sitz in der Hauptstadt Brasiliens und erstreckt seine Gerichtsbarkeit über das gesamte Bundesgebiet.

*Artikel 4.* — Wenn aus Untersuchungen oder aus Prozessen, die der Beurteilung des Gerichtshofes unterworfen sind, sich Anzeichen irgendeines Verbrechens oder einer Übertretung ergeben, für die sich der Gerichtshof als unzuständig erachtet, so übersendet dieser authentische Abschriften der betreffenden Aktenstücke der zuständigen Behörde zur Eröffnung des entsprechenden Verfahrens.

*Artikel 5.* — Für die Durchführung dieser Verordnung unterliegen deren Bußen und Maßregeln folgende Handlungen und Betätigungen:

a) unerlaubte oder vorschriftswidrige Verwendung oder Benutzung von öffentlichen Geldern oder Gütern, Abschluß von Verträgen, die offenkundig für den Staat nachteilig sind, und im allgemeinen jede Handlung oder Betätigung, die eine Unredlichkeit gegen das öffentliche Wohl enthält;

b) die direkten oder indirekten Zuwiderhandlungen irgendeines Vertreters der öffentlichen Macht gegen das System der gewählten Volksvertretung oder gegen die Echtheit dieser Vertretung; einbegriffen sind in diese Vorschrift alle diejenigen, die ein gesetzgeberisches oder richterliches Mandat ausüben;

[1]) Übersetzung des Instituts.

[2]) Vgl. oben S. 372.

c) die Verletzungen irgendeiner Pflicht oder Obliegenheit, die mit Amtsverrichtungen verbunden sind, oder Mißbrauch der betreffenden Amtsgewalt;

d) die Ausübung administrativer Anwaltstätigkeit, gleich welcher Art, insbesondere die gerichtliche Verteidigung, durch eine Person, die ein öffentliches Amt bekleidet, oder durch einen ihrer Verwandten, hinsichtlich privater Interessen, die mit öffentlicher Verwaltung in Verbindung stehen, oder einer Unternehmung, bei der der Bund oder der Staat Aktionär ist, oder die von dem einen oder dem anderen subventioniert wird.

*Artikel 6.* — Die Maßregeln und Bußen politischen Charakters, auf die sich diese Verordnung bezieht, können gleichzeitig miteinander angewandt werden und bestehen in Folgendem:

a) Verbot des Aufenthalts auf brasilianischem Boden bis zu der Höchstdauer von 5 (fünf) Jahren;

b) Verlust der politischen Bürgerrechte und Verbot der Ausübung irgendeiner leitenden Verwaltungstätigkeit, die Beziehung zu öffentlichen Geldern oder Gütern hat, bis zu einer Höchstdauer von 10 (zehn) Jahren;

c) Verlust der Stellung für die Zivilbeamten und der Patente und betreffenden Vorrechte und Vorteile für die Militärpersonen, immer verbunden mit der Unfähigkeit, irgendein öffentliches Amt zu bekleiden.

*Artikel 7.* — Die Strafen des allgemeinen Rechtes können zugleich mit den Bußen und Maßregeln des Artikels 6 in Anwendung gebracht werden.

*Artikel 8.* — Die Entschädigung für Verluste, die dem Bundes-, Staats- oder Gemeindefiskus zugefügt worden sind, und die Wiedererstattung aller Summen, die in ungebührlicher Weise aus öffentlichen Geldern empfangen worden sind, können unbeschadet der Bußen, Strafen und Maßregeln festgesetzt werden, auf die sich diese Verordnung bezieht.

*Einziger §.* Die gemeinsam Verantwortlichen sind solidarisch haftbar für alle Schäden und Nachteile, auf die sich dieser Artikel bezieht.

*Artikel 9.* — Bei der Anwendung der Strafen, Bußen und Maßregeln, auf die sich diese Verordnung bezieht, hat das Gericht die nationalen Interessen, die Sicherheit der öffentlichen Ordnung und die mildernden und erschwerenden Umstände immer nach Lage des Einzelfalls zu beachten.

*Artikel 10.* — Nachdem die Entscheidung des Gerichtshofs rechtskräftig geworden ist, berichtet der Präsident vorschriftsmäßig über sie der provisorischen Regierung zwecks Vollstreckung.

*Artikel 11.* — Der Gerichtshof kann im Verlauf des Prozesses als Sicherheitsmaßnahme die Beschlagnahme irgendwelcher Güter der Beschuldigten auf Grund der schon erwähnten Voraussetzungen des Artikels 8 anordnen.

*Artikel 12.* — Der Sondergerichtshof wird, wenn er nicht schon vorher seine Zuständigkeit beendet hat, mit der Wiederherstellung

der Landesverfassung aufgehoben. (Verordnung Nr. 19398 vom 11. November 1930, Artikel 1) [1])

### Von der Zusammensetzung des Gerichtshofs.

*Artikel 13.* — Der Gerichtshof setzt sich aus 5 (fünf) frei von der provisorischen Regierung ernannten Mitgliedern zusammen, die, sobald sie die entsprechende Ernennungsurkunde erhalten haben, sich als in ihr Amt eingewiesen betrachten, dessen sie nicht entsetzt werden können.

*Einziger §.* Es gibt keine Unvereinbarkeit hinsichtlich der Ausübung der Tätigkeit eines Mitglieds des Gerichtshofs und irgendwelcher anderen, einschließlich der freien Berufe, mit Ausnahme der Anwaltstätigkeit gegen den öffentlichen Bundes-, Staats- und Gemeindefiskus.

*Artikel 14.* — Die Mitglieder des Sondergerichtshofs wählen unter sich einen Präsidenten und einen Vizepräsidenten, die dieses Amt während des Bestehens des Gerichtshofs ausüben.

*Artikel 15.* — Jedes Mitglied des Gerichtshofs kann sich für befangen oder verhindert erklären, sein Amt in einem Prozeß gegen diesen oder jenen Beschuldigten auszuüben; jedoch gilt seine Befangenheit oder Verhinderung nur mit Bezug auf diesen Beschuldigten.

*Einziger §.* Wenn diese Befangenheit oder Verhinderung mehr als ein Mitglied des Gerichtshofs betrifft, teilt der Präsident die Tatsache der provisorischen Regierung mit, die Stellvertreter mit auf diesen Fall beschränkter Befugnis ernennt.

*Artikel 16.* — Im Falle des Rücktritts eines seiner Mitglieder wird die Ernennung des Vertreters gemäß den Bestimmungen des Artikels 13 vorgenommen.

### Von der Tätigkeit des Gerichtshofs.

*Artikel 17.* — Das Gericht tagt in Anwesenheit der Mehrheit seiner Mitglieder.

*§ 1.* Die endgültigen Urteile sollen von der Gesamtheit der Richter und nach Stimmenmehrheit ausgesprochen werden, ausgenommen jedoch Fälle von Verhinderung oder gesetzlicher Befangenheit.

*§ 2.* Der Präsident hat Stimmrecht als Mitglied des Gerichtshofs.

*§ 3.* Im Falle der Stimmengleichheit überwiegt die für den Angeklagten günstigere Entscheidung.

*Artikel 18.* — Über alle Arbeiten des Gerichtshofs werden Protokolle zu den Akten genommen, welche, nachdem sie genehmigt worden sind, von den anwesenden Richtern und Staatsanwälten unterzeichnet werden.

*Artikel 19.* — Die Gerichtssitzungen sind öffentlich oder nicht, je nach dem Ermessen des Gerichtshofs.

---

[1]) Vgl. oben S. 369.

*Einziger §.* Selbst wenn die Sitzungen nicht öffentlich sind, hat der Angeklagte für sich selbst, für seinen Anwalt oder für dessen Begleitung das Recht, wenn er einen derartigen Antrag stellt, den Sitzungen beizuwohnen, außer wenn es sich in diesen um Vorsichtsmaßregeln oder Beratungen handelt, welche nach dem Ermessen des Gerichtshofs geheim gehalten werden müssen.

*Artikel 20.* — Die Reihenfolge der Arbeiten des Gerichtshofs wird durch diesen bestimmt, und zwar gemäß der Ordnung des inneren Dienstes, welche er auszuarbeiten hat.

## Sekretariat des Gerichtshofs.

*Artikel 21.* — Der Gerichtshof richtet sein Sekretariat ein, indem er bei der provisorischen Regierung die erforderlichen Beamten anfordert.

*Artikel 22.* — Die angeforderten Beamten können durch den Gerichtshof nach Gutdünken vom Dienst befreit werden.

*Artikel 23.* — Die Verteilung der einzelnen Aufgaben und Dienste der Kanzlei wird durch die Ordnung des inneren Dienstes bestimmt.

## Von der Staatsanwaltschaft.

*Artikel 24.* — Mit dem Gerichtshof arbeiten Hand in Hand zwei Staatsanwälte, die von der provisorischen Regierung frei ernannt und abgesetzt werden, unbeschadet des Rechtes auf eine öffentliche Tätigkeit oder Stellung, die sie ausüben.

*Einziger §.* Es gibt keine Unvereinbarkeit zwischen der Tätigkeit als Staatsanwalt und der als Anwalt.

*Artikel 25.* — Die Sonderstaatsanwälte sind Organe der Anklage, welche gemäß der Einteilung arbeiten, die durch die Staatsanwaltschaft festgesetzt ist.

*Artikel 26.* — Es liegt den Sonderstaatsanwälten ob, von Amts wegen alle Handlungen und Untersuchungen zu veranlassen, die erforderlich sind, um die Anklage vor dem Gerichtshof anhängig zu machen und zu verfolgen.

*Einziger §.* Die Sonderstaatsanwälte können von allen und jeden öffentlichen Behördenstellen oder Untersuchungs- und Prüfungskommissionen die Maßregeln, Untersuchungen und Aufklärungen beantragen und anfordern, die für Vorbereitung und Einleitung der betreffenden Prozesse notwendig sind.

*Artikel 27.* — Den Sonderstaatsanwälten liegt es ob, die Anträge auf Überweisung von Beamten für ihr Sekretariat zu stellen, sie vom Dienste zu befreien und die Befugnisse auszuüben, die in der Verordnung Nr. 19 575 vom 7. Januar 1931 angegeben sind.

*Einziger §.* Die angeforderten gerichtlichen Beamten und Angestellten üben die Ämter kommissarisch aus, unter denselben Bedingungen, die den Staatsanwälten bewilligt sind.

## Von den Untersuchungen.

*Artikel 28.* — Die Untersuchungskommissionen, welche notwendig sind, werden nach dem Ermessen der Bundes- und Staatsregierungen zur Aufklärung der strafbaren Tatbestände ernannt, auf die sich die gegenwärtige Verordnung bezieht. Die bestehenden Kommissionen werden aufrechterhalten, und die staatlichen Verfügungen, die sie regeln, bestätigt.

*Artikel 29.* — Diese Kommissionen setzen mit vorläufigem Beschluß die Reihenfolge ihrer Arbeiten fest, wobei sie jedoch folgende Regeln zu beachten haben, die stets einzuhalten sind:

a) Alle Arbeiten der Kommissionen sollen aus Akten erhellen, die sich auf jede Sitzung beziehen und von den betreffenden Mitgliedern bis zur folgenden Sitzung bearbeitet, genehmigt und unterzeichnet werden;

b) Jeder Prozeß soll schriftlich sein, ausgenommen Nebenpunkte ordnungsmäßiger Natur, die mündlich vorgebracht werden können, aber in den Arbeitsakten der Kommissionen aufzuführen sind;

c) Die Angeklagten können ohne besonderen Aufschub alle Beweise anbieten und die Heranziehung von Beweisen, auch wenn sie in Zeugen bestehen, sowie von Sachverständigengutachten fordern. Die Kommission, welche nach ihrem Ermessen die Notwendigkeit des Aufschubs für diese Beweise anerkennt, kann ihn auf Ersuchen des Beteiligten für die Höchstfrist von 20 (zwanzig) Tagen bewilligen;

d) Sobald die Untersuchungen abgeschlossen sind, können die Angeklagten, wenn sie es verlangen, Gegenausführungen binnen einer Höchstfrist von 10 (zehn) Tagen vorbringen, gerechnet von dem Tage an, zu dem mittels Schreiben zu diesem Zwecke Vorladung an sie erging, oder für den Fall, daß ihr Aufenthaltsort nicht bekannt ist, von der Einrückung der öffentlichen Bekanntmachung ab, die in zwei Ortszeitungen erfolgt, von denen eine das amtliche Organ sein soll;

e) Ist die Frist, die unter c) angegeben ist, abgelaufen, erstattet die Kommission über die angestellten Untersuchungen Bericht, indem sie die Schlußfolgerungen darlegt, zu denen sie gekommen ist;

f) Nach Erstattung des Berichts und nach Formulierung der Schlußfolgerungen der Kommission wird der Prozeß der Sonderstaatsanwaltschaft vorgelegt, der die nötigen ergänzenden Maßnahmen veranlaßt, oder die Anklage einleitet, wenn es der Fall verlangt;

g) Die bereits ernannten Untersuchungskommissionen, die die obenstehenden Anordnungen nicht beachtet haben, lassen unter Kenntnisnahme des gegenwärtigen Dekretes ein Protokoll über die bisher erledigten Arbeiten anfertigen und setzen unter Beobachtung des hier Verordneten ihre Arbeit fort.

## Vom Verfahren.

*Artikel 30.* — Der Prozeß ist gemischt, je nach der Beschaffenheit des Tatbestands.

*Artikel 31.* — Die Anklage wird vor dem Gerichtshof durch den Sonderstaatsanwalt erhoben.

*§ 1.* Jeder Bürger kann bei der Sonderstaatsanwaltschaft vorstellig werden, um die Einleitung des Prozesses gegen die Verantwortlichen für die in dieser Verordnung vorgesehenen Verbrechen zu fordern.

*§ 2.* Dieser Antrag muß unterzeichnet sein, die Anschrift und die durch einen Notar anerkannte Unterschrift des Unterzeichneten, ferner gleichzeitig den Beweis enthalten, welcher mit Klarheit und Genauigkeit die beanstandete Tatsache oder die Tatsachen, sowie die Beweismittel für ihre Glaubhaftmachung, angibt.

*Artikel 32.* — Der Sonderstaatsanwalt, dem der Prozeß übertragen wird, erstattet, nachdem er ihn durchgearbeitet hat, dem Gerichtshof mündlich oder schriftlich in der Sitzung einen Aktenbericht mit allen Einzelheiten, Umständen, Zeugen- oder Urkundenbeweisen, wobei er sich entweder für die Niederlegung im Archiv oder für die Anklage entscheidet. In diesem Falle beantragt er sofort die einschlägigen Strafen und Bußen. Dieser Bericht wird, wenn mündlich erstattet, stenographiert und hat immer bei den Akten zu verbleiben.

*§ 1.* Einleitend trägt der Sonderstaatsanwalt seine Meinung mit Begründung darüber vor, ob es nützlich ist oder nicht, daß der Fall durch den Gerichtshof abgeurteilt wird oder was überhaupt beschlossen werden soll.

*Artikel 33.* — Wird der Fall vom Gerichtshof abgewiesen, werden die Akten dem ordentlichen Gericht zugeleitet; im gegenteiligen Falle nimmt das Verfahren gemäß Artikel 32 seinen Fortgang.

*Artikel 34.* — Ist der Bericht erstattet worden und handelt es sich um eine Anzeige, auf die das Gericht eintritt, kann es ausnahmsweise sofort das Urteil fällen, wenn hinreichende Beweise vorliegen, die nach Ansicht des Gerichtes vom Angeklagten nicht widerlegt werden können.

*Artikel 35.* — Im gegenteiligen Falle wird der Berichterstatter durch das Los bestimmt. Dieser ordnet an, daß dem Angeklagten die eingebrachte Anzeige kundgemacht wird, wobei er ihm oder seinem Anwalt die Frist von 8 (acht) Tagen bestimmt, um seine Verteidigung einzureichen.

*Artikel 36.* — Im Falle, daß der Aufenthaltsort des Angeklagten nicht bekannt ist, oder wenn er sich außerhalb Brasiliens befindet, erfolgt diese Mitteilung durch eine zweimal im »Diario da Justiça« veröffentlichte Bekanntmachung, und zwar nach einem Zwischenraum von 5 Tagen, wobei kurz der Grund der Anklage bekannt gemacht wird. Die Frist zur Einreichung der Rechtfertigungsschrift beträgt unter diesen Voraussetzungen 30 Tage, von der letzten Veröffentlichung an gerechnet.

*Einziger §.* Der Gerichtshof kann eine andere Art dieser Mitteilung bestimmen, wobei er die Abkürzung des Verfahrens im Interesse der Rechtspflege im Auge hat.

*Artikel 37.* — Über die beigefügten Dokumente äußert sich der Sonderstaatsanwalt vor Gericht binnen einer Frist von 8 Tagen oder im Urteilstermin, wofür ihm das Wort erteilt wird.

*Artikel 38.* — Wenn die Staatsanwaltschaft sich für die Niederlegung im Archiv entscheidet, befiehlt sie diese Maßnahme, indem sie im betreffenden Protokoll die Erledigung vermerkt.

*Artikel 39.* — Wenn der Angeklagte sich nicht verteidigt und auch keinen Anwalt bestellt, übermittelt das Gericht der brasilianischen Anwaltskammer eine Mitteilung, in der es um die Bezeichnung eines Anwaltes ersucht, der dem Prozeß beiwohnt und die Verteidigung des Angeklagten führt; dieser Anwalt muß vom Gerichtshof zum Verteidiger des Angeklagten ernannt werden.

*§ 1.* Ist dieser Anwalt ernannt, wird ihm Mitteilung von der Anklage gemacht, gemäß den Bestimmungen im Artikel 35, damit er zu dem dort festgesetzten Termin die Verteidigungsschrift des Angeklagten einreichen kann.

*Artikel 40.* — Selbst wenn die Angeklagten abwesend sind, können sie Anwälte bestellen.

*Artikel 41.* — Nach Ablauf der Verteidigungsfristen, auf die sich der Artikel 35 bezieht, wird ein Beweisaufschub festgesetzt, wenn der Sonderstaatsanwalt oder irgendeiner der Beteiligten es fordert; die Frist für diesen Aufschub ist nach Ermessen des Gerichtshofs unter Berücksichtigung der beantragten Beweise zu bestimmen.

*Einziger §.* Der Gerichtshof kann einen Beweisantrag von augenscheinlicher Unbrauchbarkeit oder einen solchen, der eine hinauszögernde Ausflucht darstellt, abweisen.

*Artikel 42.* — Die durch das Gericht geforderten und zugelassenen Beweise werden vor den Untersuchungskommissionen oder dem Gericht mit Vorwissen der Beteiligten oder ihrer Anwälte erbracht.

*Einziger §.* Das Gericht kann die Durchführungsart einer Beschleunigung unter Beachtung der Interessen der Rechtspflege bestimmen.

*Artikel 43.* — Ist Befreiung von dem Aufschub erteilt worden oder dieser abgelaufen, wird dem Sonderstaatsanwalt die Frist von 15 Tagen gewährt, um die Ausführungen, die er zu machen hat, einzubringen; nach Ablauf dieser Frist, hat der Angeklagte oder, wenn er nicht vor dem Richter erschienen ist, sein Verteidiger die gleiche Frist zu demselben Zweck.

*Einziger §.* Wenn irgend ein Dokument mit dem Verteidigungsvorbringen eingereicht wird, hat der Sonderstaatsanwalt sich binnen einer Frist von fünf Tagen darüber zu äußern.

*Artikel 44.* — Sobald diese Fristen verflossen sind, spricht der Gerichtshof das Urteil aus.

*Einziger §.* Wenn der Gerichtshof, bevor er seine Entscheidung trifft, es für richtig hält, noch irgendeine Maßnahme zu treffen, setzt er an Stelle des Urteils eine Maßnahme, indem er bestimmt, wie sie ausgeführt werden soll; nachdem sie einmal ausgeführt ist, haben beide Teile Anspruch auf die Hälfte der Fristen, auf die sich Artikel 43 bezieht, um sich schriftlich zu äußern.

*Artikel 45.* — Die Erkenntnisse des Gerichtshofs werden stets schriftlich den Akten beigefügt. Im Falle des Artikels 34 gibt jeder Richter

mit oder ohne Begründung seine Stimme ab, wobei die wortgetreu stenographierten Bemerkungen in die Akten übergehen. In den übrigen Fällen hat der Prozeßberichterstatter die betreffende Abstimmung als den Urteilstenor auszuarbeiten.

*§ 1.* Bei jeder Entscheidung des Gerichtshofs findet die Erhebung von Einsprüchen bei dem Gerichtshof selbst statt.

*§ 2.* Diese Einsprüche sind innerhalb einer Frist von zehn Tagen seit Kenntnis des Urteils vorzubringen und von der Gegenpartei innerhalb derselben Frist anzufechten, worauf sie der Entscheidung des Gerichts unterworfen werden.

## Allgemeine Bestimmungen.

*Artikel 46.* — In Hinsicht auf den Fiskus sind null und nichtig alle Akte von Veräußerung, Belastung oder Verzicht auf irgendein Gut, Recht oder Anspruch seitens der für Verwaltung oder Verwendung öffentlicher Gelder Verantwortlichen, einschließlich der Mitglieder der Nationalversammlung oder der Bundes-, Staats- oder Gemeinderegierungen aus der Regierungsperiode, die die Revolution zum Abschluß gebracht hat, durch die sie im ganzen oder teilweise die Entschädigungen zu vereiteln suchten, zu denen sie gemäß dem Wortlaut dieser Verordnung und anderer Ausführungsbestimmungen verpflichtet sein könnten.

*Artikel 47.* — Der Gerichtshof kann zur Durchführung seiner Beschlüsse von allen Beamten oder öffentlichen Amtsstellen Brasiliens, auch im Auslande, die Maßnahmen, Nachforschungen und Auskünfte in Anspruch nehmen, die er für notwendig oder geeignet erachtet.

*Einziger §.* Er kann auch auf Erfordern des Sonderstaatsanwalts hin die Verhaftung der Beschuldigten und die Beschlagnahme ihrer Güter verfügen. Diese Maßnahmen können jederzeit vom Gericht widerrufen werden.

*Artikel 48.* — Die Anwälte genießen Straffreiheit für die Ausübung der Verteidigung, da sie keinerlei Zwang wegen ihres Verteidigeramts erleiden dürfen.

*§ 1.* Falls der Gerichtshof der Ansicht ist, daß aus irgendeinem Grunde die bestellten oder ernannten Anwälte sich strafbar machen, teilt er den Fall der brasilianischen Anwaltskammer mit, welche binnen einer Frist von höchstens fünf Tagen, vom Empfang der Mitteilung ab gerechnet, die anzuwendende Strafe angeben kann.

*§ 2.* Wenn diese Angabe innerhalb der angegebenen Frist nicht geschieht, wendet der Gerichtshof die Strafen an, welche nach dem gemeinen Recht angedroht sind.

*Artikel 49.* — Jeder Bürger kann beim Gerichtshof beantragen, als Beistand zugelassen zu werden, um der Tätigkeit des Sonderstaatsanwalts nach Einbringung der Anzeige zu folgen, indem er Untersuchungen oder Maßnahmen in Vorschlag bringt. Es bleibt jedoch dem Ermessen dieses Staatsanwalts überlassen, diese Vorschläge anzunehmen oder nicht. Unter allen Umständen sind derartige Vorschläge zu den Akten

zu nehmen, außer wenn das Gericht für gut hält, sie gesondert dem Archiv beifügen zu lassen.

*Artikel 50.* — Die Untersuchungen und Prozesse ebenso wie alle Akten, die dazu gehören oder sich auf sie beziehen, einschließlich die der Verteidigung, bleiben frei von Stempelgebühr oder von der Bezahlung irgendwelcher Kosten oder Gebühren.

*Artikel 51.* — Die Straf- und Zivilgesetze sowie die Prozeßgesetze für den Bund und den Bundesbezirk gelten ergänzend, soweit sie nicht dieser Verordnung nach dem Ermessen des Gerichtshofs widersprechen.

*Artikel 52.* — Die Verordnung Nr. 19440 vom 28. November 1930 wird hiermit für ungültig erklärt.

*Artikel 53.* — Das gegenwärtige Gesetz tritt mit dem Tage seiner Veröffentlichung in Kraft.

Rio de Janeiro, den 20. Februar 1931,

110. Jahr der Unabhängigkeit und 43. Jahr der Republik.

(gez.) Getulio Vargas.

(gez.) Oswaldo Aranha.

## 2. Britisches Reich.

### 1) Der Bericht der Britischen Reichskonferenz von 1930[1].

(Cmd 3717 [Auszug].)[2]

**Summary of Proceedings.**

(Appendices published separately in Cmd. 3718)[3]

Contents.

I.—Preliminary Note (nicht abgedruckt)
II.—Opening Statements (nicht abgedruckt)
III.—Message to Their Majesties the King and Queen (nicht abgedruckt)
IV.—Loss of Airship R 101 (nicht abgedruckt)
V.—Publicity ..... 385
VI.—Inter-Imperial Relations ..... 386

[1]) Über den Bericht der Brit. Reichskonferenz von 1926 vgl. K. Heck, Der Aufbau des Britischen Reiches, 1927 (bei Walter de Gruyter & Co.).

[2]) Der zweite Teil des Berichtes (Economic Section), der über wirtschaftliche Fragen handelt, kommt — ebenso wie die dazu abgegebenen Erklärungen der Vertreter der Dominien und der indischen Delegation — nicht zum Abdruck.

[3]) Diese Anhänge, welche die Fortsetzung zu dem oben wiedergegebenen Bericht bilden und in einer besonderen Regierungsdrucksache (eben Cmd. 3718) zusammengefaßt sind, enthalten Folgendes: I. die bei der Eröffnung der Konferenz gehaltenen Reden (S. 1—25); II. die von den Vertretern der Dominien abgegebenen Erklärungen zur

(*a*) Report of the Conference of 1929 on the Operation of Dominion Legislation 386
(*b*) Nationality ..... 390
(*c*) Nationality of Married Women ..... 391
(*d*) Commonwealth Tribunal ..... 391
(*e*) Merchant Shipping ..... 393
(*f*) Defence Questions ..... 394
(i) Discipline of Armed Forces ..... 394
(ii) Prize Law and Procedure ..... 395
(*g*) Appointment of Governors-General ..... 395
(*h*) System of Communication and Consultation in Relation to Foreign Affairs 396
(*i*) Channel of Communication between Dominion Governments and Foreign Governments ..... 397
(*j*) Status of High Commissioners ..... 398
VII.—Arbitration and Disarmament ..... 406
VIII.—The Antarctic ..... 408
IX.—Defence ..... 408
X.—Proposed Amendment to the Charter of the Imperial War Graves Commission 409

## I.—Preliminary Note.

The Proceedings of the Conference opened in London on the 1st October, 1930, and were continued until the 14th November. Plenary meetings were normally attended by the following:—
(*folgt die Liste der Sitzungsteilnehmer*).

## II.—Opening Statements.

(*Konferenzräume, Vorsitz, Ausschüsse etc.*)

## III.—Message to their Majesties the King and Queen.

## IV.—Loss of Airship R 101.

## V.—Publicity.

It was agreed that the procedure and arrangements for publicity should follow those adopted at previous Conferences [4]).

The Right Hon. J. H. Thomas, M. P., Secretary of State for Dominion Affairs, was asked to undertake responsibility for the general supervision of the publicity arrangements. He was assisted in this work by Mr. Malcolm MacDonald, M.P., and by Mr. D. Caird, formerly Director of Information, Dominions Office, who had acted in a similar capacity at previous Conferences. In order to enable contact to be maintaintained with the current work of the various Committees and

Frage der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Reichsteilen (26—84); eine Reihe von Berichten: nämlich III. des Ausschusses für Kriegergräber (85—88), IV. des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit (89—132), V. des Ausschusses für Verbindungen (Radio, Kabel) (133—159), VI. des Ausschusses für Verkehrsflugwesen (160—166), VII. des Ausschusses für überseeische Ansiedlungen (167—171), VIII. des Forstausschusses (172—185), IX. des Ausschusses für wirtschaftswissenschaftliche Forschungen (186—210), X. des allgemeinen Wirtschaftsausschusses (211—242); XI. die Schlußreden (243—254); Index (255 ff.).

4) *Vide* Section V of Cmd. 2768.

Sub-Committees of the Conference, further assistance was given by Mr. C. Beckett Platt, Publicity Officer, Dominions Office, Mr. G. F. Steward, News Department, Foreign Office, and Mr. A. Ryan, Publicity Officer, Empire Marketing Board.

## VI.—Inter-Imperial Relations.

It was found convenient, after preliminary discussion by the Heads of Delegations on the various points involved, to refer many of the questions on the Agenda affecting Inter-Imperial Relations to a Committee under the chairmanship of The Right Honourable Lord Sankey, G.B.E., Lord Chancellor. This Committee did most valuable work in exploring the various issues and the following section is based largely on its work. Lord Sankey's Committee was, in turn, aided by special Sub-Committees that were set up to deal with particular aspects of the questions involved and by a drafting Sub-Committee under the chairmanship of Sir Robert Garran, K.C.M.G., Solicitor-General, Commonwealth of Australia.

### (*a*) Report of the Conference of 1929 on the Operation of Dominion Legislation.[5])

The Imperial Conference examined the various questions arising with regard to the Report of the Conference on the Operation of Dominion Legislation and in particular took into consideration the difficulties which were explained by the Prime Minister of Canada regarding the representations which had been received by him from the Canadian Provinces in relation to that Report.

A special question arose in respect to the application to Canada of the sections of the Statute proposed to be passed by the Parliament at Westminster, (which it was thought might conveniently be called the Statute of Westminster), relating to the Colonial Laws Validity Act and other matters. On the one hand it appeared that approval had been given to the Report of the Conference on the Operation of Dominion Legislation by resolution of the House of Commons of Canada, and accordingly, that the Canadian representatives felt themselves bound not to take any action which might properly be construed as a departure from the spirit of that resolution. On the other hand, it appeared that representations had been received from certain of the Provinces of Canada subsequent to the passing of the resolution, protesting against action on the Report until an opportunity had been given to the Provinces to determine whether their rights would be adversely affected by such action.

Accordingly, it appeared necessary to provide for two things. In the first place it was necessary to provide an opportunity for His Majesty's Government in Canada to take such action as might be appropriate to enable the Provinces to present their views. In the

5) Vgl. unten S. 410.

second place it was necessary to provide for the extension of the sections of the proposed Statute to Canada or for the exclusion of Canada from their operation after the Provinces had been consulted. To this end it seemed desirable to place on record the view that the sections of the Statute relating to the Colonial Laws Validity Act should be so drafted as not to extend to Canada unless the Statute was enacted in response to such requests as are appropriate to an amendment of the British North America Act. It also seemed desirable to place on record the view that the sections should not subsequently be extended to Canada except by an Act of the Parliament of the United Kingdom enacted in response to such requests as are appropriate to an amendment of the British North America Act.

The Conference on the Operation of Dominion Legislation in 1929, recommended a draft clause for inclusion in the Statute proposed to be passed by the Parliament at Westminster to the following effect:—

"No Act of Parliament of the United Kingdom passed after the commencement of this Act shall extend, or be deemed to extend, to a Dominion unless it is expressly declared in that Act that that Dominion has requested, and consented to, the enactment thereof."

At the present Conference the delegates of His Majesty's Government in the United Kingdom were apprehensive lest a clause in this form should have the effect of preventing an Act of the United Kingdom Parliament passed hereafter from having the operation which the legislation of one State normally has in relation to the territory of another. To obviate this, the following amendment was proposed:—

"No Act of Parliament of the United Kingdom passed after the commencement of this Act shall extend, or be deemed to extend, to a Dominion *as part of the law in force in that Dominion*, unless it is expressly declared in that Act that that Dominion has requested, and consented to, the enactment thereof."

The Delegates from some of the Dominions were apprehensive lest the acceptance of the above amendment might imply the recognition of a right of the Parliament of the United Kingdom to legislate in relation to a Dominion (otherwise than at the request and with the consent of the Dominion) in a manner which, if the legislation had been enacted in relation to a foreign state, would be inconsistent with the principles of international comity. It was agreed that the clause as amended did not imply, and was not to be construed as implying, the recognition of any such right, and, on the proposal of the United Kingdom Delegates, that a statement to this effect should be placed on record.

The Conference passed the following Resolutions:—

(i) The Conference approves the Report of the Conference on the Operation of Dominion Legislation [6]) (which is to be regarded

[6]) Cmd. 3479. Vgl. unten S. 410.

as forming part of the Report of the present Conference), subject to the conclusions embodied in this Section.

(ii) The Conference recommends:—

(*a*) that the Statute proposed to be passed by the Parliament at Westminster should contain the provisions set out in the Schedule annexed.

(*b*) that the 1st December, 1931, should be the date as from which the proposed Statute should become operative.

(*c*) that with a view to the realisation of this arrangement, Resolutions passed by both Houses of the Dominion Parliaments should be forwarded to the United Kingdom, if possible by 1st July, 1931, and, in any case, not later than the 1st August, 1931, with a view to the enactment by the Parliament of the United Kingdom of legislation on the lines set out in the schedule annexed.

(*d*) that the Statute should contain such further provisions as to its application to any particular Dominion as are requested by that Dominion.

## SCHEDULE.

### Clauses in Proposed Legislation.

1. In accordance with the recommendation in paragraph 43 of the Report of the Conference on the Operation of Dominion Legislation, a clause as follows:—

*It is hereby declared and enacted that the Parliament of a Dominion has full power to make laws having extraterritorial operation.*

2. In accordance with the recommendation in paragraph 53 a clause as follows:—

(1) *The Colonial Laws Validity Act*, 1865, *shall not apply to any law made after the commencement of this Act by the Parliament of a Dominion.*

(2) *No law and no provision of any law made after the commencement of this Act by the Parliament of a Dominion shall be void or inoperative on the ground that it is repugnant to the law of England, or to the provisions of any existing or future Act of Parliament of the United Kingdom, or to any order, rule or regulation made under any such Act, and the powers of the Parliament of a Dominion shall include the power to repeal or amend any such Act, order, rule or regulation, in so far as the same is part of the law of the Dominion.*

3. In accordance with the recommendation in paragraph 55 a clause as follows:—

*No Act of Parliament of the United Kingdom passed after the commencement of this Act shall extend or be deemed to extend to a Dominion as part of the law in force in that Dominion unless it is expressly declared in that Act that that Dominion has requested, and consented to, the enactment thereof.*

4. In accordance with the recommendations in paragraph 66 clauses as follows:—

*Nothing in this Act shall be deemed to confer any power to repeal or alter the Constitution or the Constitution Act of the Commonwealth of Australia or the Constitution Act of the Dominion of New Zealand otherwise than in accordance with the law existing before the commencement of this Act.*

*Nothing in this Act shall be deemed to authorise the Parliament of the Commonwealth of Australia to make laws on any matter within the authority of the States of Australia, not being a matter within the authority of the Parliament or Government of the Commonwealth of Australia.*

. . . .

*Note.*—In view of the doubts that have arisen concerning the interpretation of the draft section in paragraph 66 in its application to the Canadian Constitution the words "Dominion of Canada" and "Provinces" have been deleted. It is intended that a section dealing exclusively with the Canadian position will be inserted after the representations of the Provinces have received consideration.

5. In accordance with the recommendation in paragraph 81 a clause as follows:—

*Notwithstanding anything in the Interpretation Act, 1889, the expression "Colony" shall not, in any Act of the Parliament of the United Kingdom passed after the commencement of this Act, include a Dominion or any Province or State forming part of a Dominion.*

6. In accordance with the recommendations in paragraph 123 clauses as follows:—

*Without prejudice to the generality of the foregoing provisions of this Act sections seven hundred and thirty-five and seven hundred and thirty-six of the Merchant Shipping Act, 1894, shall be construed as though reference therein to the Legislature of a British possession did not include reference to the Parliament of a Dominion.*

. . . .

*Without prejudice to the generality of the foregoing provisions of this Act section four of the Colonial Courts of Admiralty Act, 1890 (which requires certain laws to be reserved for the signification of His Majesty's pleasure or to contain a suspending clause), and so much of section seven of that Act as requires the approval of His Majesty in Council to any rules of Court for regulating the practice and procedure of a Colonial Court of Admiralty, shall cease to have effect in any Dominion as from the commencement of this Act.*

7. A clause to deal with the position of New Zealand as follows:—

*No provision of this Act shall extend to the Dominion of New Zealand as part of the law thereof unless that provision is adopted by the Parliament of that Dominion, and any Act of the said Parlia-*

*ment adopting any provision of this Act may provide that the adoption shall have effect either as from the commencement of this Act or as from such later date as may be specified by the adopting Act.*

### Certain Recitals in proposed Legislation.

1. In accordance with the recommendation of paragraph 54, a recital as follows:—

*And whereas it is in accord with the established constitutional position that no law hereafter made by the Parliament of the United Kingdom shall extend to any of the Dominions as part of the law in force in that Dominion otherwise than at the request and with the consent of that Dominion.*

2. In accordance with the recommendation in paragraph 60, a recital as follows:—

*And whereas it is meet and proper to set out by way of preamble to this Act, that inasmuch as the Crown is the symbol of the free association of the Members of the British Commonwealth of Nations, and as they are united by a common allegiance to the Crown, it would be in accord with the established constitutional position of all the Members of the Commonwealth in relation to one another that any alteration in the law touching the Succession to the Throne or the Royal Style and Titles shall hereafter require the assent as well of the Parliaments of all the Dominions as of Parliament of the United Kingdom.*

### (*b*) Nationality.

The conclusions of the Conference were as follows:—

(1) That the Conference affirms paragraphs 73 to 78 inclusive of the Report of the Conference on the Operation of Dominion Legislation.

(2) That, if any changes are desired in the existing requirements for the common status, provision should be made for the maintenance of the common status, and the changes should only be introduced (in accordance with present practice) after consultation and agreement among the several Members of the Commonwealth.

(3) That it is for each Member of the Commonwealth to define for itself its own nationals, but that, so far as possible, those nationals should be persons possessing the common status, though it is recognised that local conditions or other special circumstances may from time to time necessitate divergences from this general principle.

(4) That the possession of the common status in virtue of the law for the time being in force in any part of the Commonwealth should carry with it the recognition of that status by the law of every other part of the Commonwealth.

### (*c*) Nationality of Married Women.

Careful consideration was given to the subject of the nationality of married women. All the Members of the Commonwealth represented at the Hague Conference of 1930 [7]) signed the Nationality Convention [8]) there concluded, and will, it is assumed, introduce such legislation as may be necessary to give effect to Articles 8—10 of that Convention [9]). The Conference was satisfied, however, that any proposals for the further modification of the principle of the existing law would fail to secure unanimous agreement. It followed that the Conference was unable to make any recommendation for the substantive amendment of the law on this subject except to the extent stated above.

### (*d*) Commonwealth Tribunal.

The Report of the Conference on the Operation of Dominion Legislation contains the following paragraph (paragraph 125):—

"We felt that our work would not be complete unless we gave some consideration to the question of the establishment of a tribunal as a means of determining differences and disputes between members of the British Commonwealth. We were impressed with the advantages which might accrue from the establishment of such a tribunal. It was clearly impossible in the time at our disposal to do more than collate various suggestions with regard first to the constitution of such a tribunal, and secondly, to the jurisdiction which it might exercise. With regard to the former, the prevailing view was that any such tribunal should take the form of an *ad hoc* body selected from standing panels nominated by the several members of the British Commonwealth. With regard to the latter, there was general agreement that the jurisdiction should be limited to justiciable issues arising between governments. We recommend that the whole subject should be further examined by all the governments."

This matter was examined by the Conference and they found themselves able to make certain definite recommendations with regard to it.

---

7) Gemeint ist die Conference for the Codification of International Law.

8) Convention on Certain Questions Relating to the Conflict of Nationality Laws, vgl. Völkerbundsdrucksache C. 224. M. 111. 1930. V. [Conf. C. D. I. 22].

9) The text of these Articles is as follows:—

*Article* 8.

*If the national law of the wife causes her to lose her nationality on marriage with a foreigner, this consequence shall be conditional on her acquiring the nationality of the husband.*

*Article* 9.

*If the national law of the wife causes her to lose her nationality upon a change in the nationality of her husband occurring during marriage, this consequence shall be conditional on her acquiring her husband's new nationality.*

*Article* 10.

*Naturalization of the husband during marriage shall not involve a change in the nationality of the wife except with her consent.*

Some machinery for the solution of disputes which may arise between the Members of the British Commonwealth is desirable. Different methods for providing this machinery were explored and it was agreed, in order to avoid too much rigidity, not to recommend the constitution of a permanent court, but to seek a solution along the line of *ad hoc* arbitration proceedings. The Conference thought that this method might be more fruitful than any other in securing the confidence of the Commonwealth.

The next question considered was whether arbitration proceedings should be voluntary or obligatory, in the sense that one party would be under an obligation to submit thereto if the other party wished it. In the absence of general consent to an obligatory system it was decided to recommend the adoption of a voluntary system.

It was agreed that it was advisable to go further, and to make recommendations as to the competence and the composition of an arbitral tribunal, in order to facilitate resort to it, by providing for the machinery whereby a tribunal could, in any given case, be brought into existence.

As to the competence of the tribunal, no doubt was entertained that this should be limited to differences between governments. The Conference was also of opinion that the differences should only be such as are justiciable.

As to the composition of the tribunal it was agreed:—

(1) The Tribunal shall be constituted *ad hoc* in the case of each dispute to be settled.

(2) There shall be five members, one being the Chairman; neither the Chairman nor the members of the Tribunal shall be drawn from outside the British Commonwealth of Nations.

(3) The members, other than the Chairman, shall be selected as follows:—

(*a*) One by each party to the dispute from States Members of the Commonwealth other than the parties to the dispute, being persons who hold or have held high judical office or are distinguished jurists and whose names will carry weight throughout the Commonwealth.

(*b*) One by each party to the dispute from any part of the Commonwealth, with complete freedom of choice.

(4) The members so chosen by each party shall select another person as Chairman of the Tribunal as to whom they shall have complete freedom of choice.

(5) If the parties to the dispute so desire, the Tribunal shall be assisted by the admission as assessors of persons with special knowledge and experience in regard to the case to be brought before the Tribunal.

It was thought that the expenses of the tribunal itself in any given case should be borne equally by the parties, but that each party should bear the expense of presenting its own case.

It was felt that details as to which agreement might be necessary might be left for arrangement by the governments concerned.

### (*e*) Merchant Shipping.

The Report of the Conference of 1929 dealt at considerable length (paragraphs 83 to 109) with Merchant Shipping legislation and the following paragraphs of that Report should be referred to here:—

"93. The new position [10]) will be that each Dominion will, amongst its other powers, have full and complete legislative authority over all ships while within its territorial waters or engaged in its coasting trade: and also over its own registered ships both intra-territorially and extra-territorially. Such extra-territorial legislation will, of course, operate subject to local laws while the ship is within another jurisdiction.

"94. The ground is thus cleared for co-operation amongst the members of the British Commonwealth of Nations on an equal basis in those matters in which practical considerations call for concerted action. This concerted action may take the form of agreements, for a term of years, as to the uniformity of laws throughout the British Commonwealth of Nations; as to the reciprocal aid in the enforcement of laws in jurisdictions within the British Commonwealth outside the territory of the enacting Parliament; and as to any limitations to be observed in the exercise of legislative powers.

"*Recommendations.*

"95. As shipping is a world-wide interest, in which uniformity is from the nature of the case desirable, there is a strong presumption in favour of concerted action between the members of the British Commonwealth in shipping matters, but this concerted action must from its nature result from voluntary agreements by the members of the Commonwealth; it should be confined to matters in which concerted action is necessary or desirable in the common interest; it should be sufficiently elastic to permit of alterations being made from time to time as experience is gained; and it must not prevent local matters being dealt with in accordance with local conditions. The kind of agreement which we have in mind in making our recommendations is one extending over a fixed period of years and providing for revision from time to time.

"96. It would be difficult, and is not necessary, at the present stage to frame a complete list of the shipping questions on which uniformity is desirable, but certain matters stand out clearly and we submit the following recommendations with regard to them."

Then followed a statement of the outstanding points on which uniformity was desirable.

[10]) *i.e.* the position which will arise after legislation has been enacted on the lines indicated in Section (*a*) above.

A draft of an agreement covering these points was this year prepared in the United Kingdom and circulated to the Dominions. The Conference examined this draft agreement very closely and came to the conclusion that, with certain alterations, it meets fully and satisfactorily the objects which Part VI of the 1929 Report had in view. The draft agreement as altered is shown in the Annex to Section VI (pages 399 to 406).[11])

The draft contains, in the form of an agreement which is flexible but as precise as the subject matter will allow, a statement of the matters in which, after examination in two succesive years by representatives of the Gouvernments concerned, it is considered that concerted action on a voluntary basis between the parts of the Commonwealth is essential in the common interest, together with the broad principles which should be followed in dealing with those matters. The Conference recommended that the argeement be made.

The agreement presupposes that the legislation contemplated by the 1929 Report has been passed, and that it should come into operation at the same time as that legislation.

It was pointed out that Clause 9 of the draft agreement did not make satisfactory provision for ships whose owners had their principal place of business in one part of the Commonwealth, and traded the ships regularly to and from that part, but, in order to avoid the conditions imposed by the laws of that part, registered the vessels in another part of the Commonwealth to which they did not trade. The Conference agreed that the point was one which required careful consideration. The agreement as originally drafted will enable all safety regulations to be applied to such ships and to some extent the provisions as to ships' articles also. A further clause has been inserted meeting the situation as regards discipline, but it was thought that it would be unwise to attempt to make further alterations in the draft agreement.

Canada reserves the right when signing the agreement to declare the extent, if any, to which the provisions of the agreement, other than those of Part I, shall not apply to ships navigating the Great Lakes of North America.

### (*f*) Defence Questions.

#### (*i*) Discipline of the Armed Forces.

In the very short time at the disposal of the Conference, it was impossible to do more than examine some aspects of the practical problems which will be involved in the carrying out of the recommendations contained in paragraph 44 of the Report of the Conference on the Operation of Dominion Legislation.

It is assumed that all Governments will desire to take such action as may be necessary to secure (1) that the military discipline of any of the armed forces of the Commonwealth when present, by consent,

11) dieser Zeitschrift.

within territory of another, rests upon a statutory basis, and (2) that there shall be no period of time during which the legal basis of military discipline could on any ground be impeached.

The method by which the above two objects can best be attained must necessarily be a matter for the Governments themselves.

As the action to be taken to give effect to the recommendations contained in paragraph 44 of the Report of the Conference on the Operation of Dominion Legislation is likely to take some time, it was agreed that all the Governments concerned will take such steps as may be necessary to provide against possible difficulties during that period.

(*ii*) Prize Law and Procedure.

In the time at the disposal of the Conference it was impossible to examine any questions relating to Prize Law and Procedure, a subject which was mentioned in paragraph 80 of the 1929 Report. This matter, though one of paramount importance in certain contingencies, may happily be regarded as not being of any urgency at the present time. Accordingly, the Conference recommended that it should be the subject of further consideration by the Governments at their leisure, and that in the meantime, pending such consideration, it should be agreed that the *status quo* will be preserved.

(*g*) Appointment of Governors-General.

The Report of the Inter-Imperial Relations Committee of the Imperial Conference of 1926 declared that the Governor-General of a Dominion is now the" representative of the Crown, holding in all essential respects the same position in relation to the administration of public affairs in the Dominion as is held by His Majesty the King in Great Britain, and that he is not the representative or agent of His Majesty's Government in Great Britain or of any Department of that Government."

The Report did not, however, contain any recommendation as to the procedure to be adopted henceforward in the appointment of a Governor-General, and the Conference felt it necessary to give some consideration to this question.

Having considered the question of the procedure to be observed in the appointment of a Governor-General of a Dominion in the light of the alteration in his position resulting from the Resolutions of the Imperial Conference of 1926, the Conference came to the conclusion that the following statements in regard thereto would seem to flow naturally from the new position of the Governor-General as representative of His Majesty only.

1. The parties interested in the appointment of a Governor-General of a Dominion are His Majesty the King, whose representative he is, and the Dominion concerned.

2. The constitutional practice that His Majesty acts on the advice of responsible Minister applies also in this instance.

3. The Ministers who tender and are responsible for such advice are His Majesty's Ministers in the Dominion concerned.

4. The Ministers concerned tender their formal advice after informal consultation with His Majesty.

5. The channel of communication between His Majesty and the Government of any Dominion is a matter solely concerning His Majesty and such Government. His Majesty's Government in the United Kingdom have expressed their willingness to continue to act in relation to any of His Majesty's Governments in any manner in which that Government may desire.

6. The manner in which the instrument containing the Governor-General's appointment should reflect the principles set forth above is a matter in regard to which His Majesty is advised by His Ministers in the Dominion concerned.

### (*h*) The System of Communication and Consultation in Relation to Foreign Affairs.

Previous Imperial Conferences have made a number of recommendations with regard to the communication of information and the system of consultation in relation to treaty negotiations and the conduct of foreign affairs generally. The main points can be summarised as follows:—

(1) Any of His Majesty's Governments conducting negotiations should inform the other Governments of His Majesty in case they should be interested and give them the opportunity of expressing their views, if they think that their interests may be affected.

(2) Any of His Majesty's Governments on receiving such information should, if it desires to express any views, do so with reasonable promptitude.

(3) None of His Majesty's Governments can take any steps which might involve the other Governments of His Majesty in any active obligations without their definite assent.

The Conference desired to emphasise the importance of ensuring the effective operation of these arrangements. As regards the first two points, they made the following observations:—

(i) The first point, namely, that of informing other Governments of negotiations, is of special importance in relation to treaty negotiations in order that any Government which feels that it is likely to be interested in negotiations conducted by another Government may have the earliest possible opportunity of expressing its views. The application of this is not, however, confined to treaty negotiations. It cannot be doubted that the fullest possible interchange of information between His Majesty's Governments in relation to all aspects of foreign affairs is of the greatest value to all the Governments concerned.

In considering this aspect of the matter, the Conference have taken note of the development since the Imperial Conference of 1926 of the system of appointment of diplomatic representatives of His Majesty representing in foreign countries the interests of different Members of the British Commonwealth. They feel that such appointments furnish a most valuable opportunity for the interchange of information, not only between the representatives themselves but also between the respective Governments.

Attention is also drawn to the resolution quoted in Section VI of the Report of the Inter-Imperial Relations Committee of the Imperial Conference of 1926, with regard to the development of a system to supplement the present system of inter-communication through the official channel with reference not only to foreign affairs but to all matters of common concern. The Conference have heard with interest the account which was given of the liaison system adopted by His Majesty's Government in the Commonwealth of Australia, and recognised its value. Their attention has also been called to the action taken by His Majesty's Government in the United Kingdom in the appointment of representatives in Canada and the Union of South Africa. They are impressed with the desirability of continuing to develop the system of personal contact between His Majesty's Governments, though, of course, they recognise that the precise arrangements to be adopted for securing this development are matters for the consideration of the individual Governments with a view to securing a system which shall be appropriate to the particular circumstances of each Government.

(ii) As regards the second point, namely, that any of His Majesty's Governments desiring to express any views should express them with reasonable promptitude, it is clear that a negotiating Government cannot fail to be embarrassed in the conduct of negotiations if the observations of other Governments who consider that their interests may be affected are not received at the earliest possible stage in the negotiations. In the absence of comment the negotiating Government should, as indicated in the Report of the 1926 Conference, be entitled to assume that no objection will be raised to its proposed policy.

### (i) The Channel of Communication between Dominion Governments and Foreign Governments.

At the Imperial Conference of 1926 it was agreed that, in cases other than those where Dominion Ministers were accredited to the Heads of foreign States, it was very desirable that the existing diplomatic channels should continue to be used, as between the Dominion Governments and foreign Governments, in matters of general and political concern.

While the Conference did not wish to suggest any variation in this practice, they felt that it was of great importance to secure that the machinery of diplomatic communication should be of a sufficiently elastic and flexible character. They appreciated that cases might

arise in which, for reasons of urgency, one of His Majesty's Governments in the Dominions might consider it desirable to communicate direct with one of His Majesty's Ambassadors or Ministers appointed on the advice of His Majesty's Government in the United Kingdom on a matter falling within the category mentioned. In such cases they recommended that the procedure just described should followed. It would be understood that the communication sent to the Ambassador or Minister would indicate to him that, if practicable, he should, before taking any action, await a telegram from His Majesty's Government in the United Kingdom, with whom the Dominion Government concerned would simultaneously communicate.

As regards subjects not falling within the category of matters of general and political concern, the Conference felt that it would be to the general advantage if communications passed direct between His Majesty's Governments in the Dominions and the Ambassador or Minister concerned. It was thought that it would be of practical convenience to define, as far as possible, the matters falling within this arrangement; the definition would include such matters as, for example, the negotiation of commercial arrangements affecting exclusively a Dominion Government and a foreign Power, complimentary messages, invitations to non-political conferences and requests for information of a technical or scientific character. If it appeared hereafter that the definition were not sufficiently exhaustive it could of course be added to at any time.

In making the above recommendations, it was understood that, in matters of the nature described in the preceding paragraph, cases might also arise in which His Majesty's Governments in the Dominions might find it convenient to adopt appropriate channels of communication other than that of diplomatic representatives.

The Conference were informed that His Majesty's Government in the United Kingdom were willing to issue the necessary instructions to the Ambassadors and Ministers concerned to proceed in accordance with the above recommendations.

### (*j*) Status of High Commissioners.

The question of precedence of High Commissioners for the Dominions in London was raised at the Imperial Conference of 1923 by the then Prime Minister of Canada (Mr. Mackenzie King). As a result of the discussion at that Conference and subsequent correspondence with the Prime Minister of the Dominions, a proposal was submitted to, and approved by the King, that the Dominion High Commissioners should be given precedence, on ceremonial occasions, after any members of the United Kingdom or Dominion Cabinets who might be present on any given occasion, but not in any case given a position superior to that accorded by the United Kingdom Table of Precedence to Secretaries of State.

At the present Conference the question was raised whether it

might be possible in any way to improve the status accorded, as a result of the 1923 discussions, to Dominion High Commissioners in London in order to emphasise the importance of their position as the representatives in London of other Governments of His Majesty. The desirability of such action, if it were possible, was generally recognised, more particularly in view of the constitutional position as defined by the Imperial Conference of 1926.

On the other hand, there was obvious difficulty in according to the representatives in London of any of His Majesty's Governments a status which would place them in a position higher than that accorded, not only to His Majesty's principal Ministers in the United Kingdom, but also to the members of the respective Dominion Governments when they were visiting the United Kingdom.

As the result of the discussion, His Majesty's Government in the United Kingdom intimated that they were prepared to recommend to the King that the Dominion High Commissioners should on all ceremonial occasions (other than those when Ministers of the Crown from the respective Dominions were present) rank immediately after Secretaries of State, that is, before all Cabinet Ministers in the United Kingdom, except Secretaries of State and those Ministers who already have higher precedence than Secretaries of State. It had been ascertained that, if such a recommendation were made to the King, His Majesty would be graciously pleased to approve it. As regards the position of the representative of a Dominion in relation to a Minister of the Crown visiting the United Kingdom from that Dominion, the existing position would remain unaltered, that is, normally a Minister of the Crown from a Dominion visiting the United Kingdom would be given precedence immediately before the High Commissioner concerned.

The representatives of the United Kingdom at the Conference expressed the hope that His Majesty's Governments in the Dominions would consider the question of recommending equivalent precedence for any High Commissioner appointed by His Majesty's Government in the United Kingdom in a Dominion.

## ANNEX.

### Draft Agreement as to British Commonwealth Merchant Shipping.

His Majesty's Governments in the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, Canada, the Commonwealth of Australia, New Zealand, the Union of South Africa, the Irish Free State and Newfoundland, and the Government of India, having considered the report of the Conference on the Operation of Dominion Legislation and Merchant Shipping Legislation, 1929, undertake to propose any necessary legislation and take such other steps as may be required for the purpose of giving full effect to the provisions of the present Agreement with regard to Merchant Shipping.

Part I.—Common Status.

Part II.—Standards of Safety.
Part III.—Extra-territorial Operation of Laws.
Part IV.—Equal Treatment.
Part V.—Ships' Articles, Internal Discipline, and Engagement and Discharge of Seamen.
Part VI.—Certificates of Officers.
Part VII.—Shipping Inquiries.
Part VIII.—Relief and Repatriation of Seamen; Wages and Effects of deceased Seamen.
Part IX.—Offences on Board Ship.
Part X.—General.

*Interpretation.*

*Article* 1.—In this agreement, unless the context otherwise requires, the following expression has the meaning hereby assigned to it, that is to say:—

"Part of the Commonwealth" means any Part of the British Commonwealth of Nations the Government of which is a party to this Agreement.

## PART I.

### Common Status.

*Common Qualifications.*

*Article* 2.—(1) No ship shall be registered in any port within the British Commonwealth so as to acquire the status and recognition mentioned in paragraph (2) of this Article unless it is owned wholly by persons of the following description, namely:—

(*a*) Persons recognised by law throughout the British Commonwealth of Nations as having the status of natural born British subjects;

(*b*) Persons naturalised by or in pursuance of the law of some Part of the British Commonwealth;

(*c*) Persons made denizens by letters of denization; and

(*d*) Bodies corporate established under and subject to the law of some Part of the British Commonwealth and having their principal place of business within the British Commonwealth.

(2) Every ship so owned and duly registered within the British Commonwealth shall posses a common status for all purposes and shall be entitled to the recognition usually accorded to British ships.

*Registry.*

*Article* 3.—The laws, regulations, forms and procedure relating to the matters following, that is to say:—

Obligation to Register;
Certificate of Registry;
Transfer and Transmissions;
Mortgages;

Certificates of Mortgage and Sale;
Name of Ship;
Registry of Alterations, Registry Anew, and Transfer of Registry;
Incapacitated Persons;
Trusts and Equitable Rights;
Liability of Beneficial Owner;
Managing Owner;
Declarations, Inspection of Register and Fees;
Returns, Evidence, and Forms;
Forgery and False Declarations;
Measurement of Ship and Tonnage;

shall be substantially the same throughout the British Commonwealth and so far as possible be based on Part I of the Merchant Shipping Act, 1894.

*Article* 4.—In order that there may be a complete list of ships registered in all Parts of the British Commonwealth, for statistical purposes, particulars (such as the name of the ship, the registered number, the port to which she belongs, the name of the registered owner, and the tonnage) relating to all ships registered at their ports, will be forwarded by the administration of each Part of the Commonwealth at convenient intervals to the Registrar General of Shipping and Seamen in London. Copies of the complete list shall be forwarded annually to the administration of each Part of the Commonwealth.

*National Colours.*

*Article* 5.—It being recognised that the proper national colours for all ships registered in any Part of the Commonwealth shall be such as may be determined by the Government of that Part, each of the Commonwealth undertakes to prohibit under penalty (*a*) the use by ships registered in that Part of any national colours other than those determined for those ships; (*b*) the hoisting on board any ship registered in that Part of colours proper to a ship of war or resembling any of those colours, without proper warrant.

## PART II.

### Standards of Safety.

*Article* 6.—While each Part of the Commonwealth will from time to time determine the standards with which its ships shall be required to comply in all matters relating to safety, every endeavour will be made to preserve uniformity and to maintain the standards at present in force.

*Article* 7.—Each Government which proposes to make an alteration of substance in these standards will give as long notice as practicable to the other Governments of the proposed alteration and the reasons for it.

*Article* 8.—Subject to the provisions of Part IV, nothing in this Agreement affects the right of each Part to apply to any ship trading

to its ports its regulations regarding the safety of ships, their crews and passengers, except in so far as the ship complies with regulations accepted by the Part as equivalent to its own regulations.

## PART III.

### Extra-Territorial Operation of Laws.

*Article* 9.—Save as otherwise specially provided in this Agreement, the laws relating to merchant shipping in force in one Part of the Commonwealth shall not be made to apply with extra-territorial effect to ships registered in another Part unless the consent of that other Part of the Commonwealth has been previously obtained:—

Provided that nothing contained in this Article shall be deemed to restrict the power of each Part of the Commonwealth to regulate the coasting trade, sea fisheries and fishing industry of that Part.

## PART IV.

### Equal Treatment.

*Article* 10.—Each Part of the British Commonwealth agrees to grant access to its ports to all ships registered in the British Commonwealth on equal terms and undertakes that no laws or regulations relating to seagoing ships at any time in force in that Part shall apply more favourably to ships registered in that Part, or to the ships of any foreign country, than they apply to any ship registered in any other Part of the Commonwealth.

*Article* 11.—While each Part of the British Commonwealth may regulate its own coasting trade, it is agreed that any laws or regulations from time to time in force for that purpose shall treat all ships registered in the British Commonwealth in exactly the same manner as ships registered in that Part, and not less favourably in any respect than ships of any foreign country.

*Article* 12.—Nothing in the present Agreement shall be deemed—

(i) to derogate from the right of every Part of the Commonwealth to impose customs tariff duties on ships built outside that Part; or

(ii) to restrict the right of the Government of each Part of the Commonwealth to give financial assistance to ships registered in that Part or its right to regulate the sea fisheries of that Part.

## PART V.

### Ship's Articles.

*Internal Discipline and Engagement and Discharge of Seamen.*

*Article* 13.—The form and contents of ship's articles if first opened in a Part of the Commonwealth, shall be those prescribed by the law of that Part, and if first opened elsewhere than within the British

Commonwealth, shall be those prescribed by the law of the Part in which the ship is registered.

*Article* 14.—The powers and duties with respect to discipline on board a ship registered within the British Commonwealth shall, in so far as they are not derived from the ship's articles, be those made and provided by the laws and regulations in force in the Part of the Commonwealth in which the ship is registered.

Provided that if and so long as a ship, registered in one Part of the Commonwealth, is engaged wholly or mainly in the coasting trade of another Part, the powers and duties with respect to such discipline may be those made and provided by the laws and regulations in force in that other Part.

Provided also that in the case of a ship which is trading from a Part of the Commonwealth in which the principal place of business of her owners is situated, and not trading to the Part of the Commonwealth in which she is registered, the powers and duties with respect to such discipline may be those made and provided by the laws and regulations in force in the former Part.

*Article* 15.—Provision shall be made by law in each Part of the Commonwealth that whenever a seaman or apprentice deserts in that Part from a ship registered in another Part, any Court exercising summary jurisdiction in the Part in which the seaman or apprentice has deserted, and any Justice or Officer of such Court shall, on the application of the master of the ship, aid in apprehending the deserter, and, for that purpose may, on information given on oath, issue a warrant for his apprehension, and on proof of the desertion, order him to be conveyed on board his ship or delivered to the master or mate of his ship, or to the owner of the ship or his agent, to be so conveyed.

## PART VI.

### Certificates of Officers.

*Article* 16.—The standards of qualification to be required of applicants for certificates of competency and of service shall so far as possible be equal and alike throughout the British Commonwealth, and shall not be lower than those at present established.

*Article* 17.—Subject to any special provisions that may be made by any Part of the Commonwealth as to the qualifications to be required of officers on ships engaged in its coasting trade, a valid certificate of competency or service granted by one Part of the Commonwealth will be recognised throughout the British Commonwealth as indicating that the holder is duly qualified accordingly when serving on board any ship registered in that Part.

## PART VII.

### Shipping Enquiries.

*Article* 18.—The Government of each Part of the Commonwealth agrees to assist the Governments of the other Parts by providing for

officers to hold preliminary enquiries (including the taking of depositions) into casualties to ships registered in such other Parts.

*Article* 19.—No Government of any Part of the Commonwealth will cause a formal investigation to be held into a casualty occurring to a ship registered in another Part save at the request or with the consent of the Government of that Part in which the ship is registered.

Provided that this restriction shall not apply when a casualty occurs on or near the coasts of a Part of the Commonwealth or whilst the ship is wholly engaged in the coasting trade of a Part of the Commonwealth.

*Article* 20.—In all Parts of the Commonwealth the laws and regulations relating to the matters following, namely:—

Constitution of Courts having jurisdiction to hold formal investigations;

Holding of such Courts with the assistance of Assessors;

Classification of Assessors according to their qualifications;

Selection of Assessors according to the nature of the questions to be raised;

Notice of investigation and the service thereof;

Opportunity to be given to any person whose conduct may be impugned of making a defence;

Procedure on the hearing;

Rehearings and Appeals;

shall be, so far as possible, alike, and shall be based upon the provisions relating to formal investigations contained in Part VI of the Merchant Shipping Act, 1894, and the Shipping Casualties and Appeals and Rehearings Rules, 1923, made pursuant thereto.

Provided that

(1) the Administration of that Part of the Commonwealth in which a formal investigation is held shall alone be competent to order a rehearing thereof;

(2) an appeal from a decision of a Court of formal investigation shall lie to a Court in the Part of the Commonwealth in which the formal investigation was held and that Court shall be similar in its constitution and jurisdiction to a Divisional Court of Admiralty in England;

(3) a Court of formal investigation shall be empowered to cancel or suspend a certificate of competency or service granted by the Administration of another Part of the Commonwealth so only as to effect its validity within the jurisdiction of the Part in which the investigation is held, but the Administration by which the certificate was granted may adopt such cancellation or suspension.

*Article* 21.—Provisions shall be in force in each Part of the Commonwealth similar, so far as possible, to those contained in Part VI of the Merchant Shipping Act, 1894, relating to the special enquiry that may be held when there is reason to believe that any master, mate,

or certificated engineer is from incompetency or misconduct unfit to discharge his duties.

Provided that the power of a Court holding such enquiry to cancel or suspend a certificate of competency or service granted by a Part of the Commonwealth other than that in which the enquiry is held shall be similar to the power of a Court of formal investigation under the last preceding Article.

## PART VIII.

### Relief and Repatriation of Seamen.

### Wages and Effects of Deceased Seamen.

*Article* 22.—A scheme shall be drawn up to which each Part of the Commonwealth shall give legislative effect, under which provision shall be made:—

(*a*) for the relief and repatriation of seamen belonging to any Part of the Commonwealth who may be found in distress or left behind in any other Part or in places abroad, and for defraying the expenses;

(*b*) for payment of the expenses of medical attendance, maintenance, burial and repatriation in case of injury or illness of seamen;

(*c*) for dealing with the effects and wages of seamen who are left behind or die in a port outside the Part of the Commonwealth to which they belong;

(*d*) for the recovery from the owner of the ship in proper cases of any expenses incurred by the administration of any Part of the Commonwealth in the matters referred to in paragraphs (*a*) and (*b*).

## PART IX.

### Offences on Board Ship.

*Article* 23.—Reciprocal arrangements shall be made for conferring jurisdiction on the lines of Section 686 of the Merchant Shipping Act, 1894, with respect to offences committed on board ships registered in any Part of the Commonwealth.

## PART X.

### General.

*Article* 24.—The present Agreement shall come into operation on the day of , and shall continue in full force for a period of five years and thereafter until the Government of any Part of the Commonwealth gives notice of intention to withdraw therefrom or from any Article thereof. A notice of withdrawal, if sent to the Governments of every other Part of the Commonwealth, shall take effect as regards the Part giving the notice to the extent therein specified at the expiration of twelve months from the

date of its despatch, but shall not otherwise affect the continuance in full force of the present Agreement.

*Article* 25.—The present Agreement may be varied at any time during the continuance thereof by common accord. Proposals for variation shall be sent by the Government of the Part proposing the variation, to the Government of the United Kingdom, to be circulated to the Governments of the other Parts of the Commonwealth, who will consider the proposals and endeavour to agree upon the acceptance of the variation with or without amendment. If a common accord is reached with respect to any proposed variation the present Agreement shall be varied accordingly.

*Article* 26.—A conference to consider any matter the subject of of the present Agreement or any other matter relating to Merchant Shipping which the Government of any Part of the Commonwealth considers to be of common interest, may be called at any time at the instance of the Governments of any three Parts of the Commonwealth.

*Article* 27.—This Agreement shall apply to all territories administered under the authority of the Government of any Part of the Commonwealth and to ships registered there, or in any foreign port of registry, and fulfilling the requirements as to ownership set out in Article 2 (1).

## VII.—Arbitration and Disarmament.

In the sphere of foreign affairs, apart from the review of certain special questions of foreign policy, the main task before the Conference was the discussion of the means by which the Members of the British Commonwealth could best co-operate in promoting the policy of disarmament and world peace.

These questions were considered by a Committee under the Chairmanship of the Hon. Maurice Dupré, K.C., M.P., Solicitor General, Canada.

These discussions naturally covered two main fields:

I. Formal measures for the preservation of peace including the improvement of the machinery for the peaceful settlement of international disputes; and

II. Measures for the reduction and limitation of armaments.

### (1) *Formal Measures for the Preservation of Peace.*

The Conference noted with plaesure the progress which had been made since the last Imperial Conference in this field and in particular the important steps taken in the conclusion of the Pact of Paris and the acceptance by all Members of the British Commonwealth of the Optional Clause of Article 36 of the Statute of the Permanent Court of International Justice. The Conference, having considered the provisions of the General Act for the Pacific Settlement of International

Disputes, approved the general principles underlying the Act. The representatives of the United Kingdom, Canada, the Commonwealth of Australia, New Zealand, the Irish Free State, and India, intimated that it was proposed to commend the General Act to the appropriate authority with a view to accession on conditions mainly similar to those attached to their respective acceptances of the Optional Clause; in particular the reservation regarding questions which by international law fall within the domestic jurisdiction of the parties would be retained by those Members of the Commonwealth who had adopted it in accepting the Optional Clause, in view of the importance attached by many of His Majesty's Governments to certain matters, such as immigration, which are solely within their domestic jurisdiction. The representatives of the Union of South Africa intimated that His Majesty's Government in the Union were not opposed to the principle of the General Act but that the Act would be further examined by that Government before they could arrive at a final decision, as some time would be required for a study of certain questions involved.

The Conference further considered the proposals which had been made to bring the Covenant of the League of Nations into harmony with the Pact of Paris and reached the conclusion that the principle underlying these proposals is one which should receive the support of all the Governments represented at the Conference.

The Conference also placed on record the view that the amendments to the Covenant which were drafted by the Sub-Committee appointed for this purpose by the First Committee at the Eleventh Assembly of the League of Nations should be recommended to the several Governments for acceptance. The Conference was further of opinion that the entry into force of these amendments should be made dependent upon the entry into force of a General Treaty for the Reduction and Limitation of Armaments.

(2) *Measures for the Reduction and Limitation of Armaments.*

The Conference desired to record its conviction that the future peace of the world depends upon the early adoption of some general scheme of disarmament by international agreement and that every effort shuld be made to convoke a General Disarmament Conference at an early date in order that the obligations accepted by all the Members of the League under Articel 8 of the Covenant might be honoured without further delay.

The Conference considered the text of the draft of a Disarmament Convention drawn up by the Preparatory Commission and reached the conclusion, as the result of an exchange of views, that the principles underlying the draft Convention should be approved. The Conference was in general further satisfied that the provisions of the draft Convention, with certain proposed amendments, afforded an adequate basis for an effective system of disarmament.

The Conference took note of the deposit of ratifications of the

London Naval Treaty, which took place while it was in session, and desired to record its satisfaction at the progress thereby achieved in the sphere of naval disarmament.

## VIII.—The Antarctic.

The question of Antarctic exploration was discussed between representatives of the Governments interested. They took note of the fact that, in the exercise of the British title to that part of the Anarctic continent which lies between Enderby Land and the Ross Dependency (with the exception of the territory of Adelie Land), an Expedition organised by His Majesty's Government in the Commonwealth of Australia and led by Sir Douglas Mawson, was despatched to these regions in 1929. The valuable exploratory and scientific work accomplished by this Expedition during the season of 1929—30 was reviewed by the representatives of the Governments concerned, who also discussed the arrangement proposed for the continuation of the work during the season of 1930—31. Sir Douglas Mawson started for his second year's expeditionary voyage during the sittings of the Conference, and the Chairman, on behalf of the Conference, sent to him the following message:—

"On behalf of the Imperial Conference now sitting in London, I send you and your companions in adventure the best wishes of the Conference for a successful voyage and a safe return. God speed you all."

The representatives of the Governments interested expressed their serious concern at the increasing magnitude of whaling operations in the Antarctic, which, they felt, had now reached such proportions that the introduction of restrictive measures was urgently required if the future of the whaling industry was not to be gravely endangered. The representatives of the Governments concerned recognised that there were many difficulties in the way of the adoption of such measures, which could only be introduced by international action, but they felt that these difficulties ought to be faced and that, in the interests of preserving the whaling industry, no opportunity should be lost of urging the imperative necessity of conserving the stock of whales in the Antarctic.

## IX.—Defence.

As already mentioned, the great pressure of work in connection with Inter-Imperial Relation and Economic questions rendered it impossible to arrange any plenary discussions on Imperial Defence.

At an early stage of the Conference, however, arrangements were made for the Chiefs of Staff of the three Services in the United Kingdom and representatives of the Services of the Dominions and India to meet together and discuss matters of common interest. The existing arrangements for consultation and co-operation (including questions of general defence such as the supply of war material and the co-ordi-

nation of defensive arrangements as well as the staff arrangements of the respective services), which have grown up as the result of past Imperial Conferences, were reviewed, and, where necessary, recommendations were submitted for their improvement in matters of detail.

In addition, meetings took place at the Admiralty, War Office and Air Ministry at which questions of naval, military and air defence respectively were examined from a more technical point of view.

*Naval Base at Singapore.*

As a result of discussion between representatives of the United Kingdom, the Commonwealth of Australia and New Zealand, it was recommended that the present policy of the ultimate establishment of a defended naval base at Singapore should be maintained and that the Jackson contract should be continued. It was, however, also recommended that, apart from the latter expenditure and such as will be required for the completion of the air base on the scale at present contemplated, the remaining expenditure, *i.e.*, that required for completing the equipment of the docks and for defence works, should be postponed for the next five years, when the matter could be again reviewed in the light of relevant conditions then prevailing.

## X.—Proposed Amendment to the Charter of the Imperial War Graves Commission.

Certain proposals for the extension of the powers of the Imperial War Graves Commission under their existing Charters were considered by a Committee under the Chairmanship of Sir Fabian Ware, Vice-Chairman of the Imperial War Graves Commission.

The Committee recommended, and the Conference approved the recommendation, that application should be made for a Supplemental Charter to remove doubts as to the power of the Commission to make superannuation provision for, and pay gratuities to, their officers and servants, and to make certain other arrangements tor the general welfare of their officers and servants abroad. It was recommended also that at the same time power should be sought to enable official members of the Commission to appoint deputies to represent them on Committees of the Commission.

The full text of the Committee's report, and of the provisions to be incorporated in the proposed Supplemental Charter, is published with the Appendices [12]).

[12]) Appendix III in Cmd. 3718. — Vgl. auch oben S. 384 Note 3.

## 2) Bericht der Konferenz von 1929 über die Gesetzgebung der Dominien und die Handelsschiffahrtsgesetze. [1])

(Cmd. 3479.)

Contents


Part I.—Introduction ..... 410
,, II.—Origin and Purpose of Conference ..... 410
,, III.—Disallowance and Reservation
(1) Disallowance ..... 414
(2) Reservation ..... 416
,, IV.—The Extra-territorial Operation of Dominion Legislation ..... 418
,, V.—Colonial Laws Validity Act ..... 420
,, VI.—Merchant Shipping Legislation and Colonial Courts of Admiralty Act, 1890
(1) Merchant Shipping Legislation ..... 428
(2) Colonial Courts of Admiralty Act, 1890 ..... 437
(3) Recommendations as to Legislation ..... 439
(4) India ..... 440
,, VII.—Suggested Tribunal for the Determination of Disputes ..... 440
,, VIII.—Conclusion ..... 440


### PART I.—INTRODUCTION.

**Preliminary.**

1. The proceedings of the Conference opened in London on the 8th October, 1929, and were continued until 4th December. During that period 17 plenary meetings were held which were normally attended by the following:—

(*Folgt Liste der Anwesenden etc.*).

### PART II. Origin and Purpose of Conference.

General.

6. The present Conference owes its origin to a recommendation contained in the Report of the Imperial Conference of 1926. The Inter-Imperial Relations Committee of that Conference made a recommendation, which was approved by the full Conference, that a Committee should be set up to examine and report upon certain questions connected with the operation of Dominion legislation, and that a Sub-Conference should be set up simultaneously to deal with merchant shipping legislation. This recommendation was approved by the Governments concerned, and the present Conference was established to carry out those tasks.

7. The Report of the Imperial Conference of 1926, in addition to setting forth the problems which required further examination, contained first and foremost a statement of the principles regulating

[1]) Engl. Titel: Report of the Conference on the Operation of Dominion Legislation and Merchant Shipping Legislation, 1929.

the relations of the members of the British Commonwealth of Nations at the present day. It is desirable to recall these principles as they establish the basis and starting-point of the work of the present Conference.

8. The Report of the Imperial Conference declared in relation to the United Kingdom and the Dominions that

> "They are autonomous communities within the British Empire, equal in status, in no way subordinate one to another in any aspect of their domestic or external affairs, though united by a common allegiance to the Crown, and freely associated as members of the British Commonwealth of Nations."

The Report recognised, however, that existing administrative, legislative and judicial forms were admittedly not wholly in accord with the position as described, a condition of things following inevitably from the fact that most of these forms dated back to a time well antecedent to the present stage of constitutional development.

9. With regard to the position of the Governor-General, it was placed on record in the Report that it was an essential consequence of the equality of status existing among the members of the British Commonwealth of Nations that the Governor-General is the representative of the Crown, holding in all essential respects the same position in relation to the administration of public affairs in the Dominion as is held by His Majesty the King in the United Kingdom, and that he is not the representative or agent of His Majesty's Government in the United Kingdom or of any Department of that Government.

10. With regard to certain points connected with Dominion legislation—disallowance, reservation, the extra-territorial operation of Dominion Laws, and the Colonial Laws Validity Act—the Imperial Conference of 1926, while recognising that there would be grave danger in attempting in the limited time at their disposal any immediate pronouncement in detail on issues of such complexity, set forth certain principles which were considered to underlie the whole subject. As regards disallowance and reservation it was recognised that, apart from provisions embodied in Constitutions or in specific statutes expressly providing for reservation, it is the right of the Government of each Dominion to advise the Crown in all matters relating to its own affairs; and that consequently it would not be in accordance with constitutional practice for advice to be tendered to His Majesty by His Majesty's Government in the United Kingdom in any matter appertaining to the affairs of a Dominion against the view of the Government of that Dominion. It was also suggested that the appropriate procedure with regard to projected legislation in one of the self-governing parts of the Empire which may affect the interests of other self-governing parts is previous consultation between His Majesty's Ministers in the several parts concerned; and it was stated that, with regard to the legislative competence of members of the British Commonwealth of Nations other than the United Kingdom,

and in particular to the desirability of those members being enabled to legislate with extra-territorial effect, the constitutional practice is that legislation by the Parliament of the United Kingdom applying to a Dominion would only be passed with the consent of the Dominion concerned.

11. It was, however, considered that there were points arising out of these considerations, and in the application of these general principles, which required detailed examination. In the first place, there remains a considerable body of law passed by the Parliament of the United Kingdom which still applies in relation to the Dominions and at present cannot be repealed or modified by Dominion Parliaments; secondly, under the existing system His Majesty's Government in the United Kingdom retains certain powers with reference to Dominion legislation; and, thirdly, while the Parliament of the United Kingdom can legislate with extraterritorial effect, there is doubt as to the powers in this respect of Dominion Parliaments. The Imperial Conference accordingly recommended that steps should be taken by the United Kingdom and the Dominions to set up a Committee with terms of reference on the following lines:—

"To enquire into, report upon, and make recommendations concerning—

" (i) Existing statutory provisions requiring reservation of Dominion legislation for the assent of His Majesty or authorising the disallowance of such legislation.

" (ii) (*a*) The present position as to the competence of Dominion Parliaments to give their legislation extraterritorial operation.

" (*b*) The practicability and most convenient method of giving effect to the principle that each Dominion Parliament should have power to give extra-territorial operation to its legislation in all cases where such operation is ancillary to provision for the peace, order, and good government oft the Dominion.

" (iii) The principles embodied in or underlying the Colonial Laws Validity Act, 1865, and the extent to which any provisions of that Act ought to be repealed, amended, or modified in the light of existing relations between the various members of the British Commonwealth of Nations as described in this Report" (*i.e.*, the Report of the Imperial Conference).

Merchant Shipping.

12. The Imperial Conference of 1926 also considered the general question of Merchant Shipping legislation. On this subject the Conference pointed out that, while uniformity of administrative practice was desirable and, indeed, essential as regards the Merchant Shipping legislation of the various parts of the Empire, it was difficult to reconcile the application, in their present form, of certain provisions of the principal statute relating to Merchant Shipping, viz., the Merchant

Shipping Act, 1894, with the present constitutional status of the several members of the British Commonwealth of Nations. The Conference came finally to the conclusion that the general question of Merchant Shipping legislation should be remitted to a special Sub-Conference which it was thought might most appropriately meet at the same time as the Committee already mentioned.

13. On further examination of the problems involved, it appeared more convenient that the Committee and the special Sub-Conference should be organised as a single Conference. After consultation between the respective Governments this view received general acceptance, and the terms of reference to the present Conference accordingly include, in addition to those set out above, a reference—

> "To consider and report on the principles which should govern, in the general interest, the practice and legislation relating to Merchant Shipping in the various parts of the Empire, having regard to the change in constitutional status and general relations which has occurred since existing laws were enacted."

Position of India.

14. The Imperial Conference of 1926 recommended that arrangements should be made for the representation of India at the Sub-Conference on Merchant Shipping questions; but did not suggest that India should be represented on the proposed Committee. As a result, however, of preliminary examination of the matters falling within the scope of the terms of reference to the proposed Committee, it appeared that, while the position of India was a special one, some of the matters likely to come up for detailed discussion at the present Conference might be of interest to that country. It was consequently agreed that arrangements should be made for the representation of India at the present Conference for the discussion of the subject of Merchant Shipping and of such other particular subjects arising at the Conference as might be of direct interest to India.

The Questions before the Conference.

15. In approaching the inquiry into the subject referred to them, the present Conference have not considered it within the terms of their appointment to re-examine the principles upon which the relations of the members of the Commonwealth are now established. These principles of freedom, equality, and cooperation have slowly emerged from the experience of the selfgoverning communities now constituting that most remarkable and successful experiment in co-operation between free democracies which has ever been developed, the British Commonwealth of Nations; they have been tested under the most trying conditions and have stood that test; they have been given authoritative expression by the Governments represented at the Imperial Conference of 1926; and have been accepted throughout the British Commonwealth. The present Conference have therefore considered their task to be merely that of

endeavouring to apply the principles, laid down as directing their labours, to the special cases where law or practice is still inconsistent with those principles, and to report their recommendations as a preliminary to further consideration by His Majesty's Governments in the United Kingdom and in the Dominions.

16. The three heads of the terms of reference to the Conference, apart from the question of Merchant Shipping which is dealt with separately, may be classified briefly as dealing with:—

(i) Disallowance and Reservation;

(ii) The extra-territorial operation of Dominion legislation;

(iii) The Colonial Laws Validity Act, 1865.

17. It seems convenient to give some indication of the origin and nature of the questions which arise in each case, and then to state the recommendations of the Conference under each head.

## PART III.—Disallowance and Reservation.

### (1) Disallowance.

Present Position.

18. The power of disallowance means the right of the Crown, which has hitherto been exercised (when occasion for its exercise has arisen) on the advice of Ministers in the United Kingdom, to annul an Act passed by a Dominion or Colonial Legislature.

19. The prerogative or statutory powers of His Majesty the King to disallow laws made by the Parliament of a Dominion, where such powers still subsist, have not been exercised for many years, and it is desirable that the position with regard to disallowance should now be made clear.

20. Whatever the historical origin of the power of disallowance may have been, it has now found a statutory expression in most of the Dominion Constitutions and accordingly the power of disallowance in reference to Dominion legislation exists and is regulated solely by the statutory provisions of those Constitutions [2]).

21. Section 58 of the New Zealand Constitution Act, 1852, and Section 56 of the British North America Act, 1867, empower the King in Council to disallow any Act of the Parliament of either Dominion within a period of two years from the receipt of the Act from the Governor-General. In Section 59 of the Constitution of the Commonwealth of Australia (1900) and Section 65 of the South Africa Act, 1909, the period prescribed is one year after the assent of the Governor-General has been given. The Irish Free State Constitution contains no provision for disallowance.

22. A distinction must, of course, be drawn between the existence of these provisions and their exercise. In the early stages of respon-

[2]) Note.—This does not apply to Newfoundland where the Constitution is based on Letters Patent and not on Statute.

sible government cases of disallowance occurred not infrequently merely for the reason that the legislation disallowed did not commend itself on its merits to the Government of the United Kingdom. This practice did not however long survive, for it was realised that under the conditions of self-government the power of disallowance should only be exercised where grave Imperial interests were concerned, and that such intervention was improper with regard to legislation of purely domestic concern. In fact the power of disallowance has not been exercised in relation to Canadian legislation since 1873 or to New Zealand legislation since 1867; it has never been exercised in relation to legislation passed by the Parliaments of the Commonwealth of Australia or the Union of South Africa.

### Recommendations.

23. The Conference agree that the present constitutional position is that the power of disallowance can no longer be exercised in relation to Dominion legislation. Accordingly, those Dominions who possess the power to amend their Constitutions in this respect can, by following the prescribed procedure, abolish the legal power of disallowance if they so desire. In the case of those Dominions who do not possess this power, it would be in accordance with constitutional practice that, if so requested by the Dominion concerned, the Government of the United Kingdom should ask Parliament to pass the necessary legislation.

### Special Position in Relation to the Colonial Stock Act, 1900.

24. The special position in relation to the Colonial Stock Act, 1900, may conveniently be dealt with in this place. This Act empowers His Majesty's Treasury in the United Kingdom to make regulations governing the admission of Dominion stocks to the list of trustee securities in the United Kingdom. One of the conditions prescribed by the Treasury which at present govern the admission of such stocks is a requirement that the Dominion Government shall place on record a formal expression of its opinion that any Dominion legislation which appears to the Government of the United Kingdom to alter any of the provisions affecting the stock to the injury of the stockholder or to involve a departure from the original contract in regard to the stock would properly be disallowed. We desire to place on record our opinion that, notwithstanding what has been said in the preceding paragraph, where a Dominion Government has complied with this condition and there is any stock (of either existing or future issues of that Government) which is a trustee security in consequence of such compliance, the right of disallowance in respect of such legislation must remain and can properly be exercised. In this respect alone is there any exception to the position as declared in the preceding paragraph.

25. The general question of the terms on which loans raised by one part of the British Commonwealth should be given the privilege

of admission to the Trustee List in another part falls naturally for determination by the Government of the latter, and it is for the other Governments to decide whether they will avail themselves of the privilege on the terms specified. It is right however to point out that the condition regarding disallowance makes it difficult and in one case impossible for certain Dominions to take advantage of the provisions of the Colonial Stock Act, 1900.

### (2) Reservation.

### Present Position.

26. Reservation means the withholding of assent by a Governor-General or Governor to a Bill duly passed by the competent Legislature in order that His Majesty's pleasure may be taken thereon.

27. Statutory provisions dealing with reservation of Bills passed by Dominion Parliaments may be divided into (1) those which confer on the Governor-General a discretionary power of reservation and (2) those which specifically oblige the Governor-General to reserve Bills dealing with particular subjects.

28. The discretionary power of reservation is dealt with in Sections 56 and 59 of the New Zealand Constitution Act, 1852, Sections 55 and 57 of the British North America Act, 1867, Sections 58 and 60 of the Constitution of the Commonwealth of Australia (1900), Sections 64 and 66 of the South Africa Act, 1909, and Article 41 of the Constitution of the Irish Free State.

29. Provisions requiring Bills relating to particular subjects to be reserved by the Governor-General for the signification of His Majesty's pleasure exist in the Australian, New Zealand, and South African Constitutions. By Section 65 of the New Zealand Constitution Act, 1852, the General Assembly of New Zealand is given power to alter the sums allocated by the Schedule to the Act for the Governor's salary, the Judges, establishment of the general government and native purposes respectively, but any Bill altering the salary of the Governor or the sum allocated to native purposes must be reserved. By Section 74 of the Constitution of the Commonwealth of Australia (1900), it is provided that the Commonwealth Parliament may make laws limiting the matters in which special leave to appeal from the High Court of Australia to His Majesty in Council may be asked, but proposed laws containing any such limitation shall be reserved by the Governor-General for the signification of His Majesty's pleasure. The South Africa Act, 1909, contains three sections relating to the reservation of Bills dealing with particular subjects. Section 106 contains provisions similar to those in Section 74 of the Constitution of the Commonwealth of Australia. Section 64 provides that all Bills repealing or amending that section or any of the provisions of Chapter IV of the Act under the heading "House of Assembly" and all Bills abolishing provincial councils or abridging the powers conferred on them under Section 85 shall be

reserved. By paragraph 25 of the Schedule to the Act, which lays down the terms and conditions on which the Governor in Council may undertake the government of native territories if transferred to the Union under Section 151, it is provided that all Bills to amend or alter the provisions of this Schedule shall be reserved. There is no provision requiring reservation in either the Canadian or Irish Free State Constitutions.

30. Provisions relating to compulsory reservation are also to be found in the Colonial Courts of Admiralty Act, 1890, and in the Merchant Shipping Act, 1894. These provisions are dealt with in another section of this Report.

31. The power of reservation had its origin in the instructions given by the Crown to the Governor of a Colony as to the exercise by him of the power to assent to Bills passed by the colonial legislative body. It has been embodied in one form or another in the Constitutions of all the Dominions and may be regarded in their case as a statutory and not a prerogative power. Its exercise has involved the intervention of the Government of the United Kingdom at three stages,—in the instructions to the Governor concerning the classes of Bills to be reserved, in the advice tendered to the Crown regarding the giving or withholding assent to Bills actually reserved, and in the forms in use for signifying the Royal pleasure upon a reserved Bill. Reservation found a place naturally enough in the older colonial system under which the Crown exercised supervision over the whole legislation and administration of a Colony through Ministers in the United Kingdom. In the earlier stages of self-government supervision over legislation did not at once disappear, but it was exercised in a constantly narrowing field with the development of the principles and practice of responsible government. As regards the Dominions, it gradually came to be realised that the attainment of the purposes of reservation must be sought in other ways than through the use of powers by the Government of the United Kingdom. The present constitutional position is set forth in the statement of principles governing the relations of the United Kingdom and the Dominions contained in the Report of the Imperial Conference of 1926; and we have to apply these principles to the power of reservation and its exercise in the conditions now established.

## Recommendations.

### Discretionary Reservation.

32. Applying the principles laid down in the Imperial Conference Report of 1926, it is established first that the power of discretionary reservation if exercised at all can only be exercised in accordance with the constitutional practice in the Dominion governing the exercise of the powers of the Governor-General; secondly, that His Majesty's Government in the United Kingdom will not advise His Majesty the

King to give the Governor-General any instructions to reserve Bills presented to him for assent, and thirdly, as regards the signification of the King's pleasure concerning a reserved Bill, that it would not be in accordance with constitutional practice for advice to be tendered to His Majesty by His Majesty's Government in the United Kingdom against the views of the Government of the Dominion concerned.

Compulsory Reservation—Principle Governing the Signification of the King's pleasure.

33. In cases where there is a special provision requiring the reservation of Bills dealing with particular subjects, the position would in general fall within the scope of the doctrine that it is the right of the Government of each Dominion to advise the Crown in all matters relating to its own affairs and that consequently it would not be in accordance with constitutional practice for advice to be tendered to His Majesty by His Majesty's Government in the United Kingdom in any matter appertaining to the affairs of a Dominion against the views of the Government of that Dominion.

34. The same principle applies to cases where alterations of a Constitution are required to be reserved.

Abolition of the Power of Reservation (Discretionary or Compulsory).

35. As regards the continued existence of the power of reservation, certain Dominions possess the power by amending their Constitutions to abolish the discretionary power and to repeal any provisions requiring reservation of Bills dealing with particular subjects, and it is, therefore, open to those Dominions to take the prescribed steps to that end if they so desire.

36. As regards Dominions that need the co-operation of the Parliament of the United Kingdom in order to amend the provisions in their Constitutions relating to reservation, we desire to place on record our opinion that it would be in accordance with constitutional practice that if so requested by the Dominion concerned the Government of the United Kingdom should ask Parliament to pass the necessary legislation.

PART IV.—**The Extra-Territorial Operation of Dominion Legislation.**

The Present Position as to the Competence of Dominion Parliaments to give their Legislation Extra-Territorial Operation.

37. In the case of all Legislatures territorial limitations upon the operation of legislation are familiar in practice. They arise from the express terms of statutes or from rules of construction applied by the Courts as to the presumed intention of the Legislature, regard being had to the comity of nations and other considerations. But in the case

of the legislation of Dominion Parliament there is also an indefinite range in which the limitations may exist not merely as rules of interpretation but as constitutional limitations. So far as these constitutional limitations exist there is a radical difference between the position of Acts of the Parliament of the United Kingdom in the United Kingdom itself and Acts of a Dominion Parliament in the Dominion.

38. The subject is full of obscurity and there is conflict in legal opinion as expressed in the Courts and in the writings of jurists both as to the existence of the limitation itself and as to its extent. There are differences in Dominion Constitutions themselves which are reflected in legal opinion in those Dominions. The doctrine of limitation is the subject of no certain test applicable to all cases, and constitutional power over the same matter may depend on whether the subject is one of a civil remedy or of criminal jurisdiction. The practical inconvenience of the doctrine is by no means to be measured by the number of cases in which legislation has been held to be invalid or inoperative. It introduces a general uncertainty which can be illustrated by questions raised concerning fisheries, taxation, shipping, air navigation, marriage, criminal law, deportation, and the enforcement of laws against smuggling and unlawful immigration. The state of the law has compelled legislatures to resort to indirect methods of reaching conduct which, in virtue of the doctrine, might lie beyond their direct power but which they deem it essential to control as part of their self-government.

39. It would not seem to be possible in the present state of the authorities to come to definite conclusions regarding the competence of Dominion Parliaments to give their legislation extraterritorial operation; and, in any case, uncertainty as to the existence and extent of the doctrine renders it desirable that legislation should be passed by the Parliament of the United Kingdom making it clear that this constitutional limitation does not exsit.

## Recommendations.

40. We are agreed that the most suitable method of placing the matter beyond possibility of doubt would be by means of a declaratory enactment in the terms set out below passed, with the consent of all the Dominions, by the Parliament of the United Kingdom.

41. With regard to the extent of the power so to be declared, we are of opinion that the recognition of the powers of a Dominion to legislate with extra-territorial effect should not be limited either by reference to any particular class of persons (*e.g.*, the citizens of the Dominion) or by any reference to laws "ancillary to provision for the peace, order and good government of the Dominion" (which is the phrase appearing in the terms of reference to the Conference).

42. We regard the first limitation as undesirable in principle. With respect to the second, we think that the introduction of a reference to legislation ancillary to peace, order and good government is unnecessary, would add to the existing confusion on the matter, and might diminish

the scope of the powers the existence of which it is desired to recognise.

43. After careful consideration of possible alternatives, we recommend that the clause should be in the following form:—

*"It is hereby declared and enacted that the Parliament of a Dominion has full power to make laws having extra-territorial operation."*

44. In connection with the exercise of extra-territorial legislative powers, we consider that provision should be made for the customary extra-territorial immunities with regard to internal discipline enjoyed by the armed forces of one Government when present in the territory of another Government with the consent of the latter. Such an arrangement would be of mutual advantage and common convenience to all parts of the Commonwealth, and we recommend that provision should be made by each member of the Commonwealth to give effect to such customary extra-territorial immunities within its territory as regards other members of the Commonwealth.

## PART V.—Colonial Laws Validity Act.

### Present Position.

45. The circumstances in which the Colonial Laws Validity Act, 1865, came to be enacted[3]) are so well known that only a brief reference to them is necessary in this Report.

46. From an early stage in the history of Colonial development the theory had been held that there was a common law rule that legislation by a Colonial Legislature was void if repugnant to the law of England. This rule was apparently based on the assumption that there were certain fundamental principles of English law which no Colonial law could violate, but the scope of these principles was by no means clearly defined.

47. A series of decisions, however, given by the Supreme Court of South Australia in the middle of the nineteenth century applied the rule so as to invalidate several of the Acts of the Legislature of that Colony. It was soon realised that, if this interpretation of the law were sound, responsible Government, then recently established by the release of the Australian Colonies from external political control, would to a great extent be rendered illusory by reason of legal limitations on the legislative power which were then for the first time seen to be far more extensive than had been supposed. The serious situation which thus developed in South Australia led to an examination of the whole question by the Law Officers of the Crown in England, whose opinion, while not affirming the extensive application of the doctrine of repugnancy upheld by the South Australian Court, found the test of repugnancy to be of so vague and general a kind as to leave great uncertainty in its application. They accordingly advised legislation to define the scope of the doctrine in new and precise terms. The Colonial Laws Validity Act, 1865, was enacted as the result of their advice.

3) The Act is reprinted as an Annex to this Report (*see page 441*).

48. The Act expressly conferred upon Colonial Legislatures the power of making laws even though repugnant to the English common law, but declared that a Colonial law repugnant to the provisions of an Act of the Parliament of the United Kingdom extending to the Colony either by express words or by necessary intendment should be void to the extent of such repugnancy. The Act also removed doubts which had arisen regarding the validity of laws assented to by the Governor of a Colony in a manner inconsistent with the terms of his Instructions.

49. The Act, at the time when it was passed, without doubt extended the then existing powers of Colonial legislatures. This has always been recognised, but it is no less true that definite restrictions of a far-reaching character upon the effective exercise of those powers were maintained and given statutory effect. In important fields of legislation actually covered by statutes extending to the Dominions the restrictions upon legislative power have caused and continue to cause practical inconvenience by preventing the enactment of legislation adapted to their special needs. The restrictions in the past served a useful purpose in securing uniformity of law and co-operation on various matters of importance: but it follows from the Report of the Imperial Conference of 1926 that this method of securing uniformity, based as it was upon the supremacy of the Parliament of the United Kingdom, is no longer constitutionally appropriate in the case of the Dominions, and the next step is to bring the legal position into accord with the constitutional. Moreover, the interpretation of the Act has given rise to difficulties in practice, especially in Australia, because it is not always possible to be certain whether a particular Act does or does not extend by necessary intendment to a Dominion, and, if it does, whether all or any of the provisions of a particular Dominion law are or are not repugnant to it.

## General Recommendations.

50. We have therefore proceeded on the basis that effect can only be given to the principles laid down in the Report of 1926 by repealing the Colonial Laws Validity Act, 1865, in its application to laws made by the Parliament of a Dominion, and the discussions at the Conference were mainly concerned with the manner in which this should be done. Our recommendation is that legislation be enacted declaring in terms that the Act should no longer apply to the laws passed by any Dominion.

51. We think it necessary, however, that there should also be a substantive enactment declaring the powers of the Parliament of a Dominion, lest a simple repeal of the Colonial Laws Validity Act might be held to have restored the old common law doctrine.

52. It may be stated in this connection that, having regard to the nature of the relations between the several members of the British Commonwealth and the constitutional position of the Governor-General of a Dominion, it has not been considered necessary to make any express provision for the possibility, contemplated in Section 4 of the Colonial Laws Validity Act, of colonial laws assented to by the Governor being

held void because of any instructions with reference to such laws or the subjects thereof contained in the Letters Patent or Instrument authorising the Governor to assent to laws for the peace, order, or good government of the Colony.

53. We recommend that effect be given to the proposals in the foregoing paragraphs, by means of clauses in the following form:—

(1) *The Colonial Laws Validity Act*, 1865, *shall cease to apply to any law made by the Parliament of a Dominion.*

(2) *No law and no provision of any law hereafter made by the Parliament of a Dominion shall be void or inoperative on the ground that it is repugnant to the law of England or to the provisions of any existing or future Act of Parliament or to any order, rule or regulation made thereunder, and the powers of the Parliament of a Dominion shall include the power to repeal or amend any such Act, order, rule or regulation in so far as the same is part of the law of the Dominion.*

54. With regard lastly to the problem which arises from the existence of a legal power in the Parliament of the United Kingdom to legislate for the Dominions, we consider that the appropriate method of reconciling the existence of this power with the established constitutional position is to place on record a statement embodying the conventional usage. We therefore recommend that a statement in the following terms should be placed on record in the proceedings of the next Imperial Conference—

*"It would be in accord with the established constitutional position of all members of the Commonwealth in relation to one another that no law hereafter made by the Parliament of the United Kingdom shall extend to any Dominion otherwise than at the request and with the consent of that Dominion."*

We further recommend that this constitutional convention itself should appear as a formal recital or preamble in the proposed Act of the Parliament of the United Kingdom.

55. Practical considerations affecting both the drafting of Bills and the interpretation of Statutes make it desirable that this principle should also be expressed in the enacting part of the Act, and we accordingly recommond that the proposed Act should contain a declaration and enactment in the following terms:—

*"Be it therefore declared and enacted that no Act of Parliament hereafter made shall extend or be deemed to extend to a Dominion unless it is expressly declared therein that that Dominion has requested and consented to the enactment thereof."*

56. The association of constitutional conventions with law has long been familiar in the history of the British Commonwealth; it has been characteristic of political development both in the domestic government of these communities and in their relations with each other; it has permeated both executive and legislative power. It has provided a means of harmonising relations where a purely legal solution of practical

problems was impossible, would have impaired free development, or would have failed to catch the spirit which gives life to institutions. Such conventions take their place among the constitutional principles and doctrines which are in practice regarded as binding and sacred whatever the powers of Parliaments may in theory be.

57. If the above recommendations are adopted, the acquisition by the Parliaments of the Dominions of full legislative powers will follow as a necessary consequence. We then proceeded to consider whether in these circumstances special provision ought to be made with regard to certain subjects. These seemed to us to fall into two categories, namely, those in which uniform or reciprocal action may be necessary or desirable for the purpose of facilitating free co-operation among the members of the British Commonwealth in matters of common concern, and those in which peculiar and in some cases temporary conditions in some of the Dominions call for special treatment.

58. By the removal of all such restrictions upon the legislative powers of the Parliaments of the Dominions and the consequent effective recognition of the equality of these Parliaments with the Parliament of the United Kingdom, the law will be brought into harmony with the root principle of equality governing the free association of the members of the British Commonwealth of Nations.

59. As, however, these freely associated members are united by a common allegiance to the Crown, it is clear that the laws relating to the succession to the Throne and the Royal Style and Titles are matters of equal concern to all.

60. We think that appropriate recognition would be given to this position by means of a convention similar to that which has in recent years controlled the theoretically unfettered powers of the Parliament of the United Kingdom to legislate upon these matters. Such a constitutional convention would be in accord with and would not derogate from and is not intended in any way to derogate from the principles stated by the Imperial Conference of 1926 as underlying the position and mutual relations of the members of the British Commonwealth of Nations. We therefore recommend that this convention should be formally put on record in the following terms:—

> *"In as much as the Crown is the symbol of the free association of the members of the British Commonwealth of Nations, and as they are united by a common allegiance to the Crown, it would be in accord with the established constitutional position of all the members of the Commonwealth in relation to one another that any alteration in the law touching the Succession to the Throne or the Royal Style and Titles shall hereafter require the assent as well of the Parliaments of all the Dominions as of the Parliament of the United Kingdom."*

61. We recommend that the statement of principles set out in the three preceding paragraphs be placed on record in the proceedings of the next Imperial Conference, and that the constitutional convention itself in the form which we have suggested should appear as a formal

recital or preamble in the proposed Act to be passed by the Parliament of the United Kingdom.

62. The second subject which we considered concerns the effect of the acquisition of full legislative powers by the Parliaments of the Dominions possessing federal Constitutions.

63. Canada alone among the Dominions has at present no power to amend its Constitution Act without legislation by the Parliament of the United Kingdom. The fact that no specific provision was made for effecting desired amendments wholly by Canadian agencies is easily understood, apart from the special conditions existing in Canada at the time, when it is recalled that the British North America Act, 1867, was the first Dominion federation measure and was passed over sixty years ago, at an early stage of development. It was pointed out that the question of alternative methods of amendment was a matter for future consideration by the appropriate Canadian authorities and that it was desirable therefore to to make it clear that the proposed Act of the Parliament of the United Kingdom would effect no change in this respect. It was also pointed out that for a similar reason an express declaration was desirable that nothing in the Act should authorise the Parliament of Canada to make laws on any matter at present within the autority of the Provinces, not being a matter within the authority of the Dominion.

64. The Commonwealth of Australia was established under, and its Constitution is contained in, an Act of Parliament of the United Kingdom, the Commonwealth of Australia Constitution Act, 1900. The authority of the Constitution, with its distribution of powers between Commonwealth and States, originated in the first instance from the supremacy of Imperial legislation; and it was pointed out that the continued authority of the Constitution is essential to the maintenance of the federal system. The Constitution of the Commonwealth, though paramount law for the Parliament of the Commonwealth, is subject to alteration by the joint action of Parliament and the Electorate. To that extent the Commonwealth need not have recourse to any authority external to itself for alterations of its instrument of government. But "the Constitution," though the main part, is not the whole of the Commonwealth of Australia Constitution Act; and the eight sections of that which precede the section containing "the Constitution" can be altered only by an Act of the Parliament of the United Kingdom. It will be for the proper authorities in Australia in due course to consider whether they desire this position to remain and, if not, how they propose to provide for the matter.

65. The Constitution of New Zealand is to a very considerable extent alterable by the Parliament of New Zealand; but the powers of alteration conferred by the Constitution are subject to certain qualifications, and it is apparently a matter of doubt whether these qualifications have been removed by Section 5 of the Colonial Laws Validity Act. It appears to us that any recommendations in relation to the

Constitution of the Dominion of Canada and the Commonwealth of Australia should also be applied to New Zealand; and it will then be for the appropriate authorities in New Zealand to consider whether, and, if so, in what form, the full power of alteration should be given.

66. We are accordingly of opinion that the inclusion is required in the proposed Act of the Parliament of the United Kingdom of express provisions dealing with the matters discussed in the three preceding paragraphs, and we have prepared the following clauses:—

(1) *Nothing in this Act shall be deemed to confer any power to repeal or alter the Constitution Acts of the Dominion of Canada, the Commonwealth of Australia, and the Dominion of New Zealand, otherwise than in accordance with the law and constitutional usage and practice heretofore existing.*

(2) *Nothing in this Act shall be deemed to authorise the Parliaments of the Dominion of Canada and the Commonwealth of Australia to make laws on any matter at present within the authority of the Provinces of Canada or the States of Australia, as the case may be, not being a matter within the authority of the Parliaments or Governments of the Dominion of Canada and of the Commonwealth of Australia respectively.*

67. Similar considerations do not arise in connection with the Constitutions of the Union of South Africa and the Irish Free State. The Constitutions of both countries are framed on the unitary principle. Both include complete legal powers of constitutional amendment. In the case of the Union of South Africa the exercise of these powers is conditioned only by the provisions of section 152 of the South Africa Act, 1909. In the case of the Irish Free State they are exercised in accordance with the obligations undertaken by the Articles of Agreement for a Treaty signed at London on the 6th day of December, 1921.

68. The Report of 1926 dealt only with the constitutional position of the Governments and Parliaments of the Dominions. In recommending the setting up of the present Conference it did not make any specific mention of the special problems presented by federal Constitutions, and accordingly the present Conference has not been called on to consider any matter relating to the legislative powers of the Provincial Legislatures in Canada or the State Legislatures in Australia. The federal character of the Constitutions of Canada and Australia, however, gives rise to questions which we have not found it possible to leave out of account, inasmuch as they concern self-government in those Dominions.

69. The Constitution of Australia presents a special problem in respect to extra-territorial legislative power. The most urgently required field of extra-territorial power is criminal law, which, in general, is within the State power in Australia. In Australia the Parliaments of the States are not subject to any specific territorial restrictions; they differ from the Commonwealth Parliament only in this, that their laws have not the extendent operation specifically given to the laws of the

Commonwealth Parliament by Section 5 of the Commonwealth of Australia Constitution Act, and that the Commonwealth Parliament has power over certain specific matters which look beyond the territory of the Commonwealth. The question whether the power of enacting extra-territorial laws over matters within its sphere, to be enjoyed by the Commonwealth Parliament in common with the Parliaments of other Dominions, should be granted also to State Parliaments is a matter primarily for consideration by the proper authorities in Australia.

70. The Australia Constitution also presents special problems in relation to disallowance and reservation. In Australia there is direct contact between the States and His Majesty's Government in the United Kingdom in respect of disallowance and reservation of State legislation. This position will not be affected by the report of the present Conference.

71. The question of the effect of repugnance of Provincial or State legislation to Acts of the Parliament of the United Kingdom presents the same problems in Canada and in Australia. The recommendations which we have made with regard to the Colonial Laws Validity Act do not deal with the problems of Provincial or State legislation. In the absence of special provision, Provincial and State legislation will continue to be subject to the Colonial Laws Validity Act and to the legislative supremacy of the Parliament of the United Kingdom, and it will be a matter for the proper authorities in Canada and in Australia to consider whether and to what extent it is desired that the principle to be embodied in the new Act of the Parliament of the United Kingdom should be applied to Provincial and State legislation in the future.

72. We pass now to the subject of nationality, which is clearly a matter of equal interest to all parts of the Commonwealth.

73. Nationality is a term with varying connotations. In one sense it is used to indicate a common consciousness based upon race, language, traditions, or other analogous ties and interests and is not necessarily limited to the geographic bounds of any particular State. Nationality in this sense has long existed in the older parent communities of the Commonwealth. In another and more technical sense it implies a definite connection with a definite State and Government. The use of the term in the latter sense has in the case of the British Commonwealth been attended by some ambiguity, due in part to its use for the purpose of denoting also the concept of allegiance to the Sovereign. With the constitutional development of the communities now forming the British Commonwealth of Nations the terms "national," "nationhood," and "nationality," in connection with each member, have come into common use.

74. The status of the Dominions in international relations, the fact that the King, on the advice of his several Governments, assumes obligations and acquires rights by treaty on behalf of individual members of the Commonwealth, and the position of the members of the Commonwealth in the League of Nations, and in relation to the Permanent Court of International Justice, do not merely involve the recognition

of these communities as distinct juristic entities, but also compel recognition of a particular status of membership of those communities for legal and political purposes. These exigencies have already become apparent; and two of the Dominions have passed Acts defining their "nationals" both for national and for international purposes.

75. The members of the Commonwealth are united by a common allegiance to the Crown. This allegiance is the basis of the common status possessed by all subjects of His Majesty.

76. A common status directly recognised throughout the British Commonwealth in recent years has been given a statutory basis through the operation of the British Nationality and Status of Aliens Act, 1914.

77. Under the new position, if any change is made in the requirements established by the existing legislation, reciprocal action will be necessary to attain this same recognition the importance of which is manifest in view of the desirability of facilitating freedom of intercourse and the mutual granting of privileges among the different parts of the Commonwealth.

78. It is of course plain that no member of the Commonwealth either could or would contemplate seeking to confer on any person a status to be operative throughout the Commonwealth save in pursuance of legislation based upon common agreement, and it is fully recognised that this common status is in no way inconsistent with the recognition within and without the Commonwealth of the distinct nationality possessed by the nationals of the individual states of the British Commonwealth.

79. But the practical working out and application of the above principles will not be an easy task nor is it one which we can attempt to enter upon in this report. We recommend, however, that steps should be taken as soon as possible by consultation among the various Governments to arrive at a settlement of the problems involved on the basis of these principles.

80. There are a number of subjects in which uniformity has hitherto been secured through the medium of Acts of the Parliament of the United Kingdom of general application. Where uniformity is desirable on the ground of common concern or practical convenience we think that this end should in the future be sought by means of concurrent or reciprocal action based upon agreement. We recommend that uniformity of the law of prize and co-ordination of prize jurisdiction should agreeably with the above principle be maintained. With regard to such subjects as fugitive offenders, foreign enlistment and extradition in certain of its aspects, we recommend that before any alteration is made in the existing law there should be prior consultation and, so far as possible, agreement.

81. Our attention has been drawn to the definition of the word "Colony" in Section 18 of the Interpretation Act, 1889, and we suggest that the opportunity should be taken of the proposed Act to be passed

by the Parliament of the United Kingdom to amend this definition. We have accordingly prepared the following clause:—

*In this Act and in every Act passed after the commencement of this Act the expression "Dominion" means the Dominion of Canada, the Commonwealth of Australia, the Dominion of New Zealand, the Union of South Africa, and the Irish Free State or any of them, and the expression "Colony" shall, notwithstanding anything in the Interpretation Act, 1889, not include a Dominion or any Province or State forming part of a Dominion.*

82. In making the recommendations contained in this part of our Report, we have proceeded on the assumption that the necessary legislation and the constitutional conventions to which we have referred will in due course receive the approval of the Parliaments of the Dominions concerned.

## PART VI.—Merchant Shipping Legislation and Colonial Courts of Admiralty Act, 1890.

### (1) Merchant Shipping Legislation.

#### Present Position.

83. The general position is that the Dominions are empowered by their Constitutions to enact laws relating to merchant shipping subject to varying limitations. For instance, in the constitutions of Canada and Australia [4]) "Navigation and Shipping" is expressly mentioned as one of the matters in respect of which their Parliaments may legislate, but under legislation extending to the Dominions, or to the territories which now constitute the Dominions, which was enacted by the Parliament of the United Kingdom before 1911, and which is still the controlling legislation in respect of merchant shipping, the legislatures of the Dominions are treated as subordinate legislatures. The reason for this is not difficult to understand when it is explained that the Merchant Shipping Act, 1854, which was made for the situation existing at that date, is substantially the legislation which continues to be applicable to the Dominions. The Merchant Shipping Act, 1894, which with its amendments is now the governing Act, was merely a re-enactment of the 1854 Act, with the insertion of amendments made during the intervening years. In the year 1854 none of the Dominions as such was in existence, and it is obvious that legislation cast in a form appropriate to the constitutional status of the British possessions over half a century ago must be inconsistent with the facts and constitutional relationships obtaining in the British Commonwealth of Nations as that system exists to-day.

4) Note.— In the case of Australia, this is qualified by the fact that "navigation and shipping" is itself comprised within the matter of trade and commerce with other countries and among the States, so that intra-state shipping belongs not to the Commonwealth Parliament but to the States. The consequences arising from this division of power within Australia itself lie outside the consideration of this Conference.

84. Since the year 1911 the practice has been established that enactments of the Parliament of the United Kingdom in relation to merchant shipping and navigation have not been made applicable to the Dominions. In general, all shipping legislation passed by the Parliament of the United Kingdom since that date has been so framed as not to extend to the Dominions.

85. In view of the continued growth of the Dominions, it was inevitable that there should be doubts and difficulties as to the extent of the powers of the Dominions with respect to merchant shipping legislation, and this occasioned differences of opinion from time to time. The decisions of the courts, however, indicate in some of the Dominions that, because of the operation in those Dominions of the Colonial Laws Validity Act, 1865, the legal position is that statutes in respect of merchant shipping passed by the Parliament of the United Kingdom, both before and after the date of the respective constitutions, over-ride any repugnant legislation passed by a Dominion Parliament. In the Commonwealth of Australia the Act of the Parliament of the United Kingdom in relation to shipping has been construed by the High Court of Australia as intending to deal with the subject of merchant shipping as a single integer, subject only to specific exceptions, so that repugnacy in legislation of the Parliament of the Commonwealth of Australia to that central and commanding intention is repugnancy to the Act of the Parliament of the United Kingdom.

86. An examination of the legislation passed by the Parliament of the United Kingdom before the year 1911 in respect of merchant shipping shows that it applies to a large extent to all the Dominions and to all British ships. The principal Acts now in force are the Merchant Shipping Acts, 1894 to 1906.

87. Under these Acts, combined with the operation in the Dominions of the Colonial Laws Validity Act, 1865, the present legal position of such Dominions as Canada and Australia, as interpreted by their courts, may be summarised generally as hereinafter mentioned. We refer particularly to Canada and Australia because the courts of these Dominions have been called upon more frequently than those of other Dominions to pronounce upon the constitutional questions involved.

(*a*) The Parliament of the Dominion, under the authority contained in Section 735 of the Merchant Shipping Act, 1894 (which is a re-enactment of Section 547 of the 1854 Act), may repeal any provisions of the 1894 Act or its amendments (other than those of the third part thereof which relates to emigrant ships) relating to ships registered theirein. The Dominion Parliament is then in a position to substitute its own laws.

(*b*) The Act providing for the repeal must be confirmed by His Majesty in Council, and does not take effect until the approval has been proclaimed in the Dominion.

(*c*) As registration under Part 1 of the 1894 Act may be held to be a condition which must be in existence before Section 735 can operate,

it has apparently been assumed that there is no power under Section 735 to repeal certain of the provisions of Part 1 which provide the machinery for registration. Neither Canada nor Australia has included in its shipping legislation any provisions for registration, except that the Canadian Act provides for recording a mortgage on a ship about to be built, or being built.

(*d*) Under Section 265 of the 1894 Act, if there is any conflict of laws on the subject of the second part of the Act (which relates to masters and seamen), the case is apparently to be governed by the provisions of the 1894 Act, and not by the laws of the Dominion.

(*e*) The authority of the Parliament of a Dominion to enact legislation having extra-territorial operation in respect of shipping, except where specifically authorised under legislation of the Parliament of the United Kingdom, has been questioned. An example of such authorisation is found in Section 264 of the 1894 Act, which relates to masters and seamen, and authorises the operation of extra-territorial legislation by a Dominion, but only when such legislation applies or adapts provisions which are similar to those of the 1894 Acts. Another example of such authorisation is found in the Commonwealth of Australia Constitution Act, 1900, which provides that: "The laws of the Commonwealth shall be in force on all British ships, the Queen's ships of war excepted, whose first port of clearance and whose port of destination are in the Commonwealth." This provision has been held not to confer any new subject matter of power but merely to define the extent of operation of laws enacted within a subject matter granted. In effect, it establishes that on the ships comprised within its terms Australian law operates outside the three-mile limit as well as within that limit, but it is far from being a provision extending to all Australian shipping. The High Court of Australia has held that it applies only to cases where the beginning and the end of the voyage are both in the Commonwealth. While, therefore, the extraterritorial operation of Commonwealth laws is not ousted merely because the ship's itinerary includes some foreign port, provided that there is a single round voyage beginning and ending in the Commonwealth, it does not include cases where the ship is making separate foreign voyages out and home, and her home port is in Australia.

(*f*) The Parliament of the Dominion has not authority to enact legislation repugnant to the legislation of the Parliament of the United Kingdom in relation to ships coming into the harbours or territorial waters of the Dominion, if such ships are registered in other parts of the British Commonwealth of Nations, or are foreign ships.

(*g*) The Parliament of the Dominion has not authority to enact legislation repugnant to the provisions of the third part of the 1894 Act in relation to emigrant ships registered in the Dominion.

(*h*) The Parliament of the Dominion, under Section 736 of the 1894 Act (which is a re-enactment of Section 4 of the Merchant Shipping (Colonial) Act, 1869), may enact legislation to regulate the coasting trade of such Dominion. This legislation, however, must contain a

suspending clause providing that the Act shall not come into operation until His Majesty's pleasure thereon has been publicly signified in the Dominion; the legislation must treat all British ships (including ships of any other British possession) in exactly the same manner as ships of such Dominion; and, where by treaty made before 1869 "Her Majesty has agreed to grant to any ships of any foreign State any rights or privileges in respect of the coasting trade of any British possession, those rights and privileges shall be enjoyed by those ships for so long as Her Majesty has already agreed or may hereafter agree to grant the same, anything in the Act or Ordinance to the contrary notwithstanding".

88. Further, the legal situation appears, to be confused because of the fact that, as already explained, legislation of the Parliament of the United Kingdom in relation to shipping continued to be made applicable to the Dominions from 1854 until 1911, but after that date such legislation was expressed not to extend to the Dominions; the restrictions, however, imposed by the Merchant Shipping Acts, 1894 to 1906, were not removed; and in view of the provisions of the Colonial Laws Validity Act, 1865, legislation passed by a Dominion Parliament on the subject of merchant shipping might be held to be void and inoperative on the ground of repugnancy.

89. What, therefore, the Parliament of such a Dominion as Canada or Australia is required to do since the year 1911 is, by means of its own legislation, to endeavour to work into the existing shipping legislation of the Parliament of the United Kingdom, applicable to such a Dominion, certain modifications and additions embodied in international conventions to which the Dominion may be a party, or which may otherwise be desired. This it must do, avoiding repugnancy to any legislation of the Parliament of the United Kingdom, and avoiding also the field of legislation into which the Parliament of a Dominion cannot enter by reason of restrictive provisions in the Merchant Shipping Act, 1894, and in such Acts as the Colonial Courts of Admiralty Act, 1890. This in some cases may be impossible. For instance, the Brussels International Maritime Conference of 1926 agreed upon certain rules of law relating to maritime mortgages and liens, and other rules relating to the limitations of the liability of owners of seagoing vessels. If a Dominion Parliament desired to confer upon its courts jurisdiction and authority to enforce these rules of law, it might find it impossible to enact legislation fully implementing the conference agreement in respect of foreign ships or ships registered outside the Dominion, as these fields of jurisdiction appear to be partially, if not wholly, reserved for the Parliament of the United Kingdom. In respect of mortgages and liens there may even be difficulty for the same reason in regard to ships registered in the Dominion itself.

90. In the Report of the Imperial Conference of 1926, it was pointed out that existing legislative forms are admittedly not wholly in accord with the constitutional status of the United Kingdom and the Dominions as described in the Report. It was also pointed out that this was ine-

vitable, since most of these forms date back to a time well antecedent to the present stage of constitutional development. This is obviously the case in connection with merchant shipping legislation, and the need for immediate remedy is quite apparent.

## The New Position.

91. Our general conclusions on the Operation of Dominion Legislation, including the recommendations regarding extraterritorial effect of Dominion laws, the Colonial Laws Validity Act, 1865, reservation and disallowance, are applicable to the constitutional position of legislation affecting merchant shipping.

92. When these conclusions are given effect to, and the restrictions imposed on Dominion Parliaments by Sections 735 and 736 of the Merchant Shipping Act, 1894, are removed by the Parliament of the United Kingdom, which we recommend should be done, there will no longer be any doubt as to the full and complete power of any Dominion Parliament to enact legislation in respect of merchant shipping, nor will Dominion laws be liable to be held inoperative on the ground of repugnancy to laws passed by the Parliament of the United Kindom.

93.—96. (*Vgl. oben S. 393*).

97. *Common Status.*—(*a*) There should be agreed uniform minimum qualifications for ownership to govern the admission of ships to registry in all parts of the British Commonwealth of Nations. The provisions of Section 1 of the Merchant Shipping Act, 1894, would appear to form a suitable basis for that purpose.

(*b*) Ships complying with these agreed qualifications for ownership and registered in any part of the British Commonwealth of Nations will possess a common status for all purposes and will be entitled to the same recognition as is now accorded to British ships.

98. *Standards of Safety.*—(*a*) It is desirable in the interests of all parts of the Commonwealth that uniform standards should be observed in all matters relating to the safety of the ship and those on board, so that the substantial uniformity which at present prevails in these matters on all ships of the British Commonwealth of Nations should be maintained and their reputation preserved.

(*b*) With regard to the means for securing this uniformity, it is to be observed that the tendency is for matters relating to the safety of the ship and those on board to be regulated by international agreements such as the International Convention for the Safety of Life at Sea, 1929, which deals with the construction of passenger ships, life-saving appliances on passenger ships, radiotelegraphy, and certain matters relating to the safety of navigation including proposed amendments to the International Regulations for Preventing Collisions at Sea. Where there is such international regulation the observance of uniform standards is secured by the general adoption of the appropriate conventions.

(*c*) In those matters in which standards of safety have not yet

been settled by international agreements, there is at present, in fact, substantial uniformity throughout the Commonwealth. Under the new position each part of the Commonwealth will be free to adopt its own standards for its own ships and for all ships within its jurisdiction, but for practical reasons it is desirable that each part should inform the others of any modifications of substance which it may make or propose to make in those standards, together with the reasons for the modification, in order that uniformity of standards may, so far as possible, be maintained.

99. *Extra-territorial Operation of Legislation.*—(*a*) Each part of the British Commonwealth, in the exercise of the power to legislate with extra-territorial effect with regard to ships, should accept the principle that legislation with extra-territorial effect passed in one part of the Commonwealth should not be made to apply to ships registered in another part without the consent of that latter part.

(*b*) This recommendation is not intended to limit the power of any part of the British Commonwealth over its coasting trade.

100. *Uniform Treatment.*—(*a*) At present all British oceangoing ships are treated alike in all ports of the British Commonwealth and, as stated in the Resolutions of the Imperial Economic Conference of 1923, it is the established practice to make no discrimination between ocean-going ships of all countries using ports in the Commonwealth. In view of the importance that is attached to uniformity of treatment, it is recommended that the different parts of the Commonwealth should continue not to differentiate between their own ocean-going ships and similar ships belonging to other parts of the Commonwealth. Such uniformity of treatment is regarded as an asset of very considerable importance, especially for the purpose of negotiations with foreign Governments who may seek to discriminate in favour of their own ships and against British Commonwealth ships.

(*b*) Under the new position, each part of the Commonwealth will have full power to deal with its own coasting trade. We recommend that the Governments of the several parts of the Commonwealth might agree, for a limited number of years, to continue the present position, under which ships of any part of the Commonwealth are free to engage in the coasting trade of any other part.

(*c*) These recommendations are not intended to affect the right of any part of the Commonwealth to impose conditions of a general character on all ships engaged in its coasting trade, or to impose customs tariff duties on ships built in other parts of the Commonwealth or outside it, or to give such financial assistance as it thinks fit to its own ships.

(*d*) These recommendations are also not intended to include any reference to questions affecting fisheries or the fishing industry, which were not considered to be within the scope of the Conference.

(*e*) It is recommended that no part of the British Commonwealth should give more favourable treatment to foreign ships than to ships of other parts of the Commonwealth.

(*f*) The precise manner of giving effect to these recommendations, if they are approved, will, we assume, be determined by the Governments of the British Commonwealth. So far as we are concerned, we suggest that an agreement might be made between the several parts of the Commonwealth for a limited term of years, containing a provision that the principles would not be departed from after the expiration of the agreed term without previous notification to the other members of the Commonwealth and consideration of their views.

101. *Internal Discipline and Agreements with the Crew.*—Each part of the British Commonwealth in the exercise of its right to legislate for all ships within its territorial jurisdiction should, for practical reasons, accept the principle that, in matters relating to the internal discipline of the ship and in matters governed by the agreement with the crew, the law of the country of registration should follow the ship, but this principle should be subject to the following exceptions:—

(*a*) If a ship registered in one part of the British Commonwealth is engaged wholly or mainly in the coasting trade of another part, the law of that latter part should govern matters relating to the internal discipline of the ship and matters relating to the agreement with the crew.

(*b*) In the case of a ship registered in one part of the Commonwealth, if an agreement with the crew is opened in another part of the Commonwealth, the law of that latter part as regards the agreement with the crew should apply.

102. *Certificates of Competency and Service.*—Subject to any special arrangement as to the coasting trade, certificates granted by one part of the Commonwealth should be recognised as valid troughout the Commonwealth for all ships registered in that part. It is recommended that there should be such uniform qualifications throughout the Commonwealth for certificates of competency as will facilitate a mutual recognition of such certificates for all purposes.

103. *Courts of Inquiry.*—(*a*) Investigations with regard to casualties to ships registered in any part of the Commonwealth will be held by that part of the Commonwealth in which the ship is registered, no matter where the casualty takes place, if that part so desires. Each part of the Commonwealth will, if it so desires, hold investigations into casualties to any ships no matter where registered if the casualty occurs on or near the coasts of that part or while the ship is engaged in the coasting trade of that part. With regard, however, to casualties to ships registered in one part of the Commonwealth which take place elsewhere than on or near the coasts of another part of the Commonwealth or while the ship is engaged otherwise than in the coasting trade of that other part, it is recommended that an agreement be made based upon the general principle (from which agreed exceptions may be necessary) that no enquiry should be held by any part other than the part in which the ship is registered except with the consent or at the request of that part. It is also recommended that an agreement be made that the principles governing the constitution and procedure of Courts of

Formal Investigation should be uniform throughout the Commonwealth and should provide such safeguards as are at present furnished by Part VI of the Merchant Shipping Act, 1894. It is also recommended that a right of appeal from a Court of Formal Investigation should exist and that such appeal should lie to the appropriate Court in that part of the Commonwealth in which the Investigation takes place.

(*b*) Every Court of Formal Investigation constituted under the authority of one part of the Commonwealth should have power to cancel or suspend a certificate granted by any other part of the Commonwealth. Such cancellation or suspension will have effect only within the jurisdiction of that part of the Commonwealth under whose authority the Court was constituted, but will, if adopted by the granting authority, have the effect of a cancellation or suspension by that authority.

(*c*) With regard to Courts which deal with questions of misconduct and incompetency other than would be ordinarily dealt with by Courts of Formal Investigation, it is recommended that the procedure of these Courts and the principles upon which such Courts should be constituted and on which certificates should be dealt with should be those recommended above with regard to Courts of Formal Investigation.

104. *Naval Courts.*—Naval Courts are *ad hoc* Courts summoned under the authority of the Merchant Shipping Act, 1894, by a Naval or Consular Officer in a foreign port to deal with casualties and other matters relating to a ship, her owners, master or crew. The position of these courts does not, having regard to their constitution, seem to be one in which any question of reciprocal agreement arises. Under the new position each part of the Commonwealth will be able to take steps if it so desires either to continue the facilities at present offered by these Courts or to discontinue them with regard to its own registered ships and substitute other facilities.

105. *Distressed Seamen.*—It is recommended that reciprocal arrangements be made between all parts of the Commonwealth to provide for and facilitate in proper cases the return to each part of the Commonwealth of distressed seamen of that part and also, so far as is practicable, to enable the authorities of each part to recover the reasonable cost of repatriation from the owner of the vessel in which the seamen served.

106. *Mutual Enforcement of Law.*—(*a*) We have examined very carefully the question as to how far, if at all, it would be practically possible to make provision for the enforcement in one part of the Commonwealth of the law of another part with regard to offences occurring on ships registered in that other part of the Commonwealth. At first sight it would appear that some such provision could be made to work satisfactorily but upon consideration it seems clear that the practical and other difficulties in the way of such mutual enforcement of laws are so great as to make it impossible to recommend any general arrangement of this kind. The position which obtains at present is only possible because the system of law which is applied is a unitary

system and when that system comes to an end a solution of the difficulties which arise will have to be sought in other directions.

(*b*) Thus with regard to ordinary crimes committed on ships it is thought that the remedy will be to provide some workable scheme based upon reciprocal agreement and legislation enacted by each part of the Commonwealth, whereby the system which operates at present under the Fugitive Offenders Act 1881 may be continued.

(*c*) Again, with regard to offences against merchant shipping legislation it is suggested that the difficulties will to a great extent disappear if uniformity is agreed upon by all parts of the Commonwealth in matters relating to safety of the ships and persons on board. If there is such uniformity, the result will, in most cases, be that if an offence is committed with regard to a ship when she leaves one part of the Commonwealth it will be found on her arrival in another part of the Commonwealth that she has therein contravened the local law, with the result that proceedings in respect of that offence may be taken there.

(*d*) With regard to offences against discipline committed on the high seas, it will probably be found that the law of that part in which the vessel is registered makes provision for disciplinary action by the master of the ship. If, however, the offence is such as to necessitate legal proceedings those proceedings will be available when the offender returns to that part of the Commonwealth in which the ship is registered.

107. *Forfeiture.*—(*a*) Proceedings for forfeiture for contravening the common qualifications for ownership will be taken in the Courts in that part of the Commonwealth in which the ship is registered. Proceeding of this kind, however, may be taken with regard to ships registered in one part of the Commonwealth in the Courts of another part if the authorities of the part where the ship is registered so request. The forfeiture will be for the benefit of the Exchequer of the part in which the ship is registered.

(*b*) With regard to an unregistered ship wrongly assuming the character of a registered ship, proceedings may be taken in any part of the Commonwealth into which the ship is taken.

108. *Carriage of Goods by Sea.*—This is a subject on which in our opinion uniformity of legislation is highly desirable throughout the British Commonwealth and in this connection attention is drawn to the Resolution passed by the Imperial Conference of 1926 in the following terms:—

> "The Imperial Conference, having considered the steps taken to bring into force the Rules relating to Bills of Lading which were embodied in the International Bills of Lading Convention signed at Brussels in October, 1923, and were recommended by the Imperial Economic Conference of 1923 for adoption by the Governments and Parliaments of the Empire, notes with satisfaction that there is good prospect of the general adoption of these Rules throughout the Empire and also welcome the progress which had

been made towards the achievement of international uniformity upon the basis of these Rules".

109. *General Statement.*—(*a*) We have, after describing the present position with regard to merchant shipping legislation and outlining the general nature of the new position which will take its place, indicated a number of matters connected with merchant shipping in which, in our view, uniformity of laws throughout the British Commonwealth is of great importance in the interests of all, but those who may be entrusted with the duty of preparing the terms of agreements and the form of legislation to implement those agreements may find it desirable to include other matters besides those which have been specifically mentioned.

(*b*) For instance, we recommend that there should be uniformity with regard to the qualifications for ownership, but we consider that uniformity is also desirable in such matters as transfer, mortgage, measurement of ships and tonnage which are ancillary to the question of qualifications for ownership. It is quite probable that uniformity in such matters will be found to be practicable. The co-ordination of the various registers is also a matter which might well be considered with a view to an arrangement being made.

### (2). Colonial Courts of Admiralty Act, 1890.

110. At the present time, Admiralty Courts in all the Dominions, except in the Irish Free State, are constituted under the provisions of the Colonial Courts of Admiralty Act, 1890, passed by the Parliament of the United Kingdom. In the Irish Free State, Admiralty laws are administered under the provisions of the Courts of Admiralty (Ireland) Act, 1867, and accordingly different considerations apply there.

111. Prior to the enactment of the Colonial Courts of Admiralty Act, 1890, Admiralty law was administered in the Dominions or in the territories now forming the Dominions, other than Ireland, in Vice-Admiralty Courts which were established in the early days under the authority of the Admiralty, and in later years under the authority of enactments passed by the Parliament of the United Kingdom. The Colonial Courts of Admiralty Act, 1890, which repealed all previous enactments in relation to Vice-Admiralty Courts, provided that every court of law in a British possession, which is for the time being declared in pursuance of that Act to be a Court of Admiralty, or which, if no such declaration is in force in the possession, has therein original unlimited civil jurisdiction, shall be a Court of Admiralty and that the jurisdiction of such Colonial Court of Admiralty should, subject to the provisions of the Act, be the same as the Admiralty jurisdiction of the High Court in England, whether existing by virtue of any statute, or otherwise. The Act also provided that any Colonial law "shall not confer any jurisdiction which is not by this Act conferred upon a Colonial Court of Admiralty." Apparently the intention was that the provisions of the Act should cover the whole field of Admiralty jurisdiction to

the exclusion of any legislation by a Dominion. Rules for regulating the procedure and practice in the Court were authorised to be made by a Colonial Court of Admiralty, but such rules should not come into operation until approved by His Majesty in Council. Any Colonial law made in pursuance of the Act, which affects the jurisdiction of, or practice or procedure in the Courts, in respect of the jurisdiction conferred by the Act, must, unless previously approved by His Majesty through a Secretary of State, either be reserved for the signification of His Majesty's pleasure thereon or contain a suspending clause providing that such law shall not come into operation until His Majesty's pleasure thereon has been publicly signified in the Dominion in which it is passed.

112. Under a recent decision of the Judicial Committee of the Privy Council, it was held that the jurisdiction of an Admiralty Court established under the Act does not march with the Admiralty jurisdiction of the High Court in England but was fixed by the Admiralty jurisdiction of the High Court as it existed when the Act was passed in 1890.

113. Since the year 1890, important additions have been made to the Admiralty jurisdiction of the High Court in England and this jurisdiction has not been added to the Court of Admiralty in the Dominions. The jurisdiction is, therefore, not uniform at the present time throughout the United Kingdom and the Dominions. Doubts have been expressed as to whether a Dominion, in which the Act is in force, has legislative authority to increase the jurisdiction of Admiralty Courts in such Dominion or whether this must be done by an Act of the Parliament of the United Kingdom.

114. The existing situation of control in the United Kingdom of Admiralty Courts in the Dominions is not in accord with the present constitutional status of the Dominions, and should be remedied.

115. Our recommendation is that each Dominion in which the Colonial Courts of Admiralty Act, 1890, is in force should have power to repeal that Act.

116. Our general conclusions on the operation of the Colonial Laws Validity Act, 1865, and reservation and disallowance are applicable to the Colonial Courts of Admiralty Act, 1890. As soon as the legislation necessary to give effect to these recommendations is passed, each Dominion will be free to repeal if and when desired the Colonial Courts of Admiralty Act, 1890, in so far as that Act relates to that Dominion, and may then establish Admiralty Courts under its own laws.

117. We think it highly desirable to emphasise that so far as is possible there should be uniform jurisdiction and procedure in all Admiralty Courts in the British Commonwealth of Nations subject, of course, to such variations as may be required in matters of purely local or domestic interest.

118. His Majesty's Government in the United Kingdom have recently signed the International Conventions with regard to mort-

gages and liens and limitation of liability which were prepared at Brussels, and in this connection we would point out that the following Resolution was passed by the Imperial Conference of 1926:—

"The Imperial Conference notes with satisfaction that progress which has been made towards the unification of maritime law in regard to the limitation of shipowners' liability and to maritime mortgages and liens by the preparation at Brussels of draft International Conventions on these subjects, and, having regard particularly to the advantages to be derived from uniformity, commends these Conventions to the consideration of the Governments of the various parts of the Empire."

119. To enable these Conventions to be ratified considerable changes will be necessary in the existing law in the United Kingdom with regard to Admiralty matters. We think it desirable that all Dominions should consider the changes proposed by the Conventions, and, if the Dominions or any of them adopt them, the opportunity might be taken, having regard to the fact that the new legislation will be necessary, of endeavouring to come to some agreement that uniformity should exist upon all matters of Admiralty jurisdiction and procedure, and for this purpose it would seem that the law of the United Kingdom might form a useful basis for such an agreement.

(3). Recommendations as to Legislation to be enacted by the Parliament of the United Kingdom with respect to Sections 735 and 736 of the Merchant Shipping Act, 1894, and the Colonial Courts of Admiralty Act, 1890,

120. The clauses which we have recommended to be enacted by the Parliament of the United Kingdom with relation to the extra-territorial operation of Dominion legislation and the Colonial Laws Validity Act, 1865, are intended to be applicable to Merchant Shipping legislation and the Colonial Courts of Admiralty Act, 1890, as well as to other legislation of the Parliament of the United Kingdom.

121. The Merchant Shipping Act, 1894, by Section 735, now confers upon the Parliament of a Dominion a limited power of repeal. The power of repeal with regard to Merchant Shipping Acts under the new position will, however, be covered by the wider power of repeal contained in the general clause which we have recommended.

122. Moreover, Sections 735 and 736 of the Merchant Shipping Act, 1894, and Sections 4 and 7 of the Colonial Courts of Admiralty Act, 1890, contain provisions for reservation which should no longer be applicable to legislation passed by a Dominion Parliament.

123. In order to make the above position clear and to remove any doubts which may exist, we recommend that a clause in the following terms should be inserted after the above-mentioned general clauses in the Act to be passed by the Parliament of the United Kingdom:—

*Without prejudice to the generality of the foregoing provisions of this Act—*

(1) *Sections seven hundred and thirty-five and seven hundred and thirty-six of the Merchant Shipping Act, 1894, shall be construed as though reference therein to the Legislature of a British possession did not include reference to the Parliament of a Dominion.*

(2) *Section four of the Colonial Courts of Admialty Act, 1890 (which requires certain laws to be reserved for the signification of His Majesty's pleasure or to contain a suspending clause), and so much of Section seven of that Act as requires the approval of His Majesty in Council to any rules of Court for regulating the practice and procedure of a Colonial Court of Admiralty, shall cease to have effect in any Dominion as from the commencement of this Act.*

### (4) India.

124. Subject to certain special provisions of the Merchant Shipping Acts, the legislative powers of the Indian Legislature are governed by the Government of India Act, and general statements regarding the position of the Dominions in matters of merchant shipping and Admiralty Court legislation may therefore not be entirely applicable in the case of India. At the same time, as the position of India in these matters has always been to all intents and purposes identical with that of the Dominions, it is not anticipated that there would be any serious difficulty in applying the principles of our recommendations to India, and we suggest that the question of the proper method of so doing should be considered by His Majesty's Government in the United Kingdom and the Government of India.

## PART VII.—Suggested Tribunal for the Determination of Disputes.

125. (*Vgl. oben S. 391*).

## PART VIII.—Conclusion.

126. It will, we trust, be apparent from the recommendations of our report that we have endeavoured to carry out the principles laid down by the Imperial Conference of 1926. The recommendations submitted have been framed with the object of carrying into full effect the equality of status established as the root-principle governing the relations of the members of the Commonwealth, and indicating methods for maintaining and strengthening the practical system of free co-operation which is its instrument.

127. We have sought to the best of our ability to perform our task and we commend our proposals to His Majesty's Governments.

128. (*Dank an das Sekretariat d. Konferenz.*)

*folgen die Unterschriften*: .....

4th December, 1929.

## ANNEX.

### Colonial Laws Validity Act, 1865.

(28 & 29 Vic. c. 63.)

An Act to remove Doubts as to the Validity of Colonial Laws.

[29th *June*, 1865.]

Whereas Doubts have been entertained respecting the Validity of divers Laws enacted or purporting to have been enacted by the Legislatures of certain of Her Majesty's Colonies, and respecting the Powers of such Legislatures, and it is expedient that such Doubts should be removed:

Be it hereby enacted by the Queen's most Excellent Majesty, by and with the Advice and Consent of the Lords Spiritual and Temporal, and Commons, in this present Parliament assembled, and by the Authority of the same, as follows:—

Definitions: "Colony:"

(1) The Term "Colony" shall in this Act include all of Her Majesty's Possessions abroad in which there shall exist a legislature, as hereinafter defined, except the Channel Islands, the *Isle of Man*, and such Territories as may for the Time being be vested in Her Majesty under or by virtue of any Act of Parliament for the Government of *India*:

"Legislature." "Colonial Legislature:"

The Terms "Legislature" and "Colonial Legislature" shall severally signify the Authority, other than the Imperial Parliament or Her Majesty in Council, competent to make Laws for any Colony:

"Representative Legislature:"

The Term "Representative Legislature" shall signify any Colonial Legislature which shall comprise a Legislative Body of which One Half are elected by inhabitants of the Colony:

"Colonial Law:"

The Term "Colonial Law" shall include Laws made for any Colony either by such Legislature as aforesaid or by Her Majesty in Council:

Act of Parliament, &c. to extend to Colony when made applicable to such Colony:

An Act of Parliament, or any Provision thereof, shall, in construing this Act, be said to extend to any Colony when it is made applicable to such Colony by the express Words or necessary Intendment of any Act of Parliament:

"Governor:"

The Term "Governor" shall mean the Officer lawfully administering the Government of any Colony:

"Letters Patent."

The Term "Letters Patent" shall mean Letters Patent under the Great Seal of the United Kingdom of *Great Britain* and *Ireland*.

Colonial Law when void for Repugnancy.

(2) Any Colonial Law which is or shall be in any respect repugnant to the Provisions of any Act of Parliament extending to the Colony to which such Law may relate, or repugnant to any Order or Regulation made under Authority of such Act of Parliament, or having in the Colony the Force and Effect of such Act, shall be read subject to such Act, Order, or Regulation, and shall, to the Extent of such

Repugnancy, but not otherwise, be and remain absolutely void and inoperative.

Colonial Law when not void for Repugnancy.

(3) No Colonial Law shall be or be deemed to have been void or inoperative on the Ground of Repugnancy to the Law of *England*, unless the same shall be repugnant to the Provisions of some such Act of Parliament, Order or Regulation as aforesaid.

Colonial Law not void for Inconsistency with Instructions.

(4) No Colonial Law, passed with the Concurrence of or assented to by the Governor of any Colony, or to be hereafter so passed or assented to, shall be or be deemed to have been void or inoperative by reason only of any Instructions with reference to such Law or the Subject thereof which may have been given to such Governor by or on behalf of Her Majesty, by any Instrument other than the Letters Patent or Instrument authorizing such Governor to concur in passing or to assent to Laws for the Peace, Order, and good Government of such Colony, even though such Instructions may be referred to in such Letters Patent or last-mentioned Instrument.

Colonial Legislature may establish, &c. Courts of Law. Representative Legislature may alter Constitution

(5) Every Colonial Legislature shall have, and be deemed at all Times to have had, full Power within its Jurisdiction to establish Courts of Judicature, and to abolish and reconstitute the same, and to alter the Constitution thereof, and to make Provision for the Administration of Justice therein; and every Representative Legislature shall, in respect to the Colony under its Jurisdiction, have, and be deemed at all Times to have had, full Power to make Laws respecting the Constitution, Powers, and Procedure of such Legislature; provided that such Laws shall have been passed in such Manner and Form as may from Time to Time be required by any Act of Parliament, Letters Patent, Order in Council, or Colonial Law for the Time being in force in the said Colony.

Certified Copies of Laws to be Evidence that they are properly passed. Proclamation to be Evidence of Assent and Disallowance.

(6) The Certificate of the Clerk or other proper Officer of a Legislative Body in any Colony to the Effect that the Document to which it is attached is a true Copy of any Colonial Law assented to by the Governor of such Colony, or of any Bill reserved for the Signification of Her Majetsy's Pleasure by the said Governor, shall be *primâ facie* Evidence that the Document so certified is a true Copy of such Law or Bill, and, as the Case may be, that such Law has been duly and properly passed and assented to, or that such Bill has been duly and properly passed and presented to the Governor; and any Proclamation purporting to be published by Authority of the Governor in any Newspaper in the Colony to which such Law or Bill shall relate, and signifying Her Majesty's Disallowance of any such Colonial Law, or Her Majesty's Assent to any such reserved Bill as aforesaid, shall be primâ facie Evidence of such Disallowance or Assent.

And whereas Doubts are enterained respecting the Validity of certain Acts enacted or reputed to be enacted by the Legislature of *South Australia*: Be it further enacted as follows:

Certain Acts enacted by Legislature

(7) All Laws or reputed Laws enacted or purporting to have been enacted by the said Legislature, or by Persons or Bodies of Persons for the Time being acting as such Legislature, which have received the

Assent of Her Majesty in Council, or which have received the Assent of the Governor of the said Colony in the Name and on behalf of Her Majesty, shall be and be deemed to have been valid and effectual from the Date of such Assent for all Purposes whatever; provided that nothing herein contained shall be deemed to give Effect to any Law or reputed Law which has been disallowed by Her Majesty, or has expired, or has been lawfully repealed, or to prevent the lawful Disallowance or Repeal of any Law. of South Australia to be valid.

## 3) Indische Verfassungskonferenz.

**November 1930/Januar 1931. (Cmd. 3772 [1931]).** [1])

(Berichte der Unterausschüsse; Beschluß der Konferenz; Schlußrede des engl. Premierministers.)

### Indian Round Table Conference.

*Introductory Note.*

The Indian Round Table Conference was inaugurated by His Majesty the King-Emperor at a public session in the Royal Gallery of the House of Lords on 12th November, 1930.

After the opening ceremony the Conference devoted five days in plenary session to a debate "on the question whether the future constitution of India should be on a federal or unitary basis." This general debate ranged over a wide field, but its most striking feature was declarations from delegates from the Indian States opening the way to the consideration of a new federal constitution for India, embracing both British India and Indian States.

On the conclusion of the general debate the Conference decided to set up a "Federal Relations Committee to consider the structure of a federal system of government in India as regards relations between Indian States and British India, and relations between Provinces of British India and the Centre, including the question of responsibility at the Centre, and to recommend the main principles to be applied."

It was, however, found more convenient to work through a Committee of the Whole Conference, instead of through this Committee, and the Committee of the Whole set up nine sub-Committees to consider the following questions: —

| No. | *Name of sub-Committee.* | *Subject or terms of Reference.* | *Page*[2]) |
|---|---|---|---|
| 1 | Federal Structure .. | 1. The Component elements of the Federation. | 447 |
| | | 2. The type of Federal Legislature and the number of Chambers of which it should consist. | 447 |

[1]) Ein Gesamtverzeichnis d. engl. Regierungsdrucksachen zur Reform d. Indischen Verfassung von 1927 und ff. vgl. unten S. 500.

[2]) Anstelle der Seitenzahlen von Cmd. 3772 sind hier wie im folgenden die Seiten der Zeitschrift eingesetzt.

| *No.* | *Name of sub-Committee* | *Subject or terms of Reference.* | *Page* |
|---|---|---|---|
| | | 3. The powers of the Federal Legislature. | 448 |
| | | 4. The number of members composing the Federal Legislature, and if the Legislature is of more than one Chamber, of each Chamber and their distribution among the federating units. | 454 |
| | | 5. The method whereby representatives from British India and from the Indian States are to be chosen. | 454 |
| | | 6. The constitution, character, powers and responsibilities of the Federal Executive. | 454 |
| II | Provincial Constitution | The powers of the Provincial Legislatures. The constitution, character, powers and responsibilities of the Provincial Executives. | 476 |
| III | Minorities .. .. | The provision to be made to secure the willing co-operation of the minorities and the special interests. | 480 |
| IV | Burma .. .. .. | To consider the nature of the conditions which would enable Burma to be separated from British India on equitable terms and to recommend the best way of securing this end. | 483 |
| V | North West Frontier Province. | To consider what modifications, if any, are to be made in the General Provincial Constitution to meet the special circumstances of the North West Frontier Province. | 484 |
| VI | Franchise .. .. | On what main principles is the Franchise to be based for men and women. | 486 |
| VII | Defence .. .. | To consider questions of political principle relating to Defence, other than strictly constitutional aspects to be considered by sub-Committee No. I. | 489 |
| VIII | Services .. .. | The relations of the Services to the new political structures. | 491 |
| IX | Sind .. .. .. | The question of constituting Sind as a separate Province. | 496 |

The Reports of these nine sub-Committees are printed in the present volume on the pages[3]) shown above.

These Reports were received by the Committee of the Whole Conference and noted, together with the comments made on them in Committee of the Whole.

The Conference, after a final debate in plenary session ranging over the whole of its work, passed, unanimously, the Resolution (printed in full on page 497), accepting the Reports of the sub-Committees (and comments thereon in Committee of the Whole) as "material of the highest value for use in the framing of a constitution for India, embodying as they do a substantial measure of agreement on the main ground-plan."

3) Vgl. S. 443 Note 2.

The Prime Minister's closing speech on 19th January, 1931, containing a declaration on behalf of His Majesty's Government, is printed on pages 497 to 500.

Fuller papers, to be laid before Parliament shortly, will include the text of the debates in the Plenary Sessions, and the comments in the Committee of the whole Conference on the Reports of the sub-Committees [4]). A supplementary volume will be made available, in due course, containing proceedings in the sub-Committees and the memoranda circulated to the Conference or its Committees.

22*nd January*, 1931.

## List of Delegates.

### British Delegations.

Mr. Ramsay MacDonald.
Lord Sankey.
Mr. Wedgwood Benn.
Mr. Henderson.
Mr. Thomas.
Mr. Lees Smith.
Sir William Jowitt.
Lord Russell.

---

Lord Peel.
Lord Zetland.
Sir Samuel Hoare.
Hon. O. Stanley.

---

Lord Reading.
Lord Lothian.
Sir Robert Hamilton.
Mr. Foot.

---

### Indian States Delegation.

H.H. the Maharaja of Alwar.
H.H. the Maharaja Gaekwar of Baroda [5]).
H.H. the Nawab of Bhopal.
H.H. the Maharaja of Bikaner.
H.H. the Maharaj Rana of Dholpur.
H.H. the Maharaja of Jammu and Kashmir.
H.H. the Maharaja of Nawanagar.
H.H. the Maharaja of Patiala.
H.H. the Maharaja of Rewa.
H.H. the Chief Sahib of Sangli.
Sir Prabhashankar Pattani.
Sir Manubhai Mehta.
Sardar Sahibzada Sultan Ahmed Khan.
Nawab Sir Muhammad Akbar Hydari.
Sir Mirza M. Ismail.
Col. Haksar.

### British India Delegation.

H.H. the Aga Khan.
Sir Ramaswami Aiyar.
Maulana Muhammad Ali [6]).
Dr. Ambedkar.
U Aung Thin.
U Ba Pe.
Srijut Chandradhar Barooah.

Mr. Basu.
Sir Shan Nawaz Bhutto.
Sir Hubert Carr.
Mr. Chintamani.
Nawab Sir Ahmad Said Khan.
Maharaja of Darbhanga.
Captain Raja Sher Muhammad Khan.
Mr. Fazl-ul-Huq.
Mr. Ohn Ghine.
Mr. Ghuznavi.
Lieut.-Col. Gidney.
Sir Oscar de Glanville.
Sir Ghulam Hussain Hidayatullah.
Khan Bahadur Hafiz Hidayat Husain.
Mr. Jadhav.
Mr. Jayakar.
Sir Cowasji Jehangir.
Mr. Jinnah.

---

[4]) Vgl. Cmd. 3778 (1931).
[5]) Rev. Bahadur Krishnama Chari acted as delegate in absence of H.H. the Gaekwar of Baroda.
[6]) Died January 4th, 1931.

Wilhelm Seiwa Stiftung

Mr. Gavin Jones.
Mr. Joshi.
Dr. Law.
Sir B. N. Mitra.
Sir Provash Chunder Mitter.
Mr. Mody.
Dr. Moonje.
Diwan Bahadur Ramaswami Mudaliyar.
Raja Narendra Nath.
Rao Bahadur Pannir Selvam.
Raja of Parlakimedi.
Sir A. P. Patro.
Mr. Paul.
Nawab Sir Abdul Qaiyum.
Diwan Bahadur Ramachandra Rao.
Mr. Shiva Rao.
Sir Sayed Sultan Ahmed.
Sir Tej Bahadur Sapru.
Sir Muhammad Shafi.
Sardar Sampuran Singh.
Mr. Sastri.
Sir Chimanlal Setalvad.
Kunwar Bisheshwar Dayal.
Sir Phiroze Sethna.
Dr. Shafa'at Ahmad Khan.
Begum Shah Nawaz.
Rao Bahadur Srinivasan.
Mrs. Subbarayan.
Mr. Tambe.
Sardar Sahib Ujjal Singh.
Sir Edgar Wood.
Mr. Zafrullah Khan.

## Sub-Committee No. I. (Federal Structure.)

### Interim Report presented at the Meeting of the Committee of the Whole Conference held on 16th December, 1930.

*Introductory.*

1. The sub-Committee 7) was appointed to consider and report upon the following four of the Heads of discussion which were framed for the Federal Relations Committee:—

No. 1.—The component elements of the Federation.

No. 2.—The type of Federal Legislature and the number of Chambers of which it should consist.

No. 3.—The powers of the Federal Legislature.

No. 6.—The constitution, character, powers and responsibilities of the Federal Executive.

The sub-Committee thought that it would be for the convenience of the Conference to present an Interim Report dealing, in the first instance, with Nos. 1, 2 and 3 above. In view of the large issues raised by No. 6, which cannot be separated from those connected with the relation of the Federal Executive to the Crown (No. 12 of the Heads of discussion), it appeared to the sub-Committee that this Head, on the discussion of which they are proposing immediately to enter, should form the subject of a separate report.

2. The sub-Committee are in a position to report that a most encouraging degree of agreement on the matters comprised in Nos. 1, 2 and 3 has been secured. They recognise that any measure of federation involves for the States sacrifices in a sphere to which they have always attached the greatest importance for practical reasons as well as on grounds of existing treaties and sentiment. They recognise, on the other hand, the natural hesitation of the representatives of British India to accept any form of constitutional change which might be thought to endanger the unity of British India or those positive ad-

7) The composition of the sub-Committee is given on page 451.

vantages which are derived from a uniform body of law and administrative practice. All parties of the sub-Committee were unanimous in preferring the welfare of India as a whole to the individual claims of the interests they represent and in the conviction that only in the larger unity can the diversity of interests and policies be completely harmonised. The sub-Committee are not dismayed by the criticism which may perhaps be made upon their conclusions, that the links between some parts of the Federation and others are but slender. A new State is not born full grown; it must contain within itself the capacity for growth. The attainment of full maturity must depend upon the efforts and devotion of the statesmen of India herself from whatever territory they may come.

The sub-Committee's conclusions are as follows:—

## Conclusions.

### I. *Component elements of Federation.*

3. The component elements of the Federation should be on the one hand

(*a*) the federating Provinces of British India, and on the other hand,

(*b*) such Indian States or groups of States as may enter the Federation. Provision should be made for the subsequent entry from time to time of such further States or groups of States as agree to enter the Federation.

The important question of the position of the Crown will require further examination when the relation of the Federal Executive to the Crown is discussed.

4. So far as British India is concerned, the federating organism will be neither the Government of British India as it exists at present, nor autonomous Provinces released from the central tie. The process of Federation will involve the creation of a new State which will derive its powers

(*a*) in part from the powers which the States will agree to concede to the Crown, to be placed at the disposal of the new Federation; and

(*b*) in part from the transfer to it of such of the powers of the Central Indian Government (and also it may be of the Provincial Governments) as may be agreed to be necessary for the purposes of the Federation.

### II. *Type of Federal Legislature and the number of Chambers of which it should consist.*

5. The Federal Legislature should consist of two Chambers, each containing representatives of both British India and the States (the proportion which the representatives of British India and of the States

should bear to each other will be a matter for subsequent consideration under Heads not yet referred to the sub-Committee).

6. The method whereby the representatives of British India are to be chosen was not referred to this sub-Committee, but Their Highnesses made it clear that in their opinion the method by which the States' representatives should be chosen will be a matter for the States themselves. If and so long as there are any reserved subjects it will be necessary for the Crown to be represented in both Chambers.

7. Differences between the two Chambers might be determined either at a joint session or by other means, by vote, whether by a bare majority or otherwise being a question for discussion at a later stage.

### III. *Powers of the Federal Legislature.*

8. A list of subjects provisionally recommended as Federal subjects is appended. This list is framed on the assumption that the Federal Legislature will be clothed with power to legislate upon all the subjects included in it. The inclusion of certain subjects, e.g., Defence and External Affairs, was not specifically considered, since these subjects in particular, though not exclusively, raise the question of the relations between the Executive in India and the Crown—a matter not within the sub-Committee's terms of reference. It is of the essence of a Federal constitution that the enactments of the Federal Legislature acting within its legal scope should have full force and effect throughout all units comprised in the Federation.

9. Provision should be made by some constitutional procedure for additions from time to time to the list of Federal subjects.

10. In relation to Federal subjects a distinction is to be drawn between policy and legislation on the one hand and administration on the other. In some Federal systems there is a complete separation between Federal and State agency in the administrative as well as the legislative sphere, but in others the administration is entrusted, subject to certain Federal rights of inspection, etc., to the State authorities. The choice is a matter of convenience rather than of principle, depending upon conditions existing at the time of federation and the practical advantage or disadvantage of disturbing the *status quo*. For a variety of reasons there are cases in which States may desire to retain, in those matters in which they agree that the control of policy shall be federal, most of the administrative powers which they exercise at present, but in so far as they continue to exercise those powers, they will do so in conformity with a policy jointly determined and with regulations jointly formulated. Provided that the conditions for a harmonious evolution are established, it is an advantage that there should be a minimum of disturbance in the practical arrangements which already operate.

11. The precise delimitation of the functions of the Federal and State Governments respectively in these spheres will be a matter for settlement in respect of each subject by negotiation.

12. The sub-Committee are strongly of opinion that there should be only a single Legislature to deal with Federal subjects proper and with any subjects which cannot at present be either federalised or completely provincialised. Such a Legislature will no doubt contain representatives of units of the Federation which will not be concerned with some of the subjects with which it deals. But the partial acceptance of this anomaly is preferable to the difficulties and complications involved in any expedient for completely avoiding it, such as the creation of a separate British Indian Legislature with a separate Executive. How to deal with this anomaly will have to be considered at a later stage.

St. James's Palace,
London.

12th December, 1930.

Appendix to Interim Report of Sub-Committee No. I.

Schedule of Subjects provisionally agreed to as "Federal" with notes.

N.B.—The enumeration is that of the present list of Central Subjects—Devolution Rules, Schedule I.

| | *Notes.* |
|---|---|
| 5. Communications to the extent described under the following Heads, namely:— | |
| (*a*) Railways (including railways to be constructed or acquired in future) | Policy and Legislation to be Federal. Administration to be Federal to the extent of powers now exercised by the Railway Board. |
| (*b*) Aircraft and all matters connected therewith. | Federal. |
| (*c*) Inland waterways ... ... | Policy and Legislation to be Federal in respect of inland waterways affecting more than one unit. |
| 6. Shipping and navigation, including shipping and navigation on inland waterways in so far as declared to be a Federal subject in accordance with entry 5 (*c*). | Federal for Legislation and policy. |
| 7. Lighthouses (including their approaches), beacons, lightships and buoys. | Federal. |
| 8. Port quarantine ... ... ... | Federal so far as international requirements are concerned. |
| 9. Ports ... ... ... ... | Such ports to be Federal as are declared to be major ports by rule made by Federal Government or by or under Legislation by the Federal Legislature, subject in the case of Indian States to such extent as authority may be delegated by the States under a convention. |
| 10. Posts, telegraphs, trunk telephones and wireless installations. | Federal; but with such qualifications as may be necessary for the purposes of adjustment with the States in matters of detail. |

| | |
|---|---|
| 11. Customs and salt ... ... ... | Salt: Federal. Maritime Customs: Federal, subject to special adjustments with Maritime States having regard to their treaties, agreements and engagements. Customs on external frontiers of Federal India to be Federal on the lines of maritime customs subject to the special case of Kashmir. |
| 12. Currency and coinage ... ... | Federal, subject to adjustment with the States concerned of such rights as are not already conceded by them. |
| 13. Public Debt of Federal India. (Power to raise Federal loans). | Federal. |
| 14. Savings banks ... ... ... | Federal for policy and legislation regarding Post Office Savings banks. |
| 15. Federal Audit ... ... ... | Federal. |
| 17. Commerce, including banking and insurance. | Federal for policy and legislation. |
| 18. Trading companies and other associations. | Federal for policy and legislation. |
| 20. Development of Industries... ... | Development of Industries to be a Federal subject in cases where such development by Federal authority is declared by order of Federal Government, made after negotiation with and consent of the federating units. |
| 21. Control of cultivation and manufacture of opium, and sale of opium for export. | Federal for policy and legislation. |
| 22. Stores and stationery, both imported and indigenous, required for Federal Departments. | Federal. |
| 23. Control of petroleum and explosives | Federal for policy and legislation. |
| 24. Geological Survey of India ... | Federal. |
| 26. Botanical Survey of India ... | Federal. |
| 27. Inventions and designs ... ... | Federal for policy and legislation. |
| 28. Copyright ... ... ... ... | Federal for policy and legislation. |
| 29. Emigration from, and immigration into, India. | Federal. |
| 31. Federal police organisation ... | Federal. |
| 32. Traffic in arms and ammunition ... | Federal for policy and legislation. |
| 33. Central agencies and institutions for research (including observatories) and for professional and technical training or promotion of special studies. | Federal as regards future agencies and institutions. |
| 35. Survey of India ... ... ... | Federal. |
| 38. Meteorology ... ... ... | Federal. |
| 39. Census ... ... ... ... | Federal for policy and legislation the States reserving administration. |
| 39a. All-India statistics ... ... ... | Federal. |
| 40. Federal services ... ... ... | Federal. |
| 44. Immovable property acquired and maintained at the cost of the Federal Government. | Federal. |
| 45. The Public Service Commission ... | Federal for the purpose of Federal services. |

## Sub-Committee No. 1. (Federal Structure.)

Second Report, Presented at the Meeting of the Committee of the Whole Conference held on 15th January, 1931.

Index.


| | Paragraphs |
|---|---|
| *Introductory* | 1—6 |
| *The Executive* | 7—23 |
| Responsibility of the Executive | 8 |
| Method of providing for this | 9 |
| Definition of responsibility | 10 |
| Safeguards | 11 |
| Governor-General's Advisers on reserved subjects | 12 |
| Position of Governor-General in relation to his Cabinet | 13 |
| Governor-General's powers in relation to reserved subjects | 14—15 |
| Governor-General's special powers | 16 |
| Use of Governor-General's special powers | 17 |
| Finance—Special provisions | 18—20 |
| Governor-General's ordinary powers | 21 |
| Bills affecting religion and commercial discrimination | 22 |
| Breakdown of constitution | 23 |
| *The Legislature* | 24—38 |
| General principles | 25 |
| *The Upper Chamber*— | |
| Size, qualifications of members and method of election | 26 |
| Life | 27 |
| Distribution of seats between States and British India | 28 |
| Distribution of seats between Provinces | 29 |
| *The Lower Chamber*— | |
| Size | 30 |
| Distribution of seats | 31 |
| Method of election | 32 |
| Life | 33 |
| Representation of special interests and of Crown in Federal Legislature | 34 |
| Means of securing stability for the Executive | 35 |
| Position of States' representatives in relation to matters affecting British India only | 36 |
| Competence of Federal Legislature | 37 |
| Residual powers | 38 |
| *Control by the Federal Government over Provincial Governments* | 39 |


1. *Introductory.*—The sub-Committee consisted of the following members:—

*British Delegations:*—

The Lord Chancellor (*Chairman*).
Mr. Lees Smith, M.P.
The Earl Peel.
The Right Hon. Sir. Samuel Hoare, Bart., M.P.
The Marquess of Reading.
The Marquess of Lothian.

*Indian States Delegation*:—
H.H. The Maharaja of Bikaner.
H.H. The Nawab of Bhopal.
Nawab Sir Muhammad Akbar Hydari, Hyderabad.
Sir Mirza M. Ismail, Mysore.
Colonel Haksar, Special Organisation, Chamber of Princes.

*British India Delegation*:—
The Right Hon. Srinivasa Sastri, Madras.
Sir C. P. Ramaswami Aiyar, Madras.
Diwan Bahadur Ramaswami Mudaliyar, Madras.
Mr. Jayakar, Bombay.
Mr. M. A. Jinnah, Bombay.
Sir Tej Bahadur Sapru, United Provinces.
Mr. T. F. Gavin Jones, United Provinces.
Sir Muhammad Shafi, Punjab.
Sardar Sahib Ujjal Singh, Punjab.
Sir Sayed Sultan Ahmed, Bihar and Orissa.

In addition, Sir B. N. Mitra attended most of the meetings of the sub-Committee and gave it the benefit of his advice and assistance.

2. It must be clearly understood that although agreement has been reached by a majority of the sub-Committee on many important matters, such agreement is only provisional, and every member followed the example of Lord Reading, who said that the understanding had been from the outset that it would be open to all members, when they came to consider the complete proposals for the Federal constitution, to modify or change any provisional assent they might have hitherto given. Every member of the sub-Committee reserves to himself the right of modifying his opinion before the final picture is completed. This is the attitude of British and Indian members alike. Over and above that, upon the basic assumption set out in paragraph 8, Lord Peel and Sir Samuel Hoare, with the information at their disposal, and with so many questions still undecided, are unconvinced that the kind of Executive envisaged in this Report can be successfully adapted to the special conditions of an All-India Federation. They, therefore, desire to see further explored methods for increasing Indian control over the Federal Government that are better suited to All-India needs than those founded upon British precedents. Apart from this Lord Peel and Sir Samuel Hoare are not satisfied that the safeguards recommended for securing Imperial obligations will prove effective, and, in particular, they fear that the financial proposals outlined in paragraphs 18 to 22 inclusive will disturb the confidence of the commercial classes and impair the stability of Indian credit. They wish, however, to place on record their appreciation of the progress that has been made in the elucidation of a contentious and difficult problem, and their readiness to co-operate with sympathetic and unprejudiced minds in its further investigation.

Upon the question of finance, Indian opinion was that even the safeguards set out in the Report went too far, especially those giving special powers to the Governor-General.

3. The vexed Hindu-Muslim question was referred to by Sir Muhammad Shafi on behalf of the Muslim Delegation, and he made it clear that as far as he was concerned he could not consent finally to frame any constitution unless the Hindu-Muslim question was settled. To this view Mr. Jinnah gave his adherence, on the ground that no constitution would work unless it embodied provisions which gave a sense of security to the Muslims and other minorities. He further objected to some details of the Report. Other Delegates, again, stated that their final opinion upon details was not yet formed, and that they desired, before they came to a conclusion, to ascertain public opinion upon such details, both in India and in England.

4. The Indian States do not desire either to discuss or vote upon questions which concern British India alone, and are of opinion that these questions should be definitely excluded. Nor do the Indian States contemplate that any question of paramountcy will come at any time within the purview of the Federal Government.

The sub-Committee publish the Report subject to these reservations.

5. In their interim Report of 12th December, the sub-Committee indicated their view of the component elements of the Federation, which is contemplated as the future polity for India, and recommended that these elements should be represented in both Chambers of a bicameral Federal Legislature. They also put forward a provisional list (which is reproduced in the Appendices referred to in paragraph 37 of this Report) of the subjects upon which this Legislature should be empowered to pass laws having application throughout all units comprised in the Federation. In a later part of the present Report it will be the duty of the sub-Committee to supplement the provisional recommendations thus made with regard to the competence of the Federal Legislature. There are some matters which, although the Federal Government and Legislature will not at present have jurisdiction in respect of them in the Indian States, will none the less require co-ordination in the areas comprised by the British Indian units of the Federation. These subjects also are indicated in the Appendices referred to in paragraph 37 of this Report. The sub-Committee desire in this connection to emphasise once more the conviction, to which they gave expression in paragraph 12 of their previous Report, that it is the Federal Legislature itself which should perform this co-ordinating function. Their reasons for this view are in part the desire to avoid the inevitable complexities which would arise from setting up a separate authority to deal with subjects not completely federalised, but an even more important reason is that it is, in the sub-Committee's opinion, essential to the development of the Federal idea that the new constitution should contain within itself facilities for its own development, and that nothing should be done in designing the structure embodying it which would be calculated to hamper the natural evolution of a Greater India.

The further Heads which were referred to the sub-Committee and are now under discussion are:—

(4) *The number of members composing each Chamber of the Federal Legislature, and their distribution among the federating units;*

(5) *The method whereby representatives from British India and from the Indian States are to be chosen;* and

(6) *The constitution, character, powers and responsibilities of the Federal Executive.*

These three Heads the Sub-Committee now proceed to discuss.

6. The sub-Committee do not, of course, claim to have evolved in all its details a complete plan for the Federal constitution. They consider that the best service they can render to the Conference is to state certain general principles and record conclusions on certain points with regard to which there appeared to be general or substantial agreement, and then to indicate the lines which further detailed examination on the subject ought, in their view, to follow. Many points have necessarily been left open which will have to be settled later after public opinion both in India and in England has had an opportunity of expressing itself upon them, in order that the completed constitution may be based on the largest measure of public approval in both countries.

## The Executive.

7. The sub-Committee consider that it will be convenient to deal, in the first instance, with the last of the three Heads, namely:

*Head* (6). *The composition, character, powers and responsibility of the Federal Executive:* since, as was more than once pointed out in the course of their deliberations, the view taken upon these matters may materially affect decisions upon the structure of the Legislature, the nature of its functions and the methods adopted for enabling these functions to be performed.

8. *Responsibility of the Executive.*—The Report which follows proceeds on the basic assumption that the constitution will recognise the principle that, subject to certain special provisions more particularly specified hereafter, the responsibility for the Federal Government of India will in future rest upon Indians themselves.

9. *Method of providing for this.*—In the opinion of the sub-Committee the proper method of giving effect to this principle is, following the precedent of all the Dominion constitutions [8]), to provide that executive power and authority shall vest in the Crown, or in the Governor-General as representing the Crown, and that there shall be a Council of Ministers appointed by the Governor-General and holding office at his pleasure to aid and advise him. The Governor-General's Instrument of Instructions will then direct him to appoint as his Ministers

[8]) *e.g.* Ss. 9 to 11 of the British North America Act, 1867;
Ss. 8 and 9 of the Union of South Africa Act, 1908;
Ss. 61 and 62 of the Commonwealth of Australia Constitution, 1900.

those persons who command the confidence of the Legislature, and the Governor-General, in complying with this direction, will, of course, follow the convention firmly established in constitutional practice throughout the British Commonwealth of inviting one Minister to form a Government and requesting him to submit a list of his proposed colleagues.

10. *Definition of Responsibility.*—The Governor-General, having thus chosen as his Ministers persons who possess the confidence of the Legislature, it follows that they will retain office only so long as they retain that confidence. This is what the sub-Committee understand by the responsibility of Government to Legislature, in the sense in which that expression is used throughout the British Commonwealth. The expression also implies in their view that the ministry are responsible collectively and not as individuals, and that they stand or fall together.

11. *Safeguards.*—It is, however, admitted that this broad statement of the principle of responsible government at the Centre, which will be the ultimate achievement of the constitution now to be framed, requires some qualification. There was general agreement in the sub-Committee that the assumption by India of all the powers and responsibility which have hitherto rested on Parliament cannot be made at one step and that, during a period of transition—

(i) The Governor-General shall be responsible for Defence and External Relations (including relations with the Indian States outside the federal sphere) and that

(ii) in certain situations, hereafter specified, which may arise outside the sphere of those subjects, the Governor-General must be at liberty to act on his own responsibility, and must be given the powers necessary to implement his decisions.

12. *Governor-General's advisers on reserved subjects.*—It was generally agreed that the presence of a person occupying the position of a Minister would be necessary to express the views of the Governor-General on Defence matters in the Legislature, since these will impinge upon strictly federal matters; the same is true of External Relations but there was not an equal measure of agreement with regard to the appointment of a person to represent the Viceroy in this latter subject. It is clear, however, that the Governor-General must be at liberty to select as his representatives in the reserved sphere any persons whom he may himself choose as best fitted for the purpose, and that on appointment they would, if holding Ministerial portfolios, acquire the right like other Ministers of audience in either Chamber of the Legislature. The suggestion was pressed that any persons so appointed should be regarded as ordinary members of the Council of Ministers, notwithstanding that they would be responsible to the Governor-General and not to the Legislature, and that they should be regarded as liable to dismissal (though they would remain eligible for re-appointment by the Governor-General) with the rest of their colleagues. It is difficult, however, to see how this position could be reconciled with the principle of the collective

responsibility of Ministers, and the sub-Committee find themselves unable to come to any definite conclusions on the matter, though they are of opinion that it merits much more careful examination than they have, in the time at their disposal, been able to give to it.

13. *Position of the Governor-General in relation to his Cabinet.*—With this subject is to some degree involved the question of whether the Governor-General should himself preside over the meetings of his Ministers. In the view of the sub-Committee no hard and fast rule can be laid down. It is clear that, especially in the transition period, occasions may often arise in which his presence would be desirable, and indeed, in certain contingencies, necessary. In these circumstances, it appears to the sub-Committee that the better course would be to provide in his Instructions that he shall preside when he thinks it desirable to do so, leaving the matter to his own discretion and good sense. It is, however, essential that the Governor-General shall be kept at all times fully informed of the state of public affairs and have the right to call for any papers or information which are at his Ministers' disposal.

14. *Governor-General's powers in relation to reserved subjects.*—It follows from the fact that the Governor-General will be himself responsible for the administration of the reserved subjects described above, that he should not be dependent for the supply required for them upon the assent of the Legislature, and that the annual supply for their service should be treated, along with other matters to be presently specified, in a manner analogous to the Consolidated Fund Charges in the United Kingdom. The budget allotment would be settled upon a contract basis for a term of years. It would further be necessary to empower the Governor-General in the last resort to take such steps as may be necessary to ensure that the funds required for the reserved subjects are forthcoming, and also to secure emergency supply for these subjects in excess of the contract budget (e.g., in connection with a sudden outbreak of hostilities on the Frontier). It follows that he should be empowered to secure the enactment of such legislative measures as may be essential for the discharge of his responsibility for these subjects.

15. The sub-Committee anticipate that in the event of its becoming necessary to use these powers the Governor-General would not ordinarily do so without consulting his Ministers, even though the responsibility for any action taken will be his and not theirs.

16. *Governor-General's special powers.*—With regard to subjects in the administration of which the Governor-General would normally act on the advice of his Ministers, it was generally agreed that arrangements must be made whereby in the last resort the peace and tranquillity of any part of the country must be secured, serious prejudice to the interests of any section of the population must be avoided, and members of the Public Services must be secured in any rights guaranteed to them by the constitution. It was further agreed that for these purposes

the Governor-General must be empowered to act in responsibility to Parliament and to implement his decisions if occasion so demands by requiring appropriation of revenue to be made, or by legislative enactment.

17. *Use of the Governor-General's special powers.*—Stress was laid in some quarters of the sub-Committee on the necessity of so defining the use of these powers that they should not be brought into play, in derogation of the responsibility of Ministers, for the purpose of day-to-day administration. It is obvious that the Governor-General would consider his relations with his Ministers and the Legislature before making use of these powers. He will have every inducement to stay his hand as long as possible and to be slow to use his own powers in such a way as to enable his Ministers to cast upon him a responsibility which is properly theirs.

18. *Finance. Special provisions.*—In the sphere of Finance, the sub-Committee regard it as a fundamental condition of the success of the new constitution that no room should be left for doubts as to the ability of India to maintain her financial stability and credit, both at home and abroad. It would therefore be necessary to reserve to the Governor-General in regard to budgetary arrangements and borrowing such essential powers as would enable him to intervene if methods were being pursued which would, in his opinion, seriously prejudice the credit of India in the money markets of the world. The sub-Committee recommend, with a view to ensuring confidence in the management of Indian credit and currency, that efforts should be made to establish on sure foundations and free from any political influence, as early as may be found possible, a Reserve Bank, which will be entrusted with the management of the currency and exchange. With the same object again, provision should be made requiring the Governor-General's previous sanction to the introduction of a Bill to amend the Paper Currency or Coinage Acts on the lines of Section 67 of the Government of India Act. They are further agreed that the service of loans, with adequate provision for redemption, by Sinking Funds or otherwise, and the salaries and pensions of persons appointed on guarantees given by the Secretary of State, should be secured, along with the supply required for the Reserved Departments, as Consolidated Fund Charges.

19. With these limitations the sub-Committee do not contemplate any differentiation between the position of the Finance Minister and that of any other Minister responsible to the Legislature, and in regard to taxation, fiscal policy and expenditure on objects other than those under the Governor-General's control, he would be responsible only to the Legislature. In this connection the sub-Committee take note of the proposal that a Statutory Railway Authority should be established, and are of opinion that this should be done, if after expert examination this course seems desirable.

20. The sub-Committee recognise that it may be difficult in existing conditions to set up a Reserve Bank of sufficient strength and equipped

further that the distinctively federal chamber should be the smaller of the two. But India's own practical needs and conditions must be the governing factors, and no constitution, however theoretically perfect, and however closely modelled upon precedents adopted elsewhere, is likely to survive the tests of experience unless it conforms to the needs and genius of the country which adopts it, and unless it is capable of adaptation and modification as the character of these needs is proved in the working. To meet these needs the federal organisation must be conceived not as a rivalry of conflicting elements, but as a partnership for the devising and efficient application by common consent of policies required in the common interest. For such a partnership the stability of the Federal Government is of the first importance.

26. *The Upper Chamber.*—The discussion which took place in the sub-Committee on Heads 4 and 5 proceeded without any prior decision upon the all-important question of the relations between, and the respective powers of, the two chambers; and it may well be that some of the opinions now provisionally expressed will require revision. But proceeding simply on the basis that there will be two Chambers, the Upper smaller in size than the Lower, and without any decision as to the relations of one to the other, the balance of opinion was to the effect that the Upper Chamber—which might be described as the Senate—of the Federal Legislature should be a small body, of from 100 to 150 members, whose qualifications should be such as will ensure that it is a body of weight, experience and character. It was thought that this object might be secured by prescribing for the candidature of the British India members qualifications similar to those now in force for the Council of State: and the sub-Committee have no doubt that the Rulers of the Indian States, in selecting their representatives, will ensure that they are persons of similar standing.

*Method of election to Upper Chamber.*—The sub-Committee are almost unanimously of opinion that the British Indian members of the Senate should be elected by the provincial legislatures, by the single transferable vote.

27. *Life of the Upper Chamber.*—The Senate itself should not be subject to dissolution like the Lower House, but a fixed proportion of its members would retire and be replaced (or re-elected as the case may be) at regular periods.

28. *Distribution of Seats in Upper Chamber.*—As regards the distribution of seats in the Senate between the States and British India respectively, the sub-Committee have to report a difference of view. The States representatives on the sub-Committee pressed strongly for equality of distribution as between the States and British India. The British Indian representatives, on the other hand, were disposed to claim, on such grounds as area and population, a preponderance of seats for British India; but though opinions differed as to the precise degree of "weightage" to be conceded to the States, the sub-Committee are unanimous that some "weightage" must be given, and that a distri-

with the necessary gold and sterling reserves immediately, and that, therefore, until this has been done some special provisions will be found necessary to secure to the Governor-General adequate control over monetary policy and currency.

21. *Governor-General's ordinary powers.*—The sub-Committee assume that in addition to the special powers indicated above the Governor-General will continue to have, as at present, the right of refusing his assent to legislative measures, and of returning a Bill for reconsideration, and, subject to any Instructions issued to the Governor-General, that the existing powers of reservation and disallowance will remain.

22. *Bills affecting religion and Commercial discrimination.*—The question whether Bills relating to such matters as the religion or religious rites and usages of any class of the community should require the Governor-General's previous sanction to introduction will require consideration, as will also the question of discrimination between different sections of the community in matters of trade and commerce. There was general agreement that in these matters the principle of equality of treatment ought to be established, and various methods were suggested for the purpose. The sub-Committee content themselves, however, with saying that it is one which should be further examined and discussed in consultation with the various interests concerned.

23. *Breakdown of Constitution.*—In the event of a situation unhappily arising in which persistent and concerted action has succeeded in making the constitution unworkable, adequate powers will have to be vested in the Governor-General for the purpose of enabling the King's Government to be carried on.

## The Legislature.
### Structure and Composition.

24. Such being their views as to the character and responsibility of the Executive, the sub-Committee are now in a position to consider in relation to these views—

(4) *the number of members composing each Chamber of the Federal Legislature; and their distribution among the federating units: and*

(5) *the method whereby the representatives from British India and from the Indian States are to be chosen.*

25. *General Principles.*—The general aim of Federal constitutions has been to provide one legislative chamber which represents primarily all the federating units as such, often on a basis of equal representation for each unit, and a lower chamber which represents, primarily, the population of the whole federal area: and in applying this plan, constitution-makers have commonly provided that the representatives of the federating units in the distinctively federal chamber shall be chosen by the Governments or Legislatures of those units, while the representatives of the population of the federal area shall be returned by some more popular form of election: it has commonly been provided

bution of seats as between the States and British India on a strict population ratio would neither be defensible in theory nor desirable in practice. The sub-Committee trust that if the Conference fails to reach unanimity on this point, a satisfactory solution may yet be found as the result of discussion and accommodation hereafter.

29. *Distribution of Seats in Upper Chamber between Provinces.*—Granted a solution of this question, it has still to be considered how the seats available to the States and British India respectively are to be distributed amongst the individual units of each class. So far as the States are concerned, this must clearly be a matter for agreement by their Rulers in consultation between themselves and, if necessary, with the Viceroy. Difficult problems of grouping are involved, but these matters are outside the scope of the Conference. As regards the Provinces, precedents of other Federal constitutions could no doubt be cited in favour of complete equality as between Province and Province, and there was some opinion in the sub-Committee in favour of this plan. But while the opportunity should no doubt be taken for departing from the traditional apportionment as between Province and Province which has survived in the Chambers of the existing Indian Legislature, the sub-Committee are doubtful whether an arrangement which gave, for instance, to Assam with its $7^1/_2$ millions of inhabitants, and Bengal with its $46^1/_2$ millions, an equal voice in the counsels of the Nation, would commend itself to general public opinion. On the whole the sub-Committee would be disposed to regard a distribution as between Province and Province on a population ratio as the most convenient and satisfactory arrangement.

30. *The Lower Chamber—Size.*—The trend of opinion as to the size of the Lower Chamber was that it should consist of approximately 300 members, thus providing roughly one representative for each million of the inhabitants of India. On the other hand the view was strongly expressed that the requirements of efficiency would not be met if the Chamber were to exceed 200 as a maximum. The sub-Committee as a whole recognise the force of these considerations, and also of the desire for a Chamber of sufficient size to afford a reasonable approach to adequate representation of the population. But since no real approach to this latter ideal could be secured without enlarging the Legislature to an undue extent, the sub-Committee think that having regard to the great importance which must be attached to efficiency of working, 250 should be adopted as the number of seats to be provided in the Lower Chamber.

31. *Distribution of Seats in the Lower Chamber.*—In the Lower Chamber the Indian States Delegation do not claim, as they do in the Senate, equality of representation with British India, but here also they claim some greater representation than they would obtain on a strict population ratio. The British Indian representatives on the sub-Committee were not, however, disposed to contemplate a distribution as between themselves and the States in this Chamber on any

other basis than that of population. On this basis approximately 76 per cent. of the seats would be assigned to British India and 24 per cent. to the States. But while the latter view must be recorded as that of the majority of the sub-Committee, a substantial minority would regard so great a disparity between the two classes of units as inconsistent with and inimical to the ideal which the Conference has set before itself, and the minority wish strongly to urge upon their colleagues the desirability of subordinating theory to expediency in the interests of goodwill. No Conference can hope to bear fruit unless its members approach their task in a spirit of accommodation, and accommodation in this matter is, they are confident, not beyond the reach of Indian statesmanship.

The question of the respective powers of the two Chambers, which has been touched upon in para. 26 has also an obvious bearing on the matter.

32. *Method of election to Lower Chamber.*—Here again the sub-Committee regret that they are unable to record a unanimous view. The British Indian representatives almost without exception favour direct election by constituencies arranged on a plan generally similar to that of the "general constituencies" for the existing Legislative Assembly. They maintain that this method of election has not proved in practice inconvenient or unworkable, that such inconvenience as it has hitherto presented will be diminished with the increase which they contemplate in the number of seats available and the consequent decrease in the size of constituencies, that ten years' experience has firmly established it in popular favour, and that resort to any method of indirect election would not be accepted by Indian public opinion. Other members of the sub-Committee are unable to contemplate as a fitting repository of power and responsibility a Chamber whose members would have so exiguous a link between themselves and the population of the areas they would purport to represent as would be provided by any system of direct election. Assuming for the sake of argument that as many as 200 seats were available for British Indian representatives, they note that the average size of a constituency would be some 4,000 square miles, and that if due allowance is made for the comparatively small areas of the urban constituencies, the general average would be even higher. They note that the Franchise sub-Committee have refrained from making any recommendation on the franchise for the Federal Legislature: consequently they cannot bring themselves to regard as popular representation according to the accepted canons of parliamentary government a system which provides for the "election" of members by an average number of some 5,000 electors scattered over an average area of some 4,000 square miles, and this difficulty would not be removed by an increase in the average number of electors by a lowering of the franchise; for an increase in the number of the voters in such vast constituencies would merely increase the difficulties of establishing contact between the candidate and the voter. But apart

from these practical difficulties, some members of the sub-Committee feel strongly that, in the geographical conditions of India, any system of direct election would seriously prejudice the success of the Federal ideal. In their view it is of the utmost importance that the tie between the Centre and the units should be as closely knit as possible; and that it should be a tie of natural affinity of outlook and interest and capable of counteracting the centrifugal tendencies which, but for such a counterpoise, will be liable to develop in the Provinces from the increased autonomy now in prospect. In the opinion of those who hold this view the only satisfactory basis for representation in either Chamber of the Federal Legislatures is election by the Legislature of the Provinces. This need not involve the mere reproduction of the Lower Chamber on a smaller scale, if, as is suggested in this Report, special qualifications are prescribed for membership of the Senate. But if this plan is not adopted, and the view prevails that the members of the Assembly should be chosen to represent the populations of the units rather than their Governments or Legislatures, those members of the sub-Committee who are opposed to direct election desire to point out that it is not a necessary consequence of a decision in this sense that the populations of the areas should elect their representatives directly. Various devices are known to constitution-makers as alternatives to direct election, and they would strongly urge that every possible alternative should be explored before a final decision is taken.

33. *Life of the Lower Chamber.*—The sub-Committee are of opinion that the term of the Lower Chamber should be five years, unless sooner dissolved by the Governor-General.

34. *Representation of special interests and of the Crown in Federal Legislature.*—Two further points remain to be mentioned in regard to the composition of the Federal Legislature. Opinion was unanimous in the sub-Committee that, subject to any report of the Minorities sub-Committee, provision should be made for the representation, possibly in both Chambers, and certainly in the Lower Chamber, of certain special interests, namely, the Depressed Classes, Indian Christians, Europeans, Anglo-Indians, Landlords, Commerce (European and Indian) and Labour. Secondly, in their interim Report, the sub-Committee expressed the view that so long as there are any reserved subjects the Crown should be represented in both Chambers. While the sub-Committee unanimously maintain that recommendation, further discussion has disclosed a difference of view as to the functions of the Crown nominees, and as to their numbers. Some members of the sub-Committee consider that their attendance should be solely for the purpose of explaining the Governor-General's policy on his behalf, and that they should not exercise the right to vote in divisions. Others are of opinion that these persons should be full members of the Legislature. Some members of the sub-Committee consider again that the only nominees of the Crown should be the principal advisers of the Governor-General in the administration of the reserved subjects, while others think that the Governor-

General should be empowered to nominate a specified number of persons, not exceeding, say, 10, to each Chamber.

35. *Means of securing stability for the Executive.*—The relation of the two Chambers to one another has been touched on above, but a particular aspect of the relation of the Chambers to the Executive was a subject of discussion in the sub-Committee and should be mentioned here. For the purpose of securing greater stability to the Executive the suggestion was made, and found a large measure of support, that Ministers should not be compelled to resign save in the event of a vote of no confidence passed by a majority of at least two-thirds of the two Chambers sitting together. Ministers against whom less than two-thirds of the votes have been cast on a motion of no confidence would not, however, for that reason alone continue to enjoy to any greater extent than before the confidence of the Legislature who would be still able in other ways to make effective their want of confidence. But the sub-Committee are of opinion that some means should be devised whereby, in the interests of stability, an adverse vote should not on every occasion necessarily involve the resignation of the Ministry, and that the subject should be further explored.

36. *Position of States' representatives in relation to matters affecting British India only.*—Since the functions of the Federal Government will extend beyond the range of federal subjects and will embrace those matters which are strictly the concern of British India alone, it has to be decided whether the States' representatives in the Federal Legislature should take any part in the debates and decisions on this latter class of matters with which *ex hypothesi* they will not be directly concerned. There is much to be said in favour of treating all members of the Federal Legislature as entitled and empowered to contribute their share towards the decision of all matters within the range of the Legislature's duties. It would be clearly impossible, so far as the Executive is concerned (which will, like the Legislature, be composed of representatives of both States and British India) to differentiate the functions of Ministers in such a way as to confine the responsibilities of States' representatives to Federal matters; no workable scheme could be devised with this object which would not cut at the root of the principle of collective responsibility in the Cabinet. For this reason the States desire—with the general assent of the sub-Committee—that their representatives in the Legislature should play their part equally with their British Indian colleagues in expressing the decision of the Legislature on any question which involves the existence of the Ministry, even if the matter which has given rise to the question of confidence is one which primarily affects British India only. At the same time Their Highnesses would prefer that the States' representatives should take no part in the decision of matters which, being outside the range of federal subjects, have no direct interest to the States. It would, no doubt, be possible so to arrange business in the Legislature that Bills or Budget demands of this character should be dealt with either exclusively or in the Committee

stage by a Committee (analogous to the Scottish Committee of the House of Commons) consisting of the British Indian representatives alone. Some members of the sub-Committee think, however, that it would be unfortunate to initiate such a system of differentiation, and that, whatever conventions might be observed, it would be undesirable in terms to deprive the Legislature of the contribution which any of its members might be able to make on any matter within the Legislature's purview; and they think that it would be found in practice difficult, if not impossible, to classify a given matter as being one in which the States have no interest or concern, direct or indirect. The sub-Committee recommend, however, that the matter be further explored.

37. *Competence of the Federal Legislature.* — With reference to paragraph 5 of this Report, the reports of two sub-Committees are appended to this Report in which recommendations have been made as to the classification as federal, central or provincial, of all the subjects which are at present within the competence of the Indian Legislature. The sub-Committee endorse generally these recommendations, though they recognise that the further expert examination which the matter will undoubtedly require may show the necessity of some modification and adjustment. It will be observed that, apart from the specific recommendations made with regard to the treatment of the several items in the list, there is a general recommendation that legislative co-ordination required in respect of certain provincial subjects, or aspects of provincial subjects, should no longer be secured by the process of submitting Provincial Bills on these subjects for the previous sanction of the Governor-General, but firstly by scheduling certain existing Acts (and the same process would, of course, be applied to certain Acts of the Federal Legislature in the future) as being incapable of amendment in their application to a Province by the Provincial Legislature without the previous sanction of the Governor-General and, secondly, by granting concurrent powers of legislation to the Federal Legislature on certain aspects of specified provincial subjects. It would be necessary to include a provision that any Provincial Act relating to these subjects which is repugnant to a Federal Act is, to the extent of the repugnancy, to be void.

38. *Residual powers.*—The sub-Committee draw attention to the fact that, however carefully the lists of Federal, Central and Provincial subjects are drawn up, there is bound to be a residue of subjects not included in any of them. Whether these residuary powers of legislation are to rest with the Federal Government or with the Provinces is a matter on which the sub-Committee have come to no conclusion. Its great importance is, however, manifest, and it will need most careful consideration at a later stage.

39. *Control by the Federal Government over Provincial Governments.* —This topic leads naturally to the question of the powers of control to be exercised by the Federal Executive over the Provincial Executive and their nature and extent. It goes without saying that within the

range of Federal subjects, the Federal Executive must have authority to ensure that Federal Acts are duly executed in the Provinces; it also goes without saying that within States' territory there can be no question of the exercise of any such authority, direct or indirect, outside the strict range of Federal subjects. But it seems equally evident that in matters affecting more than one Province of British India, even where they relate to subjects classified as Provincial, there must be some authority capable of resolving disputes and of co-ordinating policy when uniformity of policy is in the interests of India as a whole, and the sub-Committee consider that the constitution should recognise this authority as vesting in the Federal Government and should make suitable provision for its exercise.

Signed on behalf of the sub-Committee,
Sankey,
*Chairman.*

St. James's Palace,
London.
13th January, 1931.

## Appendix I to Second Report of Sub-Committee No. I.

Classification of Central and Provincial Subjects.

Report of Joint Committee of sub-Committees Nos. I and II.

The Joint Committee [9]) of the Federal Structure sub-Committee and the Provincial Constitutional sub-Committee was appointed to consider in detail the lists of subjects circulated as R.T.C. (F. (S)) 3, Categories A, B, C and D only, and to suggest a provisional classification into three categories: —

(*a*) exclusively Central;
(*b*) exclusively Provincial;
(*c*) subjects in which the Centre and the Provinces are both interested and which might therefore be subject to central co-ordination, and to make any suggestions that they think fit as to the method to be adopted for securing this co-ordination.

We have considered the various subjects and make the recommendations shown in the right-hand column of the attached Tabular Statement. The enumeration is that of the present list of Central and Provincial subjects, Devolution Rules, Schedule I.

(Signed) Zetland,
*Chairman.*

6th January, 1931.

*Proposed Classification of the Indian Central Subjects as detailed in Devolution Rules, Schedule I, Part. I.*

(Enumeration is that of the present list of the Indian Central Subjects.)
A: Those which are proposed to be wholly or partly federalised.
B: Those no portion of which is proposed to be federalised.

[9]) For membership, see list at end of tabular statement.

A: Central subjects which are proposed to be wholly or partly federalised.

| The description of subjects in the Devolution Rules. | The recommendations of the Federal Structure sub-Committee regarding the extent to which they should be federalised. | The recommendation of the Joint Committee of sub-Committees Nos. I and II regarding the classification of the residue into three Categories.<br>(*a*) Exclusively Central.<br>(*b*) Exclusively Provincial.<br>(*c*) In which both the Centre and the Provinces are interested and which might be subject to central co-ordination. |
|---|---|---|
| 5. Communications to the extent described under the following heads, namely: | | |
| (*a*) Railways and extra municipal tramways in so far as they are not classified as provincial subjects. | Railways (including railways to be constructed or acquired in future).<br>*Federal* for policy and legislation. Administration to be Federal to the extent of powers now exercised by the Railway Board. | Present position should be maintained. |
| (*b*) Aircraft and all matters connected therewith. | Federal ... ... ... | — |
| (*c*) Inland waterways to an extent to be declared by rule made by G.G. in C. or by or under legislation by the Indian Legislature. | Federal for policy and legislation in respect of inland waterways affecting more than one unit. | The Committee is informed that as the administration is provincial there is no residue left for classification. But for steamships *see* list C, item 31. |
| 6. Shipping and navigation (including shipping and navigation of inland waterways in so far as declared to be a central subject under entry 5 (*c*). | Federal for policy and legislation. | The present position should be maintained. |
| 7. Lighthouses (including their approaches), beacons, lightships and buoys. | Federal ... ... ... | — |
| 8. Port Quarantine and Marine Hospitals. | Federal as far as international requirements are concerned. | There are no marine hospitals. The only residue is inter-provincial shipping which should be a central subject. |

| | | |
|---|---|---|
| 9. Ports declared to be major ports by rule made by the G.G. in C. or by or under legislation by the Indian Legislature. | Such ports to be Federal as are declared to be major ports by rule made by Federal Government or by or under legislation by the Federal Legislaturet subject in the case of Indian States to such extent as authority may be delegated by the States under a convention. | There is no part of the central subject left which is not federalised. |
| 10. Posts, telegraphs, telephones including wireless installations. | Posts, telegraphs, *trunk* telephones and wireless installations to be Federal; but with such qualifications as may be necessary for the purposes of adjustment with the States in matters of detail. | The Committee thinks that for technical reasons the local telephones in British India cannot be made a provincial subject. Sir B. N. Mitra suggests that the entry in the second column should be amended as follows:— "Posts, telegraphs, telephones — excepting local (*i.e.*, non-trunk) telephones in Indian States and wireless installation." |
| 11. Customs ... ... | *Maritime Customs:* Federal subject to special adjustment with maritime States having regard to their treaties, engagements and agreements. | — |
| | *Customs on external Frontier of Federal India* Federal on the lines of maritime customs subject to the special case of Kashmir. | — |
| Income Tax ... ... | — | Should be Central as at present. Whether any surcharge should be imposed by the Provinces and whether any portion of the revenue should go to the Provinces are matters beyond the terms of reference to the Committee. |
| Salt ... ... ... | Federal ... ... ... | — |
| Other sources of all-India Revenue. | — | As regards these (including excise on motor spirit and kerosine) the position should remain as at present. |
| 12. Currency and Coinage | Federal, subject to adjustment with the States concerned of such rights as are not already conceded by them. | — |

| | | |
|---|---|---|
| 13. Public debt of India | Public debt of Federal India (power to raise Federal Loans) should be Federal. | The public debt of India on the date of the inauguration of the Federal constitution should be a central subject. |
| 14. Savings Banks ... | Federal for policy and legislation regarding Post Office Savings Banks. | Since it was not clear to what Savings Banks, other than Post Office Savings Banks, this entry may refer, we have no recommendation to make. |
| 15. The Indian Audit Department. | Federal audit to be Federal. | Provincial accounts should be a provincial subject. As regards audit the general sense of the Committee was that it should be a central subject but a substantial minority thought that the audit of provincial accounts should be a provincial subject. |
| 17. Commerce (including banking and insurance). | Federal for policy and legislation. | Should be Central to the extent to which it is at present. |
| 18. Trading Companies and other associations. | Do. | Do. |
| 20. Development of industries, in cases where such development by central authority is declared by order of the Governor General in Council made after consultation with the local Government or local Governments concerned expedient in the public interests. | Development of Industries to be a federal Subject in cases where such development by Federal Authority is declared by order of the Federal Government made after negotiation with and consent of the federating units. | Development of industries should remain Provincial to the extent to which it is not federalised. |
| 21. Control of cultivation and manufacture of opium. Sale of opium for export. | Federal for policy and legislation. | The position should be maintained as at present. |
| 22. Stores and stationery both imported and indigenous required for Imperial Departments. | Stores and stationery both imported and indigenous required for Federal Departments to be Federal. | As regards non-Federal Central Departments the subject should be under the control of the Centre. |
| 23. Control of petroleum and explosives. | Federal for policy and legislation. | The position should be maintained as at present. |
| 24. Geological Survey of India. | Federal ... ... ... | — |
| 26. Botanical Survey of India. | Federal ... ... ... | — |
| 27. Inventions and designs. | Federal for policy and legislation. | The position should be maintained as at present. |

| | | |
|---|---|---|
| 28. Copyright. | Do. | Do. |
| 29. Emigration from and immigration into British India. | Emigration from and immigration into *India* —Federal. | — |
| Inter-provincial migration. | — | The Committee suggests that the question of making migration between Federal units a Federal subject should be considered. |
| 31. Central police organisation. | Federal police organisation to be Federal. | Central to the extent it is at present. |
| 32. Control of arms and ammunition. | Traffic in arms and ammunition to be Federal for policy and legislation. | The position as regards control of arms and ammunition as apart from traffic in them should be maintained as at present. The provincial Governments should, however, have power to grant exemptions from the requirements of the Arms Act in respect of provincial areas. |
| 33. Central agencies and institutions for research (including observatories) and for professionall or technical training or promotion of special studies. | Federal as regards *future* agencies and institutions. | As regards existing agencies and institutions the subject should continue to be Central as at present—if it is not federalised. |
| 35. Survey of India ... | Federal. ... ... ... | — |
| 38. Meteorology ... ... | Do. ... ... ... | — |
| 39. Census ... ... .. | Federal for policy and legislation—the States reserving administration. | Central to the extent it is at present. |
| Statistics ... ... | All-India Statistics—Federal. | — |
| 40. All-India Services ... | Federal Services should be Federal. | Central Services should be a central subject. As regards All-India services, the question is for the consideration of the "Services" sub-Committee. |
| 44. Immoveable property in possession of the Governor General in Council. | Immoveable property acquired and maintained at the cost of Federal Government should be Federal. | Immoveable property acquired and maintained at the cost of Central Government should be Central. |
| 45. The Public Services Commission. | Federal for the purpose of Federal Services. | The Public Services Commission for the Central Services should be a central subject. |

B.: Central subjects, no portion of which is proposed to be federalised.

| The description of the subjects in the Devolution Rules. | The recommendation of the Joint Committee of sub-Committees Nos. I and II regarding their classification into three categories: (*a*) Exclusively Central. (*b*) Exclusively Provincial. (*c*) In which both the Centre and the Provinces are interested and which might be subject to central legislation. |
|---|---|
| 16. Civil Law including laws regarding status, property, civil rights and liabilities and civil procedure. | This question has been considered by a special Legal Committee and we therefore refrain from dealing with it. See Appendix II. |
| 19. Control of production, supply and distribution of any articles in respect of which control by a central authority is declared by rule made by the Governor-General in Council or by or under legislation by the Indian Legislature to be essential in the public interest save to the extent to which in such rule or legislation such control is directed to be exercised by a local Government. | The majority of the Committee considered that the Central Government should not retain the power which this entry gives. |
| 25. Control of Mineral Development in so far as such control is reserved to the Governor-General in Council under rules made or sanctioned by the Secretary of State, and regulation of mines. | The control of mineral development should be entirely a provincial subject but the regulation of mines should remain a central subject to the extent it is at present. |
| 30. Criminal Law including Criminal Procedure. | See No. 16 above. |
| 34. Ecclesiastical administration—including European Cemeteries. | This should be a central rather than a provincial subject. It is, however, to be considered whether it should not be a Crown subject. |
| 36. Survey of India ... ... ... | The present position should be maintained. |
| 37. Zoological survey ... ... ... | Do. |
| 42. Territorial changes—other than inter-provincial and declaration of laws in connection therewith. | The Committee understands that this has already been decided to be a matter to be dealt with under amendments of the constitution. |
| 43. Regulation of ceremonial titles, orders, precedence and civil uniform. | The Committee understands that this has already been decided to be a matter more properly falling under the authority of the Crown. |

The Joint Committee considers that a new entry should be made making Services in the centrally-administered areas and expenditure incurred therein a central subject.

*Proposed Classification of those of the* Provincial *subjects in respect of which some control is exercised by the Centre.*

*Devolution Rules, Schedule I, Part II.*

(Enumeration is that of the present list of the Provincial subjects.)

C: Provincial subjects which are subject to legislation by the Indian Legislature.

D: Provincial subjects specially excepted and those in respect of which extra provincial control is exercised.

C: Provincial subjects subject to legislation by the Indian Legislature.

| Description of subject in the Devolution Rules. | The recommendation of the Joint Committee of sub-Committees Nos. I and II regarding their classification into three categories:<br>(*a*) Exclusively Central.<br>(*b*) Exclusively Provincial.<br>(*c*) In which both the Centre and the Provinces are interested and which might be subject to central co-ordination. |
|---|---|
| *Local Self Government.* | |
| 1. As regards:<br>(*a*) the power of local authorities to borrow otherwise than from the Provincial Government; | As regards these two matters the Committee thinks that the words "subject to the previous sanction of a central authority to the extent to which such sanction of the Governor-General is now required" should be substituted for the words "subject to legislation by the Indian Legislature." |
| (*b*) the levying by such authorities of taxation not included in Schedule II of the Scheduled Taxes Rules. | |
| 3. *Public Health Sanitation and Vital Statistics.*<br>As regards infectious and contagious diseases to such extent as may be declared by any Act of the Indian Legislature. | In respect of the specific matter of infectious and contagious diseases in the sphere of public health, which is now subject to legislation by the Indian Legislature, the majority of the Committee are in favour of co-ordination as against legislative control by the Centre. |
| 5. *Education.*<br>As regards the definition of the jurisdiction of any University outside the Province in which it is situated. | We suggest that the full Committee should consider whether this should not be a Federal subject. |
| 6. *Public Works—light and feeder Railways and extra municipal tramways in so far as provision for their instruction and management is made by provincial legislation.*<br>As regards any such railways or tramways which are in physical connection with a main line or are built on the same gauge as an adjacent main line. | The present position should be maintained. |
| 7. *Water-supplies, irrigation and canals, drainage and embankment, water storage and water power.*<br>As regards matters of inter-provincial concern or affecting the relation of a Province with any other territory. | Do. |
| 10. *Agriculture.*<br>In respect of destructive insects and pests and plant diseases to such extent as may be declared by any Act of the Indian Legislature. | As in No. 3 above. |

| | |
|---|---|
| 11. *Civil Veterinary Department.*<br>In respect of animal diseases to such extent as may be declared by any Act of the Indian Legislature | Do. |
| 14. *Forests.*<br>As regards disforestation of reserved forests. | The Committee thinks that disforestation of reserved forests should be exclusively Provincial. |
| 15. *Land Acquisition.* | Legislation should be exclusively Provincial; but the right of the Central Government to acquire land for its own purposes should be fully safeguarded. |
| 17. *Administration of Justice.*<br>As regards High Courts, Chief Courts, Courts of Judicial Commissioners and any courts of criminal jurisdiction. | The present position should be maintained. |
| 19. *Administrators — General and Official Trustees.* | The subject should in future be Provincial. |
| 20.—(a) *Non-Judicial Stamps.*<br>(b) *Judicial Stamps.*<br>As regards amounts of court fees levied in relation to suits and proceedings in the High Courts under their original jurisdiction. | In both cases the present position should be maintained. |
| 21. *Registration of deeds and documents.* | In both cases the present position should be maintained. |
| 22. *Registration of births, deaths and marriages.*<br>As regards such classes as the Indian Legislature may determine. | This should be subject to legislation by the Indian Legislature—<br>(*a*) for marriages in the case of such classes as the Indian Legislature may determine.<br>(*b*) for births and deaths in the case of Europeans and foreigners. |
| 26. *Industrial matters.*<br>As regards<br>(*a*) Factories.<br>(*b*) Settlement of labour disputes.<br>(*c*) Electricity.<br>(*d*) Boilers.<br>(*g*) Welfare of labour, including provident funds, industrial insurance (general, health and accident) and housing. | As regards (*a*), (*b*), (*c*), (*d*) and (*g*), there should be a concurrent power of legislation vested in the Provinces and in the Centre. The previous sanction of the Governor-General should not be required in the case of provincial legislation. |
| 28. *Adulteration of Food Stuffs and other articles.*<br>As regards import and export trade only. | The present position should be maintained. |
| 29. *Weights and measures.*<br>As regards Standards ... ... ... | Do. |
| 31. *Inland Waterways including shipping and navigation thereon.*<br>As regards inland steam vessels only | Do. |
| 33. *Miscellaneous matters.*<br>(d) *Control of poisons* ... ...<br>(e) *Control of Motor vehicles* ... ...<br>As regards licences valid throughout British India. | Do. |

| | |
|---|---|
| (f) *Control of dramatic performances and cinematographs.* As regards sanction of films for exhibition. | Do. |
| 34. *Control of newspapers, books and printing presses.* | Do. |
| 37. *Criminal Tribes* ... ... ... | The subject should be exclusively Provincial. |
| 38. *European Vagrancy* ... ... | The present position should be maintained. |
| 39. *Prison and Prisoners* (except persons detained under The Bengal State Prisoners Regulation, 1818. The Madras State Prisoners Regulation, 1819. The Bombay Regulation XXV of 1827), *and Reformatories.* | The subject should be exclusively Provincial (but with continuance of central legislation as regards State prisoners). |
| 45. *Regulation of medical and other professional qualifications and standards.* | The present position should be maintained. The question of making this subject Federal should be considered. |
| 47. *Control of Services.* As regards public services within the Province other than All-India Services. | The Committee refrains from making any recommendation as the matter falls within the purview of the "Services" sub-Committee. |

The Joint Committee recommends generally with regard to the existing legislation on the above subjects that statutory provision should be made similar to that suggested by the Legal sub-Committee on Civil and Criminal law and procedure, under which certain specified Acts should not be repealed or altered by Provincial Legislatures without the previous sanction of the Governor-General. The Committee assumes that where the Centre and Provinces have concurrent legislative powers, the Central Law would prevail in case of conflict.

D: Provincial subjects specially excepted and those in respect of which extra-provincial control is exercised.

| | |
|---|---|
| The description of the subject in the Devolution Rules. | The recommendation of the Joint Committee of sub-Committees Nos. I and II regarding their classification into three categories:<br>(*a*) Exclusively Central.<br>(*b*) Exclusively Provincial.<br>(*c*) In which both the Centre and Provinces are interested and which might be subject to central co-ordination. |
| 5. *Education.* The following two are not provincial subjects: | |
| (1) The Benares Hindu University. The Aligarh Muslim University and such other Universities as may be declared by the Governor-General in Council to be central subjects. | The Benares and Aligarh Universities should be central subjects, together with such Universities constituted after the inauguration of the new constitution as may be declared by the Central authority to be central subjects. |
| (2) Chiefs' colleges and any institution maintained by the Governor-General in Council for the benefit of the mem- | The question of making chiefs' colleges and institutions for the benefit of members of His Majesty's Forces or their |

| | |
|---|---|
| bers of His Majesty's Forces and of other public servants or of the children of such members or servants. | children Federal subjects should be considered; otherwise Central. |
| 6. *Public Works.* Ancient monuments as defined in Section 2 (1) of the Ancient Monuments Preservation Act, 1904, which are for the time being declared to be protected monuments under Section 3 (1) of that Act, are central subjects. | The position should be maintained as at present. |
| 8. *Colonisation and disposal of Crown Lands not in possession of the Governor-General in Council.* The control is exercised by the Secretary of State in Council under Section 30 of the Government of India Act. | The Joint Committee considers this subject to be beyond its terms of reference. |
| 16. *Excise.* Control of cultivation, manufacture and sale for export of opium are central subjects. | The present position should be maintained. |
| 24. *Development of mineral resources which are Government property.* This power is subject to rules made or sanctioned by the Secretary of State. | The regulation of development should rest with the Government—Central and Provincial—under whose authority the resources are developed. |
| 24a. *Control of production supply and distribution of any articles.* The extent to which such control is directed to be exercised by a local Government is laid down by (*a*) a rule made by the Governor-General in Council, (*b*) or under legislation by the Indian Legislature. | See item No. 19 in the list B above. |
| 27. *Stores and Stationery.* In the case of imported stationery the control is subject to such rules as may be prescribed by the Secretary of State in Council. | The Joint Committee sees no necessity for regulation by a superior authority of imports of stationery by provincial Governments. |
| 30. *Ports.* Such ports as may be declared by the Governor-General in Council to be major ports by a rule made by the Governor-General in Council or by or under Indian legislation are not provincial but central subjects. | See item No. 9 in the list A above. |
| 31. *Inland Waterways.* The Governor-General in Council may declare some to be central subjects. | See item No. 5 (*b*) in the list A above. |
| 32. *Police, including Railway Police.* In the case of the Railway Police this control is subject to such conditions as regards limits of jurisdiction and Railway contribution to cost of maintenance as the Governor-General in Council may determine. | The present position should be maintained. |

| | |
|---|---|
| 39. *Prisons and Prisoners.*<br>Prisoners detained under the Bengal State Prisoners Regulation, 1818, the Madras State Prisoners Regulation, 1819, the Bombay Regulation XXV of 1827, are central subjects. | See item No. 39 in the list C above. |
| 42. *Libraries and Museums.*<br>The Imperial Library, the Indian Museum, the Imperial War Museum and the Victoria Memorial, Calcutta, are central subjects. | The present position should be maintained. The question of making these institutions Federal should be considered. |
| 49. *Borrowing money on the sole credit of the Province.*<br>This power is subject to the provisions of the local Government Borrowing Rules. | The present position should be maintained. |

N.B.—The Joint Committee consisted of the following members:—Lord Zetland, Mr. Sastri, Sir B. N. Mitra, Mr. Mudaliyar, Sir M. Shafi, Sir S. Ahmed, Sardar Ujjal Singh, Mr. Gavin Jones, Dr. Ambedkar, Nawab Sir Ahmad Said Khan, Mr. Joshi, Raja Narendra Nath, Sir A. P. Patro, Sir Chimanlal Setalvad, Mr. Zafrullah Khan.

## Appendix II to Second Report of Sub-Committee

### No. I.

### Civil Law and Criminal Law and Procedure.

### Report of the Legal Sub-Committee of Sub-Committee No. I.

The Legal sub-Committee have considered the possibility of giving Provincial legislatures a plenary power of legislation over the whole field of civil and criminal law and giving the Central legislature power to legislate on those matters only which are necessarily the concern of the Central authority. They find, however, that it would be difficult, if not impossible, to specify or even to indicate in general terms all the matters which should be reserved for the Central legislature, and that, therefore, it will be necessary to give the Central legislature a wide power of legislation. The Committee think also that it is necessary in the interest no less of the Provinces than of British India as a whole that the uniformity in civil and criminal law which now exists should be maintained. At the same time they think that the Provincial legislatures should have a wide power of legislation as regards civil and criminal law for provincial purposes. The sub-Committee think that the objects in view can best be secured by giving the Central legislature a plenary power of legislation on all matters of civil and criminal law and giving Provincial legislatures a concurrent power of legislation except as regards those matters which are necessarily the concern of the Central authority, e.g., laws relating to international obligations, laws for territories not subject to any Provincial legislature and laws affecting any power expressly reserved to the Central authority by any law for the time being in force.

To preserve the uniformity which at present exists the present arrangement should be maintained under which certain important Acts cannot be repealed or altered without the previous sanction of the Governor-General. The Acts are specified in rules made under section 80A (3) (*h*) of the Government of India Act but the list requires certain alterations and additions.

On all other matters so far as the legislative power of a Provincial legislature is concurrent with that of the Central legislature it should be capable of being exercised without any previous sanction but it should be declared to be subject to legislation by the Central legislature so that in case of a conflict between Central and Provincial legislation the former would prevail. The sub-Committee think that if this plan were adopted Provincial legislatures would have in the field of civil and criminal law a power of legislation which would be sufficient for their needs. To give effect to this plan items 16 and 30 in the Central list should remain as they are, a complementary entry should be made in the Provincial list and provision should be made somewhere in the Act on the lines of section 80A (3) (*h*) to secure the uniformity desired.

This uniformity should extend to such matters as those covered by the Acts referred to in the rules made under section 80A (3) (*h*). The list of the Acts contained in the rules will require further examination and must in any case be brought up to date.

31st December, 1930.

N.B.—The sub-Committee consisted of the following members: —Sir Muhammad Shafi, Sir Tej Bahadur Sapru, Sir C. P. Ramaswami Aiyar, Mr. Jayakar, and Mr. Jinnah, with the assistance of Sir Edward Chamier and Sir Maurice Gwyer.

**Sub-Committee No. II (Provincial Constitution).**

Report presented at Third Meeting of the Committee of the whole Conference, held on 16th December, 1930.

1. The following report, subject to adjustment to the complete constitution, is submitted by sub-Committee No. II.

2. The sub-Committee was appointed to consider two heads of the Lord Chancellor's list, namely

(*a*) The powers of the provincial legislatures.

(*b*) The constitution, character, powers, and responsibilities of the provincial executives.

3. The sub-Committee met on the 4th, 5th, 8th, 9th and 15th December. The proceedings on the first and second days comprised a general discussion of the problem. On the succeeding days particular issues were separately considered and examined. The Chairman ruled that the size, lifetime, number of chambers of the provincial legislatures, and the question of the official bloc might also be discussed as germane to the sub-Committee's Terms of Reference.

4. *The Abolition of Dyarchy.*—The sub-Committee is agreed that

in the Governor's provinces the existing system of dyarchy should be abolished and that all provincial subjects, including the portfolio of law and order, should be administered in responsibility to the provincial legislatures. (See note at end.)

5. *The Composition of the Provincial Executives.*—(a) *Joint Responsibility.*—The sub-Committee recommends that there should be unitary executives; and that the individual Ministers composing the executive should be jointly responsible to the legislature.

(*Raja Narendra Nath awaits the report of the Minorities sub-Committee before agreeing finally to joint responsibility.*)

(b) *The appointment of Ministers.*—The responsibility for appointing Ministers will rest with the Governor. The sub-Committee is of opinion that in the discharge of that function the Governor should ordinarily summon the member possessing the largest following in the legislature, and invite him to select the Ministers and submit their names for approval. The Ministers should ordinarily be drawn from among the elected members of the provincial legislature. In the event of the appointment of a non-elected non-official, such person should be required by statute to secure election to the legislature (and if the legislature be bicameral, to either chamber) within a prescribed period not exceeding six months, but subject to this limit he may be nominated by the Governor to be a member of the legislature. The sub-Committee is of opinion that there should be no discretion to permit the appointment of an official to the Cabinet.

(*The Marquess of Zetland and Sir Robert Hamilton dissent from the last two sentences.*)

(c) *Group or communal representation in the Cabinet.*—The sub-Committee considers it a matter of practical importance to the success of the new constitutions that important minority interests should be adequately recognised in the formation of the provincial executives. An obligation to endeavour to secure such representation should be expressed in the Instrument of Instructions to the Governor.

(*Mr. Chintamani dissents from the last sentence.*)

6. *Powers of the Governor.*—(a) *In regard to legislature.*—(1) The Governor shall have power to dissolve the legislature; he may assent or withhold assent to legislation; he may return a bill for reconsideration by the legislature, or reserve it for the consideration of the Governor-General.

(2) It shall not be lawful without the previous sanction of the Governor to introduce any legislation

(i) affecting the religion or religious rites of any class or community in the Province;

(ii) regulating any subject declared under the constitution to be a federal or central subject;

(iii) any measure repealing or affecting any Act of the federal or central legislature or Ordinance made by the Governor-General.

(b) *Conduct of business.*—(1) The Governor shall, with the knowledge of his Ministers, be placed in possession of such information as may be needed by him for the discharge of duties imposed upon him by the constitution.

(2) In the opinion of the sub-Committee, the Chief Minister should preside over meetings of the Cabinet; but on any special occasion, the Governor may preside.

(c) *Relations of the Governor to his Ministers.*—(1) The Ministers shall hold office during the pleasure of the Governor.

(2) Sub-section 3 of section 52 of the Government of India Act, which confers a general power on the Governor to refuse to be guided by the advice of his Ministers when he sees sufficient cause to dissent from their opinion shall no longer operate. The Governor's power to direct that action should be taken otherwise than in accordance with the advice of the Ministers, shall be restricted to the discharge of the specified duties imposed on him by the constitution. These duties shall include the protection of minorities and the safeguarding of the safety and tranquillity of the Province.

(d) *Special and Emergency powers.*—There shall be vested in the Governor (1) suitable powers in regard to legislation and finance necessary for the discharge of the specified duties imposed upon him by the constitution and (2) suitable emergency powers to carry on the administration in the event of a breakdown of government or the constitution. The powers under (2) shall not remain in operation for more than six months without the approval of Parliament expressed by a resolution of both Houses.

The sub-Committee suggests a rider that in their opinion it is desirable that the present rigid convention in Provinces other than the Presidencies of appointing Governors drawn from the Indian Civil Service should be relaxed. (There was some support for the substitution of the word "discontinued" for the word "relaxed.")

*(Sir Chimanlal Setalvad, Sir Cowasji Jehangir and Messrs. Ramachandra Rao, Barooah, Chintamani, Joshi, Paul and Ambedkar dissent from the sub-Committee's conclusions on the powers of the Governor.)*

7. *The Composition of the Provincial Legislatures.*—(a) *Their size.*—The sub-Committee anticipates that, to meet the conditions of the new constitutions and electorates, the provincial legislatures will require to be enlarged on the basis of ascertained needs, regard being had to the numbers and character of the constituencies.

(b) *Their lifetime.*—In the opinion of the sub-Committee the normal lifetime of the provincial legislatures should not exceed five years.

(c) *The official bloc.*—With the possible exception of a strictly limited proportion of non-officials who may in some Provinces require to be nominated by the Governor to secure the representation of groups unable to return their own members through the polls, the new pro-

vincial legislatures should consist wholly of elected members, and the official bloc should disappear.

(d) *Second Chambers.*—The existing provincial legislatures are unicameral. The sub-Committee recognises that conditions in some Provinces may make it desirable that the provincial legislatures should be bicameral; but the decision to incorporate a second chamber in the new constitution of any Province other than Bengal, the United Provinces and Bihar and Orissa where opinion in favour of a second chamber has already been expressed should not be taken until opinion in the Province definitely favours this course.

[The reference to the Provinces of Bengal, the United Provinces and Bihar and Orissa was inserted at the wish of a majority of the sub-Committee.]

*Note.*

(1) The question of the administration of the police was raised by Lord Zetland under para. 4, and it was decided that this should be left for the report of the Services sub-Committee when set up.

(2) The sub-Committee did not consider the constitution of the North West Frontier Province since it was understood that a special sub-Committee would be set up to deal with this subject.

(Sd.) Arthur Henderson,
*Chairman.*

Secretariat-General,
St. James's Palace, London.
15th December, 1930.

The following Delegates were members of the sub-Committee:—

Composition.

Mr. A. Hendersen (*Chairman*).
Lord Zetland.
Sir Robert Hamilton.
H.H. The Maharaja of Nawanagar. } Holding a watching brief
Sir Prabhashankar Pattani. } Holding a watching brief
Rao Bahadur Krishnama Chari. } Holding a watching brief
Sir Ghulam Hussain Hidayatullah.
Mr. Jadhav.
Sir Chimanlal Setalvad.
Sir Cowasji Jehangir.
Sir Shah Nawaz Bhutto.
Sir Provash Chunder Mitter.
Mr. FazI-ul-Huq.
Raja of Parlakimedi.
Mr. Ramachandra Rao.
Sir A. P. Patro.
Nawab Sir Ahmad Said Khan.
Mr. Chintamani.
Mr. Tambe.
Mr. Zafrullah Khan.
Raja Narendra Nath.
Sardar Sampuran Singh.
Maharaja of Darbhanga.
Mr. Barooah.
Sir Abdul Quaiyum.
Mr Wood.
Mr. Paul.
Mr. Joshi.
Dr. Ambedkar.

## Sub-Committee No. III (Minorities).

Report presented at Meetings of the Committee of the whole Conference, held on 16th and 19th January, 1931.

*(With an amendment passed by the Committee of the whole Conference on 19th January, 1931.)*

1. The sub-Committee was set up to consider the claims of minorities, other than those incidental to the subjects referred to other Committees, and was composed of the following members:—

Prime Minister *(Chairman)*.
Sir W. A. Jowitt
Lord Peel
Major Stanley.
Lord Reading.
Mr. Foot.
H. H. The Aga Khan.
Maulana Muhammad Ali.
Dr. Ambedkar.
Sir Shah Nawaz Bhutto (after the death of Maulana Muhammad Ali).
Sir Hubert Carr.
Mr. Chintamani.
Nawab of Chhitari.
Mr. Fazl-ul-Huq.
Mr. Ghuznavi.
Lieut.-Col. Gidney.
K.B. Hafiz Hidayat Husain.
Mr. Joshi.
Sir P. C. Mitter.
Dr. Moonje.
Raja Narendra Nath.
Rao Bahadur Pannir Selvam.
Sir A. P. Patro.
Mr. Paul.
Mr. Ramachandra Rao.
Mr. Shiva Rao.
Sir Sultan Ahmed.
Sir M. Shafi.
Sardar Sampuran Singh.
Mr. Sastri.
Sir C. Setalvad.
Sir Phiroze Sethna.
Dr. Shafa'at Ahmad Khan.
Begum Shah Nawaz.
Rao Bahadur Srinivasan.
Mrs. Subbarayan.
Sardar Ujjal Singh.
Mr. Zafrullah Khan.
Cat ain Raja Sher Muhammad Khan and Nawab Sir Abdul Quaiyum (after the departure of Sir Sultan Ahmed and the Nawab of Chhitari).

2. The sub-Committee felt that the first task to which it should address itself was to have an authoritative statement of claims put in by the representatives of each community with proposals as to how their interests should be safeguarded. Opinion was unanimous that, in order to secure the co-operation of all communities, which is essential to the successful working of responsible government in India, it was necessary that the new constitution should contain provisions designed to assure communities that their interests would not be prejudiced; and that it was particularly desirable that some agreement should be come to between the major communities in order to facilitate the consideration of the whole question. Although this was very nearly accomplished, it has not yet succeeded, but the negotiations are to be continued both here and in India.

3. One of the chief proposals brought before the sub-Committee was the inclusion in the constitution of a declaration of fundamental rights safeguarding the cultural and religious life of the various communities and securing to every individual, without discrimination as to race, caste, creed or sex, the free exercise of economic, social and civil rights. (Mr. Joshi objected to the omission of reference to the economic rights of the various communities. Dr. Ambedkar called

attention to the necessity of including in the constitution sanctions for the enforcement of the fundamental rights, including a right of redress when they are violated.)

4. The possibility was expressed that under certain conditions the election of the Legislatures might be from a general register, but no agreement was come to regarding these conditions.

Whilst it was generally admitted that a system of joint free electorates was in the abstract the most consistent with democratic principles as generally understood, and would be acceptable to the Depressed Classes after a short transitional period provided the franchise was based on adult suffrage, the opinion was expressed that, in view of the distribution of the communities in India and of their unequal economic, social and political effectiveness, there was a real danger that under such a system the representation secured by minorities would be totally inadequate, and that this system would therefore give no communal security.

5. Claims were therefore advanced by various communities that arrangements should be made for communal representation and for fixed proportions of seats. It was also urged that the number of seats reserved for a minority community should in no case be less than its proportion in the population. The methods by which this could be secured were mainly three: (1) nomination, (2) joint electorates with reservation of seats, and (3) separate electorates.

6. Nomination was unanimously deprecated.

7. Joint electorates were proposed, with the proviso that a proportion of seats should be reserved to the communities. Thus a more democratic form would be given to the elections, whilst the purpose of the separate electorate system would be secured. Doubts were expressed that, whilst such a system of election might secure the representation of minorities, it provided no guarantee that the representation would be genuine, but that it might, in its working, mean the nomination or, in any event, the election of minority representatives by the majority communities.

It was pointed out that this was in fact only a form of community representation and had in practice all the objections to the more direct form of community electorates.

8. The discussion made it evident that the demand which remained as the only one which would be generally acceptable was separate electorates. The general objection to this scheme has been subject to much previous discussion in India. It involves what is a very difficult problem for solution, viz., what should be the amount of communal representation in the various Provinces and in the Centre; that, if the whole, or practically the whole, of the seats in a Legislature are to be assigned to communities, there will be no room for the growth of independent political opinion or of true political parties, and this problem received a serious complication by the demand of the representative of the Depressed Classes that they should be deducted from the Hindu

population and be regarded, for electoral purposes, as a separate community.

9. It was suggested that, in order to meet the most obvious objection to the earmarking of seats to communities, only a proportion should be so assigned—say 80 per cent. or 90 per cent.—and that the rest should be filled by open election. This, however, was not regarded by some of the communities as giving them the guarantees they required.

10. The scheme proposed by Maulana Muhammad Ali, a member of the sub-Committee, whose death we deplore, that, as far as possible, no communal candidate should be elected unless he secured at least 40 per cent. of the votes of his own community and at least 5 or 10 per cent., according to arrangement, of the votes of the other community, was also considered. It was, however, pointed out that such a scheme necessarily involved the maintenance of communal registers, and so was open to objections similar to those urged against separate electorates.

11. No claim for separate electorates or for the reservation of seats in joint electorates was made on behalf of women who should continue to be eligible for election on the same footing as men. But, in order to familiarise the public mind with the idea of women taking an active part in political life and to secure their interim representation on the Legislature, it was urged that 5 per cent. of the seats in the first three Councils should be reserved for women and it was suggested that they should be filled by co-option by the elected members voting by proportional representation.

12. There was general agreement with the recommendation of sub-Committee No. II (Provincial Constitution) that the representation on the Provincial Executives of important minority communities was a matter of the greatest practical importance for the successful working of the new constitution, and it was also agreed that, on the same grounds, Muhammadans should be represented on the Federal Executive. On behalf of the smaller minorities a claim was put forward for their representation, either individually or collectively, on the Provincial and Federal Executives, or that, if this should be found impossible, in each Cabinet there should be a Minister specially charged with the duty of protecting minority interests.

(Dr. Ambedkar and Sardar Ujjal Singh would add the words "and other important minorities" after the word Muhammadans in line 6.)

The difficulty of working jointly responsible Executives under such a scheme as this was pointed out.

13. As regards the administration, it was agreed that recruitment to both Provincial and Central Services should be entrusted to Public Service Commissions, with instructions to reconcile the claims of the various communities to fair and adequate representation in the Public Services, whilst providing for the maintenance of a proper standard of efficiency.

*14. On behalf of the British commercial community it was urged

that a commercial treaty should be concluded between Great Britain and India, guaranteeing to the British mercantile community trading rights in India equal to those enjoyed by Indian-born subjects of His Majesty on the basis of reciprocal rights to be guaranteed to Indians in the United Kingdom. It was agreed that the existing rights of the European community in India in regard to criminal trials should bemaintained.

*The Committee of the whole Conference at their meeting on 19th January, 1931, substituted the following for paragraph 14:—

"At the instance of the British commercial community the principle was generally agreed that there should be no discrimination between the rights of the British mercantile community, firms and companies, trading in India and the rights of Indian-born subjects, and that an appropriate convention based on reciprocity should be entered into for the purpose of regulating these rights.

It was agreed that the existing rights of the European community in India in regard to criminal trials should be maintained."

15. The discussion in the sub-Committee has enabled the Delegates to face the difficulties involved in the schemes put up, and though no general agreement has been reached, its necessity has become more apparent than ever.

16. It has also been made clear that the British Government cannot, with any chance of agreement, impose upon the communities an electoral principle which, in some feature or other, would be met by their opposition. It was therefore plain that, failing an agreement, separate electorates with all their drawbacks and difficulties, would have to be retained as the basis of the electoral arrangements under the new constitution. From this the question of proportions would arise. Under these circumstances, the claims of the Depressed Classes will have to be considered adequately.

17. The sub-Committee, therefore, recommend that the Conference should register an opinion that it was desirable that an agreement upon the claims made to it should be reached, and that the negotiations should be continued between the representatives concerned, with a request that the result of their efforts should be reported to those engaged in the next stage of these negotiations.

18. The Minorities and Depressed Classes were definite in their assertion that they could not consent to any self-governing constitution for India unless their demands were met in a reasonable manner.

Signed on behalf of the sub-Committee,
J. Ramsay Macdonald.

St. James's Palace, London.
16th January, 1931.

### Sub-Committee No. IV. (Burma.)

(*Dieser Unterausschuß war von der Vollversammlung der Konferenz beauftragt worden, zu untersuchen, unter welchen Bedingungen Burma von Britisch-Indien getrennt werden könnte, und seine Empfehlungen darüber mitzuteilen. Aus seinem — hier aus Raumgründen nicht wiedergegebenen — Bericht ist hervorzuheben, daß er sich im Prinzip für eine*

*solche Trennung ausgesprochen hat — unter der Voraussetzung, daß dabei die berechtigten Interessen der Inder und der anderen Minderheiten geschützt würden und daß eine finanzielle Auseinandersetzung* [10]) *zwischen den bisher vereinigten Teilen herbeigeführt werde.*)

**Sub-Committee No. V. (North West Frontier Province.)**

Report presented at the Meeting of the Committee of the whole Conference, held on 16th January, 1931. **(Auszug.)**

1. Sub-Committee No. V submits the following report subject to adjustment to the complete constitution.

2. The terms of reference to the sub-Committee were to consider "what modifications, if any, are to be made in the general provincial constitution to suit the special circumstances of the North West Frontier Province."

3. The sub-Committee comprised the following members:— (*folgen die Namen; desgl. die Daten der Sitzungstage*).

4. *The Need for Reform.*—The sub-Committee is unanimous in attaching urgent importance to the need for reform in the North West Frontier Province. It recommends that the five administered districts should cease to be as they are at present a centrally administered territory under the direct control of the Government of India, and that they should be given the status of a Governor's province, subject to such adjustment of detail as local circumstances require, and the extent of the All-India interests in the province necessitate.

5. *The Classification of Provincial Subjects.*—The sub-Committee recommends that, as in other Governors' provinces, there should be a classification of provincial subjects entrusted to the charge of the provincial government. The precise discrimination of subjects between the Centre and the North West Frontier Province will require careful investigation, if necessary, by a specially constituted committee following broadly the lines of the classification in other provinces. Subject to the findings of such a committee the sub-Committee contemplates that the charge of the ordinary civil police in the five administered districts excluding the frontier constabulary will pass to the provincial government of these districts, but in view in particular of the close relation of the province with matters of defence and foreign policy the sub-Committee considers it essential that all matters of All-India importance and all matters connected with the control of the tribal tracts, for instance, the frontier constabulary, frontier remissions and allowances, and strategic roads should be excluded from the purview of the provincial government and classed as central subjects. The broad point is that in making the dividing line between central and provincial subjects, regard would be had to the need for classifying as central certain subjects of All-India importance peculiar to the present ad-

[10]) Vgl. darüber s. 93 der Botschaft der Indischen Regierung über die Vorschläge zur Verfassungsreform (v. 20. 9. 1930), Cmd. 3700 (1930).

ministration of the North West Frontier Province, which could not properly be entrusted to the provincial legislature.

6. *The Executive.*—The sub-Committee recommends that the Executive should consist of the Governor assisted by the advice of two ministers drawn from the non-official members of the legislature, at least one of whom shall be elected [11]).

The Governor should also function as Agent to the Governor-General for the control of the tribal tracts, and the administration of central subjects peculiar to the North West Frontier Province. With these subjects, since they will be not provincial but central subjects, the ministers will have no concern. The sub-Committee considers it essential owing to the close inter-relation between the trans-border tracts and the settled districts and in order that All-India interests may be adequately secured—that in addition to possessing all the powers vested in the Governor of a Governor's province, the Governor of the North West Frontier Province should be the effective head of the Provincial administration and should preside over the meetings of his own cabinet.

7. *The Legislature.*—(i) A unicameral legislative Council. The sub-Committee recommends that there should be set up for the five administered districts a single-chamber legislative Council with power to pass legislation and vote supply in regard to all subjects that may be classed as provincial. In addition the legislature should possess the usual powers of deliberation and of interpellation.

.....

(*folgen Bemerkungen über Größe und Zusammensetzung des Gesetzgebenden Rates und über das Wahlrecht zu diesem*).

(v) Minority representation. Subject to such recommendations as the Minorities sub-Committee may make, this sub-Committee considers that if Muslims are given weightage in provinces where they are in a minority, the Hindus and Sikhs in the North West Frontier Province should be given weightage in the legislature of that province. Their representation might be three times the figure to which they would be entitled on a population basis.

8. (*handelt über die vermutlich notwendig werdende finanzielle Dotierung der Provinz aus zentralen (oder bundesstaatlichen) Quellen*).

(Signed) Arthur Henderson,
*Chairman.*

St. James's Palace,
London.
1st January, 1931.

[11]) *Note I.*—Sir Samuel Hoare holds the view that in accordance with the recommendation of the Chief Commissioner of the North West Frontier Province, and the Despatch of the Government of India, one of the ministers should be an official.

*Note II.*—Sir B. N. Mitra suggested the words "acting on the advice of two ministers" in place of the words "assisted by the advice of two ministers" in the first sentence of the paragraph.

## Sub-Committee No VI (Franchise).

Report Presented at the Meeting of the Committee of the Whole Conference, held on 16th January, 1931.

1. The terms of reference to this sub-Committee were as follows:—

"On what main principles is the Franchise to be based for men and women."

The following Delegates were selected to serve on the sub-Committee:—

Sir W. A. Jowitt (*Chairman*).
Lord Zetland.
Major Stanley.
Sir. R. Hamilton.
Mr. Foot.
Dr. Ambedkar.
Mr. Basu.
Mr. Barooah.
Mr. Chintamani.
Mr. Fazl-ul-Huq.
Mr. Ghuznavi.
Lieut.-Colonel Gidney.
Sir Ghulam Hussain Hidayatullah.
Mr. Hafiz Hidayat Husain.
Mr. B. V. Jadhav.
Sir Ciowasji Jehangir.
Mr. Joshi.
Dr. Narendra Nath Law.
Sir P. C. Mitter.
Mr. Pannir Selvam.
Raja of Parlakimedi.
Mr. K. T. Paul.
Mr. Ramachandra Rao.
Mr. Shiva Rao.
Sardar Sampuran Singh.
Sardar Ujjal Singh.
Sir Chimanlal Setalvad.
Kunwar Bisheshwar Dayal Seth.
Sir Phiroze Sethna.
Dr. Shafa'at Ahmad Khan.
Mr. Zafrullah Khan.
Begum Shah Nawaz.
Mrs. Subbarayan.
Mr. Srinivasan.
Mr. S. B. Tambe.
Sir Hubert Carr.

2. The sub-Committee met on the 19th, 22nd, and 30th of December, 1930, and on the 1st of January, 1931, and have authorised me to present this Report.

3. In our discussion of the franchise principles we have found that they were closely connected with questions which more properly concern the composition of the legislature, the nature of the constituencies, and the qualifications for candidates for election. These points have not been considered in the sub-Committee as they fall outside its terms of reference but we are of opinion that they should be further examined since the efficacy of any franchise system depends as much on these points as on the qualifications for the franchise.

4. *Extension of the franchise.*—While it was generally held that adult suffrage was the goal which should ultimately be attained, it was agreed that the basis of the franchise could forthwith be broadened and that a large increase was desirable.

Some difference of opinion existed as to the extent to which this was practicable in present circumstances, and it was realised that the sub-Committee had not the necessary material to determine the precise limits of the advance. The Statutory Commission suggested such an increase in the number of electors as would bring that number up to 10 per cent. of the total population. Some of our members thought that an increase to 25 per cent. of the total population was immediately practicable.

We recommend that an expert Franchise Commission should be appointed with instructions to provide for the immediate increase of the electorate so as to enfranchise not less than 10 per cent. of the total population and indeed a larger number—but not more than 25 per cent. of the total population—if that should, on a full investigation, be found practicable and desirable.

We recommend that, in addition to providing for this increase, the Commission should consider the introduction of a scheme by which all adults not entitled to a direct vote would be grouped together in primary groups of about 20 or in some other suitable manner, for the election of one representative member from each group, who would be entitled to vote in the Provincial elections either in the same constituencies as the directly qualified voters or in separate constituencies to be formed for them.

[Mr. Joshi, Mr. Shiva Rao, Dr. Ambedkar, Mr. Srinivasan, Mr. K. T. Paul, and Mr. Jadhav regard these proposals as quite inadequate and consider that the immediate introduction of adult suffrage is both practicable and desirable.

Sir Cowasji Jehangir and Sir P. C. Mitter dissent from these proposals and consider that the basis of the franchise should be broadened, if at all, by another system.]

5. *Uniformity of qualifications for the franchise.*—We recommend that in any given area the franchise qualifications should be the same for all communities; but we desire that the Franchise Commission in making their proposals should bear in mind that the ideal system would as nearly as possible give each community a voting strength proportional to its numbers and that the Commission should so contrive their franchise system as to secure this result in so far as it may be practicable.

[Sardar Ujjal Singh, Sardar Sampuran Singh, Sir Cowasji Jehangir, and Lieut.-Colonel Gidney dissent from the latter part of this conclusion.]

6. *Property qualification.*—We consider that there should be a property qualification for the franchise and that in this connection the word "property" should be understood in its widest sense as including not only the ownership of landed property but also the occupation of landed or house property or the receipt of income or wages whether in cash or kind.

7. *Educational qualification.*—We are of opinion that the Franchise Commission should consider the possibility of framing a suitable educational qualification as an additional qualification for the franchise, bearing in mind the ideal enunciated at the end of paragraph 5.

8. *Military service qualification.*—We are agreed that the existing Military Service qualification should be retained and we recommend that the Franchise Commission should consider the extension of this qualification so as to include service in the Auxiliary and Territorial Forces.

9. *Special franchise qualification for women.*—We observe that

under the existing franchise the number of women voters is infinitesimal as compared with that of men. No system of franchise can be considered as satisfactory, or as likely to lead to good government where such a great disparity exists between the voting strength of the two sexes. We do not anticipate that the recommendations we have already made will reduce this disparity, nor do we think that they provide sufficiently for the enfranchisement of women. We therefore agree that special qualifications should be prescribed for women but we feel that there is not sufficient material before us to justify an attempt to formulate these special qualifications. We therefore recommend that the Franchise Commission should devote special attention to this question in the light of all the evidence available including the recommendations of the Statutory Commission and the suggestion made in this sub-Committee that the age limit mentioned in the proposals of the Statutory Commission should be lowered from 25 to 21.

[Mr. Joshi, Mr. Shiva Rao, Dr. Ambedkar, and Mr. Srinivasan dissent from the proposals in paragraphs 7, 8, and 9.]

10. *The franchise for special constituencies.*—We are of opinion that the franchise qualifications for special constituencies depend essentially on the nature of those constituencies. We are not empowered to consider the latter point nor are we in possession of information as to what special constituencies are contemplated. These questions require examination by a competent body. So far as the franchise aspect has been discussed in this sub-Committee a division of opinion has shown itself as to the desirability of permitting a voter qualified in both a general and a special constituency to vote in both.

11. *Urban and rural enfranchisement.*—We are of opinion that the Franchise Commission should endeavour so to adjust the franchise qualifications as to remove in those areas where it may exist any marked disparity in the operation of the franchise qualifications in urban as compared with rural areas.

12. *The residential requirement.*—We are of opinion that the residential qualification for the vote required by the electoral rules of certain Provinces should be abolished.

13. *The future electorate.*—We consider it inadvisable to lay down any programme of automatic extensions of the franchise. We prefer that it should be left to each Provincial Legislature to extend its franchise at its discretion after the lapse of 10 years from the date of the introduction of the new Constitutions.

[Mr. Joshi, Mr. Shiva Rao, Dr. Ambedkar, and Mr. Srinivasan consider that a programme of automatic extension of the franchise should be laid down.]

14. *Franchise for the Central or Federal Legislature.*—The form of the Central or Federal Legislature has not yet been decided and in these circumstances we do not find it possible to make any suggestions regarding a suitable franchise system.

[Mr. Fazl-ul-Huq and Mr. Ghuznavi desire it to be recorded that their assent to this report is contingent on the retention of separate electorates.]

(Sd.) W. A. Jowitt,
*Chairman.*

St. James's Palace, London.
1st January, 1931.

**Sub-Committee No. VII (Defence).**

Report Presented at the Meeting of the Committee of the Whole Conference held on 16th January, 1931.

1. The terms of reference of this sub-Committee were as follows:—

"To consider questions of political principle relating to defence, other than strictly constitutional aspects to be considered under heads 6 (Powers of the Executive) and 12 (Relations with the Crown)."

The following Delegates were selected to serve on the sub-Committee:—

Mr. J. H. Thomas (*Chairman*).
Lord Peel.
Sir S. Hoare.
Lord Reading.
Lord Lothian.
H. H. The Maharaja of Alwar.
H. H. The Nawab of Bhopal.
H. H. The Maharaja of Bikaner.
H. H. The Maharaja of Kashmir.
H. H. The Maharaja of Patiala.
Sir Akbar Hydari.
Sir Mirza Ismail.
Colonel Haksar.
The Rt. Hon. Srinivasa Sastri.
Sir Tej Bahadur Sapru.
Diwan Bahadur M. Ramachandra Rao.
Diwan Bahadur Ramaswami Mudaliyar.
Sir Phiroze Sethna.
Mr. M. R. Jayakar.
Dr. B. S. Moonje.
Mr. Jadhav.
Sir B. N. Mitra.
Sardar Sahib Ujjal Singh.
Lieut.-Col. Gidney.
Sir Hubert Carr.
Sir Muhammad Shafi.
Mr. M. A. Jinnah.
Dr. Shafa'at Ahmad Khan.
Nawab Sir Abdul Qaiyum.
Raja Sher Muhammad Khan.

2. The sub-Committee met on the 7th, 9th, 12th, and 14th January, 1931, and have authorised me to present this report.

3. The discussion in the sub-Committee centred mainly round the question of Indianisation, and every aspect of this question received thorough attention. It was unanimously agreed that in a matter of such importance as Defence, the utmost care was necessary in expressing opinions, and the sub-Committee as a whole was very anxious not to create the impression that anyone in any way or to any degree wanted to say anything that could even remotely tend to imperil the safety of the country or to weaken the strength of the Army. It was in view of this general feeling that all sections of the sub-Committee emphasized the importance of maintaining the same standard of efficiency in training as prevails now in England. The sub-Committee also recognised that in dealing with the question of Defence it was not possible to overlook that a factor that must govern all considerations

of the subject was the responsibility of the Crown through the Committee of Imperial Defence, which body was ultimately responsible for examining all these problems. It was realised that the responsibility of the Committee of Imperial Defence was not something that was special to India, but was common to the Empire as a whole.

Subject to the above matters of agreement, the general discussion regarding Indianisation was on the following lines. The majority of the sub-Committee considered it impossible for practical reasons to lay down any definite rate of Indianisation or anything of a precise character that might in any way embarrass those responsible for Defence and fetter the judgment or the discretion of the military authorities. Those that held this view felt that the principle of the Indianisation of officers of the Indian Army could not be looked upon as merely a question regarding the efficiency of a single officer or group of officers, or even of a single unit or group of units. It was a principle that to the majority appeared to affect the Army as a whole. It was in consequence the view of this large section of the sub-Committee that a highly technical question was involved on which the sub-Committee was not qualified to express an opinion. One section of the sub-Committee, however, was in favour of a strong affirmation to the effect that the complete Indianisation of the officers in the Indian Army should take place within a specified period, subject of course to the requirements of efficiency, and further subject to the provision of suitable candidates for recruitment as officers in India. Those members who were of this opinion held the view that this was not a technical question at all, but involved only practical considerations. The difference in these two views being fundamental, the sub-Committee decided to incorporate these in its report, and the Chairman further undertook that, when, in pursuance of the resolutions of this sub-Committee, expert committees were appointed, those expert committees would as a matter of course take into consideration the proceedings of previous Committees and in particular the proceedings of the Military Requirements Committee of 1921 and the Committee on the Indianisation of the Indian Army of 1922.

4. Subject to the above the sub-Committee arrived at the following definite resolutions:—

(1) The sub-Committee consider that with the development of the new political structure in India, the Defence of India must to an increasing extent be the concern of the Indian people, and not of the British Government alone.

(2) In order to give practical effect to this principle, they recommend—

(*a*) That immediate steps be taken to increase substantially the rate of Indianisation in the Indian Army to make it commensurate with the main object in view, having regard to all relevant considerations, such as the maintenance of the requisite standard of efficiency. (Mr. Jinnah dissented and desired a clear indication of the pace of Indianisation.)

(*b*) That in order to give effect to (*a*) a training college in India be established at the earliest possible moment, in order to train candidates for commissions in all arms of the Indian defence services. This college would also train prospective officers of the Indian State Forces. Indian cadets should, however, continue to be eligible for admission as at present to Sandhurst, Woolwich, and Cranwell.

(*c*) That in order to avoid delay the Government of India be instructed to set up a Committee of Experts, both British and Indian (including representatives of Indian States) to work out the details of the establishment of such a college.

(3) The Committee also recognise the great importance attached by Indian thought to the reduction of the number of British troops in India to the lowest possible figure and consider that the question should form the subject of early expert investigation.

5. A view was expressed that an addition should be made to these resolutions to the effect that the sub-Committee recognised that no action should be taken so as to prejudice in any way the power of the Crown to fulfil military obligations arising out of treaties with particular Indian States. It was ruled, however, and accepted by the sub-Committee that such a specific declaration was unnecessary; the Chairman giving an undertaking that neither this sub-Committee nor any other Committee could in any way abrogate treaty obligations and engagements that were in operation.

6. In agreeing to the foregoing recommendations the Committee were unanimous in their view that the declaration must not be taken as a mere pious expression of opinion, but that immediately the Conference was concluded, steps should be taken to deal effectively with the recommendations made.

7. The advisability of establishing a Military Council including representatives of the Indian States was agreed to.

Signed on behalf of the sub-Committee,

J. H. Thomas.

St. James's Palace,
London,
14th January, 1931.

**Sub-Committee No. VIII (Services).**

Report Presented at the Meeting of the Committee of the Whole Conference, held on 16th January, 1931.

The terms of reference to this sub-Committee were as follows:—"The Relation of the Services to the new political structure."

The following Delegates were selected to serve on the sub-Committee:—

Sir William Jowitt (*Chairman*).
Lord Zetland.
Major Stanley.
Lord Reading.
Sir Robert Hamilton.
H. H. The Maharaja of Alwar.
H. H. The Maharaja of Nawanagar.
Sir Prabhashankar Pattani.
Rao Bahadur Krishnama Chari.
Sahibzada Sultan Ahmed Khan.
Mr. Chintamani.
Sir P. C. Mitter.
Dr. Narendra Nath Law.
Mr. Basu.
Mr. Tambe.
Sir Chimanlal Setalvad.
Mr. Shiva Rao.
Mr. Mody.
Sir Cowasji Jehangir.
Sir A. P. Patro.
Rai Bahadur Kunwar Bisheshwar Dayal Seth.
Maharajadhiraja Kameshwar Singh of Darbhanga.
Raja of Parlakimedi.
Dr. Ambedkar.
Lieutenant-Colonel H. A. J. Gidney.
Mr. Paul.
Sardar Sampuran Singh.
Sir Shah Nawaz Bhutto.
Mr. Ghuznavi.
Khan Bahadur Hafiz Hidayat Husain.
Mr. Zafrullah Khan.
Dr. Shafa 'at Ahmad Khan.
Mr. Fazl-ul-Huq.
Sir Edgar Wood.

The sub-Committee met on the 6th, 7th, 8th, 9th, 12th, and 13th of January, 1931, and have authorised me to present this Report.

1.—*Existing members of the Services.*—Inasmuch as the Government of India Act and the rules made thereunder by the Secretary of State in Council guarantee certain rights and safeguards to menbers of the Services, due provision should be made in the new constitution for the maintenance of those rights and safeguards for all persons who have been appointed before the new constitution comes into force.

When the new constitution is drawn up suitable safeguards for the payment of pensions (including family pensions) and provident funds, should be provided.

As it is important that those responsible for the working of the new constitution should not at its initiation be embarrassed by the economic waste and administrative difficulties which a change of staff on a large scale would entail, it is desirable to take such steps as are necessary to reassure existing members of the Services with the view that they may serve with loyalty and efficiency for their normal term.

To this end the sub-Committee agreed that the right to retire on proportionate pension should be extended, but opinion was divided as to whether the extension should be for an unlimited term or for a definite period of years, not exceeding five years.

2. *Future recruitment for the All-India Services.*—We recommend that for the Indian Civil and Indian Police Services recruitment should continue to be carried out on an All-India basis, but the majority of the Committee are of opinion that recruitment for Judicial Offices should no longer be made in the Indian Civil Service. The Indian Forest Service and the Irrigation Branch of the Indian Service of Engineers should be provincialised.

(Four members would prefer that the Irrigation Branch should remain an All-India Service.

Mr. Shiva Rao and Mr. Tambe desire to record their view that all Services should be provincialised forthwith.

Dr. Ambedkar, Mr. Zafrullah Khan, and Sardar Sampuran Singh are averse to further recruitment on an All-India basis for the Indian Civil Service and the Indian Police Service, save in respect of the European element in those Services.)

3. *The recruiting and controlling authority for the future All-India Services.*—Since we are recommending that the Indian Forest Service and the Irrigation Branch of the Indian Service of Engineers should no longer be recruited on an All-India basis, we do not think it necessary to offer any special observations with regard to these two Services.

On the question whether we should record any recommendation as to the desirability of securing a continuance of the recruitment of a European element in the Indian Civil Service and the Indian Police Service there was some divergence of opinion.

The majority of the sub-Committee are of opinion that in the case of these two Services it is desirable that some recruitment of Europeans should continue. On the question of the ratio there is a difference of opinion, some holding that for the present recruitment should continue on the lines laid down by the Lee Commission, while others would prefer that the matter should be left for decision by the future Government of India.

Whatever decision may be reached as to ratio, the majority of the sub-Committee hold that the recruiting and controlling authority in the future should be the Government of India. They would leave to that authority the decision of all questions such as conditions of recruitment, service, emoluments and control. Those who take this view attach importance to complete control over the Services being vested in the Central and Provincial Governments. A minority of the sub-Committee think that the recruiting authority should be the Secretary of State, since they hold that without an ultimate right of appeal to him, and through him to the British Parliament, it will not be possible to secure recruits of the required type for the British element in the Services. Those who take this view consider that adequate control over the members of the Services can be secured to the Indian and Provincial Governments under the Devolution Rules.

There is one further observation we have to make under this head. In existing circumstances the Government of India can and does obtain officers from the Provinces to fill certain central appointments. Under the new regime we hope that it will be found possible to conclude arrangements between the Government of India and the Provincial Governments so as to secure the continuance of this practice which has obvious advantages.

4. *The Indian Medical Service.*—Subject to paragraph 1, the sub-Committee are of opinion that in future there should be no civil branch of the Indian Medical Service; and that no civil appointments either under the Government of India or the Provincial Governments should in future be listed as being reserved for Europeans as such.

The Civil Medical Services should be recruited through the Public

Service Commissions. In order to provide a war reserve, a clause should be inserted in the contracts of service of a sufficient number of officers that they shall undergo such military training and render such military service as they may be called upon to do. The extra cost involved should be borne as an Army charge.

Further, the Governments and Public Service Commissions in India should bear in mind the requirements of the Army and the British officials in India and take steps to recruit a fair and adequate number of European doctors to their respective Civil Medical Services, and should be prepared to pay such salaries as would bring about this result.

It is suggested that agreement might be reached between the Central Government and the Provincial Governments whereby the latter in selecting their European doctors might grant a preference to those members of the Indian Medical Service who have performed a period of service with the Army. We contemplate that such members would sever their connection with the Indian Medical Service during the term of their employment in the Provincial Medical Service—subject only to the acknowledgment of a claim by the Army authorities in time of emergency. The practical details of any such arrangement would have to be a matter of agreement between the Army authorities and each Provincial Government.

(Major Stanley wishes to make it clear that his acceptance of this section is contingent upon the possibility of securing satisfactory agreements under paragraph 4.

Lord Zetland and Sir Edgar Wood fear that under the scheme proposed neither the Provincial Governments nor the Indian Medical Service will secure European Medical Officers of the type required, and they would prefer that the present arrangement should continue until Indianisation both in the Indian Army and in the Civil Services has proceeded further.)

5. *Public Service Commissions.*—(1) In every Province and in connection with the Central Government a Statutory Public Service Commission shall be appointed by the Governor or Governor-General as the case may be.

(2) Recruitment to the Public Services shall be made through such Commissions in such a way as to secure a fair and adequate representation to the various communities consistently with considerations of efficiency and the possession of the necessary qualifications. This part of the duties of the Public Service Commissions shall be subject in the case of Provincial Commissions to periodical review by the Governor, and in the case of the Central Commission by the Governor-General, both of whom shall be empowered to issue any necessary instructions to secure the desired result.

(Raja Narendra Nath and Sardar Sampuran Singh desire to add a proviso that the proportion of appointments to be filled to redress communal, class and caste inequalities should not in any case exceed one-third of the total appointments to be filled, the remaining two-

thirds of the appointments being filled solely on considerations of merit.)

The Governor shall, before considering any appeal presented to him against any order of censure, of withholding an increment or promotion, of reduction to a lower post, of suspension, removal or dismissal, consult the Commission in regard to the order to be passed thereon.

(3) Members of the Public Service Commissions shall hold office during the pleasure of the Crown and be removable by the Governor, in the case of a Provincial Commission, and by the Governor-General in the case of the Central Commission. They shall; after ceasing to be members of a Commission, be ineligible for a period to be fixed by the Governor or Governor-General as the case may be for further office under the Crown in India, except that persons who have been members of a Provincial Public Service Commission shall be eligible for appointment as members of the Central Commission or of another Provincial Commission, and *vice versa*.

(4) The sub-Committee recognise the special position of the Anglo-Indian community in respect of public employment, and recommend that special consideration should be given to their claims for employment in the Services.

(5) There should be a statutory declaration that

(*a*) No person shall be under any disability for admission into any branch of the Public Services of the country merely by reason of community, caste, creed, or race.

(*b*) Membership of any community, caste, creed, or race shall not be a ground for promotion or supersession in any Public Services.

In making this recommendation the sub-Committee have particularly in mind the case of the Depressed Classes. They desire that a generous policy be adopted in the matter of the employment of the Depressed Classes in Public Service, and in particular recommend that the recruitment to all Services, including the Police, should be thrown open to them.

6. *Internal Administration of the Police.*—Subject to the recommendation which has already been made by the "Provincial Constitution" sub-Committee, that under the new constitution responsibility for law and order should be vested in the Provincial Governments, the question whether in consequence any special recommendation should be made as to the internal administration of the Police was left to this sub-Committee. We have given consideration to various suggestions made under this head. Some of the sub-Committee think it undesirable to make any recommendation which might be held to impinge upon the discretion of the future Provincial Governments. Others, who consider that the control over the Police Forces at present secured to the Inspectors-General by statute should be preserved, advise that the Police Act of 1861 should not be subject to repeal or alteration

by the Legislature without the prior consent of the Governor-General, and that the Police Acts of the Governments of Bombay, Bengal, and Madras should be included in the category of Acts which should not be repealed or altered by the Provincial Legislature without the previous sanction of the Governor-General.

7. *The Central Services.*—We recommend that the Government of India should be the authority for recruitment to the Services which are under the control of Ministers responsible to the Legislature. As regards the Services under the control of the Governor-General, we do not feel called upon to make any recommendation.

Signed on behalf of the sub-Committee.

W. A. Jowitt,
*Chairman.*

St. James's Palace,
London.
13th January, 1931.

**Sub-Committee No. IX (Sind).**

Report presented at the Meeting of the Committee of the whole Conference, held on 16th January, 1931 **(Auszug.)**

1. The members of the sub-Committee were:—
*(Folgen 19 Namen.)*

The terms of reference were to consider—

"the question of constituting Sind as a separate Province."

The sub-Committee sat on 12th, 13th and 14th January, and have authorised me to present this Report.

2. They consider that the racial and linguistic differences between the inhabitants of Sind and those of the Presidency of Bombay proper, the geographical isolation of Sind from Bombay, the difficulties of communication between the two, and the insistency with which separation has been advocated, provide an impressive case for the division of Sind from the Bombay Presidency and the creation of a separate Provincial Government there.

*3. 4. (Es folgen Bemerkungen, daß die verwaltungstechnischen Schwierigkeiten einer solchen Teilung nicht unüberwindlich erschienen, daß man sich jedoch über die durch eine solche auf finanziellem Gebiet eintretenden Konsequenzen — mangels ausreichender Unterlagen — kein Urteil habe bilden können.)*

Signed on behalf of the sub-Comittee,
Russell.

St. James's Palace,
London,
14th January, 1931.

**Resolution.**

Adopted by Conference unanimously at the final Plenary Session, held on 19th January, 1931.

The Conference sitting in Plenary Session has received and noted the Reports of the nine sub-Committees submitted by the Committee of the whole Conference with comments thereon.

These Reports, provisional though they are, together with the recorded notes attached to them, afford, in the opinion of the Conference, material of the highest value for use in the framing of a Constitution for India, embodying as they do a substantial measure of agreement on the main ground-plan, and many helpful indications of the points of detail to be further pursued. And the Conference feels that arrangements should be made to pursue without interruption the work upon which it has been engaged, including the provision in the Constitution of adequate safeguards for the Mussalmans, Depressed Classes, Sikhs, and all other important minorities.

**Speech Delivered by the Prime Minister.**

at the final Plenary Session of the Conference, held on 19th January, 1931, at St. James's Palace **(Auszug).** [12])

. . . . . .

The view of His Majesty's Government is that responsibility for the government of India should be placed upon Legislatures, Central and Provincial, with such provisions as may be necessary to guarantee, during a period of transition the observance of certain obligations and to meet other special circumstances, and also with such guarantees as are required by minorities to protect their political liberties and rights.

In such statutory safeguards as may be made for meeting the needs of the transitional period, it will be a primary concern of His Majesty's Government to see that the reserved powers are so framed and exercised as not to prejudice the advance of India through the new constitution to full responsibility for her own government.

His Majesty's Government, whilst making this declaration, is aware that some of the conditions which are essential to the working of such a constitution as is contemplated, have not been finally settled, but it believes that as the result of the work done here, they have been brought to a point which encourages the hope that further negotiations, after this declaration, will be successful.

His Majesty's Government has taken note of the fact that the deliberations of the Conference have proceeded on the basis, accepted by all parties, that the Central Government should be a Federation of all-India, embracing both the Indian States and British India in a bicameral legislature. The precise form and structure of the new Federal Government must be determined after further discussion with the Princes and representatives of British India. The range of subjects to be

[12]) Die Rede ist auch zu finden: Times vom 20. 1. 1931, S. 7.

committed to it will also require further discussion, because the Federal Government will have authority only in such matters concerning the States as will be ceded by their Rulers in agreements made by them on entering into Federation. The connection of the States with the Federation will remain subject to the basic principle that in regard to all matters not ceded by them to the Federation their relations will be with the Crown acting through the agency of the Viceroy.

With a Legislature constituted on a federal basis, His Majesty's Government will be prepared to recognise the principle of the responsibility of the Executive to the Legislature.

Under existing conditions the subjects of Defence and External Affairs will be reserved to the Governor-General, and arrangements will be made to place in his hands the powers necessary for the administration of those subjects. Moreover, as the Governor-General must, as last resort, be able in an emergency to maintain the tranquillity of the State, and must similarly be responsible for the observance of the constitutional rights of Minorities, he must be granted the necessary powers for these purposes.

As regards finance, the transfer of financial responsibility must necessarily be subject to such conditions as will ensure the fulfilment of the obligations incurred under the authority of the Secretary of State and the maintenance unimpaired of the financial stability and credit of India. The Report of the Federal Structure Committee indicates some ways of dealing with this subject including a Reserve Bank, the service of loans, and Exchange policy, which, in the view of His Majesty's Government, will have to be provided for somehow in the new constitution. It is of vital interest to all parties in India to accept these provisions, to maintain financial confidence. Subject to these provisions the Indian Government would have full financial responsibility for the methods of raising revenue and for the control of expenditure on non-reserved services.

This will mean that under existing conditions the Central Legislature and Executive will have some features of dualism which will have to be fitted into the constitutional structure.

The provision of reserved powers is necessary in the circumstances and some such reservation has indeed been incidental to the development of most free constitutions. But every care must be taken to prevent conditions arising which will necessitate their use. It is, for instance, undesirable that Ministers should trust to the special powers of the Governor-General as a means of avoiding responsibilities which are properly their own, thus defeating the development of responsible Government by bringing into use powers meant to lie in reserve and in the background. Let there be no mistake about that.

The Governors' Provinces will be constituted on a basis of full responsibility. Their Ministries will be taken from the Legislature and will be jointly responsible to it. The range of Provincial subjects will be so defined as to give them the greatest possible measure of self-

government. The authority of the Federal Government will be limited to provisions required to secure its administration of Federal subjects, and so discharge its responsibility for subjects defined in the constitution as of all-India concern.

There will be reserved to the Governor only that minimum of special powers which is required in order to secure, in exceptional circumstances, the preservation of tranquillity, and to guarantee the maintenance of rights provided by Statute for the Public Services and minorities.

Finally, His Majesty's Government considers that the institution in the Provinces of responsible government requires both that the Legislatures should be enlarged, and that they should be based on a more liberal franchise.

In framing the Constitution His Majesty's Government considers that it will be its duty to insert provisions guaranteeing to the various minorities, in addition to political representation, that differences of religion, race, sect or caste, shall not themselves constitute civic disabilities.

In the opinion of His Majesty's Government it is the duty of the communities to come to an agreement amongst themselves on the points raised by the Minorities sub-Committee but not settled there. During the continuing negotiations such an agreement ought to be reached and the Government will continue to render what good offices it can to help to secure that end, as it is anxious not only that no delay should take place in putting the new Constitution into operation, but that it should start with the goodwill and confidence of all the communities concerned.

The various sub-Committees which have been studying the more important principles of a Constitution which would meet Indian conditions have surveyed a considerable part of the structure in detail and the still unsettled points have been advanced a good way to an agreement. His Majesty's Government, however, in view of the character of the Conference and of the limited time at its disposal in London, has deemed it advisable to suspend its work at this point, so that Indian opinion may be consulted upon the work done, and expedients considered for overcoming the difficulties which have been raised. His Majesty's Government will consider, without delay, a plan by which our co-operation may be continued so that the results of our completed work may be seen in a new Indian Constitution. If, in the meantime, there is a response to the Viceroy's appeal to those engaged at present in civil disobedience, and others wish to co-operate on the general lines of this declaration, steps will be taken to enlist their services.

I must convey to you all on behalf of the Government its hearty appreciation of the services you have rendered not only to India but to this country, by coming here and engaging in these personal negotiations. Personal contact is the best way of removing those unfortunate differences and misunderstandings which too many people on

both sides have been engendering between us in recent years. A mutual understanding of intention and difficulty, gained under such conditions as have prevailed here, is by far the best way for discovering ways and means of settling differences and satisfying claims. His Majesty's Government will strive to secure such an amount of agreement as will enable the new Constitution to be passed through the British Parliament and to be put into operation with the active goodwill of the people of both countries.

. . . . . .

## Anhang.

## Verzeichnis der englischen Regierungsdrucksachen zur Reform der Indischen Verfassung von 1927 und ff.

### 1927.

East India (Constitutional Reforms). Indian Statutory Commission. Statement published on November 8, 1927, by the Governor-General of India. Cmd. 2986.

Government of India. (Statutory Commission) House of Lords Bill. To amend Section 84 A of the Government of India Act with respect to the time for the appointment of a Statutory Commission thereunder. Nr. 114. — Desgl. House of Commons Bill Nr. 204. Gesetz geworden als: Government of India (Statutory Commission) Act, 1927 (17 & 18 Geo. 5 Ch. 24).

### 1928.

East India (Constitutional Reforms). Indian Statutory Commission. Letter from the Chairman to the Governor-General of India. Cmd. 3029.

Indian Constitutional Reform. Views of Local Governments on the working of the Reforms, dated 1927. Non-Parliamentary Publication (Miscellaneous) 70.0230.00.00.

### 1929.

East India (Indian States). Report of the Indian States Committee, 1928—29. Cmd. 3302.

Indian Statutory Committee. Interim Report. (Review of growth of Education in British India by the Auxiliary Committee appointed by the Commission.) September, 1929. Cmd. 3407.

East India (Constitutional Reforms). Report of the Indian Central Committee, 1928—29. December, 1929. Cmd. 3451.

### 1930.

East India (Constitutional Reforms). Supplementary Note, dated October 15, 1929, by Dr. Abdullah Al-M'amun Suhrawardy, M. L. A. (Member of the Indian Central Committee), to the Report of the Indian Central Committee, 1928—29 (Cmd. [3451]). Cmd. 3525.

Indian Statutory Commission:

Report, Vol. I. Survey. May, 1930. Cmd. 3568.

Report, Vol. II. Recommendations. May, 1930. Cmd. 3569.

Report, Vol. III. Report of the Committees appointed by the Provincial Legislative Councils to co-operate with the Indian Statutory Commission. May, 1930. Cmd. 3572.

Memoranda submitted by Governments to the Indian Statutory Commission:

Volumes:

IV. Government of India and the India Office. (Part. I.) Non-Parliamentary Publication (Miscellaneous) 70.0240.04.00.

V. Government of India and the India Office. (Part. II.) Desgl. 70.0240.05.00.

VI. Government of Madras. Desgl. 70.0240.06.00.

VII. Government of Bombay. Desgl. 70.0240.07.00.

VIII. Government of Bengal. Desgl. 70.0240.08.00.

IX. Government of United Provinces. Desgl. 70.0240.09.00

X. Government of Punjab. Desgl. 70.0240.10.00.

XI. Government of Burma. Desgl. 70.0240.11.00.

XII. Government of Bihar and Orissa. Desgl. 70.0240.12.00.

XIII. Government of Central Provinces. Desgl. 70.0240.13.00.

XIV. Government of Assam. Desgl. 70.0240.14.00.

XV. Extracts from Official Oral Evidence. Desgl. 70.0240.15.00.

XVI. Selections from Memoranda and Oral Evidence by Non-Officials. Part I. Desgl. 70.0240.16.00.

XVII. Selections from Memoranda and Oral Evidence by Non-Officials. Part II. Desgl. 70.0240.17.00.

East India (Constitutional Reforms). Government of India's Despatch on Proposals for Constitutional Reform, dated September 20, 1930. Cmd. 3700.

East India (Constitutional Reforms). Despatches from Provincial Governments in India containing Proposals for Constitutional Reform. November, 1930. Cmd. 3712.

East India (Events Preliminary to the Round-Table Conference). Statement issued on September 5 by Sir Tej Bahadur Sapru and Mr. M. R. Jayakar, of the Course of their Conversations with the Congress Leaders, July-September 1930. Cmd. 3728.

1931.

Indian Round Table Conference, November 12, 1930—January 19, 1931. Sub-Committees' Reports, Conference Resolution and Prime Minister's Statement. Cmd. 3772. — Abgedr. oben S. 443 ff.

Indian Round Table Conference. Proceedings. Cmd. 3778.

Indian Round Table Conference, Proceedings of Sub-Committees, Part. I. (Sub-Committee No. 1. Federal Structure). 1931.

Indian Round Table Conference, Proceedings of Sub-Committees, Part. II. (Sub-Committees II—IX). 1931.

*Abgeschlossen Mai 1931.*

## 4) Südaustralien.

## Ausnahmegesetz vom 5. September 1930 [1])

**Public Safety Preservation Act. — 1930 (South Australia Acts, 21 Georgii V, Nr. 1951).**

An Act to make Provision for the Protection of the Community in Cases of Emergency.

(Assented to, September 5th, 1930.)

Be it Enacted by the Governor of the State of South Australia, with the advice and consent of the Parliament thereof, as follows:

Short title and operation.

1. This Act may be cited as the »Public Safety Preservation Act, 1930«, and shall remain in operation for a period of six months from the commencement thereof.

Power to proclaim state of emergency.

2. (1) Where at any time it appears to the Governor that any circumstances exist, or are likely to come into existence, whereby the public safety or order is, or is likely to be imperilled, the Governor may by proclamation (in this Act referred to as »proclamation of emergency«) declare that a state of emergency exists.

(2) Every such proclamation shall be in force for the period specified therein not exceeding one month but may be extended or revived by another proclamation of emergency issued before, at or after the end of that period.

(3) When a proclamation of emergency is in force the Governor may exercise all or any of the powers hereinafter conferred upon him by or under this Act.

(4) Any regulations made under this Act shall remain in force for the period therein specified not exceeding the period during which a proclamation of emergency is in force. Any regulations, however, which cease to be in force by reason of the expiration of a proclamation of emergency before another proclamation of emergency has been made, may be revived either in whole or in part by any subsequent proclamation of emergency.

Regulations as to public safety or order.

3. Pursuant to the powers conferred by this Art the Governor may make regulations for or with respect to —

(a) securing public safety or order:

---

[1]) Zum: »Recht des Ausnahmezustandes im Auslande« vgl. die gleichnamige Schrift, bearbeitet im Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht (Beiträge zum ausländischen öffentlichen Recht und Völkerrecht, Heft 9, 1928).

(b) without limiting the generality of the foregoing provision of this section conferring such powers, and imposing such duties as the Governor thinks fit upon any Minister or Ministers of the Crown and any officers or other persons for securing public safety or order:

(c) prohibiting or regulating the sale, supply, or disposal of alcoholic liquor and empowering a Minister of the Crown to suspend any licence under the Licensing Act, 1917, or to restrict or to subject to conditions the exercise of any right or privilege conferred by any such licence:

(d) empowering any Minister of the Crown to engage in, to the exclusion of all other persons, any industry trade or business for the provision of any goods or services:

(e) securing the essentials of life to the community or any substantial portion of the community:

(f) securing and regulating the supply and distribution of food, water, fuel and light and other necessities:

(g) maintaining the means of transit, transport, locomotion or other services:

(h) preventing interference with, or intimidation, molestation or annoyance of, any persons in or in relation to the lawful conduct of their affairs or the lawful performance of their duties and for preventing the exposure of any person to insult or disability in or in relation to his lawful behaviour or the lawful conduct of his affairs or the lawful performance of his duties:

(i) prescribing any provisions (including evidentiary provisions) incidental to any of the powers aforesaid or desirable for making the exercise of those powers effective.

Restriction on effect of regulations.

4. No regulation made under this Act shall authorise the Government or the South Australian Harbors Board or any agency of the Government to undertake the work of loading or unloading vessels at Port Adelaide or the Outer Harbor and no such regulation shall prevent any employer engaged in loading or unloading vessels at Port Adelaide or the Outer Harbor from employing any person entitled to be employed on such work under the provisions of the existing awards of the Commonwealth Court of Conciliation and Arbitration applying to such work. Nothing in this section shall prevent the Government or the Harbors Board from entering into contracts with any existing stevedoring companies for the purpose of loading or unloading ships.

Further provisions as to regulations.

5. Any regulations made under this Act —

(a) may be made so as to apply to or have operation throughout the whole or any part of South Australia:

(b) may, subject to this Act, be made so as to operate for any period or periods or for any time or times or for any occasion or occasions specified therein:

(c) may be of general operation or of specially limited operation according to time, place, circumstances, conditions, or restrictions.

Penalty for offence.

6. Any person who contravenes any provision of any regulation made under this Act shall be guilty of an offence punishable on summary conviction or on indictment, at the option of the prosecutor, and liable to a penalty not exceeding Two Hundred Pounds or to imprisonment for any term not exceeding six months or to both such fine and imprisonment.

Protection of persons acting under this Act and regulations

7. No action, claim or demand whatsoever shall lie or be made or allowed by or in favor of any person against the Crown or any Minister of the Crown or any officer or person acting in the execution or intended execution of this Act or any regulations made under this Act for or in respect of any damage, loss or injury sustained or alleged to have been sustained by reason of the passing of this Act or of anything done or purporting to be done thereunder save only in respect of reasonable compensation for any property used or taken by or on behalf of the Crown in pursuance of any powers conferred by or under this Act.

Financial provisions.

8. Any money required for the purposes of this Act or anything done under this Act shall be paid out of the General Revenue of the State by the Treasurer and this Act shall be sufficient warrant for his so doing.

In the name and on behalf of His Majesty, I hereby assent to this Bill.

G. J. R. MURRAY, Deputy Governor.

# 3. Chile

## Gesetzgebung

### Gesetz über die Bestrafung von Vergehen gegen die Sicherheit des Staates.

**Nr. 4935 24. Januar 1931 (Diario Oficial de la República de Chile, 1931, Nr. 15889 S. 577/8)**[1])

*Artikel 1.*

Als militärische Vergehen sind diejenigen Verbrechen und Vergehen anzusehen, auf die sich Buch II, Titel II des Strafgesetzbuches und dieses Gesetz beziehen und die durch Militärpersonen oder frühere Militärpersonen und Zivilisten gemeinsam begangen sind, auch dann, wenn bei den letzteren die Voraussetzungen des Artikels 259 des Gesetzes über die Militärgerichtsbarkeit nicht vorliegen; die militärischen Vergehen werden nach den Bestimmungen des Strafgesetzbuches bestraft, unbeschadet der Vorschrift des Artikels 261 des Gesetzes über die Militärgerichtsbarkeit.

[1]) Übersetzung des Instituts.

*Artikel 2.*

Das Gericht, das über die Verbrechen und Vergehen, auf die sich dieses Gesetz bezieht, zu entscheiden hat, hat die in Art. 129 und 130 des Strafgesetzbuches und Art. 262 des Gesetzes über die Militärgerichtsbarkeit behandelten Umstände bezüglich der Straffreiheit oder Herabsetzung der dort festgesetzten Strafen nach seinem Ermessen zu würdigen. Wenn das Gericht der Ansicht ist, daß die durch das Gesetz vorgesehene Straffreiheit nicht angemessen ist, so hat es gegen die Schuldigen eine Strafe zu verhängen, die bis zu dem für das vollendete Vergehen festgesetzten Strafmaß ausgedehnt werden kann.

*Artikel 3.*

Die in Art. 123 des Strafgesetzbuches vorgesehenen Strafen werden stets verhängt, auch in dem Falle, daß der Aufstand oder die Meuterei nicht vollendet worden ist; sie werden um eine Stufe herabgesetzt für diejenigen Schuldigen, die nicht zu den Rädelsführern gehören.

*Artikel 4.*

Die Verbrechen und Vergehen, auf die sich Buch II, Titel VIII des Strafgesetzbuches (mit Ausnahme der Abschnitte 2 und 4) bezieht, werden, wenn sie gegen die Person des Präsidenten der Republik gerichtet sind, abgesehen von den in Art. 263 des Gesetzes vorgesehenen besonderen Umständen, mit den in dem betreffenden Titel angegebenen Strafen belegt unter Erhöhung um einen Grad.

Die Vergehen, die gegen die Person des Präsidenten der Republik gerichtet sind, als ein Mittel zur Ausführung des Aufruhrs oder im Zusammenhang mit dem Aufruhr, werden mit Strafen belegt, die um drei, zwei oder einen Grad erhöht sind gegenüber denjenigen, die für die versuchten bzw. fehlgeschlagenen bzw. vollendeten Vergehen vorgesehen sind.

*Artikel 5.*

In den Strafverfahren, auf die sich das vorliegende Gesetz bezieht, wird die Vorentscheidung darüber, ob ein Minderjähriger mit oder ohne das erforderliche Unterscheidungsvermögen gehandelt hat, von dem Gericht, das das Untersuchungsverfahren führt, nach Anhörung der Generaldirektion des Vormundschaftsgerichts oder des von diesem bestimmten Beamten getroffen.

*Artikel 6.*

Die Verbrechen und Vergehen, auf die sich Art. 1 bezieht oder die in Buch III Titel IV und Titel V Abschnitt 1 des Gesetzes über die Militärgerichtsbarkeit behandelt sind, werden auch in Friedenszeiten durch die in Buch I Titel III des erwähnten Gesetzes vorgesehenen Gerichte abgeurteilt.

Die Durchführung der entsprechenden Verfahren unterliegt den Bestimmungen von Buch II, Titel IV des erwähnten Gesetzes mit folgenden Abweichungen:

a) Der dem Range nach höchste Kriegsrat (Consejo de Guerra) bildet das Gericht 1. Instanz; er wird vervollständigt durch den rechtskundigen Richter des Bezirks oder, soweit es deren zwei oder mehr gibt, durch den ältesten der Richter, die die Strafgerichtsbarkeit ausüben.

b) Gegen das Urteil des Kriegsrats kann, je nach der Sachlage, Berufung bei dem Militär- oder Marine-Kriegsgerichtshof eingelegt werden; das Rechtsmittel muß unmittelbar bei der Verkündung eingelegt werden; derjenige, der das Urteil verkündet, hat den Angeklagten ausdrücklich um eine Erklärung darüber zu ersuchen, ob er Berufung einlegen will oder nicht, und darüber einen Vermerk in die Akten aufzunehmen. Ein anderes Rechtsmittel gegen das Urteil gibt es nicht, unbeschadet der Revision.

c) Gegen die übrigen Entscheidungen des Staatsanwalts, des Oberbefehlshabers oder des Kriegsrats gibt es keinerlei Rechtsmittel.

d) Auf Grund der bloßen Tatsache der Zulassung der Berufung sind die Parteien gehalten, persönlich oder durch einen Vertreter vor dem Berufungsgericht zu erscheinen, das den Fall ohne weiteres Verfahren 48 Stunden nach Eingang der Akten im Sekretariat zu behandeln hat.

e) Die mündliche Verhandlung und das Urteil des betreffenden Kriegsgerichtshofs richten sich nach den Bestimmungen, die für das Verfahren vor diesen Gerichten durch das Gesetz über die Militärgerichtsbarkeit bestimmt sind; das Gericht kann jedoch den Umfang der Schriftsätze nach billigem Ermessen beschränken; das Urteil ist binnen 48 Stunden zu verkünden, gerechnet von dem Eintritt der Urteilsreife.

f) Nach Verkündung des Urteils durch den betreffenden Kriegsgerichtshof ist die Sache unverzüglich an diejenige Behörde zu überweisen, die zur Anordnung des Vollzugs berufen ist, unbeschadet der Bestimmung des Artikels 151 des Gesetzes über die Militärgerichtsbarkeit bezüglich des in Art. 566 der Strafprozeßordnung vorgesehenen Falles.

*Artikel 7.*

Die Aufgaben, die bei diesen Gerichten im Kriegsfalle dem höchstkommandierenden General oder dem Geschwaderchef zufallen, werden gegebenenfalls durch den Generalinspekteur des Heeres oder den Generalinspekteur der Flotte ausgeübt.

*Artikel 8.*

Für den Anwendungsbereich dieses Gesetzes werden die Angehörigen der nationalen Luftwaffe als Militärpersonen behandelt.

*Artikel 9.*

Für den Fall, auf den sich Art. 83 des Gesetzes über die Militärgerichtsbarkeit bezieht und im Rahmen der im Abs. 2 des Artikels 73 der Strafprozeßordnung getroffenen Bestimmung gilt der Kriegsgerichtsrat, der den Vorsitz führt, als das älteste Mitglied des Gerichts.

*Artikel 10.*

Über die in Buch II Titel II des Strafgesetzbuches behandelten Vergehen sowie über diejenigen, auf die sich das vorliegende Gesetz bezieht, hat, soweit die Vergehen ausschließlich durch Zivilpersonen ohne militärische Mitwirkung begangen sind, in erster Instanz ein Mitglied des betreffenden Appellationsgerichtshofs, in zweiter Instanz das Plenum dieses Gerichts unter Ausschluß jenes Mitgliedes zu entscheiden

Die Durchführung des Verfahrens richtet sich nach den Bestimmungen des Artikels 6.

*Artikel 11.*

Dieses Gesetz tritt mit dem Zeitpunkt seiner Veröffentlichung im Gesetzblatt in Kraft.

Santiago, den 24. Januar 1931.

Carlos Ibanez C.
Humberto Arce. — Carlos O. Frödden
P. Charpin. — E. von Schroeders.

# 4. China

## Gesetzgebung

### 1) Staatsangehörigkeitsgesetz

**5. Februar 1929, (18. Jahr der Republik)**

**(Uebersetzung des chinesischen Textes aus der Sammlung der geltenden Gesetze und Verordnungen, herausgegeben vom Gesetzgebungsyuan, 1930, Bd. I S. 737 ff.)** [1])

Kapitel I. Originäre Staatsangehörigkeit.

§ 1. Folgende Personen sind im Besitz der chinesischen Staatsangehörigkeit:

1. Personen, bei deren Geburt der Vater chinesischer Staatsbürger war;

2. Personen, bei deren Geburt der Vater verstorben und zur Zeit seines Todes chinesischer Staatsbürger war;

3. Personen, deren Vater unbekannt oder staatenlos ist und deren Mutter chinesische Staatsangehörige ist;

4. Personen, die in China geboren sind und deren Eltern unbekannt sind oder keine Staatsangehörigkeit besitzen.

Kapitel II. Erwerb der Staatsangehörigkeit.

§ 2. Ausländer, die eine der folgenden Bedingungen erfüllt haben, können die Staatsangehörigkeit der chinesischen Republik erwerben:

[1]) Übersetzung des Instituts.

1. Die Ehefrau eines chinesischen Staatsbürgers, außer wenn sie ihre ursprüngliche Staatsangehörigkeit nach dem Gesetz ihres Heimatlandes noch beibehält;

2. Jede Person, deren Vater chinesischer Staatsbürger ist und die von ihm als sein Kind anerkannt wird;

3. Jede Person, deren Vater unbekannt ist oder deren Vater sie zwar nicht als sein Kind anerkennt, aber deren Mutter chinesiche Staatsbürgerin ist und sie als ihr Kind anerkannt hat;

4. Der Adoptivsohn eines chinesischen Staatsbürgers;

5. Naturalisierte Personen.

§ 3. Ausländer oder solche Personen, die keine Staatsangehörigkeit besitzen, können mit Erlaubnis des Ministeriums des Innern als chinesische Staatsbürger naturalisiert werden.

Das Ministerium des Innern darf nicht gestatten, daß Personen als chinesische Staatsbürger naturalisiert werden, es sei denn, daß sie folgende Bedingungen erfüllt haben:

1. daß sie länger als fünf Jahre ohne Unterbrechung ihren Wohnsitz in China gehabt haben;

2. daß sie über zwanzig Jahre alt sind und rechtsfähig sind, sowohl nach dem chinesischen Gesetz als auch nach dem Gesetz des Heimatlandes;

3. daß sie moralisch einwandfrei sind;

4. daß sie genügendes Vermögen haben oder die Tüchtigkeit und Fähigkeit besitzen, sich selbst zu ernähren.

Bei denjenigen, die zur Zeit ihrer Naturalisation keine Staatsangehörigkeit besitzen, genügt die Erfüllung der zweiten obigen Bedingung nach dem Gesetz der chinesischen Republik allein.

§ 4. Die nachfolgend aufgezählten Ausländer, die ihren Wohnsitz in China haben, dürfen als chinesische Staatsbürger naturalisiert werden, selbst wenn der Wohnsitz nicht ununterbrochen mehr als fünf Jahre gedauert hat:

1. Solche, deren Vater oder Mutter die chinesische Staatsangehörigkeit besitzt;

2. Solche, deren Ehefrau chinesische Staatsbürgerin ist;

3. Solche, die in China geboren sind;

4. Solche, die sich mehr als zehn Jahre lang ohne Unterbrechung in China aufgehalten haben.

Ausländer, die die oben bezeichnete erste, zweite oder dritte Bedingung erfüllt haben, können noch nicht als chinesische Staatsbürger naturalisiert werden, es sei denn, daß sie sich länger als drei Jahre in China aufgehalten haben; ausgenommen sind solche Personen, die die dritte oben erwähnte Bedingung erfüllt haben und deren Vater oder Mutter in China geboren wurde.

§ 5. Ausländer, die ihren Wohnsitz in China haben und deren Vater und Mutter chinesische Staatsbürger sind, können als chinesische Staatsbürger naturalisiert werden, selbst wenn sie die oben unter § 3, Absatz 2 No. 1, 2 und 4 erwähnten Bedingungen nicht erfüllt haben.

§ 6. Ausländer, die dem chinesischen Staat außergewöhnliche Dienste geleistet haben, können als Staatsbürger naturalisiert werden, selbst wenn sie die Bedingungen unter § 3 Abs. 2 oben nicht erfüllt haben.

Das Ministerium des Innern darf nur mit Zustimmung der nationalen Regierung solchen Ausländern gestatten, sich als chinesische Staatsbürger naturalisieren zu lassen.

§ 7. Alle Naturalisationen müssen im nationalen Regierungsblatt veröffentlicht werden und werden mit dem Tage der Veröffentlichung wirksam.

§ 8. Die Ehefrau eines naturalisierten Ausländers und seine nach dem Gesetz seines Heimatlandes noch minderjährigen Kinder erwerben kraft seiner Naturalisation die Staatsangehörigkeit der chinesischen Republik, außer wenn das Gesetz des Heimatlandes der Ehefrau und der Kinder dieser Bestimmung entgegensteht.

§ 9. Personen, die ihre Staatsangehörigkeit nach § 2 erwerben, und solche Ehefrauen und Kinder, die ihre Staatsangehörigkeit auf Grund der Naturalisation des Mannes erwerben, können folgende öffentliche Ämter nicht bekleiden:

1. Mitglied der Nationalen Regierung, Präsident eines der Yuan, Minister, oder Präsident eines Ausschusses;
2. Mitglied des legislativen Yuan oder des Kontroll-Yuan;
3. Botschafter oder Gesandter an einen ausländischen Staat;
4. Offizier des Heeres, der Marine oder der Luftstreitkräfte;
5. Mitglied der Provinzial-Regierung oder der Regierung besonderer Bezirke;
6. Bürgermeister einer besonderen Stadt;
7. Beamter jeder Lokalverwaltung.

Im Falle einer naturalisierten Person, die die Staatsangehörigkeit nach der Bestimmung des § 6 erworben hat, kann das Ministerium des Innern die nationale Regierung ersuchen, die obigen Disqualifikationen zu beseitigen, falls die Person länger als fünf Jahre naturalisiert ist; für andere, die auf andere Art ihre Staatsangehörigkeit erworben haben, kann das Ministerium des Innern ebenso verfahren, wenn diese Personen länger als zehn Jahre naturalisiert sind.

## Kapitel III. Verlust der chinesischen Staatsangehörigkeit.

§ 10. Personen, die unter die folgenden Kategorien fallen, verlieren ihre chinesische Staatsangehörigkeit:

1. Wer Ehefrau eines Ausländers wird und freiwillig bittet, ihre Staatsangehörigkeit aufgeben zu dürfen, mit Erlaubnis des Ministeriums des Innern;
2. Jede Person, deren Vater Ausländer ist und sie als sein Kind anerkannt hat;
3. Jede Person, deren Vater unbekannt ist oder sie nicht als sein Kind anerkannt hat und deren Mutter Ausländerin ist und sie als ihr Kind anerkannt hat. Die Anwendung der oben erwähnten zweiten und

dritten Bestimmungen beschränkt sich auf Kinder, die nach dem chinesischen Gesetz noch minderjährig sind und auf Frauen, die nicht mit einem chinesischen Staatsbürger verheiratet sind.

§ 11. Wer die Staatsangehörigkeit eines ausländischen Staates erwerben will, verliert die chinesische Staatsangehörigkeit durch Erlaubnis des Ministeriums des Innern, aber die Anwendung dieser Bestimmung beschränkt sich auf solche Personen, die bereits zwanzig Jahre alt und nach dem chinesischen Gesetz rechtsfähig sind.

§ 12. Das Ministerium des Innern darf keine Erlaubnis zur Aufgabe der Staatsangehörigkeit an solche Personen erteilen, die folgende Bedingungen erfüllen:

1. Personen, die das militärische Alter erreicht haben, die aber noch nicht vom militärischen Dienst befreit sind und noch nicht in der Armee gedient haben;

2. Personen, die im aktiven Dienst des Heeres stehen;

3. Zivilbeamte oder militärische Offiziere.

§ 13. Personen, die unter eine der nachfolgenden Kategorien fallen, können die chinesische Staatsangehörigkeit nicht erwerben, selbst wenn sie die Bedingungen des § 10 und des § 11 erfüllen:

1. Personen, die bei einen Strafverfahren verdächtig oder angeklagt sind;

2. Personen, deren Verurteilung erfolgt und deren Strafe noch nicht vollendet ist;

3. Beklagte bei einem Zivilverfahren;

4. Personen, gegen die eine Zwangsvollstreckung angeordnet und noch nicht durchgeführt worden ist;

5. Personen, über deren Vermögen der Konkurs eröffnet wurde, wenn das Konkursverfahren vom Gericht noch nicht aufgehoben ist;

6. Personen, die bei der Zahlung von Steuern im Rückstande sind oder die wegen Rückständigkeit bei der Zahlung von Steuern zu einer Geldstrafe verurteilt wurden und die solche Strafe noch nicht abgezahlt haben.

§ 14. Wer seine chinesische Staatsangehörigkeit verloren hat, verliert zugleich alle Rechte, die nur einem Chinesen zustehen. Wer vor dem Verlust seiner chinesischen Staatsangehörigkeit bereits auf Grund solcher Rechte Eigentum erworben hat, muß solches Eigentum dem nationalen Schatz übergeben, vorausgesetzt, daß er es nicht innerhalb eines Jahres einem chinesischen Staatsbürger oder einer chinesischen Staatsbürgerin abtritt.

## Kapitel IV. Wiedererlangung der chinesischen Staatsangehörigkeit.

§ 15. Wer nach § 10 Abs. 1 No. 1 die chinesische Staatsangehörigkeit verloren hat, kann sie mit Erlaubnis des Ministeriums des Innern nach Beendigung des Eheverhältnisses wieder erlangen.

§ 16. Personen, die nach § 11 die chinesische Staatsangehörigkeit verloren haben, können sie mit Erlaubnis des Ministeriums des Innern

wieder erlangen, wenn sie in China wohnen und die oben unter § 3 Abs. 2 Nr. 3—4 inklusive erwähnten Bedingungen erfüllen; ausgenommen sind naturalisiert gewesene Staatsbürger und deren Ehefrau und Kinder, insofern diese durch Naturalisation des Ehemanns oder Vaters die Staatsangehörigkeit erworben hatten.

§ 17. Die oben unter § 8 erwähnte Bestimmung soll mutatis mutandis auf die unter §§ 15 und 16 erwähnten Fälle Anwendung finden.

§ 18. Wer seine Staatsangehörigkeit wieder erlangt hat, darf drei Jahre lang vom Tage der Wiedererlangung ab keine öffentlichen Ämter, wie oben unter § 9 Abs. 1 aufgezählt, bekleiden.

### Kapitel V. Zusatzregeln.

§ 19. Die Ausführungsbestimmungen zum oben aufgeführten Gesetz werden besonders erlassen.

§ 20. Das oben erwähnte Gesetz tritt mit dem Tage seiner Veröffentlichung in Kraft.

### Ausführungsbestimmungen zum Staatsangehörigkeitsgesetz vom 15. Februar 1929.

§ 1. Bis zur Inkrafttretung des Staatsangehörigkeitsgesetzes und dieser Ausführungsbestimmungen, vollziehen sich der Erwerb, der Verlust und die Wiedererlangung der Staatsangehörigkeit nach dem alten Gesetz der Staatsangehörigkeit und dessen Ausführungsbestimmungen.

§ 2. Wer die Staatsangehörigkeit nach den Besstimmungen des § 2 Nr. 1—4 inklusive und des § 8 des Staatsangehörigkeitsgesetzes erwirbt — oder gegebenenfalls dessen Vater oder Mutter — hat seine Eingabe an die zuständigen Behörden des Bezirks, in dem er wohnt, zur Untersuchung und Weiterbeförderung an das Ministerium des Innern zwecks Buchung einzusenden; dieses Ministerium soll diese Eingaben im nationalen Regierungsblatt veröffentlichen. Die Eingaben solcher Personen, die im Ausland wohnen, können an die nächste Gesandtschaft oder das nächste Konsulat zur Weiterbeförderung eingesandt werden.

§ 3. Personen, die nach § 2, Nr. 5 des Staatsangehörigkeitsgesetzes die chinesische Staatsangehörigkeit erwerben wollen, müssen folgende Urkunden an die zuständigen Behörden des Bezirks, in dem sie wohnen, zur Weiterbeförderung an das Ministerium des Innern zwecks Genehmigung einsenden:

1. Ein Gesuch um Naturalisation;

2. Eine von zwei oder mehr im selben Bezirk wohnhaften Bürgern unterschriebene Bürgschaft.

Nach Genehmigung der Naturalisation, stellt das Ministerium des Innern eine Genehmigungsurkunde aus und veröffentlicht sie im nationalen Regierungsblatt.

§ 4. Wer die chinesische Staatsangehörigkeit nach den Bestimmungen des § 10, Abs. 1 Nos. 2—3 aufgeben will — gegebenenfalls

dessen Vater oder Mutter — hat seine Eingabe an die zuständigen Behörden des Bezirks, in dem er wohnt, zur Untersuchung und Weiterbeförderung an das Ministerium des Innern zwecks Buchung einzusenden, und dieses Ministerium hat die Eingabe im nationalen Regierungsblatt zu veröffentlichen; wer im Ausland wohnt, kann die Eingabe an die nächste Gesandtschaft oder das nächste Konsulat zur Weiterbeförderung einsenden.

§ 5. Wer nach der Vorschrift von § 11 des Staatsangehörigkeitsgesetzes die chinesische Staatsangehörigkeit aufgeben will, hat seine Eingabe an die zuständigen Behörden des Bezirks, in dem er wohnt, zur Weiterbeförderung an das Ministerium des Innern zwecks Genehmigung einzusenden; wer im Ausland wohnt, kann die Eingabe an die nächste Gesandtschaft oder das nächste Konsulat zur Weiterbeförderung an das Ministerium des Innern zur Genehmigung einsenden; das Ministerium des Innern hat eine Genehmigungsurkunde auszustellen und diese in dem nationalen Regierungsblatt zu veröffentlichen. Die Genehmigung wird mit dem Tage solcher Veröffentlichung wirksam.

§ 6. Wer nach den Bestimmungen von § 2 Nr. 5 und § 11 die chinesische Staatsangehörigkeit erwirbt oder verliert, wird vom Ministerium des Innern angewiesen, die Tatsache des Erwerbs oder Verlustes der Staatsangehörigkeit in zwei vorgeschriebenen Zeitungen zu veröffentlichen.

§ 7. Die Vorschriften der §§ 2, 3 und 6 werden mutatis mutandis auf solche Personen angewandt, die nach den Vorschriften der §§ 15—17 inklusive des Staatsangehörigkeitsgesetzes ihre chinesische Staatsangehörigkeit wieder erlangen.

§ 8. Nachdem man die chinesische Staatsangehörigkeit erworben, verloren oder wieder erlangt hat, hat das Ministerium des Innern die Genehmigungsbescheinigung zu annullieren oder dieBuchung zu streichen, wann auch immer sich ein Mangel herausstellt, der mit den Bestimmungen des Staatsangehörigkeitsgesetzes unvereinbar ist. Die Annullierung der Bescheinigung oder die Streichung der Buchung wird in dem nationalen Regierungsblatt veröffentlicht.

§ 9. Jeder Staatsbürger, der die Staatsangehörigkeit eines ausländischen Staates vor dem Inkrafttreten des Staatsangehörigkeitsgesetzes verloren hat und der nicht nach den Bestimmungen des alten Staatsangehörigkeitsgesetzes und dessen Ausführungsbestimmungen eine Eingabe an die Behörden gemacht hat, hat dies nach den Bestimmungen des § 5 nachzuholen.

§ 10. Vor und nach dem Inkrafttreten des Staatsangehörigkeitsgesetzes wird jeder chinesische Staatsbürger, der die Staatsangehörigkeit eines ausländischen Staates erwirbt, aber noch unter der chinesischen Regierung ein öffentliches Amt bekleidet, dieses Amtes enthoben. Das Vorliegen eines solchen Falles ist von den Behörden festzustellen.

§ 11. Die Formen der Eingabe, des Naturalisationsgesuchs, der

Bürgschaft und der Genehmigungsurkunde, die in den Gesetzen erwähnt werden, werden gesondert vorgeschrieben.

§ 12. Diese Gesetze treten mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft.

## 2) Wahlgesetz.

**1. Januar 1931 (20. Jahr der Republik)**

**(Übersetzung des chinesischen Texts nach dem Amtsblatt des Exekutivyuan, Nr. 217, vom 10. Jan. 1931 S. 40 ff.)[1])**

*Artikel 1.* Die Gesamtzahl der Delegierten an die Nationale Volkskonvention wird auf 520 festgesetzt, die sich wie folgt verteilen.

1. 450 sind aus den verschiedenen Provinzen zu wählen.
2. 22 sind aus den verschiedenen Stadtgemeinden zu wählen.
3. 12 sind aus der Mongolei zu wählen.
4. 10 sind von Tibet zu wählen.
5. 26 sind unter den im Ausland wohnenden Chinesen zu wählen.

*Artikel 2.* Die Anzahl der Delegierten, die aus den verschiedenen Provinzen zu wählen sind, verteilen sich wie folgt:

Kiangsu, 30; Chekiang, 24; Anhwei, 20; Kiangsi, 28; Hopei, 30; Shantung, 30; Shansi, 12; Honan, 30; Fukien, 14; Hupeh, 29; Hunan, 30; Kwantung, 30; Kwangsi, 11; Shensi, 17; Kansu, 7; Sinkiang, 5; Szechuan, 30; Yunnan, 12; Kweichow, 11; Liaoning, 15; und je 5 von Kirin, Heilungkiang, Charhar, Suiyuan, Jehol, Kokonor und Ninghsia.

*Artikel 3.* Die Anzahl der Delegierten, die aus den verschiedenen Stadtgemeinden zu wählen sind, verteilen sich wie folgt:

Nanking, 3; Shanghai, 5; Kwangchow, 3; Peiping, 3; Hankow, 3; Tientsin, 3; Tsiantao, 1; Harbin, 1.

*Artikel 4.* Die Anzahl der Delegierten, die unter den im Ausland wohnhaften Chinesen zu wählen sind, verteilen sich wie folgt:

Philippinen Inseln 1; Honolulu 1; Peru 1; Chile 1; Mexiko 1; Cuba 1; die Vereinigten Staaten 2; Zentralamerika 1, Canada 2; Föderierte Malaienstaaten 2; Indien 1; Burma 1; Annam 1; Siam 2; Europa 1; Japan 1; Korea 1; Australien 1; Tahiti 1; Afrika 1; die holländischen Kolonien 2.

*Artikel 5.* Delegierte zur Nationalen Konvention werden durch folgende Organisationen der verschiedenen Gegenden nach den vorgeschriebenen Zahlen gewählt:

1. Bauernunionen.
2. Arbeiterunionen.
3. Handelskammern und wirtschaftliche Organisationen.
4. Erziehungsvereinigungen, nationale Universitäten, Universitäten, die bei dem Ministerium für Erziehungsangelegenheiten eingetragen sind und Vereinigungen der freien Berufe.

[1]) Übersetzung des Instituts.

5. Der Kuomintang von China.

Die Bauernunionen, Arbeiterunionen, Handelskammern, Erziehungsvereinigungen und andere im vorhergehenden Absatz erwähnten Organisationen müssen solche sein, die gesetzmäßig errichtet sind.

Die Berechtigung wirtschaftlicher Organisationen und der Vereinigungen der freien Berufe wird besonders bestimmt.

*Artikel 6.* Die Verteilung der Anzahl von Delegierten, die von den verschiedenen Organisationen zu wählen sind, wird besonders bestimmt.

*ArtikeI 7.* Die Organisationen zur Wahl der Delegierten für die Mongolei, Tibet und für chinesische Staatsangehörige, die im Ausland wohnen, wird besonders bestimmt.

*Artikel 8.* Personen, die unter folgende Kategorien fallen, können nicht als Delegierte zur nationalen Konvention gewählt werden:

1. Personen, die wegen gegenrevolutionären Verhaltens verurteilt worden sind; oder Personen, gegen die Haftbefehle noch in Kraft sind.
2. Personen, die im Staatsdienst gestanden haben und die wegen Korruption verurteilt worden sind;
3. Personen, denen die bürgerlichen Ehrenrechte aberkannt worden sind und denen die Wiederherstellung solcher Rechte noch nicht gewährt worden ist;
4. Schwachsinnige und lasterhafte Personen.
5. Personen, die früher Mitglieder des Kuomintang von China waren und deren Partei-Mitgliedschaft entweder aufgehoben oder ausgesetzt worden ist.

*Artikel 9.* Für die Wahl der Delegierten zur Nationalen Konvention soll es Wahlleiter und Wahlvorsteher geben.

Für die verschiedenen Provinzen wird der Kommissar der provinzialen Abteilung von Zivilangelegenheiten der Wahlleiter werden; für die verschiedenen Hsien wird der Bezirksmagistrat der Wahlvorsteher werden; und für die verschiedenen Stadtgemeinden wird der Bürgermeister der Wahlvorsteher werden.

Für die Mongolei und Tibet wird der Ausschuß für mongolische und tibetanische Angelegenheiten der Wahlleiter werden, und die Wahlvorsteher werden vom genannten Ausschuß aus den örtlichen Beamten ernannt.

Für die Wahl von chinesischen Staatsangehörigen, die im Ausland wohnen, wird der Ausschuß für chinesische Überseeangelegenheiten der Wahlleiter werden.

*Artikel 10.* Aufsichtsbeamte der von den verschiedenen Organisationen in den verschiedenen Bezirken abgehaltenen Wahlen sollen Personen sein, die nach der Verfassung der genannten Organisationen ermächtigt sind, diese zu vertreten.

*Artikel 11.* Die Berechtigung der verschiedenen Wahlorganisationen wird von den verschiedenen beteiligten Wahlleitern untersucht und bestätigt.

*Artikel 12.* Die Methode der Wahl für chinesische Staatsangehörige, die im Ausland wohnen, wird besonders bestimmt.

*Artikel 13.* Erfolgreiche Kandidaten für die Wahl als Delegierte zur Nationalen Konvention, die von den Organisationen gewählt werden, welche unter Ziffern 1—4 (Artikel 5) dieses Gesetzes erwähnt sind, müssen Personen sein, die auf ihren verschiedenen Arbeitsgebieten die Art ihrer Beschäftigung während folgender Perioden (gleich vor der Wahl) nicht gewechselt haben:

1. Personen, die Landwirtschaft nicht weniger als 10 Jahre betrieben haben;
2. Personen, die nicht weniger als 5 Jahre im Handel oder in der Industrie tätig gewesen sind;
3. Personen, die an Erziehungsunternehmungen nicht weniger als 5 Jahre beteiligt gewesen sind;
4. Personen, die nicht weniger als 5 Jahre einem der freien Berufe angehört haben.

*Artikel 14.* Die Methode der Wahl von Delegierten zur Nationalen Konvention durch den Kuomintang wird besonders bestimmt.

*Artikel 15.* Wenn ein Wähler der Wahlorganisationen, die unter Ziffern 1—4 von Artikel 5 dieses Gesetzes Mitglied von zwei oder mehr verschiedenen Organisationen ist, darf er nach freiem Ermessen bestimmen, bei welcher dieser Organisationen er wählen will.

*Artikel 16.* Wenn ein Versehen beim Zählen der Stimmen vorkommt, so dürfen die beteiligten Wähler den Wahlleiter ersuchen, eine Untersuchung vorzunehmen.

*Artikel 17.* Wenn ein Fall von Betrug auf Seiten der Wahlorganisatoren von einem Wähler entdeckt wird, so dürfen zwei Drittel der Wähler derselben Organisation gemeinsam den Wahlleiter ersuchen, eine Untersuchung vorzunehmen.

Wenn der Wahlleiter nach der Untersuchung überzeugt ist, daß kein Grund zur Verfolgung vorliegt, so wird er entscheiden, daß keine Verfolgung stattfinde; wenn Grund vorliegt, den behaupteten Betrug zu vermuten, so wird der Fall dem Ober-Provinzialgericht zur Aburteilung vorgelegt.

*Artikel 18.* Das Ober-Provinzialgericht des beteiligten Bezirks wird in Wahlsachen erstinstanzlich angerufen. Urteile in solchen Fällen werden gleich nach Erlaß rechtskräftig.

*Artikel 19.* Wahlfälle werden außer der Reihe vor anderen Fällen gehört.

*Artikel 20.* Wenn die Wahlorganisatoren irgend einer Organisation wegen Betrugs verurteilt werden, so sind die Ergebnisse solcher Wahl null und nichtig.

*Artikel 21.* Wenn die im vorhergehenden Absatz erwähnte nichtige Wahl die Stimmen der erfolgreichen Kandidaten und des nächsten erfolglosen Kandidaten nicht berührt, so braucht die Organisation, deren Wahl für nichtig erklärt worden ist, keine Neuwahl abzuhalten.

Die im vorhergehenden Absatz erwähnten Tatsachen werden vom Wahlleiter untersucht und bestimmt. Wo es nach seiner Meinung erforderlich ist, eine Neuwahl abzuhalten, kann er der beteiligten Organisation aufgeben, eine Neuwahl abzuhalten.

*Artikel 22.* Die Ausführungsbestimmungen zu diesem Gesetz werden besonders geregelt.

*Artikel 23.* Dieses Gesetz tritt mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft.

## 3) Pressegesetz.

**16. Dez. 1930 (19. Jahr der Republik)**

**(Übersetzung des chinesischen Textes nach dem Amtsblatt der Nationalen Regierung, Nr. 651 vom 18. Dez. 1930 S. 1 ff) [1])**

### Kapitel I. Allgemeine Bestimmungen.

*Artikel 1.* Das Wort »Veröffentlichung« bedeutet in diesem Gesetz: Bücher, Artikel, Bilder und Zeichnungen, die zum Verkaufs- und Verbreitungszwecke auf mechanische und chemische Weise hergestellt sind.

*Artikel 2.* Es gibt folgende drei Arten von Veröffentlichungen:

1) Zeitungen, d. h. Veröffentlichungen mit bestimmten Namen, die fortlaufend erscheinen, sei es täglich, sei es in Zwischenräumen von weniger als 6 Tagen.

2) Zeitschriften, d. h. Veröffentlichungen mit bestimmten Namen, die fortlaufend erscheinen, sei es wöchentlich, sei es in Zwischenräumen von weniger als drei Monaten.

3) Bücher oder andere Veröffentlichungen, d. h. Veröffentlichungen, die in den vorhergehenden beiden Absätzen nicht mit aufgezählt sind. Die Sondernummern von Zeitungen oder Zeitschriften gelten als Zeitungen bzw. Zeitschriften.

*Artikel 3.* Das Wort »Verleger« bedeutet in diesem Gesetz Personen, die den Verkauf und die Verbreitung von Veröffentlichungen leiten und überwachen.

*Artikel 4.* Das Wort »Autor« in diesem Gesetz bedeutet Personen, die Artikel schreiben oder die Zeichnungen oder Bilder anfertigen. Berichterstatter, die Reden zum Zwecke der Veröffentlichung aufnehmen oder anderen zur Veröffentlichung abliefern, werden als Autoren angesehen. Jedoch sollen Redner, die der Veröffentlichung ihrer Reden zustimmen, auch die Verantwortung eines Autors übernehmen.

Bearbeiter von Artikeln sind als Autoren anzusehen, jedoch sollen die ursprünglichen Autoren, die ihre besondere Zustimmung zur Bearbeitung erteilt haben, auch die Verantwortung eines Autors übernehmen.

Übersetzer von Artikeln werden als Autoren angesehen.

Vertreter von Schulen, Gesellschaften, Anstalten oder Organisationen werden als Autoren von Veröffentlichungen angesehen, die von Schulen, Gesellschaften oder unter dem Namen anderer Anstalten oder Organisationen veröffentlicht werden.

*Artikel 5.* Das Wort »Herausgeber« in diesem Gesetz bedeutet Personen, die Zeitungen und Zeitschriften leiten und herausgeben.

---

1) Übersetzung des Instituts.

*Artikel 6.* Von Veröffentlichungen, die von Staatsorganen herausgegeben werden, sollen je zwei Exemplare an die Abteilung für Veröffentlichungen der Hauptdienststelle des Zentralen Kuomintang und an das Ministerium des Innern gesandt werden.

## Kapitel II. Zeitungen und Zeitschriften.

*Artikel 7.* Verleger von Zeitungen oder Zeitschriften müssen 15 Tage vor dem ersten Erscheinungstag an das Ministerium des Innern ein schriftliches Gesuch um Eintragung durch die Provinzialregierung oder durch die Stadtverwaltung unter der direkten Kontrolle des Exekutiv-Yuan einreichen. Das Gesuch muß folgende Angaben enthalten:

a) Name der Zeitung oder Zeitschrift.
b) ob Artikel veröffentlicht werden, die sich auf Parteigrundsätze oder Parteiangelegenheiten oder politische Ereignisse beziehen.
c) Zwischenräume des Erscheinens.
d) Datum des erstmaligen Erscheinens.
e) Die Namen der Druckerei und des Verlags und ihre Adressen.
f) Namen, Alter und Adressen des Verlegers und des Herausgebers. Wenn besondere Herausgeber für die verschiedenen Abteilungen oder Ausgaben unterhalten werden, sind die Namen und Adressen solcher Herausgeber mit aufzuführen.

Zeitungen oder Zeitschriften, die vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes bereits veröffentlicht werden, haben binnen zwei Monaten nach dem Inkrafttreten um oben beschriebene Eintragung einzukommen.

Zeitungen oder Zeitschriften, die Artikel veröffentlichen, welche Parteigrundsätze oder Parteiangelegenheiten betreffen, haben außerdem bei dem Zentralkuomintang um Eintragung durch die Parteihauptdienststellen der Provinz oder eine entsprechende Hauptdienststelle einzukommen.

*Artikel 8.* Wenn in bezug auf die in den oben besprochenen Eintragungen gemachten Angaben Änderungen vorgenommen werden, so ist binnen 7 Tagen nach der Veränderung um Eintragung einzukommen.

*Artikel 9.* Es werden für die oben besprochenen Eintragungen keine Gebühren erhoben.

*Artikel 10.* Folgende Personen dürfen Zeitungen und Zeitschriften weder verlegen noch herausgeben:

a) Solche, die im Inlande nicht ansässig sind;
b) beschränkt geschäftsfähige Personen;
c) solche, die Gefängnis- oder Haftstrafen von mehr als einem Monat verbüßen;
d) solche, die ihre aberkannten bürgerlichen Ehrenrechte noch nicht wiedergewonnen haben.

*Artikel 11.* Die ursprünglichen Verleger von Zeitungen oder Zeitschriften, die die Veröffentlichung einstellen, müssen gemäß den Eintragungsbestimmungen um Eintragung oder um Löschung der ursprünglichen Eintragung einkommen.

Veröffentlichungen werden als gelöscht angesehen, wenn sie (bei Zeitungen) 2, bzw. (bei Zeitschriften) 4 Monate nach Ablauf des für die Erst-Erscheinung bestimmten Datums nicht erscheinen.

*Artikel 12.* Zeitungen oder Zeitschriften müssen die Namen der Verleger und Herausgeber, das Datum des Erscheinens und die Namen und Adressen des Verlags und der Druckerei tragen.

*Artikel 13.* Die Verleger von Zeitungen oder Zeitschriften haben bei der Veröffentlichung zwei Exemplare an das Ministerium des Innern, ein Exemplar an die Provinzialregierung oder an die zuständige Stadtverwaltung und ein Exemplar an das zuständige Prokurat zu senden.

Zeitungen oder Zeitschriften, die Artikel bringen, welche sich auf Parteigrundsätze oder Parteiangelegenheiten beziehen, haben auch ein Exemplar je an die Parteihauptdienststelle der Provinz (oder entsprechende Parteihauptdienststelle) und an die Veröffentlichungsabteilung der Hauptdienststelle des Zentralen Kuomintang einzusenden.

*Artikel 14.* Wenn von berührten oder direkt beteiligten Personen Anträge auf Berichtigung oder Erwiderung von in Zeitungen oder Zeitschriften erschienenen Artikeln gestellt werden, so haben solche Berichtigungen oder Erwiderungen binnen 3 Tagen nach Erhalt des Antrages zu erscheinen, wenn es sich um eine Tageszeitung handelt. Bei anderen Zeitschriften haben derartige Einsendungen in der darauffolgenden Nummer der Zeitschrift nach Erhalt des Antrags zu erscheinen. Ausgenommen sind solche Berichtigungen oder Erwiderungen, deren Inhalt in offenem Widerspruch zu gesetzlichen Bestimmungen steht oder bei denen der Name und die Adresse des Antragstellers nicht angegeben sind, oder wenn die Anträge auf Berichtigung oder Erwiderung erst nach Ablauf von 6 Monaten nach Erscheinen der beanstandeten Nummer einlaufen.

Die Größe des Raumes und der Typen, die für solche Berichtigungen oder Erwiderungen verwendet werden, haben dem ursprünglichen Artikel zu entsprechen.

## Kapitel III. Bücher und andere Publikationen.

*Artikel 15.* Beim Erscheinen von Büchern oder anderen Veröffentlichungen haben die Verleger zwei Exemplare an das Ministerium des Innern einzusenden. Dasselbe bezieht sich auf veränderte Neuauflagen.

Wenn obige Veröffentlichungen Artikel enthalten, die sich auf Parteigrundsätze und Parteiangelegenheiten beziehen, so ist ein Exemplar an die Abteilung für Veröffentlichungen der Hauptdienststelle des Kuomintang einzusenden.

*Artikel 16.* Die Namen und Adressen der Verleger, das Datum des Erscheinens, die Namen und Adressen des Verlags und der Druckerei sind auf die letzte Seite der Veröffentlichung zu setzen.

*Artikel 17.* Die vorhergehenden beiden Artikel beziehen sich nicht auf Anzeigen, Verordnungen, Berichte, Kataloge, Zirkulare, Reklamen, Programme, Statistiken, Zeugnisse, Karten und Photographien.

*Artikel 18.* Keine Zirkulare oder Schlagworte, die sich auf politische Angelegenheiten beziehen, dürfen ohne die Genehmigung der zuständigen Polizeibehörde gedruckt oder veröffentlicht werden.

## Kapitel IV. Beschränkungen der Gegenstände der Veröffentlichungen.

*Artikel 19.* Ausgeschlossen von der Veröffentlichung sind:

a) Artikel, die den Kuomintang oder die Drei-Völkerprinzipien angreifen;

b) Artikel mit dem Ziel, die Nationale Regierung zu untergraben und solche, die den Interessen der Republik von China abträglich sind;

c) Artikel, die den öffentlichen Frieden und die öffentliche Ordnung stören;

d) Artikel, die gegen die guten Sitten verstoßen.

*Artikel 20.* Berichte über nichtöffentliche Gerichtsverhandlungen dürfen nicht veröffentlicht werden.

*Artikel 21.* Im Kriegsfall, bei Unruhen, oder zu anderen als geeignet angesehenen Zeiten sind Veröffentlichungen den Befehlen der Nationalen Regierung unterworfen, derart, daß Artikel, die sich auf militärische und diplomatische Angelegenheiten beziehen, einem Verbot oder einer Beschränkung unterzogen werden.

## Kapitel V. Rechte der Verwaltungsbehörden.

*Artikel 22.* Die örtliche Provinzialregierung oder die Kommunalverwaltung kann die Weiter-Veröffentlichung von Zeitungen oder Zeitschriften verbieten, wenn diese erscheinen, bevor das Gesuch um Eintragung nach den Artikeln 7 oder 8 erfolgt ist, oder weil falsche Angaben bei der Eintragung gemacht wurden.

*Artikel 23.* Das Ministerium des Innern kann den Verkauf und die Verbreitung von Veröffentlichungen hindern, die nach der Meinung des Ministeriums Artikel enthalten haben, wie sie im Artikel 19 aufgezählt sind oder die gegen das Verbot oder die Beschränkung nach Artikel 21 verstoßen. Unter Bezeichnung der beanstandeten Artikel kann das Ministerium den Verkauf und die Verbreitung der betreffenden Veröffentlichung untersagen und nötigenfalls deren Beschlagnahme anordnen.

Die beschlagnahmten Veröffentlichungen können auf Antrag der Verleger zurückgegeben werden, wenn die Übertretungen beseitigt worden sind.

Das Ministerium des Innern kann Verbesserungen anregen und Warnungen erteilen, wenn die Übertretungen nach Abs. I als geringfügig angesehen werden.

*Artikel 24.* Das Ministerium des Innern kann Zeitungen oder Zeitschriften, die außer Landes erschienen sind, von der Einfuhr ausschließen, wenn die Voraussetzungen des Artikels 23, Abs. 1 vorliegen.

Die örtliche Provinzialregierung oder die Kommunalverwaltung kann die Beschlagnahme von Zeitungen oder Zeitschriften anordnen, die nach dem vorhergehenden Absatz von der Einfuhr ausgeschlossen sind.

*Artikel 25.* Die örtliche Provinzialregierung oder die Kommunalverwaltung kann die Beschlagnahme von Zeitungen oder Zeitschriften anordnen, die gegen das im Artikel 41, Abs. 1 (unten) enthaltene Verbot, die Veröffentlichung fortsetzen.

*Artikel 26.* Der ursprüngliche Satz der beschlagnahmten Bücher kann auch, wo dies für angebracht angesehen wird, beschlagnahmt werden.

Die Vorschriften des Abs. 2 von Artikel 23 können auf den beschlagnahmten Satz angewandt werden.

## Kapitel VI. Strafbestimmungen.

*Artikel 27.* Eine Geldstrafe bis zu 200 Yuan kann Zeitungen oder Zeitschriften auferlegt werden, die erscheinen, bevor das Gesuch um Eintragung nach den Artikeln 7 oder 8 erfolgt ist.

*Artikel 28.* Personen, wie sie im Artikel 10 aufgeführt sind, welche Zeitungen oder Zeitschriften verlegen oder herausgeben, werden mit Geldstrafe bis zu 200 Yuan bestraft.

*Artikel 29.* Verleger, die die Vorschriften von Abs. 1 des Artikels 11 verletzt haben, werden mit Geldstrafe bis zu 100 Yuan bestraft.

*Artikel 30.* Verleger von Veröffentlichungen, die die Erklärungen nach Artikel 12 oder 16 nicht gebracht haben, oder falsche Erklärungen gebracht haben, werden mit Geldstrafe bis zu 200 Yuan bestraft.

*Artikel 31.* Verleger, die die Vorschriften von Artikel 13 verletzen und Zeitungen oder Zeitschriften nicht einsenden, werden mit Geldstrafe bis zu 100 Yuan bestraft.

*Artikel 32.* Herausgeber, die die Vorschriften von Artikel 14 verletzen, werden mit Geldstrafe bis zu 200 Yuan bestraft.

*Artikel 33.* Verleger, die die Vorschriften von Artikel 15 verletzen und Bücher oder andere Veröffentlichungen nicht einsenden, werden mit Geldstrafe bis zu 100 Yuan bestraft.

*Artikel 34.* Drucker und Verleger, die die Vorschriften von Artikel 18 verletzen, werden mit Geldstrafe bis zu 100 Yuan bestraft.

*Artikel 35.* Verleger, Herausgeber, Autoren und Drucker, die die Bestimmungen von Artikel 19 verletzen, werden mit Gefängnisstrafe bis zu einem Jahr oder einer Geldstrafe bis zu 1000 Yuan bestraft. Wenn andere Gesetze schwerere Strafen vorschreiben, so finden diese letzteren Vorschriften Anwendung.

*Artikel 36.* Verleger, Herausgeber, Autoren und Drucker, die die Vorschriften von Artikel 21 verletzen, werden mit Gefängnis bis zu einem Jahr, oder mit einer Geldstrafe bis zu 1000 Yuan bestraft.

*Artikel 37.* Bei Zeitungen oder Zeitschriften werden nur die Autoren, die die Artikel unterschrieben haben, als strafbar nach Artikel 35 angesehen. Dasselbe bezieht sich auf Artikel 36.

*Artikel 38.* Personen, die Zeitungen oder Zeitschriften veröffentlichen, deren Weitererscheinen nach Artikel 22 verboten worden ist, werden mit einer Geldstrafe bis zu 200 Yuan bestraft.

*Artikel 39.* Verleger, die den Vorschriften des Artikels 23 zuwiderhandeln, werden mit Gefängnis bis zu einem Jahr oder einer Geldstrafe bis zu 1000 Yuan bestraft. Personen, die wissentlich solche Veröffentlichungen verkaufen oder verbreiten, werden mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder einer Geldstrafe bis zu 500 Yuan bestraft.

Wer den Vorschriften des Abs. 1 von Artikel 24 zuwiderhandelt und wer wissentlich solche Veröffentlichungen verkauft oder verbreitet, wird nach dem vorhergehenden Absatz bestraft.

*Artikel 40.* Wer sich der Ausübung der Beschlagnahmebefehle nach Abs. 1 von Artikel 23, Abs. 2 von Artikel 24 oder Artikel 25 oder 26 widersetzt, wird mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder einer Geldstrafe bis zu 500 Yuan bestraft.

*Artikel 41.* Das Erscheinen von Zeitungen oder Zeitschriften kann verboten werden, wenn deren Vergehen als zu ernst angesehen werden für die nach Artikel 35 festgesetzte Strafe.

Verleger, die den Bestimmungen des vorhergehenden Absatzes zuwiderhandeln, werden mit Gefängnis bis zu einem Jahr oder einer Geldstrafe bis zu 1000 Yuan bestraft. Wer wissentlich solche Zeitungen oder Zeitschriften verkauft oder verbreitet, wird mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder einer Geldstrafe bis zu 500 Yuan bestraft.

*Artikel 42.* Die Vorschriften betreffend die Wiederholung und die Konkurrenz von Vergehen nach dem Strafgesetzbuch der chinesischen Republik finden in diesem Gesetz keine Anwendung.

*Artikel 43.* Die Vergehen nach diesem Gesetz sind nach einem Jahr als verjährt anzusehen.

Bei Vergehen nach Artikel 35 oder 26, beginnt die Verjährungsfrist mit dem Tage der Veröffentlichung zu laufen.

*Artikel 44.* Dieses Gesetz tritt mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft.

## 5. Danzig

### Die Verfassungsänderung in der Freien Stadt Danzig

Durch das Gesetz vom 4. Juli 1930 ist die Verfassung der Freien Stadt Danzig in grundlegender Weise abgeändert worden. Die Verfassungsänderung ist am 17. September 1930 in Kraft getreten, nachdem der Rat des Völkerbundes am 9. September 1930 beschlossen hatte, daß er gegen die Abänderungen keine Einwendungen zu erheben habe. (Soc. d. Nat., Journal Officiel 1930, S. 1307).

Die Zahl der Volkstagsabgeordneten wurde von 120 auf 72 Abgeordnete herabgesetzt. Neu ist weiter die Bestimmung, nach der der Volkstag vor Ablauf seiner vierjährigen Wahlperiode durch eigenen

Beschluß oder durch Volksentscheid aufgelöst werden kann; dieser Volksentscheid kann auch auf Verlangen des Senats stattfinden.

Nach Art. 29 der alten Verfassung setzte sich der Danziger Senat aus 8 hauptamtlichen Senatoren einschließlich des Präsidenten und 14 nebenamtlichen Senatoren einschließlich des stellvertretenden Präsidenten zusammen, von denen die hauptamtlichen auf vier Jahre, die nebenamtlichen auf unbestimmte Zeit vom Volkstag gewählt wurden. Die nebenamtlichen Senatoren bedurften nach Art. 29 zu ihrer Amtsführung des Vertrauens des Volkstages. Durch diese Zusammensetzung wurde vielfach die Arbeit des Senats außerordentlich erschwert. Nach einer Neuwahl des Volkstages konnte der Fall eintreten, daß die nebenamtlichen Senatoren völlig andere politische Ansichten vertraten als die hauptamtlichen Senatoren. Da nun die hauptamtlichen Senatoren als Leiter der einzelnen Dezernate den überwiegenden Einfluß auf die ihnen nachgeordneten Behörden besaßen, andererseits innerhalb des Senats die nebenamtlichen Senatoren die Mehrheit darstellten, war eine fruchtbringende Zusammenarbeit bisweilen nicht möglich. Durch die Verfassungsänderung ist die zwiespältige Zusammensetzung des Senats dahin abgeändert worden, daß in Zukunft sämtliche Senatoren vom Vertrauen des Volkstags abhängig sind. Zugleich ist die Zahl der Senatoren von 22 auf 10 herabgesetzt worden; ihre Wahl erfolgt auf unbestimmte Zeit. Der Präsident, der stellvertretende Präsident und 4 Senatoren werden besoldet, die übrigen erhalten lediglich eine Aufwandsentschädigung. Die Zahl der Senatoren kann durch ein Gesetz, das Zweidrittelmehrheit bei Anwesenheit von mindestens zwei Dritteln der gesetzlichen Zahl der Abgeordneten erfordert, herabgesetzt werden. Bei diesem ausdrücklich in der Verfassung vorgesehenen Gesetz würde es sich also nicht um eine eigentliche Verfassungsänderung handeln, so daß es der nach Art. 49 für Verfassungsänderungen erforderlichen Erklärung des Völkerbundes, daß er keine Einwände zu erheben habe, nicht bedarf.

Art. 69 der alten Verfassung bestimmte, daß die Gemeindeangelegenheiten der Stadt Danzig als Angelegenheiten des Staates gelten und vom Senat und Volkstag geleitet werden. Zur Beschlußfassung über Gemeindeangelegenheiten war vom Volkstag eine Stadtbürgerschaft zu wählen. Die Bestimmungen dieses Artikels können nach der Neuordnung durch ein Gesetz geändert werden, das mit Zweidrittelmehrheit und bei Anwesenheit von mindestens zwei Dritteln der gewählten Abgeordneten beschlossen wird. Auch hier würde es sich also nicht um ein eigentlich verfassungsänderndes Gesetz handeln, so daß der Völkerbund nicht befragt zu werden braucht.

Die Übergangsvorschrift des Art. 10 Absatz 2 des Gesetzes vom 4. Juli 1930 bestimmt, daß der Volkstag spätestens 2 Monate nach dem Inkrafttreten der Verfassungsänderung neu zu wählen ist. Der neue Volkstag hat innerhalb eines Monates den Senat neu zu wählen. Um die Arbeitskraft der hauptamtlichen Mitglieder des Senats, die sich im Ruhestand befinden oder deren Amt gemäß der oben erwähnten Vorschrift er-

lischt, zur Erfüllung von Staatsaufgaben nutzbar zu machen, ist ein besonderes Gesetz über die Rechtsverhältnisse des Senats vorgesehen (Journal Officiel, 1930, S. 1458). Durch dieses Gesetz, das am 9. Januar 1931 erlassen worden ist, soll die langdauernde Belastung des Staates mit den lebenslänglichen Ruhegehaltsansprüchen besoldeter Senatsmitglieder ausgeschlossen werden, soweit diese Ansprüche nicht schon vor der Wahl zum Senatsmitglied auf Grund eines öffentlichrechtlichen Beamten- oder Angestelltenverhältnisses entstanden waren. Die ausscheidenden Senatoren erhalten lediglich ein Übergangsgeld. Senatoren, die sich vor ihrer Wahl zum besoldeten Mitglied des Senats im Dienst oder im Wartestand als unmittelbare Staatsbeamte befanden, sind innerhalb 6 Monaten nach ihrem Ausscheiden gemäß § 20 des Gesetzes berechtigt und auf Verlangen des Senats verpflichtet, in die von ihnen zuletzt versehene Dienststelle wieder einzutreten. Ist diese Stelle nicht frei, so sind sie berechtigt und auf Verlangen des Senats verpflichtet, eine ihrer früheren Beamtenstellung entsprechende Tätigkeit im unmittelbaren Staats- oder öffentlichen Schuldienst zu übernehmen.

Das Gesetz vom 9. Januar 1931 regelt weiter die Rechtsverhältnisse und die Bezüge der Mitglieder des Senats während ihrer Amtstätigkeit.

---

Die abgeänderten Artikel der alten Verfassung werden in ihrer neuen Fassung (Anlage zum Gesetzblatt für die Freie Stadt Danzig 1930, S. 181) nachstehend abgedruckt. Im Anschluß daran wird der Wortlaut des Gesetzes vom 9. Januar 1931 wiedergegeben:

v. Schwartzkoppen

## I) Verfassung der Freien Stadt Danzig in der Fassung des Gesetzes vom 4. Juli 1930.

*Artikel 6.*

Der Volkstag besteht aus zweiundsiebzig Abgeordneten.

*Artikel 9.*

Die Wahl des Volkstages erfolgt auf vier Jahre. Vor Ablauf der Wahlperiode kann der Volkstag aufgelöst werden:

a) durch eigenen Beschluß,

b) durch Volksentscheid.

Der Volksentscheid kann auch auf Verlangen des Senats stattfinden. Der Antrag auf Auflösung des Volkstages durch eigenen Beschluß bedarf der Unterschrift von wenigstens fünfzehn Abgeordneten. Er ist mindestens eine Woche vor der Verhandlung allen Abgeordneten und dem Senat mitzuteilen. Der Auflösungsbeschluß bedarf der Zustimmung der Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Mitglieder des Volkstages.

Die Neuwahl des Volkstages findet an einem Sonntag im vorletzten Monat vor Ablauf der Wahlperiode statt.

Im Falle der Auflösung findet die Neuwahl an einem Sonntag binnen zwei Monaten, jedoch nicht vor sechs Wochen nach dem Tage der Auflösung statt. Der bisherige Volkstag führt die Geschäfte bis zur Neuwahl weiter.

Die Wahlperiode des neuen Volkstages beginnt, falls der Volkstag aufgelöst ist, mit dem Tage der Neuwahl, im übrigen mit dem Ablauf der Wahlperiode des alten Volkstages.

Das Nähere über die Wahl des Volkstages bestimmt das Wahlgesetz.

*Artikel 12.*

Der Volkstag tritt auf Berufung seines Präsidenten zusammen. Der Volkstag muß berufen werden, wenn der Senat es verlangt, oder wenn wenigstens ein Sechstel der Mitglieder unter Darlegung des Zweckes es schriftlich beantragt.

Zur ersten Sitzung nach jeder Neuwahl tritt der Volkstag spätestens am dreißigsten Tage nach dem Beginn der Wahlperiode auf Berufung des Senats zusammen.

Im Falle der Auflösung oder des Ablaufs der Wahlperiode führen der bisherige Präsident des Volkstages und seine Stellvertreter ihre Geschäfte bis zum Beginn der ersten Sitzung des neugebildeten Volkstages weiter.

*Artikel 25.*

Die Mitglieder des Senats werden auf unbestimmte Zeit vom Volkstag gewählt.

Der Senat besteht aus dem Präsidenten, dem stellvertretenden Präsidenten und zehn Senatoren.

Die Zahl der Senatoren kann durch Gesetz geändert, jedoch darf dabei die Zahl zehn nicht überschritten werden.

Der Präsident, der stellvertretende Präsident und vier Senatoren werden besoldet.

Durch Gesetz kann bestimmt werden, daß bei Herabsetzung der Senatorenzahl sämtliche Senatoren besoldet werden.

Für ein Gesetz, durch das die Zahl der Senatoren oder die Zahl der besoldeten Senatoren geändert wird, ist Zweidrittelmehrheit bei Anwesenheit von mindestens zwei Dritteln der gesetzlichen Zahl der Abgeordneten erforderlich.

Die Wahl der Mitglieder des Senats ist geheim und geschieht durch Abgabe von Stimmzetteln. Gewählt ist, wer die Mehrheit der abgegebenen Stimmen erhält. Wird die unbedingte Stimmenmehrheit bei der ersten Abstimmung nicht erzielt, so ist unter den beiden Personen, die die meisten Stimmen erhalten haben, abermals zu wählen. Erhalten bei der Stichwahl beide Bewerber die gleiche Stimmenzahl, so entscheidet das vom Präsidenten des Volkstages zu ziehende Los.

*Artikel 28.*

In der nächsten nach der Wahl stattfindenden Sitzung des Volkstages wird das in den Senat eintretende Mitglied in Gegenwart des Senats durch den Präsidenten des Volkstages oder dessen Stellvertreter in sein Amt eingeführt.

Das neue Senatsmitglied hat durch Handschlag zu geloben:

«Ich werde die mir als Mitglied des Senats obliegenden Pflichten getreulich erfüllen, mein Amt gewissenhaft führen, die Verfassung und die Gesetze beobachten, verschwiegen sein in allem, was geheimzuhalten mir geboten wird, und das Wohl der Freien Stadt Danzig nach besten Kräften fördern».

Die Beifügung einer religiösen Beteuerung ist zulässig.

*Artikel 29.*

Die Mitglieder des Senats sind einzeln und in ihrer Gesamtheit von dem Vertrauen des Volkstages abhängig und haben von ihrem Amt zurückzutreten, wenn der Volkstag ihnen sein Vertrauen durch ausdrücklichen Beschluß entzieht. Der Antrag auf Entziehung des Vertrauens bedarf der Unterschrift von wenigsten fünfzehn Abgeordneten. Er ist mindestens eine Woche vor der Verhandlung allen Abgeordneten und dem Senat mitzuteilen. Der Beschluß erfordert die Zustimmung der Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Abgeordneten und, sofern er nicht mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der Anwesenden gefaßt ist, eine zweite Beratung und Abstimmung frühestens nach sieben Tagen. In diesem Falle genügt der Beschluß der Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Abgeordneten.

*Artikel 33.*

Die Rechtsverhältnisse der besoldeten Mitglieder des Senats sowie die Aufwandsentschädigung für die unbesoldeten Mitglieder des Senats werden durch Gesetz geregelt.

*Artikel 34.*

Die besoldeten Mitglieder des Senats dürfen kein anderes öffentliches Amt und ohne Genehmigung des Senats auch keine sonstige Berufstätigkeit, die unbesoldeten ein öffentliches Amt nur mit Genehmigung des Senats ausüben.

Die Zugehörigkeit zu dem Verwaltungs- oder Aufsichtsrat einer auf Erwerb gerichteten Gesellschaft bedarf der Zustimmung des Senats.

*Artikel 69.*

Die Stadt Danzig ist eine selbstständige Gemeinde des Staates mit eigenem Vermögen.

Die Gemeindeangelegenheiten der Stadt Danzig gelten als Angelegenheiten des Staates und werden von Senat und Volkstag geleitet.

Zur Beschlußfassung über Gemeindeangelegenheiten der Stadt

Danzig wird vom Volkstag aus seiner Mitte und aus anderen Angehörigen der Stadt Danzig eine Stadtbürgerschaft gewählt. Die Zusammensetzung und Zuständigkeit regelt ein besonderes Gesetz.

Die Bestimmungen dieses Artikels können durch ein Gesetz geändert werden, das mit Zweidrittelmehrheit und bei Anwesenheit von mindestens zwei Dritteln der gewählten Abgeordneten beschlossen wird.

Der Senat ist verpflichtet, dem Volkstag ein solches Gesetz bis zum 31. Oktober 1931 vorzulegen.

## 2) Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Senats (Senatorengesetz). Vom 9. Januar 1931.

§ 1.

(1) Die Mitglieder des Senats stehen in einem besonderen durch die Verfasssung und dieses Gesetz geregelten öffentlich-rechtlichen Amtsverhältnisse zum Staate.

(2) Die Vorschriften des Reichsbeamtengesetzes in der für Danzig geltenden Fassung und die entsprechenden in Danzig geltenden preußischen Vorschriften sowie das Danziger Besoldungsgesetz, Beamten-Ruhestandsgesetz, Beamten-Hinterbliebenengesetz und Unfallfürsorgegesetz für Beamte finden auf die Mitglieder des Senats keine Anwendung. Die in andern Gesetzen und in Verordnungen allgemein für unmittelbare Staatsbeamte enthaltenen Vorschriften gelten auch für sie, soweit in diesem Gesetz nichts anderes bestimmt ist.

§ 2.

(1) Das Amt als Mitglied des Senats beginnt mit der Annahme der Wahl. Die Mitglieder des Senats erhalten über ihre Wahl eine vom Senat vollzogene Urkunde; bei Beendigung ihres Amtsverhältnisses ist diese Urkunde dem Senat zur Eintragung eines Vermerks über die Beendigung zurückzugeben und den Inhabern alsdann wieder auszuhändigen.

(2) Ein zum Mitglied des Senats Gewählter, der die Danziger Staatsangehörigkeit nicht besitzt, erwirbt diese Staatsangehörigkeit mit der Annahme der Wahl und mit der Aushändigung der Bestätigungsurkunde nach vollzogener Einführung in das Amt. Der Gewählte ist verpflichtet, seine Entlassung aus der bisherigen Staatsangehörigkeit unverzüglich herbeizuführen.

§ 3.

(1) Die Mitglieder des Senats sollen zum Amt eines Schöffen, Geschworenen oder Mitglieds eines Verwaltungsgerichts nicht berufen werden.

(2) Die besoldeten Mitglieder des Senats dürfen während ihrer Amtszeit gegen Entgelt nicht als Schiedsrichter tätig sein.

§ 4.

Die Mitglieder des Senats sind während und nach Beendigung ihres Amtsverhältnisses verpflichtet, Verschwiegenheit über solche ihnen amtlich bekanntgewordenen Angelegenheiten zu wahren, deren Geheimhaltung ihrer Natur nach erforderlich, besonders vorgeschrieben oder vom Senat beschlossen worden ist.

§ 5.

(1) Die Mitglieder des Senats dürfen, auch wenn sie nicht mehr im Amt sind, über Umstände, auf die sich ihre Pflicht zur Amtsverschwiegenheit bezieht, als Zeugen oder Sachverständige in einem Zivilprozeß, Strafprozeß, Verwaltungsstreitverfahren oder einem sonstigen Verfahren nur mit Genehmigung des Senats vernommen werden. Die Genehmigung zur Vernehmung als Zeuge darf nur versagt werden, wenn die Ablegung des Zeugnisses dem Wohle des Staates Nachteile bereiten würde.

(2) Über andere Umstände dürfen die im Amt befindlichen Mitglieder des Senats als Sachverständige nicht vernommen werden, wenn der Senat erklärt, daß die Vernehmung den dienstlichen Interessen Nachteile bereiten würde.

(3) Die Mitglieder des Senats sind am Sitz des Senats oder, wenn sie sich außerhalb des Sitzes des Senats aufhalten, an dem Aufenthaltsorte zu vernehmen. Zu einer Abweichung von dieser Bestimmung bedarf es der Genehmigung des Senats.

§ 6.

Ein Dienststrafverfahren gegen Mitglieder des Senats als solche findet nicht statt. Ihre Verantwortlichkeit für schuldhafte Verletzung der Verfassung oder eines Gesetzes bestimmt sich nach Art. 32 der Verfassung.

§ 7.

Die Mitglieder des Senats sind berechtigt, jederzeit von ihrem Amte zurückzutreten. Tritt der gesamte Senat zurück, so hat er gemäß Art. 31 der Verfassung die Geschäfte bis zur Wahl eines neuen Senats weiterzuführen.

§ 8.

(1) Die besoldeten Mitglieder des Senats erhalten vom Beginn des Kalendermonats ab, in dem sie die Wahl angenommen haben, bis zum Schlusse des Kalendermonats, in dem das Amtsverhältnis endigt, folgende Amtsbezüge:

a) ein Amtsgehalt von monatlich 1500 G,

b) den jeweiligen Wohnungsgeldzuschuß der unmittelbaren Staatsbeamten nach Tarifklasse I,

c) der Präsident des Senats eine Dienstaufwandsentschädigung von monatlich 1000 G.

(2) Die Amtsbezüge werden monatlich im voraus gezahlt.

(3) Hat ein besoldetes Mitglied des Senats für einen Zeitraum, für den ihm Amtsbezüge zu zahlen sind, aus einer Verwendung im Danziger Staats- oder Gemeindedienst Anspruch auf Diensteinkommen, Wartegeld oder sonstige Bezüge, so ruht für die Dauer des Zusammentreffens der Anspruch auf diese Bezüge bis zur Höhe des Betrages der Amtsbezüge.

(4) Die Amtsbezüge können durch Gesetz geändert werden.

§ 9.

(1) Den besoldeten Mitgliedern des Senats wird für den infolge ihrer Wahl erforderlich werdenden Umzug Entschädigung gewährt, es sei denn, daß sie ihren Wohnsitz in der Stadtgemeinde Danzig oder in Orten hatten, die durch regelmäßigen Vorortverkehr mit der Stadt Danzig verbunden sind.

(2) Den besoldeten Mitgliedern des Senats kann eine Dienstwohnung zugewiesen werden; in diesem Falle erhalten sie keinen Wohnungsgeldzuschuß. Haben sie eine Dienstwohnung bezogen, so sind sie nach Beendigung des Amtsverhältnisses berechtigt, sie noch für die Dauer von 3 Monaten unter denselben Bedingungen wie bisher zu benutzen, es sei denn, daß ihnen schon früher eine angemessene Wohnung nachgewiesen wird. Der Monat, in dem das Amtsverhältnis endigt, wird hierbei nicht mitgerechnet.

(3) Wird einem besoldeten Mitglied des Senats als solchem eine Dienstwohnung zugewiesen, so ist ihm in jedem Falle beim Beziehen und beim Aufgeben der Dienstwohnung eine Umzugskostenentschädigung zu gewähren.

(4) Bei amtlicher Tätigkeit außerhalb der Stadtgemeinde Danzig erhalten die Mitglieder des Senats Tagegelder und Entschädigungen für Reisekosten.

(5) Die weiteren Bestimmungen über Dienstwohnungen, Umzugskostenentschädigungen, Tagegelder und Entschädigung für Reisekosten erläßt der Senat.

§ 10.

(1) Ehemalige besoldete Mitglieder des Senats erhalten von dem Zeitpunkt ab, in dem ihre Amtsbezüge aufhören, Übergangsgeld.

(2) Das Übergangsgeld wird für die gleiche Anzahl von Monaten gezahlt, für die der Berechtigte Amtsbezüge erhalten hat, jedoch mindestens für 6 Monate und höchstens für 5 Jahre. Die nach Satz 1 sich ergebende Zeit erhöht sich um die Zahl der Monate, für die der Berechtigte vom Beginn des Monats ab, in dem er das 50. Lebensjahr vollendet hat, Amtsbezüge erhalten hat. Das Übergangsgeld wird monatlich im voraus gezahlt.

(3) Das Übergangsgeld beläuft sich

1. für die ersten 3 Monate, die dem in Absatz 1 bezeichneten Zeitpunkt folgen, auf den vollen Betrag der im § 8 Abs. 1 unter a) und b) genannten Bezüge,

2. für die folgenden 3 Monate auf 75 v. H. der unter Nr. 1 genannten Bezüge,

3. für die spätere Zeit auf 50 v. H. der unter Nr. 1 genannten Bezüge.

(4) Im Falle des Beginns einer erneuten Amtszeit als besoldetes Mitglied des Senats vor Ablauf der Bezugszeit für das Übergangsgeld aus der früheren Amtszeit verlängert sich nach dem Wiederausscheiden die Bezugszeit für das Übergangsgeld aus der neuen Amtszeit um die noch nicht abgelaufene Bezugszeit aus der früheren Amtszeit. Die Höchstdauer für die Gewährung des Übergangsgeldes darf durch diese Verlängerung nicht überschritten werden.

§ 11.

(1) Hat ein besoldetes Mitglied des Senats bei Ausübung seines Amtes oder im Zusammenhange mit seiner Amtsführung ohne eigenes Verschulden eine Gesundheitsschädigung erlitten, die seine Arbeitsfähigkeit wesentlich und dauernd beeinträchtigt, so ist ihm eine Ruherente zu bewilligen.

(2) Die Ruherente beträgt 25 v. H. der im § 8 Abs. 1 unter a) und b) genannten Bezüge. Beim Vorliegen besonderer Verhältnisse kann sie bis auf 50 v. H. erhöht werden. Die Ruherente wird im Anschluß an das Übergangsgeld monatlich im voraus gezahlt.

(3) Darüber, ob die Voraussetzungen für die Gewährung einer Ruherente vorliegen, sowie ob und inwieweit die Vorschrift des Abs. 2 Satz 2 anzuwenden ist, entscheidet unter Ausschluß des Rechtsweges endgültig der Senat.

§ 12.

Bezieht ein ehemaliges besoldetes Mitglied des Senats für einen Zeitraum, für den ihm Übergangsgeld oder Ruherente zusteht, aus einer Wiederverwendung im Staats- oder in einem sonstigen öffentlichen Dienste des In- oder Auslandes ein Diensteinkommen, Wartegeld oder Ruhegehalt, so ermäßigt sich für die Dauer dieses Zusammentreffens das Übergangsgeld oder die Ruherente um den Betrag des Diensteinkommens, Wartegeldes oder Ruhegehalts. Dies gilt auch hinsichtlich des Einkommens aus einer Tätigkeit, für die eine Vergütung gewährt wird, die ganz oder überwiegend mittelbar oder unmittelbar aus öffentlichen Mitteln des In- oder Auslandes fließt. Die Sonderregelung der §§ 20, 21 bleibt dabei unberührt.

§ 13.

(1) Stirbt ein besoldetes Mitglied des Senats, so stehen seinen Hinterbliebenen (Witwe und eheliche oder für ehelich erklärte Kinder) für die auf den Sterbemonat folgenden 3 Monate noch die vollen im § 8 Abs. 1 unter a) und b) bezeichneten Amtsbezüge und sodann Hinterbliebenenbezüge zu. War eine Dienstwohnung zugewiesen, so müssen die für den amtlichen Gebrauch bestimmten Räume sofort freigestellt

werden; im übrigen gelten die Vorschriften im § 9 Abs. 2 und 5 entsprechend.

(2) Die Hinterbliebenenbezüge werden aus dem Übergangsgelde nach § 10 Abs. 3 Nr. 2 und 3 berechnet, das dem Verstorbenen zugestanden hätte, wenn er am Tage seines Todes aus dem Amte ausgeschieden wäre, und zwar erhalten:

a) die Witwe 60 v. H.,

b) jede Halbwaise 12 v. H., jede Vollwaise 20 v. H. dieses Übergangsgeldes. Die Bezüge zu a) und b) dürfen zusammen den Betrag des Übergangsgeldes, aus dem sie zu errechnen sind, nicht übersteigen; gegebenenfalls werden die einzelnen Sätze in gleichem Verhältnis gekürzt.

(3) Die Amtsbezüge für die auf den Sterbemonat folgenden 3 Monate werden im voraus in einer Summe, die Hinterbliebenenbezüge monatlich im voraus gezahlt.

(4) Der Anspruch auf Hinterbliebenenbezüge besteht für die gleiche Zeitdauer, für die der Verstorbene Übergangsgeld bezogen haben würde. Er erlischt jedoch

a) für jeden Berechtigten mit Ablauf des Monats, in dem er sich verheiratet oder stirbt,

b) für jede Waise mit Ablauf des Monats, in dem sie das 18. Lebensjahr vollendet.

(5) Im übrigen gelten die §§ 12 und 21 entsprechend.

§ 14.

Stirbt ein ehemaliges besoldetes Mitglied des Senats vor Ablauf der Zeit, für die ihm Übergangsgeld zusteht, so gelten die Vorschriften des § 13 mit der Maßgabe, daß an Stelle der vollen Amtsbezüge für die auf den Sterbemonat folgenden 3 Monate das Übergangsgeld tritt, das dem Verstorbenen für diese Zeit noch zugestanden hätte.

§ 15.

(1) Stirbt ein ehemaliges besoldetes Mitglied des Senats während des Bezuges einer Ruherente, so erhalten seine Hinterbliebenen für die auf den Sterbemonat folgenden 3 Monate noch die volle Ruherente des Verstorbenen und sodann aus ihr nach § 13 berechnete Hinterbliebenenbezüge.

(2) Abs. 1 gilt für Hinterbliebene von besoldeten Mitgliedern des Senats entsprechend, wenn die Ruherente zwar bewilligt, aber wegen des zunächst zustehenden Übergangsgeldes noch nicht bezogen oder wenn die Ruherente vor dem Ableben des Verstorbenen noch nicht bewilligt ist, obschon die im § 11 erwähnten Voraussetzungen gegeben sind. Soweit dem Verstorbenen für die auf den Sterbemonat folgende Zeit noch Übergangsgeld zugestanden hätte, tritt an Stelle der Ruherente das Übergangsgeld.

§ 16.

Das Recht auf den Genuß der in den §§ 8, 10, 11 und 13 bis 15

genannten Bezüge ruht, wenn ein Berechtigter die Danziger Staatsangehörigkeit verliert bis zu deren etwaiger Wiedererlangung.

§ 17.

Die unbesoldeten Mitglieder des Senats erhalten vom Beginn des Kalendermonats, in dem sie die Wahl angenommen haben, bis zum Schluß des Kalendermonats, in dem das Amtsverhältnis endet, eine steuerfreie Aufwandsentschädigung von 250 G monatlich.

§ 18.

Sind die Mitglieder des Senats zugleich Volkstagsabgeordnete, so wird die ihnen als solche zustehende Aufwandsentschädigung auf die Amtsbezüge der vollbesoldeten Senatoren bzw. auf die Aufwandsentschädigung der unbesoldeten Senatoren angerechnet.

§ 19.

Hat ein unbesoldetes Mitglied des Senats bei Ausübung seines Amtes oder im Zusammenhange mit seiner Amtsführung ohne eigenes Verschulden eine Gesundheitsschädigung erlitten, die seine Arbeitsfähigkeit wesentlich und dauernd beeinträchtigt, so ist ihm auf Antrag nach billigem Ermessen des Senats eine Entschädigung zu gewähren.

§ 20.

(1) Wird ein im Dienst oder Wartestand befindlicher unmittelbarer Staatsbeamter (mit Ausnahme der bisherigen Mitglieder des Senats im Hauptamt als solche) zum besoldeten Mitglied des Senats gewählt, so tritt er mit dem Tage der Annahme seiner Wahl kraft Gesetzes mit Ruhegehalt in den Ruhestand.

(2) Bei einem im Dienst befindlichen Beamten beträgt das Ruhegehalt, wenn seine letzte Beamtenstelle eine solche mit festem Gehalt war, 80 v. H. des ruhegehaltsfähigen Diensteinkommens dieser Stelle, andernfalls 80 v. H. des ruhegehaltsfähigen Diensteinkommens der letzten Dienstaltersstufe seiner Besoldungsgruppe. Bei einem im Wartestand befindlichen Beamten beträgt das Ruhegehalt 80 v. H. des ruhegehaltsfähigen Diensteinkommens, das der Berechnung seines Wartegeldes zugrunde gelegt ist. Für unmittelbare Staatsbeamte im Ruhestand, welche als solche zu besoldeten Mitgliedern des Senats gewählt worden sind und im Zeitpunkt der Annahme der Wahl noch nicht das Höchstruhegehalt bezogen, wird das Ruhegehalt nach ihrem Ausscheiden wie für Wartestandsbeamte neuberechnet.

(3) Innerhalb 6 Monaten nach seinem Ausscheiden aus der Stellung als besoldetes Mitglied des Senats ist ein vor seiner Wahl zum besoldeten Mitglied des Senats im Dienst oder Wartestand befindlicher unmittelbarer Staatsbeamter (mit Ausnahme der bisherigen Mitglieder des Senats im Hauptamt als solche) berechtigt und auf Verlangen des Senats verpflichtet, in die zuletzt von ihm versehene Dienststelle als

Beamter wieder einzutreten. Ist diese Dienststelle nicht frei, so ist er in derselben Zeit berechtigt und auf Verlangen des Senats verpflichtet, eine andere Dienststelle im unmittelbaren Staats- oder öffentlichen Schuldienst zu übernehmen. Die Dienststelle muß seiner früheren Stelle als Beamter entsprechen.

(4) Über Streitigkeiten, welche sich aus der Bestimmung des Abs. 3 ergeben, entscheidet auf Antrag des Senats oder des ehemaligen besoldeten Mitgliedes des Senats unter Ausschluß des Rechtsweges das Oberverwaltungsgericht zu Danzig endgültig. Führt die Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts zu keiner Übernahme einer Beamtendienststelle durch das ehemalige besoldete Mitglied des Senats, so läuft von dem Tage der Entscheidung an eine neue dreimonatliche Frist für die Berechtigung und Verpflichtung des ehemaligen besoldeten Senatsmitgliedes zur Übernahme einer Beamtendienststelle. Über Streitigkeiten entscheidet auch in diesem Falle das Oberverwaltungsgericht endgültig. Führt die Entscheidung wieder zu keiner Übernahme einer Beamtendienststelle durch das ehemalige besoldete Mitglied des Senats, so ist seine nach Abs. 2 bestehende Berechtigung und Verpflichtung zur Übernahme einer Dienststelle im unmittelbaren Staats- oder öffentlichen Schuldienst damit erloschen.

(5) Im Falle eines Wiedereintritts eines ehemaligen unmittelbaren Staatsbeamten, welcher besoldetes Mitglied des Senats gewesen ist, in den Staatsdienst nach Maßgabe der Abs. 3 und 4 wird die Dauer seiner Amtszeit als besoldetes Mitglied des Senats mit dem doppelten Zeitmaß, die Zeit vom Ausscheiden aus seiner Stellung als besoldetes Mitglied des Senats bis zum Wiedereintritt in den Staatsdienst als Beamter mit dem einfachen Zeitmaß auf das Besoldungsdienstalter als Beamter in Anrechnung gebracht.

(6) Abs. 1—5 gelten sinngemäß für die zu besoldeten Mitgliedern des Senats gewählten Gemeindebeamten mit der Abweichung, daß sich das Recht und die Pflicht auf Übernahme einer Beamtendienststelle nur auf Stellen des unmittelbaren Staatsdienstes bezieht. Die Ruhegehalts- und Hinterbliebenenbezüge werden vom Staate gezahlt und von der Gemeinde oder dem Gemeindeverband anteilig erstattet, und zwar in Höhe der Bezüge, die nach den geltenden Versorgungsvorschriften für die Beamten und Hinterbliebenen der Gemeinde oder des Gemeindeverbandes vom Tage des Übertritts in den Ruhestand an (Abs. 1) jeweils zuständig gewesen wären.

(7) Gemeindebeamte, die im Zeitpunkt der Annahme ihrer Wahl zum besoldeten Mitglied des Senats noch keinen Ruhegehaltsanspruch gegen die Gemeinde oder den Gemeindeverband hatten, erwerben einen solchen Anspruch nach Maßgabe der Abs. 1—5 nur gegen den Staat.

(8) Im Falle der Versetzung eines unmittelbaren Staatsbeamten oder ehemaligen Gemeindebeamten in den Ruhestand, welcher nach Maßgabe der Abs. 3 und 4 in den Staatsdienst getreten ist, erhält er ein Ruhegehalt nach den bestehenden Versorgungsvorschriften, mindestens jedoch das s. Z. nach Abs. 2 festgesetzte Ruhegehalt. Das

gleiche gilt im Falle seines Todes für die Errechnung seiner Hinterbliebenenbezüge.

§ 21.

Soweit nach § 20 ein Diensteinkommen, Ruhegehalt oder Hinterbliebenenbezüge gewährt werden, sowie für die sonstigen im Ruhestand befindlichen unmittelbaren Staats- und Gemeindebeamten und ihre Hinterbliebenen, ruht während der Zeit, für die sie Amtsbezüge (§ 8), Übergangsgeld (§ 10), Ruherente (§ 11) oder Hinterbliebenenbezüge (§ 13) beziehen, der Anspruch auf Diensteinkommen, Ruhegehalt oder Hinterbliebenenbezüge aus dem Beamtenverhältnis insoweit, als er die genannten Bezüge nicht übersteigt.

§ 22.

Für die auf Grund der Verfassungsänderung vom 4. Juli 1930 (G. Bl. S. 179) erstmalig gewählten besoldeten Mitglieder des Senats tritt in den Fällen des § 2 Satz 1 und § 8 Abs. 1 und § 20 Abs. 1 und 2 an die Stelle des Zeitpunktes der Annahme der Wahl der Zeitpunkt der Einführung in das Amt (Art. 10 Abs. 2 der genannten Verfassungsänderung).

§ 23.

I. Das Gesetz betr. die Aufwandsentschädigung der Volkstagsabgeordneten und nebenamtlichen Senatoren vom 2. Februar 1923 (G. Bl. S. 171) in der Fassung der Gesetze vom 19. Juli 1924, 19. Februar 1926 und 15. Dezember 1928 (G. Bl. S. 287, 39 und 419) wird wie folgt geändert:

1. In der Überschrift werden die Worte »und nebenamtlichen Senatoren« getrichen.

2. Im § 9 Satz 3 wird der Satzteil »die Aufwandsentschädigung des stellvertretenden Präsidenten des Senats jedoch nur zu einem Teilbetrage von 250 G« gestrichen.

3. Der § 10 wird gestrichen.

II. Die Zivilprozeßordnung wird wie folgt geändert:

(1) Im § 376 ist

a) im Absatz 1 der zweite Satz zu streichen,

b) folgender neuer Absatz als letzter Absatz anzufügen:
»Für die Mitglieder des Senats gelten die Vorschriften des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Senats.«

(2) Im § 382

a) ist der Absatz 1 zu streichen,

b) sind in Abs. 3 die auf die Mitglieder des Senats bezüglichen Worte zu streichen,

c) ist folgender neuer Absatz als letzter Absatz anzufügen:
»Für die Mitglieder des Senats gelten die Vorschriften des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Senats.«

(3) Im § 408 wird dem Absatz 2 folgender Satz angefügt:
»Für die Mitglieder des Senats gelten die Vorschriften des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Senats.«

III. Die Strafprozeßordnung wird wie folgt geändert:

(1) Im § 49
a) ist Absatz 1 zu streichen,
b) sind in Absatz 3 die auf die Mitglieder des Senats bezüglichen Worte zu streichen,
c) ist folgender neuer Absatz als letzter Absatz anzufügen:
»Für die Mitglieder des Senats gelten die Vorschriften des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Senats.«

(2) Im § 54 ist
a) in Absatz 1 der zweite Satz zu streichen,
b) folgender neuer Absatz als letzter Absatz anzufügen:
»Für die Mitglieder des Senats gelten die Vorschriften des »Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Senats.«

(3) Im § 76 wird dem Absatz 2 folgender Satz angefügt:
»Für die Mitglieder des Senats gelten die Vorschriften des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Senats.«

IV. Das Gesetz betr. die Reisekosten der Staatsbeamten vom 20. Juni 1923 (G. Bl. S. 760) in der Fassung des Gesetzes vom 3. Oktober 1924 (G. Bl. S. 454) und der Verordnung vom 3. Dezember 1928 (G. Bl. S. 418) wird wie folgt geändert:
1. Im § 2 Abs. 1 ist in Spalte 1 des Schemas die Eintragung »Zur Stufe V« und in Spalte 3 die Eintragung »1 und 2 und nebenamtlichen Senatoren« zu streichen.
2. Im § 4 Abs. 2 ist unter c »und V« zu streichen.

§ 24.

Dieses Gesetz tritt mit dem Tage seiner Verkündigung in Kraft.

Danzig, den 9. Januar 1931.

Der Senat der Freien Stadt Danzig
Dr. Sahm. Dr. Strunk.

# 6. Deutschland

## I. Gesetzgebung

### 1) Deutsches Auslieferungsgesetz

23. Dezember 1929, (RGBl. 1929 I S. 239)

Erster Abschnitt

*Auslieferung und Durchlieferung*

§ 1.

Ein Ausländer, der von der Behörde eines ausländischen Staates wegen einer strafbaren Handlung verfolgt wird oder verurteilt worden ist, kann der Regierung dieses Staates auf Ersuchen einer zuständigen Behörde zur Strafverfolgung oder Strafvollstreckung ausgeliefert werden.

§ 2.

(1) Die Auslieferung ist nur wegen einer Tat zulässig, die nach deutschem Rechte ein Verbrechen oder Vergehen ist.

(2) Die Auslieferung ist nicht zulässig, wenn die Tat nach deutschem Rechte nur nach den Militärstrafgesetzen strafbar ist oder nur mit einer Vermögensstrafe geahndet wird, die nicht in eine Freiheitsstrafe umgewandelt werden kann.

§ 3.

(1) Die Auslieferung ist nicht zulässig, wenn die Tat, welche die Auslieferung veranlassen soll, eine politische ist oder mit einer politischen Tat derart im Zusammenhange steht, daß sie diese vorbereiten, sichern, decken oder abwehren sollte.

(2) Politische Taten sind die strafbaren Angriffe, die sich unmittelbar gegen den Bestand oder die Sicherheit des Staates, gegen das Oberhaupt oder gegen ein Mitglied der Regierung des Staates als solches, gegen eine verfassungsmäßige Körperschaft, gegen die staatsbürgerlichen Rechte bei Wahlen oder Abstimmungen oder gegen die guten Beziehungen zum Ausland richten.

(3) Die Auslieferung ist zulässig, wenn sich die Tat als ein vorsätzliches Verbrechen gegen das Leben darstellt, es sei denn, daß sie im offenen Kampfe begangen ist.

§ 4.

Die Auslieferung ist nicht zulässig:

1. wenn die Gegenseitigkeit nicht verbürgt ist;
2. wenn die Strafverfolgung oder Strafvollstreckung wegen der Tat nach deutschem Rechte infolge Verjährung oder Gnadenerlasses oder aus anderen Gründen unzulässig sein würde;
3. wenn für die Tat die deutsche Gerichtsbarkeit begründet und gegen den Verfolgten von deutschen Behörden ein Urteil erlassen oder die Eröffnung des Hauptverfahrens abgelehnt ist.

§ 5.

Die Auslieferung ist nur zulässig, wenn ein Haftbefehl oder das vollstreckbare Straferkenntnis einer zuständigen Behörde des ausländischen Staates wegen der Tat vorgelegt ist.

§ 6.

Die Auslieferung ist nur zulässig, wenn Gewähr dafür besteht, daß der Ausgelieferte in dem Staate, an den er ausgeliefert worden ist, ohne deutsche Zustimmung weder wegen einer vor der Auslieferung begangenen Tat, für welche die Auslieferung nicht bewilligt ist, zur Untersuchung gezogen, bestraft oder an einen dritten Staat weitergeliefert noch aus einem anderen, vor der Auslieferung eingetretenen Rechtsgrund in seiner persönlichen Freiheit beschränkt wird, es sei denn, daß er das Gebiet der ausländischen Regierung innerhalb eines Monats nach dem Tage seiner Freilassung nicht verläßt oder daß er, nachdem er es verlassen hat, zurückkehrt oder von einer dritten Regierung von neuem ausgeliefert wird.

§ 7.

Die Auslieferung darf nur bewilligt werden, wenn das Gericht sie für zulässig oder der Verfolgte sich zu Protokoll eines Richters mit ihr einverstanden erklärt hat.

§ 8.

(1) Der Staatsanwalt bei dem Oberlandesgerichte bereitet die Entscheidung über die Auslieferung vor und führt die bewilligte Auslieferung durch.

(2) Für die gerichtliche Entscheidung über die Zulässigkeit der Auslieferung ist das Oberlandesgericht zuständig.

§ 9.

(1) Örtlich zuständig sind der Staatsanwalt und das Oberlandesgericht, in deren Bezirk der Verfolgte ergriffen oder, falls eine Ergreifung nicht erfolgt, ermittelt wird.

(2) Werden mehrere Personen, die wegen Täterschaft, Teilnahme, Begünstigung oder Hehlerei bei derselben Tat ausgeliefert werden sollen, in den Bezirken verschiedener Oberlandesgerichte ergriffen oder ermittelt, so haben der Staatsanwalt oder das Oberlandesgericht die Sache zu bearbeiten, die zuerst mit ihr befaßt werden.

(3) Ist der Aufenthalt des Verfolgten nicht bekannt, so bestimmt das Reichsgericht den Staatsanwalt und das Oberlandesgericht, welche die Sache zunächst zu bearbeiten haben. Wird der Verfolgte ergriffen oder ermittelt, so richtet sich die örtliche Zuständigkeit für das weitere Verfahren nach Abs. 1.

§ 10.

(1) Ein Ausländer kann zum Zwecke der Auslieferung an eine ausländische Regierung nach dem Eingang des Ersuchens um Auslieferung

in Haft genommen werden, wenn die Gefahr besteht, daß er sich dem Auslieferungsverfahren oder der Durchführung der Auslieferung entziehen werde, oder wenn Tatsachen vorliegen, aus denen zu schließen ist, daß er in dem gegen ihn schwebenden Strafverfahren die Wahrheitsermittelung erschweren werde; diese Tatsachen sind aktenkundig zu machen (Auslieferungshaft). Dies gilt nicht, wenn die Auslieferung von vornherein unzulässig erscheint.

(2) Die Auslieferungshaft kann unter den Voraussetzungen des Abs. 1 schon vor dem Eingang des Ersuchens um Auslieferung angeordnet werden, wenn eine zuständige Behörde des ausländischen Staates darum ersucht oder wenn ein Ausländer einer Tat, für welche die Auslieferung zulässig ist, dringend verdächtig erscheint (vorläufige Auslieferungshaft).

§ 11.

Über die Anordnung, Aufrechterhaltung, Vollstreckung oder Aufhebung der Auslieferungshaft und der vorläufigen Auslieferungshaft entscheidet das Oberlandesgericht.

§ 12.

(1) Die Auslieferungshaft und die vorläufige Auslieferungshaft werden durch schriftlichen Haftbefehl angeordnet.

(2) In dem Haftbefehl ist der Verfolgte und der Grund der Verhaftung zu bezeichnen. Auch ist anzugeben, an welchen Staat und wegen welcher Tat der Verfolgte ausgeliefert werden soll.

§ 13.

(1) Der Haftbefehl ist dem Verfolgten, wenn möglich, bei der Verhaftung bekanntzumachen. Geschieht dies durch Verkündung, so ist der Verfolgte darauf hinzuweisen, daß ihm auf Verlangen eine Abschrift erteilt wird. Ist die Bekanntmachung bei der Verhaftung nicht erfolgt, so ist dem Verfolgten der Grund der Verhaftung vorläufig mitzuteilen. Die Bekanntmachung des Haftbefehls ist in diesem Falle unverzüglich nachzuholen.

(2) Dem Verfolgten ist Gelegenheit zu geben, Angehörige, und, soweit er daran ein wesentliches Interesse hat, andere Personen von der Verhaftung zu benachrichtigen, sofern der Zweck der Haft dadurch nicht gefährdet wird.

§ 14.

Der Verfolgte ist unverzüglich, spätestens am Tage nach der Ergreifung, dem nächsten Amtsrichter vorzuführen. Der Richter hat ihn unverzüglich, spätestens am nächsten Tage, zu vernehmen.

§ 15.

(1) Bei der Vernehmung sind die persönlichen Verhältnisse des Verfolgten, insbesondere seine Staatsangehörigkeit, zu ermitteln; es

ist ihm Gelegenheit zu geben, sich zu der gegen ihn erhobenen Anschuldigung zu äußern.

(2) Bei der Vernehmung ist der Verfolgte ferner zu befragen, ob er Einwendungen gegen den Haftbefehl erhebe, und gegebenenfalls aufzufordern, die Tatsachen geltend zu machen, die gegen den Haftbefehl oder seine Vollstreckung sprechen.

(3) Ergibt sich bei der Vernehmung, daß der Haftbefehl aufgehoben oder der Ergriffene nicht der in dem Haftbefehle bezeichnete Verfolgte ist, so ist der Ergriffene unverzüglich freizulassen.

§ 16.

(1) Über die Einwendungen des Verfolgten gegen den Haftbefehl entscheidet das Oberlandesgericht.

(2) Das Oberlandesgericht kann anordnen, daß die Vollstreckung des Haftbefehls unterbleibt, wenn der Verfolgte Sicherheit dafür geleistet hat, daß er sich dem Auslieferungsverfahren und der Durchführung der Auslieferung nicht entziehen werde.

(3) Die §§ 118 bis 121 und § 122 Abs. 1, Abs. 2 Satz 1 und Abs. 3 der Strafprozeßordnung gelten entsprechend.

(4) Die Entscheidungen sind dem Verfolgten bekanntzumachen.

§ 17.

(1) Der Haftbefehl ist aufzuheben, wenn der angegebene Grund der Verhaftung weggefallen ist oder wenn die Auslieferung für unzulässig erklärt wird.

(2) Der Haftbefehl ist ferner aufzuheben, wenn der Staatsanwalt es beantragt. Gleichzeitig mit dem Antrag kann der Staatsanwalt die Freilassung des Verfolgten anordnen.

§ 18.

(1) Befindet sich der Verfolgte in vorläufiger Auslieferungshaft, so hat das Oberlandesgericht nach Eingang des Ersuchens um Auslieferung unverzüglich über die Fortdauer der Auslieferungshaft zu beschließen.

(2) Der Staatsanwalt beantragt die Aufhebung des Haftbefehls, wenn der Verfolgte sich seit dem Tage der Verhaftung einen Monat in vorläufiger Auslieferungshaft befunden hat, ohne daß ein Beschluß des Oberlandesgerichts über die Fortdauer der Haft ergangen ist.

(3) Das Oberlandesgericht kann auf Antrag des Staatsanwalts die Dauer der vorläufigen Auslieferungshaft um einen Monat verlängern, soweit ein außereuropäischer Staat um die Festnahme ersucht hat.

(4) Die Entscheidungen sind dem Verfolgten bekanntzugeben.

§ 19.

Ist die vorläufige Auslieferungshaft infolge Fristablaufs nach § 18 Abs. 2 und 3 aufgehoben worden, so darf sie nicht von neuem angeordnet werden.

§ 20.

Befindet sich der Verfolgte in Auslieferungshaft, so hat das Oberlandesgericht vor Ablauf von je zwei Monaten seit dem Tage der Verhaftung oder seit dem Tage des letzten, die Fortdauer der Auslieferungshaft anordnenden Beschlusses von Amts wegen zu entscheiden, ob die Auslieferungshaft aufrecht zu erhalten ist.

§ 21.

(1) Liegen die Voraussetzungen der vorläufigen Auslieferungshaft oder der Auslieferungshaft vor, so kann der Staatsanwalt und jeder Beamte des Polizei- und Sicherheitsdienstes einen Ausländer festnehmen oder festnehmen lassen; unter den Voraussetzungen des § 127 Abs. 1 der Strafprozeßordnung ist jedermann zur Festnahme berechtigt.

(2) Die §§ 14 und 15 Abs. 1 und 2 gelten entsprechend. Ergibt sich bei der Vernehmung, daß das Festnahmeersuchen zurückgenommen oder daß der Festgenommene nicht die in dem Ersuchen bezeichnete Person ist, so ist er unverzüglich freizulassen.

(3) Über die Anordnung der vorläufigen Auslieferungshaft oder der Auslieferungshaft entscheidet das Oberlandesgericht.

§ 22.

(1) Für die vorläufige Auslieferungshaft und die Auslieferungshaft sowie für die Haft nach § 21 gelten die Vorschriften der Strafprozeßordnung über den Vollzug der Untersuchungshaft entsprechend.

(2) Der Staatsanwalt bei dem Oberlandesgericht bestimmt die Anstalt, in welcher der Verfolgte zu verwahren ist.

(3) Die erforderlichen richterlichen Verfügungen trifft der Vorsitzende des Gerichts.

§ 23.

(1) Ist die vorläufige Auslieferungshaft oder die Auslieferungshaft angeordnet, der Aufenthalt des Verfolgten aber nicht bekannt, so kann der Staatsanwalt bei dem Oberlandesgericht einen Steckbrief erlassen.

(2) Der Steckbrief soll, soweit dies möglich ist, eine Beschreibung des Verfolgten enthalten und den Grund der Verhaftung angeben.

(3) Wird der Verfolgte auf Grund des Steckbriefs ergriffen, so richtet sich das weitere Verfahren nach den §§ 13 bis 15.

§ 24.

Nach dem Eingang des Ersuchens um Auslieferung beantragt der Staatsanwalt bei dem nach § 162 der Strafprozeßordnung zuständigen Amtsrichter die Vernehmung des Verfolgten. Bei der Vernehmung ist dem Verfolgten Gelegenheit zu geben, sich zu dem Ersuchen zu äußern. Er ist auch zu befragen, ob er sich mit der Auslieferung einverstanden erklärt.

§ 25.

(1) Hat sich der Verfolgte nicht zu Protokoll eines Richters mit der Auslieferung einverstanden erklärt, so beantragt der Staatsanwalt die

§ 29.

(1) Treten, nachdem das Gericht die Auslieferung für zulässig erklärt hat, Umstände ein, die es zweifelhaft erscheinen lassen, ob die Voraussetzungen der Zulässigkeit noch bestehen, so hat das Gericht auf Antrag des Staatsanwalts oder des Verfolgten über die Zulässigkeit der Auslieferung aufs neue zu beschließen.

(2) Das Gericht kann einen Aufschub der Durchführung der Auslieferung anordnen.

(3) Für das Verfahren gelten die §§ 26 bis 28.

§ 30.

Ist der Verfolgte auf freiem Fuße, so kann der Staatsanwalt gegen ihn zum Zwecke der Durchführung der Auslieferung einen Vorführungs- oder Haftbefehl erlassen. Entzieht sich der Verfolgte der Durchführung der Auslieferung, so kann der Staatsanwalt auch einen Steckbrief erlassen.

§ 31.

(1) Ist die Auslieferung durchgeführt und ersucht die ausländische Regierung um die Zustimmung zur Strafverfolgung, Strafvollstreckung oder Weiterlieferung wegen einer Tat, für welche die Auslieferung nicht bewilligt ist, so darf die Zustimmung nur erteilt werden, wenn die Auslieferung des Verfolgten wegen der Tat zulässig sein würde und der Ausgelieferte sich zu Protokoll eines Richters des ausländischen Staates mit der beabsichtigten Maßnahme einverstanden erklärt oder das Gericht entschieden hat, daß die Auslieferung zulässig sein würde.

(2) Der Antrag auf gerichtliche Entscheidung wird von dem Staatsanwalte gestellt, der mit der Auslieferung befaßt gewesen ist. Die gerichtliche Entscheidung kann auch dann herbeigeführt werden, wenn das Einverständnis des Ausgelieferten mit der beabsichtigten Maßnahme vorliegt.

(3) Für das Verfahren gelten die §§ 26 bis 29 entsprechend mit der Maßgabe, daß die Vernehmung oder Vorführung des Ausgelieferten nur mit Zustimmung des Staatsanwalts angeordnet werden kann.

§ 32.

(1) Der Verfolgte kann sich in jeder Lage des Verfahrens des Beistandes eines Rechtsanwalts oder eines Rechtslehrers an einer deutschen Hochschule bedienen. Die Wahl des Rechtsbeistandes ist dem Staatsanwalte bei dem Oberlandesgericht anzuzeigen.

(2) Hat das Oberlandesgericht nach § 26 Abs. 1 eine mündliche Verhandlung angeordnet, so hat der Vorsitzende des Gerichts gleichzeitig dem Verfolgten, der noch keinen Rechtsbeistand gewählt hat, für die Verhandlung einen Rechtsanwalt als Rechtsbeistand beizuordnen.

(3) Der Rechtsbeistand kann die dem Gerichte vorliegenden Akten über das Auslieferungsverfahren einsehen. Ihm ist schriftlicher und mündlicher Verkehr mit dem verhafteten Verfolgten gestattet. Der

Entscheidung des Oberlandesgerichts darüber, ob die Auslieferung zulässig ist.

(2) Der Staatsanwalt kann die Entscheidung des Oberlandesgerichts auch dann beantragen, wenn sich der Verfolgte mit der Auslieferung einverstanden erklärt hat.

§ 26.

(1) Das Oberlandesgericht kann vor der Entscheidung den Verfolgten vernehmen und Beweise über die Zulässigkeit der Auslieferung erheben; es kann die Vernehmung und die Beweiserhebung durch einen beauftragten oder ersuchten Richter veranlassen. Es kann auch eine mündliche Verhandlung anordnen.

(2) Von Ort und Zeit der Beweiserhebung oder der mündlichen Verhandlung sind der Staatsanwalt, der Verfolgte und sein Rechtsbeistand zu benachrichtigen. Ist der Verfolgte nicht auf freiem Fuße, so ist er zu der Beweiserhebung oder der mündlichen Verhandlung vorzuführen, es sei denn, daß er auf die Anwesenheit verzichtet oder daß der Vorführung weite Entfernung oder Krankheit des Verfolgten oder andere nicht zu beseitigende Hindernisse entgegenstehen.

(3) Bei der mündlichen Verhandlung muß der Staatsanwalt anwesend sein. Wird der Verfolgte zur mündlichen Verhandlung nicht vorgeführt, so muß ein Rechtsbeistand seine Rechte wahrnehmen. Den Beteiligten ist in der Verhandlung Gelegenheit zu geben, sich zur Sache zu äußern. Der § 245 Abs. 1 der Strafprozeßordnung gilt entsprechend; im übrigen bestimmt das Gericht Art und Umfang der Beweisaufnahme, ohne durch Anträge, Verzichte oder frühere Beschlüsse gebunden zu sein. Über die Verhandlung ist ein Protokoll aufzunehmen.

§ 27.

(1) Hält das Oberlandesgericht eine Entscheidung des Reichsgerichts für geboten, um eine Rechtsfrage von grundsätzlicher Bedeutung zu klären, oder will es von einer nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes ergangenen Entscheidung des Reichsgerichts über eine Rechtsfrage in Auslieferungssachen abweichen, so begründet es seine Auffassung und holt die Entscheidung des Reichsgerichts über die Rechtsfrage ein.

(2) Die Entscheidung des Reichsgerichts wird auch eingeholt, wenn der Oberreichsanwalt oder der Staatsanwalt sie zur Klärung einer Rechtsfrage beantragen.

(3) Die Entscheidung des Reichsgerichts ist in der Sache für das Oberlandesgericht bindend. Sie ergeht ohne mündliche Verhandlung.

§ 28.

Der Beschluß über die Zulässigkeit der Auslieferung ist zu begründen. Er ist nicht anfechtbar. Er wird dem Staatsanwalt und dem Verfolgten bekanntgemacht.

soll, eine Auslieferung nach den §§ 2, 3 und 4 Nr. 2 und 3 zulässig sein würde.

§ 35.

(1) Die Herausgabe ist nur zulässig, wenn die ausländische Regierung verpflichtet ist, die Rechte dritter Personen unberührt zu lassen und im Falle eines bei der Übergabe gemachten Vorbehalts die herausgegebenen Gegenstände auf Verlangen unverzüglich zurückzugeben.

(2) Soll die Herausgabe ohne Zusammenhang mit der Auslieferung oder Durchlieferung eines Verfolgten geschehen, so ist sie nur zulässig, wenn ein Beschlagnahmebeschluß vorliegt, der von einer zuständigen Behörde des ausländischen Staates erlassen ist.

§ 36.

Bei der Herausgabe ist Beteiligter, wer an dem Gegenstand ein Recht geltend macht.

§ 37.

(1) Der Staatsanwalt bei dem Oberlandesgerichte bereitet die Entscheidung über die Herausgabe vor und führt die bewilligte Herausgabe durch.

(2) Das Oberlandesgericht entscheidet über die Zulässigkeit der Herausgabe, wenn der Staatsanwalt oder ein Beteiligter es beantragt.

(3) Erklärt das Gericht die Herausgabe für zulässig, so kann das Gericht dem Beteiligten, der die gerichtliche Entscheidung beantragt hat, die der Staatskasse erwachsenen Kosten auferlegen.

§ 38.

(1) Örtlich zuständig sind, wenn die Herausgabe im Zusammenhange mit der Auslieferung oder Durchlieferung eines Verfolgten geschehen soll, der Staatsanwalt und das Oberlandesgericht, die in dem Verfahren über die Auslieferung oder Durchlieferung zuständig sind, wenn die Herausgabe ohne Zusammenhang mit einer Auslieferung oder Durchlieferung geschehen soll, der Staatsanwalt und das Gericht, in deren Bezirk sich die begehrten Gegenstände befinden. Wird die Herausgabe mehrerer Gegenstände begehrt, die sich in verschiedenen Bezirken befinden, so haben der Staatsanwalt und das Gericht die Sache zu bearbeiten, die zuerst mit der Sache befaßt werden.

(2) Die §§ 26 bis 29 und 32 Abs. 1 und 3 Satz 1 gelten entsprechend; an die Stelle des Verfolgten treten die Beteiligten.

§ 39.

(1) Gegenstände, deren Herausgabe an eine ausländische Regierung zulässig ist, können nach Eingang des Ersuchens um Herausgabe sichergestellt oder beschlagnahmt werden.

(2) Die Entscheidungen nach § 159 des Gerichtsverfassungsgesetzes erfolgen auf Antrag des Staatsanwalts bei dem Oberlandesgerichte.

Vorsitzende des Gerichts kann bis zur Anordnung einer mündlichen Verhandlung schriftliche Mitteilungen zurückweisen, wenn deren Einsicht ihm nicht gewährt wird. Er kann bis zur Anordnung einer mündlichen Verhandlung anordnen, daß Unterredungen mit dem Rechtsbeistand in seiner Gegenwart oder in Gegenwart eines beauftragten oder ersuchten Richters stattfinden.

(4) Der beigeordnete Rechtsanwalt ist verpflichtet, die Beistandsleistung zu übernehmen.

§ 33.

(1) Ein Ausländer, der von der Behörde eines ausländischen Staates wegen einer strafbaren Handlung verfolgt wird oder verurteilt worden ist, kann auf Ersuchen einer zuständigen Behörde dieses Staates durch das Gebiet des Deutschen Reichs durchgeliefert werden, wenn die Auslieferung des Verfolgten zulässig sein würde (§§ 1 bis 6).

(2) Für das Verfahren gelten die §§ 8, 32 Abs. 1 und 3 entsprechend mit folgender Maßgabe:

1. Einer gerichtlichen Entscheidung über die Zulässigkeit der Auslieferung bedarf es nicht. Auf Antrag des Staatsanwalts hat das Oberlandesgericht über die Zulässigkeit der Auslieferung zu beschließen. Die §§ 26 bis 31 gelten entsprechend; die Vernehmung oder Vorführung des Verfolgten kann nur mit Zustimmung des Staatsanwalts angeordnet werden.
2. Die Reichsregierung regelt mit Zustimmung des Reichsrats die örtliche Zuständigkeit des Staatsanwalts und des Oberlandesgerichts.

(3) Die Durchlieferung darf nicht bewilligt werden, wenn das Gericht erklärt hat, daß die Auslieferung unzulässig sein würde.

## Zweiter Abschnitt.

### *Herausgabe von Gegenständen*

§ 34.

(1) Auf Ersuchen einer zuständigen Behörde eines ausländischen Staates können der Regierung dieses Staates herausgegeben werden:

1. Gegenstände, die als Beweismittel für ein ausländisches Strafverfahren von Bedeutung sein können,
2. Gegenstände, die in einem ausländischen Strafverfahren der Einziehung oder Verfallerklärung unterliegen,
3. Gegenstände im Besitze des Verfolgten, die er oder ein Teilnehmer im Ausland durch die strafbare Handlung, wegen deren er verfolgt wird, oder als Entgelt für solche Gegenstände erlangt hat,
4. Gegenstände, die bei einer Durchlieferung mit dem Verfolgten übernommen werden.

(2) Die Herausgabe ist nur zulässig, wenn die Gegenseitigkeit verbürgt ist und in dem Strafverfahren, für das die Herausgabe geschehen

§ 40.

Die Herausgabe darf nicht bewilligt werden, wenn das Gericht sie für unzulässig erklärt hat.

## Dritter Abschnitt

### *Sonstige Rechtshilfe in Strafsachen*

§ 41.

(1) Rechtshilfe in Strafsachen ist auch in anderer Weise als durch Auslieferung, Durchlieferung oder Herausgabe von Gegenständen zulässig, wenn eine zuständige Behörde eines ausländischen Staates darum ersucht und die Gegenseitigkeit verbürgt ist.

(2) Auf Antrag des Staatsanwalts entscheidet das Oberlandesgericht darüber, ob diese Voraussetzungen vorliegen. Die Vorschriften der § 26 Abs. 1 Satz 1, §§ 27 bis 29 gelten entsprechend. Die Rechtshilfe darf nicht gewährt werden, wenn das Gericht sie für unzulässig erklärt hat.

(3) Rechtshilfe kann insbesondere dadurch gewährt werden, daß

1. behördliche Auskunft, namentlich Auskunft aus dem Strafregister, erteilt wird,
2. die ein Strafverfahren betreffenden Schriftstücke zugestellt und Ladungen bewirkt werden,
3. Untersuchungshandlungen vorgenommen werden, namentlich die Vernehmung von Beschuldigten, Zeugen und Sachverständigen, die Beschlagnahme und Durchsuchung und die Einnahme des richterlichen Augenscheins,
4. verhaftete Personen ausländischen Behörden zugeführt werden, damit sie als Zeugen vernommen oder anderen Personen gegenübergestellt werden.

§ 42.

Die zur Leistung der Rechtshilfe berufene Behörde hat dem Ersuchen zu entsprechen, wenn die Voraussetzungen vorliegen, unter denen von ihr eine deutsche Behörde Rechtshilfe beanspruchen könnte. Die Entscheidungen nach § 159 des Gerichtsverfassungsgesetzes erfolgen auf Antrag des Staatsanwalts bei dem Oberlandesgerichte.

§ 43.

(1) Die Ladung von Zeugen oder Sachverständigen zum Erscheinen vor ausländischen Behörden ist nur zulässig, wenn diese verpflichtet sind, die geladenen Personen ohne Rücksicht auf ihre Staatsangehörigkeit weder wegen Täterschaft, Teilnahme, Hehlerei oder Begünstigung bei der den Gegenstand der Untersuchung bildenden oder einer anderen vor der Ausreise aus dem Gebiete des Deutschen Reichs begangenen Straftat zu verfolgen oder zu bestrafen noch aus einem sonstigen vorher eingetretenen Rechtsgrund in ihrer persönlichen Freiheit zu beschränken, es sei denn, daß diese innerhalb einer Woche nach dem Tage, an

dem sie entlassen werden und die Ausreise möglich ist, das Gebiet der ausländischen Regierung nicht verlassen.

(2) Die Zuführung einer verhafteten Person ist nur unter entsprechen den Bedingungen zulässig.

## Vierter Abschnitt

*Schlußbestimmungen*

§ 44.

(1) Zur Entscheidung über die Ersuchen der ausländischen Regierungen ist die Reichsregierung zuständig.

(2) Die Reichsregierung kann die Ausübung ihrer Befugnisse den Landesregierungen übertragen. Diese haben das Recht der weiteren Übertragung.

§ 45.

Kosten der Rechtshilfe in Strafsachen, die bei deutschen Behörden entstehen, können deutscherseits übernommen werden, wenn die Gegenseitigkeit verbürgt ist.

§ 46.

(1) Vereinbarungen mit ausländischen Regierungen über die Rechtshilfe in Strafsachen bedürfen nicht der Zustimmung des Reichstags, wenn sie den Vorschriften dieses Gesetzes entsprechen.

(2) Die Vereinbarungen sind im Reichsgesetzblatt zu veröffentlichen und dem Reichstag bei seinem nächsten Zusammentritt zur Kenntnis zu bringen.

§ 47.

Für das Verfahren nach diesem Gesetze gelten, soweit es nicht anderes bestimmt, die Vorschriften des Gerichtsverfassungsgesetzes und der Strafprozeßordnung.

§ 48.

Die in diesem Gesetze dem Reichsgericht oder den Oberlandesgerichten zugewiesenen Geschäfte erledigt der Strafsenat, die dem Vorsitzenden des Gerichts zugewiesenen Geschäfte der Vorsitzende des Strafsenats.

§ 49.

Durch die Gesetzgebung eines Landes, in dem mehrere Oberlandesgerichte errichtet sind, können die nach diesem Gesetze den Oberlandesgerichten und den bei diesen bestehenden Staatsanwaltschaften zugewiesenen Aufgaben ausschließlich einem der Oberlandesgerichte und der bei diesem bestehenden Staatsanwaltschaft oder an deren Stelle dem Obersten Landesgericht und der bei diesem bestehenden Staatsanwaltschaft übertragen werden.

§ 50.

Die Strafprozeßordnung in der Fassung vom 22. März 1924 (Reichsgesetzbl. I S. 322) wird wie folgt geändert:

1. Hinter § 154 wird folgender § 154a eingestellt:

§ 154a.

Von der Erhebung der öffentlichen Klage kann abgesehen werden, wenn der Beschuldigte wegen der Tat einer ausländischen Regierung ausgeliefert wird.

Das gleiche gilt, wenn er wegen anderer Taten einer ausländischen Regierung ausgeliefert wird und die Strafe, zu der die inländische Verfolgung führen kann, neben der Strafe, zu der er im Ausland rechtskräftig verurteilt worden ist oder die er im Ausland zu erwarten hat, nicht ins Gewicht fällt.

Ist in den Fällen des Abs. 1 und 2 die öffentliche Klage bereits erhoben, so stellt das Gericht auf Antrag der Staatsanwaltschaft das Verfahren vorläufig ein. § 154 Abs. 3 bis 5 gilt mit der Maßgabe entsprechend, daß die Frist im Abs. 4 ein Jahr beträgt.

2. Hinter § 456 wird folgender § 456a eingestellt:

§ 456a.

Von der Vollstreckung der Freiheitsstrafe kann abgesehen werden, wenn der Verurteilte wegen einer anderen Tat einer ausländischen Regierung ausgeliefert wird.

§ 51.

Die Gebührenordnung für Rechtsanwälte in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. Mai 1898 (Reichsgesetzbl. S. 369, 692) wird wie folgt geändert:

Hinter § 75 wird folgender Abschnitt 4a eingestellt:

4a. Abschnitt

Gebühren für Beistandsleistung im zwischenstaatlichen Rechtshilfeverkehr

§ 75a.

Der Rechtsanwalt erhält für die Beistandsleistung nach §§ 32, 33 oder 38 Abs. 2 des Deutschen Auslieferungsgesetzes 40 Mark.

Für die Beistandsleistung bei einer mündlichen Verhandlung erhält er 80 Mark. Erstreckt sich die Verhandlung auf mehrere Tage, so erhöht sich die Gebühr für jeden weiteren Tag um fünf Zehnteile.

§ 75b.

Die im § 75a festgesetzten Gebühren umfassen die Anfertigung der Anträge, Gesuche und Erklärungen an alle beteiligten Behörden.

§ 75c.

Ist ein Rechtsanwalt gemeinschaftlicher Rechtsbeistand für mehrere Verfolgte, so erhöhen sich die Gebühren um fünf Zehnteile.

§ 52.

Die Bestimmungen des Gesetzes über vorübergehende Rechtspflegemaßnahmen im Hinblick auf das Saargebiet vom 10. März 1922 (Reichsgesetzbl. I S. 241) bleiben unberührt.

§ 53.

Der Reichsminister der Justiz kann bestimmen, daß die Zulässigkeit der Rechtshilfe im Verhältnis zu einzelnen ausländischen Regierungen von weiteren Voraussetzungen abhängig ist. Er kann auch für die Tätigkeit der Gerichtsbehörden Gebühren bestimmen.

§ 54.

Hat eine ausländische Regierung bei der Bewilligung von Rechtshilfe in Strafsachen die Verwertung der Rechtshilfe an eine Bedingung geknüpft, so ist die Bedingung im inländischen Verfahren zu beachten.

§ 55.

Dieses Gesetz tritt am 1. April 1930 in Kraft.

Berlin, den 23. Dezember 1929.

Der Reichspräsident
von Hindenburg

Der Reichsminister der Justiz
v. Guérard

## 2) Zündwarenmonopolgesetz [1])

**29. Januar 1930**

Text: siehe RGBl. 1930 Teil I S. 11

**Anlage: Satzung der Deutschen Zündwarenmonopolgesellschaft**

Text: siehe RGBl. 1930 I S. 20.

## 3) Gesetz zum Schutze der Republik

**Vom 25. März 1930 (RGBl. 1930 Teil I S. 91)**

Der Reichstag hat das folgende Gesetz beschlossen, das mit Zustimmung des Reichsrats hiermit verkündet wird:

[1]) Der dazu gehörige Vertrag zwischen dem Deutschen Reich und der Svenska Tändsticks-Aktiebolaget vom 26. Oktober 1929 ist abgedruckt Bd. II Teil II dieser Zeitschrift S. 298.



Bibliothek Stellig Max-Planck

§ 1.

Wer an einer Verbindung oder Verabredung teilnimmt, die Verbrechen wider das Leben bezweckt oder als Mittel für andere Zwecke in Aussicht nimmt, oder wer eine solche Verbindung unterstützt, wird mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft.

In besonders schweren Fällen ist die Strafe Zuchthaus bis zu zehn Jahren.

Nach diesen Vorschriften wird nicht bestraft, wer der Behörde oder dem Bedrohten so rechtzeitig Nachricht gibt, daß ein in Verfolgung der Bestrebungen der Verbindung oder Verabredung beabsichtigtes Verbrechen wider das Leben verhindert werden kann.

§ 2.

Wer von dem Bestehen einer im § 1 genannten Verbindung oder Verabredung oder von dem Plane oder dem Vorhaben, eine Person zu töten, glaubhafte Kenntnis erhält und es unterläßt, von dem Bestehen der Verbindung oder Verabredung, von dem Plane oder dem Vorhaben und von den ihm bekannt gewordenen Beteiligten der Behörde oder dem Bedrohten rechtzeitig Anzeige zu machen, wird mit Gefängnis bestraft.

Ein Geistlicher ist nicht verpflichtet, anzuzeigen, was ihm bei Ausübung der Seelsorge anvertraut worden ist.

Wer eine Anzeige unterläßt, die er gegen Verwandte auf- und absteigender Linie, Ehegatten oder Geschwister erstatten müßte, ist straffrei, wenn er sich ernstlich bemüht hat, sie von der Tat abzuhalten oder den Erfolg abzuwenden, es sei denn, daß es zu einer Tötung oder einem Tötungsversuche gekommen ist, die bei rechtzeitiger Erstattung der Anzeige hätten verhindert werden können. Unter denselben Voraussetzungen ist ein Rechtsanwalt, Verteidiger oder Arzt straffrei, der nicht anzeigt, was ihm bei Ausübung seines Berufs anvertraut worden ist.

§ 3.

Wer gegen den Reichspräsidenten oder gegen ein Mitglied der Reichsregierung oder einer Landesregierung einen Angriff auf Leib oder Leben (Gewalttätigkeit) begeht, wird, soweit nicht andere Vorschriften eine schwerere Strafe androhen, mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft.

Wer eine solche Gewalttätigkeit mit einem anderen verabredet oder, nachdem sie begangen worden ist, belohnt, wird mit Gefängnis bis zu drei Jahren, jedoch nicht unter einem Monat, bestraft.

§ 4.

Mit Gefängnis nicht unter drei Monaten wird, soweit nicht andere Vorschriften eine schwerere Strafe androhen, bestraft:

1. wer an einer geheimen oder staatsfeindlichen Verbindung (§§ 128, 129 des Strafgesetzbuchs), die die Bestrebung verfolgt, die

verfassungsmäßig festgestellte republikanische Staatsform des Reichs oder eines Landes zu untergraben, teilnimmt oder wer eine solche Verbindung unterstützt;

2. wer sich einer geheimen oder staatsfeindlichen Verbindung (§§ 128, 129 des Strafgesetzbuchs) anschließt, die selbst oder deren Mitglieder unbefugt Waffen besitzen.

§ 5.

Mit Gefängnis nicht unter drei Monaten, neben dem auf Geldstrafe erkannt werden kann, wird bestraft, wer öffentlich oder in einer Versammlung

1. die verfassungsmäßig festgestellte republikanische Staatsform des Reichs oder eines Landes beschimpft oder böswillig und mit Überlegung verächtlich macht oder dadurch herabwürdigt, daß er den Reichspräsidenten oder ein Mitglied der Reichs- oder einer Landesregierung beschimpft oder verleumdet;
2. die Farben oder Flaggen des Reichs oder eines Landes beschimpft oder böswillig und mit Überlegung herabzusetzen sucht;
3. einen verstorbenen Reichspräsidenten oder ein verstorbenes Mitglied der Reichsregierung oder einer Landesregierung in Beziehung auf sein Amt beschimpft oder verleumdet;
4. zu Gewalttätigkeiten gegen andere wegen ihrer politischen Betätigung oder zu Gewalttätigkeiten der im § 3 Abs. 1 bezeichneten Art auffordert oder eine solche Gewalttätigkeit, nachdem sie begangen worden ist, oder einen Hochverrat (§§ 81 bis 86 des Strafgesetzbuchs), der gegen die verfassungsmäßig festgestellte republikanische Staatsform des Reichs oder eines Landes oder den Bestand des Reichs oder eines Landes begangen worden ist, verherrlicht oder ausdrücklich billigt.

Sind mildernde Umstände vorhanden, so ist die Strafe Gefängnis, neben dem auf Geldstrafe erkannt werden kann.

§ 6.

Die Verurteilung zu Zuchthaus wegen Hochverrats oder wegen eines Verbrechens nach § 1 Abs. 2 dieses Gesetzes hat außer den im § 31 des Strafgesetzbuchs genannten Folgen den Verlust der aus öffentlichen Wahlen hervorgegangenen Rechte von Rechts wegen zur Folge.

Wird wegen Hochverrats oder wegen einer der in den §§ 1 bis 5 dieses Gesetzes bezeichneten Handlungen auf Gefängnis erkannt, so kann zugleich auf Unfähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter oder bei Soldaten auf Lösung des Dienstverhältnisses erkannt werden. Soweit nach anderen Vorschriften auf Verlust der aus öffentlichen Wahlen hervorgegangenen Rechte erkannt werden kann, behält es dabei sein Bewenden.

§ 7.

Deutsche und Ausländer können wegen der in den §§ 1 bis 5 be-

zeichneten Handlungen auch dann verfolgt werden, wenn diese Taten im Ausland begangen sind.

§ 8.

Versammlungen, in denen Zuwiderhandlungen gegen die §§ 1, 3, 4 oder 5 den Frieden stören und geduldet werden, können durch Beauftragte der Polizeibehörde aufgelöst werden.

Für die Mitteilung der Gründe der Auflösung, für das Beschwerdeverfahren und für die Bestrafung von Zuwiderhandlungen gelten die Vorschriften der § 2 Abs. 2, § 14 Abs. 2, §§ 16 und 18 Nr. 4 des Reichsvereinsgesetzes.

§ 9.

Sofern der Zweck eines Vereins den Strafbestimmungen dieses Gesetzes oder den §§ 81 bis 86 des Strafgesetzbuchs zuwiderläuft, sind für seine nach § 2 Abs. 1 des Reichsvereinsgesetzes zulässige Auflösung die obersten Landesbehörden oder die von ihnen bestimmten Stellen zuständig.

Der Reichsminister des Innern kann die obersten Landesbehörden um die Auflösung ersuchen. Glaubt die oberste Landesbehörde, einem solchen Ersuchen nicht entsprechen zu können, so teilt sie dies unverzüglich auf telegraphischem oder telephonischem Wege, spätestens aber am zweiten Tage nach Empfang des Ersuchens dem Reichsminister des Innern mit und ruft gleichzeitig auf demselben Wege die Entscheidung des Reichsverwaltungsgerichts an. Entscheidet dieses für die Auflösung, so hat die oberste Landesbehörde die erforderlichen Maßnahmen sofort zu treffen.

Gegen die Anordnung der Auflösung eines Vereins ist binnen zwei Wochen vom Tage der Zustellung oder Veröffentlichung ab die Beschwerde zulässig; sie hat keine aufschiebende Wirkung. Die Beschwerde ist bei der Stelle einzureichen, gegen deren Anordnung sie gerichtet ist. Diese hat sie unverzüglich an die oberste Landesbehörde abzugeben. Die oberste Landesbehörde kann der Beschwerde außer im Falle des Abs. 2 abhelfen; andernfalls hat sie die Beschwerde unverzüglich dem Reichsverwaltungsgerichte zur Entscheidung vorzulegen. Gegen eine Entscheidung der obersten Landesbehörde, die der Beschwerde abhilft, kann der Reichsminister des Innern die Entscheidung des Reichsverwaltungsgerichts anrufen.

Solange das Reichsverwaltungsgericht nicht besteht, tritt an seine Stelle ein Senat des Reichsgerichts, der durch den Geschäftsverteilungsplan bestimmt wird. Der Reichsminister des Innern erläßt im Einvernehmen mit dem Reichsminister der Justiz und mit Zustimmung des Reichsrats die Vorschriften über das Verfahren.

§ 10.

Wird ein Verein, weil sein Zweck den Strafbestimmungen dieses Gesetzes oder der §§ 81 bis 86 des Strafgesetzbuchs zuwiderläuft, auf-

gelöst, so kann sein Vermögen zugunsten des Landes beschlagnahmt und eingezogen werden.

Zur Vermeidung von Härten kann das Land aus dem eingezogenen Vereinsvermögen Gläubiger des Vereins befriedigen.

§ 11.

Wer sich an einem Verein, der wegen eines den Strafbestimmungen dieses Gesetzes oder der §§ 81 bis 86 des Strafgesetzbuchs zuwiderlaufenden Zweckes aufgelöst worden ist, als Mitglied beteiligt oder ihn auf andere Weise unterstützt oder den durch den Verein geschaffenen organisatorischen Zusammenhalt weiter aufrechterhält, wird mit Gefängnis nicht unter einem Monat bestraft.

Neben der Gefängnisstrafe kann auf Geldstrafe erkannt werden.

§ 12.

Die Vorschriften des Gesetzes über die Presse vom 7. Mai 1874 (Reichsgesetzbl. S. 65) über die Beschlagnahme von Druckschriften ohne richterliche Anordnung (§§ 23 ff. des Gesetzes) finden auf die in den §§ 1, 4 und 5 dieses Gesetzes und in den §§ 81 bis 86 und 110 des Strafgesetzbuchs bezeichneten strafbaren Handlungen mit der Maßgabe Anwendung, daß der Staatsanwaltschaft gegen den Beschluß des Gerichts, der die vorläufige Beschlagnahme aufhebt, die sofortige Beschwerde mit aufschiebender Wirkung zusteht.

§ 13.

Wird durch den Inhalt einer periodischen Druckschrift die Strafbarkeit einer der in den §§ 1, 4 und 5 dieses Gesetzes und in den §§ 81 bis 86 des Strafgesetzbuchs bezeichneten Handlungen begründet, so kann die periodische Druckschrift, wenn es sich um eine Tageszeitung handelt, bis auf die Dauer von vier Wochen, in anderen Fällen bis auf die Dauer von sechs Monaten verboten werden. Auf die Zuständigkeit und das Verfahren finden die Vorschriften des § 9 Anwendung.

Das Verbot einer Druckschrift umfaßt auch jede angeblich neue Druckschrift, die sich sachlich als die alte darstellt.

§ 14.

Wer eine nach § 13 verbotene periodische Druckschrift herausgibt, verlegt, druckt oder verbreitet, wird mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft, neben dem auf Geldstrafe erkannt werden kann.

Für die Beschlagnahme solcher Druckschriften gelten die Vorschriften des § 12.

§ 15.

Dieses Gesetz tritt mit dem Tage nach der Verkündung in Kraft.

Es tritt mit dem Inkrafttreten des neuen Allgemeinen Deutschen Strafgesetzbuchs, spätestens aber am 31. Dezember 1932 außer Kraft.

Berlin, den 25. März 1930.

Der Reichspräsident
von Hindenburg

Der Reichsminister des Innern
Severing

Der Reichsminister der Justiz
v. Guérard

## 4) Gesetz über die Rechtsverhältnisse des Reichskanzlers und der Reichsminister (Reichsministergesetz).

**27. März 1930. (RGBl. 1930 Teil I, S. 96.)**

Der Reichstag hat das folgende Gesetz beschlossen, das mit Zustimmung des Reichsrats hiermit verkündet wird, nachdem festgestellt ist, daß die Erfordernisse verfassungsändernder Gesetzgebung erfüllt sind:

§ 1.

Der Reichskanzler und die Reichsminister stehen nach Maßgabe dieses Gesetzes zum Reiche in einem öffentlich-rechtlichen Amtsverhältnisse.

Die Vorschriften des Reichsbeamtengesetzes, des Besoldungsgesetzes, des Beamtenhinterbliebenengesetzes und des Unfallfürsorgegesetzes für Beamte finden auf den Reichskanzler und die Reichsminister keine Anwendung; die in anderen Gesetzen und in Verordnungen allgemein für Reichsbeamte enthaltenen Vorschriften gelten auch für sie, soweit in diesem Gesetze nichts anderes bestimmt ist.

Die nachstehend für die Reichsminister gegebenen Vorschriften gelten für den Reichskanzler entsprechend.

§ 2.

Die Reichsminister erhalten eine vom Reichspräsidenten vollzogene und vom Reichskanzler gegengezeichnete Urkunde über ihre Ernennung; die Urkunde für den Reichskanzler ist von ihm selbst gegenzuzeichnen. Mit der Aushändigung der Urkunde beginnt das Amtsverhältnis der Reichsminister. In der Urkunde soll der übertragene Geschäftszweig (§ 6) angegeben sein.

§ 3.

Die Reichsminister leisten bei der Übernahme ihres Amtes vor dem Reichspräsidenten folgenden Eid:

Ich schwöre: Ich werde meine Kraft für das Wohl des deutschen Volkes einsetzen, die Verfassung und die Gesetze des Reichs

wahren, die mir obliegenden Pflichten gewissenhaft erfüllen und meine Geschäfte unparteiisch und gerecht gegen jedermann führen. Die Beifügung einer religiösen Beteuerung ist zulässig.

Der Eidesleistung wird gleichgeachtet, wenn ein Mitglied einer Religionsgesellschaft, der das Gesetz den Gebrauch gewisser Beteuerungsformeln an Stelle des Eides gestattet, die Erklärung unter Verwendung der Beteuerungsformel dieser Religionsgesellschaft abgibt.

§ 4.

Der Reichspräsident kann auf Vorschlag des Reichskanzlers einen Reichsminister zum Stellvertreter des Reichskanzlers bestellen. § 2 gilt entsprechend.

Den Umfang der Stellvertretung bestimmt der Reichskanzler.

§ 5.

Der Geschäftsbereich der einzelnen Reichsminister wird, soweit erforderlich, durch Verordnung des Reichspräsidenten in den Grundzügen festgelegt.

Einzelne Änderungen in dem Geschäftsbereich können, wenn sie die Grundzüge nicht berühren, auf Beschluß der Reichsregierung vom Reichskanzler festgesetzt werden.

§ 6.

In der Regel wird den Reichsministern die Leitung eines abgegrenzten Geschäftszweigs (die Leitung eines Reichsministeriums oder die Leitung mehrerer Reichsministerien) übertragen. Ausnahmsweise kann von der Übertragung der Leitung eines Reichsministeriums abgesehen werden.

§ 7.

Die Reichsminister dürfen dem Vorstand, Verwaltungsrat oder Aufsichtsrat eines auf Erwerb gerichteten Unternehmens nicht angehören, auch neben dem Ministeramt keine Beschäftigung berufsmäßig ausüben. Die Reichsregierung kann Ausnahmen zulassen, wenn amtliche Rücksichten nicht entgegenstehen und Interessenkonflikte zwischen der amtlichen und privaten Tätigkeit des Reichsministers nicht zu befürchten sind.

Die Reichsminister dürfen während ihrer Amtszeit gegen Entgelt weder als Schiedsrichter tätig sein noch außergerichtliche Gutachten abgeben.

Zum Amt eines Schöffen oder Geschworenen oder zu sonstigen öffentlichen Ehrenämtern sollen die Reichsminister nicht berufen werden.

§ 8.

Die Reichsminister sind, auch nach Beendigung ihres Amtsverhältnisses, verpflichtet, Verschwiegenheit über solche ihnen amtlich bekanntgewordene Angelegenheiten zu wahren, deren Geheimhaltung

ihrer Natur nach erforderlich, besonders vorgeschrieben oder von der Reichsregierung beschlossen worden ist.

§ 9.

Die Reichsminister dürfen, auch wenn sie nicht mehr im Amte sind, über Umstände, auf die sich ihre Pflicht zur Amtsverschwiegenheit bezieht, als Zeugen oder Sachverständige in einem Zivilprozeß, Strafprozeß, Verwaltungsstreitverfahren oder einem sonstigen Verfahren nur mit Genehmigung der Reichsregierung vernommen werden. Die Genehmigung zur Vernehmung als Zeuge darf nur versagt werden, wenn die Ablegung des Zeugnisses dem Wohle des Reiches oder eines deutschen Landes Nachteile bereiten würde.

Über andere Umstände dürfen die im Amt befindlichen Reichsminister als Sachverständige nicht vernommen werden, wenn die Reichsregierung erklärt, daß die Vernehmung den dienstlichen Interessen Nachteile bereiten würde.

Die im Amte befindlichen Reichsminister sind an ihrem Amtssitz oder, wenn sie sich außerhalb ihres Amtssitzes aufhalten, an dem Aufenthaltsorte zu vernehmen. Zu einer Abweichung von dieser Bestimmung bedarf es der Genehmigung der Reichsregierung.

§ 10.

Ein Dienststrafverfahren gegen Reichsminister findet nicht statt. Ihre Verantwortung bestimmt sich nach Artikel 56 und 59 der Reichsverfassung.

§ 11.

Die Reichsminister können jederzeit ihre Entlassung erhalten und verlangen.

§ 12.

Tritt die Reichsregierung zurück, so kann der Reichspräsident, wenn er nicht gleichzeitig die Entlassung ausspricht, alle Reichsminister oder einzelne von ihnen mit der Fortführung der Geschäfte betrauen, bis die neue Regierung gebildet ist. Entsprechendes gilt beim Rücktritt einzelner Reichsminister bis zur Ernennung ihrer Nachfolger.

§ 13.

Die Reichsminister erhalten eine vom Reichspräsidenten vollzogene und vom Reichskanzler gegengezeichnete Urkunde über ihre Entlassung. Das Amtsverhältnis der Reichsminister endigt mit der Aushändigung der Urkunde; die Aushändigung kann durch amtliche Veröffentlichung der Urkunde ersetzt werden.

Die Entlassungsurkunde für den Reichskanzler bedarf der Gegenzeichnung durch den Amtsnachfolger.

§ 14.

Die Reichsminister erhalten vom Beginne des Kalendermonats

ab, in dem sie ernannt werden, bis zum Schlusse des Kalendermonats, in dem das Amtsverhältnis endigt, folgende Amtsbezüge:

a) ein Amtsgehalt, und zwar
der Reichskanzler von jährlich 45000 Reichsmark,
die Reichsminister von jährlich 36000 Reichsmark;
zum Amtsgehalt tritt ein örtlicher Sonderzuschlag in derselben Höhe, in der ihn Reichsbeamte beziehen,

b) eine Wohnungsentschädigung von jährlich 3600 Reichsmark,

c) eine Dienstaufwandsentschädigung, deren Höhe der Reichshaushaltsplan bestimmt,

d) bei Unmöglichkeit der Verlegung des eigenen Hausstandes nach dem Sitze der Reichsregierung für die Dauer seiner Fortführung am bisherigen Wohnort eine Entschädigung von jährlich 3600 Reichsmark.

Die Amtsbezüge werden monatlich im voraus gezahlt.

Für den gleichen Zeitraum werden Amtsbezüge nur einmal gewährt. Sind die Bezüge nicht gleich hoch, so stehen die höheren Bezüge zu.

Hat ein Reichsminister für einen Zeitraum, für den ihm Amtsbezüge zu zahlen sind, aus einer Verwendung im Reichs-, Landes- oder Gemeindedienst Anspruch auf Diensteinkommen, Wartegeld oder sonstige Bezüge, so ruht für die Dauer des Zusammentreffens der Anspruch auf diese Bezüge bis zur Höhe des Betrages der Amtsbezüge.

§ 15.

Den Reichsministern werden für die infolge ihrer Ernennung oder Entlassung erforderlich werdenden Umzüge Entschädigungen gewährt.

Ihnen kann eine Amtswohnung zugewiesen werden; in diesem Falle erhalten sie keine Wohnungsentschädigung. Haben sie eine Amtswohnung bezogen, so sind sie nach Beendigung des Amtsverhältnisses berechtigt, sie noch für die Dauer von drei Monaten unter denselben Bedingungen wie bisher zu benutzen, es sei denn, daß ihnen schon früher eine angemessene Wohnung nachgewiesen wird. Der Monat, in dem das Amtsverhältnis endigt, wird hierbei nicht mitgerechnet.

Bei amtlicher Tätigkeit außerhalb des Sitzes der Reichsregierung erhalten sie Tagegelder und Entschädigung für Reisekosten.

Die weiteren Bestimmungen über Amtswohnungen, Umzugskostenentschädigungen, Tagegelder und Entschädigungen für Reisekosten erläßt der Reichspräsident.

§ 16.

Wird ein im Dienst oder im einstweiligen Ruhestand befindlicher Reichsbeamter zum Reichsminister ernannt, so tritt er mit dem Tage seiner Ernennung kraft Gesetzes mit Ruhegehalt in den Ruhestand. Entsprechendes gilt für Soldaten der Wehrmacht, die Anspruch auf Ruhegehalt haben.

Bei einem im Dienst befindlichen Beamten beträgt das Ruhegehalt, wenn seine letzte Beamtenstelle eine solche mit festem Gehalt war,

80 vom Hundert des ruhegehaltsfähigen Diensteinkommens dieser Stelle, andernfalls 80 vom Hundert des ruhegehaltsfähigen Diensteinkommens der letzten Dienstaltersstufe seiner Besoldungsgruppe. Bei einem im einstweiligen Ruhestande befindlichen Beamten beträgt das Ruhegehalt 80 vom Hundert des ruhegehaltsfähigen Diensteinkommens, das der Berechnung seines Wartegeldes zugrunde gelegt ist.

Abs. 1 Satz 1 und Abs. 2 gelten entsprechend für die zum Reichsminister ernannten Landes- und Gemeindebeamten. Ihr Ruhegehalt beträgt aber höchstens 80 vom Hundert des ruhehgealtsfähigen Diensteinkommens eines Reichsbeamten aus der Besoldungsgruppe B 3, es sei denn, daß der Beamte zur Zeit seiner Ernennung zum Reichsminister bereits ein höheres Ruhegehalt erdient hat. Das Ruhegehalt wird vom Reiche übernommen. War das ruhegehaltsfähige Diensteinkommen höher als dasjenige eines Reichsbeamten aus der Besoldungsgruppe B 3, so wird nur ein Betrag in Höhe von 80 vom Hundert des ruhegehaltsfähigen Diensteinkommens der Besoldungsgruppe B 3 vom Reiche übernommen. Entsprechendes gilt für die Hinterbliebenenbezüge.

Landes- oder Gemeindebeamte, die im Zeitpunkt ihrer Ernennung zum Reichsminister noch keinen Ruhegehaltsanspruch gegen das Land oder die Gemeinde hatten, erwerben einen Rechtsanspruch nur gegen das Reich, und zwar nach Maßgabe des Abs. 2 und in Grenzen des Abs. 3 Satz 4.

Abs. 3 gilt nicht, wenn ein Landesminister oder ein sonstiges parlamentarisch verantwortliches Mitglied einer Landesregierung zum Reichsminister ernannt wird. Stand ihm jedoch zur Zeit seiner Ernennung zum Reichsminister nach Landesrecht ein Anspruch auf Ruhegehalt zu, so wird dieses vom Reiche in Grenzen des Abs. 3 Satz 4 übernommen.

§ 17.

Ehemalige Reichsminister erhalten von dem Zeitpunkt ab, in dem ihre Amtsbezüge aufhören, Übergangsgeld.

Das Übergangsgeld wird für die gleiche Anzahl von Monaten gezahlt, für die der Berechtigte ohne Unterbrechung Amtsbezüge erhalten hat, jedoch mindestens für sechs Monate und höchstens für fünf Jahre. Die nach Satz 1 sich ergebende Zeit erhöht sich um die Zahl der Monate, für die der Berechtigte vom Beginne des Monats ab, in dem er das fünfzigste Lebensjahr vollendet hat, ohne Unterbrechung Amtsbezüge erhalten hat. Das Übergangsgeld wird monatlich im voraus gezahlt.

Das Übergangsgeld beläuft sich

1. für die ersten drei Monate, die dem im Abs. 1 bezeichneten Zeitpunkt folgen,
   auf den vollen Betrag der im § 14 Abs. 1 unter a und b genannten Bezüge,
2. für die spätere Zeit
   auf 50 vom Hundert der unter Nr. 1 genannten Bezüge.

Das Übergangsgeld eines ehemaligen Reichsministers, der mehrmals das Amt eines solchen innegehabt hat, wird von jeder zusammenhängenden Amtszeit besonders berechnet. Wird er vor Ablauf des sich aus der früheren Amtszeit ergebenden Übergangsgeldes wieder zum Reichsminister ernannt, so wird dieses Übergangsgeld nach der Wiederentlassung an Stelle des sich aus der späteren Amtszeit ergebenden Übergangsgeldes dann weitergewährt, wenn es noch für eine längere Dauer zustand als dieses, und zwar für die ersten drei Monate nach Abs. 3 Nr. 1. Für die Dauer der Weitergewährung des früheren Übergangsgeldes bleibt die spätere Amtszeit außer Betracht. Kommen Amtszeiten als Reichskanzler und als Reichsminister in Frage, so wird das Übergangsgeld von den Amtsbezügen als Reichskanzler errechnet, für die ersten drei Monate (Abs. 3 Nr. 1) jedoch von den Amtsbezügen des letzten Amts.

§ 18.

Hat ein Reichsminister bei Ausübung seines Amtes oder im Zusammenhang mit seiner Amtsführung ohne eigenes Verschulden eine Gesundheitsschädigung erlitten, die seine Arbeitsfähigkeit wesentlich und dauernd beeinträchtigt, so ist ihm eine Ruherente zu bewilligen.

Die Ruherente beträgt 20 vom Hundert der im § 14 Abs. 1 unter a und b genannten Bezüge. Beim Vorliegen besonderer Verhältnisse kann sie bis auf 35 vom Hundert erhöht werden. Die Ruherente wird im Anschluß an das Übergangsgeld monatlich im voraus gewährt.

Der Reichspräsident entscheidet auf Vorschlag der Reichsregierung unter Ausschluß des Rechtswegs endgültig, ob die Voraussetzungen für die Gewährung einer Ruherente vorliegen, sowie ob und inwieweit die Vorschrift des Abs. 2 Satz 2 anzuwenden ist.

§ 19.

Soweit nach § 16 ein Ruhegehalt gewährt wird, sowie für die sonstigen im Ruhestande befindlichen Reichs-, Landes- oder Gemeindebeamten oder Soldaten ruht während der Zeit, für die sie Amtsbezüge (§ 14), Übergangsgeld (§ 17) oder Ruherente (§ 18) beziehen, der Anspruch auf ihr Ruhegehalt insoweit, als es die genannten Bezüge nicht übersteigt.

§ 20.

Bezieht ein ehemaliger Reichsminister für einen Zeitraum, für den ihm Übergangsgeld oder Ruherente zusteht, aus einer Wiederverwendung im Reichs- oder in einem sonstigen öffentlichen Dienste ein Diensteinkommen, Wartegeld oder Ruhegehalt, so ermäßigt sich für die Dauer dieses Zusammentreffens das Übergangsgeld oder die Ruherente um den Betrag des Diensteinkommens, Wartegeldes oder Ruhegehalts. Dies gilt auch hinsichtlich des Einkommens aus einer Tätigkeit, für die eine Vergütung gewährt wird, die ganz oder überwiegend unmittelbar oder mittelbar aus öffentlichen Mitteln fließt.

§ 21.

Stirbt ein Reichsminister, so stehen seinen Hinterbliebenen (Witwe und eheliche oder für ehelich erklärte Kinder) für die auf den Sterbemonat folgenden drei Monate noch die vollen im § 14 Abs. 1 unter a und b bezeichneten Amtsbezüge und sodann Hinterbliebenenbezüge zu. War eine Amtswohnung zugewiesen, so müssen die für den amtlichen Gebrauch bestimmten Räume sofort freigestellt werden; im übrigen gelten die Vorschriften im § 15 Abs. 2 und 4 entsprechend.

Die Hinterbliebenenbezüge werden aus dem Übergangsgeld nach § 17 Abs. 3 Nr. 2 berechnet, das dem Verstorbenen zugestanden hätte, wenn er am Tage seines Todes aus dem Amte ausgeschieden wäre, und zwar erhalten:

a) die Witwe $^{60}/_{100}$,

b) jede Halbwaise $^{12}/_{100}$, jede Vollwaise $^{20}/_{100}$

dieses Übergangsgeldes. Die Bezüge zu a und b dürfen zusammen den Betrag des Übergangsgeldes, aus dem sie zu errechnen sind, nicht übersteigen; gegebenenfalls werden die einzelnen Sätze in gleichem Verhältnis gekürzt.

Die Amtsbezüge für die auf den Sterbemonat folgenden drei Monate werden im voraus in einer Summe, die Hinterbliebenenbezüge monatlich im voraus gezahlt.

Der Anspruch auf die Hinterbliebenenbezüge besteht für die gleiche Zeitdauer, für die der Verstorbene Übergangsgeld bezogen haben würde. Er erlischt jedoch

a) für jeden Berechtigten mit Ablauf des Monats, in dem er sich verheiratet oder stirbt,

b) für jede Waise mit Ablauf des Monats, in dem sie das achtzehnte Lebensjahr vollendet.

Im übrigen gelten §§ 19 und 20 entsprechend.

§ 22.

Stirbt ein ehemaliger Reichsminister vor Ablauf der Zeit, für die ihm Übergangsgeld zusteht, so gelten die Vorschriften des § 21 mit der Maßgabe, daß an Stelle der vollen Amtsbezüge für die auf den Sterbemonat folgenden drei Monate das Übergangsgeld tritt, das dem Verstorbenen für diese Zeit noch zugestanden hätte.

§ 23.

Stirbt ein ehemaliger Reichsminister während des Bezugs einer Ruherente, so erhalten seine Hinterbliebenen für die auf den Sterbemonat folgenden drei Monate noch die volle Ruherente des Verstorbenen und sodann aus ihr nach § 21 berechnete Hinterbliebenenbezüge.

Abs. 1 gilt für die Hinterbliebenen von Reichsministern entsprechend, wenn die Ruherente zwar bewilligt, aber wegen des zunächst zustehenden Übergangsgeldes noch nicht bezogen oder wenn die Ruherente vor dem Ableben des Verstorbenen noch nicht bewilligt ist, obschon die im § 18 erwähnten Voraussetzungen gegeben sind. Soweit dem Ver-

storbenen für die auf den Sterbemonat folgende Zeit noch Übergangsgeld zugestanden hätte, tritt an Stelle der Ruherente das Übergangsgeld.

§ 24.

Das Recht auf den Genuß der in den §§ 14, 16 bis 18 und 21 bis 23 genannten Bezüge ruht, wenn ein Berechtigter das deutsche Indigenat verliert, bis zu dessen etwaiger Wiedererlangung.

§ 25.

Für Reichsminister, die schon vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes aus dem Amte geschieden sind, und für ihre Hinterbliebenen gelten die bisherigen Versorgungsvorschriften weiter.

Für die beim Inkrafttreten im Amte befindlichen Reichsminister und ihre Hinterbliebenen gelten sie nur dann, wenn diese Reichsminister spätestens in dem auf die Entlassung folgenden Kalendermonat die Versorgung nach den bisherigen Vorschriften statt nach diesem Gesetze bei der Reichsregierung ausdrücklich beantragen.

Für die beim Inkrafttreten im Amte befindlichen Reichsminister, deren Versorgung nach diesem Gesetze geregelt wird, sowie für ihre Hinterbliebenen gilt § 16 rückwirkend.

§ 26.

Die Länder sind berechtigt, für ihre Minister oder die sonstigen parlamentarisch verantwortlichen Regierungsmitglieder eine den Grundzügen dieses Gesetzes entsprechende Regelung zu treffen. Dies gilt nicht für die Vorschriften des § 9.

§ 27 [1]).

.....

§ 28.

Die Ausführungsbestimmungen zu diesem Gesetz erläßt die Reichsregierung mit Zustimmung des Reichsrats.

§ 29.

Dieses Gesetz tritt mit dem auf seine Verkündung folgenden Tage in Kraft.

Berlin, den 27. März 1930.

Der Reichspräsident
von Hindenburg

Der Reichsminister der Finanzen
Moldenhauer

Der Reichsminister des Innern
Severing

[1]) Enthält die dem vorstehenden Gesetz entsprechenden Änderungen der bestehenden Reichsgesetze in einzelnen auf Minister bezüglichen Punkten.

## 5) Preußisches Gesetz über die Gründung einer Hafengemeinschaft zwischen Hamburg und Preußen

**31. Mai 1929. (Preuß. Ges. Samml. 1929 S. 59)**

Der Landtag hat folgendes Gesetz beschlossen:

§ 1.

Die in dem anliegenden Staatsvertrage zwischen Hamburg und Preußen über die Gründung einer Hafengemeinschaft vom 9./13. März 1929 vorbehaltene Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften des Landes Preußen wird erteilt, und das Staatsministerium wird ermächtigt, die zur Durchführung des Staatsvertrags erforderlichen Maßnahmen zu treffen, insbesondere die darin vorgesehene hamburgisch-preußische Hafengemeinschaft G. m. b. H. zu gründen.

§ 2.

Die Wahrnehmung der Gesellschafterrechte des Landes Preußen in der hamburgisch-preußischen Hafengemeinschaft G. m. b. H. liegt dem Minister für Handel und Gewerbe und dem Finanzminister gemeinschaftlich ob.

§ 3.

Für die Geschäftsführung der hamburgisch-preußischen Hafengemeinschaft G. m. b. H. kommen die Artikel 63 bis 68 der Preußischen Verfassung sowie die Bestimmungen des Gesetzes über den Staatshaushalt vom 11. Mai 1898 (Gesetzsamml. S. 77) nicht in Betracht.

§ 4.

Das Staatsministerium hat alljährlich dem Landtage den Jahresabschluß und den von den Geschäftsführern der hamburgisch-preußischen Hafengemeinschaft G. m. b. H. erstatteten Jahresbericht nach Beschlußfassung durch die Gesellschafterversammlung vorzulegen.

§ 5.

Aus Anlaß der Durchführung des in § 1 genannten Staatsvertrags einmalig fällig werdende Staats- und Gemeindesteuern, Zuschläge zu Reichssteuern und sonstige staatliche und gemeindliche Abgaben aller Art werden nicht erhoben. Sämtliche Verhandlungen zur Durchführung des Staatsvertrags sind gebühren- und stempelfrei.

§ 6.

Zu laufenden Steuern und sonstigen laufenden Abgaben, die dem Lande, den Gemeindeverbänden, den Gemeinden sowie sonstigen Körperschaften des öffentlichen Rechtes zufließen, wird die Gesellschaft nur insoweit herangezogen, als diese Steuern und Abgaben auch vom Preußischen Staate zu entrichten wären, wenn er den Betrieb in eigener

Verwaltung führte und Eigentümer der der Gesellschaft gehörenden Grundstücke und Anlagen wäre.

§ 7.

Die Ausführung dieses Gesetzes erfolgt durch den Minister für Handel und Gewerbe und den Finanzminister.

Das vorstehende, vom Landtage beschlossene Gesetz wird hiermit verkündet. Die verfassungsmäßigen Rechte des Staatsrats sind gewahrt.

Berlin, den 31. Mai 1929.

Das Preußische Staatsministerium

Für den Minister für Handel und Gewerbe und den Finanzminister:

Braun Steiger

## Staatsvertrag zwischen Hamburg und Preußen über die Gründung einer Hafengemeinschaft

Um eine einheitliche Entwicklung des hamburgisch-preußischen Wirtschaftsgebiets an der unteren Elbe zu ermöglichen, schließen der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg, vertreten durch den Präsidenten des Senats, Bürgermeister Dr. Dr. h. c. Carl Petersen, und die Regierung des Freistaats Preußen, vertreten durch den Ministerpräsidenten Dr. h. c. Otto Braun, in Ausführung des von ihnen am 5. Dezember 1928 geschlossenen Abkommens vorbehaltlich der Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften der beiden Länder den folgenden Vertrag über die Gründung einer Hafengemeinschaft ab:

### I. Inhalt und Umfang der Hafengemeinschaft

§ 1.

*Gesellschaftszweck*

Die Vertragschließenden werden zum Bau und Betrieb von Häfen im hamburgisch-preußischen Wirtschaftsgebiet an der unteren Elbe eine Hafengemeinschaft in Form einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung gründen.

§ 2.

*Hafengemeinschaftsgebiet*

1. Der Arbeitsbereich der Gesellschaft (Hafengemeinschaftsgebiet) erstreckt sich zunächst auf die in dem anliegenden Lageplan (Anlage I) blau bezeichnete Fläche. Den Bau und Betrieb von Hafenanlagen in diesem Gebiete werden die Vertragschließenden der Gesellschaft überlassen. Die etwaige spätere Erweiterung des Hafengemeinschaftsgebiets ist im § 9 geregelt.

2. Die Unterhaltung des Köhlbrands unterhalb der Rethemündung,

des Reiherstiegs von der Sperrschleuse bis zur Landesgrenze und der Rethe geht, soweit sie nach den Zusatzverträgen mit Preußen und Hamburg vom 27. September 1926, 12. Januar und 9. März 1927 zum Staatsvertrag über den Übergang der Wasserstraßen von den Ländern auf das Reich und nach dem Köhlbrandvertrage vom 14. November 1908 Sache der Länder Hamburg und Preußen ist, zu Lasten der Hafengemeinschaft, die Unterhaltung der Süderelbe und des Köhlbrands oberhalb der Rethemündung in gleicher Weise zu Lasten des Landes Preußen, und zwar unabhängig von der in dem anliegenden Lageplan (Anlage I) angegebenen Begrenzung des Hafengemeinschaftsgebiets.

§ 3.

*Erster Ausbau des Hafengemeinschaftsgebiets*

1. Für das in § 2 Abs. 1 Satz 1 bezeichnete Gebiet treffen die Vertragschließenden die in Anlage II beigefügte Vereinbarung über den ersten Ausbau. Sie werden dafür sorgen, daß die Hafengemeinschaft nur mit ihrer Zustimmung von diesen Plänen abweicht, sie ändert oder weitere Ausbaupläne aufstellt.

2. Im Hafengemeinschaftsgebiete bestimmt, soweit nicht die zwischen den Vertragschließenden vereinbarten Pläne (vgl. den vorstehenden Absatz und § 8) hierüber Abmachungen enthalten, die Gesellschaft Reihenfolge, Art, Umfang und Zeitmaß des Ausbaues.

§ 4.

*Übertragung polizeilicher Befugnisse*

Die Vertragschließenden werden in den ihrer Hoheit unterstehenden Teilen des Hafengemeinschaftsgebiets die Ausübung ihrer polizeilichen Befugnisse Beamten und Angestellten der Gesellschaft in dem erforderlichen Umfang übertragen.

§ 5.

*Verleihung der Enteignungsbefugnis und Grunderwerb*

1. Die Vertragschließenden werden in den ihrer Hoheit unterstehenden Teilen des Hafengemeinschaftsgebiets der Gesellschaft auf Antrag das Enteignungsrecht verleihen, wenn die gesetzlichen Voraussetzungen dafür erfüllt sind. Sie erkennen an, daß alle Hafenbauten der Gesellschaft »aus Gründen des öffentlichen Wohles« (§ 1 des Preußischen Enteignungsgesetzes vom 11. Juni 1874) und zum »allgemeinen Besten« (§ 1 des Hamburgischen Enteignungsgesetzes vom 26. April 1920) ausgeführt werden.

2. Die Vertragschließenden werden die nach Art. 2 des preußischen Ausführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch und nach § 28a des hamburgischen Ausführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch erforderliche Genehmigung zum Erwerbe von Grundstücken durch die Gesellschaft erteilen.

§ 6.

*Hafenerweiterungsgebiet*

1. Die Vertragschließenden sind darüber einig, daß für den Bau neuer Häfen westlich der Linie Köhlfleth—Süderelbe—östliche Landesgrenze Moorburgs zunächst das in dem anliegenden Lageplan (Anlage III) rot bezeichnete Gebiet in Frage kommt (erstes Hafenerweiterungsgebiet).

2. Für dieses Gebiet werden die Vertragschließenden in Fühlungnahme mit der allgemeinen Landesplanung gemeinschaftlich einen Flächenaufteilungsplan aufstellen. In den Flächenaufteilungsplan ist auch weiteres Gebiet aufzunehmen, soweit das Bedürfnis nach dem Bau von Häfen und zugehörigen Anlagen es erforderlich macht. Er kann durch Vereinbarung zwischen den Vertragschließenden geändert werden.

3. Die Vorschriften dieses Vertrags über das Hafenerweiterungsgebiet bedürfen für ihre weitere Geltung erneuter Vereinbarung, wenn der Flächenaufteilungsplan nicht bis Ende 1933 festgestellt worden ist.

§ 7.

*Vorsorge im Hafenerweiterungsgebiet*

Die Vertragschließenden werden, soweit es die gesetzlichen Vorschriften zulassen, dafür sorgen, daß in den ihrer Hoheit unterstehenden Teilen des ersten Hafenerweiterungsgebiets (§ 6 Abs. 1)

a) keine Anlagen geschaffen werden, die seine Verwendung zu Hafenzwecken ernstlich erschweren,

b) nach Feststellung des Flächenaufteilungsplans (§ 6 Abs. 2) Industriebetriebe und Wohnsiedlungen außerhalb der für sie in dem Flächenaufteilungsplane vorgesehenen Flächen nur unter Zustimmung beider Vertragschließender zugelassen werden.

§ 8.

*Ausbau des Hafenerweiterungsgebiets*

1. Für den Ausbau des in § 6 Abs. 1 bezeichneten Gebiets soll in erster Linie das wirtschaftliche Interesse des Gesamthafengebiets maßgebend sein.

2. Die Vereinbarung von Ausbauplänen über dieses Gebiet oder einzelne seiner Teile bleibt den Vertragschließenden vorbehalten. Sie werden dafür sorgen, daß die Hafengemeinschaft nur mit ihrer Zustimmung von diesen Ausbauplänen abweicht oder sie ändert.

§ 9.

*Ausbauvorrecht der Gesellschaft*

1. Nach Feststellung des Flächenaufteilungsplans (§ 6 Abs. 2) werden die Vertragschließenden den Bau und Betrieb von Hafenanlagen in dem nach diesem Plane für den Bau neuer Häfen vorgesehenen

Gebiete der Hafengemeinschaft überlassen. Die dafür jeweils erforderlichen Flächen des Hafenerweiterungsgebiets werden in das Hafengemeinschaftsgebiet (§ 2 Abs. 1) einbezogen.

2. Der Abs. 1 findet keine Anwendung auf Herstellung und Betrieb kleinerer, nur für örtlichen Bedarf oder vorübergehende Zwecke bestimmter Hafenanlagen oder Teile solcher im Hafenerweiterungsgebiet. Doch ist vor Herstellung derartiger Anlagen der Gesellschaft Gelegenheit zur Äußerung etwaiger Bedenken zu geben, auch mit ihr auf ihren Antrag über auftragsweise Herstellung und Betrieb derartiger Anlagen zu verhandeln. Ein solches Auftragsverhältnis kann ohne Ausdehnung des Hafengemeinschaftsgebiets begründet werden.

3. Bei Einbeziehung größerer Flächen auf dem linken Ufer der Süderelbe in das Hafengemeinschaftsgebiet soll die in § 2 Abs. 2 festgesetzte Verteilung der Unterhaltungslast des Köhlbrands und der Süderelbe neugeregelt werden.

§ 10.

*Meinungsverschiedenheit über den Ausbau des Hafenerweiterungsgebiets*

1. Hält einer der Vertragschließenden den Bau bestimmter Hafenanlagen in solchen Teilen des Hafenerweiterungsgebiets, für die der Flächenaufteilungsplan feststeht, für notwendig und dringlich, ist aber zwischen den Vertragschließenden eine Einigung nicht zu erzielen, so hat auf Anrufen eines Vertragschließenden ein Schiedsgericht darüber zu entscheiden, ob im wirtschaftlichen Interesse des Gesamthafengebiets und im gesamtdeutschen Wirtschaftsinteresse die beantragten Hafenanlagen zu erbauen sind. Wird diese Frage vom Schiedsgerichte bejaht, so haben sich die Vertragschließenden über den Ausbauplan im einzelnen zu verständigen.

2. Das Schiedsgericht wird für jeden Streitfall besonders gebildet. Es besteht aus einem von den Vertragschließenden gemeinsam zu ernennenden — im Falle der Nichteinigung vom Präsidenten des Reichsgerichts zu bestellenden — Vorsitzenden und je zwei von jedem der Vertragschließenden zu benennenden Beisitzern. Den Vertragschließenden ist es unbenommen, sich im Einzelfalle dahin zu verständigen, daß nur je ein Beisitzer oder ein Einzelschiedsrichter bestellt wird.

3. Die Bestimmungen der Absätze 1 und 2 finden auf die in § 9 Abs. 2 bezeichneten Anlagen keine Anwendung.

§ 11.

*Hafenzubehör*

Die Vertragschließenden werden ihnen gehörende, nicht im Hafengemeinschaftsgebiete liegende Grundstücke und Anlagen, die von der Gesellschaft ganz oder teilweise zum Betrieb ihrer Häfen benötigt werden, ihr gegen angemessene Entschädigung in dem durch das wirtschaftliche Interesse des Gesamthafengebiets gebotenen Umfange zur

Verfügung stellen. Wird über die Überlassung oder Entschädigung keine Einigung erzielt, so entscheidet das in § 10 Abs. 2 vorgesehene Schiedsgericht.

§ 12.

*Hafengeld*

Die Gesellschaft wird ermächtigt und verpflichtet, für die Benutzung ihrer Häfen ein Hafengeld nach gleichen Grundsätzen und in gleicher Höhe zu erheben, wie es jeweils im Hamburger Hafen erhoben wird.

§ 13.

*Hafengebühren*

Die Gesellschaft wird ermächtigt, für die Benutzung von Kaimauern, Bollwerken, Umschlagsanlagen, Kaischuppen, Speichern, Lagerplätzen usw. der Gesellschaft im öffentlichen Verkehre Gebühren zu erheben, die der Genehmigung beider Vertragschließender unterliegen.

## II. Organisation der Hafengemeinschaft

§ 14.

*Firma und Sitz der Gesellschaft*

Die Gesellschaft führt die Firma »Hamburgisch-Preußische Hafengemeinschaft, Gesellschaft mit beschränkter Haftung« und hat den Sitz in Hamburg.

§ 15.

*Stammkapital*

1. Das Stammkapital der Gesellschaft ist auf 70 Millionen RM. festzusetzen und wird von beiden Vertragschließenden je zur Hälfte übernommen.

2. Die Einzahlungen auf die Stammeinlagen sind zunächst in der gesetzlich vorgeschriebenen Höhe zu leisten und im übrigen dem Baufortschritt anzupassen.

3. Zahlt ein Vertragsteil später als der andere, so hat er den Rückstand vom Tage der entsprechenden Leistung des anderen ab der Gesellschaft in der Weise zu verzinsen, daß jeweils am Ende des Geschäftsjahrs der Hafengemeinschaft der noch nicht bar eingezahlte Rückstand festgestellt und für das abgelaufene Geschäftsjahr mit dem an seinem letzten Tage gültigen Reichsbankdiskontsatze verzinst wird.

§ 16.

*Erhöhung des Stammkapitals*

1. Im Falle einer Erweiterung des Hafengemeinschaftsgebiets ist, soweit nicht Barmittel durch Anleihe beschafft werden, eine Kapitalerhöhung in dem erforderlichen Umfange vorzunehmen.

2. Bei Erhöhung des Stammkapitals sind die neuen Stammanteile von den Vertragschließenden je zur Hälfte zu übernehmen, wobei die Bestimmungen des § 15 Abs. 2 und 3 Anwendung finden.

§ 17.

*Eingebrachte Werte*

Die Vertragschließenden bringen bei Gründung der Gesellschaft und bei Vergrößerung des Hafengemeinschaftsgebiets die ihnen im Hafengemeinschaftsgebiet oder seiner Vergrößerung gehörenden Anlagen und Grundstücke sowie alle ihnen an Anlagen oder Grundstücken im Hafengemeinschaftsgebiet oder seiner Vergrößerung zustehenden Beteiligungen und dinglichen und obligatorischen Rechte als Einlage auf das Stammkapital oder seine Erhöhung ein. Der Wert der bei der Gründung einzubringenden Gegenstände und Rechte ist in der anliegenden Zusammenstellung (Anlage IV) festgesetzt.

§ 18.

*Veräußerung der Geschäftsanteile*

Die Vertragschließenden verpflichten sich, ihre Geschäftsanteile weder im ganzen noch teilweise zu veräußern.

§ 19.

*Anleihen*

Die Gesellschaft kann Mittel zur Erfüllung der Vertragszwecke durch Aufnahme von Anleihen beschaffen. Die Vertragschließenden werden für Anleihen der Gesellschaft die selbstschuldnerische Bürgschaft übernehmen, soweit dies erforderlich und im Hinblick auf die Finanzlage den Vertragschließenden möglich ist, wobei im Einzelfalle die etwa nötige Genehmigung der gesetzgebenden Körperschaften vorbehalten bleibt.

§ 20.

*Zuzahlungen*

1. Die Vertragschließenden werden die etwa erforderlichen laufenden Zuzahlungen für die Gesellschaft alljährlich je zur Hälfte nach Maßgabe der von der Gesellschafterversammlung festzusetzenden Jahresabrechnung leisten.

2. Sie werden erforderlichenfalls auf diese Zahlungen Vorschüsse zahlen nach Maßgabe eines von der Gesellschafterversammlung vor Beginn des Geschäftsjahrs festzusetzenden Wirtschaftsplans.

§ 21.

*Geschäftsführer.*

Im Gesellschaftsvertrag ist festzusetzen, daß beide Vertragschließenden die gleiche Zahl von Geschäftsführern ernennen und sie einander gleichstellen.

§ 22.

*Verwaltungsrat*

Für die Gesellschaft ist ein Verwaltungsrat zu bilden, dessen Befugnisse im Gesellschaftsvertrage festzusetzen sind. Dem Verwaltungsrate gehören 14 Mitglieder an, die je zur Hälfte von beiden Vertragschließenden ernannt werden. Außerdem ernennen beide Vertragschließenden gemeinschaftlich zum Vorsitzenden des Verwaltungsrats eine mit den Hamburger Verhältnissen vertraute Persönlichkeit. Die Art der Abstimmung im Verwaltungsrate wird durch den Gesellschaftsvertrag geregelt.

§ 23.

*Steuern und Abgaben.*

1. Die Vertragschließenden werden dafür sorgen, daß aus Anlaß der Durchführung dieses Staatsvertrags einmalig fällig werdende Staats- und Gemeindesteuern, Zuschläge zu Reichssteuern und sonstige staatliche und gemeindliche Abgaben aller Art nicht erhoben werden, und daß sämtliche Verhandlungen zur Durchführung des Staatsvertrags gebühren- und stempelfrei erfolgen.

2. Die Vertragschließenden werden ferner dafür eintreten, daß auch Reichssteuern, die aus Anlaß der Durchführung dieses Staatsvertrags zu entrichten sein würden, nicht erhoben werden.

3. Zu laufenden Steuern und sonstigen Abgaben, die dem Lande, den Gemeindeverbänden, den Gemeinden sowie sonstigen Körperschaften des öffentlichen Rechtes zufließen, wird die Gesellschaft nur insoweit herangezogen, als diese Steuern und Abgaben auch vom Hoheitslande zu entrichten wären, wenn es den Betrieb in eigener Verwaltung führte und Eigentümer der der Gesellschaft gehörenden Grundstücke und Anlagen wäre.

4. Preußen übernimmt die Kosten der Beurkundung des Gesellschaftsvertrags, Hamburg die der Eintragung der Gesellschaft.

Dieser Vertrag ist in zwei Ausfertigungen mit je vier Anlagen hergestellt und unterzeichnet.

Berlin, den 9. März 1929.

gez. Braun

Hamburg, den 13. März 1929.

gez. Carl Petersen

## 6) Preußisches Gesetz betreffend den Abschluß eines Staatsvertrages über eine Gemeinschaftsarbeit zwischen Bremen und Preußen

**17. Juli 1930 (Preuß. Ges. Samml. 1930, S. 221)**

Vgl. Preuß. Landtag 3. Wahlperiode 1. Tagung 1928/30: Drucks. Nr. 5096, 5107, 5164, 5179, 5280. Sitzungsberichte 170. Sitzung (S. 14506) 173/74. Sitzung (S. 14743/62). Hauptausschuß 151. Sitzung. Zeitschriftenaufsätze: Delius, Reich und Länder, 4. Jahrg. 1930 S. 209; Müllershausen, ebenda S. 300; Groscurth, R. u. Pr. Verw.Bl. Bd. 52 S. 6.

Bericht:

Der durch das oben bezeichnete Gesetz seitens des Preußischen Landtages genehmigte und im Gesetzblatt publizierte Staatsvertrag zwischen Bremen und Preußen vom 21. Juni 1930 ist am 1. Oktober 1930 in Kraft getreten. Seine Grundlage und sein wesentlicher Inhalt stellen sich wie folgt dar:

Die Beziehungen zwischen Preußen und Bremen am Unterlauf der Weser leiden seit langer Zeit unter dem mit den wirtschaftlichen Interessen nicht im Einklang stehenden zerrissenen Lauf der Landesgrenzen, die vielfach ineinander übergreifen und mit Enklaven in fremdes Staatsgebiet eindringen. Auf engstem, gleichen wirtschaftlichen Bedingungen und Interessen unterliegendem Raume sind Hoheitsgebiete Preußens, Bremens, Oldenburgs und — durch die Enklave Thedinghausen — Braunschweigs zusammengedrängt. In Bezug auf Fischerei und Handelsschiffahrt besteht seit langer Zeit ein gespannter Wettbewerb zwischen Preußen und Bremen, der sich besonders in letzter Zeit wirtschaftlich ungünstig ausgewirkt und zu vielfach vom Standpunkt der deutschen Volkswirtschaft höchst unrationellen Zuständen geführt hat.

Zwischen den beiden Ländern sind des öfteren Abkommen über die Landverhältnisse an der Unterweser getroffen worden. Der vor dem gegenwärtigen Vertrage bestehende Zustand beruhte auf den Staatsverträgen vom 21. 5. 1904 und 26. 5. 1905 (Preuß. Ges.-Samml. 1905 S. 291 ff. 303 ff.). In diesen Verträgen hat Preußen an Bremen einen Teil seines Staatsgebietes zum Zweck von Hafenerweiterungen abgetreten.

Neben anderen Bremen dafür auferlegten Gegenleistungen hatte Preußen sich in dem Vertrage von 1904 gewisse von Bremen später als sehr drückend empfundene Zusagen machen lassen. Einmal ist der Rückfall der abgetretenen Flächen vereinbart worden, insoweit sie innerhalb von 50 Jahren von Bremen nicht für Hafenzwecke verwendet würden (sog. Hoheitsklausel, Art. 14). Ferner hatte sich Bremen verpflichtet, in bestimmten Hafengebieten ohne Zustimmung Preußens keine fischwirtschaftlichen Anlagen zu unterhalten oder zuzulassen, in anderen wenigstens keine staatlichen Mittel dafür aufzuwenden (sog. Fischereiklausel, Art. 22). Endlich war Bremen verboten, in bestimmten Gebieten industrielle Anlagen, außer zu Hafen- und Schiffahrtszwecken, zuzulassen (sog. Industrieklausel, Art. 13). Die beiden letzten Klauseln hat Bremen im Jahre 1925 vergeblich durch eine auf die clausula rebus sic stantibus bei Staatsverträgen gestützte Klage vor dem Staatsgerichtshof zu beseitigen gesucht [1]).

Der nunmehr abgeschlossene Vertrag bezweckt, die angedeuteten Unzuträglichkeiten zu beseitigen. Die wirtschaftliche Stoßkraft des

[1]) Das Urteil, aus dem sich die Lage vor dem Vertrage deutlich ergibt, ist abgedruckt bei Lammers-Simons, Die Rechtspr. des StGHofs, I S. 198; RGZ. Bd. 112, Anh. S. 21; JW. 1925 S. 2478; Niemeyers Ztschr. Bd. 36 S. 426.

Unterwesergebietes und in gewissem Sinne auch seines Hinterlandes — durch das als Anlage 10 dem Vertrage angefügte Weser-Ems-Abkommen — soll zusammengefaßt und Zersplitterung und unrationeller Wettbewerb vermieden werden. Die staatspolitischen, aus der Verschiedenheit der Hoheitsgebiete fließenden Gesichtspunkte sollen hinter denen der Wirtschaftlichkeit zurücktreten. Die an der Spitze des Hauptvertrages stehende, an verschiedenen Stellen des Vertragswerkes wiederkehrende Formel besagt, die gemeinschaftliche Arbeit solle so geleistet werden »als ob Landesgrenzen nicht vorhanden wären«.

Der mit dem Gesetz gleichzeitig publizierte Vertrag besteht aus einem Hauptvertrag und neun Sonderabkommen.

In dem Mantelvertrag sind die allgemeinen Richtlinien und Grundgedanken der Gemeinschaftsarbeit in programmatischer Weise festgelegt. Insbesondere wird (III Abs. 2) die spätere Gründung einer Hafengemeinschaft in Aussicht gestellt. Im Gegensatz zu Hamburg [1]) ist es für Bremen zu einer Hafengemeinschaft mit Preußen noch nicht gekommen, da das Bremen für Hafenerweiterungen zur Verfügung stehende Gelände vorläufig ausreicht.

Dem Mantelvertrag sind neben einem Schlußprotokoll folgende Einzelabkommen angefügt:

1. Abkommen zwischen Preußen und Bremen über die Förderung der Hochseefischerei in ihrem Gebiet.
2. Abkommen zwischen Preußen und Bremen, betreffend den Preußisch-Bremischen Staatsvertrag vom 21. Mai 1904/26. Mai 1905.
3. Preußisch-Oldenburgisch-Bremisches Abkommen über die einheitliche Handhabung der Wasserpolizei.
4. Preußisch-Oldenburgisch-Bremisches Abkommen über die Vorlage eines Staatsvertrages an das Reich über die Verwaltung der Wasserpolizei.
5. Abkommen zwischen Preußen und Bremen über kommunale Richtlinien für die Zusammenarbeit der preußischen und bremischen Gemeinden.
6. Abkommen zwischen Preußen und Bremen über die Regelung des kommunalen Lastenausgleichs.
7. Abkommen zwischen Preußen und Bremen über eine Regelung der örtlichen Zuständigkeit der preußischen und bremischen Polizeibeamten.
8. Preußisch-Oldenburgisch-Bremisches Abkommen über die Verkehrsregelung im Unterwesergebiet.
9. Abkommen zwischen Preußen und Bremen über Landesplanung im Unterwesergebiet.

Das wichtigste dieser Abkommen ist das Hochseefischereiabkommen. Bremen tritt einmal dem Hochseefischereiabkommen zwischen Preußen und Hamburg bei, kraft dessen alle Angelegenheiten der Hochseefischerei,

[1]) Siehe dazu den oben S. 561 abgedruckten Staatsvertrag zwischen Preußen und Hamburg.

Fischmärkte und aller damit zusammenhängenden Gegenstände, insbesondere des Hafenbaues, in einem Hochseefischereiausschuß gemeinsam beraten werden. Zum anderen wird von Preußen und Bremen für das Sondergebiet von Wesermünde (preußisch) und Bremerhaven (bremisch) der Fischereibetrieb in gemeinsame Verwaltung genommen. Dies geschieht durch Gründung einer Gesellschaft des Privatrechts, einer G. m. b. H. mit 200 000 RM. Kapital. An der Gründung ist Preußen und Bremen je zur Hälfte, an den Erträgen Preußen mit sieben, Bremen mit einem Teile beteiligt. Die Gesellschaft übernimmt die Verzinsung und Tilgung der von Bremen für Fischereihafenzwecke aufgenommenen rund $2^1/_4$ Millionen Reichsmark auf ihr Unkostenkonto. Dafür gehen nach Ablauf von 30 Jahren die der Gesellschaft zur Verwaltung überlassenen Anlagen in das Eigentum der Gesellschaft über.

Im Gegensatz zu der hamburgisch-preußischen Hafengemeinschafts G. m. b. H.[1]) handelt es sich im übrigen bei der »Fischereihafen Wesermünde/Bremerhaven G. m. b. H.« nicht um eine Eigentumsgemeinschaft, sondern um eine Betriebsgemeinschaft. Das Eigentum an Neubauten z. B. wird von den Vertragsstaaten, unabhängig von der Gebietshoheit, anteilig zur Hälfte erworben. Formell ist die Gemeinschaft also weniger stark; wirtschaftlich jedoch muß sie sich durch den beiderseitigen Grunderwerb auf dem Gebiet des anderen Teiles in einer stärkeren gegenseitigen Verflechtung auswirken.

Die »Fischereihafen Wesermünde/Bremerhaven G. m. b. H.« hat ihren Sitz in Wesermünde. Ihr werden alle fischwirtschaftlichen Anlagen der Vertragsstaaten zur Betriebsführung überlassen. Den Beamten der Gesellschaft können polizeiliche Befugnisse von den Vertragsstaaten in ihrem jeweiligen Gebiete übertragen werden. Staatliche Mittel dürfen an die private Fischwirtschaft nur in gegenseitigem Einvernehmen gewendet werden. Die Fischauktionen in Wesermünde und Bremerhaven, einer der Haupt-Wettbewerbspunkte von früher, werden von der Gesellschaft betrieben. Die örtliche Zusammenlegung der Auktionen ist noch nicht erreicht worden, soll aber erstrebt werden. Daß es sich hierbei um einen Hauptpunkt handelt, ersieht man daraus, daß, falls innerhalb von fünf Jahren darüber keine Einigung erzielt ist, jede Partei erklären kann, daß der Vertragszweck nicht erreicht werden könne, und dann das ganze Abkommen am 31. März 1936 außer Kraft tritt. Auch wenn es nicht zu dieser Kündigung kommt, hat die Aufrechterhaltung der Fischauktionen in Bremerhaven über die Fünfjahresfrist hinaus für Bremen die Folge, daß Bremen der Gesellschaft die Aufwendungen für Verzinsung und Tilgung der Bremer Anleihen zurückerstatten muß.

Auf die Fischereiklausel und die Industrieklausel (in Abkommen 2) sowie auf die Hoheitsklausel (im Schlußprotokoll) verzichtet Preußen. Das Industriemonopol für Wesermünde ist damit beseitigt. Es soll in bezug auf die Förderung der Industrie zukünftig ebenfalls gemeinsam gearbeitet werden. Die Hoheitsklausel tritt übrigens wieder in Kraft,

[1]) Siehe den oben S. 561 abgedruckten Vertrag.

falls das Hochseefischereiabkommen nach 5 Jahren außer Kraft gesetzt wird.

In steuerlicher Hinsicht wird die Gesellschaft den Staatsbetrieben gleichgestellt. Die Wahrnehmung der Gesellschafterrechte geschieht von seiten Preußens durch das Ministerium für Handel und Gewerbe und das Finanzministerium gemeinschaftlich. Der Jahresabschluß und Jahresbericht ist dem Preußischen Landtag jährlich vorzulegen.

An drei der Einzelabkommen (Nr. 3, 4 und 8) ist auch der Staat Oldenburg beteiligt. In dem Abkommen Nr. 3 wird eine einheitliche Handhabung der Wasserpolizei, soweit sie den Ländern zusteht, vereinbart. Sein Inhalt besteht mehr aus allgemeinen Programmsätzen, als daß eine technische Zusammenfassung und Einzelregelung erfolgte. Die Behörden sollen im Einvernehmen miteinander vorgehen und es wird die Ausarbeitung gemeinsamer Richtlinien vorgesehen.

In ähnlicher Weise wird in Abkommen 8 eine Vereinheitlichung der Verkehrsregelung im Gebiet der drei Staaten in Aussicht genommen. Die Genehmigung neuer Straßen- und Kleinbahnen soll gemeinsam beraten werden. Für den Verkehr durch Kraftfahrlinien wird eine Arbeitsgemeinschaft gebildet.

Von größerer Bedeutung ist die Vereinbarung in Abkommen Nr. 4, eine Vereinheitlichung der Wasserpolizei auch in bezug auf die Strom- und Schiffahrtspolizei, die zur Zuständigkeit des Reichs gehört, herbeizuführen. Dem Reiche soll von den drei Staaten ein Staatsvertrag vorgeschlagen werden, durch den die Verwaltung der Strom- und Schiffahrtspolizei auf der Außen- und Unterweser einer gemeinsam zu bildenden einheitlichen Behörde mit dem Sitz in Bremen übertragen werden soll. Die Durchführung im einzelnen soll durch die zuständigen Zentralbehörden des Reiches und der drei Länder gemeinsam durch allgemeine Anweisung geregelt werden.

In Abkommen Nr. 5 wird sodann zwischen Preußen und Bremen eine Zusammenarbeit der Stadtverwaltungen von Bremerhaven und Wesermünde und den beteiligten Kommunalverbänden auf kommunalpolitischem Gebiet vereinbart. Die Errichtung und Ausnützung öffentlicher Anstalten und Anlagen soll durch gemeinsames Vorgehen vereinheitlicht werden. Betriebsverlegungen von einem Gebiet in das andere sollen vermieden und wirtschaftlicher Wettbewerb nicht begünstigt werden. Gleichmäßigkeit der Gemeindeabgaben und der städtischen Kreditbedingungen soll erstrebt werden.

Dieses Abkommen wird durch das Abkommen Nr. 9 über eine einheitliche Landesplanung, für die gemeinsame Ausschüsse eingesetzt werden, ergänzt.

Der kommunale Lastenausgleich zwischen Bremen und Wesermünde wird durch das Abkommen Nr. 6 in einem für Wesermünde finanziell günstigeren Sinne neu geregelt, indem Bremen die auf Grund des Vertrages von 1904 geleisteten Zahlungen erhöht.

Die örtliche Zuständigkeit der preußischen und bremischen Polizeibehörden wird durch das Abk. Nr. 7 in einem entgegenkommenden Sinne

geregelt. Die Polizeibehörden dürfen unter gewissen Voraussetzungen ihre Amtshandlungen auf das Gebiet des Nachbarstaates ausdehnen, z. B. bei Gefahr im Verzuge und allgemein durch Fortsetzung einer bereits auf eigenem Staatsgebiet begonnenen Amtshandlung, insbesondere also durch Nacheile. Die Befugnisse der fremden Beamten werden denen des eigenen Landes gleichgestellt.

Endlich wird in dem Weser-Ems-Abkommen, Nr. 10, vorgesehen, die Zusammenfassung der Wirtschaftskräfte durch Vermeidung unwirtschaftlicher Anlagen und durch einheitliche Seehäfenpolitik auch auf das Hinterland von Weser und Ems zu erstrecken. Zu diesem Zwecke soll je nach Verlangen eines Vertragsteiles eine gemeinsame Kommission eingesetzt werden.

Wenn somit das Vertragswerk in zahlreichen und auch wichtigen Einzelpunkten zu einer Lösung noch nicht gelangt ist und sich in großen Teilen auf Programmsätze beschränkt, deren Ausführung den Gegebenheiten der Zukunft überlassen wird, so ist doch nicht zu verkennen, daß das Verhältnis zwischen Preußen und Bremen nunmehr auf eine gesunde und entwicklungsfähige Basis gestellt ist. Interessant ist dabei, zu beobachten, wie sich diese Entwicklung erst nach einem vergeblichen Versuche, die Lösung im Wege des Rechtsstreits vor dem Staatsgerichtshof herbeizuführen, vollzogen hat. Ein bemerkenswertes Beispiel für den Wert vorsichtiger Zurückhaltung im Gebiet der Staatsgerichtsbarkeit. Die Lösung derartiger Fragen kann oft viel fruchtbarer ausfallen und das Ergebnis gesünder sein, wenn man den Parteien den bequemeren Weg, sich der Verantwortung für die politische Tat zu entziehen, nicht allzusehr erleichtert. Der ganze Vertrag endlich ein starkes Anzeichen für das Vorhandensein eines immer noch kraftvoll lebendigen bundesstaatlichen Bewußtseins in der Gemeinschaft der deutschen Staaten. Über die Tatsachen hinaus geht wohl allerdings die in der Öffentlichkeit gelegentlich zutage getretene Annahme, daß die beteiligten Länder damit von sich aus ein gutes Stück der Reichsreform vorweggenommen hätten, woran insbesondere Befürchtungen für das Schicksal Niedersachsens und sein Verhältnis zu der neuen »Küstenprovinz« geknüpft worden sind. Von den amtlichen Stellen ist jede dahingehende Absicht verneint und jene Ansicht zurückgewiesen worden [1]). Für eine derartige

[1]) So hat z. B. der Staatssekretär Dr. Staudinger im Hauptausschuß des Preußischen Landtages folgende Erklärung abgegeben: »Die Staatsregierung hatte der Delegation für die Verhandlungen mit Bremen die Richtlinien auf den Weg gegeben, daß in den Verhandlungen in keinerlei Hinsicht über irgendwelche Fragen der künftigen Neugliederung des Reiches, also von Wirtschaftsprovinzen oder ähnlichen Abgrenzungen, gesprochen werden dürfe. Demgemäß ist verfahren worden. Es handelt sich also bei dem Vertragswerk, wie der Herr Ministerpräsident es in Bremen selbst mit Nachdruck ausgesprochen hat, um ein Stück ‚praktischer Reichsreform', die dahin geht, durch eine vernünftige Zusammenarbeit die eine gesunde wirtschaftliche Entwicklung hemmenden Einflüsse bei den Landesgrenzen zu beseitigen. Alle weitergehenden Erörterungen, die in einem Teil der Presse geführt wurden, daß in dem Vertragswerk künftige Grenzen von neuen Landesteilen vorweg festgesetzt worden seien, gehen an dem inneren wirklichen Sinn des Vertragswerkes vorbei. Es sind lediglich Kombinationen, die nicht energisch genug zurückgewiesen werden können.«

Annahme ist der Vertrag auch in großen Teilen viel zu unbestimmt und sein endgültiger Bestand keineswegs sichergestellt. Im Rechtssinne bestehen hier zudem für die Länder die Schranken des Art. 18 der Reichsverfassung, der die Gliederung des Reiches in Länder der Zuständigkeit des Reiches zuweist. Man hat sich dann dür die Beurteilung auf die Formel der »praktischen Reichsreform« geeinigt. Und es ist sicher, daß die künftige Reform einmal an den dem Abkommen zugrundeliegenden wirtschaftlichen Verhältnissen, zum anderen aber auch an den Verhältnissen, wie sie sich aus den Wirkungen des Vertrages gestalten mögen, nicht wird vorübergehen können.

Zu dem vorstehend dargestellten Vertrage und dem mehrfach erwähnten hamburgisch-preußischen Vertrage wird sich höchstwahrscheinlich in nächster Zeit ein Vertrag zwischen den Hansestaaten Hamburg und Lübeck gesellen. Er soll eine Vereinheitlichung der beiderseitigen Länderverwaltungen und eine Neuordnung der Ländergrenzen nach ihren kulturellen und wirtschaftlichen Funktionen bringen. Zeitungsmeldungen zufolge stehen die Verhandlungen kurz vor ihrem Abschluß. Alle diese Vorgänge sind ein deutliches Anzeichen dafür, daß in den staatlichen Verhältnissen Norddeutschlands, mit seinen zerrissenen Landesgrenzen, den vielfachen Enklaven, dem Nebeneinander von großen und kleinen Staatswesen, oft ohne Zusammenhang mit der Gruppierung der natürlichen Wirtschaftseinheiten, die Reform als besonders dringend empfunden wird. Mandelsloh.

## II. Rechtsprechung

### a) Staatsgerichtshof

**1) 22./23. Oktober 1929 (StGH. 19/29) (RGZ. 126, Anhang S. 1)[1].**

Einstweilige Verfügung — Volksbegehren zum »Freiheitsgesetz«.

*Die Parteien haben Anspruch darauf, daß die zu ihrem Schutze gegebenen, eine gründliche Erörterung und erschöpfende Aufklärung der Sache gewährleistenden Vorschriften im Hauptverfahren eingehalten werden. Ihre Nichtanwendung in einem Verfahren über eine einstweilige Verfügung, die auf keine ausdrückliche Bestimmung gestützt, sondern überhaupt nur aus allgemeinen Erwägungen hergeleitet werden kann, läßt sich nur insoweit rechtfertigen, als sich dieses Verfahren ohne Stellungnahme zur Hauptsache durchführen läßt. Deckt sich der Streitstoff in dem vorläufigen Verfahren mit dem demnächstigen endgültigen so sehr, daß eine die eigentliche Meinungsverschiedenheit der Parteien unberührt lassende vorläufige Regelung nicht möglich ist, so ist eine solche nicht zulässig. Der Erlaß einer derartigen Entscheidung, bei der einer Partei*

[1]) Vgl. dazu Urt. des StGH. vom 17./19. Dezember 1929, abgedruckt unten zu 3) S. 574 sowie Fußnoten dort.

*der Versuch gestattet bleiben würde, im Hauptverfahren eine andere Stellungnahme des Staatsgerichtshofes herbeizuführen, wäre mit der Stellung des Staatsgerichtshofes unvereinbar, der in erster und letzter Instanz, also stets endgültig, Recht spricht.*

**2) 9. Dezember 1929 (StGH. 3/29) (RGZ. Bd. 127 Anhang S. 25).**

Ehrentitel und Amtsbezeichnungen — Gleichheit vor dem Gesetz — Art. 109 RVerf.

*1. Amtsbezeichnungen im Sinne des Art. 109 Abs. 4 RVerf. sind Bezeichnungen, die von dem für die Errichtung von Ämtern zuständigen Staatsorgane für die jeweiligen Amtsinhaber ohne Rücksicht auf ihre Person und ihre besondere Bewährung derart geschaffen sind, daß die in das Amt Eingewiesenen sie ohne besondere Verleihung für die Dauer der Bekleidung des Amts (und mit einem entsprechenden Zusatz während des Ruhestandes) führen dürfen.*

*2. Berufsbezeichnungen sind Bezeichnungen, die in gleicher Weise ohne Rücksicht auf die Person und ihre besondere Bewährung Personen gewisser freier Berufe unter objektiven Voraussetzungen vorbehalten sind.*

*3. Die Verleihung von Ehrentiteln zur Auszeichnung einzelner beamteter oder nicht beamteter Personen ist auch dann mit Art. 109 Abs. 4 RVerf. nicht vereinbar, wenn die Titel auf ein Amt oder einen Beruf hinweisen. Der in Zusammenhang mit Art. 109 Abs. 1 zu verstehende Art. 109 Abs. 4 RVerf. soll den demokratischen Gedanken der Gleichheit verwirklichen. Als eine von der Reichsverfassung zugelassene Amts- oder Berufsbezeichnung kann somit nur eine solche Bezeichnung angesehen werden, die für das in Frage stehende Amt oder den in Frage stehenden Beruf ein für alle-mal derart bestimmt ist, daß weder dasselbe Amt oder derselbe Beruf mit einmal oder mehrfach in sich gesteigerten verschiedenen Titeln bezeichnet werden, noch den Beamten oder Berufspersonen außer dem ihnen von vornherein zustehenden Amts- oder Berufstitel noch ein besonderer Titel verliehen werden kann.*

**3) 17./19. Dezember 1929 (StGH. 19/1929)[1] (RGZ. Bd. 127 Anh. S. 1)**

Zuständigkeit des Staatsgerichtshofs — Verfassungsstreitigkeit — Parteifähigkeit — Sachlegitimation — Volksbegehren — Grundrechte — Beamtenpflichten — Wahlfreiheit — Wahlgeheimnis — Art. 19, 125, 130 RVerf.

*1. Eine Verfassungsstreitigkeit innerhalb eines Landes[2] ist nicht nur ein Streit über Auslegung und Anwendung der Landesverfassung. Auch*

[1]) Vgl. dazu Urt. des StGH. vom 22./23. Oktober 1929, abgedruckt oben zu 1; an Zeitschriftenaufsätzen vgl.: Apel, RVBl. Bd. 50 S. 757; Bilfinger, Zt. f. Pol. XX S. 81; Bleyer, DJZ. 1930, S. 13; Brandis DJZ. 1929 S. 1653; Colm, RVBl. Bd. 51 S. 461, Falck, RVBl. 50, S. 709; Görres JW. 1929, S. 3360; Hofacker, RVBl. 51, S. 33; Kaisenberg, Gesetz u. Recht Jg. 30, S. 324; Kroner, Justiz Bd. V S. 176 u. S. 270; Krüger, DJZ. 1930, S. 220; Loewenthal, RVBl. 50, S. 729; derselbe, Justiz Bd. V S. 216 u. 325; Merk, A. ö. R. Bd. 19, S. 83; Poetzsch-Heffter, DJZ. 1929, S. 1507; derselbe JW. 1929, S. 3364; derselbe RVBl. 50, S. 773; Tannert, Bayr. Verw. Bl. 1930, S. 209; Wolff, A. ö. R. 18, S. 411; Zschucke, DJZ. 1930, S. 88.

[2]) s. Art. 19 der Reichsverfassung.

*ein Streit über Auslegung und Anwendung von Vorschriften der Reichsverfassung, welche auf die Landesverfassung oder auf landesverfassungsrechtliche Normen einwirken und sie insoweit ergänzen ist, sofern er zwischen Stellen eines Landes schwebt, eine Verfassungsstreitigkeit innerhalb eines Landes.*

*2. Der Begriff der Verfassungsstreitigkeit*[1]) *beschränkt sich nicht auf Streitigkeiten derjenigen Stellen, denen die Verfassung Rechte zur Teilnahme an der Ausübung der höchsten Staatsgewalt zugewiesen hat über Inhalt und Umfang der ihnen zustehenden Befugnisse solcher Art. Die Vorschriften über Grundrechte und Grundpflichten sind ebenso Verfassungsrecht wie die über den staatlichen Aufbau.*

*3. Das Klagerecht von Landtagsfraktionen in dem Verfahren vor dem Staatsgerichtshof beschränkt sich auf die Geltendmachung von Rechten, die den Fraktionen als Teilen der Volksvertretung zustehen. Es sind das die Rechte des Landtags selbst und der Landtagsminderheiten.*

*4. Einer einzelnen Fraktion steht keine Befugnis zu, an Stelle des Landtages das Staatsministerium zu beaufsichtigen, und zwar selbst dann nicht, wenn es sich um die Anwendung oder Nichtanwendung der Verfassung handelt und wenn die Aufsicht im Wege der Klage beim Staatsgerichtshof geltend gemacht wird.*

*5. Einzelpersonen haben keinen Anspruch auf verfassungsmäßigen Rechtsschutz durch den Staatsgerichtshof. Soweit die Fraktion den Staatsgerichtshof im vermuteten oder ausdrücklichen Auftrag der der Partei angehörigen Beamten anruft, steht sie den Einzelpersonen gleich, die vor dem Staatsgerichtshof nicht klagen können.*

*6. Politische Parteien können in Verfassungsstreitigkeiten, die sich an Wahlen anknüpfen, den Staatsgerichtshof angehen. Den Wahlen sind für die Verfassungsgerichtsbarkeit die Volksabstimmungen gleichzustellen.*

*7. Bei Beurteilung der Frage, ob die politische Betätigung eines Beamten mit seinen Beamtenpflichten vereinbar ist, kommt es sehr wesentlich auf den Charakter dieser Betätigung, ihre staatsrechtliche und politische Bedeutung an. Die Einzeichnung in die Listen eines Volksbegehrens und die Teilnahme an der Abstimmung über ein zum Volksentscheid gestelltes Volksbegehren ist rechtlich Teilnahme am Volksgesetzgebungsverfahren. Diese Volksgesetzgebung ist der unmittelbare Weg zur Verwirklichung des Hauptgrundsatzes der Reichsverfassung: »Die Staatsgewalt geht vom Volke aus«. Sie steht dem mittelbaren Weg, auf dem dieses Ziel erreicht werden soll, den Wahlen zum Reichstag, an Wichtigkeit für das Verfassungsleben des Reiches nicht nach. Daraus folgt, daß wie die Stimmabgabe bei der Reichstagswahl keinen beamtenrechtlichen Bindungen unterliegt, so auch die Teilnahme am Volksbegehren und Volksentscheid den Beamten ohne jede Einschränkung offen stehen muß. Die in Art. 130 Abs. 2 der Reichsverfassung den Beamten gewährleistete Freiheit ihrer politischen Gesinnung umfaßt daher das Recht, sich bei einem zugelassenen Volksbegehren ohne Rücksicht auf dessen Inhalt einzutragen und beim Volksentscheid abzustimmen*[2]).

[1]) s. Art. 19 der Reichsverfassung.

[2]) Die preußische Regierung hatte erklärt, daß es für die Beamten mit ihren Pflichten

*8. Die Gewährleistung von Wahlfreiheit und Wahlgeheimnis durch Art. 125 der Reichsverfassung bezieht sich auch auf Volksbegehren und Volksentscheid. Die Bekanntgabe der Eintragungen an Außenstehende und ihre Benutzung als Grundlage für ein disziplinarisches Einschreiten gegen Beamte ist demnach verfassungswidrig.*

### 4) 11. Juli 1930 (StGH. 5/30) (RVerwBl. Bd. 51 S. 626)

Empfindungen Andersdenkender. — Art. 148 RVerf.

*1. Das Gebot des Art. 148 RVerf., beim Unterricht in öffentlichen Schulen Bedacht zu nehmen, daß die Empfindungen Andersdenkender nicht verletzt werden, richtet sich in erster Linie an die Lehrer, aber auch an die staatlichen Organe der Länder, deren Aufsicht das gesamte Schulwesen unterstellt ist.*

*2. Art. 148 RVerf. ist nicht nur eine unverbindliche Mahnung, sondern begründet eine Rechtspflicht, die den mit dem Unterricht an öffentlichen Schulen befaßten Stellen unmittelbar mit dem Inkrafttreten der Reichsverfassung auferlegt worden ist.*

*3. Das Gebot des Art. 148 RVerf. ist nicht auf bestimmte Gebiete beschränkt, sondern soll den Gedanken einer allgemeinen Toleranz zur Durchführung bringen. Wenn auch die Rücksicht auf das religiöse Empfinden den Ausgangspunkt für die Aufnahme der Vorschrift abgegeben hat, so hat sie doch auch auf die Erörterung geschichtlicher und naturwissenschaftlicher Fragen und ebenso im Falle einer Stellungnahme zu politischen Problemen und Anschauungen Anwendung zu finden.*

*4. Aus der allgemeinen Fassung des Art. 148 RVerf. ergibt sich, daß nicht allein maßgebend ist, ob die Empfindungen der Schüler verletzt werden, die am Unterricht teilnehmen. Jeder Unterricht wirkt über den*

---

nicht vereinbar wäre, an einem Volksbegehren teilzunehmen, das folgenden Gesetzentwurf zum Inhalt hatte:

Entwurf eines Gesetzes gegen die Versklavung des Deutschen Volkes.

§ 1. Die Reichsregierung hat den Auswärtigen Mächten unverzüglich in feierlicher Form Kenntnis davon zu geben, daß das erzwungene Kriegsschuldanerkenntnis des Versailler Vertrages der geschichtlichen Wahrheit widerspricht, auf falschen Voraussetzungen beruht und völkerrechtlich unverbindlich ist.

§ 2. Die Reichsregierung hat darauf hinzuwirken, daß das Kriegsschuldanerkenntnis des Art. 231 sowie die Art. 429 und 430 des Versailler Vertrages förmlich außer Kraft gesetzt werden. Sie hat ferner darauf hinzuwirken, daß die besetzten Gebiete nunmehr unverzüglich und bedingungslos, sowie unter Ausschluß jeder Kontrolle über deutsches Gebiet geräumt werden, unabhängig von Annahme oder Ablehnung der Beschlüsse der Haager Konferenz.

§ 3. Auswärtigen Mächten gegenüber dürfen neue Lasten nicht übernommen werden, die auf dem Kriegsschuldanerkenntnis beruhen. Hierunter fallen auch die Lasten und Verpflichtungen, die auf Grund der Vorschläge der Pariser Sachverständigen und nach den daraus hervorgehenden Vereinbarungen von Deutschland übernommen werden sollen.

§ 4. Reichskanzler und Reichsminister und deren Bevollmächtigte, die entgegen der Vorschrift des § 3 Abs. 1 Verträge mit auswärtigen Mächten zeichnen, unterliegen den im § 92 Nr. 3 StGB. vorgesehenen Strafen.

§ 5. Dieses Gesetz tritt mit seiner Verkündigung in Kraft.

*Kreis hinaus, an den er sich unmittelbar wendet. Auch die Möglichkeit, daß durch dieses Hinausdringen die Empfindungen Andersdenkender verletzt werden, muß in Betracht gezogen werden.*

*5. Die Verwendung des christlichen Gebetes zur Brandmarkung bestimmter politischer Anschauungen und gewisser Gruppen des Volkes erscheint weiten, religiös denkenden Kreisen als ein Mißbrauch des christlichen Gebetes und verletzt die Empfindungen derer, denen dies von ihrer religiösen Auffassung aus als eine Entheiligung des Gebetes erscheint.*

**5) 17./18. Juli 1930 (StGH. 7/30) [1]) (RVerwBl. Bd. 51, S. 628)**

Erlaß einstweiliger Verfügungen durch den Staatsgerichtshof — Vorläufige Regelung der Parteibeziehungen.

*1. Der Staatsgerichtshof ist rechtlich nicht behindert, vor der Entscheidung über die Hauptsache einstweilige Verfügungen zu treffen.*

*2. Eine einstweilige Anordnung des Staatsgerichtshofs darf die endgültige Entscheidung nicht vorausnehmen.*

*3. Der Staatsgerichtshof kann jedoch die Beziehungen zwischen den streitenden Teilen ohne Stellungnahme zu den Rechtsfragen bis zur endgültigen Entscheidung vorläufig ordnen, wenn dies notwendig ist, um wesentliche Nachteile, die mangels einer solchen Regelung entstehen würden, abzuwenden.*

*4. Eine derartige vorläufige Regelung der Parteibeziehungen muß den Interessen beider Parteien gerecht werden. Sie kann nur dann getroffen werden, wenn die Abwendung der Nachteile für eine Partei unter gleichzeitiger Vorbeugung der von der anderen Seite hiervon befürchteten Gefahren geschehen kann.*

## b) Reichsgericht

**1) 2. Juli 1929 (III 498/28) (RGZ. Bd. 125 S. 295)**

Treu und Glauben im öffentlichen Recht — Beamtenverhältnis — Zusage von Rechten durch Stillschweigen seitens des Staates.

*1. Die Grundsätze von Treu und Glauben sind im öffentlichen Recht ebenso zu beachten, wie im bürgerlichen Recht.*

*2. Hat ein Beamter in seinem Entlassungsgesuch hinreichend klar zum Ausdruck gebracht, er wolle seinen Übertritt vom Reichsdienst in den Dienst eines Landes davon abhängig machen, daß er in seinen Vermögensverhältnissen nicht schlechter gestellt würde, als wenn er Reichsbeamter geblieben wäre, so war das Reich, wenn es darauf nicht eingehen wollte,*

[1]) Es handelt sich um die Sperrung der den Ländern vom Reiche gezahlten Polizeikostenzuschüsse gegenüber dem Lande Thüringen wegen vom Reiche befürchteter verfassungswidriger Verwendung dieser Gelder. Thüringen hat beantragt, die Weiterzahlung durch einstweilige Verfügung anzuordnen. Zu einer Entscheidung in der Hauptsache ist es nicht gekommen, da der Rechtsstreit durch einen Vergleich zwischen den Parteien erledigt worden ist.

*verpflichtet, die Ablehnung der Forderung dem Beamten mitzuteilen. Tat es dies nicht, so ist anzunehmen, daß es durch die Entlassung diese Bedingung stillschweigend angenommen hat.*

*3. Es besteht im Rahmen des öffentlich-rechtlichen, durch einseitigen Staatsakt begründeten Beamtenverhältnisses die Möglichkeit, daß zwischen Staat und Beamten besondere Vereinbarungen getroffen werden, wenn diese Abreden nicht dem Wesen des Beamtenverhältnisses widersprechen.*

### 2) 3. Dezember 1929 (VII 257/59. 29) (RGZ. 128, S. 165)

Sperrgesetz vom 6. Juli 1929 — Recht auf den gesetzlichen Richter — Gleichheit vor dem Gesetz — Enteignung — Art. 105, 109, 153 RVerf.

*1. Welches Gericht oder welche sonstige Stelle über gewisse Ansprüche zu entscheiden hat, und ob für sie überhaupt ein Rechtsweg eröffnet ist, kann jederzeit durch einfaches Gesetz bestimmt werden.*

*2. Es kann nicht als ein Verstoß gegen Art 105 Satz 2 RVerf. angesehen werden, wenn für gewisse anhängige oder demnächst anhängig werdende Rechtsstreitigkeiten nicht der Rechtsweg verschlossen, sondern nur die prozeßrechtliche Maßnahme einer Aussetzung auf bestimmte kurze Zeit angeordnet wird. Erforderlich ist dabei nur, daß die Anordnung einen generellen, nicht speziellen Inhalt hat. Die Entscheidung, ob ein unstatthafter Spezialeingriff oder eine zulässige generelle Regelung vorliegt, hängt nicht von der größeren oder geringeren Zahl der unter die Vorschrift fallenden Rechtsverhältnisse, sondern nur davon ab, ob diese Rechtsverhältnisse in der Vorschrift einzeln und individuell oder in allgemeiner Weise nach Gattungsmerkmalen bezeichnet sind.*

*3. Dem Grundsatz der Gleichheit aller Deutschen vor dem Gesetz kann man nur die Bedeutung beilegen, daß das Gesetz solche Tatbestände gleich zu behandeln hat, die ungleich zu behandeln Willkür, durch keinen auf vernünftigen Erwägungen beruhenden Grund zu rechtfertigen wäre.*

*4. Eine Enteignung durch Gesetz liegt nur dann vor, wenn das Gesetz einen Einzeleingriff in bestehende Rechte, nicht dagegen, wenn es eine allgemeine Neuregelung ihres Inhaltes vornimmt.*

### 3) 28. Februar 1930 (III 87/29) RGZ. Bd. 128, S. 18)

Enteignung — Angemessene Entschädigung — Art. 153 RVerf. — Preußisches Fluchtliniengesetz vom 2. Juli 1875/28. März 1918.

*1. Die nach § 11 des Preußischen Fluchtliniengesetzes eintretende Beschränkung des Grundeigentümers, daß Neubauten, Um- und Ausbauten über die Fluchtlinie hinaus versagt werden können, bedeutet, daß das Grundstück zugunsten der Gemeinde mit der Dienstbarkeit der Unbebaubarkeit belastet wird. Diese Belastung ist ihrem Wesen nach eine Teilenteignung.*

*2. Der Schutz des Privateigentums durch Art. 153 der Reichsverfassung bestimmt sich nicht nach der Rechtslage des Zeitpunktes des In-*

*krafttretens der Reichsverfassung. Der Art. 153 RVerf. enthält unmittelbar anwendbares Recht und greift daher auch älteren Landesgesetzen gegenüber Platz.*

*3. Art. 153 Abs. 2 RVerf. fordert die Gewährung einer angemessenen Enteignungsentschädigung. Die nähere Regelung der Angemessenheit liegt auf den der Landesgesetzgebung überlassenen Gebieten dieser ob. Ein gewisser Spielraum freien Ermessens muß ihr hierbei eingeräumt werden. Der Richter darf der landesrechtlichen Regelung nur dann die Gültigkeit versagen, wenn die Grenze solchen Ermessens offensichtlich überschritten ist, wenn das, was sie dem Enteigneten gewährt, unzweifelhaft nicht mehr als angemessenes Entgelt angesehen werden kann für das, was ihm genommen wird. Der Rechtszustand, dem gemäß die dem Grundstückseigentümer zustehende Entschädigung für die Belastung seines Grundstücks mit der Dienstbarkeit der Unbebaubarkeit bis zur Übernahme der Grundfläche selbst durch die Gemeinde hinausgeschoben wird, es andererseits aber ausschließlich vom Willen der Gemeinde abhängt, ob sie sich eine derartige Fläche vom Eigentümer für die öffentliche Benutzung abtreten lassen will, entspricht nicht dem Art. 153 der Reichverfassung. Eine Entschädigung, deren Zahlungszeit vom freien Ermessen des Enteignenden abhängt, ist keine angemessene Entschädigung mehr.*

## c) Wahlprüfungsgericht beim Reichstag

### 14. März 1930 (RVerwBl. Bd. 51, S. 507)

Volksentscheid — »Beschluß des Reichstages« im Sinne von Art. 75 der Reichsverfassung..

*Gemäß Art. 75 der Reichsverfassung kann ein Beschluß des Reichstages durch Volksentscheid nur dann außer Kraft gesetzt werden, wenn sich die Mehrheit der Stimmberechtigten an der Abstimmung beteiligt. Dazu gehören auch diejenigen Beschlüsse des Reichstages, durch die lediglich ein volksbegehrter Gesetzesentwurf abgelehnt wird.*

## d) Kammergericht

### 18. November 1929 (27 W 10117. 29) (Jur. W. 1930 S. 731)

Staatsangehörigkeit — Staatenlosigkeit.

*Es steht nichts im Wege, die Staatenlosen im Hinblick auf ihre Zulassung zum Armenrecht*[1]*) verschieden zu behandeln je nachdem, wie ihre Staatenlosigkeit entstanden ist. Ehemaligen deutschen Staatsangehörigen, die staatenlos geworden sind, ohne jemals eine fremde Staatsangehörigkeit besessen zu haben, kann das Armenrecht bewilligt werden.*

[1]) Nach § 114 Abs. 2 der Zivilprozeßordnung haben Ausländer nur insoweit Anspruch auf Bewilligung des Armenrechts, als die Gegenseitigkeit verbürgt ist. Diese Bestimmung ist von der Rechtsprechung überwiegend dahin ausgelegt worden, daß Staatenlosen das Armenrecht nicht zu bewilligen ist.

## e) Oberlandesgericht Naumburg a. d. S.

**26. Juni 1929 (S. 184/29) (Leipz. Zt. 1930 S. 738)**

Führung ausländischer Titel (Amtsbezeichnungen) — Doppelte Staatsangehörigkeit.

*1. Unter ausländischen Titeln, deren Annahme einem Deutschen durch Art. 109 der Reichsverfassung verboten ist, sind auch Amtsbezeichnungen zu verstehen. Wer ein Amt eines ausländischen Staates bekleidet, darf den diesem Amt entsprechenden Titel als Amtsbezeichnung im Deutschen Reiche nicht führen.*

*2. Das Verbot der Führung ausländischer Titel in Art. 109 der Reichsverfassung und § 360 Ziffer 8 des Strafgesetzbuchs richtet sich gegen die deutschen Staatsangehörigen ohne Einschränkung, also auch an die, die neben der deutschen Staatsangehörigkeit noch eine fremdländische Staatsangehörigkeit besitzen.*

## f) Preuß. Disziplinarhof für nichtrichterliche Beamte

**18. November 1929 (Ds. 12/28) (DJZ. 1930 Sp. 307)**

Freiheit wissenschaftlicher Lehre — Beamtenpflichten — Art. 142 RVerf. — Art. 148 RVerf.

*1. Unter »Lehre der Wissenschaft«, deren Freiheit Art. 142 RVerf. gewährleistet, sind nur Darlegungen zu verstehen, die eine nach Form und Inhalt sachliche Wiedergabe der Ergebnisse wissenschaftlicher Forschung darstellen.*

*2. Das Recht der freien Meinungsäußerung und politischen Betätigung findet für den Beamten seine Grenze in den besonderen Pflichten, die das Amt ihm auferlegt, in der Treue- und Gehorsamspflicht gegenüber dem Staate, die es ihm verbietet, von jenen Rechten einen gleich weiten Gebrauch zu machen, wie er jedem anderen Staatsbürger zusteht, der nicht unter dem Zwange der im öffentlichen Interesse unerläßlichen Dienstzucht steht. In allen Handlungen muß der Beamte sich bewußt sein, daß das Amt ihn bindet, sich stets — auch in Ausübung der staatsbürgerlichen Rechte — die Mäßigung aufzuerlegen, die durch seine Stellung als »Diener der Gesamtheit« (Art. 130 RVerf.) und durch das Ansehen seines Amtes bedingt ist.*[1])

*3. Zu den öffentlichen Schulen im Sinne des Art. 148 RVerf., dem gemäß beim Unterricht in öffentlichen Schulen darauf Bedacht zu nehmen ist, daß die Empfindungen Andersdenkender nicht verletzt werden, sind auch die Universitäten zu rechnen.*

[1]) Vgl. dazu Satz 7 des Urteils oben unter a, 3, S. 575.

# 7. Finnland

## Gesetzgebung

### Die „Antikommunistengesetze“ [1])

Die »Antikommunistengesetze« sind im Juli 1930 durch die Regierung Svinhufvud eingebracht und von dem damals versammelten außerordentlichen Reichstag angenommen worden. Diese Annahme war endgültig aber nur für die Gesetze, die nicht verfassungsändernden Charakter trugen. Die übrigen mußten dem nach Neuwahlen zusammentretenden neuen Reichstag unterbreitet werden. Das geschah im Herbst 1930. Die Gesetze wurden von dem neuen Reichstag mit den gerade zur Erzielung der qualifizierten Mehrheit ausreichenden Stimmen sämtlicher bürgerlicher Parteien gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen. (Die Kommunisten waren in diesem Reichstag nicht mehr vertreten).

Die Gesetze beruhen im wesentlichen auf Entwürfen, die schon die Vorgängerin der Regierung Svinhufvud, die Agrarregierung Kallio, ausgearbeitet hatte, die durch die innerpolitischen Ereignisse des Sommers zum Rücktritt gezwungen wurde. Es ist bekannt, daß sowohl die Ausarbeitung als die Annahme dieser Gesetze in der Volksvertretung unter dem sehr starken Druck der sogenannten »Lappo-Bewegung« gestanden hat.

Das wichtigste ist das Gesetz zum Schutze der Republik. Um dessen wirksame Durchführung zu sichern, waren Änderungen des Preß- und Strafgesetzes erforderlich. Auch die Reichstagsordnung und die für die staatlichen und kommunalen Wahlen geltenden Gesetze wurden geändert. Über den Charakter und Zweck dieser Gesetze gibt die Denkschrift der Regierung Auskunft.

Die Notwendigkeit des *Republikschutzgesetzes*, dessen deutsches Vorbild nicht etwa das deutsche Republikschutzgesetz, sondern Artikel 48 der Reichsverfassung ist, begründete die Regierung mit den Gefahren, denen der Staat durch Umsturzpläne extremer Parteien erfahrungsgemäß ausgesetzt sei. »Eine der gefährlichsten dieser extremen Richtungen«, so heißt es in den Motiven, »ist der Kommunismus, der nicht gegen eine bestimmte gesellschaftliche oder politische Ordnung gerichtet ist, aber die Grundlagen jedes Kultur- und Rechtsstaates untergräbt. Zu allen ererbten nationalen, religiösen und allgemein menschlichen Werten verhält er sich absolut negativ. Ein Volk, das sich dieser Werte bewußt ist, kann solchen Bestrebungen nicht gleichgültig gegenüberstehen, am allerwenigsten ein Volk, das ihre Auswirkungen am eigenen Leibe erfahren hat und feststellen mußte, daß für normale Verhältnisse gegebene Gesetze nicht ausreichen, deren Schädlichkeit zu hindern.

In manchen Ländern, wo der Kommunismus noch stärker verbreitet ist, hat er eine Gegenbewegung hervorgerufen, die nicht darauf

[1]) Einleitung und Übersetzung der Texte von Dr. Joachim-Dieter Bloch.

vertraut, daß der moderne parlamentarische Staat mit den ihm durch die Rechtsordnung gegebenen Mitteln imstande ist, die Ausbreitung des Kommunismus zu verhindern, sondern das einzige Mittel zur Erhaltung der Grundlagen der gegenwärtigen Staats- und Gesellschaftsordnung darin erblickt, daß die parlamentarische Regierungsform wenigstens zeitweise aufgegeben und die Staatsgewalt in den Händen einer oder einiger weniger Personen konzentriert wird. Unter unseren demokratischen Verhältnissen muß eine solche Anschauungsweise auf das bestimmteste zurückgewiesen werden, und es ist auch offenbar, daß in dem Bewußtsein unseres Volkes die Auffassung fest verwurzelt ist, daß die Kräfte, die auf die Umstellung der Gesellschaft abzielen, mit den Mitteln bekämpft werden müssen, die die geltende staatliche Rechtsordnung zur Verfügung stellt. Ist die Gesetzgebung in dieser Beziehung mangelhaft oder unwirksam, so muß sie entwickelt und die Befugnisse der entsprechenden Staatsorgane ausgestaltet werden. Geschieht das nicht, so ist die Gefahr gegeben, daß die Extremsten die Intiative ergreifen und zur Tat schreiten, um ihre auf Vernichtung der demokratisch-parlamentarischen Ordnung gerichteten Pläne zu verwirklichen.«

Die Änderungen des *Preß-* und *Strafgesetzes* wurden damit motiviert, daß die bisherigen Bestimmungen nicht ausgereicht hätten, dem Mißbrauch der Preß- und Äußerungsfreiheit wirksam vorzubeugen, daß vor allem die Bestimmungen über die Einziehung von periodischen Schriften sich als unzureichend erwiesen hätten.

Die wichtigsten Änderungen sind daher die Verlängerung der bisherigen Höchstdauer der Einziehung von drei Monaten auf ein Jahr und die Schaffung von Bestimmungen, die verhindern sollen, daß an Stelle der verbotenen und eingezogenen Druckschrift eine gleichartige nur unter anderem Namen hergestellt und vertrieben wird. Den Polizeiorganen wird ferner durch Änderung der bisherigen Bestimmungen über den Instanzenzug Gelegenheit gegeben, Beschlagnahmen einer Druckschrift schneller als bisher zu bewerkstelligen.

Über die Änderung der *Wahlgesetze* sagt die Begründung der Regierung: »Von den Personen, die von ihren Mitbürgern zu Vertretern im Reichstag oder zu Elektoren für die Wahl des Staatsoberhauptes oder als Kommunalbevollmächtigte zur Ausübung der Geschäfte der Kommunen gewählt werden, kann mit Recht verlangt werden, daß sie als Mitbürger in jeder Beziehung tadelfrei sind und an ihrer Loyalität gegenüber Staat und Gesellschaft keinen Zweifel aufkommen lassen. Da die Gesetze über die Wählbarkeit zum Reichstag und zu den Komunalvertretungen es gewissen, der Rechts- und Gesellschaftsordnung feindlich gesinnten Kreisen ermöglicht haben, sowohl in den Reichstag wie in die Gemeindevertretungen als ihre Repräsentanten Personen zu wählen, die unter ausländischem Einfluß danach streben, unter Vernichtung der bürgerlichen Freiheit mehr oder weniger direkt einen gewaltsamen Umsturz unserer gegenwärtigen Rechts- und Gesellschaftsordnung herbeizuführen, und da dieser Umstand, der des Staates und der Gesellschaft unwürdig ist, schon in weiten Kreisen berechtigte Un-

ruhe erregt hat, erscheint es nötig, die Gesetze so zu ändern, daß Personen, deren staatliche und gesellschaftliche Unzuverlässigkeit offenbar ist, selbst wenn ihre Handlungsweise nicht immer strafbar ist, der Möglichkeit beraubt werden, staatliche oder kommunale Ämter ausüben.

Die Regierung, die es nicht für möglich angesehen hat, in diesem Zusammenhange Beschränkungen des politischen oder kommunalen Stimmrechts auf Grund einer von solcher Unzuverlässigkeit zeugenden Tätigkeit vorzuschlagen, soweit nicht gerichtlich festgestellte strafbare Handlungen vorliegen, hat es doch für natürlich erachtet, daß solchen unzuverlässigen Personen nicht die Möglichkeit eröffnet wird, bei der Aufstellung von Kandidatenlisten bei politischen und kommunalen Wahlen die Initiative zu ergreifen.« Bloch

## l) Gesetz zum Schutz der Republik

18. November 1930. (FFS. 1930 Nr. 336) [1])

»Auf Beschluß des Reichstags, zustandegekommen gemäß § 67 der Reichstagsordnung vom 13. Januar 1928, wird bestimmt:

§ 1.

Wird das Reich von unmittelbarer Gefahr bedroht oder ist die allgemeine Ordnung erkennbar gestört, oder ist die allgemeine Ordnung und Sicherheit ernstlich gefährdet und kann der rechtliche Zustand nicht durch Anwendung der unter normalen Zeiten zur Verfügung stehenden Mittel wieder hergestellt werden, so kann der Präsident der Republik ohne Rücksicht darauf, was § 6 Abs. 1 der Verfassung über den Schutz der persönlichen Freiheit, § 7 Abs. 1 der Verfassung über die Freizügigkeit der finnischen Staatsangehörigen, § 10 der Verfassung über die Preß- und Versammlungsfreiheit und die §§ 11 und 12 der Verfassung bestimmen, im Wege der Verordnung alle die Maßnahmen anordnen, die er zur Abwehr der Gefahr oder zur Aufrechterhaltung der Ordnung für erforderlich hält.

§ 2.

Auf Grund dieses Gesetzes erlassene Verordnungen sind unverzüglich dem Präsidenten des Reichstags mitzuteilen, der sie unmittelbar oder, falls der Reichstag nicht versammelt ist, sobald der Reichstag zusammengetreten ist, diesem zur Kenntnis zu bringen hat. Sie sind auf Beschluß des Reichstags aufzuheben.

§ 3.

Dieses Gesetz gilt bis zum 31. Dezember 1935. Auch die auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Verordnungen verlieren spätestens zu diesem Zeitpunkt ihre Gültigkeit.«

[1]) FFS = Finlands Författningssamling (Finnische Gesetzessammlung).

## 2) Gesetz zur Aenderung des Pressegesetzes [1])

31. Juli 1930. (FFS. 1930 Nr. 272)

»Die §§ 37, 38, 42 und 44 des Preßgesetzes vom 4. Januar 1919 erhalten auf Beschluß des Reichstags folgende veränderte Fassung:

§ 37.

Verstößt der Inhalt der Druckschrift gegen die Strafgesetze, so ist die Schrift gemäß § 17 Kapitel 2 des Strafgesetzes für verfallen zu erklären.

Ebenso kann eine Druckschrift, deren Herausgabe gemäß §§ 10, 11, 22 oder 30 dieses Gesetzes strafbar ist, für verfallen erklärt werden.

Enthält der Inhalt einer periodischen Druckschrift ein Vergehen gegen Kapitel 12 oder die §§ 8 und 24 des Kapitels 16 des Strafgesetzes, so kann die Druckschrift durch Gerichtsbeschluß *auf höchstens ein Jahr* [2]) eingezogen werden.

*Begründet der Inhalt einer periodischen Druckschrift eines der im Absatz 3 erwähnten Vergehen, so ist das Justizministerium berechtigt, bis auf weiteres die Einziehung der Druckschrift anzuordnen. Diese Anordnung ist spätestens 8 Tage nach ihrem Erlaß gerichtlicher Prüfung zu unterstellen. Ist die Anordnung nicht innerhalb dieser Zeit gerichtlicher Prüfung unterstellt worden, so wird sie hinfällig. Wird nicht innerhalb von 14 Tagen, nachdem die Anordnung vom Gericht bestätigt worden ist, ein gerichtliches Verfahren anhängig gemacht und zu den festgesetzten Fristen weiter betrieben, so hat das Gericht die Anordnung für hinfällig zu erklären. Ergeben sich gesetzliche Hindernisse für die Zustellung der Anklage, so bestimmt das Gericht einen neuen Termin für die Verhandlung der Sache; die Anordnung bleibt bestehen.*

*Ist eine Anordnung auf Einziehung einer Druckschrift ergangen, so trifft sie auch eine andere Druckschrift, die als Ersatz für die eingezogene ausgegeben wird.*

§ 38.

Wer wissentlich eine für verfallen erklärte Druckschrift verkauft oder anderweit verbreitet, wird mit Geldstrafe oder Gefängnis bis zu 6 Monaten bestraft. Dasselbe gilt für denjenigen, der eine eingezogene [3]) Druckschrift weiter herausgibt *oder während der Zeit der Einziehung eine andere Druckschrift herausgibt, die dazu bestimmt ist, die eingezogene zu ersetzen, oder wer eine solche Schrift in Kenntnis ihres Charakters verkauft oder anderweit verbreitet oder den Abonnenten eine andere Druckschrift an Stelle der eingezogenen zustellen läßt.*

Gibt jemand in Kenntnis davon, daß eine Druckschrift für verfallen erklärt ist, eine neue Auflage oder Teile von ihr, die für gesetzwidrig

[1]) Die Änderungen der alten Fassung sind in diesem und den nachfolgend abgedruckten Gesetzen durch Kursivdruck kenntlich gemacht.

[2]) Früher: »höchstens drei Monate.«

[3]) Früher: »durch Erkenntnis des Gerichts eingezogene«

erklärt worden sind, heraus, so wird er gemäß Abs. 1 bestraft. Auch auf die neue Druckschrift finden die Bestimmungen über Preßvergehen Anwendung.

Die obigen Bestimmungen gelten auch, wenn die Erkenntnisse, durch die die Druckschrift für verfallen erklärt oder eingezogen worden ist, noch nicht rechtskräftig geworden sind.

§ 42.

Erscheint der Inhalt einer Druckschrift als verbotswidrig oder verstößt er sonst gegen das Preßgesetz, so hat der Justizminister zu bestimmen, ob und von wem Anklage zu erheben ist. *Kommt solch Vergehen zur Kenntnis des öffentlichen Anklägers oder Polizeichefs, so hat dieser Anzeige beim Justizministerium zu erstatten.*

Das Justizministerium kann, falls es für erforderlich erachtet wird, die Beschlagnahme der Druckschrift anordnen. *Der öffentliche Ankläger und der Polizeichef kann, wenn die Druckschrift sich nach ihrem Inhalt als verbotswidrig herausstellt, die Beschlagnahme ohne Anordnung des Justizministeriums vornehmen, hat sie aber binnen 24 Stunden dem Justizministerium mitzuteilen. Dieses legt die Sache dem Gericht gemäß § 44 zur Prüfung vor; falls es Gründe für eine Beschlagnahme nicht als vorhanden ansieht, ordnet es ihre Aufhebung an.*

Wird das Vergehen nicht im Wege öffentlicher Anklage verfolgt, so darf die Beschlagnahme nur auf Antrag des Privatklägers angeordnet werden.

Ist Anklage erhoben worden, so darf nur das Gericht die Beschlagnahme anordnen.

§ 44.

Die Beschlagnahme ist dem Gericht, das gemäß § 49 zur Verhandlung über die Hauptsache zuständig ist, *spätestens am ersten Gerichtstag drei Tage nach der Vollziehung der Beschlagnahme* [1]) oder, wenn die Beschlagnahme an einem anderen Orte erfolgt ist, spätestens innerhalb von acht Tagen nach Vollziehung der Beschlagnahme zur Prüfung zu unterbreiten. Ist die Beschlagnahme der Prüfung des Gerichts nicht innerhalb der oben genannten Fristen unterbreitet worden oder hat das Gericht nicht innerhalb von 4 Tagen, nachdem die Sache bei ihm angemeldet worden ist, die Beschlagnahme bestätigt oder aufgehoben, so wird sie hinfällig.«

## 3) Gesetz betr. Aenderung des § 24 Kapitel 16 des Strafgesetzes

**31. Juli 1930. (FFS. Nr. 273)**

»§ 24 Kapitel 16 des Strafgesetzes wird auf Beschluß des Reichstags wie folgt geändert:

[1]) Früher: »am nächsten Gerichtstag.«

§ 24.

Wer öffentlich in einer Volksversammlung grundlose Behauptungen aufstellt oder schriftlich oder auf andere Weise verbreitet, die geeignet sind, die Regierung, die Volksvertretung oder deren Ausschüsse oder öffentliche Behörden herabzusetzen oder Mißachtung ihrer Maßnahmen oder der gesetzlichen Gesellschaftsordnung zu erwecken oder die öffentliche Ordnung zu stören, wird mit Geldstrafe bestraft. *Dasselbe gilt, wenn jemand durch Verheimlichung wesentlicher Umstände oder in anderer Weise durch Verdrehung oder durch Anwendung kränkender oder herabsetzender Ausdrücke oder eine Darstellung dieser Art Tatsachen oder Äußerungen weitergibt oder verbreitet, die die oben erwähnte Wirkung haben können.*

Bezweckte die Darstellung oder Äußerung die Erregung einer Mißachtung in obigem Sinne oder die Störung der öffentlichen Ordnung, so wird auf Geldstrafe [1]) oder Gefängnis bis zu einem Jahr erkannt.«

## 4) Gesetz betr. Zusätze zum und Aenderungen des 11. Kapitels des Strafgesetzes [2])

**23. Januar 1931. (FFS. Nr. 14)**

»Auf Beschluß des Reichstages erhält das 11. Kapitel des Strafgesetzes einen neuen § 4 a; § 6 desselben Kapitels wird wie folgt neu gefaßt:

*11. Kapitel. Hochverrat.*

§ 4 a.

*Wer sich*

*1.) einer Vereinigung, Organisation oder einer anderen Verbindung anschließt, von der er weiß, daß sie für einen gewaltsamen Umsturz der Staats- und Gesellschaftsordnung Finnlands tätig ist oder die Förderung oder mittelbare oder unmittelbare Unterstützung einer solchen Betätigung bezweckt, oder die durch Anwerbung von Mitgliedern, Einsammlung von Mitteln, Zahlung von Beiträgen oder auf andere ähnliche Weise zum Vorteil einer, wie er weiß, so beschaffenen Verbindung tätig wird,*

*2.) an Versammlungen teilnimmt, die, wie er weiß, zur Förderung hochverräterischer Betätigung einberufen sind oder auf denen die Förderung einer Hochverrat bezweckenden Betätigung oder über die Gründung von Verbindungen im Sinne der Ziffer 1 beraten oder beschlossen wird, falls nicht aus den Umständen hervorgeht, daß er nicht die Absicht hatte, eine solche Betätigung zu fördern,*

*3.) in Rede, Schrift oder auf andere Weise zum Hochverrat oder zu seiner Vorbereitung anreizt oder Schriften oder Darstellungen verbreitet, von denen er weiß, daß sie eine Aufwiegelung zum Hoch-*

[1]) Früher: »in Höhe von mindestens 100 Mark.«

[2]) Zu den eigentlichen »Antikommunistengesetzen« gehören dieses und das folgende Gesetz nicht. Da beide aber durchaus in der Linie der mit jenen verfolgten Politik liegen, rechtfertigt sich ihre Aufnahme in diesem Zusammenhang.

*verrat oder zu seiner Vorbereitung oder dessen Verherrlichung enthalten, oder*

*4.) in anderer Weise durch Wort oder Tat vorsätzlich hochverräterische Betätigung unterstützt,*

*wird mit Gefängnis nicht unter zwei Monaten bestraft, falls nicht auf Grund eines anderen Gesetzes eine strengere Strafe verwirkt ist.*

§ 6.

Wer auf Grund dieses Kapitels die *Todes- oder eine Zuchthausstrafe* [1]) verwirkt hat, ist auch zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte zu verurteilen. *Wird auf Grund dieses Kapitels auf eine andere Strafe erkannt, so kann das Gericht, wenn die Art der strafbaren Handlung dazu Veranlassung gibt, ebenfalls auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkennen.*«

## 5) Gesetz betr. Zusätze zum 16. Kapitel des Strafgesetzes

**6. Februar 1931 (FSS. Nr. 63)**

»Auf Beschluß des Reichstags wird dem Kapitel 16 des Strafgesetzes folgender § 25 angefügt:

*Jeder, der öffenlich einen anderen deshalb beschimpft oder ihn zu einer demütigenden Handlung zwingt oder zu zwingen sucht, weil er eine Betätigung ausgeübt hat, die die Verteidigung des Landes oder die Aufrechterhaltung der gesetzlichen Gesellschaftsordnung bezweckt, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre oder, wenn besondere mildernde Umstände vorhanden sind, mit Geldstrafe bestraft.*«

## 6) Gesetz betr. Aenderung des § 7 der Reichstagsordnung

**18. November 1930 (FFS. Nr. 337)**

»Auf Beschluß des Reichstags, zustandegekommen gemäß § 67 der Reichstagsordnung vom 13. Januar 1928 [2]), wird § 7 der Reichstagsordnung wie folgt geändert:

§ 7.

Zum Abgeordneten kann, ohne Rücksicht auf den Wohnort, jeder Wahlberechtigte gewählt werden.

*Wählbar ist jedoch nicht, wer einer solchen Vereinigung, Organisation oder anderen Verbindung angehört, deren Ziel die gewaltsame Umstürzung der staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung Finnlands ist oder zu deren Aufgaben die Förderung oder mittelbare oder unmittelbare Unterstützung solcher Tätigkeit gehört oder die während der letzten drei Jahre zum Vorteil*

[1]) Früher nur: »Strafe«.

[2]) Vgl. die Übersetzung der Reichstagsordnung in dieser Zeitschrift Bd. I, 2, S. 719 ff

*einer solchen Verbindung tätig geworden ist oder in anderer Weise eine derartige Tätigkeit gefördert hat.«*

## 7) Gesetz betr. Aenderung des Wahlgesetzes für Finnland

**18. November 1930 (FFS. Nr. 338)**

»Auf Beschluß des Reichstags werden die §§ 18, 21, 29, 30, und 32 34 des Wahlgesetzes vom 20. Juli 1906 wie folgt geändert:

§ 18.

Haben sich mindestens 50 Wähler in einem Wahlkreise durch eine von ihnen unterzeichnete Schrift für eine bestimmte Reichstagswahl zusammengeschlossen und in der Schrift die Personen angegeben, über deren Wahl sie einig geworden sind, so ist eine solche Wählervereinigung berechtigt, von dem Zentralausschuß des Wahlkreises zu verlangen, daß die Kandidatenliste der Vereinigung öffentlich bekanntgemacht und in die Stimmzettel aufgenommen wird, die in dem Wahlkreise bei der Reichstagswahl angewandt werden.

*Dieses Recht steht jedoch einer Wählervereinigung nicht zu, auf deren Kandidatenliste Personen aufgeführt sind, die nach § 7 Absatz 2 der Reichstagsordnung nicht wählbar sind.*

[§§ 21 und 29 enthalten lediglich geringfügige technische Änderungen, die nicht von Interesse sind.]

§ 30.

Am 45. [1]) Tage vor der Reichstagswahl werden die von den Wählervereinigungen eingegangenen Anträge vorgetragen und geprüft.

Ergibt sich, daß ein Antrag nicht gehörig gestellt oder die Wählervereinigung nicht ordnungsmäßig gebildet ist, so ist deren Vertreter unter Angabe der Gründe mitzuteilen, daß dem Antrag nicht entsprochen werden konnte.

*Ist einem Antrag auf öffentliche Bekanntmachung der Kandidatenliste auf Grund der angestellten Ermittlungen gemäß § 18 Absatz 2 nicht entsprochen worden, so ist der Beschluß des Zentralausschusses der Prüfung des Höchsten Verwaltungsgerichts zu unterbreiten. Der Beschluß ist dem Vertreter der Wählervereinigung gemäß Absatz 2 mitzuteilen. Beteiligte, die es nicht bei dem Beschluß belassen wollen, haben das Recht, unverzüglich vom Zentralausschuß eine offizielle Abschrift des Beschlusses und der ihm zugrundeliegenden Urkunden zu verlangen sowie innerhalb von 10 Tagen eine Erinnerungsschrift bei dem Höchsten Verwaltungsgerichtshof einzureichen. Die Frist beginnt mit dem Tage, an dem dem Vertreter der Wählervereinigung der Beschluß mitgeteilt worden ist. Eine später*

[1]) *Früher*: »30«.

*bei dem Gericht eingereichte Schrift soll beachtet werden, sofern die Angelegenheit noch nicht entschieden ist.*

*Der Höchste Verwaltungsgerichtshof ist berechtigt, nötigenfalls in der Sache neue Ermittlungen anzustellen.*

*Der Höchste Verwaltungsgerichtshof stellt dem Zentralausschuß seinen Entscheid zu.«*

---

(Die §§ 32 und 34 enthalten wiederum lediglich technische Änderungen, die durch die Änderung der §§ 18 und 30 veranlaßt sind.)

## 8) Gesetz betr. Aenderung des § 10 des Kommunalgesetzes für die Landgemeinden

**31. Juli 1930 (FFS. Nr. 269)**

»Auf Beschluß des Reichstags wird § 10 des Kommunalgesetzes für die Landgemeinden vom 27. November 1917, in der Fassung des Gesetzes vom 21. Februar 1925, wie folgt geändert:

§ 10.

Wählbar zum Bevollmächtigten und, soweit nicht etwas anderes bestimmt ist, zu den übrigen kommunalen Vertrauensämtern ist jede in der Gemeinde wohnhafte Person, die berechtigt ist, an der Wahl der Bevollmächtigten teilzunehmen. Zum Revisor kann jedoch auch ein in einer anderen Gemeinde wohnhafter finnischer Staatsangehöriger bestellt werden, sofern er damit einverstanden ist.

*Wählbar ist jedoch nicht, wer einer solchen Vereinigung, Organisation oder anderen Verbindung angehört, deren Ziel die gewaltsame Umstürzung der staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung Finnlands ist oder zu deren Aufgaben die Förderung oder mittelbare oder unmittelbare Unterstützung solcher Tätigkeit gehört oder die während der letzten drei Jahre zum Vorteil einer solchen Verbindung tätig geworden ist oder in anderer Weise eine derartige Tätigkeit gefördert hat.*

---

*Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 1931 in Kraft. Doch sind schon im Jahre 1930 in Gemäßheit desselben die erforderlichen Wahlen und die übrigen vorbereitenden Maßnahmen vorzunehmen, so daß es von diesem Tage an vollständig angewendet werden kann. Im Dezember 1930 werden die Bevollmächtigten in der Anzahl gewählt, die nach dem Gesetz in der Gemeinde erforderlich ist; beim Jahreswechsel erlischt das Amt sämtlicher früher gewählter Bevollmächtigten und ihrer Vertreter. Dasselbe gilt für die Mitglieder und ihre Vertreter in den von den Gemeindebevollmächtigten gebildeten Ausschüssen und Verwaltungen, doch mit der Maßgabe, daß sie ihre Tätigkeit fortsetzen, bis die Neuwahl erfolgt ist. Im übrigen erläßt der Staatsrat, falls sich das Bedürfnis ergibt, die näheren Vorschriften über die Ausführung dieses Gesetzes.«*

## 9) Gesetz betr. Aenderung des § 11 des Kommunalgesetzes für die Städte

31. Juli 1930 (FFS. Nr. 270)

»Auf Beschluß des Reichstags wird § 11 des Kommunalgesetzes für die Städte vom 27. November 1917, in der Fassung des Gesetzes vom 9. Dezember 1927, wie folgt geändert:

§ 11.

Wählbar zum Bevollmächtigten und, sofern nicht etwas anders bestimmt ist, zu den übrigen kommunalen Vertrauensämtern ist jede in der Gemeinde wohnhafte Person, die berechtigt ist, an der Wahl der Bevollmächtigten teilzunehmen.

Zum Revisor kann auch ein in einer anderen Gemeinde wohnhafter finnischer Staatsangehöriger bestellt werden, sofern er damit einverstanden ist.

Zum Bevollmächtigten soll jedoch nicht gewählt werden der Landeshauptmann, der Landessekretär, der Landeskämmerer, der Vizelandssekretär, der Vizelandskämmerer, Beamte oder Bedienstete bei Polizeibehörden oder öffentliche Ankläger, auch nicht der Stadtdirektor oder stellvertretende Stadtdirektor oder der Stadtverwaltung unterstehende Beamte oder Bedienstete oder Beamte oder Bedienstete, die einem Ausschuß unterstehen und für ihre Amtsführung Rechenschaft schuldig sind.

*Wählbar zum Bevollmächtigten oder zu den übrigen kommunalen Vertrauensämtern ist ferner nicht, wer einer solchen Vereinigung, Organisation oder anderen Verbindung angehört, deren Ziel die gewaltsame Umstürzung der staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung Finnlands ist oder zu deren Aufgaben die Förderung oder mittelbare oder unmittelbare Unterstützung solcher Tätigkeit gehört oder die während der letzten drei Jahre zum Vorteil einer solchen Verbindung tätig geworden ist oder in anderer Weise eine derartige Tätigkeit gefördert hat.*

---

*Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 1931 in Kraft. Doch sind schon im Jahre 1930 in Gemäßheit desselben die erforderlichen Wahlen und die übrigen vorbereitenden Maßnahmen vorzunehmen, so daß es von diesem Tage an vollständig angewendet werden kann. Im Dezember 1930 werden die Stadt-Bevollmächtigten in der Anzahl gewählt, die nach dem Gesetz in der Gemeinde erforderlich ist; beim Jahreswechsel erlischt das Amt sämtlicher früher gewählter Bevollmächtigten und ihre Vertreter. Dasselbe gilt für die Mitglieder und ihre Vertreter in den von den Stadtbevollmächtigten gebildeten Ausschüssen und Verwaltungen, doch mit der Maßgabe, daß sie ihre Tätigkeit fortsetzen bis die Neuwahl erfolgt ist. Im übrigen erläßt der Staatsrat, falls sich das Bedürfnis ergibt, die näheren Vorschriften über die Ausführung dieses Gesetzes.«*

## 10) Gesetz betr. Aenderung des kommunalen Wahlgesetzes

31. Juli 1930 (FFS. Nr. 271)

»Auf Beschluß des Reichstags werden die §§ 12 und 44 des Kommunalen Wahlgesetzes vom 27. November 1917, § 12 in der Fassung des Gesetzes vom 21. Februar 1925, wie folgt geändert:

§ 12.

Der Zentralausschuß tritt mindestens am 20. Oktober, 5. und 21 [1]) November sowie am Tage nach der Wahl zusammen.

Am 20. Oktober erläßt der Zentralausschuß die im § 11 erwähnten Mitteilungen.

Am 5. November prüft der Ausschuß die Anträge, die für die Wählervereinigungen eingereicht sind, teilt sie den Wahlberechtigten zur Kenntnis auf dieselbe Weise mit, wie dies sonst für kommunale Mitteilungen geschieht, und läßt sie ferner in dem Lokal des Zentralausschusses anschlagen. Ergibt sich, daß ein Antrag nicht gehörig gestellt oder die Wählervereinigung nicht gesetzmäßig gebildet ist, so ist deren Vertreter unter Angabe der Gründe mitzuteilen, daß dem Antrag nicht stattgegeben werden konnte. Der Vertreter der Wählervereinigung ist berechtigt, innerhalb einer Frist von 7 Tagen das, was zur Verwerfung des Antrags geführt hat, zu berichtigen.

*Der Antrag ist ferner zu verwerfen, falls in die Kandidatenliste einer Wählervereinigung eine Person aufgenommen worden ist, die nach § 10 Absatz 2 des Kommunalgesetzes für die Landkommunen oder § 11 Absatz 4 des Kommunalgesetzes für die Städte nicht wählbar ist. In solchem Falle ist der Beschluß des Zentralausschusses dem Landeshauptmann zur Prüfung zu unterbreiten. Der Beschluß ist ferner dem Vertreter der Wählervereinigung gemäß Absatz 3 mitzuteilen. Beteiligte, die es bei dem Beschluß nicht bewenden lassen wollen, sind berechtigt, unverzüglich vom Zentralausschuß offizielle Abschriften des Beschlusses und der ihm zugrunde liegenden Urkunden zu verlangen sowie dem Landeshauptmann innerhalb von 7 Tagen eine Erinnerungsschrift einzureichen. Diese Frist läuft von dem Tage, an dem dem Vertreter der Wählervereinigung der Beschluß mitgeteilt worden ist. Eine später bei dem Landeshauptmann eingegangene Schrift wird beachtet, falls die Angelegenheit noch nicht entschieden ist. Der Landeshauptmann ist berechtigt, nötigenfalls in der Sache neue Ermittlungen anzustellen. Sein Entscheid kann nicht angefochten werden. Er hat ihn dem Zentralausschuß zuzustellen.*

Am 21. [1]) November werden die Änderungen geprüft, die der Vertreter auf Grund seines ihm nach Absatz 3 zustehenden Rechts vorgenommen hat, *sowie die Berichtigungen vorgenommen, zu denen der Entscheid des Landeshauptmanns etwa Veranlassung gibt.*

[1]) *Früher:* »12«.
[2]) *Früher:* »12.«

§ 44.

Will jemand die Wahl von Bevollmächtigten *auf Grund einer Tatsache, die nicht in dem Verfahren gemäß § 12 geprüft worden ist,* anfechten, so finden darauf die Vorschriften über Beschwerden gegen Beschlüsse der Bevollmächtigten Anwendung. Die Beschwerdefrist beginnt mit dem Tage der Veröffentlichung des Wahlergebnisses.

*Dasselbe Beschwerderecht hat auch der öffentliche Ankläger, wenn jemand für gewählt erklärt worden ist, der gemäß § 10 Absatz 2 des Kommunalgesetzes für die Landgemeinden oder § 11 Absatz 4 des Kommunalgesetzes für die Städte nicht wählbar gewesen ist.*

---

*Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 1931 in Kraft, ist aber bezüglich der Wahl von Bevollmächtigten und sonstigen kommunalen Vertrauensmänner und Beamten, deren Amt im Jahre 1931 beginnt, schon im Jahre 1930 dergestalt anzuwenden, daß die im § 3 erwähnten Wahl- und Zentralausschüsse vor dem 16. August bestimmt und die im § 4 erwähnten Verzeichnisse innerhalb derselben Frist von den betreffenden Registerführern an die Wahlausschüsse übersandt sowie die Wahllisten für jeden Wahlbezirk vor dem 10. September fertiggestellt und zur Prüfung von diesem Tage an bis zum 20. desselben Monats vorgelegt werden.«*

# 8. Italien

## I. Gesetzgebung [1])

### 1) Erweiterung der Aufgaben des Präfekten
### Estensione delle attribuzioni dei prefetti

**Legge 3 aprile 1926, n. 660 (Gazzetta Ufficiale, 27 aprile 1926, n. 97)**

*Articolo 1.* I prefetti provvedono ad assicurare, in conformità con le generali direttive del Governo, unità d'indirizzo politico nello svolgimento dei diversi servizi di spettanza dello Stato e degli enti locali, entro l'ambito delle rispettive provincie, coordinando l'azione di tutti gli uffici pubblici ed invigilandone i servizi, salvo i rapporti con l'amministrazione della giustizia, della guerra, della marina, della aeronautica e delle ferrovie e con i provveditorati alle opere pubbliche per il Mezzogiorno e per le Isole.

Nulla è innovato all'ordinamento attuale circa le funzioni dei prefetti in rapporto alle materie comprese nella competenza dell'amministrazione dell'interno.

---

[1]) Für frühere wichtige Gesetze des faschistischen Staates sei verwiesen auf Leibholz: Zu den Problemen des fascistischen Verfassungsrechts, Beiträge zum ausländischen öffentlichen Recht und Völkerrecht, Heft 11, Anhang.

*Articolo 2.* Ai fini dell'articolo precedente, il prefetto convoca in riunione collegiale — di regola — tutti i mesi e inoltre, ogni qualvolta egli creda, i seguenti funzionari, per avere notizie sull'andamento generale dei servizi a cui ciascuno soprintende, e per impartire opportune direttive:

1°) l'intendente di finanza;
2°) il provveditore agli studi, nelle provincie ove ha sede, e un funzionario o un capo di istituto da lui delegato nelle altre provincie;
3°) i subeconomi dei benefici vacanti;
4°) l'ingegnere capo del Genio civile;
5°) il direttore provinciale delle poste e dei telegrafi;
6°) l'ispettore forestale;
7°) i direttori delle Cattedre ambulanti di agricoltura;
8°) l'ingegnere capo del Regio corpo delle miniere;
9°) l'ispettore del lavoro;
10°) i commandanti di porto dei maggiori scali marittimi della provincia.

Alle riunioni collegiali possono essere chiamati a partecipare anche i procuratori del Re dei tribunali della provincia, per gli affari amministrativi di loro competenza, e quanti altri capi di uffici che svolgano la loro attività nell'ambito della provincia, ritenga di volta in volta opportuno convocare.

Ai fini dell'articolo 1, il prefetto può invitare presso di sè i funzionari di cui sopra, anche separatamente.

*Articolo 3.* Egualmente, ai fini dell' articolo 1, e salvo sempre le eccezioni in detto articolo contemplate, il prefetto invigila — entro la circoscrizione della provincia — su tutto il personale delle varie Amministrazioni statali, fermo restando il Regio decreto 30 dicembre 1923, n. 2960, circa lo stato giuridico degli impiegati dello Stato.

## 2) Reform der Gemeindeverwaltung

### a) Schaffung des Amtes des Podestà (Amtsbürgermeister) und der Gemeindekonsulta.

### Istituzione del Podestà e della Consulta municipale nei Comuni con popolazione non eccedente i 5000 abitanti.

**Legge 4 febbraio 1926, n. 237 (Gazzetta Ufficiale, 18 febbraio 1926, n. 40)**

*Articolo 1.* Nei Comuni la cui popolazione non eccede i 5000 abitanti, secondo le risultanze dell' ultimo censimento, l'Amministrazione è affidata ad un Podestà, assistito, ove il Prefetto lo ritenga possibile, da una Consulta municipale.

*Articolo 2.* Il Podestà è nominato con decreto Reale.

Dura in carica cinque anni e può essere sempre confermato.

Il Prefetto può trasferire il Podestà da un comune all' altro della provincia e proporne al Ministero dell' interno la revoca, che è disposta con decreto Reale.

Contro il provvedimento di revoca non è ammesso alcun gravame nè amministrativo, nè giudiziario.

*Articolo 3.* La Consulta municipale si compone di cittadini che non si trovino in alcuna delle condizioni di ineleggibilità e d'incompatibilità previste dagli articoli 25 e 26 della legge comunale e provinciale.

*Articolo 4.* I consultori municipali, il cui numero, determinato per ciascun Comune dal Prefetto, non può essere inferiore a sei, sono nominati con decreto prefettizio, per un terzo direttamente, e per due terzi su designazione degli enti economici, dei sindacati e delle associazioni locali.

Il prefetto determina altresì, gli enti economici, i sindacati e le associazioni locali, ai quali compete la designazione, ed il numero dei rappresentanti a ciascuno assegnati. Gli enti economici, i sindacati e le associazioni locali designano tre nomi per ogni rappresentante assegnato.

*Articolo 5.* Il Podestà esercita le funzioni che la legge comunale e provinciale conferisce al sindaco, alla Giunta ed al Consiglio comunale.

La Consulta municipale ha attribuzioni meramente consultive; essa dà parere su tutte le materie che il Podestà crede di sottoporle.

Il parere della Consulta municipale è obbligatorio in merito alle deliberazioni del Podestà concernenti l'approvazione del bilancio, gli impegni attivi e passivi vincolanti il bilancio per oltre cinque anni, la contrattazione dei prestiti, la imposizione dei tributi, l'alienazione di beni patrimoniali, la assunzione diretta di pubblici servizi.

Quando, in questi casi, il parere della Consulta municipale sia contrario alle proposte del Podestà, questi dovrà farne constare nel verbale delle relative deliberazioni.

*Articolo 6.* Sono applicabili al Podestà le norme di ineleggibilità ed incompatibilità stabilite dalla legge comunale e provinciale per il sindaco.

*Articolo 7.* Il Podestà può delegare a ciascun consultore municipale speciali incarichi nell' amministrazione del comune.

*Articolo 8.* Nei comuni di popolazione eccedente quella indicata dall' articolo 1, l'amministrazione può essere affidata, in conformità delle norme stabilite dalla presente legge, a un Podestà, quando i rispettivi Consigli comunali siano stati sciolti due volte nel periodo di due anni.

Il provvedimento previsto dal presente articolo è adottato con decreto Reale, su proposta del ministro per l'interno, udito il Consiglio dei ministri.

*Articolo 9.* Per essere nominato Podestà occorre:

a) essere maggiore di età;

b) essere cittadino italiano;

c) non aver subito condanne per i titoli indicati nell' articolo 25 della legge comunale e provinciale, nonchè per delitti contro la sicurezza dello Stato (titolo I del Codice penale);

d) aver conseguito, almeno, il diploma di maturità classica o scientifica o di abilitazione tecnica o magistrale, ovvero titoli di studio, dei quali sia riconosciuta dal provveditore agli studi l'equipollenza.

Il titolo di cui alla lettera d) non è necessario:

1° per coloro che abbiano partecipato alla guerra 1915—1918 col grado di ufficiale o sottufficiale presso truppe in zona di operazione;

2° per coloro che abbiano ricoperto, per non meno di un anno, con capacità e competenza amministrative, l'ufficio di sindaco o di commissario Regio o prefettizio o di segretario comunale.

*Articolo 10.* Due o più comuni finitimi, che, complessivamente, non superino i 5000 abitanti, possono, con decreto Reale, essere affidati all' amministrazione di un solo Podestà.

*Articolo 11.* Il Podestà e i consultori municipali, prima di entrare in funzione, prestano, dinanzi al prefetto, il giuramento di cui all' articolo 150 della legge comunale e provinciale.

*Articolo 12.* L'ufficio di Podestà e di consultore municipale è gratuito.

In casi assolutamente eccezionali, e compatibilmente con le condizioni finanziarie dell' Ente, il prefetto può assegnare al Podestà una indennità di carica, che grava sul bilancio del comune o dei comuni di cui egli ha l'amministrazione.

*Articolo 13.* Sono sottoposte all' approvazione della Giunta provinciale amministrativa le deliberazioni del Podestà che riguardano le materie indicate nell' articolo 217 della legge comunale e provinciale (testo unico approvato con Regio decreto 4 febbraio 1915, n. 148) e quelle relative alla cancellazione d'iscrizioni ipotecarie, a svincoli di cauzione ed a ritiro di capitali.

Tutte le altre deliberazioni del Podestà sono sottoposte all' approvazione del prefetto.

*Articolo 14.* Alle deliberazioni del Podestà, che per la legge comunale e provinciale sarebbero di competenza della Giunta o del Consiglio comunale, è applicabile il disposto dell' articolo 128 della legge stessa.

*Articolo 15.* Il Governo del Re è autorizzato a stabilire la data in cui verranno a cessare le amministrazioni ordinarie e straordinarie dei comuni indicati nell' articolo 1 della presente legge, per far luogo all' inizio delle funzioni del Podestà e delle Consulte municipali.

*Articolo 16.* Il Governo del Re è autorizzato altresì a pubblicare un nuovo testo unico della legge comunale e provinciale, modificando le disposizioni di questa per metterla in armonia coi principi informatori della presente legge.

b) Ausdehnung der amtsbürgermeisterlichen Ordnung auf alle Gemeinden des Königreichs.
Estensione dell' ordinamento podestarile a tutti i Comuni del Regno.

**Regio decreto-legge 3 settembre 1926, n. 1910 (Gazzetta Ufficiale, 19 novembre 1926, n. 267).**

*Articolo 1.* La legge 4 febbraio 1926, n. 237, ed il Regio decreto-legge 9 maggio 1926, n. 818, convertito nella legge del 25 giugno 1926, n. 1262, sono estesi a tutti i Comuni del Regno, con le modificazioni ed aggiunte risultanti dagli articoli seguenti.

*Articolo 2.* Ai podestà dei comuni che abbiano popolazione superiore ai 20.000 abitanti o che, pur avendo popolazione inferiore, siano capoluoghi di provincia, non si applica il disposto dell' articolo 2, comma 3°, della legge 4 febbraio 1926, n. 237, per quanto concerne il trasferimento.

*Articolo 3.* Nei Comuni indicati all' articolo precedente, il ministro per l'interno può nominare un vice-podestà se la popolazione non sia superiore ai 100.000 abitanti e due vice-podestà se il Comune abbia una popolazione superiore.

I vice-podestà durano in carica cinque anni; possono sempre essere confermati e possono essere revocati con provvedimento del ministro per l'interno, contro il quale non è ammesso alcun gravame nè amministrativo, nè giudiziario.

Nei Comuni con popolazione superiore ai 100.000 abitanti, un vice-podestà può essere scelto anche fra i funzionari ed impiegati governativi indicati al 4° comma, 2° capoverso, dell' articolo 26 del testo unico della legge comunale e provinciale, approvato con Regio decreto 4 febbraio 1915, n. 148.

Ai vice-podestà è applicabile il disposto dell' articolo 12 della legge 4 febbraio 1926, n. 237.

*Articolo 4.* I vice-podestà coadiuvano il podestà, che può anche affidar loro speciali incombenze nell' amministrazione del Comune e l'incarico di sostituirlo nelle sue funzioni in caso di assenza od impedimento.

*Articolo 5.* Nei Comuni indicati all' articolo 2, il podestà è assistito da una Consulta, formata di un numero di componenti non inferiore a 10 e non superiore a 24 nei comuni con popolazione sino a 100.000 abitanti; non inferiore a 24 e non superiore a 40 negli altri.

*Articolo 6.* Il numero dei consultori, entro i limiti stabiliti dall' articolo precedente, è fissato per ciascun Comune, dal Prefetto.

La scelta dei consultori viene effettuata su terne designate dalle Associazioni sindacali comunali legalmente riconosciute agli effetti della legge 3 aprile 1926, n. 563.

Quando la popolazione dei Comuni superi i 100.000 abitanti, la nomina dei consultori spetta al Ministro per l'interno; negli altri casi, al Prefetto.

Le norme ed i termini per le designazioni di cui al 2° comma, saranno stabiliti con decreto Reale, su proposta del Ministro per l'interno, di concerto col Ministro per le corporazioni.

*Articolo 7.* Per gravi ragioni di ordine pubblico o di carattere amministrativo, il Ministro per l'interno può disporre lo scioglimento della Consulta o sospenderne la nomina.

Il termine entro il quale avrà luogo la ricostituzione della Consulta sarà indicato nello stesso decreto del Ministro, ma non potrà superare la durata di un anno.

Quando la Consulta sia sciolta o ne sia sospeso la nomina, provvede, senz' altro, il podestà, anche nei casi previsti dall' articolo 9.

*Articolo 8.* I consultori i quali, senza giustificato motivo, non intervengano a tre adunanze consecutive, sono dichiarati decaduti.

La decadenza è pronunciata dal Ministro per l'interno o dal Prefetto, a seconda della rispettiva competenza di nomina, su proposta del podestà, o anche d'ufficio, previa contestazione dei motivi all' interessato.

Il provvedimento con cui viene pronunziata la decadenza del consultore è definitivo.

*Articolo 9.* Il parere della Consulta è obbligatorio per i comuni indicati nell' articolo 2, quando la popolazione non superi i 100.000 abitanti, in tutti i casi nei quali, a termini delle leggi finora in vigore, il provvedimento sarebbe stato riservato alla esclusiva competenza del Consiglio comunale; nei Comuni con popolazione superiore, nei casi previsti dall' articolo 217 della legge comunale e provinciale, testo unico 4 febbraio 1915, n. 148, sui bilanci, sui conti e sull' assunzione diretta dei pubblici servizi.

Qualora il provvedimento del podestà non sia conforme al parere della Consulta, deve farsene constare nel verbale relativo, e la deliberazione sarà sottoposta all' approvazione del Prefetto, anche nei casi previsti dai commi 2° e 3° dell' articolo 11.

*Articolo 10.* Le adunanze della Consulta non sono valide qualora non intervenga almeno la metà dei suoi componenti; i pareri della Consulta vengono emessi a maggioranza assoluta di voti.

Quando in due successive convocazioni a distanza non minore di cinque giorni, la Consulta non possa pronunciarsi per mancanza di numero legale, il podestà è autorizzato a provvedere anche nei casi di cui all' articolo precedente, pur senza il parere della Consulta.

*Articolo 11.* Le deliberazioni dei podestà dei Comuni indicati all' articolo 2 con popolazione non superiore ai 100.000 abitanti, le quali non siano soggette all' approvazione della Giunta provinciale amministrativa a termini del 1° comma dell' articolo 13 della legge 4 febbraio 1926, n. 237, sono sottoposte all' approvazione del Prefetto soltanto quando, a termini delle leggi finora in vigore, sarebbero state riservate alla esclusiva competenza del Consiglio comunale.

Negli altri casi, sono soggette soltanto al visto di legittimità del Prefetto o del Sottoprefetto.

Per i Comuni con popolazione superiore ai 100.000 abitanti, le deliberazioni del podestà, che non siano sottoposte all' approvazione della Giunta provinciale amministrativa a termini del citato comma 1° dell' articolo 13 della legge 4 febbraio 1926, n. 237, sono soggette soltanto al visto di legittimità del Prefetto.

*Disposizioni finali e transitorie.*

*Articolo 12.* Nei Comuni danneggiati dal terremoto del 28 dicembre 1908, di cui alla tabella n. 1 allegata al testo unico 19 agosto 1917, n. 1399, e dal terremoto del 13 gennaio 1915, compresi negli elenchi approvati con i Regi decreti 7 febbraio 1915, nn. 71 e 72, 14 febbraio 1915, n. 118, e 22 aprile 1915, n. 543, l'ufficio di podestà può essere, in via eccezionale, conferito, per non oltre un triennio dalla entrata in vigore del presente decreto, anche ai funzionari ed impiegati governativi indicati nel 4° comma, 2° capoverso, dell' articolo 26 del testo unico della legge comunale e provinciale, approvato con Regio decreto 4 febbraio 1915, n. 148.

Se i Comuni contemplati dal comma precedente sono finitimi, l'amministrazione può essere affidata ad un solo podestà quando anche la popolazione complessiva di essi superi i 5000 abitanti.

Resta fermo il disposto del 3° capoverso dell' articolo 2 del Regio decreto-legge 15 aprile 1926, n. 765, convertito nella legge 1° luglio 1926, n. 1380, per i Comuni che siano dichiarati luoghi di cura, di soggiorno o di turismo.

*Articolo 13.* Finchè non siano emanate le norme di cui al 4° comma dell' articolo 6 ed effettuata la nomina della Consulta per ogni singolo Comune, resta sospesa l'applicazione delle disposizioni del presente decreto relative alla Consulta stessa.

La nomina della Consulta dovrà, per altro, essere effettuata entro sei mesi della data di pubblicazione delle norme di cui al 4° comma dell' articolo 6.

*Articolo 14.* L'applicazione delle norme del presente decreto resta sospesa nei riguardi del comune di Napoli sino a che rimanga in vigore il Regio decreto-legge 15 agosto 1925, n. 1636.

Nulla è innovato, nei riguardi del comune di Roma, alle disposizioni dei Regi decreti-legge 28 ottobre 1925, n. 1949, e 10 giugno 1926, n. 1023.

*Articolo 15.* Il Governo del Re è autorizzato a coordinare le disposizioni del presente decreto con quelle della legge 4 febbraio 1926, n. 237, e del Regio decreto-legge 9 maggio 1926, n. 818, convertito nella legge 25 giugno 1926, n. 1262, nonchè a formare il nuovo testo unico della legge comunale e provinciale modificandone le disposizioni per porle in armonia con i principi informatori delle leggi succitate e del presente decreto.

Il presente decreto sarà presentato al Parlamento per la conversione in legge.

Il ministro proponente è autorizzato alla presentazione del relativo disegno di legge.

## c) Rechtliche und wirtschaftliche Stellung der Gemeindesekretäre[1]).

## Stato giuridico ed economico dei segretari comunali.

**Regio decreto-legge 17 agosto 1928, n. 1953. (Gazzetta Ufficiale, 28 agosto 1928, n. 200.)**

*Articolo 1.* Al segretario comunale è attribuita la qualifica di funzionario dello Stato, ed il suo stato giuridico ed economico è regolato dalle disposizioni contenute negli articoli seguenti.

*Articolo 2.* I segretari comunali sono nominati dal prefetto della Provincia.

*Articolo 3.* Per ciascuna Provincia il prefetto forma il ruolo organico dei segretari comunali in conformità alla tabella A, annessa al presente decreto e vidimata, d'ordine Nostro, dal Ministro proponente.

A ciascun Comune è assegnato, secondo la sua popolazione, un segretario di grado corrispondente a quello indicato nella predetta tabella. Per i Comuni consorziati, il grado del segretario è determinato in base alla popolazione complessiva.

Ai Comuni capoluoghi di provincia, o sedi di stazioni di cura, di soggiorno o di turismo, o di importanti uffici pubblici, o di notevoli presidi militari, o che siano centri di notevole attività industriale e commerciale, i quali dimostrino di provvedere convenientemente ai pubblici servizi e si trovino in condizioni finanziarie tali da poter sostenere senza notevole aggravio per i contribuenti la maggiore spesa, può essere assegnato, per decreto Reale promosso dal Ministro per l'interno, un segretario di grado immediatamente superiore a quello stabilito dalla predetta tabella.

Per l'assegnazione e la classificazione dei segretari e per la formazione dei relativi ruoli, si ha riguardo alla popolazione legale dei Comuni accertata coi censimenti decennali. Tra un censimento e l'altro non è ammessa altra variazione che non sia derivante da modificazioni della circoscrizione territoriale dei Comuni.

*Articolo 4.* Le disposizioni sullo stato giuridico degli impiegati civili delle Amministrazioni dello Stato sono estese ai segretari comunali, salve le modificazioni ed aggiunte stabilite negli articoli seguenti o che verranno emanate in virtù dell' articolo 16.

*Articolo 5.* Le attribuzioni conferite dal R. decreto 30 dicembre 1923, n. 2960, al Ministro sono esercitate, per i segretari comunali, dal prefetto.

Il Consiglio di amministrazione è presieduto dal prefetto o, per sua delega, dal vice-prefetto; ne fanno parte l'ispettore provinciale, il consigliere preposto al servizio dei Comuni, il ragioniere capo della Prefettura ed il podestà del capoluogo della Provincia; un funzionario della Prefettura, designate dal prefetto, disimpegnerà le mansioni di segretario.

[1]) cf. Entscheidung des Consiglio di Stato vom 16. Mai 1930 (Giurisprudenza italiana, 1930, Parte terza, p. 209).

La Commissione di disciplina è costituita del vice-prefetto, presidente, dell' ispettore provinciale e di un segretario comunale di grado non inferiore a quello del segretario sottoposto a procedimento disciplinare, da nominarsi di volta in volta dal prefetto e scelto, ove sia necessario, anche fuori della Provincia.

*Articolo 6.* Nessuno può essere nominato segretario comunale se non sia in possesso del titolo di cui all' art. 161 della legge comunale e provinciale, testo unico 4 febbraio 1915, n. 148 modificato dall' art. 34 del R. decreto 30 dicembre 1923, n. 2839.

Le nomine ai posti del grado iniziale della carriera hanno luogo in seguito a pubblico concorso per titoli.

I posti di grado superiore sono conferiti per promozione fra i segretari compresi nello stesso ruolo provinciale, i quali abbiano almeno tre anni di permanenza nel grado immediatamente inferiore.

Quando non sia possibile provvedere per promozione, od il prefetto, sentito il Consiglio di amministrazione, non ne ravvisi l'opportunità, il posto viene conferito in seguito a pubblico concorso per titoli, se trattasi di posto di grado 7° e, per i gradi superiori, in seguito a concorso per titoli al quale sono ammessi a partecipare i segretari comunali, anche degli altri ruoli provinciali, dello stesso grado e quelli di uno o due gradi immediatamente inferiori, che abbiano rispettivamente almeno tre o cinque anni di permanenza nel proprio grado.

Sono ammessi a partecipare a detti concorsi, secondo le modalità che verranno stabilite con le norme di esecuzione del presente decreto, anche gli impiegati di cui agli ultimi due commi dell' art. 34 del R. decreto 30 dicembre 1923, n. 2839, nonchè i vice-segretari ed i capi ripartizione titolari, in servizio presso i Comuni e forniti del titolo di cui al primo comma del presente articolo.

*Articolo 7.* La prima assunzione in servizio in seguito a pubblico concorso ha luogo a titolo di esperimento per il periodo di un anno, al termine del quale il prefetto, su parere favorevole del Consiglio di amministrazione, può conferire la nomina definitiva.

Qualora l'esperimento non sia ritenuto soddisfacente, il segretario è dispensato dal servizio, a meno che il prefetto, sentito il Consiglio di amministrazione, non creda di prorogare per un altro anno la durata dell' esperimento.

Durante il periodo di esperimento spettano ai segretari gli assegni corrispondenti al rispettivo grado secondo la tabella A annessa al presente decreto.

*Articolo 8.* Indipendentemente da quanto dispongono gli articoli precedenti, il segretario comunale può essere trasferito ad altro Comune provvisto di segretario di pari grado.

Il trasferimento nella stessa Provincia è disposto dal prefetto, sentiti i podestà dei Comuni interessati.

Il trasferimento del segretario da un Comune all' altro di Provincie diverse è disposto dal Ministro per l'interno, sentiti i podestà dei Comuni stessi.

*Articolo 9.* In caso di vacanza del posto di segretario, e fino a quando non possa provvedersi alla nomina a termini degli articoli 6 ed 8, il prefetto ha facoltà, sentito il podestà, di destinare al posto stesso un incaricato, fornito dei requisiti e dei titoli prescritti, assegnandogli un compenso mensile non superiore allo stipendio iniziale ed al supplemento di servizio attivo per il relativo grado.

Per i posti vacanti di grado 7° ed 8° il prefetto, sentiti il podestà ed il Consiglio di amministrazione, può anche provvedere affidando la reggenza dei posti stessi a segretari titolari di Comuni viciniori.

Al reggente è corrisposto, a carico del Comune, un compenso mensile da determinarsi dal prefetto in misura non superiore ai due terzi dello stipendio e del supplemento di servizio attivo stabiliti per il segretario titolare del comune stesso, senza altre indennità nè rimborso di spese di viaggio.

*Articolo 10.* Gli stipendi dei segretari comunali sono stabiliti, per ciascun grado, in conformità alla tabella A annessa al presente decreto.

Gli aumenti periodici di stipendio nel grado sono conferiti al compimento dei periodi di anzianità nella tabella stessa indicati.

Ai segretari che abbiano raggiunto lo stipendio massimo nel respettivo grado, possono essere assegnati, su parere del Consiglio di amministrazione, con riguardo alle loro specifiche attribuzioni, diritti accessori, nei termini e nella misura annua indicati nella tabella B annessa al presente decreto e vidimata, d'ordine Nostro, dal Ministro proponente.

In aggiunta allo stipendio, è assegnato al segretario il supplemento di servizio attivo nella misura fissata nella tabella A. Ai segretari dei comuni con popolazione superiore ai 450,000 abitanti è inoltre attribuita una indennità di carica di annue L. 6000. Il supplemento di servizio attivo, l'indennità di carica, i diritti accessori di cui al comma 3° non sono cedibili, nè pegnorabili, nè computabili agli effetti di pensione. Il supplemento di servizio attivo non è corrisposto al segretario in congedo straordinario, sospeso dallo stipendio o che si trovi in una posizione che non possa considerarsi di servizio attivo.

In caso di passaggio da un Comune ad un altro, con lo stesso grado, sono conservati al segretario gli aumenti periodici di stipendio e non è interrotto il periodo in corso per il conseguimento del successivo aumento. Questa disposizione si applica anche per i diritti accessori di cui al comma 3°.

Al segretario promosso a grado superiore i predetti diritti accessori sono mantenuti limitatamente alla differenza fra il loro ammontare e l'aumento di supplemento di servizio attivo, salvo riassorbimento nei successivi aumenti periodici di stipendio.

Sono inoltre dovute ai segretari comunali le indennità temporanee di caro viveri nella misura stabilita per gli impiegati governativi.

Per le missioni compiute per ragioni di servizio e debitamente autorizzate, sono dovute al segretario le indennità stabilite per i funzionari governativi provvisti di uguale stipendio.

Le norme vigenti per la concessione ferroviaria speciale C a favore del personale che presta servizio esclusivamente per lo Stato ed è retribuito dallo Stato stesso non sono applicabili ai segretari comunali.

*Articolo 11.* Gli assegni spettanti al segretario, a termini degli articoli precedenti, sono a totale carico del Comune, salvo quanto è disposto dagli articoli 6 e 9 del R. decreto-legge 16 aprile 1925, n. 667.

Gli stipendi, il supplemento di servizio attivo, i diritti accessori, l'indennità di carica e le indennità caro viveri di cui all' articolo precedente, sono assegnati con decreto del prefetto, che costituisce titolo per l'inscrizione della relativa spesa nel bilancio del comune e per l'emissione dei mandati d'ufficio da parte della Giunta provinciale amministrativa in caso di inadempimento dell' Amministrazione comunale.

E'vietata la concessione al segretario di compensi di qualsiasi natura e per qualsiasi causa all' infuori di quelli stabiliti negli articoli precedenti, salvo quanto verrà disposto con le norme de emanarsi in virtù dell' art. 16 per gli emolumenti previsti dall' art. 169 della legge comunale e provinciale testo unico 4 febbraio 1915, n. 148.

*Articolo 12.* Nulla è innovato a quanto dispongono le leggi ed i regolamenti generali e speciali per le pensioni dei segretari comunali, anche per quanto riguarda i contributi a carico sia dei Comuni sia dei segretari.

Agli impiegati di cui agli ultimi due commi dell' art. 34 del R. decreto 30 dicembre 1923, n. 2839, che conseguano la nomina a segretario comunale, si applicherà ai fini della pensione l'art. 49 del testo unico 21 febbraio 1895, n. 70.

*Articolo 13.* Le disposizioni del presente decreto non si applicano al Governatorato di Roma.

*Disposizioni transitorie e finali.*

*Articolo 14.* Entro un anno dall' entrata in vigore del presente decreto, i prefetti provvederanno alla formazione dei ruoli dei segretari comunali ed alla sistemazione del personale attualmente in servizio, in conformità alle disposizioni del presente decreto.

A tale effetto, i prefetti hanno facoltà di dispensare dal servizio i segretari che siano riconosciuti non idonei per qualsiasi causa. Contro il provvedimento di dispensa è ammesso soltanto il ricorso al Ministro per l'interno, che decide con provvedimento definitivo non suscettibile di gravame nè in via amministrativa nè in via giurisdizionale.

I segretari dispensati dal servizio saranno ammessi a liquidare la pensione od indennità loro spettante ai sensi di legge e dei rispettivi regolamenti organici. Sarà inoltre corrisposta loro, a carico del Comune, una indennità la cui misura sarà fissata dal prefetto, ma che non potrà in nessun caso essere superiore a sei nè inferiore a due mensilità dell' ultimo stipendio.

Gli altri segretari sono dal prefetto confermati in servizio presso il rispettivo Comune ed inquadrati nei ruoli organici col grado indicato nella tabella A. E' attribuita al segretario, in tale grado, l'anzianità

corrispondente al periodo di servizio prestato come titolare nello stesso Comune ed in quelli con popolazione non inferiore al minimo indicato nella tabella A per il suddetto grado. Al segretario è assegnato lo stipendio con gli aumenti corrispondenti, secondo la tabella A, all' anzianità predetta, non chè il supplemento di servizio attivo stabilito per il rispettivo grado.

Ai segretari che, all' entrata in vigore del presente decreto, siano provvisti di stipendio ed assegni fissi di carattere permanente complessivamente superiori all' ammontare complessivo dello stipendio e del supplemento di servizio attivo loro spettante a termini del comma precedente, e dell' indennità di carica di cui all' art. 10, è conservata la differenza a titolo di assegno personale da riassorbire coi successivi aumenti di stipendio e di supplemento di servizio attivo, nonchè coi diritti accessori di cui all' art. 10 anche se attribuiti con effetto dalla data di entrata in vigore del presente decreto.

Gli assegni pensionabili da valutarsi ai fini della liquidazione del trattamento di quiescenza e della corresponsione dei contributi e delle ritenute per le pensioni dei segretari comunali, relativamente ai servizi resi posteriormente al 31 dicembre 1928, non possono essere inferiori a quelli goduti alla detta data.

*Articolo 15.* Il presente decreto entra in vigore il 1° gennaio 1929.

Per i posti di segretario comunale vacanti alla data della sua pubblicazione o che si renderanno vacanti prima della sua entrata in vigore, sarà provveduto con nomine provvisorie nei modi stabiliti dall' art. 9.

Agli effetti dell' applicazione del presente decreto, non si terrà conto dei provvedimenti delle Amministrazioni comunali, relativi alla carriera ed al trattamento economico e di quiescenza dei segretari, che non siano divenuti definitivi al 1° giugno 1928.

*Articolo 16.* E' abrogata ogni disposizione contraria al presente decreto.

Il Governo del Re è autorizzato ad emanare le necessarie disposizioni integrative ed esecutive del presente decreto, che sarà presentato al Parlamento per essere convertito in legge. Il Capo del Governo Primo Ministro, Ministro proponente, è autorizzato alla presentazione del relativo disegno di legge.

## d) Schaffung und Organisation des Gouvernements von Rom. Istituzione e ordinamento del Governatorato di Roma.

**Regio decreto-legge 28 ottobre 1925, n. 1949. (Gazzetta Ufficiale 29 novembre 1925, n. 270) modificato agli articoli 15 e 44 dal Regio decreto-legge 10 giugno 1926, n. 1023 (Gazzetta Ufficiale 23 giugno 1926, n. 144).**

*Articolo 1.* Il comune di Roma è eretto in Governatorato di Roma.

*Articolo 2.* La circoscrizione del Governatorato di Roma comprende il territorio del comune di Roma.

Ad essa potrà successivamente aggregarsi, in tutto o in parte, il territorio di altri comuni del primo circondario della provincia di Roma.

L'aggregazione sarà disposta con decreto Reale, sentiti il Consiglio di Stato ed il Consiglio dei ministri.

Il Governo del Re è autorizzato ad adottare tutti i provvedimenti necessari per l'applicazione e in conseguenza della disposizione di cui nel comma precedente.

*Articolo 3.* Il Governatorato di Roma ha personalità giuridica.

Esso esercita tutte le funzioni e provvede a tutti i servizi che sono di competenza del comune secondo la legislazione vigente.

Inoltre, ai fini di una maggiore efficienza dei servizi mediante un loro più organico coordinamento, possono — con decreto Reale, su proposta del ministro per l'interno, di concerto con quello per le finanze e con gli altri ministri interessati — trasferirsi nella competenza del Governatorato alcune delle funzioni attualmente deferite alle Amministrazioni dello Stato o all' Amministrazione della provincia di Roma nei riguardi dei servizi che, entro la circoscrizione del Governatorato, si svolgono nell' interesse del suo territorio o della sua popolazione.

*Articolo 4.* Il Governatorato di Roma è retto da un governatore, assistito da due vice-governatori e coadiuvato da dieci rettori.

Ha inoltre ottanta consultori.

*Articolo 5.* Il governatore è nominato con decreto Reale, su proposta del ministro per l'interno, sentito il Consiglio dei ministri.

Quando si trattino affari di interesse del Governatorato, il Consiglio dei ministri può disporre che alle sue sedute intervenga il governatore.

*Articolo 6.* I vice-governatori sono nominati con decreto Reale, su proposta del ministro per l'interno, sentiti il governatore ed il Consiglio dei ministri.

*Articolo 7.* Il governatore ed i vice-governatori sono funzionari dello Stato ed appartengono all'Amministrazione dell' interno, nei ruoli della quale vengono, in conseguenza, istituiti rispettivamente un posto di secondo grado del gruppo A e due posti di quarto grado del gruppo A, giusta l'allegato I al Regio decreto 11 novembre 1923, n. 2395.

Se ai detti posti siano nominati funzionari che già appartengano all' Amministrazione dello Stato, essi saranno messi fuori del rispettivo ruolo di provenienza nel quale rientreranno, al cessare delle loro funzioni presso il Governatorato, in soprannumero qualora manchino posti vacanti di organico al momento della loro riammissione in ruolo: e ciò, nonostante qualsiasi disposizione in contrario.

Nulla è innovato, nei riguardi del governatore e dei vice-governatori, a quanto è disposto dal primo comma dell' articolo 89 della legge 15 febbraio 1925, n. 122.

Al governatore e ai vice-governatori vengono estese, in quanto siano applicabili, le disposizioni del Regio decreto 11 novembre 1923,

n. 2395, del Regio decreto 30 dicembre 1923, n. 3084, e del Regio decreto 30 dicembre 1923, n. 2960.

Il governatore e i vice-governatori, prima di entrare in funzioni, prestano, dinanzi al ministro per l'interno, il giuramento prescritto dall' articolo 150 della legge comunale e provinciale.

Con decreto del ministro per l'interno, sarà assegnata al governatore e ai vice-governatori un' annua indennità per spese di rappresentanza a carico del bilancio del Governatorato.

*Articolo 8.* Nell' ordine delle precedenze à Corte e nelle funzioni publiche, stabilito dal Regio decreto 19 aprile 1868, n. 4349, e dai successivi decreti di modificazione, si osservano le seguenti norme:

a) il governatore è collocato nella categoria IV e prende, nella classe 9ª, il medesimo posto spettante ai funzionari di pari grado secondo le tabelle di classificazione per gradi, giusta l'allegato I al Regio decreto 11 novembre 1923, n. 2395;

b) i vice-governatori sono collocati nella categoria e classe a cui appartengono i prefetti.

*Articolo* 9. Il governatore ha tutti i poteri che le vigenti leggi conferiscono al sindaco, alla Giunta e al Consiglio communale.

Nell' esercizio di tali poteri, il governatore osserva, in quanto siano applicabili, le norme della legge communale e provinciale e del relativo regolamento.

I provvedimenti del governatore non sono sottoposti alla vigilanza e alla tutela, die cui nel titolo III capo VII della legge comunale e provinciale, modificata dal Regio decreto 30 dicembre 1923, n. 2839. In conseguenza, essi sono, di regola, esecutivi, salvo quanto è disposto negli articoli seguenti.

Nulla è innovato, in rapporto ai provvedimenti del governatore, per quanto riguarda la facoltà attribuita al Governo del Re dall' articolo 114 del citato Regio decreto 30 dicembre 1923, n. 2839.

*Articolo* 10. I vice-governatori assistono il governatore nell' esercizio delle sue funzioni. Possono inoltre esercitare, sotto la responsabilità del governatore, le attribuzioni che siano loro delegate dal governatore stesso.

Il governatore designa, di volta in volta, il vice-governatore che deve sostituirlo in caso di assenza o di impedimento.

*Articolo 11.* I rettori sono nominati su designazione del governatore, con decreto del ministro per l'interno, di concerto con i ministri per le finanze, per l'istruzione pubblica, per i lavori pubblici e per l'economia nazionale.

Ove all'ufficio di rettori siano nominati funzionari dello Stato, si applica il disposto di cui nel secondo comma dell'articolo 7.

I rettori, prima di entrare in funzioni, prestano, dinanzi al governatore, il giuramento prescritto dall' articolo 150 della legge comunale e provinciale.

Con decreto del governatore, sarà assegnata ai rettori un'annua indennità di carica sul bilancio del Governatorato.

*Articolo 12.* I rettori coadiuvano il governatore nello stabilire le direttive per l'organizzazione dei diversi servizi, e in rapporto ad essi provvedono, avvalendosi dell' opera dei competenti uffici, allo studio di questioni o alla preparazione di progetti da sottoporre alle decisioni del governatore.

*Articolo 13.* I consultori sono nominati con decreto Reale, su proposta del ministro per l'interno, sentito il Consiglio dei ministri. Alla nomina dei consultori — che debbono essere scelti tra i cittadini, nati in Roma, o ivi domiciliati da almeno 10 anni — sono applicabili le disposizioni di cui negli articoli 25 e 26 della vigente legge comunale e provinciale.

I consultori durano in carica un quadriennio e possono essere confermati con le stesse forme stabilite per la loro nomina.

Durante il quadriennio, si fa luogo — entro tre mesi dalla vacanza del posto — alla surrogazione dei consultori che siano venuti a cessare dall' ufficio per dimissione od altra causa.

La carica di consultore è incompatibile con gli uffici di governatore, vice-governatore e rettore.

I consultori, prima di entrare in funzioni, prestano, anche collettivamente, dinanzi al governatore, il giuramento prescritto dall' articolo 150 della legge comunale e provinciale.

*Articolo 14.* Per la nomina dei consultori:

a) 65 sono scelti sulle designazioni fatte dai sottoelencati enti, i quali possono proporre nomi e hanno diritto a rappresentanti nel numero come in appresso stabilito, per ciascuno di essi respettivamente alla prima e seconda colonna:

| | | |
|---|---|---|
| Comizio agrario di Roma | 3 | 1 |
| Consorzio delle cattedre ambulanti di agricoltura della provincia di Roma | 3 | 1 |
| Collegio degli agrimensori di Roma e provincia | 3 | 1 |
| Camera di commercio ed industria di Roma | 18 | 6 |
| Consiglio dell' Ordine degli avvocati<br>Consiglio di disciplina dei procuratori | 10 | 3 |
| Consiglio dell' Ordine degli ingegneri ed architetti | 9 | 3 |
| Consiglio dell' Ordine dei medici chirurgi | 6 | 2 |
| Consiglio dell' Ordine dei farmacisti | 3 | 1 |
| Collegio dei ragionieri | 6 | 2 |
| Consiglio dell' Ordine dei veterinari | 3 | 1 |
| Regia Università degli studi | 6 | 2 |
| Regia Scuola d' ingegneria | 3 | 1 |
| Regia Accademia nazionale dei Lincei | 3 | 1 |
| Regia Accademia di San Luca | 3 | 1 |
| Regia Accademia di Santa Cecilia | 3 | 1 |
| Regio Istituto superiore di belle arti | 3 | 1 |
| Confederazione delle Corporazioni sindacali fasciste | 84 | 28 |
| Confederazione generale dell' industria italiana | 6 | 2 |

| | | |
|---|---|---|
| Sindacato italiano delle cooperative (sezione di Roma) | 6 | 2 |
| Consiglio dell' Ordine dei giornalisti | 3 | 1 |
| Associazione nazionale combattenti (sezione di Roma) | 3 | 1 |
| Associazione nazionale mutilati ed invalidi di guerra (sezione di Roma) | 3 | 1 |
| Associazione nazionale madri, vedove, famiglie dei caduti e dispersi in guerra | 3 | 1 |
| Consiglio nazionale delle donne italiane | 3 | 1 |

In mancanza di designazione da parte degli enti interessati nei modi ed entro i termini stabiliti, i corrispondenti posti vanno in aumento a quelli de cui nel comma seguente:

b) 15 sono nominati all' infuori di ogni designazione e vengono scelti preferibilmente fra i cittadini, di speciale competenza amministrativa o proprietari di fondi rustici od urbani, che non abbiano già adeguata rappresentanza nella »Consulta« attraverso gli enti di cui nel comma a).

*Articolo 15.* (Art. 2 del R. D. L. 10 giugno 1926, n. 1023). Il Governo del Re è autorizzato a stabilire il termine entro cui dovranno essere fissate — con decreto del ministro per l'interno, sentito il governatore — le norme in conformità delle quali dovranno farsi le designazioni, da parte degli enti interessati, per la nomina dei consultori.

Dette designazioni — salvo quanto dispone l'articolo 44 per la prima attuazione del presente decreto — dovranno essere effettuate entro il terzo trimestre dell' ultimo anno di ciascun quadriennio.

*Articolo 16.* Con decreto Reale, su proposta del ministro per l'interno, sentito il governatore, sarà riveduto, ogni quadriennio, l'elenco degli enti che hanno titolo a designare e ad avere rappresentanti tra i consultori. In sede di revisione dell' elenco, potrà anche essere modificato il numero stabilito per ciascun ente in rapporto ai nomi da designarsi ed ai rappresentanti da nominarsi.

La prima revisione sarà compiuta nel primo semestre dell'anno 1929. Le successive revisioni saranno compiute nel primo semestre dell'ultimo anno di ciascun quadriennio.

*Articolo 17.* Il governatore designa — a seconda delle singole competenze personali, e in numero di otto per ogni gruppo di servizi a cui è preposto un rettore — i consultori che sono incaricati di coadiuvare, durante il quadriennio, ciascun rettore, prestandogli opera di collaborazione e di consiglio in tutte le forme ritenute utili ed efficaci.

*Articolo 18.* I consultori costituiscono la »Consulta di Roma«.

Il governatore presiede le adunanze della »Consulta« e prende parte alle discussioni.

I vice-governatori ed i rettori assistono alle adunanze della »Consulta« e possono partecipare alle discussioni.

Alle adunanze della »Consulta« assiste il segretario generale.

*Articolo 19.* Il governatore deve sentire il parere della »Consulta« sui seguenti oggetti:

a) bilancio preventivo;

b) applicazione dei tributi e regolamenti relativi, nonchè applicazione della sovrimposta con eccedenza al limite legale;

c) piani regolatori per l'esecuzione di opere di qualsiasi natura;

d) assunzioni dirette di pubblici servizi;

e) contrattazione di prestiti;

f) spese che vincolano il bilancio oltre i cinque anni;

g) alienazioni d'immobili, di titoli del debito pubblico, di titoli di credito o di azioni industriali, quando il valore del contratto superi la somma di un milione di lire;

h) acquisti di azioni industriali ed impieghi di denaro che eccedano, nell' anno, le lire 100,000, quando non si volgano alla compera di stabili, o a mutui con ipoteche, o verso la Cassa depositi e prestiti, o all' acquisto di fondi pubblici dello Stato, o di buoni del Tesoro;

i) locazioni e conduzioni oltre i 12 anni, quando non siano dirette a pubblici servizi e la corrisposta annua superi le lire 100,000;

l) liti attive e transazioni, quando il valore della contestazione superi la somma di lire 1,000,000;

Il governatore può inoltre promuovere il voto della »Consulta» ogni qualvolta lo creda opportuno.

*Articolo 20.* Per la validità delle adunanze della »Consulta« si applicano le norme in vigore per i Consigli comunali.

I pareri della »Consulta« vengono emessi a maggioranza assoluta di voti.

*Articolo 21.* Quando in tre successive convocazioni a distanza non minore di cinque giorni l'una dall' altra, la »Consulta« non possa pronunciarsi per mancanza di numero legale, il governatore è autorizzato a provvedere — ancorchè ricorrano i casi elencati nella prima parte dell' articolo 19 — pur senza il parere della »Consulta«.

*Articolo 22.* Il governatore, i vice-governatori ed il rettore, designato per competenza di servizio, in rapporto alla natura dei singoli affari da trattarsi, costituiscono il »Magistrato di Roma«.

Per gli affari che interessano promiscuamente la competenza di più rettori, il »Magistrato« è costituito — oltre che del governatore e dei vice-governatori — di tutti i rettori interessati per competenza di servizio.

Alle adunanze del »Magistrato« assiste il segretario generale.

*Articolo 23.* Il governatore deve sentire il parere del »Magistrato« nelle materie e nei casi in cui è richiesta dalla vigente legge comunale e provinciale l'approvazione della Giunta provinciale amministrativa o del Consiglio di prefettura per gli atti dei comuni indicati nell' articolo 52, lettera a), del Regio decreto 30 dicembre 1923, n. 2839.

Nelle materie e nei casi previsti dall' articolo 19, il parere del »Magistrato« deve precedere quello della »Consulta«.

Il governatore può inoltre promuovere il voto del »Magistrato« ogni qualvolta lo creda opportuno.

*Articolo 24.* In aggiunta a quanto è disposto dagli articoli 10, 12,

19 (ultimo capoverso) e 23 (ultimo capoverso), il governatore può promuovere altre forme, collegiali o personali, di collaborazione nelle quali può avvalersi, oltre che dei vice-governatori, rettori e consultori, anche dell' opera di privati cittadini di singolare capacità e rinomanza nella propria arte, scienza o disciplina.

*Articolo 25.* Tutte le deliberazioni, adottate dal governatore nelle materie e nei casi in cui è prescritto il parere della »Consulta« o del »Magistrato«, debbono essere pubblicate all' albo pretorio nel primo giorno festivo, successivo alla loro data.

Le deliberazioni del governatore, che approvano i bilanci preventivi o che stabiliscono la sovrimposta con eccedenza al limite legale, debbono essere pubblicate per la durata di otto giorni, decorrenti dal primo giorno festivo successivo alla loro data.

*Articolo 26.* Eccettuato il caso previsto dall' articolo seguente, le deliberazioni, per le quali è prescritto l'obbligo della pubblicazione, divengono esecutive dopo dieci giorni dalla loro pubblicazione, a meno che ne sia espressamente dichiarata l'urgenza, nel quale caso divengono esecutive dopo il quinto giorno dalla loro pubblicazione.

Le deliberazioni, che approvano i bilanci preventivi o che stabiliscono la sovrimposta con eccedenza al limite legale, divengono esecutive soltanto dopo l'approvazione prevista dall' articolo 32.

*Articolo 27.* Nei casi in cui il governatore provveda in difformità dal parere della »Consulta« e nell' ipotesi prevista dall' articolo 21, le deliberazioni del governatore — ancorchè dichiarate urgenti — divengono esecutive, soltanto dopo la scadenza dei termini stabiliti dall'articolo 29.

*Articolo 28.* I provvedimenti, sui quali il governatore deve sentire il parere della »Consulta« o del »Magistrato«, possono impugnarsi mediante ricorso da parte di chi vi abbia interesse, o mediante opposizione da parte della maggioranza dei consultori in carica. I provvedimenti del governatore, che approvano i bilanci preventivi o che stabiliscono la sovrimposta con eccedenza al limite legale, possono altresì impugnarsi mediante ricorso da parte di qualsiasi contribuente. Tutte le altre deliberazioni del governatore costituiscono provvedimenti definitivi.

*Articolo 29.* Il termine per proporre ricorso e quello per fare opposizione sono rispettivamente di giorni dieci e di giorni cinque dalla data di pubblicazione della deliberazione impugnata.

I termini di cui sopra sono portati — così per il ricorso, come per l'opposizione — a quindici giorni decorrenti dall' ultimo della pubblicazione, quando si tratti di deliberazioni che approvino i bilanci preventivi o che stabiliscano la sovrimposta con eccedenza al limite legale.

*Articolo 30.* L'opposizione fatta dalla maggioranza dei consultori in carica, a norma degli articoli precedenti, sospende, di diritto, l'esecuzione del provvedimento impugnato.

Il ricorso, prodotto a norma degli articoli precedenti, non ha effetto sospensivo. Tuttavia, l'esecuzione del provvedimento può essere sospesa

per gravi ragioni, con pronunzia interlocutoria della autorità cui compete la decisione definitiva, sopra istanza del ricorrente.

*Articolo 31.* Sul ricorso e sull' opposizione, in ordine ai provvedimenti per i quali è prescritto il parere del »Magistrato«, decide il ministro per l'interno, con decreto che costituisce provvedimento definitivo.

Salvo il disposto dell'articolo seguente, sul ricorso e sulla opposizione, in ordine ai provvedimenti per i quali è prescritto il parere della »Consulta«, pronuncia — con decisione che costituisce provvedimento definitivo — una Commissione, presieduta dal ministro per l'interno o da un suo delegato, e composta di dieci membri, come in appresso:

a) quattro membri nominati per un quadriennio rispettivamente dai ministri per le finanze, per la pubblica istruzione, per i lavori pubblici e per l'economia nazionale;

b) il direttore generale dell' Amministrazione civile o il direttore generale della sanità pubblica, secondo la natura degli affari da trattarsi, ovvero i loro rispettivi delegati, da scegliersi tra i funzionari dell' Amministrazione centrale dell' interno di grado non inferiore al quinto;

c) il prefetto di Roma;

d) quattro membri che la »Consulta«, nella sua prima adunanza, nomina a maggioranza assoluta di voti, per un quadriennio, fuori del suo seno, fra gli eleggibili a consultori.

La Commissione di cui sopra delibera con l'intervento di almeno cinque membri, oltre il presidente, ed a maggioranza assoluta di voti.

In caso di parità, prevale il voto del presidente.

*Articolo 32.* Il Governatorato ha un bilancio proprio, che viene approvato con decreto Reale, su proposta del ministro per l'interno, di concerto con quello per le finanze, sentito il Consiglio dei ministri.

Con lo stesso decreto si provvede anche sui ricorsi e sulle opposizioni contro il bilancio o contro l'applicazione della sovrimposta con eccedenza al limite legale, sentita la Commissione di cui all' articolo precedente.

*Articolo 33.* Il decreto Reale di cui al precedente articolo costituisce provvedimento definitivo, e contro di esso è ammesso soltanto ricorso per legittimità al Consiglio di Stato in sede giurisdizionale. Tutti i termini per il ricorso e per il procedimento innanzi al Consiglio di Stato sono ridotti a metà. La sezione pronunzia in Camera di consiglio, sulle memorie e sugli atti presentati dalle parti, senza che occorra ministero di avvocato.

*Articolo 34.* Oltre le entrate e le spese proprie del comune di Roma, e in aggiunta ai contributi statali che già sono stati assegnati con leggi speciali al comune di Roma, e che vengono consolidati, il bilancio del Governatorato comprende:

a) un annuo contributo — da stanziarsi nel bilancio del Ministero dell' interno, a decorrere dall' esercizio 1926—1927 — per spese di rappresentanza e per esecuzione di opere pubbliche intese ad assicurare l'incremento edilizio, l'attuazione del piano regolatore, la sistemazione

della viabilità, la conservazione ed il miglioramento del patrimonio artistico e monumentale;

b) un fondo annuo — da stanziarsi nel bilancio del Ministero dell' economia nazionale, a decorrere dall' esercizio 1926—1927 — per l'organizzazione e l'incremento dei servizi pubblici nell' Agro romano;

c) i fondi e i contributi di cui nell' articolo seguente.

Le somme, eventualmente non prelevate sulle assegnazioni fatte dallo Stato a norma delle lettere a) e b) del presente articolo, saranno conservate nel bilancio dello Stato tra i residui passivi.

I contributi, di cui alle lettere a) e b) del presente articolo, saranno determinati con decreto Reale, su proposta del ministro per l'interno, di concerto con quello per le finanze e — per quanto riguarda il fondo di cui alla lettera b) — con quelli per i lavori pubblici e per l'economia nazionale.

Con decreto Reale, su proposta del ministro per l'interno, di concerto con quello per le finanze, saranno stabilite le norme circa: la formazione e l'esercizio del bilancio preventivo; il rendimento e l'approvazione del conto consuntivo; i controlli riservati al Ministero delle finanze per quanto concerne la gestione dei fondi e contributi statali di cui alle lettere a), b), e c) del presente articolo; la responsabilità degli amministratori.

*Articolo 35.* Nel caso previsto dall' ultimo capoverso dell' articolo 3, saranno passati al bilancio del Governatorato i fondi stanziati nel bilancio delle rispettive Amministrazioni, in corrispondenza dei servizi trasferiti, ovvero saranno determinati congrui corrispettivi nella forma di contributi annui a favore del Governatorato.

I relativi provvedimenti saranno adottati con decreto Reale, su proposta del ministro per l'interno, di concerto con quello per le finanze e con gli altri ministri interessati.

*Articolo 36.* Sono applicabili al Governatorato di Roma le disposizioni legislative e regolamentari concernenti l'imposizione e la riscossione dei tributi comunali.

Fino a che non sia diversamente provveduto, continueranno ad essere applicate dal Governatorato le disposizioni, già adottate dal comune di Roma, per l'imposizione e la riscossione dei tributi generali e speciali.

*Articolo 37.* Entro la circoscrizione del Governatorato, i servizi, statali e municipali, di polizia sono unificati e messi alla dipendenza del questore di Roma.

Con decreto Reale, su proposta del ministro per l'interno, di concerto con quello per le finanze, sentito il governatore, saranno stabilite le norme per la esecuzione di quanto è stabilito nel comma precedente e per la ripartizione delle spese tra gli enti interessati, fermo il disposto dell' articolo seguente.

Con decreto del ministro per l'interno, sentito il governatore ed il questore di Roma, sarà provveduto a determinare le materie ed i casi in cui il governatore, nell' adottare i provvedimenti di sua competenza, è tenuto a sentire il parere del questore.

*Articolo 38.* In dipendenza del nuovo ordinamento di cui nell' articolo precedente, passano allo Stato i servizi per l'accasermamento dei Reali carabinieri e per i locali degli uffici di pubblica sicurezza entro la circoscrizione del Governatorato.

Rimane, però, a carico della provincia di Roma, in conformità delle leggi vigenti, l'onere della spesa relativa ai detti servizi, salvo il contributo statale di cui nell' articolo 41.

*Articolo 39.* Per l'assunzione diretta dei pubblici servizi da parte del Governatorato, nulla è innovato alle disposizioni della legge 29 marzo 1903, n. 103, modificata dal Regio decreto 30 dicembre 1923 n. 3047, salvo quanto dispongono gli articolo 9, secondo comma, e 19 lettera d) del presente decreto.

Il Governo del Re, sentito il governatore, è autorizzato a disporre che l'Amministrazione dei pubblici servizi, assunti dal Governatorato, sia deferita alla competenza diretta del Governatorato stesso con speciale gestione, finanziaria e contabile, separata da quella ordinaria degli altri servizi, ovvero a provvedere per il passaggio dei servizi municipalizzati all' industria privata.

*Articolo 40.* Nulla è innovato, in rapporto ai provvedimenti del governatore, per quanto riguarda la competenza della Giunta provinciale amministrativa in sede giurisdizionale e quella in grado di appello nelle controversie relative alla applicazione dei tributi.

*Articolo 41.* La circoscrizione del Governatorato continua, per tutti gli effetti di legge, a far parte del territorio della provincia di Roma, in conformità dei vigenti ordinamenti.

Con decorrenza dall' anno 1926, sarà corrisposto alla provincia di Roma un annuo contributo statale, a titolo di sgravio dalle spese per i locali degli uffici di prefettura e di alloggio del prefetto, nonchè dalle spese di accasermamento dei Reali carabinieri e relative ai locali degli uffici di pubblica sicurezza, per la parte presumibilmente riferibile alle particolari esigenze della Capitale.

Il contributo, di cui nel presente articolo, sarà determinato con decreto Reale, su proposta del ministro per l'interno, di concerto con quello per le finanze.

*Articolo 42.* Il governatore, unitamente ai vice-governatori, ai rettori, ai consultori e al segretario generale, rappresenta, nelle pubbliche cerimonie solenni, la città di Roma.

Spetta al governatore di determinare le cerimonie nelle quali il Governatorato deve essere rappresentato in conformità del comma precedente.

*Articolo 43.* Con decreto del governatore sarà provveduto alla organizzazione degli uffici del Governatorato.

Il personale, attualmente in servizio del comune di Roma, conserva il proprio stato giuridico, salvo le riforme che saranno rese necessarie dalla mutata natura e dal diverso ordinamento dell' ente.

*Articolo 44.* (Art. 3 del R. D. 10 giugno 1926 n. 1023.) Per la

nomina dei consultori, nella prima attuazione del presente decreto, il Governo del Re è autorizzato a stabilire:

a) il termine entro cui gli enti interessati dovranno procedere alla designazione dei nomi di loro spettanza;

b) la data di entrata in ufficio dei consultori;

c) la durata della prima permanenza in carica dei consultori.

Fino a che non sarà stabilita la data di cui alla lettera b) del presente articolo, l'applicazione di tutte le norme del presente decreto relative ai consultori e alla Consulta resterà sospesa, e le pronunzie della Commissione prevista dall' articolo 31 del presente decreto saranno valide anche in mancanza dei membri di cui alla lettera d) dello stesso articolo 31.

*Articolo 45.* Il Governo del Re è autorizzato ad emanare tutte le norme necessarie per l'applicazione del presente decreto ed a modificare e coordinare la legislazione vigente in relazione all' ordinamento stabilito per il Governatorato di Roma.

E abrogata ogni disposizione contraria al presente decreto o incompatibile con esso.

*Articolo 46.* Salvo il disposto dell' articolo 44, il presente decreto avrà vigore dal 1° gennaio 1926 e sarà presentato al Parlamento per la conversione in legge.

### e) Änderungen in der Organisation des Gouvernements von Rom.
### Modifiche all' ordinamento del Governatorato di Roma.

**Legge 6 dicembre 1928, n. 2702 (Gazzetta Ufficiale 13 dicembre 1928, n. 289).**

*Articolo 1.* Il Governatorato di Roma è retto ed amministrato da un Governatore, coadiuvato da un vice-governatore, che lo sostituisce in caso di assenza o di legittimo impedimento.

Ha, inoltre, una Consulta, denominata Consulta di Roma e composta di dodici membri.

*Articolo 2.* Il Governatore ed il vice-governatore sono nominati con decreto Reale, su proposta del Ministro dell' interno, in seguito a deliberazione del Consiglio dei Ministri.

*Articolo 3.* I membri della Consulta sono nominati con decreto Reale, su proposta del Ministro dell' interno di concerto con quello delle corporazioni. Essi durano in carica quattro anni e possono essere sempre confermati. Possono essere revocati con decreto Reale, su proposta del Ministro per l' interno di concerto con quello delle corporazioni. Contro il provvedimento di revoca non è ammesso alcun gravame nè in sede amministrativa nè in sede giurisdizionale.

L'ufficio di consultore è gratuito.

*Articolo 4.* La Consulta di Roma è presieduta dal Governatore, che la convoca quando lo ritenga necessario. Il Presidente ne fissa, altresì, l'ordine dei lavori.

In caso di assenza od impedimento del Governatore, la facoltà di convocare la Consulta e di fissarne l'ordine dei lavori, nonchè di presiederla, spetta al vice-governatore.

Alle adunanze della Consulta assiste il Segretario Generale.

*Articolo 5.* Le sedute della Consulta non sono pubbliche. Per la validità di esse è necessario l'intervento di almeno la metà dei membri.

Le deliberazioni della Consulta sono prese a maggioranza di voti.

*Articolo 6.* Il parere della Consulta deve essere inteso sui seguenti oggetti

1°) bilancio preventivo;

2°) conto consuntivo;

3°) applicazione di tributi e regolamenti relativi;

4°) piani regolatori per la esecuzione delle opere di qualsiasi natura;

5°) assunzione diretta dei pubblici servizi.

Il Governatore può, inoltre, richiedere il parere della Consulta ogni qualvolta lo ritenga opportuno.

*Articolo 7.* I provvedimenti del Governatore, nelle materie nelle quali non sia richiesta una speciale approvazione, sono definitivi.

In nessun caso i consultori hanno facoltà di impugnare i provvedimenti del Governatore.

*Articolo 8.* Fino al 30 giugno 1929, il Governatore di Roma è autorizzato, in deroga a qualsiasi disposizione di legge o di regolamento, generale o speciale:

a) a dispensare dal servizio il personale di qualunque ufficio e grado, comunque dipendente dal Governatorato, anche se l'ordinamento giuridico e il trattamento economico del personale stesso sia regolato da speciali disposizioni di legge o di regolamento, compresi i maestri elementari;

b) a provvedere in ordine ai posti eventualmente vacanti o che siano per rendersi vacanti, fissandone le norme e le modalità.

Nulla è innovato al Regio decreto-legge 16 agosto 1926, n. 1577, restando, altresì vietato ogni aumento dell' onere globale risultante, alla data di entrata in vigore di detto decreto, complessivamente per stipendi e per pensioni.

*Articolo 9.* Sono abrogate le disposizioni del Regio decreto-legge 28 ottobre 1925, n. 1949, e di ogni altra legge contrarie o comunque incompatibili con quelle della presente legge.

*Articolo 10.* Il Governo del Re è autorizzato:

a) ad emanare tutte le disposizioni, anche di ordine integrativo, necessarie per l'attuazione della presente legge;

b) a coordinare e riunire in testo unico le disposizioni della presente legge con quelle del Regio decreto-legge 28 ottobre 1925 n. 1949, e dei successivi decreti-legge che lo hanno modificato, della legge comunale e provinciale, delle leggi successive che l'hanno modificata e delle altre leggi che vi abbiano attinenza per ragione di materia, anche modificandone le disposizioni.

## 3) Reform der Provinzverwaltung

### a) Riforma dell' Amministrazione provinciale.

**Legge 27 dicembre 1928, n. 2962 (Gazzetta Ufficiale 7 gennaio 1929, n. 5).**

*Articolo 1.* L'Amministrazione di ogni Provincia è composta di un preside e di un Rettorato provinciale, costituito dal preside e dai rettori.

Il preside è coadiuvato da un vice preside, che lo sostituisce in caso di assenza o di legittimo impedimento.

*Articolo 2.* Il preside e il vice preside sono nominati con decreto Reale, su proposta del Ministro per l'interno. Ad essi sono applicabili le norme di ineleggibilità e incompatibilità stabilite nella legge comunale e provinciale, testo unico 4 febbraio 1915, n. 148, per i deputati provinciali, escluse quelle che stabiliscono l'ineleggibilità degli stipendiati dello Stato e l'incompatibilità di deputato al Parlamento e di deputato provinciale.

Il preside e il vice preside durano in carica quattro anni e possono essere sempre confermati. Possono essere revocati con decreto Reale, su proposta del Ministro per l'interno. Contro il provvedimento di revoca non è ammesso alcun gravame, nè in sede amministrativa nè in sede giurisdizionale.

L'ufficio di preside e di vice preside è gratuito.

In casi assolutamente eccezionali e compatibilmente con le condizioni finanziarie dell' ente, il Ministro per l'interno può assegnare al preside e al vice preside un'indennità di carica, che grava sul bilancio della Provincia.

*Articolo 3.* I rettori sono nominati con decreto Reale, su proposta del Ministro per l'interno. Essi sono ordinari e supplenti.

I rettori ordinari sono in numero di otto nelle Provincie la cui popolazione eccede i seicentomila abitanti; di sei in quelle di oltre trecentomila; di quattro nelle altre.

I rettori supplenti, destinati a tener luogo dei membri ordinari, assenti o legittimamente impediti, sono in numero di due per tutte le Provincie.

Ai rettori, ordinari o supplenti, sono applicabili le norme di ineleggibilità e incompatibilità stabilite nella legge comunale e provinciale per i consiglieri provinciali, eccettuata quella relativa al requisito della iscrizione nelle liste elettorali. E', altresì, applicabile la norma prevista al n. 1 dell' art. 248 della legge stessa.

I rettori durano in carica quattro anni e possono essere sempre confermati.

L'ufficio di rettore è gratuito.

*Articolo 4.* Il preside, il vice preside ed i rettori, prima di entrare in funzione, prestano, dinanzi al prefetto, il giuramento prescritto nell' art. 150 della legge comunale e provinciale.

*Articolo 5.* I rettori che, senza giustificato motivo, non intervengano a tre riunioni consecutive, decadono dal loro ufficio.

La decadenza è dichiarata con decreto Reale, su proposta del Ministro per l'interno, previa contestazione dei motivi agli interessati.

*Articolo 6.* Per gravi ragioni di carattere amministrativo o di ordine pubblico, con decreto Reale, su proposta del Ministro per l'interno, può essere disposto lo scioglimento del Rettorato provinciale e affidata l'amministrazione della Provincia ad un commissario straordinario, che eserciterà le funzioni conferite dalla presente legge all preside e al Rettorato provinciale.

Il termine, entro il quale dovrà aver luogo la ricostituzione del Rettorato, è stabilito nello stesso decreto di scioglimento. Tale termine, in ogni caso, non potrà superare la durata di un anno.

Contro i provvedimenti di cui al presente articolo non è ammesso alcun gravame, nè in via amministrativa nè in via giurisdizionale.

*Articolo 7.* Il preside della Provincia esercita le funzioni che la legge comunale e provinciale attribuisce al presidente della Deputazione provinciale ed alla Deputazione provinciale.

Il preside può affidare al vice preside speciali incarichi nell' amministrazione della Provincia.

*Articolo 8.* Il Rettorato della Provincia esercita le funzioni che la legge comunale e provinciale attribuisce al Consiglio provinciale.

*Articolo 9.* Le adunanze del Rettorato provinciale non sono pubbliche. Per la validità di esse è necessario l'intervento di almeno la metà dei rettori.

Le deliberazioni del Rettorato sono prese a maggioranza di voti: in caso di parità, prevale il voto del preside.

*Articolo 10.* Alle deliberazioni del preside e del Rettorato provinciale è applicabile il disposto dell' art. 128 della legge comunale e provinciale.

*Articolo 11.* Nulla è innovato alle funzioni di vigilanza e di tutela stabilite dalla legge comunale e provinciale per gli atti del l'Amministrazione provinciale.

*Disposizioni finali e transitorie.*

*Articolo 12.* Con decreto Reale, su proposta del Ministro per l'interno, verrà stabilita la data in cui dovranno cessare le attuali Amministrazioni ordinarie e straordinarie delle Provincie, per far luogo all' attuazione del nuovo ordinamento stabilito con la presente legge.

*Articolo 13.* Sono abrogate le disposizioni della legge comunale e provinciale e di ogni altra legge contrarie o comunque incompatibili con quelle della presente legge.

*Articolo 14.* Il Governo del Re è autorizzato:

a) ad emanare tutte le disposizioni, anche di ordine integrativo, necessarie per l'attuazione della presente legge, ed il relativo regolamento;

b) a coordinare e riunire in testo unico le disposizioni della presente

legge con quelle della legge comunale e provinciale, delle leggi successive che l'hanno modificata e delle altre leggi che vi abbiano attinenza per ragione di materia, anche modificandone le disposizioni, per metterle in armonia con le norme e coi principi informatori della presente legge.

b) Riforma della Giunta provinciale amministrativa.

**Legge 27 dicembre 1928, n. 3123 (Gazzetta Ufficiale, 15 gennaio 1929, n. 12).**

*Articolo 1.* La Giunta provinciale amministrativa, in sede amministrativa, si compone del prefetto o di chi ne fa le veci, che la presiede, del vice prefetto ispettore, di un consigliere di prefettura, designato, al principio di ogni anno, dal prefetto, dell' intendente di finanza, del ragioniere capo della prefettura, del direttore di ragioneria o ragioniere capo dell' Intendenza di finanza e di un membro effettivo e uno supplente, designati dal segretario del Partito Nazionale Fascista, i quali sono nominati con decreto Reale, su proposta del Ministro per l'interno, e durano in ufficio quattro anni.

Nelle Provincie, dove non esiste il vice prefetto ispettore, fa parte della Giunta un secondo consigliere di prefettura, designato, al principio di ogni anno, dal prefetto.

Il prefetto e l'intendente di finanza designano pure, rispettivamente, un consigliere di prefettura e un funzionario di ragioneria della prefettura nonchè un funzionario dell' Intendenza, di grado non inferiore all' ottavo, e un funzionario di ragioneria dell' Intendenza, supplenti.

I supplenti non intervengono alle sedute della Giunta se non quando mancano i membri effettivi.

Per la validità delle deliberazioni della Giunta, in sede amministrativa, è sufficiente l'intervento di cinque membri.

La spesa per le medaglie di presenza dei membri designati dal segretario del Partito Nazionale Fascista è a carico della Provincia. La misura delle medaglie è determinata per decreto Reale

*Articolo 2.* Non possono essere destinati a far parte della Giunta provinciale amministrativa:

a) il preside, il vice preside e i rettori della Provincia;

b) i podestà e i membri delle Consulte municipali dei Comuni della Provincia;

c) gli stipendiati, i salariati e i contabili delle Provincie, dei Comuni e delle istituzioni pubbliche di beneficenza;

d) coloro che non possono far parte delle liste dei giurati.

*Articolo 3.* I membri della Giunta provinciale amministrativa, designati dal segretario del Partito Nazionale Fascista, che non intervengano, senza giustificato motivo, a tre adunanze consecutive, decadono dalla carica.

La decadenza è pronunciata dalla Giunta stessa, su proposta del presidente, udito l'interessato.

*Articolo 4.* La Giunta provinciale amministrativa, in sede giuris-

dizionale, delibera con l'intervento, in qualità di presidente, del prefetto o di chi ne fa le veci, di due consiglieri di prefettura, designati, al principio di ogni anno, dal prefetto, dell' intendente di finanza e del membro designato dal segretario del Partito Nazionale Fascista.

In caso di assenza od impedimento, i membri effettivi sono sostituiti dai rispettivi supplenti.

*Articolo 5.* E' data facoltà al Governo del Re di rivedere e riordinare la materia delle spese obbligatorie e facoltative delle Provincie e dei Comuni.

*Articolo 6.* La presente legge entrerà in vigore nel trentesimo giorno successivo a quello della sua pubblicazione nella Gazzetta Ufficiale del Regno.

E' data facoltà al Ministro per l'interno di prorogare, con suo decreto, l'attuazione delle norme di cui all' art. 4 della presente legge, relative alla costituzione della Giunta provinciale amministrativa in sede giurisdizionale.

## 4) Der Große Rat des Faschismus und die Faschistische Partei

### a) Ordinamento e attribuzioni del Gran Consiglio del Fascismo

**Legge 9 dicembre 1928, n. 2693 (Gazzetta Ufficiale, 11 dicembre 1928, n. 287).**

*Articolo 1.* Il Gran Consiglio del Fascismo è l'organo supremo, che coordina e integra tutte le attività del Regime sorto dalla Rivoluzione dell' ottobre 1922. Esso ha funzioni deliberative nei casi stabiliti dalla legge, e dà, inoltre, parere su ogni altra questione politica, economica o sociale di interesse nazionale, sulla quale sia interrogato dal Capo del Governo.

*Articolo 2.* Il Capo del Governo, Primo Ministro Segretario di Stato, è, di diritto, il Presidente del Gran Consiglio del Fascismo. Egli lo convoca quando lo ritiene necessario e ne fissa l'ordine del giorno.

*Articolo 3.* Il Segretario del Partito Nazionale Fascista è Segretario del Gran Consiglio.

Il Capo del Governo può delegarlo a convocare e presiedere il Gran Consiglio in caso di sua assenza od impedimento, o di vacanza della carica.

*Articolo 4.* Sono membri del Gran Consiglio per un tempo illimitato:

1° i quadrumviri della Marcia su Roma;

2° coloro che, per la loro qualità di membri del Governo, abbiano fatto parte del Gran Consiglio per almeno tre anni;

3° i Segretari del Partito Nazionale Fascista usciti di ufficio dopo il 1922.

*Articolo 5.* Sono membri del Gran Consiglio a cagione delle loro funzioni e per tutta la durata di queste:

1° il Presidente del Senato e il Presidente della Camera dei deputati;
2° i Ministri Segretari di Stato;
3° il Sottosegretario di Stato alla Presidenza del Consiglio;
4° il Comandante generale della Milizia volontaria per la sicurezza nazionale;
5° i membri del Direttorio del Partito Nazionale Fascista;
6° il Presidente dell' Accademia d'Italia e il Presidente dell' Istituto fascista di cultura;
7° il Presidente dell' Opera nazionale Balilla;
8° il Presidente del Tribunale speciale per la difesa dello Stato;
9° i Presidenti delle Confederazioni nazionali fasciste di sindacati legalmente riconosciute;
10° il Presidente dell' Ente nazionale per la cooperazione.

*Articolo 6.* La qualità di membro del Gran Consiglio alle persone indicate nei tre precedenti articoli è riconosciuta con decreto Reale, su proposta del Capo del Governo. Con le stesse forme, il riconoscimento può essere, in ogni tempo, revocato.

*Articolo 7.* Possono, con decreto del Capo del Governo, essere nominati membri del Gran Consiglio, per la durata di un triennio, e con facoltà di conferma, coloro che abbiano bene meritato della Nazione e della causa della Rivoluzione Fascista. Con le stesse forme, la nomina può essere, in ogni tempo, revocata.

Il Capo del Governo ha, altresì, facoltà di chiamare a partecipare ai lavori del Gran Consiglio, per determinati argomenti, persone particolarmente competenti nelle questioni sottoposte al suo esame.

*Articolo 8.* La qualità di membro del Gran Consiglio è compatibile con quella di senatore e di deputato.

*Articolo 9.* Nessun membro del Gran Consiglio può essere arrestato, salvo il caso di flagrante reato, nè sottoposto a procedimento penale, nè assoggettato a provvedimenti di polizia, senza l'autorizzazione del Gran Consiglio.

Nessuna misura disciplinare contro un membro del Gran Consiglio, quale appartenente al Partito Nazionale Fascista, può essere adottata, se non con deliberazione del Gran Consiglio.

*Articolo 10.* Le funzioni di membro del Gran Consiglio sono gratuite.

Nessuna spesa è richiesta allo Stato per il funzionamento del Gran Consiglio.

Le sedute del Gran Consiglio sono segrete. Un regolamento interno, approvato dal Gran Consiglio, stabilisce le altre norme per il suo funzionamento.

*Articolo 11.* Il Gran Consiglio delibera:
1° sulla lista dei deputati designati, ai termini dell' articolo 5 della legge 17 marzo 1928, n. 1019;
2° sugli statuti, gli ordinamenti e le direttive politiche del Partito Nazionale Fascista;
3° sulla nomina e la revoca del Segretario, dei Vice Segretari, del

Segretario amministrativo e degli altri membri del Direttorio del Partito Nazionale Fascista.

*Articolo 12.* Deve essere sentito il parere del Gran Consiglio su tutte le questioni aventi carattere costituzionale.

Sono considerate sempre come aventi carattere costituzionale le proposte di legge concernenti:

1° la successione al Trono, le attribuzioni e le prerogative della Corona;

2° la composizione e il funzionamento del Gran Consiglio, del Senato del Regno e della Camera dei deputati;

3° le attribuzioni e le prerogative del Capo del Governo, Primo Ministro Segretario di Stato;

4° la facoltà del potere esecutivo di emanare norme giuridiche;

5° l'ordinamento sindacale e corporativo;

6° i rapporti tra lo Stato e la Santa Sede;

7° i trattati internazionali, che importino variazione al territorio dello Stato e delle Colonie, ovvero rinuncia all' acquisto di territori.

*Articolo 13.* Il Gran Consiglio, su proposta del Capo del Governo, forma e tiene aggiornata la lista dei nomi da presentare alla Corona, in caso di vacanza, per la nomina del Capo del Governo, Primo Ministro Segretario di Stato.

Ferme restando le attribuzioni e le prerogative del Capo del Governo, il Gran Consiglio forma altresì e tiene aggiornata la lista delle persone che, in caso di vacanze, esso reputa idonee ad assumere funzioni di Governo.

*Articolo 14.* I Segretari, i Vice Segretari, il Segretario amministrativo, e gli altri membri del Direttorio del Partito Nazionale Fascista sono nominati con decreto del Capo del Governo, Primo Ministro Segretario di Stato, previa deliberazione del Gran Consiglio, a norma dell' art. 11. Essi durano in carica tre anni e possono essere confermati. Con le stesse forme, possono essere, in ogni tempo, revocati.

Con Regio decreto, su proposta del Capo del Governo, il Segretario del Partito Nazionale Fascista può essere chiamato a partecipare alle sedute del Consiglio dei Ministri.

*Articolo 15.* La presente legge entra in vigore dal giorno della sua pubblicazione nella *Gazzetta Ufficiale* del Regno.

b) Modifiche alla legge 9 dicembre 1928, n. 2693, sull' ordinamento e le attribuzioni del Gran Consiglio del Fascismo, e norme per l'ordinamento del Partito Nazionale Fascista.

**Legge 14 dicembre 1929, n. 2099 (Gazzetta Ufficiale, 16 dicembre 1929, n. 292).**

*Titolo I.*

*Dell'ordinamento e delle attribuzioni del Gran Consiglio del Fascismo.*

*Articolo 1.* Gli articoli 4, 5 e 7 della legge 9 dicembre 1928, n. 2693, sull'ordinamento e le attribuzioni del Gran Consiglio del Fascismo,

sono abrogati e sostituiti rispettivamente dagli articoli 2, 3 e 4 della presente legge.

*Articolo 2.* Sono membri del Gran Consiglio del Fascismo, per un tempo illimitato, i Quadrumviri della Marcia su Roma.

*Articolo 3.* Sono membri del Gran Consiglio, a cagione delle loro funzioni e per tutta la durata di queste:

1° il Presidente del Senato del Regno ed il Presidente della Camera dei deputati;

2° i Ministri Segretari di Stato per gli affari esteri, per l'interno, per la giustizia, per le finanze, per l'educazione nazionale, per l'agricoltura e le foreste e per le corporazioni;

3° il presidente della Reale Accademia d'Italia;

4° il segretario ed i due vice-segretari del Partito Nazionale Fascista;

5° il comandante generale della Milizia volontaria per la sicurezza nazionale;

6° il presidente del Tribunale speciale per la difesa dello Stato;

7° i presidenti delle Confederazioni nazionali fasciste e delle Confederazioni nazionali dei Sindacati fascisti dell'industria e dell'agricoltura.

*Articolo 4.* Possono, con decreto del Capo del Governo, essere nominati membri del Gran Consiglio del Fascismo, per la durata di un triennio, e con facoltà di conferma, coloro che hanno, quali membri del Governo, o segretari del Partito Nazionale Fascista dopo il 1922, o per altri titoli, bene meritato della Nazione e della causa della Rivoluzione fascista.

Con le stesse forme la nomina può essere, in ogni tempo, revocata.

*Articolo 5.* L'art. 14 della legge 9 dicembre 1928, n. 2693, è abrogato e sostituito dagli articoli seguenti.

## *Titolo II.*

### *Dell'ordinamento del Partito Nazionale Fascista.*

*Articolo 6.* Lo statuto del Partito Nazionale Fascista è approvato con decreto Reale, su proposta del Capo del Governo, Primo Ministro Segretario di Stato, udito il Gran Consiglio del Fascismo e il Consiglio dei Ministri.

*Articolo 7.* Il segretario del Partito Nazionale Fascista è nominato con decreto Reale, su proposta del Capo del Governo, Primo Ministro Segretario di Stato.

E' membro di diritto della Commissione Suprema di difesa, del Consiglio superiore dell' educazione nazionale, del Consiglio nazionale delle corporazioni e del Comitato centrale corporativo.

Con Regio decreto, su proposta del Capo del Governo, il segretario del Partito Nazionale Fascista può essere chiamato a partecipare alle sedute del Consiglio dei Ministi.

*Articolo 8.* I membri del Direttorio nazionale del Partito Fascista

sono nominati con decreto del Capo del Governo, Primo Ministro Segretario di Stato, su proposta del segretario del Partito.

*Articolo 9.* Il segretario ed i membri del Direttorio nazionale del Partito Nazionale Fascista durano in carica tre anni.

*Articolo 10.* I segretari federali del Partito Nazionale Fascista sono nominati con decreto del Capo del Governo, Primo Ministro Segretario di Stato, su proposta del segretario del Partito, e durano in carica un anno.

### c) Approvazione dello statuto del Partito Nazionale Fascista.

**Regio decreto 20 dicembre 1929, n. 2137 (Gazzetta Ufficiale, 21 dicembre 1929, n. 297).**

*Articolo unico.*

E' approvato lo statuto del Partito Nazionale Fascista unito al presente decreto e visto, d'ordine Nostro, dal Capo del Governo, Primo Ministro Segretario di Stato.

Ordiniamo che il presente decreto, munito del sigillo dello Stato, sia inserto nella raccolta ufficiale delle leggi e dei decreti del Regno d'Italia, mandando a chiunque spetti di osservarlo e di farlo osservare.

### Statuto del Partito Nazionale Fascista.

*Articolo 1.* Il P. N. F. è costituito da Fasci di combattimento, che sono raggruppati in Federazioni provinciali.

Il Fascio è l'organismo fondamentale, e deve raccogliere, intorno al Gagliardetto, gli Italiani più sicuri per fedeltà, per onestà, per coraggio, per intelletto.

I segretari federali, qualora ne ravvisino la necessità, sono autorizzati ad organizzare i Fasci in Sottosezioni o in Circoli rionali, retti da un fiduciario e da una consulta composta di cinque membri, ad uno dei quali saranno affidate le funzioni amministrative.

Ogni turbamento o contrasto nella vita del Fascio si ripercuote su tutti gli organismi e, in conseguenza, sulle attività morali, economiche e sociali che da essi sono regolate; non solo i dirigenti, pertanto, ma anche i gregari, devono sentire il peso di tale responsabilità.

I Fasci non possono essere sciolti senza l'autorizzazione del Segretario del Partito.

*Articolo 2.* Il Gagliardetto è l'emblema del Fascio ed il simbolo della fede.

Ai Gagliardetti spetta, nelle cerimonie ufficiali, una scorta d'onore della M. V. S. N. comandata da un ufficiale.

A quello del Direttorio nazionale e delle Federazioni provinciali sono dovuti anche gli onori militari.

*Articolo 3.* Il P. N. F. esplica la sua azione sotto la guida suprema del Duce e secondo le direttive segnate dal Gran Consiglio, attraverso le sue gerarchie ed i suoi organi collegiali centrali e periferici.

I Gerarchi sono:
1° il DUCE;
2° il Segretario del Partito;
3° i membri del Direttorio nazionale;
4° il segretario federale;
5° il segretario del Fascio di combattimento.

Gli organi collegiali sono:
1° il Direttorio nazionale;
2° il Consiglio nazionale;
3° il Direttorio federale;
4° il Direttorio del Fascio di combattimento.

*Articolo 4.* Il Direttorio nazionale, che è presieduto dal Segretario del Partito, è costituito da due vice segretari, da un segretario amministrativo e da sei membri.

Il Segretario del Partito ha la facoltà di valersi di più ispettori.

Il Segretario del Partito è nominato con decreto Reale, su proposta del Capo del Governo, Primo Ministro Segretario di Stato; è segretario del Gran Consiglio e può essere chiamato a partecipare alle sedute del Consiglio dei Ministri; è membro di diritto della Commissione Suprema di difesa, del Consiglio superiore dell' educazione nazionale, del Consiglio nazionale delle corporazioni e del Comitato centrale corporativo; dura in carica tre anni.

I membri del Direttorio nazionale e gli ispettori vengono nominati con decreto del Capo del Governo, Primo Ministro Segretario di Stato, su proposta del Segretario del Partito e durano in carica tre anni.

Il Direttorio nazionale si riunisce presso il Duce, normalmente, una volta al mese, e, nella sede del Palazzo del Littorio, ogni qual volta il Segretario del Partito ne ravvisi la necessità.

Quando le riunioni del Direttorio del Partito sono presiedute dal Duce vi partecipano: il Ministro agli interni, il Comandante generale della M. V. S. N., il Ministro per le corporazioni e gli ispettori del Partito.

Alle riunioni presiedute dal Segretario del Partito partecipano il Sottosegretario di Stato agli interni, il Sottosegretario di Stato alle corporazioni, il Capo di Stato Maggiore della M. V. S. N.

Le deliberazioni vengono comunicate, in linea di massima, a mezzo del Foglio d'Ordini.

*Articolo 5.* Il Consiglio nazionale è composto dai segretari federali.

I segretari federali vengono nominati e revocati con decreto del Capo del Governo, Primo Ministro Segretario di Stato, su proposta del Segretario del Partito e durano in carica un anno.

Il Consiglio nazionale è convocato dal Direttorio nazionale, per l'esame dell' attività del Partito e per ricevere norme generali di esecuzione.

E' presieduto dal Segretario del Partito.

*Articolo 6.* L'anno fascista decorre dal 29 ottobre.

*Articolo 7.* Il Segretario del Partito in base alle direttive del Gran Consiglio del Fascismo (istituito con legge del 9 dicembre 1928-VII,

n. 2693), organo supremo sorto dalla Rivoluzione dell' ottobre 1922, che coordina e integra tutte le attività del Regime, impartisce le disposizioni per l'opera che devono svolgere gli organismi dipendenti, riservandosi il più ampio controllo, che esercita sia direttamente, sia a mezzo di suoi incaricati.

Presiede all' attività del Direttorio nazionale e della Segreteria politica e fissa le norme, con facoltà di procedere alle eventuali, necessarie modificazioni, per la istituzione ed il funzionamento degli uffici, che attualmente sono così ripartiti:

Segreteria politica;
Segreteria amministrativa;
Stampa e propaganda;
Sindacale;
Ispezioni e controllo — Associazioni dipendenti dal Partito;
Gruppi universitari fascisti;
Fasci femminili;
Professori ed assistenti universitari;
Sportivo;
Dopolavoro;
Associazione Famiglie Caduti Fascisti;
Storico;
Archivio.

Nomina i Direttorî federali su proposta dei segretari federali.

Ha la facoltà, ogni qual volta il segretario federale, in seguito a sua proposta, sia revocato, di sciogliere i Direttorî federali e di procedere alla nomina di un commissario straordinario.

*Articolo 8.* Il Segretario del Partito controlla il funzionamento degli organi periferici, perchè ogni loro atto corrisponda allo spirito del Fascismo e collabora, con gli organi competenti, alla vigilanza dell' attività politica delle Confederazioni nazionali fasciste dei datori di lavoro, dei lavoratori e dell' Ente nazionale della cooperazione; mantiene il collegamento con la Presidenza del Senato, con la Presidenza della Camera dei deputati, col Comando generale della M. V. S. N., con la Segreteria dei Fasci italiani all' estero.

*Articolo 9.* Il segretario federale:

attua le direttive ed esegue gli ordini del Direttorio nazionale;

vigila sull' attività dei Fasci di combattimento e su tutte le organizzazioni dipendenti dal Partito; mantiene il collegamento con i senatori e deputati fascisti e col Comando della M. V. S. N. nella Provincia;

convoca il Direttorio federale almeno una volta al mese, e, ogni sei mesi, i segretari dei Fasci, per esaminare ed illustrare i problemi della vita del Partito e quelli morali, sociali ed economici della Provincia;

controlla direttamente, o a mezzo di suoi incaricati, la tenuta degli schedari degli iscritti (federali e dei Fasci) e degli archivi.

*Articolo 10.* Il segretario federale, che è anche il segretario politico del Fascio del capoluogo, deve scegliere, tra i fascisti della Provincia,

sette collaboratori i quali, previa ratifica del Segretario del Partito, costituiscono il Direttorio federale, che ha attribuzioni meramente consultive.

A ciascun componente potrà affidare speciali incarichi, in rapporto alle varie branche di attività del Partito e degli organismi dipendenti.

Due di essi saranno rispettivamente incaricati di reggere la Segreteria federale (vice segretario federale) in assenza del segretario federale e la Segreteria federale amministrativa (segretario federale amministrativo).

Le cariche direttive provinciali non potranno essere affidate a coloro che non abbiano almeno cinque anni di appartenenza al Partito.

*Articolo 11.* Il segretario federale nomina il segretario di ciascun Fascio di combattimento e questi, a sua volta, chiama a far parte del Direttorio cinque camerati, previa ratifica del segretario federale. Il numero dei componenti del Direttorio dei Fasci capoluogo è elevato da cinque a sette.

Uno dei membri è incaricato delle funzioni amministrative.

Presso la sede della Federazione deve essere istituito lo schedario degli iscritti in ciascun Fascio di combattimento.

*Articolo 12.* Il segretario del Fascio di combattimento ha l'obbligo di conoscere i precedenti politici e morali, nonchè i mezzi di vita di ciascun gregario e di esigere che, anche nello svolgimento dell' attività professionale, siano osservati lo spirito e la disciplina del Fascismo.

Il segretario del Fascio convocherà in assemblea i fascisti all'inizio dell' anno fascista per comunicare ed illustrare il programma che intende svolgere, concedendo ampia facoltà di discussione. Durante l'anno dovrà essere tenuta, nei mesi di maggio o giugno, almeno un' altra assemblea.

Farà pervenire al segretario federale una relazione sull'attività svolta durante il mese. La detta relazione sarà custodita negli archivi della Federazione, a disposizione della Segreteria politica del Partito, che ne potrà fare richiesta in ogni momento.

*Articolo 13.* Le tessere ai provenienti della Leva Fascista saranno consegnate nella sede di ogni Fascio, con cerimonia solenne, il 21 aprile.

I nuovi iscritti presteranno giuramento davanti al segretario politico con la formula: «Giuro di eseguire senza discutere gli ordini del Duce e di servire con tutte le mie forze e, se è necessario, col mio sangue la causa della Rivoluzione Fascista», e nello stesso giorno entreranno a far parte della M. V. S. N.

Ogni Fascio deve tenere aggiornato lo schedario degli iscritti.

*Articolo 14.* Presso il Direttorio nazionale è istituita la Corte di disciplina, presieduta dal Segretario del Partito, il quale può delegare a presiederla un vice segretario. Essa è composta di due membri effettivi, due supplenti e di un segretario.

Alla Corte saranno deferiti soltanto i casi che il Segretario del Partito riterrà meritevoli di particolare esame.

*Articolo 15.* Presso ogni Federazione è istituita una Commissione

federale di disciplina, presieduta dal segretario federale e composta di cinque membri effettivi, due supplenti ed un segretario.

Allorchè la Commissione di disciplina dovrà giudicare ufficiali o militi della M. V. S. N. od elementi iscritti nella varie associazioni, organizzazioni sindacali o cooperative, il segretario federale, previ accordi con i comandanti o dirigenti interessati, chiamerà a farne parte un ufficiale o un rappresentante delle dette associazioni od organizzazioni.

*Articolo 16.* Il fascista che viene meno al suo dovere per indisciplina, o per deficienza della qualità che costituiscono lo spirito fascista — Fede, Coraggio, Disciplina e Onestà — deve essere, salvo casi di assoluta urgenza, deferito alla Commissione federale di disciplina.

*Articolo 17.* Le punizioni disciplinari sono:

1° la deplorazione;

2° la sospensione a tempo determinato (da un minimo di un mese ad un massimo di un anno):

3° la sospensione a tempo indeterminato;

4° il ritiro della tessera;

5° l'espulsione dal Partito.

*Articolo 18.* Le punizioni di cui ai nn. 1, 2 e 3 sono inflitte per mancanze disciplinari, che non escludano il ravvedimento. La sospensione a tempo indeterminato viene inoltre inflitta ogni qualvolta un fascista sia sottoposto a procedimento penale.

E' passibile del provvedimento del ritiro della tessera chiunque incorra in gravi mancanze disciplinari o dimostri di non possedere le qualità che costituiscono lo spirito fascista.

La punizione di cui al n. 5 è inflitta ai traditori della Causa del Fascismo ed a coloro che siano stati condannati per reati infamanti.

*Il fascista che viene espulso dal Partito deve essere messo al bando dalla vita pubblica.*

*La sua posizione non potrà essere suscettibile di revisione, salvo in caso di errore, risultante da fatti nuovi o da nuove prove e soltanto in seguito ad ordine del Duce.*

*Articolo 19.* Nessuna punizione può essere proposta, se non dopo aver contestato gli addebiti e vagliato la difesa.

*Articolo 20.* La proposta di punizione deve essere segnalata al gerarca superiore, fino al Segretario del Partito. Deve essere accompagnata una breve, ma chiara motivazione e non può essere esecutiva e resa di publica ragione, salvo casi di assoluta urgenza, se non dopo la ratifica.

Il colpito ha diritto di ricorrere al Direttorio federale o al Direttorio nazionale entro 15 giorni dalla comunicazione del provvedimento.

Non ha diritto di ricorrere quando il provvedimento sia stato preso direttamente dal Segretario del Partito.

Coloro che occupano cariche pubbliche di nomina governativa non possono essere soggetti a procedimenti nè a punizioni disciplinari finchè non abbiano lasciato le cariche stesse.

Le proposte di provvedimenti a loro carico saranno segnalate, in via riservata, alla Segreteria politica del Partito e da questa al Governo.

*Articolo 21.* Il fascista sospeso ha obbligo di astenersi da ogni attività politica e non può far valere alcun diritto che gli derivi dalla sua qualità di fascista. Egli deve perciò depositare, entro 24 ore dalla notifica del provvedimento, la tessera e qualsiasi documento che valga a comprovare la sua appartenenza al Partito, nella Segreteria amministrativa del Fascio nel quale è inscritto, dove resteranno custoditi fino a che durerà la sospensione.

Il fascista, a cui fu ritirata la tessera o che venne espulso, ha obbligo di dimettersi da tutte le cariche e deve restituire, entro 24 ore dalla notifica del provvedimento, la tessera e qualsiasi documento che valga a comprovare la sua appartenenza al Partito, alla Segreteria amministrativa del Fascio nel quale è iscritto.

*Articolo 22.* Il Segretario del Partito, di propria iniziativa o a richiesta del segretario federale, ha la facoltà di riesaminare la posizione di coloro ai quali è stato inflitto il provvedimento della sospensione o del ritiro della tessera.

Coloro che, dopo essere stati puniti col ritiro della tessera, si rendono meritevoli della riammissione, hanno diritto alla anzianità che era stata loro concessa all' atto della iscrizione.

I provvedimenti disciplinari, la loro cessazione o revoca, dovranno sempre essere iscritti nella cartella personale degli interessati.

*Articolo 23.* Il segretario amministrativo amministra il patrimonio del Partito e provvede a fine d'anno alla formazione del bilancio consuntivo che sottopone all' esame ed alla approvazione del Direttorio nazionale.

E' incaricato dell' assunzione e della vigilanza del personale.

Esercita il controllo sulle gestioni amministrative delle Federazioni a mezzo dei suoi speciali incaricati e segue il funzionamento amministrativo delle varie Associazioni dipendenti dal Partito.

Il controllo sull' amministrazione e sulla contabilità del Partito è devoluto ad un Collegio di revisori di conti, composto di tre membri eletti anno per anno dal Direttorio nazionale all' infuori dei suoi componenti.

Ogni anno i revisori presenteranno al Direttorio nazionale la loro relazione collegiale.

*Articolo 24.* Il segretario federale amministrativo ha in consegna le varie attività della Federazione e provvede alla custodia dei fondi liquidi presso quell' Istituto bancario che verrà stabilito d'accordo con la Segreteria amministrativa del Partito.

Provvede all' andamento amministrativo della Federazione sulle basi del bilancio preventivo: agli incassi ed ai pagamenti nei limiti delle somme stanziate in bilancio per i vari capitoli, ed in caso di eventuali spese straordinarie dovrà prendere accordi col segretario federale. E' responsabile della esatta tenuta dei libri contabili e provvede alla sorveglianza disciplinare sul personale dipendente. Compila i bilanci preven-

tivi e consuntivi che deve presentare annualmente all' esame ed alla approvazione del Collegio dei sindaci, del Direttorio federale e del segretario amministrativo del Partito. Provvede direttamente od a mezzo di appositi incaricati alla amministrazione, alla sorveglianza ed al controllo delle gestioni dei Fasci, delle Delegazioni provinciali femminili e dei Gruppi universitari.

*Articolo 25.* Il Direttorio nazionale emanerà, all' inizio di ogni anno fascista, le disposizioni concernenti il finanziamento delle Federazioni provinciali e dei Fasci.

*Articolo 26.* Il segretario amministrativo del Fascio cura il ritiro delle tessere occorrenti per gli iscritti, presso la Segreteria provinciale amministrativa.

Ha in consegna le attività del Fascio ed i fondi liquidi dello stesso, che custodisce presso quell' Istituto bancario che stabilirà d'accordo con il segretario federale amministrativo.

Provvede, sulle basi del bilancio preventivo, che egli compilerà, e che il Direttorio approverà, agli incassi e pagamenti; è responsabile dell' esatta tenuta dei libri contabili; esegue inoltre le disposizioni del segretario federale amministrativo.

A fine di anno presenta al Direttorio del Fascio ed al Direttorio federale il bilancio consuntivo approvato dal Collegio sindacale.

*Articolo 27.* La tessera del P. N. F. viene rilasciata gratuitamente dai Fasci:

*a*) ai grandi invalidi e mutilati della guerra e del Fascismo;
*b*) alle famiglie dei Caduti fascisti;
*c*) agli iscritti padri di famiglia con sette o più figli a carico.

## 5) Der Nationale Rat der Korporationen.

### a) Riforma del Consiglio nazionale delle corporazioni.

**Legge 20 marzo 1930, n. 206 (Gazzetta Ufficiale 28 marzo 1930, n. 74).**

*Articolo 1.* La composizione, le attribuzioni ed il funzionamento del Consiglio nazionale delle corporazioni, istituito con i Regi decreti 2 luglio 1926, n. 1131, e 14 luglio 1927, n. 1347, sono modificati secondo le disposizioni degli articoli seguenti.

*Organi del Consiglio nazionale delle corporazioni.*

*Articolo 2.* Sono organi del Consiglio nazionale delle corporazioni;

*a*) le Sezioni e le Sottosezioni;
*b*) le Commissioni speciali permanenti;
*c*) l'Assemblea generale;
*d*) il Comitato corporativo centrale.

*Articolo 3.* La presidenza del Consiglio nazionale delle corporazioni, in tutti i suoi organi, spetta al Capo del Governo, Primo Ministro Segretario di Stato, che convoca il Consiglio secondo necessità.

In sua vece, e per sua delega, può essere esercitata dal Ministro per le corporazioni.

Le adunanze delle sezioni e sottosezioni anche riunite e delle Commissioni speciali permanenti, quando non lo siano direttamente dal Capo del Governo o dal Ministro per le corporazioni, sono presiedute dai Sottosegretari di Stato per le corporazioni salvo i casi diversamente disciplinati dal regolamento alla presente legge.

Il direttore generale delle corporazioni è il segretario generale del Consiglio.

*Articolo 4.* Il Consiglio nazionale delle corporazioni si compone di sette sezioni:

1° Sezione delle professioni libere e delle arti, divisa in due sottosezioni: una per le professioni e una per le arti;

2° Sezione dell' industria e dell' artigianato, divisa in due sottosezioni: una per l'industria ed una per l'artigianato;

3° Sezione dell' agricoltura;

4° Sezione del commercio;

5° Sezione dei trasporti terrestri e della navigazione interna;

6° Sezione dei trasporti marittimi ed aerei, divisa in due sottosezioni: una per i trasporti marittimi ed una per i trasporti aerei;

7° Sezione delle banche.

La loro costituzione ordinaria è fissata nella tabella annessa alla presente legge, che può essere modificata con decreto del Capo del Governo, su proposta del Ministro per le corporazioni, sentito il parere dell' assemblea generale del Consiglio.

Le sottosezioni, nelle materie di lora esclusiva pertinenza, hanno gli stessi poteri delle sezioni e possono funzionare separatamente da queste.

Se l'oggetto della deliberazione sià di comune interesse ad alcune di dette sezioni o sottosezioni, esse possono essere convocate congiuntamente in numero di due o più, come sezioni riunite.

Nei casi previsti dal regolamento le sezioni riunite possono esser convocate anche con la partecipazione delle sole rappresentanze dei datori di lavoro o dei lavoratori.

*Articolo 5.* Quando l'oggetto della deliberazione interessa l'intero ordinamento sindacale e corporativo dello Stato e nei casi tassativamente prescritti dalla presente legge, le sezioni del Consiglio sono convocate in assemblea generale.

Fanno parte di questa, oltre il Ministro per le corporazioni, il Ministro per l'interno, il Ministro per l'agricoltura e per le foreste, il Segretario del Partito Nazionale Fascista, i Sottosegretari di Stato per le corporazioni e tutti i rappresentanti designati dalle Confederazioni sindacali dei datori di lavoro e dei lavoratori per le corrispondenti sezioni.

Delle altre rappresentanze permanenti nelle sezioni partecipano all' assemblea:

*a*) per la Confederazione nazionale dei Sindacati fascisti dei professionisti e degli artisti, il presidente della Confederazione, e, rispetti-

vamente, dieci e quattro rappresentanti dei Sindacati nazionali di categoria dei professionisti e degli artisti nelle sottosezioni delle professioni libere e delle arti, designati dalla Confederazione suddetta nei modi stabiliti dal regolamento;

*b*) per l'Ente nazionale della cooperazione, il presidente dell' Ente ed altri due rappresentanti, designati dall' Ente medesimo tra gli appartenenti alle sezioni.

Fanno parte, inoltre, dell' assemblea generale:

1° i vice segretari e un componente del Direttorio del Partito Nazionale Fascista, designato dal Segretario del Partito;

2° i direttori generali del Ministero delle corporazioni;

3° i direttori generali del Ministero dell' agricoltura e delle foreste;

4° il presidente dell' Opera nazionale del dopolavoro;

5° il presidente del Patronato nazionale per l'assistenza sociale;

6° il presidente dell' Associazione mutilati e invalidi di guerra;

7° il presidente dell' Associazione nazionale dei combattenti;

8° un rappresentante dell' Associazione generale fascista del pubblico impiego, designato dall' Associazione medesima;

9° due rappresentanti delle altre associazioni autorizzate a norma dell' art. 92 del R. decreto 1° luglio 1926, numero 1130, designati d'accordo dalle associazioni stesse o, in difetto, dal Ministro per le corporazioni;

10° dieci persone particolarmente competenti nelle questioni di organizzazione sindacale, diritto ed economia corporativa, altre attività e discipline tecnico-giuridiche interessanti la produzione, designate dal Ministro per le corporazioni.

Con decreto Reale, su proposta del Capo del Governo e previa deliberazione del Consiglio dei Ministri, possono essere apportate varianti ed aggiunte all' elenco dei membri di diritto indicati nel precedente comma.

*Articolo 6.* Per la trattazione di singole materie di carattere generale e di ordine prevalentemente tecnico, escluse, comunque, quelle indicate nei successivi articoli 11 e 12, con decreto del Capo del Governo, su proposta del Ministro per le corporazioni, possono essere in seno al Consiglio nazionale istituite delle Commissioni speciali permanenti composte di persone appartenenti all' assemblea generale. I decreti fissano la composizione di dette Commissioni e i limiti della loro competenza in confronto di quella dell' assemblea generale e delle sezioni.

*Articolo 7.* Sulle materie già sottoposte al parere delle sezioni delle Commissioni speciali permanenti può essere sempre sentita l'assemblea generale.

Le norme formate e gli accordi ratificati dalle sezioni ai sensi dell' art. 12 sono comunicati, prima di ogni altro provvedimento, all' assemblea generale, che può fare i rilievi di forma e di merito che ritenga opportuni.

*Designazione e nomina dei membri del Consiglio nazionale delle corporazioni.*

*Articolo 8.* La designazione dei rappresentanti nel Consiglio nazionale delle corporazioni, da parte degli enti sindacali e delle altre

associazioni ed organizzazioni indicate nell' art. 5 e nella tabella allegata alla presente legge, è fatta dai rispettivi organi collegiali deliberanti di grado superiore, costituiti e convocati a termini degli statuti, o da chi — a termini degli statuti medesimi — ne esercita legittimamente i poteri.

La qualità di membro del Consiglio nazionale delle corporazioni è riconosciuta con decreto Reale su proposta del Capo del Governo.

Colla stessa procedura essa viene revocata nei casi preveduti dalla presente legge e dal regolamento.

Nell' atto in cui assumono il loro ufficio, i membri del Consiglio nazionale delle corporazioni prestano giuramento colle forme dal regolamento stabilite.

I membri del Consiglio nazionale delle corporazioni, che non sono tali di diritto a cagione di altre loro funzioni, durano in carica tre anni e possono essere confermati.

*Articolo 9.* Per essere designato membro del Consiglio nazionale delle corporazioni, ai sensi del primo capoverso dell' articolo precedente, occorrono i requisiti tutti fissati dalla legge elettorale politica per l'eleggibilità a deputato.

La sopravvenuta mancanza dei requisiti indicati nel precedente comma è causa di revoca del mandato.

*Attribuzioni del Consiglio nazionale delle corporazioni.*

*Articolo 10.* Il Consiglio nazionale delle corporazioni è chiamato a dare pareri sulle particolari seguenti materie:

1° attuazione ed integrazione dei principî contenuti nella Carta del lavoro secondo gli sviluppi del sistema corporativo e le esigenze della produzione nazionale;

2° proposte di legge ed emanazione di norme ai sensi della legge 31 gennaio 1926, n. 100, quando abbiano ad oggetto la disciplina della produzione e del lavoro;

3° tutela degli interessi di categoria per parte delle associazioni sindacali ed esercizio delle funzioni di interesse pubblico loro delegate dallo Stato a norma della dichiarazione III della Carta del lavoro;

4° attività assistenziale delle associazioni sindacali, ai sensi dell' art. 4, ultimo capoverso, della legge 3 aprile 1926, n. 563, e della dichiarazione VIII della Carta del lavoro, esercitata direttamente o a mezzo di enti che operano sotto la loro vigilanza e controllo, con particolare riguardo alla osservanza dei principî contenuti nella legislazione sindacale e nella Carta del lavoro circa l'iniziativa privata e la libertà di gestione delle aziende;

5° attività degli organi ed istituti corporativi ai fini dell'incremento, del coordinamento e del perfezionamento della produzione, della cultura e dell' arte nazionale, ai sensi dell' art. 44, lettera *b*), del R. decreto 1° luglio 1926, n. 1130, e delle dichiarazioni VI e VIII della Carta del lavoro;

6° rapporti fra le diverse associazioni sindacali, enti loro comple-

mentari, organi ed istituti corporativi nell' esercizio delle attività indicate nel precedente paragrafo;

7° coordinamento dell' attività assistenziale demandata alle associazioni sindacali con quella delle Opere nazionali a termini dell' art. 19 del R. decreto 1° luglio 1926, numero 1130, e con quella delle altre Opere assistenziali, promosse o svolte da enti parastatali o dal Partito Nazionale Fascista o da privati;

8° questioni relative all' inquadramento sindacale delle varie categorie professionali;

9° riconoscimento delle associazioni sindacali ai sensi dell' art. 4 della legge 3 aprile 1926, n. 563; revoca del riconoscimento ai sensi dell' art. 9 della legge stessa e revoca della delega, fatta, coi decreti di riconoscimento, alle associazioni sindacali di grado superiore per l'esercizio della vigilanza e tutela sulle associazioni di grado inferiore a norma del primo capoverso dell' art. 37 del R. decreto 1° luglio 1926, n. 1130;

10° autorizzazione al riconoscimento di altre Confederazioni nazionali oltre quelle previste dall' art. 41 del R. decreto 1° luglio 1926, n. 1130;

11° ricorsi presentati in ultima istanza al Ministero delle corporazioni, ai sensi dell' art. 9 del R. decreto 1° luglio 1926, n. 1130, contro il rifiuto di ammissione in una associazione legalmente riconosciuta o contro l'espulsione o altra forma di esclusione da questa, e ricorsi contro il rifiuto d'ammissione di una associazione di grado inferiore in una associazione di grado superiore e contro l'esclusione di una associazione di grado inferiore da una di grado superiore ai sensi dell' art. 33 del Regio decreto succitato;

12° direttive per la formazione dei bilanci delle associazioni sindacali;

13° coordinamento regionale e nazionale del collocamento dei prestatori d'opera ai sensi dell' art. 8 del R. decreto 29 marzo 1928, n. 1003, pei fini comuni a varie categorie di attività e in luogo delle corporazioni non costituite;

14° costituzione delle singole corporazioni ai sensi dell' art. 42 del R. decreto 1° luglio 1926, n. 1130;

15° propaganda scientifica e popolare dei principî informatori dell' ordinamento corporativo;

16° disciplina delle contribuzioni sindacali.

In generale, il Consiglio nazionale delle corporazioni può essere chiamato a dar parere su qualsiasi questione che interessi la produzione nazionale. Il parere del Consiglio nazionale delle corporazioni non può, tuttavia, sostituire quello degli altri organi consultivi dello Stato, normalmente competenti, quando quest'ultimo sia obbligatorio a norma di legge.

La richiesta del parere al Consiglio nazionale delle corporazioni è obbligatoria:

*a*) nelle materie indicate al paragrafo 9, in sostituzione del parere

del Consiglio di Stato prescritto dalle disposizioni di legge ivi richiamate, che restano in tal senso modificate;

*b*) nelle materie indicate al paragrafo 10;

*c*) nelle materie indicate al paragrafo 11, quando si tratti di ricorsi contro i rifiuti di ammissione o contro le esclusioni di grado inferiore rispetto a quelle di grado superiore;

*d*) nelle materie indicate al paragrafo 14.

In questi casi il parere è sempre espresso dall' assemblea generale.

*Articolo 11.* Le associazioni sindacali di categoria, previa autorizzazione — a norma degli statuti — delle Ferderazioni o Confederazioni cui aderiscono, possono, ove le vigenti leggi non dispongano altrimenti, chiedere al Consiglio nazionale delle corporazioni la facoltà di determinare le tariffe per le prestazioni professionali dei propri rappresentati e di emanare regolamenti professionali con carattere obbligatorio per tutti gli appartenenti alla categoria.

La facoltà è conferita dal Consiglio nazionale delle corporazioni, riunito in assemblea generale, su proposta della sezione o sottosezione competente.

Le tariffe ed i regolamenti, autorizzati nei modi suddetti, sono sottoposti alla ratifica del Ministro per le corporazioni e diventano esecutivi con la loro pubblicazione nella *Gazetta Ufficiale* del Regno e nel *Bollettino Ufficiale* del Ministero delle corporazioni, effettuata a richiesta delle associazioni interessate.

*Articolo 12.* Il Consiglio nazionale delle corporazioni ha, inoltre, le seguenti funzioni:

1° formazione di norme per il coordinamento dell' attività assistenziale, esercitata dalle associazioni sindacali legalmente riconosciute, da enti complementari o da istituti corporativi;

2° formazione di norme per il coordinamento delle varie discipline dei rapporti di lavoro stabilite con contratti collettivi o negli altri modi equiparati ai sensi della legge 3 aprile 1926, n. 563, e per il coordinamento di ogni altra attività normativa delle Corporazioni;

3° formazione di norme per il regolamento dei rapporti economici collettivi fra le varie categorie della produzione rappresentate da associazioni sindacali legalmente riconosciute.

L'esercizio delle funzioni indicate ai paragrafi 1° e 2° è conferito, caso per caso, al Consiglio, dal Capo del Governo, su proposta del Ministro per le corporazioni, e quello delle funzioni indicate al paragrafo 3° è conferito al Consiglio dalle associazioni interessate, previe le necessarie autorizzazioni a norma degli statuti, concordemente e coll' assenso del Capo del Governo.

Le associazioni medesime, nei modi sopraindicati, possono chiedere, altresì, al Consiglio, la ratifica di accordi intervenuti fra di essi sugli oggetti indicati nel primo comma del presente articolo. In tal caso, il Consiglio ha facoltà di subordinare la concessione della propria ratifica all' accoglimento di quelle modificazioni che ritenga necessarie.

Le norme formate e gli accordi ratificati dal Consiglio, secondo le

disposizioni precedenti, diventano obbligatori rispetto alle associazioni ed ai singoli rappresentati delle categorie cui essi si riferiscono, in deroga alle disposizioni dell' art. 22, primo capoverso, del R. decreto 1° luglio 1926, n. 1130, e con gli effetti previsti dagli articoli 10, quarto capoverso, della legge 3 aprile 1926, n. 563, e 55 del Regio decreto succitato, quando sono pubblicati nella *Gazzetta Ufficiale* del Regno e nel *Bolletino Ufficiale* del Ministero delle corporazioni.

La pubblicazione può essere vietata con provvedimento, non impugnabile, del Capo del Governo.

Le controversie, relative all' applicazione di dette norme, sono di competenza della Magistratura del lavoro, secondo le disposizioni della legge 3 aprile 1926, n. 563, e del R. decreto 1° luglio 1926, n. 1130.

*Articolo 13.* Con decreto del Capo del Governo, su proposta del Ministro per le corporazioni, possono essere conferiti alle singole sezioni o sottosezioni del Consiglio le attribuzioni e i poteri propri delle Corporazioni contemplate dall' art. 3 della legge 3 aprile 1926, n. 563, in confronto del corrispondente ramo di produzione o di categorie d'imprese che vi appartengano, eccezion fatta, comunque, di quelle categorie d'imprese per le quali la Corporazione sia stata già costituita.

In tal caso, tuttavia, le funzioni conciliative, contemplate dall' art. 17 primo capoverso, della legge 3 aprile 1926, n. 536, e dall' art. 44 lettera *a*) del R. deceto 1° luglio 1926, n. 1130, vengono riservate al Ministero delle corporazioni che le esercita nei modi stabiliti dal suc-cessivo art. 19.

*Articolo 14.* Le sezioni e le sottosezioni del Consiglio esercitano, comunque, funzioni di collegamento rispetto alle Corporazioni istituite per le diverse categorie d'imprese del corrispondente ramo di produzione. Tali funzioni e modi di esercizio sono determinati con decreto del Capo del Governo.

*Del Comitato corporativo centrale.*

*Articolo 15.* In seno al Consiglio nazionale delle corporazioni è istituito il Comitato corporativo centrale.

Il Comitato corporativo centrale ha il còmpito di coordinare l'attività del Consiglio; di sostituire, nell' intervallo delle sue riunioni, l'assemblea generale per tutte le deliberazioni di urgenza, eccettuate, comunque, quelle contemplate nell' art. 12, e di dar pareri sulle questioni riflettenti gli orientamenti politici dell' azione sindacale rispetto ai problemi nazionali della produzione ed ai fini morali dell' ordinamento corporativo.

*Articolo 16.* Fanno parte del Comitato corporativo centrale, oltre il Ministro per le corporazioni, il Ministro per l'interno, il Ministro per l'agricoltura e per le foreste, il Segretario del Partito Nazionale Fascista, i Sottosegretari di Stato alle corporazioni, i presidenti delle Confederazioni nazionali dei datori di lavoro e dei lavoratori e dei liberi esercenti una professione od un'arte, il presidente dell' Ente nazionale della cooperazione, il presidente del Patronato nazionale di assistenza sociale e il segretario generale del Consiglio nazionale delle corporazioni.

*Disposizioni generali.*

*Articolo 17.* Alle riunioni dei vari organi del Consiglio hanno facoltà di partecipare, con l'autorizzazione del Capo del Governo, i Ministri o i Sottosegretari di Stato dei Dicasteri interessati all' oggetto delle discussioni. Possono anche esservi chiamati, con provvedimento del presidente, i direttori generali dei Dicasteri medesimi.

In seno al Consiglio possono essere altresì chiamati, con le forme e fini stabiliti dal regolamento, dei consultori tecnici e i rappresentanti di associazioni sindacali di categoria.

*Articolo 18.* Il Capo del Governo può invitare ad assistere alle sedute dei vari organi del Consiglio, in qualità di osservatori, i rappresentanti di organizzazioni permanenti internazionali, cui l'Italia partecipi a mezzo di delegazioni nominate o autorizzate dal Governo del Re.

*Articolo 19.* Le funzioni di conciliazione delle controversie sindacali, demandate alle Corporazioni ai sensi dell' art. 17, primo capoverso, della legge 3 aprile 1926, n. 563, e dell' art. 44 del Regio decreto 1° luglio 1926, n. 1130, quando dette Corporazioni non siano costituite, sono esercitate direttamente dal Ministero delle corporazioni. L'esperimento del tentativo di conciliazione, presso il Ministero, dopo quello effettuato dalle competenti Confederazioni sindacali, è, nel caso suddetto, obbligatorio agli effetti previsti dal ricordato art. 17.

*Articolo 20.* Il Governo del Re è autorizzato a dare per Regio decreto tutte le disposizioni necessarie per l'attuazione della presente legge, il suo coordinamento con le altre leggi dello Stato e l'organizzazione dei servizi del Consiglio.

## b) Norme per l'attuazione della legge 20 marzo 1930, n. 206, sul Consiglio nazionale delle corporazioni.

**Regio decreto 12 maggio 1930, n. 908 (Gazzetta Ufficiale, 9 luglio 1930 n. 159).**

### CAPO I.

*Presidenza del Consiglio nazionale delle corporazioni.*

*Articolo 1.* Il Capo del Governo, Primo Ministro Segretario di Stato, può delegare la presidenza del Consiglio nazionale delle corporazioni, per tutte le adunanze che egli non intenda presiedere personalmente, al Ministro per le corporazioni.

*Articolo 2.* Il Presidente del Consiglio nazionale delle corporazioni:

1° convoca i varî organi del Consiglio e ne dirige i lavori;

2° assegna ai diversi organi del Consiglio le materie da trattare che non siano assegnate dalla legge 20 marzo 1930, n. 206, o da altre disposizioni;

3° fissa l'elenco degli argomenti da trattare in ciascuna riunione degli organi del Consiglio;

4° ordina la trasmissione dei pareri che il Consiglio dà a norma dell'

art. 10 della legge 20 marzo 1930, n. 206, e promuove la pubblicazione, nella *Gazzetta Ufficiale* del Regno e nel Bollettino del Ministero delle corporazioni, delle tariffe e dei regolamenti determinati in base a quanto dispone l'articolo 11, e delle norme formate e degli accordi ratificati dal Consiglio, giusta l'art. 12 della detta legge.

*Articolo 3.* Il Presidente del Consiglio nazionale delle corporazioni ha facoltà di disporre che taluni dei membri del Consiglio, facenti parte dell' Assemblea generale, indicati nell' art. 5, comma 4°, n. 1 a 10, della legge 20 marzo 1930, n. 206, siano chiamati a partecipare, con voto consultivo, ad adunanze di sezioni, sottosezioni o commissioni speciali permanenti.

## CAPO II.

*Presidenza delle riunioni degli organi del Consiglio nazionale delle corporazioni.*

*Articolo 4.* Oltre il Presidente del Consiglio nazionale delle corporazioni e le persone inidicate dall' art. 3 della legge 20 marzo 1930, n. 206, possono, in seguito a speciale provvedimento del Presidente, presiedere singole adunanze di sezioni e sottosezioni anche riunite e di commissioni speciali permanenti, i Ministri o i Sottosegretari di Stato dei Ministeri particolarmente interessati alle questioni da trattare e, eventualmente, membri del Consiglio o, quando si tratti di questioni connesse alle controversie previste dall' art. 17 della legge 3 aprile 1926, n. 563, le persone che, ai sensi dell' art. 37 delle presenti norme, dirigano l'esperimento di conciliazione di cui agli articoli 13 cap. e 19 della legge 20 marzo 1930, n. 206.

*Articolo 5.* Il Presidente della riunione di un organo del Consiglio nazionale delle corporazioni mantiene l'ordine, fa osservare il regolamento, concede la facoltà di parlare, dirige la discussione, pone le questioni e provvede al buon andamento dei lavori.

## CAPO III.

*Assemblea generale del Consiglio nazionale delle corporazioni.*

*Articolo 6.* L'Assemblea generale del Consiglio nazionale delle corporazioni si riunisce normalmente due volte l'anno in sessione ordinaria, l'una nei mesi di marzo, aprile o maggio, l'altra nei mesi di settembre o novembre.

*Articolo 7.* L'Assemblea generale del Consiglio nazionale delle corporazioni si riunisce straordinariamente per determinazione del Presidente o se una terza parte dei membri ne domanda per iscritto la convocazione per provvedere su determinati oggetti.

L'Assemblea generale deve essere convocata entro dieci giorni dalla deliberazione del Comitato corporativo centrale o dalla presentazione della domanda dei membri del Consiglio, salvo casi di urgenza.

*Articolo 8.* La convocazione dei membri del Consiglio deve essere fatta dal Presidente con lettere raccomandate o con telegrammi.

La lettera o il telegramma, con l'elenco degli oggetti da trattare, deve essere spedita al domicilio di ciascun membro del Consiglio almeno otto giorni prima di quello stabilito per la prima adunanza così per le sessioni ordinarie, come per le altre.

*Articolo 9.* Nei casi d'urgenza, le lettere o i telegrammi con l'elenco degli oggetti da trattare, di cui all' articolo precedente, devono essere inviati al domicilio dei membri del Consiglio almeno cinque giorni prima di quello fissato per la prima adunanza.

*Articolo 10.* Per la validità delle riunioni dell' Assemblea generale occorre l'intervento di almeno la metà dei suoi membri, in prima convocazione; di almeno un terzo, in seconda convocazione.

*Articolo 11.* Quando, in seguito alla convocazione dell' Assemblea generale, la seduta non può aver luogo per mancanza di numero legale, ne è steso verbale, nel quale si devono indicare i nomi degli intervenuti.

*Articolo 12.* E' seduta di seconda convocazione per ogni oggetto inscritto all' ordine del giorno quella che succede ad una precedente, dichiarata nulla per mancanza di numero legale.

Anche la seconda convocazione deve essere fatta con lettere raccomandate o con telegrammi, nei termini e nei modi indicati dall' art. 8 delle presenti norme.

Quando le lettere o i telegrammi spediti per la prima convocazione indichino anche il giorno della seconda, per il caso che questa rendasi necessaria, le lettere o i telegrammi per la seconda convocazione sono spediti ai soli membri del Consiglio non intervenuti alla prima.

*Articolo 13.* L'Assemblea generale del Consiglio nazionale delle corporazioni non può, salvo che il Presidente del Consiglio disponga diversamente, discutere o provvedere, sopra materie non comprese nell' elenco comunicato ai membri con le lettere o i telegrammi di convocazione.

*Articolo 14.* Le sedute dell' Assemblea generale sono pubbliche.

Il Presidente può, quando lo creda necessario, ordinare che una seduta abbia luogo a porte chiuse.

I membri del Consiglio sono obbligati all' osservanza del segreto sulle discussioni che abbiano luogo a porte chiuse e sui provvedimenti che siano in esse presi.

## CAPO IV.

### *Sezioni e sottosezioni.*

*Articolo 15.* Le sezioni o sottosezioni del Consiglio nazionale delle corporazioni si riuniscono ogni volta che il Presidente lo reputi opportuno o quando la metà dei rispettivi membri ne domandi per iscritto la convocazione per provvedere su determinati oggetti.

In quest'ultimo caso la convocazione deve essere fatta entro dieci giorni dalla presentazione della domanda, salvo casi d'urgenza.

*Articolo 16.* La convocazione dei membri delle sezioni o delle sottosezioni deve essere fatta dal Presidente del Consiglio nazionale

delle corporazioni nei modi e nei termini prescritti per la convocazione dell' Assemblea generale dagli articoli 8 e 9 delle presenti norme.

*Articolo 17.* Per la validità delle riunioni delle sezioni e delle sottosezioni, per le sedute che non possono aver luogo per mancanza di numero legale, per le seconde convocazioni e per la validità delle riunioni in seguito a seconda convocazione, si applicano le disposizioni per l'Assemblea generale del Consiglio contenute negli articoli 10, 11 e 12 delle presenti norme.

*Articolo 18.* Alle sedute di sezioni o di sottosezioni o di sezioni riunite può essere ammessa con deliberazione del Presidente la presenza del pubblico.

Se il Presidente non delibera di ammettere la presenza del pubblico, coloro che partecipano alla riunione sono obbligati all' osservanza del segreto sulle discussioni che abbiano luogo nella seduta e sui provvedimenti che siano in essa presi.

*Articolo 19.* Il Presidente del Consiglio nazionale delle corporazioni convoca più sezioni riunite, nel caso previsto dal penultimo comma dell' art. 4 della legge.

Le dette sezioni riunite possono essere convocate, a norma dell' ultimo comma dell' art. 4 della legge, con la partecipazione delle sole rappresentanze dei datori di lavoro o dei lavoratori, nei casi seguenti:

*a*) quando vi sia una richiesta scritta, che il Presidente ritenga giustificata, della totalità dei rappresentanti i datori di lavoro o i lavoratori, in due o più sezioni del Consiglio;

*b*) quando il Presidente, con sua deliberazione, ne riconosca la necessità.

## CAPO V.

### *Commissioni speciali permanenti.*

*Articolo 20.* Per il funzionamento delle Commissioni speciali permanenti si applicano le disposizioni degli articoli 8, 9, 10, 11, 12 e 15 delle presenti norme.

## CAPO VI.

### *Comitato corporativo centrale.*

*Articolo 21.* Il Comitato corporativo centrale è sempre presieduto dal Capo del Governo o dal Ministro per le corporazioni, ed è convocato, dal Presidente, nei modi e nelle forme prescritte dalle presenti norme per la convocazione dell' Assemblea generale del Consiglio nazionale delle corporazioni.

Il Segretario del Partito Nazionale Fascista ha facoltà di farsi assistere da un membro del Direttorio del Partito stesso, facente parte dell' Assemblea generale.

Un delegato corporativo centrale interviene, eventualmente, alla seduta del Comitato per esercitare le funzioni di segretario.

*Articolo 22.* Per la validità delle riunioni del Comitato corpo-

rativo centrale, per le sedute che non possono aver luogo per mancanza di numero legale, per le seconde convocazioni e per la validità delle riunioni in seguito a seconda convocazione, si applicano le disposizioni per l'Assemblea generale del Consiglio contenute negli articoli 10, 11 e 12 delle presenti norme.

## CAPO VII.

*Membri del Consiglio nazionale delle corporazioni.*

*Articolo 23.* Il Direttorio della Confederazione nazionale dei sindacati fascisti dei professionisti e degli artisti designa, in apposita adunanza, fra i rappresentanti della sezione delle professioni libere e delle arti, indicati al n. I della tabella annessa alla legge 20 marzo 1930, n. 206, i 14 rappresentanti che dovranno far parte dell' Assemblea generale del Consiglio, a norma di quanto dispone l'art. 5, comma 3°, lett. *a*) della legge stessa.

*Articolo 24.* A norma dell' art. 17, comma 2°, della legge, possono, su proposta del Ministero delle corporazioni, con speciale determinazione del Capo del Governo, essere chiamati a partecipare alle Commissioni speciali permanenti e a determinate riunioni degli altri organi del Consiglio, consultori tecnici o rappresentanti di associazioni sindacali di categorie.

Essi sono equiparati a membri del Consiglio, partecipano alle discussioni e riferiscono o danno pareri su determinati oggetti, ma non prendono parte alle votazioni.

*Articolo 25.* Il giuramento prescritto dall' art. 8, comma 4°, della legge viene prestato dai membri del Consiglio nazionale delle corporazioni nelle mani del Presidente e nei termini prescritti dall' art. 49 dello Statuto fondamentale del Regno.

I membri del Consiglio devono giurare al momento in cui assumono il loro ufficio.

Coloro che si rifiutino di giurare, o che, senza giustificato motivo, non si presentino a giurare entro la prima sessione ordinaria del Consiglio, decadono dalla carica e vengono sostituiti.

La decadenza, su proposta del Capo del Governo, Presidente del Consiglio nazionale delle corporazioni, viene dichiarata con decreto Reale.

*Articolo 26.* Le funzioni di membro del Consiglio nazionale delle corporazioni o di uno dei suoi organi non danno luogo ad alcuna retribuzione o indennità.

Vengono solo rimborsate le spese del viaggio che i detti membri facciano per recarsi dal luogo ove risiedono o dimorano a quello ove si tengono le sedute dell' organo del Consiglio nazionale delle corporazioni di cui fanno parte e quelle per il viaggio di ritorno.

*Articolo 27.* I membri del Consiglio nazionale delle corporazioni, nominati a norma della legge 20 marzo 1930, n. 206, in sostituzione di altri membri defunti, dimissionari, decaduti o revocati, durano in carica fino a quando sarebbero durati quelli che hanno sostituiti.

## CAPO VIII.

*Attribuzioni del Consiglio nazionale delle corporazioni.*

*Articolo 28.* Gli organi del Consiglio nazionale delle corporazioni esercitano le loro attribuzioni mediante:

*a*) l'emissione di pareri, nei casi indicati negli articoli 10 e 15 della legge 20 marzo 1930, n. 206, in quelli nei quali, per precedenti disposizioni, era richiesto il parere del Consiglio superiore dell' economia nazionale, e negli eventuali altri casi, nei quali un'Amministrazione statale chieda il parere del Consiglio nazionale delle corporazioni;

*b*) il conferimento alle associazioni professionali della facoltà di determinare tariffe per le prestazioni professionali, o di emanare regolamenti professionali, nei casi indicati nell' art. 11 della legge predetta. Le dette tariffe e i detti regolamenti sono esaminati dal Consiglio, che li trasmette, con parere motivato, al Ministero per la ratifica;

*c*) la formazione di norme, o la ratifica di accordi, intervenuti fra associazioni sindacali nei casi indicati nell' art. 12 della legge predetta.

*Articolo 29.* Quando la richiesta di parere è obbligatoria a norma dell' art. 10 della legge 20 marzo 1930, n. 206, il decreto Reale, o il decreto Ministeriale, che ne conseguono devono contenere, nelle loro premesse, la formula: «Udito il parere del Consiglio nazionale delle corporazioni».

*Articolo 30.* Avuto il parere di una sezione o di una sottosezione o di più sezioni unite, il Ministro, che lo ha domandato, può sempre richiedere al Presidente che la questione sia proposta all' esame dell' intero Consiglio e discussa in Assemblea generale.

*Articolo 31.* Il Presidente del Consiglio nazionale delle corporazioni può affidare al Comitato corporativo centrale o ad una Commissione speciale permanente lo studio e l'esame preventivo delle questioni di competenza dell' Assemblea generale.

In questo caso il Comitato o la Commissione nomina nel suo seno un relatore, che riferisce all' Assemblea.

*Articolo 32.* Il Consiglio nazionale delle corporazioni forma norme, giusta l'art. 12 della legge 20 marzo 1930, n. 206, solo su materie che non siano già disciplinate da leggi o regolamenti.

## CAPO IX.

*Segretariato generale del Consiglio nazionale delle corporazioni.*

*Articolo 33.* Il segretariato generale del Consiglio nazionale delle corporazioni predispone ed esegue tutti gli atti occorrenti per la nomina dei membri del Consiglio, per la convocazione dei vari suoi organi, per la compilazione dei processi verbali delle riunioni, e provvede per tutto quanto è necessario al regolare funzionamento del Consiglio stesso.

*Articolo 34.* Il segretario generale del Consiglio nazionale delle corporazioni assiste il Presidente nella preparazione dei lavori dei vari organi del Consiglio e provvede alla esecuzione delle loro deliberazioni; dirige e coordina tutti i servizi indicati nell' articolo precedente.

Egli è coadiuvato, nell' esercizio delle sue funzioni, dai delegati corporativi centrali, e, in caso di assenza o di impedimento, è sostituito da uno di essi.

*Articolo 35.* Il Capo del Governo, i Ministri e i Sottosegretari di Stato, o le altre persone che, in virtù dell' art. 3 della legge 20 marzo 1930, n. 206, o dell 'art. 4 delle presenti norme, presiedono sedute di sezioni riunite, di una sezione o di una sottosezione, di una Commissione speciale permanente, sono assistiti, nell' esercizio delle loro funzioni, da un delegato corporativo centrale, che non ha diritto a voto.

*Articolo 36.* Un delegato corporativo può essere incaricato, dal segretario generale, di dirigere la redazione dei verbali delle adunanze dei vari organi del Consiglio.

I verbali, eccettuati quelli del Comitato corporativo centrale, sono redatti dai coadiutori; in calce a ciascuno di essi è indicato il funzionario che lo ha esteso, e che ne risponde.

I verbali delle Assemblee generali, di più sezioni riunite e del Comitato corporativo centrale debbono essere sottoscritti dal presidente dell' adunanza e dal segretario generale; quelli delle sezioni, delle sottosezioni e delle Commissioni speciali permanenti, dal presidente della riunione e dal delegato corporativo centrale quando questi intervenga a norma dell' articolo precedente.

*Articolo 37.* Le funzioni conciliative contemplate dall' art. 17, cap. 1°, della legge 3 aprile 1926, n. 563, e dall' art. 44, lettera *a*), del R. decreto 1° luglio 1926, n. 1130, sono, a norma degli articoli 13 cap. e 19 della legge 20 marzo 1930, n. 206, esercitate dal Ministero delle corporazioni, per mezzo del segretariato generale del Consiglio nazionale delle corporazioni.

## CAPO X.

### *Disposizioni transitorie e finali.*

*Articolo 38.* Il Consiglio nazionale delle corporazioni elaborerà il regolamento per le votazioni e per il servizio interno.

Il detto regolamento entrerà in vigore dopo che sarà stato approvato dal Ministero delle corporazioni e sarà stato pubblicato nella *Gazzetta Ufficiale*.

Finchè il detto regolamento non sarà entrato in vigore, il Presidente avrà facoltà di impartire tutte le disposizioni necessarie per assicurare il regolare funzionamento del Consiglio.

*Articolo 39.* In base all' art. 20 della legge 20 marzo 1930, n. 206, i ruoli organici del personale dei servizi speciali delle corporazioni sono stabiliti in conformità dell' annessa tabella, firmata d'ordine Nostro dal Ministro proponente e dal Ministro per le finanze.

Con successivo R. decreto, da emanare su proposta del Ministro per le corporazioni, di concerto col Ministro per le finanze, saranno stabilite le norme necessarie per l' attuazione della presente disposizione.

E' abrogata, dalla data in cui saranno completati i nuovi organici

previsti dalla tabella allegata al presente R. decreto legislativo, la disposizione contenuta nell' art. 4 del decreto Ministeriale 8 maggio 1927, che dà facoltà di comandare presso il Ministero delle corporazioni, per il funzionamento dei servizi di segreteria del Consiglio nazionale delle corporazioni, funzionari di altre Amministrazioni dello Stato in numero non superiore a cinque.

L'ammontare complessivo degli stipendi e degli assegni spettanti al personale dei ruoli organici dei servizi speciali delle Corporazioni è rimborsato all' Erario dello Stato sul fondo speciale delle corporazioni costituito dalle quote destinate allo Stato sui contributi sindacali, ai termini dell' art. 26 del R. decreto 1° luglio 1926, n. 1130.

Il presente R. decreto legislativo andrà in vigore il giorno della sua pubblicazione nella *Gazzetta Ufficiale* del Regno.

c) Conferimento alle Sezioni e Sottosezioni del Consiglio nazionale delle corporazioni, delle attribuzioni e dei poteri propri delle Corporazioni contemplati nell'art. 3 della legge 3 aprile 1926, n. 563.

**Decreto Ministeriale 27 gennaio 1931 (Gazzetta Ufficiale, 20 febbraio 1931, n. 42).**

Le attribuzioni e i poteri propri delle Corporazioni contemplati dall'art. 3 della legge 3 aprile 1926, n. 563, sono, a norma dell'art. 13 della legge 20 marzo 1930, n. 206, conferiti alle Sezioni e Sottosezioni del Consiglio nazionale delle corporazioni, in confronto dei corrispondenti rami di produzione o di categorie di imprese che vi appartengono.

Le funzioni di conciliazione delle controversie sindacali, di cui all'art. 19 della legge 20 marzo 1930, n. 206, continuano ad essere esercitate direttamente dal Ministero delle corporazioni, per mezzo del Segretariato generale del Consiglio nazionale delle corporazioni.

## 6) Erledigung der bisher zur Zuständigkeit des deutsch-italienischen Gemischten Schiedsgerichts gehörenden Streitigkeiten.

## Definizione delle controversie già di competenza del cessato Tribunale arbitrale misto italo-germanico.

**R. decreto-legge 4 dic. 1930, n. 1687 (Gazzetta Ufficiale, 3 gennaio 1931, n. 2).**

Visto il R. decreto 5 maggio 1930, n. 815, con cui venne approvato e reso esecutorio l'accordo fra l'Italia e la Germania sottoscritto all'Aja il 20 genn. 1930 per la sistemazione definitiva delle questioni insolute di cui alla parte X del Trattato di Versaglia; vista la legge 31 genn. 1926, n. 100; ritenuta la necessità ed urgenza di prendere provvedimenti a favore dei cittadini italiani che presentarono reclami per risarcimento di danni innanzi al soppresso Tribunale arbitrale misto italo-germanico

ed innanzi all'arbitro istituito ai sensi del paragrafo 4 della sezione IV della parte X del Trattato di Versaglia, che è venuto a cessare dalle funzioni in forza del precitato accordo fra l'Italia e la Germania; ritenuta, altresì la necessità ed urgenza di stabilire norme per la risoluzione delle vertenze relative a crediti denunciati dall'Ufficio germanico all'Ufficio italiano di verifica e compensazione o viceversa, non ancora definite tra gli Uffici stessi o rimaste indecise innanzi al soppresso Tribunale arbitrale misto italo-germanico; udito il Consiglio dei Ministri; sulla proposta del Nostro Ministro Segretario di Stato per le finanze, di concerto con il Ministro per gli affari esteri e con il Ministro per la giustizia e gli affari di culto; abbiamo decretato e decretiamo:

*Art. 1.* E' data facoltà al ministro per le finanze di disporre la concessione di equi indennizzi a tacitazione dei reclami dei cittadini italiani per risarcimento di danni rimasti indecisi innanzi al soppresso Tribunale arbitrale misto italo-germanico e innanzi all'arbitro istituito ai sensi del paragrafo 4 della sezione IV della parte X del Trattato di Versaglia.

Una commissione nominata dal ministro per le finanze proporrà le somme che, a seconda dei casi discrezionalmente valutati, siano da concedere ai singoli reclamanti, avendo riguardo alle disponibilità del fondo su cui la spesa dovrà gravare.

La commissione sarà composta di sette membri; cioè: i due giudici arbitri italiani ai Tribunali arbitrali misti creati in virtù dei trattati di pace, il vice avvocato generale erariale, un consigliere di Stato, un consigliere della Corte dei conti, un funzionario del ministero degli affari esteri, un direttore generale del ministero delle finanze.

Alla commissione potranno essere aggregati membri supplenti scelti tra i magistrati ed i funzionari già addetti ai soppressi Tribunali arbitrali misti.

La presidenza della commissione spetterà al membro più anziano tra quelli di grado gerarchico più elevato.

Le proposte della commissione saranno presentate al ministro per le finanze a mezzo dell'ufficio stralcio di cui agli articoli seguenti per la sua approvazione, ed i pagamenti saranno effettuati a carico e nei limiti del fondo disponibile del conto corrente aperto presso il Tesoro a norma del regio decreto-legge 22 dicembre 1921, n. 1962.

*Art. 2.* L'Ufficio di verifica e compensazione italiano istituito in base agli articoli 296 e 297 del Trattato di pace di Versaglia, è soppresso dal giorno di entrata in vigore di questo decreto.

Gli affari dell'Ufficio di verifica e compensazione italiano previsti nel detto trattato di pace, nonchè gli altri compiti derivanti da convenzioni internazionali, in ordine agli affari stessi, passano all'Ufficio stralcio per le questioni finanziarie derivanti dall'applicazione dei trattati di pace a cui l'Ufficio di verifica è aggregato a mente del R. decreto-legge 8 novembre 1928, n. 2555.

Le disposizioni sinora vigenti circa la gestione finanziaria dell'Ufficio di verifica e compensazione si applicano per gli affari di cui sopra all'Ufficio stralcio e la rappresentanza di questo spetta al ministro per le finanze.

*Art. 3.* Per i crediti denunciati dall'Ufficio germanico all'Ufficio italiano di verifica e compensazione o viceversa, che hanno formato oggetto di contestazioni non ancora definite tra i due Uffici o che hanno dato luogo a ricorsi rimasti indecisi innanzi al soppresso Tribunale arbitrale misto italo-germanico, l'Ufficio stralcio di cui al precedente art. 2 è sostituito, a tutti gli effetti, ai creditori o debitori germanici ed all'Ufficio germanico di verifica e compensazione di fronte ai debitori o creditori italiani.

La decisione delle controversie sarà esclusivamente di competenza dell'autorità giudiziaria di Roma; tuttavia l'azione giudiziaria non sarà procedibile se prima non sia stato esperito il tentativo di conciliazione innanzi alla commissione indicata nel precedente art. 1.

La domanda di conciliazione dovrà essere presentata alla commissione dalla parte creditrice entro mesi sei dall'entrata in vigore del presente decreto.

I crediti per i quali non sia presentata tale domanda entro l'ora detto termine, saranno considerati come rinunciati.

La commissione inviterà le parti a mettersi d'accordo per la conciliazione della vertenza. Non riuscendo il tentativo di accordo, la commissione dichiarerà, mediante verbale, quale potrebbe essere a suo avviso, un'equa soluzione della divergenza.

Il verbale sarà notificato alle parti e la proposta conciliativa s'intenderà accettata dal creditore ove questi non promuova la azione giudiziaria entro i 60 giorni dalla notificazione, e dal debitore ove questi non notifichi al creditore, entro lo stesso termine, che non intende accettarla. In questo ultimo caso l'azione davanti l'autorità giudiziaria dovrà essere proposta nei 60 giorni successivi a tale notificazione.

*Art. 4.* L'Ufficio stralcio provvederà alla riscossione ed al pagamento delle somme che per effetto delle precedenti disposizioni risultino da riscuotere o da erogare avvalendosi per le riscossioni, quando del caso, della procedura coattiva vigente per la riscossione delle imposte dirette, giusta la facoltà concessa con l'art. 13 del R. decreto-legge 2 maggio 1920, n. 695.

L'Ufficio stralcio provvederà altresì alle spese di funzionamento della Commissione indicata nell'art. 1. A tal fine gli saranno devoluti i depositi relativi a reclami per risarcimento di danni costituiti presso il soppresso Tribunale arbitrale misto italo-germanico e presso l'arbitro sovraindicato.

I depositi suddetti, tuttavia, saranno restituiti agli interessati che dichiarino di rinunciare al loro reclamo.

L'Ufficio stralcio potrà inoltre effettuare allo stesso scopo una ritenuta nella misura che sarà fissata dal ministro per le finanze sui pagamenti da esegnire ai sensi dello art. 1 e su quelli relativi a crediti italiani regolati mediante conciliazione.

*Art 5.* Il presente decreto sarà presentato al parlamento per la conversione in legge. Il ministro per le finanze è autorizzato alla presentazione del relativo disegno di legge.

# II. Rechtsprechung

## a) Corte di Cassazione

**1) 5 gennaio 1930 (Il Diritto del Lavoro 1930 parte II, p. 356).**

Kollektivarbeitsverträge der syndikalen Vereinigungen.

*Ein von den anerkannten syndikalen Vereinigungen abgeschlossener Kollektivarbeitsvertrag ist ein Akt öffentlicher Gewalt, auch wenn er in die Form eines Vertrags gekleidet ist.*

(Omissis). Osserva che col primo motivo si denuncia la violazione dell' art. 4 del R. Decreto 13 novembre 1924 sull' impiego privato, in quanto la Magistratura del lavoro avrebbe erroneamente ritenuto: a) che il contratto posto in essere fra la Società An. Cine Stampa ed il sindacato vincolasse anche i singo li orchestrali mentre costoro erano rimasti del tutto estranei a quella convenzione:...

Nè l'una nè l'altra di codeste censure si appalesa fondata.

Giova premettere che, nel caso in esame, è ben lontano dal ricorrere la figura giuridica del contratto collettivo di lavoro. La legge del 3 aprile 1926, n. 563, che detta le norme per la disciplina di tale contratto, richiede, come presupposto fondamentale, che la stipulazione intervenga fra due associazioni sindacali legalmente riconosciute: da un canto, quella dei datori di lavoro, dall' altro, quella dei lavoratori, artisti o professionisti. In tal caso, la stipulazione riveste efficacia obbligatoria per tutti coloro i quali appartengano alla categoria cui essa ha riferimento, giacchè l'art. 5 della suindicata legge attribuisce al sindacato la rappresentanza di tutta la categoria di datori di lavoro o di lavoratori di una determinata circoscrizione territoriale e »fa di esso un organo di pubblica funzione« (Relaz. al Senato). Il principio della obbligatorietà generale del contratto collettivo è una logica derivazione del carattere istituzionale riconosciuto alle predette associazioni nell' attuale ordinamento corporativo (dichiarazione III della Carta del lavoro). Poichè il sindacato è un ente autarchico, nelle cui vaste attribuzioni si fondono un potere *normativo* ed un potere *tributario*, il contratto collettivo di lavoro che emana dalla sua funzione disciplinatrice, pur rivestendo la forma estrinseca di una convenzione è, sostanzialmente, un atto di diritto pubblico; epperò le clausole di esso costituiscono una norma obbiettiva per tutti i rapporti individuali di lavoro, che vi si debbono conformare (articolo 54 del decreto 1° luglio 1926 relativo all' attuazione dell' anzidetta legge)....

**2) 1° luglio 1930 (Giurisprudenza Italiana 1930, Parte Prima, Sez. I, p. 995).**

Zuständigkeit des Consiglio di Stato — Angestellte der nationalen Konföderation der faschistischen Syndikate.

*Da die nationale Konföderation der faschistischen Syndikate eine öffentliche Körperschaft ist, so gehören Streitigkeiten über das Rechts-*

*verhältnis zwischen dieser Körperschaft und ihren Angestellten zur ausschließlichen Zuständigkeit des Consiglio di Stato.*

Fatto:

La signorina Ida Chiapparini, già addetta come impiegata all'archivio dell'ufficio provinciale di Bari della Confederazione nazionale dei sindacati fascisti, fu, per la seguita revocazione del riconoscimento di detta Confederazione, licenziata il 15 dicembre 1928, le furono liquidate lire 1727 per le quali essa rilasciava quietanza a saldo il 17 gennaio 1929; ma nell'istesso giorno avanzò richiesta di altre lire 3417 per lavoro straordinario.

Il regio commissario liquidatore comunicò un rifiuto con lettera 28 gennaio 1929.

La Chiapparino, con ricorso 9 aprile 1929 adì il tribunale di Bari, sezione lavoro, chiedendo la condanna al pagamento di lire 10 895,60, oltre il già riscosso.

Integrato il giudizio con la presenza del commissario liquidatore on. Beranghi, con sentenza del 12 luglio il tribunale dichiarò la propria incompetenza a decidere la controversia.

Se ne gravò la Chiapparino e la corte di Bari, sezione magistratura del lavoro, con sentenza 25 settembre 1929 respinse l'appello.

Avverso questa pronuncia propone ricorso per annullamento la Chiapparino. — *Omissis.*

La ricorrente sostiene che sussisteva, invece, la competenza della giurisdizione ordinaria perchè versavasi in tema di licenziamento non impugnato e d'indennità conseguenziale al predetto provvedimento non impugnato; trattavasi, insomma, di diritti patrimoniali riserbati esplicitamente alla competenza del magistrato ordinario.

La censura non ha fondamento.

Osservò la corte di Bari che la Confederazione convenuta è un ente pubblico, sicchè pubblico è il rapporto d'impiego con essa instaurato, per cui, in difetto di altre norme sostanziali, dovrebbero applicarsi quelle dettate dalla legge sull'impiego privato (art. 2 legge 13 novembre 1924), salve, quanto alla competenza, le norme di altre leggi (art. 18 ivi), fra cui quelle degli art. 29 e 30 legge sul consiglio di Stato, le quali ultime, col fare a lor volta salva la competenza di altri organi o collegi speciali, non possono riferirsi agli organi giurisdizionali delle controversie individuali del lavoro, dal momento che, per la legge 26 febbraio 1928, la competenza dei medesimi è esplicitamente limitata a controversie su rapporti d'impiego privato.

Fin qui le enunciative ed argomentazioni della corte di merito sono ineccepibili.

Stabilita, con la legge 30 dicembre 1923 sul consiglio di Stato, la competenza esclusiva di detto collegio a decidere, in tema di rapporti d'impiego pubblico, anche sulle questioni relative a diritti, non può incontrare favore la tesi della ricorrente che tale legge sia stata abrogata col regio decreto delegato posteriore, 26 febbraio 1928.

Non può essere accolta perchè il regio decreto predetto deferisce

al giudice ordinario, osservate le norme comuni di competenza e quelle particolari di procedura da esso dettate, le controversie individuali relative a rapporti d'impiego privato, quale che ne sia il valore, e ciò in relazione alla soppressione delle commissioni per l'impiego privato costituite col regio decreto-legge 2 dicembre 1923, n. 2686.

Nessuna maggiore attribuzione di competenza, adunque, di quella che alla magistratura ordinaria già apparteneva in questa materia e di quella che apparteneva alle commissioni per l'impiego privato soppresse; epperò: a) la disposizione del decreto delegato del febbraio 1928 esplicitamente si riferisce ai soli rapporti d'impiego privato; b) avendo estesa su di essi, corrispondentemente alle commissioni soppresse, la competenza della magistratura ordinaria, senza nessuna maggiore attribuzione, questa non può esorbitare dai limiti di che al regio decreto-legge 2 dicembre 1923; c) posteriore a detto regio decreto-legge è (art. 8 e 16) il regio decreto 30 dicembre 1923, n. 2840 (consiglio di Stato e G. P. A.), col quale venivano deferiti alla esclusiva giurisdizione del magistrato amministrativo i ricorsi relativi a rapporti d'impiego pubblico; d) posteriore a tutte tali disposizioni è quella del capoverso dell'art. 18 regio decreto-legge 13 novembre 1924, n. 1825, sul contratto d'impiego privato, con cui si avverte che nulla è innovato circa la competenza stabilita da altre leggi sulle controversie d'impiego pubblico; e) infine, inapplicabile è la riserva finale della prima parte dell'art. 5 regio decreto 30 dicembre 1923, dal momento che l'art. 18 esclude testualmente la competenza della magistratura ordinaria sulle controversie d'impiego pubblico e dal momento che l'altra riserva riflette «le attribuzioni contenziose di corpi o collegi speciali» e non è nè dubitabile, nè si è mai dubitato che il pretore o il tribunale, cui furono devolute, nei rispettivi limiti di competenza, le controversie individuali appartengono alla giurisdizione ordinaria.

La ricorrente sostiene ancora che, ad ogni modo, la competenza a decidere sulla sua domanda era del magistrato ordinario perchè nella specie la legittimità del provvedimento amministrativo non era in discussione e la controversia era limitata a diritti patrimoniali conseguenziali.

Basta pensare che il compenso per le ore straordinarie non è conseguenziale al licenziamento, essendo dovuto agli impiegati pubblici ne limiti dei rispettivi regolamenti, anche indipendentemente da qualsiasi licenziamento, per convincersi che trattasi di una questione autonoma di rapporto d'impiego, spettante a sensi del n. 1, art. 29, testo unico 26 giugno 1924, alla esclusiva competenza del consiglio di Stato, anche se relativa a diritti (art. 30, parte 1ª).

Essendo stato tale compenso rifiutato dal commissario liquidatore con lettera 28 gennaio 1929, la quale ha il contenuto di atto amministrativo, di che altro si disputa se non della legittimità di tale rifiuto?

Conseguenziale sarebbe stata la richiesta se in sede competente fosse stata dichiarata l'illegittimità del provvedimento di rifiuto; ma poichè è proprio su questo presupposto che la controversia si dibatte,

evidente è la incompetenza della giurisdizione ordinaria, dichiarata nella sentenza impugnata

Per questi motivi, rigetta, ecc.

**3) 4 luglio 1930 (Giurisprudenza Italiana, Parte I, Sez. I, 31 ottobre 1930, p. 1047).**

Rechtsstellung der Syndikate — Auflösung gesetzwidriger Vereine.

*1. Die syndikalen Vereinigungen niederen und höheren Grades (Syndikate, Föderationen und Konföderationen) sind nicht nur juristische Personen, die Aufgaben von öffentlichem Interesse erfüllen, sondern auch Organe des Staates.*

*2. Die Übergabe des Vermögens eines aufgelösten politisch-wirtschaftlichen gesetzwidrigen Vereines (der regionalen Föderation der Kommunistischen Partei) an die rechtlich anerkannte, nationale Konföderation der faschistischen Syndikate ist in Anbetracht des gleichfalls syndikalen Charakters und des entsprechenden wirtschaftlichen Zwecks der Konföderation berechtigt.*

*Omissis.*

Ritenuto che con petizione 7 dicembre 1921 il consiglio di amministrazione del giornale di Trieste *Il lavoratore* nelle persone dei signori Eliso Giuschitz e Mario Jurassa convenne avanti il tribunale commerciale e marittimo di quella città la Compagnia di assicurazioni, Riunione adriatica di sicurità, chiedendone la condanna al risarcimento dei danni cagionati dall' incendio scoppiato la notte dal 9 al 10 febbraio 1921 nello stabile ove avevano sede la tipografia e gli uffici del giornale, e ciò in virtù del contratto di assicurazione delle macchine tipografiche e del mobilio degli uffici stipulato con polizze 2 e 3 settembre e 5 ottobre 1920.

Alla domanda della parte attrice la Compagnia convenuta eccepì fra l'altro la decadenza dell' azione di indennizzo per omessa denuncia del danno nei tre giorni successivi a quello dell' incendio.

Il tribunale, con sentenza 23 dicembre 1922, accolta quest'eccezione, respinse la domanda. Ma la corte d'appello di Trieste con sentenza 19 gennaio 1924 ritenne l'azione tempestivamente proposta e rimandò la causa al tribunale per la completazione del procedimento e per il guidizio sulle altre eccezioni di rito e di merito.

Il ricorso prodotto dalla Riunione adriatica di sicurtà contro la decisione della corte d'appello fu dalla corte di cassazione rigettato con sentenza 24 giugno 1924. La causa rimase pendente senza ulteriore atteggio sino al 21 maggio 1928 in cui, riassunta e discussa dalla sola parte convenuta in assenza della parte attrice, il cui procuratore aveva rinunciato al mandato, fu decisa dal tribunale con sentenza 1° giugno successivo che pronunciò il rigetto della domanda per il motivo che il giornale *Il lavoratore* era stato organo di proprietà della federazione regionale del partito comunista, e cioè di un'associazione che avendo

a sensi dell' art. 215 del testo unico della legge di pubblica sicurezza 6 novembre 1926, n. 1848, cessato di esistere siccome contraria all' ordine nazionale dello Stato, aveva pure perduta la capacità processuale.

Da questa sentenza appellò la Confederazione nazionale dei sindacati fascisti, a mezzo dell' ufficio provinciale di Trieste, dicendosi surrogata in virtù dell' art. 21 del regio decreto 1° luglio 1926, n. 1130, portante le norme per l'attuazione della legge 3 aprile 1926, n. 563, sulla disciplina giuridica dei rapporti collettivi di lavoro, nei beni della disciolta federazione del partito comunista di Trieste, quale associazione di lavoratori. Durante le more del giudizio di appello, il prefetto delle provincia di Trieste emanò decreto 28 giugno 1929, con cui, preso atto che la federazione comunista, già proprietaria del giornale *Il lavoratore*, aveva in seguito al suo scioglimento perduta la capacità processuale, ordinò a sensi dell' art. 215 della legge di pubblica sicurezza la confisca del credito da essa professato in confronto della Riunione adriatica di sicurtà, devolvendolo alla federazione provinciale del partito nazionale fascista onde lo impieghi in opere a favore delle giovani generazioni.

Sebbene la Federazione del partito fascista non si fosse costituita in giudizio per far valere in confronto della Riunione adriatica il diritto alla devoluzione delle ragioni creditorie sulle quali si contende, la corte d'appello, che aveva avuto d'ufficio comunicazione del decreto prefettizio, ritenne col decreto ora impugnato che la devoluzione disposta dal prefetto in favore della federazione del partito fascista fosse di ostacolo ad ammettere la legittimazione attiva nelle medesime ragioni della Confederazione dei sindacati fascisti, quale subingressa in virtù dell' anzidetta disposizione di legge.

Contro il decreto della corte di appello è insorta con ricorso revisionale la Confederazione nazionale dei sindacati rivendicando la veste di subingressa per legge nelle ragioni del consiglio di amministrazione del giornale *Il lavoratore*. Durante la pendenza di questo ricorso lo stesso prefetto emanò un nuovo decreto in data 2 dicembre 1929, comunicato di ufficio alla presidenza della corte d'appello. Preso atto della rinuncia fatta, in favore della Confederazione nazionale dei sindacati fascisti, dalla federazione del partito fascista, dei crediti, ed azioni ad essa devoluti col precedente decreto, il prefetto dichiarò di riconoscere che la successione nei crediti, diritti, ed azioni del giornale *Il lavoratore* spetta alle unioni provinciali dei sindacati fascisti di Trieste, che è quanto dire alla Confederazione nazionale dei suddetti sindacati, e ciò a termini ed effetti dell' art. 21 del regio decreto 1° luglio 1926, n. 1130. — *Omissis.*

In diritto:

A) Il deposito a titolo di multa prescritto dall' art. 521 cod. di proc. civ. per proporre ricorso in cassazione fu effettuato con un giorno di ritardo oltre il termine stabilito per la proposizione del ricorso. La tardività del deposito trarrebbe con sè l'inammissibilità dello stesso ricorso, se non dovesse accogliersi la tesi prospettata dalla ricorrente Confederazione, circa il diritto ad essa spettante alla esenzione dall' obbligo del deposito, quale organo dello Stato.

La tesi appare fondata in diritto con riguardo al carattere giuridico proprio così ai sindacati fascisti come, e a più forte ragione, alle rispettive confederazioni, quale si desume dalla legge fondamentale 3 aprile 1926, n. 563, sulla disciplina dei rapporti collettivi del lavoro e dalle norme dettate per la sua esecuzione dal regio decreto 1° luglio successivo n. 1130. Manca bensì nei due testi legislativi la qualificazione delle associazioni sindacali sia di grado inferiore (sindacati), che di grado superiore (confederazioni e federazioni), come organi dello Stato. Non vi ha dubbio che nel sistema dello Stato corporativo le associazioni sindacali di ambedue i gradi non sono soltanto enti giuridici che adempiono funzioni di pubblico interesse. Esse coi rispettivi dirigenti costituiscono i quadri della nuova organizzazione mediante la quale si attua il principio della collaborazione di tutte le forze produttive nella economia della nazione. Chiamandoli a funzioni di sovranità mediante il còmpito ad essi così assegnato, nonchè, quale mezzo al fine, col potere di stabilire e percepire contributi, e, per gli obbiettivi politici del regime, con la designazione dei deputati, lo Stato è venuto ad imprimere ad essi nella misura corrispondente alle loro funzioni quel carattere che è proprio dei suoi organi.

B) Nella indagine sulla legittimazione attiva della Confederazione dei sindacati che ha preso il posto dell' originario attore, consiglio di amministrazione del giornale *Il lavoratore*, si affaccia per prima la questione sollevata dalla parte convenuta sulla mancata indicazione dei componenti il detto consiglio e sul carattere giuridico della società da esso rappresentata. Alla eccezione rispose virtualmente il tribunale nella seconda fase del procedimento osservando che la petizione è stata proposta dalla federazione regionale del partito comunista a mezzo degli amministratori del giornale, che ad essa apparteneva; ente di fatto non fornito di alcun riconoscimento che le conferisse capacità giuridica, tale però, secondo la dottrina, da essere ammesso a stare in giudizi e ad esplicare un'attività di diritto privato a mezzo dei propri rappresentanti od amministratori in virtù del mandato ad essi conferito a norma dello statuto o delle regole poste a base della associazione, purchè il fine delle loro attività fosse lecito. Soggiunse il tribunale che ciò avrebbe potuto dubitarsi per la federazione comunista a causa delle idee e del programma del partito; ma non venne su questo punto ad alcuna conclusione rispetto al momento della proposizione dell' azione (dicembre 1921). D'altra parte la convenuta Riunione adriatica, per lo stesso motivo che non si era fatta scrupolo di stipulare un importante contratto di assicurazione con gli amministratori di un giornale che notoriamente dalla data della liberazione della Venezia Giulia in poi, attraverso le fluttuazioni verificatesi in seno ai partiti socialista e comunista dei quali era stato l'organo, si era mantenuto costantemente ostile alla causa nazionale, non aveva osato di portare la questione della legittimazione attiva della parte attrice sul terreno della indegnità o della incapacità giuridica delle persone o degli enti assicurati. L'eccezione sarebbe stata priva di serietà sotto un regime nel quale agli

esponenti dei partiti antinazionali era schiuso l'adito perfino alle più alte cariche dello Stato.

Bensì nella fase del procedimento svoltosi nel 1928 il tribunale aveva potuto legittimamente, richiamandosi allo scioglimento delle associazioni contrarie all' ordinamento nazionale dello Stato, e alle disposizioni della legge di pubblica sicurezza affermare che in seguito appunto a questi avvenimenti si era verificata nel corso del giudizio la perdita della capacità processuale della attrice.

C) Una seconda questione riguarda la veste che assume la Confederazione nazionale dei sindacati fascisti, di successore legittimo nel patrimonio della federazione regionale comunista, costituito dalla ragione creditoria verso la convenuta Riunione adriatica in base all' art. 21 delle norme giuridiche per l'attuazione della legge 3 aprile 1926. L'equivoco in cui fu tratta la corte d'appello dal decreto 28 giugno 1929 del prefetto, che, pronunciando la confisca della suddetta ragione creditoria, ne fece devoluzione a profitto della federazione del partito fascista, è stato chiarito dal nuovo decreto dello stesso prefetto, che riconobbe spettare la successione nel credito alla Confederazione dei sindacati a termini appunto del citato art. 21.

Ora adunque la Confederazione rivendica la successione nella ragione creditoria per un doppio titolo: 1° per la confisca del patrimonio della federazione comunista, ultima proprietaria del giornale *Il lavoratore* e per la devoluzione fattane dal prefetto in favore di essa Confederazione; 2° per il carattere sindacale della federazione comunista, costituita, nella quasi totalità dai lavoratori della provincia di Trieste, i quali per mezzo della stessa federazione e del giornale, il cui titolo era pure un programma di sindacalismo perseguivano, insieme alle finalità d'ordine politico che ne hanno determinato lo scioglimento, scopi di tutela degli interessi economici delle varie categorie del ceto operaio. Il primo titolo basterebbe a legittimare la pretesa della Confederazione dei sindacati fascisti di fare propria la ragione creditoria della disciolta federazione comunista, non potendosi dubitare della potestà conferita all' art. 215 della legge di pubblica sicurezza al prefetto di pronunciare in qualunque momento la confisca dei beni delle associazioni disciolte per avere svolta una attività contraria all' ordinamento nazionale dello Stato: potestà il cui esercizio logicamente importa che sia rimesso al prudente arbitrio dello stesso prefetto di dare ai beni dell' associazione disciolta quella destinazione che può apparire più consentanea agli interessi morali e materiali della collettività; salvo che ai beni dell' ente in base a particolari disposizioni di legge non si debba dare una specifica destinazione.

D) Si assume dalla ricorrente Confederazione che questa è appunto l'ipotesi raffigurata nel secondo comma dell' art. 21 del regio decreto 1° luglio 1926, richiamato dall' art. 38 per le associazioni sindacali di grado superiore, ossia per le federazioni o confederazioni, comprensive di una serie di sindacati.

Dispone il comma, che «i beni comunque spettanti ad asso-

ciazioni costituite in tutto o in parte per gli scopi previsti dalla legge 3 aprile 1926 (scopi adunque sindacali) sono devoluti di diritto alle associazioni costituite per gli stessi scopi a vantaggio delle stesse categorie di datori di lavoro o di lavoratori tutte le volte che la maggioranza dei soci dell' associazione preesistente sia entrate a far parte dell' associazione legalmente riconosciuta».

Si è obbiettato dalla parte convenuta che la defunta associazione di fatto proprietaria del giornale *Il lavoratore*, federazione regionale, prima socialista, indi comunista, non aveva nulla di comune coi sindacati e coi rapporti collettivi del lavoro e tanto meno con le associazioni sindacali costituite per gli scopi della legge 3 aprile 1926, e che ancor meno è dato affermare che la maggioranza dell' associazione di fatto sia entrata a far parte delle varie associazioni sindacali di lavoratori, la cui riunione ha dato vita alla Confederazione rivendicante la successione nella ragione creditoria.

La duplice obbiezione trova la sua piena confutazione nel decreto 2 dicembre 1929 del prefetto di Trieste, che col riconoscere alla Confederazione nazionale dei sindacati fascisti di Trieste la successione nelle ragioni del giornale *Il lavoratore*, che è quanto dire della disciolta associazione di fatto proprietaria del giornale, «ai termini e agli effetti dell' art. 21 del regio decreto 1° luglio 1926», ha implicitamente affermato il carattere sindacale della associazione disciolta, la quale affermazione del resto non aveva bisogno di particolare documentazione, perchè è di pubblico dominio il fenomeno verificatosi negli ultimi decenni, in regime di economia liberale, della costituzione dei sindacati operai facenti capo alle camere del lavoro e ad altre organizzazioni, le quali, asservite ai partiti politici antinazionali, miravano ad attuare mediante scioperi, boicottaggi ed altre forme di violenza e di intimidazione in confronto dei datori del lavoro e dei detentori della ricchezza, più che l'auto-difesa degli interessi di classe, la graduale confisca a proprio profitto, delle fonti stesse della produzione. Comunque, al passaggio della organizzazione dei lavoratori di Trieste al partito comunista, avvenuto notoriamente prima dell' inizio della lite, dovrebbe pur sempre attribuirsi l'effetto di una accentuazione dell' originario carattere sindacalista della organizzazione, con riguardo agli obbiettivi politico-sociali del comunismo. Nessun dubbio che, politica a parte e a parte pure i diversi mezzi posti in opera per l'attuazione, vi sia stata identità sostanziale, si intende non solo generica ma parziale, degli scopi della federazione regionale comunista di Trieste che doveva comprendere la quasi totalità delle maestranze di lavoro della regione per la tutela degli interessi economici di classe, con gli scopi corrispondenti dei sindacati fascisti delle stesse maestranze, ora raccolti nella confederazione provinciale. Che concorra anche il secondo requisito per la devoluzione dei beni delle vecchie alle nuove organizzazioni che cioè il passaggio della maggioranza dei soci della vecchia federazione comunista a far parte della nuova Confederazione dei sindacati fascisti si sia verificato, è dato presumere trattandosi di un fenomeno che si

rappresenta siccome il portato del naturale, inevitabile adattamento delle singole collettività dinnanzi alle nuove esigenze dell' attuale regime, adattamento imposto da una visione realistica dell' interesse individuale, e ciò tanto più ha dovuto verificarsi in una regione come quella della Venezia Giulia, che ancor prima della liberazione vantava organizzazioni operaie numerose ed agguerrite nella difesa degli interessi di classe, l'indice delle cui ingenti forze contributive è acquisito nella causa dal valore del materiale mobile del proprio organo, assicurato presso la parte convenuta per oltre un milione di lire.

È d'uopo pertanto in riforma del decreto della corte d'appello riconoscere la legittimazione attiva della Confederazione dei sindacati fascisti quale subingressa nella ragione creditoria fatta valere in confronto della convenuta Riunione adriatica di sicurtà dalla disciolta federazione regionale del partito comunista e per essa dal consiglio di amministrazione del giornale *Il lavoratore.*

Per questi motivi, revoca, ecc.

## b) Corte d'Appello di Milano.

**20 marzo 1930 (Giurisprudenza Italiana, Parte I, Sez. II, 1931 p. 51).**

Rechtsstellung der syndikalen Vereinigungen — Angestellte der Syndikate und Konföderationen.

1. *Die syndikalen Vercinigungen sind Körperschaften öffentlichen Rechts.*

2. *Die Angestellten der Syndikate sind als Beamte anzusehen.*

3. *Streitigkeiten über das Rechtsverhältnis zwischen den Syndikaten und ihren Angestellten gehören zur Zuständigkeit der Verwaltungsgerichte.*

*Omissis.*

Che le associazioni professionali (o sindacali) legalmente riconosciute secondo la legge 3 aprile 1926 siano enti o persone giuridiche pubbliche risulta certo dalla legge stessa ed è ormai principio non contestato.

Si ritiene da alcuni che l'elemento costitutivo e caratterizzatore della pubblicità dell'ente sia la attribuzione ad esso del potere d'imperio.

Altri, con criterio più rigorosamente giuridico ed esatto, ritiene che l'elemento caratteristico e differenziale dell'ente pubblico debba ricercarsi nella sua destinazione a fini di interesse pubblico, che lo Stato ritiene anche fini proprii, e per cui considera l'ente pubblico come attivo anche nel proprio interesse, e perciò ha interesse e vuole e cura che l'ente persegua e raggiunga i detti fini. Il potere o potestà d'imperio è più un mezzo dato all'ente perchè possa meglio conseguire i suoi fini; e quindi è conseguenza e non causa della natura pubblica dell'ente.

Or questi elementi ricorrono sicuramente per il sindacato legalmente riconosciuto, costituito secondo la legge 3 aprile 1926.

Lo Stato fascista, nella sua vasta opera di ricostruzione e riorganizzazione, assunse anche il còmpito altissimo di affrontare quel problema fondamentale della vita moderna che è la così detta questione sociale, la questione cioè dei rapporti fra capitale e lavoro, che da oltre un secolo

sconvolge la vita economica e politica dei popoli; e volle risolvere il problema nell'interesse di una pacifica convivenza fra i gruppi sociali, e di un sempre maggiore incremento e perfezionamento della produzione. A tal uopo diede, con la legge 3 aprile 1926, una disciplina giuridica ai rapporti collettivi del lavoro fonte precipua di detti conflitti, ed avocò allo Stato la risoluzione dei conflitti relativi, per poter vietare come da tempo immemorabile aveva fatto con l'autodifesa individuale, anche l'autodifesa di classe, e cioè lo sciopero e la serrata. Per raggiungere tali scopi diede un nuovo ordinamento al lavoro, e creò un sistema che fosse atto a rendere praticamente possibile l'attuazione di quella disciplina ed il funzionamento della nuova giurisdizione del lavoro; e questo sistema è costituito in sostanza da quattro istituti; i sindacati legalmente riconosciuti e posti sotto l'effettivo e rigoroso controllo dello Stato; l'efficacia dei contratti collettivi di lavoro da essi stipulati rispetto a tutti i datori di lavoro e lavoratori che essi rappresentano; la magistratura del lavoro; e il divieto di scioperi e di serrate.

Il sindacato quindi è uno degli istituti creati dallo Stato per il raggiungimento dell'altissimo fine che lo Stato stesso ha assunto e posto tra i suoi scopi fondamentali; è un ente che collabora collo Stato al raggiungimento di detto fine; e perciò lo Stato lo ha munito anche del potere d'imperio, dando ad esso un potere tributario che si esplica con la facoltà di imporre contributi a tutti gli appartenenti alla categoria per cui il sindacato è costituito, siano o no iscritti in esso, e che si esigono coi privilegi fiscali (art. 5 della legge, 23, 26 del regolamento 1° luglio 1926), ed un potere regolamentare, per cui il sindacato fa i regolamenti e gli organici del proprio personale, e i regolamenti per la esazione dei contributi sindacali (art. 30, lett. d, e, del regolamento); e lo assoggetta poi al proprio controllo, sia di legittimità (vigilanza) che di merito (tutela) (art. 29 e seguenti regolamento citato).

Così il sindacato presenta tutti i requisiti che caratterizzano l'ente pubblico secondo ambedue le teorie esposte; e tale esso è da ritenere. La dottrina infatti li qualifica persone giuridiche pubbliche amministrative; e tali furono dichiarati così anche nella relazione governativa, come in quella dell'ufficio centrale del senato sul disegno di legge 3 aprile 1926. Dato ciò, i rapporti d'impiego fra i sindacati e loro impiegati sono rapporti d'impiego pubblico; e gli impiegati dei sindacati rientrano anch'essi tra le categorie indicate negli art. 29 del testo unico 26 giugno 1924, n. 1054, e 4 del testo unico 26 giugno 1924, n. 1058, e le controversie relative sono di competenza della giurisdizione amministrativa stabilita dagli articoli stessi: della giunta provinciale amministrativa se si tratta di enti pubblici sottoposti alla vigilanza o tutela dell'autorità statale locale; del consiglio di Stato se di enti sottoposti alla tutela o vigilanza dell'autorità statale centrale, salva l'eccezione per le questioni puramente patrimoniali che non involgono una contestazione sulla legittimità di un atto o provvedimento amministrativo, che restano di competenza dell'autorità giudiziaria ordinaria.

A questo ordinamento giurisdizionale non ha derogato il regio decre-

to-legge regolante i rapporti di impiego privato, che fu emanato qualche mese dopo i suddetti testi unici, il 13 novembre 1924, n. 1825, e che fu convertito nella legge 18 marzo 1926, n. 562.

Poichè esso estese bensì «le disposizioni» (è da intendere quelle regolanti la sostanza del rapporto) del decreto anche agli impiegati di enti morali, di enti parastatali e di enti pubblici (eccettuato lo Stato, provincia e comuni), salvo che il rapporto d'impiego non sia diversamente regolato per legge (art. 2). Ma espressamente dispone all'art. 18, capoverso, che «nulla è innovato circa la competenza stabilita da altre leggi sulle controversie relative a rapporti di impiego di dipendenti da enti pubblici e parastatali». Da ciò deriva che per questi rapporti rimane ferma la competenza stabilita dalle leggi 26 giugno 1924, n. 1054 e 1058 per le giurisdizioni della giunta provinciale amministrativa e del consiglio di Stato; e soltanto esse dovranno perciò conoscere delle controversie relative a detti rapporti; ma esse dovranno giudicarne applicando le disposizioni della legge sull'impiego privato, in forza del disposto dell'art. 2 della legge stessa (consiglio di Stato 16 novembre 1928).

Ciò posto, poichè la Confederazione nazionale convenuta è un'associazione che opera nell'àmbito di tutto il territorio del regno, ed è come tale sottoposta alla vigilanza e tutela del ministro per le corporazioni, giusta gli art. 40 e 29 del regolamento 1° luglio 1926, n. 1130, ne consegue che, competente a conoscere della causa contro di essa promossa dal Valenti è il consiglio di Stato, salvo al Valenti il diritto di invocare l'applicazione delle disposizioni della legge sull'impiego privato se la Confederazione non ha emanato un proprio regolamento per i suoi impiegati, poichè in tal caso dovrebbe ritenersi che questo, emanando da ente investito del potere regolamentare, avrebbe il valore della «legge particolare», di cui parla l'art. 2 della legge stessa.

Ma oppone il ricorrente che la giurisdizione della giunta provinciale amministrativa e del consiglio di Stato sorge solo nel caso in cui esista un atto o provvedimento amministrativo, di cui si contesti la legittimità, e non nel caso in cui questa non si impugni, e si chiedono soltanto, come appunto egli fa con la sua domanda, le conseguenze patrimoniali, cioè i diritti patrimoniali nascenti dall'atto, poichè in tal caso la competenza a conoscere di tale domanda è dell'autorità giudiziaria ordinaria secondo l'art. 30 della legge 26 giugno 1924, n. 1058. «Devesi tenere presente, egli dice, che il Valenti ha accettato il licenziamento, e non ha domandato altro se non le mensilità non pagate e le indennità di licenziamento stabilite dalla legge».

Ma così argomentando il ricorrente cade in un manifesto equivoco, poichè è evidente che, chiedendo egli l'indennità di licenziamento in sostituzione del preavviso di legge che non gli fu dato, dice con ciò stesso che tale preavviso gli doveva essere dato, e che quindi fu illegittimo l'operato della Confederazione, che con la lettera 9 febbraio 1929 lo licenziò in tronco senza il preavviso; la Confederazione, d'altra parte, negandogli l'indennità afferma e sostiene implicitamente che il licenziamento in tronco fu dato per la giusta causa dell'art. 9 della legge,

per cui l'indennità non è dovuta: (nella discussione il patrono della Confederazione ha accennato a disordini nell'amministrazione del sindacato, per cui alcuni impiegati furono perfino denunciati al procuratore del re, per quanto questo non sia avvenuto per il Valenti).

Ed ecco che la controversia implica necessariamente, ed ha per presupposto e per contenuto una contestazione sulla legittimità dell'atto di licenziamento e del rifiuto a corrispondere la relativa indennità che è di esclusiva competenza della giurisdizione amministrativa, perchè la indennità di licenziamento che si chiede sarà dovuta o no, a seconda che si ritenga non giustificato ed illegittimo o no il licenziamento in tronco.

Oppone ancora il Valenti che rifiuto in realtà non vi fu; poichè nella stessa lettera di licenziamento 9 febbraio 1929 gli si diceva di rivolgersi alla segreteria nazionale dalla quale dipendeva «per la liquidazione di quanto egli ritenesse di avere diritto»; ma è evidente che questo significa: «sotto riserva di verificare se veramente avesse diritto a quanto avrebbe richiesto», essendo questo il presupposto e la condizione naturale di ogni liquidazione. E poichè, sciogliendo la riserva la Confederazione gli ha negato il preteso diritto, anche nella fase del tentativo di conciliazione, in cui il presidente esortò a considerare solo la questione di merito sull' *an debeatur* così è vano dire che non esiste un rifiuto.

Neppure vale al Valenti il dire che non vi è un atto formale che gli neghi espressamente l'indennità che chiede, poichè si ritiene ormai che deve ritenersi provvedimento amministrativo qualunque dichiarazione di volontà dell'ente, diretta a produrre un effetto giuridico a favore o a carico dell'impiegato, ed anche il semplice silenzio di esso quando il silenzio non può significare che rifiuto di prendere il provvedimento secondo la domanda dell'interessato.

E da aggiungere peraltro che delle pretese «conseguenze patrimoniali» dovrebbe conoscere, secondo i ricordati testi di legge del 1924, «l'autorità giudiziaria ordinaria»; e quindi la controversia per esse, e così per gli arretrati di stipendio, dovrebbe essere in ogni caso portata avanti la detta autorità giudiziaria col procedimento ordinario; e non davanti alla sezione del tribunale per le controversie individuali del lavoro ed avanti la corte d'appello funzionante come magistratura del lavoro, alle quali il regio decreto 26 febbraio 1928, n. 471, attribuisce e limita la giurisdizione solo per le controversie nascenti da rapporto di impiego privato (art. 1): onde non si possono portare davanti ad esse e con la speciale procedura per esse stabilite, le controversie, anche se soltanto patrimoniali, relative a rapporti di impiego pubblico, che dovrebbero continuare a proporsi col rito ordinario davanti la ordinaria autorità giudiziaria, a norma del combinato disposto degli art. 18, capoverso, della legge sull'impiego privato e 29 e 4 dei testi unici 26 giugno 1924, n. 1058 e 1054.

Per questi motivi, ecc.

## c) Tribunale Milano (Sezione Lavoro)

**30 maggio 1930 (Il Diritto del Lavoro 1930, parte II, p. 364).**

Kollektivarbeitsverträge der syndikalen Vereinigungen.

*Die im Gesetz über die Privatangestellten vorgeschriebene Kündigungsfrist soll den in schwächerer Stellung befindlichen Angestellten schützen. Es ist nicht möglich, sich auf eine solche Norm gegenüber den von den anerkannten syndikalen Vereinigungen abgeschlossenen Kollektivarbeitsverträgen zu berufen.*

*(Omissis.)* Altrettanto dicasi delle domande relative alla integrazione della indennità sostitutiva del preavviso di licenziamento.

Vero è che la legge impiegatizia nel caso del Drago dispone di un termine di preavviso che, secondo l'uso locale, deve essere di otto mesi e che, per effetto del regolamento in questione, venne limitato ad un mese solo. Ma ciò non conferisce al Drago il diritto di chiedere una indennità supplementare e sostitutiva del periodo di preavviso che non gli venne concessa.

A torto si è a questo proposito invocato l'art. 17 della legge sul contratto di impiego privato.

Il legislatore, giustamente preoccupato della condizione di inferiorità in cui si trova il prestatore d'opera nelle contrattazioni col datore di lavoro, ha voluto assicurare agli impiegati alcuni diritti minimi sanciti dalla legge 18 marzo 1926, n. 562; di qui la norma proibitiva dell' art. 17 della legge stessa che riproduce quella già in vigore con l'art. 12 del D. L. 9 febbraio 1919, n. 112. Ma ciò risponde ad una necessità sociale e ad un alto principio di giustizia in materia di stipulazioni tra privati e non può trovar luogo quando si tratti di patti di lavoro stipulati tra associazioni di categoria legalmente riconosciute, approvati dalla competente autorità governativa, inspirati non già a criteri particolaristici e a difesa di interessi di singoli individui, ma a criteri generali, a difesa degli interessi comuni ai componenti di determinate categorie e tenute presenti le necessità imprescindibili dell' economia nazionale.

Di qui la non applicabilità ai contratti collettivi di lavoro della norma limitativa di cui all' art. 17 della legge impiegatizia. Ma nel caso in esame si può anche tranquillamente affermare che il Drago non ha alcun motivo di lamentarsi se, invece della legge — sia pure interpretata dalle norme dettate dagli usi locali — gli si è applicato quanto dispone il regolamento per il personale del Credito Italiano....

## d) Consiglio di Stato

**17 maggio 1930 (Giurisprudenza Italiana, Parte Terza, 1930, p. 227.)**

Vertretungsbefugnis des Unterstaatssekretärs.

*Die Unterstaatssekretäre können alle zur Zuständigkeit des Ministers gehörenden Maßnahmen ergreifen, soweit sie diesem nicht durch Gesetz oder Verordnung oder durch erklärten Willen des Ministers vorbehalten sind.*

*Omissis.*

Col primo mezzo si denuncia la violazione del regio decreto 30 dicembre 1923, n. 2960, e, particolarmente, degli art. 46 e 47, in quanto a facoltà di emanare provvedimenti di dimissioni competerebbe al ministro, non al sottosegretario di Stato.

Ma il rilievo è infondato.

La competenza amministrativa del sottosegretario di Stato determinata col regio decreto 1° maggio 1888, n. 5247 (avente forza di regolamento), va, nella sua natura, considerata come una competenza vicaria generale, che ha il suo titolo nella legge. Poco monta che l'art. 2 dello stesso regio decreto, dopo aver detto che i sottosegretari di Stato coadiuvano il ministro, aggiunga che «esercitano nel loro dicastero le attribuzioni che vengono loro delegate dai ministri». Una tale disposizione non altera la competenza di quest'organo, la quale va sempre riguardata come competenza propria, avente il suo titolo nella legge o nel regolamento: la delega ministeriale ha valore interno, in quanto disciplina solo i rapporti tra sottosegretario e ministro, senza riflettere i terzi, riguardo ai quali l'attività deve considerarsi a tutti gli effetti legittima, senza possibilità di indagine sulla esistenza di una delega, la quale può essere espressa (come talvolta usa fare), ma anche tacita. A questi principii si deroga solo nel caso in cui un dato atto sia riservato alla personale competenza del ministro, sia per espressa disposizione di legge o di regolamento, sia per la natura sua speciale, sia per volontà di costui, il quale lo abbia espressamente avocato a sè.

La conferma di tali principii si trova nel regio decreto 29 agosto 1897, n. 512, riflettente il personale del ministero delle finanze; nel quale, all'art. 35, si stabilisce la competenza vicaria del sottosegretario di Stato per una serie di atti, tra i quali trovansi anche elencati quelli che importano risoluzione del rapporto di impiego, tranne il caso in cui disposizioni speciali non esigano la firma personale del ministro, o quello per il quale occorresse un regio decreto. Ora, non può dirsi che, nella specie, ricorra alcuna delle due ipotesi suaccennate. Non occorreva la firma personale del ministro, come, invece, ha dedotto il ricorrente nella orale discussione, a sensi dell'art. 26 del regolamento 5 settembre 1895, n. 603, per l'esecuzione del testo unico delle leggi sulle pensioni. Dispone questo articolo: i decreti per la cessazione dal servizio, con diritto a pensione, assegni od indennità, degli impiegati civili e dei militari non nominati con regio decreto saranno, ai termini del regio decreto 2 luglio 1872, n. 899, firmati personalmente dal ministro competente, esclusa qualunque delegazione. Ma questa disposizione, a parte ogni altra considerazione, non è applicabile alla specie, in quanto, come è noto (art. 49 del regio decreto 30 dicembre 1923, n. 2960), le dimissioni accettate e quelle dichiarate d'ufficio fanno perdere ogni diritto a pensione o indennità. Non ricorre neppure la ipotesi di un regio decreto per il quale l'intervento del ministro non è esplicazione di attività amministrativa; in quanto, per il disposto dell'art. 58 del regio decreto 30 settembre 1922, n. 1290, il provvedimento di dimissioni è emanato con decreto ministeriale. ...

Per questi motivi, ecc.

# 9. Litauen

## Gesetzgebung

### Gesetz zur Strafverfolgung von Mitgliedern und Helfern von Organisationen, die im besetzten Litauen oder in fremden Staaten gebildet sind[1]).

25. Juni 1929. (Vyriausybės Žinios 1929 Teil I Nr. 304)[2]).

§ 1.

Wer sich an im besetzten Litauen oder in fremden Staaten gebildeten Organisationen beteiligt, die den Zweck verfolgen, Litauen oder einen Teil Litauens mit einem anderen Staate zu vereinigen oder die gegenwärtige Regierung zu stürzen, oder im Litauischen Staate Unruhen zu stiften, wird mit dem Tode bestraft.

§ 2.

Wer zur Erreichung der angegebenen Zwecke einen terroristischen Aufstand vorbereitet oder versucht zur Ausführung zu bringen oder einen gegen ein Regierungsmitglied oder einen Staatsbeamten gerichteten Anschlag zur Ausführung bringt, wird mit dem Tode bestraft.

§ 3.

Wer für die Beteiligung an den genannten Organisationen wirbt, oder zur Erreichung ihrer Ziele Beihilfe durch Tat leistet, oder Schriften dieser Organisationen aus dem Auslande oder den besetzten Gebieten Litauens einführt, aufbewahrt oder verbreitet, wird mit Zuchthaus oder mit dem Tode bestraft.

§ 4.

Wer, obwohl er von den in den §§ 1—3 bezeichneten Straftaten Kenntnis erlangt hat, der Polizei oder der Staatsanwaltschaft hierüber keine Mitteilung macht, wird mit Gefängnis oder Zuchthaus bestraft.

§ 5.

Straftaten der in diesem Gesetz genannten Art werden während des Kriegszustandes vom Kriegsfeldgericht abgeurteilt, mit Ausnahme der Straftaten des § 4, die vom Heeresgericht zur Aburteilung gelangen.

§ 6.

Teilnehmer der im § 1 aufgeführten Organisationen genießen Straffreiheit, sofern sie innerhalb 1 Monats vom Tage der Veröffentlichung dieses Gesetzes, falls sich ihr Wohnort in Litauen befindet, und inner-

[1]) sog. Pletschkaitis-Gesetz.
[2]) Übersetzung aus dem Amtsblatt des Memelgebietes 1929 S. 579.

halb 3 Monaten, falls sich ihr Wohnort anderweit befindet, aus diesen Organisationen austreten und darüber der Polizei oder der Staatsanwaltschaft Mitteilung machen.

§ 7.

Dieses Gesetz tritt mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft.

A. Smetona.
Präsident der Republik.

Prof. A. Voldemaras.
Ministerpräsident.

# 10. Oesterreich

## Gesetzgebung

Die nachfolgend aufgeführten Gesetze und Verordnungen stellen das Ergebnis der in den Jahren 1929/31 durchgeführten Reform des österreichischen Staates dar [1]).

In ihrem Mittelpunkt steht die Zweite Bundesverfassungsnovelle vom 7. Dezember 1929 (Nr. 1—3). Die Mehrzahl der einzelnen Rechtsvorschriften dient der Durchführung der durch die Verfassungsnovelle getroffenen Neuerungen im Verhältnis von Bund und Ländern (Nr. 4—11). im Wahlverfahren (Nr. 12), in der Zuständigkeit und Organisation des Verfassungs- und Verwaltungsgerichtshofs (Nr. 13—17) sowie des Rechnungshofs (Nr. 18 u. 19). Einige weitere Gesetze sind nicht durch die Änderung der Verfassung bedingt; sie stehen aber in einem engen Zusammenhang mit den gedanklichen und politischen Zielen der Verfassungsnovelle und bilden daher Bestandteile des ganzen Reformwerkes (Nr. 20—22).

Es ist aus räumlichen Gründen nicht möglich, alle hierher gehörenden Vorschriften im Wortlaut zum Abdruck zu bringen. Um dennoch eine Gesamtübersicht des ganzen Materials zu ermöglichen, sind die Titel der nicht wiedergegebenen Gesetze mit aufgeführt und ist gegebenenfalls auf an anderer Stelle erfolgte Veröffentlichung der Texte hingewiesen. Zur Erleichterung ist ferner in den Fußnoten die zu den einzelnen Gesetzen bisher erschienene Spezialliteratur zusammengestellt.

[1]) Eine zusammenfassende Darstellung der Bundesverfassungsreform siehe in dieser Zeitschrift Bd. II, 1 S. 226 ff., Ulrich Scheuner, Die Reform der österreichischen Bundesverfassung vom Jahre 1929; daselbst die weitere Literatur. Jetzt ferner noch als Gesamtübersichten der Reform: Georg Froehlich, Die Bundesverfassung der Republik Österreich, Wien 1930; Hans Kelsen, Die Verfassung Österreichs im Jahrbuch des öffentlichen Rechts 18 (1930) S. 130 ff.; Adolf Merkl, Der rechtliche Gehalt der österreichischen Verfassungsreform vom 7. Dezember 1929, Öff. R. Z. 10 (1930) S. 161 ff.

## A. Die Novellierung der Verfassungsgesetze.

1. Bundes-Verfassungsesetz vom 7. Dezember 1929, betreffend einige Abänderungen des Bundes-Verfassungsgesetzes vom 1. Oktober 1920 in der Fassung des B.G.Bl. Nr. 367 von 1925 (Zweite Bundes-Verfassungsnovelle).

7. Dezember 1929 (Bundesgesetzblatt für die Republik Oesterreich Nr. 392) [1].

2. Bundes-Verfassungsgesetz vom 7. Dezember 1929, betreffend Übergangsbestimmungen zur Zweiten Bundes-Verfassungsnovelle.

7. Dezember 1929 (Bundesgesetzblatt für die Republik Oesterreich Nr. 393)

3. Verordnung des Bundeskanzlers vom 1. Jänner 1930, betreffend die Wiederverlautbarung des Bundes-Verfassungsgesetzes.

1. Januar 1930 (Bundesgesetzblatt für die Republik Oesterreich Nr. 1) [2].

## B. Finanzausgleich.

4. Bundesgesetz vom 28. Januar 1931, betreffend einige Aenderungen der zur Regelung des Finanzausgleiches zwischen dem Bund und den Ländern (Gemeinden) erlassenen Gesetze (Finanzausgleichsgesetz 1931) [3].

28. Januar 1931 (Bundesgesetzblatt für die Republik Oesterreich Nr. 46).

5. Verordnung der Bundesregierung vom 13. Februar 1931, betreffend Wiederverlautbarung des Finanz-Verfassungsgesetzes.

13. Februar 1931 (Bundesgesetzblatt für die Republik Oesterreich Nr. 61).

[1]) Französische Übersetzung in Mirkine-Guetzévitch, Les Constitutions de l'Europe Nouvelle 2. éd. 1930 S. 521 ff.

[2]) Der durch diese Verordnung als »Bundesverfassungsgesetz in der Fassung von 1929« wiederverlautbarte Text der Verfassung sowie der (gemäß dem Art. II § 15 des Übergangsgesetzes vom 7. Dezember 1929) noch nicht in Kraft getretenen neuen Fassung der Art. 34—37 des Verfassungsgesetzes ist abgedruckt im Jahrbuch des öffentlichen Rechts Bd. 18 (1930) S. 160 ff. Verfassung und Übergangsgesetz in neuer Fassung enthält auch die Handausgabe »Die österreichischen Verfassungsgesetze des Bundes«, 2. Aufl., Wien (Staatsdruckerei) 1930 mit gründlichem Kommentar von Adamovich und Froehlich.

[3]) Dazu Pfaundler, Der Finanzausgleich in Oesterreich 1931; Honay, Der neue Finanzausgleich in Oesterreich in »Der Städtetag« 25 (1931) S. 214 ff.

6. Verordnung des Bundesministers für Finanzen, betreffend die Wiederverlautbarung des Abgabenteilungsgesetzes.

13. Februar 1931 (Bundesgesetzblatt für die Republik Oesterreich Nr. 62).

## C. Straßenpolizei [1]).

7. Bundesgesetz vom 20. Dezember 1929 über die Grundsätze der Straßenpolizei, soweit sie sich nicht auf Bundesstraßen bezieht.

20. Dezember 1929 (Bundesgesetzblatt für die Republik Oesterreich Nr. 438).

8. Bundesgesetz vom 20. Dezember 1929, wirksam für das Bundesland Wien, über die Berufung der Bundes-

---

[1]) Im Gebiet der Straßenpolizei sind nach dem durch die Verfassungsnovelle von 1929 geschaffenen Rechtszustande drei Zuständigkeitsbereiche zu unterscheiden:

a) Nach Art. 10 Abs. 1 Ziff. 9 ist Bundessache die Gesetzgebung und Vollziehung in »..... Angelegenheiten der wegen ihrer Bedeutung für den Durchgangsverkehr durch Bundesgesetz als Bundesstraßen erklärten Straßenzüge .....«. Das war schon bisher geltendes Recht, und der Bund hatte die Ausführungsvorschriften schon erlassen durch »Bundesgesetz vom 8. Juli 1921, betreffend die Bundesstraßen« (B. G. Bl. Nr. 387) und »Verordnung des Bundesministeriums für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten vom 30. Juli 1921, betreffend eine Straßenpolizeiordnung für die Bundesstraßen« (B. G. Bl. Nr. 441). Das Gesetz Nr. 111 aus 1930 (oben Nr. 10) bringt dazu nur eine organisatorische Abänderung.

b) Nach Art. 12 Abs. 1 Ziff. 8 ist Bundessache die Gesetzgebung über die Grundsätze, Landessache die Erlassung von Ausführungsgesetzen und die Vollziehung in »Angelegenheiten der Straßenpolizei, soweit sie sich nicht auf Bundesstraßen bezieht und daher unter Art. 10 Ziff. 9 fällt«. Das Gesetz Nr. 438 aus 1929 (oben Nr. 7) bringt das bislang fehlende Grundsatzgesetz des Bundes und setzt den Ländern Frist bis zum 1. März bzw. 1. Oktober 1930 zum Erlasse ihrer Ausführungsgesetze. Das Gesetz Nr. 79 aus 1930 ändert einzelne zeitliche Übergangsbestimmungen ab (oben Nr. 9).

c) Von der zu b aufgeführten Kompetenzverteilung enthält — das ist eine Neuerung, die die Novelle gebracht hat — Art. 15 Abs. 4 B. V. G. eine Ausnahme, indem er gestattet, die durch Art. 12 Ziff. 8 an sich den Ländern vorbehaltene Vollziehung im Bereich von Bundespolizeibehörden (d. h. die in Wien und einigen anderen größeren Städten errichteten Bundesbehörden, die den polizeilichen Exekutivdienst bei sich konzentrieren) diesen zu übertragen (vgl. dazu Merkl Öff. R. Z. 10 [1930] S. 181 f.). Art. 15 Abs. 4 lautet:

»Inwieweit im örtlichen Wirkungsbereich von Bundespolizeibehörden diesen Behörden auf dem Gebiet der Straßenpolizei auf anderen als Bundesstraßen die Vollziehung übertragen wird, wird durch übereinstimmende Gesetze des Bundes und des betreffenden Landes geregelt.«

Eine solche Übertragung eines großen Teils der Vollziehung auf dem Gebiet der Verkehrs- und Straßenpolizei enthält für das Bundesland Wien das Gesetz Nr. 439 aus 1929 (oben Nr. 8), für die anderen Bundesländer das Gesetz Nr. 237 aus 1930 (oben Nr. 11).

Das übereinstimmende Gesetz des Bundeslandes Wien ist als Gesetz »vom 15. April 1930 über die Straßenpolizei im Bundeslande Wien, soweit sie sich nicht auf Bundesstraßen bezieht, ergangen«. (Landesgesetzblatt für Wien Nr. 35). Die Gesetze der anderen Bundesländer sind zum Teil noch nicht erlassen.

polizeidirektion in Wien zur Vollziehung auf dem Gebiete der Straßenpolizei auf anderen als Bundesstraßen.

20. Dezember 1929 (Bundesgesetzblatt für die Republik Oesterreich Nr. 439).

9. Bundesgesetz vom 31. März 1930, womit einige Bestimmungen des Bundesgesetzes vom 20. Dezember 1929, B.G.Bl. Nr. 438, über Grundsätze der Straßenpolizei, soweit sie sich nicht auf Bundesstraßen bezieht, abgeändert werden. (I. Novelle zum Straßenpolizei-Grundsatzgesetz.)

21. März 1930 (Bundesgesetzblatt für die Republik Oesterreich Nr. 79).

10. Bundesgesetz vom 4. April 1930 über die Berufung der Bundespolizeibehörden zur Vollziehung auf dem Gebiet der Straßenpolizei auf Bundesstraßen.

4. April 1930 (Bundesgesetzblatt für die Republik Oesterreich Nr. 111).

11. Bundesgesetz vom 16. Juli 1930, wirksam für die Bundesländer mit Ausnahme von Wien, über die Berufung der Bundespolizeibehörden zur Vollziehung auf dem Gebiet der Straßenpolizei auf anderen als Bundesstraßen.

16. Juli 1930 (Bundesgesetzblatt der Oesterreichischen Republik Nr. 237).

## D. Wahlverfahren.

12. Bundesgesetz vom 20. März 1930 über die Anlegung ständiger Wahlverzeichnisse (Bürgerlisten).

20. März 1930 (Bundesgesetzblatt für die Republik Oesterreich Nr. 85) [1].

[1]) Ergangen in Durchführung des Art. 26 Abs. 7 B. V. G, welcher lautet:
»Die Grundlage für die Durchführung von Wahlen, Volksabstimmungen und Volksbegehren bilden ständige Wählerverzeichnisse, die alljährlich am 1. Jänner und am 1. Juni durch einen Monat zur allgemeinen Einsicht aufgelegt werden. Während dieser Auflagefristen haben die Bundesbürger (Absatz 1, erster und zweiter Satz) das Recht, die Richtigstellung der Wählerverzeichnisse zu verlangen. Als Stichtag für die Beurteilung der Wahlrechtserfordernisse hat jeweils der letzte Tag der Auflagefrist zu gelten. Das Nähere bestimmt ein Bundesgesetz, das auch regelt, inwiefern vor jeder Wahl ein Richtigstellungsverfahren durchgeführt wird.«

## E. Verfassungsgerichtshof.[1]).

13. Bundesgesetz vom 4. April 1930, womit das Bundesgesetz vom 18. Dezember 1925, B.G.Bl. Nr. 454, über die Organisation und über das Verfahren des Verfassungsgerichtshofes (Verfassungsgerichtshofgesetz, Verf. G. G.) in der Fassung des Bundesgesetzes vom 26. März 1926, B.G.Bl. Nr. 77, ergänzt und abgeändert wird (Zweite Verfassungsgerichtshofgesetz-Novelle).

4. April 1930 (Bundesgesetzblatt für die Republik Oesterreich Nr. 112).

14. Verordnung des Bundeskanzlers vom 24. April 1930, betreffend Wiederverlautbarung des Verfassungsgerichtshofgesetzes.

24. April 1930 (Bundesgesetzblatt für die Republik Oesterreich Nr. 127).

15. Verordnung des Bundeskanzlers vom 16. Juli 1930, womit die Geschäftsordnung des Verfassungsgerichtshofs kundgemacht wird[2]).

16. Juli 1930 (Bundesgesetzblatt für die Republik Oesterreich Nr. 258).

## F. Verwaltungsgerichtshof[3]).

16. Bundesgesetz vom 16. Mai 1930 über die Einrichtung und das Verfahren des Verwaltungsgerichtshofes (Verwaltungsgerichtshofgesetz — Vw.G.G.).

16. Mai 1930 (Bundesgesetzblatt für die Republik Oesterreich Nr. 153).

[1]) Dazu Wittmayer, Z. Staats. W. 88 (1930) S. 479 ff. Kelsen, Jahrb. öff. Recht 18 (1930) S. 152 ff. Brockhausen, Gedanken über den österreichischen Verfassungsgerichtshof in Juristische Blätter 59 (1930) S. 69 ff. Métall, Die Neubildung des Verfassungsgerichtshofes in »Gerichtshalle« 74 (1930) S. 27 ff. Merkl, ÖffRZ. 10 (1930) S. 206 ff.; Ders., Der „entpolitisierte" Verfassungsgerichtshof in „Der oesterr. Volkswirt. 22 (1930) S. 509 ff.; Ders., Verfassungsreform und Verfassungsgerichtsbarkeit in Oesterreich in Deutsche Richterzeitung 1930, S. 322 ff.

[2]) Dazu Kundmachung des Bundeskanzleramtes vom 22. August 1930, betreffend die Berichtigung eines Druckfehlers im Bundesgesetzblatt. (B. G. Bl. Nr. 268).

[3]) Dazu Wittmayer, a. a. O. S. 486 ff.; Kelsen, a. a. O. S. 150 ff.; Merkl, a. a. O. S. 208 ff.; Herzog, Die neuen Kompetenzen des Verwaltungsgerichtshofes in Österreich. Anwaltszeitung 7 (1930) S. 8 ff.; Ders.; Das neue Verwaltungsgerichtshofgesetz, ebenda S. 239 ff.; Merkl, Die Neuordnung des Verwaltungsgerichtshofes in Juristische Blätter 59 (1930) S. 289 ff.; Kunze, Der Verwaltungsgerichtshof nach dem neuen Verwaltungsgerichtshofgesetz in Österr. Richterzeitung 23 (1930) S. 192 ff.; Körner, Verfassungsreform und Verwaltungsgerichtsbarkeit Z. Bl. 48 (1930) S. 81 ff.; Kling, Das neue Verwaltungsgerichtshofgesetz in Gerichtszeitung 81 (1930) S. 243 ff.

17. Verordnung des Bundeskanzlers vom 8. Jänner 1931, womit die Geschäftsordnung des Verwaltungsgerichtshofes kundgemacht wird.

8. Januar 1931 (Bundesgesetzblatt für die Republik Oesterreich Nr. 10).

## G. Rechnungshof.

18. Bundesgesetz vom 15. Juli 1930, betreffend einige Abänderungen des Rechnungshofgesetzes vom 30. Juli 1925, B.G.Bl. Nr. 290 (Rechnungshofgesetznovelle).

15. Juli 1930 (Bundesgesetzblatt für die Republik Oesterreich Nr. 240) [1].

[1]) Dazu die Artikel 121—128 des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929, welche wie folgt lauten:

»Artikel 121. (1) Zur Überprüfung der Gebarung der gesamten Staatswirtschaft des Bundes, ferner der Gebarung der von Organen des Bundes verwalteten Stiftungen, Fonds und Anstalten ist der Rechnungshof berufen. Ihm kann auch die Überprüfung der Gebarung von Unternehmungen übertragen werden, an denen der Bund finanziell beteiligt ist.

(2) Der Rechnungshof verfaßt den Bundesrechnungsabschluß und legt ihn dem Nationalrat vor.

(3) Alle Urkunden über Staatsschulden (Finanz- und Verwaltungsschulden) sind, insoweit sie eine Verpflichtung des Bundes beinhalten, vom Präsidenten des Rechnungshofes gegenzuzeichnen; durch diese Gegenzeichnung wird lediglich die Gesetzmäßigkeit und rechnungsmäßige Richtigkeit der Gebarung bekräftigt.

Artikel 122. (1) Der Rechnungshof untersteht unmittelbar dem Nationalrat.

(2) Der Rechnungshof besteht aus einem Präsidenten und den erforderlichen Beamten und Hilfskräften.

(3) Der Präsident des Rechnungshofes wird auf Vorschlag des Hauptausschusses vom Nationalrat gewählt. Das Gelöbnis auf die Bundesverfassung leistet er vor dem Antritt seines Amtes dem Bundespräsidenten.

(4) Der Präsident des Rechnungshofes darf keinem allgemeinen Vertretungskörper angehören und in den letzten vier Jahren nicht Mitglied der Bundesregierung oder einer Landesregierung gewesen sein.

Artikel 123. (1) Der Präsident des Rechnungshofes ist hinsichtlich der Verantwortlichkeit den Mitgliedern der Bundesregierung gleichgestellt.

(2) Er kann durch Beschluß des Nationalrates abberufen werden.

Artikel 124. (1) Der Präsident wird von dem im Rang nächsten Beamten des Rechnungshofes vertreten.

(2) Im Fall der Stellvertretung des Präsidenten gelten für den Stellvertreter die Bestimmungen des Artikels 123.

Artikel 125. (1) Die Beamten des Rechnungshofes ernennt auf Vorschlag und unter Gegenzeichnung des Präsidenten des Rechnungshofes der Bundespräsident; das gleiche gilt für die Verleihung von Amtstiteln. Doch kann der Bundespräsident den Präsidenten des Rechnungshofes ermächtigen, Beamte bestimmter Kategorien zu ernennen.

(2) Die Hilfskräfte ernennt der Präsident des Rechnungshofes.

Artikel 126. Kein Mitglied des Rechnungshofes darf an der Leitung und Verwaltung von Unternehmungen beteiligt sein, die dem Bund oder den Ländern Rechnung zu legen haben oder zum Bund oder einem Land in einem Subventions- oder Vertragsverhältnis stehen. Ausgenommen sind Unternehmungen, die ausschließlich die Förderung humanitärer Bestrebungen oder der wirtschaftlichen Verhältnisse von öffentlichen Angestellten oder deren Angehörigen zum Zweck haben.

Artikel 126 a. Der Rechnungshof hat auf Ersuchen der Bundesregierung oder eines Bundesministers in seinen Wirkungsbereich (Artikel 121, Absatz 1) fallende besondere Akte der Gebarungsüberprüfung durchzuführen und das Ergebnis der ersuchenden Stelle mitzuteilen.

Artikel 126 b. Entstehen zwischen dem Rechnungshof und der Bundesregierung oder einem Bundesminister Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung der gesetzlichen Bestimmungen, die die Zuständigkeiten des Rechnungshofes regeln, entscheidet auf Anrufung durch die Bundesregierung oder den Rechnungshof der Verfassungsgerichtshof in nichtöffentlicher Verhandlung. Das Verfahren wird durch Verordnung geregelt.

Artikel 126 c. (1) Der Rechnungshof hat jeden Bericht vor der Vorlage an den Nationalrat dem Bundeskanzler mitzuteilen. Die Bundesregierung kann binnen drei Wochen Äußerungen zu einem solchen Bericht erstatten, die der Rechnungshof auf ihren Wunsch zugleich mit dem Bericht dem Nationalrat vorzulegen hat. Der Bericht kann jedoch auch schon vor Ablauf dieser dreiwöchigen Frist mit Zustimmung der Bundesregierung dem Nationalrat vorgelegt werden. Nach der Vorlage an den Nationalrat ist der Bericht zu veröffentlichen.

(2) Für die Verhandlung der Berichte des Rechnungshofes wird im Nationalrat ein ständiger Ausschuß eingesetzt. Bei der Einsetzung ist der Grundsatz der Verhältniswahl einzuhalten. Der Ausschuß hat die Verhandlung jedes Berichtes binnen sechs Wochen durchzuführen. Dann erstattet er dem Nationalrat Bericht.

Artikel 127. (1) Der Rechnungshof hat die Gebarung der Länder zu überprüfen. Die Überprüfung hat sich auf die ziffermäßige Richtigkeit, die Übereinstimmung mit den bestehenden Vorschriften, ferner die Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit der Gebarung zu erstrecken. Die Überprüfung hat jedoch nicht auch die für die Gebarung maßgebenden Beschlüsse der verfassungsgemäß zuständigen Vertretungskörper zu umfassen. Der Rechnungshof ist bei dieser Tätigkeit unter sinngemäßer Anwendung der Artikel 126 a, 126 b und 126 c als Organ des betreffenden Landtages tätig, dem der Präsident des Rechnungshofes in bezug auf diese Überprüfung verantwortlich ist (Artikel 142, Absatz 2, lit. c). Die nach Artikel 126 a der Bundesregierung oder einem Bundesminister zustehenden Rechte stehen bezüglich der Gebarungskontrolle gegenüber dem Land der Landesregierung oder dem Landeshauptmann zu.

(2) Jede Landesregierung hat alljährlich eine oder mehrere mit den besonderen Verhältnissen des Landes vertraute Personen, die nicht der Landesregierung angehören dürfen, dem Rechnungshof namhaft zu machen, die diesen bei Durchführung seiner auf das Land bezüglichen Tätigkeit zu unterstützen haben. Der Rechnungshof ist gehalten, allen Amtshandlungen, die er hinsichtlich der Gebarung eines Landes vornimmt, insbesondere den an Ort und Stelle vorzunehmenden Überprüfungen, den in Betracht kommenden Beauftragten des Landes zuzuziehen.

(3) Ebenso hat der Rechnungshof in allen Fällen, in denen er über Kontrollergebnisse an den Landtag zu berichten beabsichtigt, diese Berichte vorher dem in Betracht kommenden Beauftragten des Landes und überdies, wenn das betreffende Land eine eigene Kontrollstelle besitzt, deren Vorstande mitzuteilen. Dem Beauftragten sowie dem Vorstande der eben erwähnten Kontrollstelle des Landes steht eine Frist von drei Wochen zur Äußerung offen.

(4) Für die Zwecke der im Absatz 1 vorgesehenen Überprüfung haben die Landesregierungen die jährlichen Rechnungsabschlüsse über die Gebarung im selbständigen Wirkungsbereich der Länder dem Rechnungshof zu übermitteln.

(5) Der Rechnungshof hat die Rechnungsabschlüsse auf Grund Einsichtnahme an Ort und Stelle in die Bücher und sonstigen mit der Gebarung im Zusammenhang stehenden Belege zu überprüfen und das Ergebnis der Überprüfung der Landesregierung mitzuteilen. Die Landesregierung legt den Bericht über das Ergebnis der Überprüfung dem Landtage zugleich mit dem Landesrechnungsabschluß vor.

(6) Unternehmungen unterliegen der Überprüfung des Rechnungshofes wie die übrige Gebarung des Landes, wenn sie in der Privatwirtschaft des betreffenden Landes keine Konkurrenz haben. Hinsichtlich anderer Unternehmungen, die das Land allein betreibt, sowie hinsichtlich Unternehmungen, an denen das Land finanziell beteiligt ist

## 19. Verordnung des Bundeskanzlers vom 25. Juli 1930, betreffend Wiederverlautbarung des Rechnungshofgesetzes.

**25. Juli 1930 (Bundesgesetzblatt für die Republik Oesterreich Nr. 251).**

§ 1. Auf Grund des Artikels II der Rechnungshofgesetznovelle vom 15. Juli 1930, B. G. Bl. Nr. 240, wird in der Anlage der Text des

oder für die es eine Ausfallshaftung trägt, hat der Rechnungshof die Betätigung des Landes als Teilhaber oder Bürge derartiger Unternehmungen auf Ersuchen der Landesregierung zu überprüfen und das Ergebnis seiner Prüfung der Landesregierung mitzuteilen.

(7) Der Rechnungshof hat das Ergebnis seiner Gebarungsüberprüfung auch der Bundesregierung zur Kenntnis zu bringen.

(8) Die Bestimmungen dieses Artikels gelten auch für die Überprüfung der Gebarung (Landes- und Gemeindegebarung) der Bundeshauptstadt Wien mit der Maßgabe, daß an Stelle des Landtages der Gemeinderat, an Stelle der Landesregierung der Stadtsenat und an Stelle des Landeshauptmannes der Bürgermeister zu treten hat.

Artikel 127 a. (1) Die Gebarung der Gemeinden mit über 20 000 Einwohnern (Städte, Ortsgemeinden) unterliegt der Überprüfung durch den Rechnungshof. Die Überprüfung hat sich auf die ziffermäßige Richtigkeit, die Übereinstimmung mit den bestehenden Vorschriften, ferner die Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit der Gebarung zu erstrecken. Der Rechnungshof übt diese Überprüfung als Organ des zuständigen Landtages aus, dem der Präsident des Rechnungshofes in bezug auf diese Überprüfung verantwortlich ist.

(2) Der Rechnungshof ist befugt, durch Einschau an Ort und Stelle in die Bücher und die sonstigen mit der Gebarung im Zusammenhang stehenden Belege die Gebarung im ganzen oder hinsichtlich gewisser Teilgebiete zu überprüfen. Unbeschadet seiner Überprüfungstätigkeit auf Grund der vorstehenden Bestimmungen hat der Rechnungshof auf begründetes Ersuchen der zuständigen Landesregierung besondere, in seinen Wirkungsbereich fallende Akte der Gebarungsüberprüfung bei den im Absatz 1 bezeichneten Gemeinden durchzuführen und das Ergebnis der Landesregierung mitzuteilen.

(3) Die Bestimmungen des Artikels 127, Absätze 2 bis 4, sind sinngemäß auf die Überprüfung der Gemeindegebarung anzuwenden, mit der Maßgabe, daß an Stelle der in den Absätzen 2 und 3 genannten Beauftragten des Landes solche der Gemeinde treten.

(4) Das Ergebnis seiner Überprüfung hat der Rechnungshof dem Gemeindevorstand sowie der zuständigen Landesregierung, letzterer zusammen mit den seitens des Gemeindevorstandes hiezu allenfalls gemachten Äußerungen, mitzuteilen. Die Landesregierung bringt die Vorlage des Rechnungshofes dem Landtag zur Kenntnis.

(5) Unternehmungen unterliegen der Überprüfung des Rechnungshofes wie die übrige Gebarung der Gemeinden, wenn sie in der Privatwirtschaft der betreffenden Gemeinde keine Konkurrenz haben. Hinsichtlich anderer Unternehmungen, die die Gemeinde allein betreibt, sowie hinsichtlich Unternehmungen, an denen eine Gemeinde finanziell beteiligt ist oder für die sie eine Ausfallshaftung trägt, hat der Rechnungshof die Betätigung der Gemeinde als Teilhaber oder Bürge derartiger Unternehmungen auf Ersuchen der zuständigen Landesregierung zu überprüfen und das Ergebnis seiner Prüfung unter Einhaltung des im Absatz 4 angeordneten Vorganges der Landesregierung mitzuteilen.

(6) Der Rechnungshof hat auf begründetes Ersuchen der zuständigen Landesregierung auch die Gebarung von Gemeinden mit weniger als 20 000 Einwohnern fallweise zu überprüfen und das Ergebnis dieser Überprüfung der Landesregierung mitzuteilen.

(7) Artikel 127, Absatz 7, findet sinngemäß Anwendung.

Artikel 128. Die näheren Bestimmungen über die Tätigkeit des Rechnungshofes erfolgen durch Bundesgesetz.«

Rechnungshofgesetzes vom 30. Juli 1925, B. G. Bl. Nr. 290, unter Berücksichtigung der Änderungen, die sich durch die Rechnungshofgesetznovelle ergeben haben, wieder verlautbart.

§ 2. Das wieder verlautbarte Bundesgesetz ist als »Rechnungshofgesetz (R. H. G.) 1930« zu bezeichnen.

**Anlage.**

## Rechnungshofgesetz (R.H.G.) 1930.

### I. Abschnitt.

### Die Aufgaben des Rechnungshofes hinsichtlich der Gebarung des Bundes.

#### 1. Gebarungskontrolle.

§ 1. (1) Der Rechnungshof hat die Gebarung der gesamten Staatswirtschaft des Bundes zu überprüfen. Dieser Überprüfung unterliegen:

1. die gesamte Ausgaben- und Einnahmengebarung des Bundes;
2. die gesamte Schuldengebarung des Bundes;
3. die Gebarung mit dem beweglichen und unbeweglichen Bundesvermögen.

(2) Ausgaben, die vom Bundesvoranschlag (Bundesvoranschlagsentwurf) hinsichtlich ihrer Höhe oder ihrer Natur abweichen, hat der Rechnungshof zu überwachen. Derartige Gebarungsfälle sind daher dem Rechnungshof, soweit sie nicht bereits durch Sondergesetze bewilligt oder nicht Gefahr im Verzuge ist, in der Regel vor ihrem Vollzuge zur Kenntnis zu bringen.

(3) Dem Rechnungshof obliegt außerdem die Überprüfung der Gebarung jener öffentlichen Fonds, Stiftungen und Anstalten, die von Bundesorganen verwaltet werden.

§ 2. (1) Bei Ausübung seiner Kontrolle gemäß § 1 hat der Rechnungshof festzustellen, ob die Gebarung den bestehenden Vorschriften entspricht, ferner ob sie im Rahmen der Gesetze und der auf Grund dieser Gesetze ergangenen Verordnungen wirtschaftlich, sparsam und zweckmäßig ist. Keinesfalls darf er sich auf die bloß ziffermäßige Nachprüfung beschränken.

(2) Der Rechnungshof ist verpflichtet, bei Ausübung dieser Kontrolle sowohl die Möglichkeit der Herabminderung oder Vermeidung von Ausgaben als auch der Erhöhung oder Schaffung von Einnahmen wahrzunehmen.

§ 3. (1) In Ausübung und zum Zwecke der ihm obliegenden Kontrolle verkehrt der Rechnungshof mit allen Dienststellen des Bundes unmittelbar.

(2) Er ist befugt:

1. von diesen Stellen jederzeit schriftlich oder im kurzen Wege alle ihm erforderlich scheinenden Auskünfte zu verlangen;
2. die Einsendung von Rechnungsbelegen und Behelfen (wie Geschäftsstücken, Korrespondenzen, Verträgen) zu verlangen;

3. durch seine Organe an Ort und Stelle in die mit der Gebarung im Zusammenhang stehenden Behelfe Einschau zu nehmen und

4. die Vornahme von Lokalerhebungen (wie Kassenprüfungen) bei einer Dienststelle durch die dieser vorgesetzte Verwaltungsbehörde zu veranlassen und an diesen Amtshandlungen durch seine Organe teilzunehmen sowie auch die Prüfung von Verlagskassen unter Beiziehung eines leitenden Beamten der betreffenden Dienststelle vorzunehmen.

§ 4. Die in § 3, Absatz 1, genannten Stellen haben die Anfragen des Rechnungshofes ohne Verzug vollinhaltlich und unmittelbar zu beantworten, alle abverlangten Auskünfte zu erteilen und jedem Verlangen zu entsprechen, das der Rechnungshof zum Zwecke der Durchführung der Kontrolle im einzelnen Falle stellt.

§ 5. Die Ergebnisse seiner Überprüfung und die hiebei erfolgten Beanstandungen hat der Rechnungshof den überprüften Stellen und den in Betracht kommenden Bundesministerien — letzteren auch allfällige aus diesem Anlaß sich ergebende Anträge — bekanntzugeben. Überdies kann er hierüber jederzeit unmittelbar unter allfälliger Antragstellung an den Nationalrat berichten.

§ 6. (1) Bei dem Wirtschaftskörper »Österreichische Bundesbahnen« hat der Rechnungshof die Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit der Gebarung und Einrichtung im ganzen oder hinsichtlich gewisser Teilgebiete, ferner die Richtigkeit der Jahresrechnung auf Grund Einsichtnahme in die Bücher und sonstigen Behelfe sowie durch Einholung von Aufklärungen zu prüfen.

(2) Die Überprüfung der Gebarung und Einrichtung hat jeweils nach Ablauf des Geschäftsjahres einzusetzen; der Rechnungshof hat die Ergebnisse dieser Überprüfung der Verwaltungskommission des Wirtschaftskörpers »Österreichische Bundesbahnen« sowie den zuständigen Bundesministern mitzuteilen.

(3) Die Überprüfung der Jahresrechnung ist vor Erteilung der vorschriftsmäßigen Entlastung vorzunehmen; der Rechnungshof hat über das Ergebnis binnen sechs Wochen nach Bereitstellung der abgeschlossenen Jahresrechnung der Verwaltungskommission des Wirtschaftskörpers »Österreichische Bundesbahnen« schriftlich Mitteilung zu machen.

(4) Unbeschadet der ihm gemäß Absätzen 1 bis 3 obliegenden Überprüfung hat der Rechnungshof auf Ersuchen der Bundesregierung oder des zuständigen Bundesministers auch besondere Akte der Überprüfung durchzuführen und das Ergebnis der ersuchenden Stelle mitzuteilen.

(5) Der Präsident des Rechnungshofes kann zu den Verhandlungen der Verwaltungskommission des Wirtschaftskörpers »Österreichische Bundesbahnen« fallweise oder ständig Vertreter mit beratender Stimme entsenden. Diese Vertreter haben das Recht, von der Verwaltungskommission die Behandlung bestimmter Gegenstände zu begehren. Sie können von der Verwaltungskommission und vom Vorstand jederzeit Auskünfte verlangen.

(6) Die Bestimmungen dieses Paragraphen haben sinngemäß auch auf andere wirtschaftliche Unternehmungen (Wirtschaftskörper) mit eigener Rechtspersönlichkeit Anwendung zu finden, die durch ein besonderes Gesetz geschaffen werden und die Bundesvermögen als Treuhänder zu verwalten haben oder für die der Bund eine Ausfallshaftung trägt.

§ 7. (1) Hinsichtlich sonstiger Unternehmungen, an denen der Bund finanziell beteiligt ist oder für die der Bund eine Ausfallshaftung trägt, hat der Rechnungshof die Betätigung des Bundes als Teilhaber oder Bürge derartiger Unternehmungen nach den folgenden Bestimmungen zu prüfen.

(2) Die Bundesministerien, die die Interessen des Bundes bei diesen Unternehmungen vertreten, haben die ihnen zukommenden Bilanzen und Rechnungen dieser Unternehmungen längstens binnen drei Monaten nach Einlangen dem Rechnungshof unter Mitteilung des Ergebnisses ihrer Prüfung zu übermitteln. Zugleich sind dem Rechnungshof die Berichte etwaiger Vertreter des Bundes in der Verwaltung dieser Unternehmungen bekanntzugeben und ist ihm alles etwa sonst noch erforderliche Aktenmaterial zur Verfügung zu halten.

(3) Der Rechnungshof führt die Prüfung an Hand der ihm gemäß Absatz 2 zugekommenen Unterlagen durch. Beträgt die Beteiligung des Bundes an einem Unternehmen mindestens ein Drittel des Grundkapitals, so ist der Rechnungshof zum Zwecke dieser Prüfung überdies befugt, Einsicht in die Bücher der Unternehmungen zu nehmen und allfällige Aufklärungen zu verlangen.

(4) Das Ergebnis seiner Prüfung hat der Rechnungshof dem Bundesministerium für Finanzen und dem zuständigen Bundesministerium mitzuteilen.

(5) Bestehen auf Grund des Gesetzes Treuhandstellen, die die Prüfung der Jahresrechnungen der im Absatz 1 genannten Unternehmungen vorzunehmen haben, so hat der Rechnungshof an der Überprüfung durch diese Treuhandstellen auf Grund des mit ihnen zu pflegenden Einvernehmens durch seine Organe teilzunehmen. Eine besondere Überprüfung durch den Rechnungshof gemäß den Absätzen 2 und 3 entfällt in diesem Falle.

(6) Die Gebarung von wirtschaftlichen Unternehmungen mit eigener Rechtspersönlichkeit, die der Bund allein betreibt oder an denen alle finanziellen Anteile dem Bund zustehen, unterliegt der Überprüfung durch den Rechnungshof unter sinngemäßer Anwendung des § 1, Absatz 1, und der §§ 2 bis 5. Die im vorhergehenden Absatz 5 vorgesehene Art der Prüfung entfällt in diesem Fall.

(7) Aus Anlaß der Überprüfung durch Organe des Rechnungshofes sowie bei Erstattung der Prüfungsberichte darf das Geschäfts- oder Betriebsgeheimnis der überprüften Unternehmungen nicht verletzt werden.

§ 8. (1) Der Rechnungshof ist befugt, seinen Kontrollmaßnahmen, insbesondere in den Fällen der §§ 6 und 7, Sachverständige zuzuziehen.

Die Auswahl dieser Sachverständigen hat nach Anhörung des beteiligten Bundesministeriums zu erfolgen. Die Sachverständigen sind für diese Tätigkeit bei Gericht zu beeiden.

(2) Die Sachverständigen sind zur Wahrung von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen verpflichtet, die ihnen vermöge dieser Tätigkeit zugänglich werden; § 11 des Bundesgesetzes vom 26. September 1923, B. G. Bl. Nr. 531, gegen den unlauteren Wettbewerb findet auf den Mißbrauch solcher Geheimnisse sinngemäß Anwendung.

### 2. Ordnung des Rechnungswesens.

§ 9. (1) Der Rechnungshof hat im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Finanzen für ein zweckmäßiges und möglichst einfaches Verrechnungsverfahren zu sorgen; insoweit hiebei die innere Einrichtung einer Dienststelle berührt werden könnte, hat der Rechnungshof auch im Einvernehmen mit dem zuständigen Bundesministerium vorzugehen.

(2) Die Bundesministerien dürfen grundsätzliche Anordnungen im Rechnungs- und Kassenwesen nur im Einvernehmen mit dem Rechnungshof und dem Bundesministerium für Finanzen treffen.

§ 10. (1) Hinsichtlich der Anwendung oder Auslegung von Verrechnungsvorschriften entscheidet im Falle von Meinungsverschiedenheiten der Rechnungshof.

(2) Bei Meinungsverschiedenheiten zwischen Bundesministerien, betreffend die Verrechnung einzelner Gebarungsfälle (Kreditbelastung), ist vorbehaltlich der Beschlußfassung des Nationalrates über den Rechnungsabschluß die Anschauung des Rechnungshofes ausschlaggebend.

§ 11. Der Rechnungshof hat Wahrnehmungen hinsichtlich der Organisation und der Ausübung des Rechnungsdienstes sowie hinsichtlich der Art der Leitung der den Rechnungsdienst versehenden Dienststellen dem zuständigen Bundesministerium mitzuteilen und entsprechende Anregungen zu geben.

### 3. Erstellung des Bundesrechnungsabschlusses.

### Nachweis der Bundesschulden.

§ 12. Der Rechnungshof bestimmt den Zeitpunkt und die Form der jährlichen Rechnungsablage. Er hat die ihm unmittelbar vorzulegenden Jahresrechnungen zu prüfen, vorgefundene Mängel im unmittelbaren Verkehr mit den rechnungslegenden Stellen zu beheben, den Bundesrechnungsabschluß zu verfassen und diesen mit eingehendem Bericht spätestens acht Wochen vor Ablauf des nächstfolgenden Finanzjahres dem Nationalrat zur verfassungsmäßigen Behandlung vorzulegen. Dieser Bericht hat auch die Ergebnisse der Gebarungskontrolle gemäß den §§ 1 und 6, Absatz 3, zu erörtern.

§ 13. Zugleich mit dem Bundesrechnungsabschluß hat der Rechnungshof dem Nationalrat jährlich einen Nachweis über den Stand der Bundesschulden vorzulegen.

4. Gegenzeichnung der Schuldurkunden des Bundes.

§ 14. (1) Der Präsident des Rechnungshofes, in dessen Verhinderung sein Stellvertreter (Artikel 124 des Bundes-Verfassungsgesetzes), hat alle vom Bundesminister für Finanzen ausgestellten Urkunden über Bundesschulden gegenzuzeichnen.

(2) Die Gegenzeichnung gewährleistet dem Gläubiger des Bundes lediglich die Gesetzmäßigkeit der Schuldaufnahme und die rechnungsmäßige Richtigkeit der Gebarung, das ist die ordnungsmäßige Eintragung in das Hauptbuch der Bundesschulden.

## II. Abschnitt.

## Aufgaben des Rechnungshofes hinsichtlich der Gebarung des selbständigen Wirkungskreises der Länder und Gemeinden.

1. Länder.

§ 15. (1) Der Rechnungshof hat die Gebarung der Länder zu überprüfen. Die Überprüfung hat sich auf die ziffermäßige Richtigkeit, die Übereinstimmung mit den bestehenden Vorschriften, ferner die Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit der Gebarung zu erstrecken. Die Überprüfung hat jedoch nicht auch die für die Gebarung maßgebenden Beschlüsse der verfassungsgemäß zuständigen Vertretungskörper zu umfassen. Der Rechnungshof ist bei dieser Tätigkeit unter sinngemäßer Anwendung der Artikel 126 a, 126 b und 126 c des Bundes-Verfassungsgesetzes als Organ des betreffenden Landtages tätig, dem der Präsident des Rechnungshofes in bezug auf diese Überprüfung verantwortlich ist (Artikel 142, Absatz 2, lit. c, des Bundes-Verfassungsgesetzes). Die nach Artikel 126 a des Bundes-Verfassungsgesetzes der Bundesregierung oder einem Bundesminister zustehenden Rechte stehen bezüglich der Gebarungskontrolle gegenüber dem Land der Landesregierung oder dem Landeshauptmann zu (Artikel 127, Absatz 1, des Bundes-Verfassungsgesetzes).

(2) Jede Landesregierung hat alljährlich eine oder mehrere mit den besonderen Verhältnissen des Landes vertraute Personen, die nicht der Landesregierung angehören dürfen, dem Rechnungshof namhaft zu machen, die diesen bei Durchführung seiner auf das Land bezüglichen Tätigkeit zu unterstützen haben. Der Rechnungshof ist gehalten, allen Amtshandlungen, die er hinsichtlich der Gebarung eines Landes vornimmt, insbesondere den an Ort und Stelle vorzunehmenden Überprüfungen, den in Betracht kommenden Beauftragten des Landes zuzuziehen (Artikel 127, Absatz 2, des Bundes-Verfassungsgesetzes).

(3) Ebenso hat der Rechnungshof in allen Fällen, in denen er über Kontrollergebnisse an den Landtag zu berichten beabsichtigt, diese Berichte vorher dem in Betracht kommenden Beauftragten des Landes und überdies, wenn das betreffende Land eine eigene Kontrollstelle besitzt, deren Vorstande mitzuteilen. Dem Beauftragten sowie dem

Vorstande der eben erwähnten Kontrollstelle des Landes steht eine Frist von drei Wochen zur Äußerung offen (Artikel 127, Absatz 3, des Bundes-Verfassungsgesetzes).

(4) Für die Zwecke der im Absatz 1 vorgesehenen Überprüfung haben die Landesregierungen die jährlichen Rechnungsabschlüsse über die Gebarung im selbständigen Wirkungsbereich der Länder zeitgerecht dem Rechnungshof zu übermitteln (Artikel 127, Absatz 4, des Bundes-Verfassungsgesetzes).

(5) Der Rechnungshof hat die Rechnungsabschlüsse auf Grund Einsichtnahme an Ort und Stelle in die Bücher und sonstigen mit der Gebarung im Zusammenhang stehenden Belege zu überprüfen und das Ergebnis der Überprüfung der Landesregierung mitzuteilen. Die Landesregierung legt den Bericht über das Ergebnis der Überprüfung dem Landtage zugleich mit dem Landesrechnungsabschluß vor (Artikel 127, Absatz 5, des Bundes-Verfassungsgesetzes).

(6) Die Überprüfung des Rechnungsabschlusses hat der Rechnungshof binnen vier Monaten nach dessen Einlangen durchzuführen und das Ergebnis der Überprüfung innerhalb dieser Frist der Landesregierung mitzuteilen; auch hat er das Ergebnis der Gebarungsprüfung der Bundesregierung zur Kenntnis zu bringen.

§ 16. (1) Unternehmungen, die das Land allein betreibt, unterliegen der Überprüfung durch den Rechnungshof wie die übrige Gebarung des Landes, wenn sie in der Privatwirtschaft des betreffenden Landes keine Konkurrenz haben. Unternehmungen, die das Land allein betreibt, die jedoch in der Privatwirtschaft des betreffenden Landes Konkurrenz haben, hat der Rechnungshof nur auf Ersuchen der Landesregierung zu überprüfen.

(2) Hinsichtlich Unternehmungen, an denen das Land finanziell beteiligt ist oder für die es eine Ausfallshaftung trägt, hat der Rechnungshof die Betätigung des Landes als Teilhaber oder Bürge derartiger Unternehmungen auf Ersuchen der Landesregierung zu überprüfen und das Ergebnis seiner Prüfung der Landesregierung mitzuteilen.

(3) Für die Überprüfung gemäß Absatz 2 sind die im § 7, Absätze 2, 3 und 7, niedergelegten Grundsätze sinngemäß anzuwenden. Hiebei kann der Rechnungshof Sachverständige zuziehen, deren Auswahl nach Anhörung der Landesregierung zu erfolgen hat. Die Sachverständigen sind für diese Tätigkeit bei Gericht zu beeiden; für sie gelten die Bestimmungen des § 8, Absatz 2.

(4) Der Rechnungshof hat das Ergebnis seiner gemäß den Bestimmungen der Absätze 1 bis 3 vorgenommenen Gebarungsprüfung auch der Bundesregierung zur Kenntnis zu bringen.

§ 17. Die Bestimmungen der §§ 15 und 16 gelten auch für die Überprüfung der Gebarung (Landes- und Gemeindegebarung) der Bundeshauptstadt Wien mit der Maßgabe, daß an Stelle des Landtages der Gemeinderat, an Stelle der Landesregierung der Stadtsenat und an Stelle des Landeshauptmannes der Bürgermeister zu treten hat (Artikel 127, Absatz 8, des Bundes-Verfassungsgesetzes).

2. Gemeinden.

§ 17 a. (1) Die Gebarung der Gemeinden mit über 20 000 Einwohnern (Städte, Ortsgemeinden) unterliegt der Überprüfung durch den Rechnungshof. Die Überprüfung hat sich auf die ziffermäßige Richtigkeit, die Übereinstimmung mit den bestehenden Vorschriften, ferner die Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit der Gebarung zu erstrecken. Der Rechnungshof übt diese Überprüfung als Organ des zuständigen Landtages aus, dem der Präsident des Rechnungshofes in bezug auf diese Überprüfung verantwortlich ist (Artikel 127 a, Absatz 1, des Bundes-Verfassungsgesetzes).

(2) Der Rechnungshof ist befugt, durch Einschau an Ort und Stelle in die Bücher und die sonstigen mit der Gebarung im Zusammenhang stehenden Belge die Gebarung im ganzen oder hinsichtlich gewisser Teilgebiete zu überprüfen. Unbeschadet seiner Überprüfungstätigkeit auf Grund der vorstehenden Bestimmungen hat der Rechnungshof auf begründetes Ersuchen der zuständigen Landesregierung besondere, in seinen Wirkungsbereich fallende Akte der Gebarungsüberprüfung bei den im Absatz 1 bezeichneten Gemeinden durchzuführen und das Ergebnis der Landesregierung mitzuteilen (Artikel 127 a, Absatz 2, des Bundes-Verfassungsgesetzes).

(3) Auf die Überprüfung der Gemeindegebarung sind die Bestimmungen des § 15, Absätze 2 bis 4, mit der Maßgabe sinngemäß anzuwenden, daß an Stelle der in den Absätzen 2 und 3 genannten Beauftragten des Landes solche der Gemeinde treten. Zum Zwecke seiner Überprüfung ist der Rechnungshof jederzeit befugt, vom Gemeindevorstande alle erforderlichen Auskünfte, ferner die Ausfolgung der benötigten Rechnungsbelege und sonstigen Behelfe sowie die Vornahme von Lokalerhebungen (wie Kassenprüfungen), letztere unter Teilnahme seiner Organe, zu verlangen.

(4) Das Ergebnis seiner Überprüfung hat der Rechnungshof dem Gemeindevorstand sowie der zuständigen Landesregierung, letzterer zusammen mit den seitens des Gemeindevorstandes hiezu allenfalls gemachten Äußerungen, mitzuteilen. Die Landesregierung bringt die Vorlage des Rechnungshofes dem Landtag zur Kenntnis (Artikel 127 a, Absatz 4, des Bundes-Verfassungsgesetzes).

(5) Unternehmungen, die eine Gemeinde allein betreibt, unterliegen der Überprüfung durch den Rechnungshof wie die übrige Gebarung der Gemeinde, wenn sie in der Privatwirtschaft der betreffenden Gemeinde keine Konkurrenz haben. Unternehmungen, die eine Gemeinde allein betreibt, die jedoch in der Privatwirtschaft der betreffenden Gemeinde Konkurrenz haben, hat der Rechnungshof nur auf Ersuchen der zuständigen Landesregierung zu überprüfen.

(6) Hinsichtlich Unternehmungen, an denen eine Gemeinde finanziell beteiligt ist oder für die sie eine Ausfallshaftung trägt, hat der Rechnungshof die Betätigung der Gemeinde als Teilhaber oder Bürge derartiger Unternehmungen auf Ersuchen der zuständigen Landesregierung zu überprüfen und das Ergebnis seiner Prüfung unter Einhaltung des im

Absatz 4 angeordneten Vorganges der Landesregierung mitzuteilen. Die Bestimmungen des § 7, Absätze 2, 3 und 7, ferner des § 16, Absatz 3, zweiter und dritter Satz, sind sinngemäß anzuwenden.

(7) Der Rechnungshof hat auf begründetes Ersuchen der zuständigen Landesregierung auch die Gebarung von Gemeinden mit weniger als 20 000 Einwohnern fallweise zu überprüfen und das Ergebnis dieser Überprüfung der Landesregierung mitzuteilen (Artikel 127 a, Absatz 6, des Bundes-Verfassungsgesetzes).

(8) Der Rechnungshof hat die Ergebnisse einer gemäß den vorstehenden Bestimmungen bei Gemeinden vorgenommenen Gebarungsüberprüfung auch der Bundesregierung zur Kenntnis zu bringen.

## III. Abschnitt.

### Die Stellung des Rechnungshofes und seines Präsidenten.

§ 18. Der Präsident des Rechnungshofes wird vor Antritt seines Amtes vom Bundespräsidenten angelobt. Seine Bestallungsurkunde wird vom Bundespräsidenten mit dem Tage der Angelobung ausgefertigt und vom Bundeskanzler gegengezeichnet. Er ist in den Bezügen den Bundesministern gleichgestellt.

§ 19. Alle Personalangelegenheiten der Angestellten des Rechnungshofes werden, vorbehaltlich der dem Bundespräsidenten zustehenden Befugnisse, vom Präsidenten des Rechnungshofes nach den für die Bundesangestellten sonst geltenden Vorschriften geführt.

§ 20. (1) Der Präsident des Rechnungshofes verkehrt mit dem Nationalrat und dessen Ausschüssen unmittelbar, und zwar selbst oder durch die von ihm entsendeten Vertreter.

(2) Er ist verpflichtet, über Gegenstände seines Wirkungsbereiches dem Nationalrat und dessen Ausschüssen jederzeit Auskünfte zu erteilen.

§ 21. Der Präsident des Rechnungshofes oder sein Stellvertreter ist den Beratungen der Bundesregierung mit beratender Stimme zuzuziehen:

1. wenn Gegenstände erörtert werden, die die Sicherstellung, Ausübung und die Ergebnisse der Gebarungskontrolle, Fragen der Verrechnung und der Rechnungslegung oder die Mitwirkung des Rechnungshofes beim staatlichen Schuldendienst betreffen oder auf Anregung des Rechnungshofes zur Verhandlung gelangen;

2. wenn Personalangelegenheiten der Angestellten des Rechnungshofes oder solche allgemeiner Natur zur Verhandlung gelangen, die sich auch auf die Angestellten des Rechnungshofes erstrecken.

## IV. Abschnitt.

### Schlußbestimmungen.

§ 22. Die den ehemaligen Obersten Rechnungshof betreffenden Bestimmungen der Kaiserlichen Verordnung vom 21. November 1866, R. G. Bl. Nr. 140, sowie die mit dieser Kaiserlichen Verordnung kund-

gemachte Geschäftsordnung des ehemaligen Obersten Rechnungshofes, ferner das Gesetz vom 6. Februar 1919, St. G. Bl. Nr. 85, über den Staatsrechnungshof, treten außer Kraft.

§ 23. (1) Mit der Vollziehung dieses Gesetzes, das am 1. Oktober 1925 in Kraft tritt, wird die Bundesregierung betraut, die hiebei das Einvernehmen mit dem Präsidenten des Rechnungshofes zu pflegen hat.

(2) Soweit es sich um die Organisation des Rechnungshofes handelt, ist das Gesetz durch den Präsidenten des Rechnungshofes zu vollziehen.

## H. Sonstige Vorschriften.

### 20. Bundesgesetz vom 20. Dezember 1929, womit einige Bestimmungen des Strafgesetzes, des Preßgesetzes und des Einführungsgesetzes zur Strafprozeßordnung abgeändert werden (Strafgesetznovelle 1929).

**20. Dezember 1929 (Bundesgesetzblatt für die Republik Oesterreich Nr. 440) [1].**

Der Nationalrat hat beschlossen:

*Artikel I.* Das Strafgesetz vom 27. Mai 1852, R. G. Bl. Nr. 117, wird durch folgende Bestimmungen abgeändert und ergänzt:

1. Der § 493 und seine Überschrift haben zu lauten:

»Strafe.

§ 493. Alle in den §§ 487 bis 492 bezeichneten Ehrenbeleidigungen sind als Übertretungen mit Arrest von einer Woche bis zu drei Monaten [2], wenn sie aber durch Druckschriften begangen werden, mit Arrest von einem bis zu sechs Monaten [3] zu bestrafen.

Die Strafe verwirkt nicht bloß der erste Urheber, sondern auch jeder, der eine solche Ehrenbeleidigung weiterzuverbreiten sucht.«

2. Der § 495 und seine Überschrift haben zu lauten:

»Berechtigung zur Anklage.

§ 495. Die in den §§ 487 bis 494 mit Strafe bedrohten Ehrenbeleidigungen werden von Amts wegen verfolgt, wenn sie gegen den Bundespräsidenten, gegen den Nationalrat, den Bundesrat, die Bundesversammlung oder einen Landtag, gegen das Bundesheer, eine selbständige Abteilung des Bundesheeres oder gegen eine öffentliche Behörde gerichtet sind. Zur Verfolgung ist die Zustimmung der beleidigten Person, Körperschaft oder Behörde, zur Verfolgung wegen einer Beleidigung des Bundesheeres oder einer selbständigen Abteilung des Bundesheeres

[1] Dazu Weiser, Die Strafgesetznovelle 1929. Wien 1930; Kläger, Kommentar zu den neuen Preßgesetzbestimmungen und gesetzlichen Neuerungen der Strafrechtsnovelle 1929. Wien 1930; Schuch, Die Strafgesetznovelle vom Jahre 1929, in Juristische Blätter 59 (1930) S. 221 ff.; Lohsing, Der Kampf gegen das Preßgesetz, ebenda 60 (1931) S. 72 ff., 94 ff.; Langer, Preßgesetzreform in Gerichtszeitung 8 (1931) S. 51 ff.

[2] Bisher 1—6 Monate.

[3] Bisher als Vergehen mit 6 Monaten bis 1 Jahr strafbar.

die Zustimmung des Bundesministers für Heereswesen einzuholen. In allen übrigen Fällen findet die Untersuchung und Bestrafung nur auf Verlangen des beleidigten Teiles statt.

Ist jedoch der Angriff gegen einen öffentlichen Beamten oder Diener, gegen einen Heeresangehörigen des Präsenzdienstes oder einen Seelsorger in Beziehung auf Berufshandlungen gerichtet und in einer Druckschrift veröffentlicht worden, so kann auch der Staatsanwalt mit Zustimmung des Beleidigten oder, wenn dieser nicht vernommen werden kann, mit Zustimmung der ihm vorgesetzten Behörde innerhalb der im § 530 bestimmten Frist im öffentlichen Interesse die Anklage erheben. Dem Beleidigten steht jederzeit das Recht zu, sich der vom Staatsanwalt erhobenen Anklage anzuschließen.

War der Angriff gegen den Ruf eines Verstorbenen gerichtet, so sind dessen Blutsverwandte, Ehegatte, Wahl- und Zieheltern, Wahl- und Ziehkinder, Mündel oder Verschwägerte in auf- und absteigender Linie, die Geschwister des Ehegenossen und die Ehegenossen der Geschwister berechtigt, zum Schutze des Andenkens des Verstorbenen die strafgerichtliche Verfolgung zu begehren.«

3. Im § 496 haben die Worte »auf Verlangen des beleidigten Teiles« zu entfallen. Als zweiter Absatz ist dem § 496 folgende Bestimmung anzufügen:

»Die Bestimmungen des ersten Absatzes des § 495 gelten auch für öffentliche Beschimpfungen und Mißhandlungen«[1]).

*Artikel II.* (1) Wird einer der in den §§ 487, 488, 491 und 496 St. G. bezeichneten Angriffe gegen eine Zeitung gerichtet, ohne daß erkennbar ist, auf welche an der Herstellung der Zeitung beteiligte Person der Angriff abzielt, so ist der Herausgeber der Zeitung berechtigt, die Anklage zu erheben.

(2) Wird in einem solchen Falle das Strafverfahren auf andere Weise als durch ein verurteilendes Erkenntnis beendigt, so haftet der Zeitungsunternehmer (Eigentümer) und im Falle eines Wechsels in der Person des Eigentümers (§ 5 des Preßgesetzes) auch der neue Eigentümer für die Kosten des Strafverfahrens zur ungeteilten Hand mit dem Privatankläger.

*Artikel III.* Das Bundesgesetz vom 7. April 1922, B. G. Bl. Nr. 218, über die Presse wird durch folgende Bestimmungen abgeändert und ergänzt:

1. Der erste Absatz des § 5 hat zu lauten:

»(1) Hat jemand mehrere nach diesem Gesetze strafbare, mit Geldstrafe zu ahndende Übertretungen oder hat er eine solche Übertretung mehrmals begangen, so ist für jede Handlung eine gesonderte Geldstrafe zu verhängen. Die Summe der Geldstrafen kann die höchste im Gesetz angedrohte Strafe übersteigen. Das gleiche gilt von Freiheits-

[1]) Die Neufassung der §§ 495, 496 vereinigt und vervollständigt die bisher in §§ 495, 496 des Strafgesetzes und Art. V der Strafgesetznovelle vom 17. Dezember 1862 (jetzt aufgehoben durch Art. X Abs. 1 der Strafrechtsnovelle 1929) enthaltenen Vorschriften.

strafen, die an die Stelle uneinbringlicher Geldstrafen treten; ihre Gesamtdauer darf jedoch nicht mehr betragen als ein Jahr.«

2. Im zweiten Absatz des § 5 treten an die Stelle des letzten Satzes folgende Bestimmungen: »Wenn nach der Fällung des Urteils, womit die Haftung ausgesprochen wird, in der Person des Eigentümers ein Wechsel eintritt, haftet der neue Eigentümer zur ungeteilten Hand mit dem früheren. Für die gegen den Herausgeber verhängten Geldstrafen und für die Kosten eines gegen ihn durchgeführten Strafverfahrens haftet auch der Eigentümer (Zeitungsunternehmer)« [1]).

3. Der vierte Absatz des § 30 hat zu lauten:

»(4) Die Vernachlässigung der pflichtmäßigen Sorgfalt [2]) ist als Übertretung mit Geldstrafe bis zu 2500 S [3]), wenn aber der Inhalt des Druckwerkes ein Verbrechen begründet, mit Arrest von drei Tagen bis zu drei Monaten zu bestrafen.«

4. Zwischen den fünften und sechsten Absatz des § 30 ist folgender Absatz einzuschalten:

»(6) Begründet der Inhalt des Druckwerkes eine Ehrenbeleidigung (§§ 487 bis 494 St. G.) und hat die für den Inhalt verantwortliche Person die Wahrheit der in dem Druckwerk enthaltenen Angaben oder entehrende Handlungen des Geschmähten behauptet, die die Schmähung begründen sollten, diese ihre Behauptung aber nicht bewiesen, so ist auf Verlangen des Beleidigten neben der Strafe wegen Vernachlässigung der pflichtmäßigen Sorgfalt auf eine an den Beleidigten zu entrichtende, vom Gerichte nach freiem, durch die Würdigung aller Umstände geleiteten Ermessen zu bestimmende Geldbuße bis zu dem Betrage von 10 000 S zu erkennen. Für die einem verantwortlichen Schriftleiter auferlegte Geldbuße haften der Herausgeber und der Eigentümer (Zeitungsunternehmer), im Falle eines Wechsels in der Person des Eigentümers (§ 5) auch der neue Eigentümer zur ungeteilten Hand mit dem Verurteilten« [4]).

Der bisherige Absatz (6) erhält die Bezeichnung (7).

5. Der zweite Absatz des § 41 hat zu lauten:

»(2) Bei einer Verurteilung wegen des Vergehens nach § 516 St. G. kann [5]) auch auf die Unbrauchbarmachung der zur Herstellung des Druckwerkes dienenden Platten und Formen erkannt werden.«

---

[1]) Der Artikel 5 lautete bisher:

§ 5. (1) Sind mehrere Geldstrafen nach diesem Gesetze verwirkt, so ist auf jede gesondert zu erkennen. Das gleiche gilt von Freiheitsstrafen, die an die Stelle uneinbringlicher Geldstrafen treten; ihre Gesamtdauer darf ein Jahr nicht übersteigen.

(2) Für Geldstrafen, die wegen Übertretung der Ordnungsvorschriften oder wegen einer durch den Inhalt einer Zeitung begangenen strafbaren Handlung verhängt werden, und für die Kosten des Strafverfahrens haften der Herausgeber und der Eigentümer (Zeitungsunternehmer) zur ungeteilten Hand mit dem Verurteilten. Für die gegen den Herausgeber verhängten Geldstrafen haftet auch der Eigentümer (Zeitungsunternehmer).

[2]) Des verantwortlichen Schriftleiters einer Zeitung oder der auf einem Aushang oder Anschlag nach § 16 anzugebenden verantwortlichen Person, wenn der Inhalt des Druckwerkes eine strafbare Handlung begründet.

[3]) bisher 9—90 S.

[4]) Diese Bestimmung bringt neues Recht.

[5]) Bisher: »..... ist ... zu erkennen.«

*Artikel IV.* Wer für sich oder einen anderen einen unrechtmäßigen Vermögensvorteil verlangt, sich versprechen läßt oder annimmt, damit in einer Zeitung eine bestimmte Mitteilung tatsächlicher Art nicht veröffentlicht werde, wird, wenn sich darin nicht eine schwerer verpönte strafbare Handlung darstellt, wegen Vergehens mit strengem Arrest von drei Monaten bis zu einem Jahr bestraft.

*Artikel V.* (1) Wer in einem Druckwerk eine unwahre Behauptung tatsächlicher Art aufstellt oder verbreitet, die durch die darin enthaltene Unwahrheit geeignet ist, den Kredit, den Erwerb oder das berufliche Fortkommen eines anderen zu schädigen, wird, wenn die Handlung nicht nach § 8 des Bundesgesetzes vom 26. September 1923, B. G. Bl. Nr. 531, gegen den unlauteren Wettbewerb zu ahnden ist, vom Gerichte wegen Übertretung mit Arrest von einem bis zu drei Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 2500 S bestraft. Beide Strafen können auch nebeneinander verhängt werden.

(2) Die Verfolgung findet nur auf Verlangen des Betroffenen statt.

*Artikel VI.* (1) Wer wissentlich eine Schrift, Abbildung oder andere Darstellungen, die unzüchtig oder doch geeignet ist, das Geschlechtsgefühl der Jugend zu überreizen oder irrezuleiten, einer Person unter 16 Jahren gegen Entgelt anbietet oder überläßt oder, wenn auch ohne Entgelt, auf solche Weise ausstellt, anschlägt oder sonst verbreitet, daß dadurch der anstößige Inhalt auch einem größeren Kreise von Personen unter 16 Jahren zugänglich wird, wird, sofern sich darin nicht eine schwerer verpönte strafbare Handlung darstellt, vom Gerichte wegen Übertretung mit einfachem oder strengem Arrest von einem bis zu drei Monaten bestraft.

(2) Ebenso wird bestraft, wer wissentlich einer Person unter 16 Jahren gegen Entgelt ein Laufbild vorführt, das unzüchtig oder doch geeignet ist, das Geschlechtsgefühl der Jugend zu überreizen oder irrezuleiten.

(3) Im Strafurteil sind die Stücke des Werkes, die den Gegenstand der strafbaren Handlung gebildet haben, für verfallen zu erklären, gleichviel, ob sie dem Verurteilten gehören oder nicht.

(4) Ist die Verfolgung einer bestimmten Person nicht durchführbar oder ihre Verurteilung aus Gründen, die eine Bestrafung ausschließen, nicht möglich, so ist auf Antrag des Anklägers im freisprechenden Urteil oder durch besonderen Beschluß auf den Verfall zu erkennen.

*Artikel VII.* Wer öffentlich eine Ankündigung erläßt, die bestimmt ist, unzüchtigen Verkehr herbeizuführen, wird vom Gerichte wegen Übertretung mit Arrest von einem bis zu drei Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 2500 S bestraft. Beide Strafen können auch nebeneinander verhängt werden.

*Artikel VIII.* Der Artikel VIII des Gesetzes vom 17. Dezember 1862, R. G. Bl. Nr. 8 vom Jahre 1863, hat zu lauten [1]):

[1]) Der Artikel VIII lautete bisher:

Art. VIII. Wer sich aus Anlaß einer noch im Zuge befindlichen Strafverhandlung in Druckschriften Erörterungen über die Kraft der Beweismittel, die Aufstellung von

»Wer in einer Druckschrift den vermutlichen Ausgang eines Strafverfahrens oder den Wert eines Beweismittels vor dem Urteil der ersten Instanz erörtert, macht sich eines Vergehens schuldig und ist mit Arrest von einem bis zu drei Monaten zu bestrafen.«

*Artikel IX.* Die Ziffer 1 des Artikels VI des Gesetzes vom 23. Mai 1873, R. G. Bl. Nr. 119, betreffend die Einführung einer Strafprozeßordnung, wird aufgehoben [1]).

*Artikel X.* (1) Dieses Gesetz tritt am 1. Jänner 1930 in Kraft. Gleichzeitig verliert Artikel V der Strafgesetznovelle vom 17. Dezember 1862, R. G. Bl. Nr. 8 vom Jahre 1863, seine Wirksamkeit [2]).

(2) Die Berechtigung zur Anklage und das Erfordernis der Zustimmung richten sich, auch wenn die strafbare Handlung vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes begangen worden ist, nach den neuen Vorschriften; doch kann die öffentliche Anklage wegen einer früher nur auf Privatanklage verfolgbaren Handlung nicht mehr erhoben werden, wenn die Handlung schon vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes unverfolgbar geworden war.

(3) Die zur Zeit des Inkrafttretens dieses Gesetzes anhängigen Strafsachen sind von dem Gerichte zu Ende zu führen, das nach den bisher geltenden Vorschriften zuständig ist.

(4) Die Bestimmung der Z. 4 des Artikels III findet auch auf strafbare Handlungen Anwendung, die vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes begangen worden sind. Ist das Verfahren bereits anhängig, so ist jedoch auf Geldbuße nur zu erkennen, wenn die verantwortliche Person die durch den Wahrheitsbeweis zu erhärtende Behauptung nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes aufgestellt oder aufrechterhalten hat.

(5) Mit der Vollziehung dieses Gesetzes ist der Bundesminister für Justiz betraut.

*Anmerkung*: Die Bestimmungen der Strafgesetznovelle lassen sich ihrer sachlichen Bedeutung nach unter drei Gesichtspunkten zusammenfassen:

1. Verstärkung des Schutzes der Ehre gegenüber Beleidigungen, insbesondere bei Begehung durch Druckwerke. Hierher gehören: a) Neuredigierung der Vorschriften über die Berechtigung zur Anklage bei Ehrenbeleidigungen, Änderungen des Strafmaßes für Ehrenbeleidi-

---

Vermutungen über den Ausgang der Verhandlung oder Entstellungen der Ergebnisse des Prozesses erlaubt, welche auf die öffentliche Meinung einen dem Ausspruche des Gerichtes vorgreifenden Einfluß zu nehmen geeignet sind, macht sich eines Vergehens schuldig und ist zu Arrest von einem bis zu drei Monaten zu verurteilen.

[1]) Der Art. VI Z. 1 lautete: Vor die Geschworenengerichte gehört die Hauptverhandlung über alle Anklagen:

»1. wegen der durch den Inhalt einer Druckschrift verübten Vergehen und Verbrechen«.

Durch den Art. X kommt also die Zuweisung *aller* Preßvergehen an die Schwurgerichte in Fortfall; nur dann bleibt die Zuständigkeit der Schwurgerichte erhalten, wenn durch den Inhalt der Druckschrift ein politisches Vergehen im Sinne des Art. VI Z. 2 (Hochverrat usw.) begangen ist.

[2]) Vgl. die Anm. zu Art. I Ziff. 3 (S. 677).

gungen und Preßvergehen (Art. I, III Ziff. 1, 2, 3, VIII des Gesetzes); b) Einführung der Befugnis des Beleidigten, bei Beleidigungen durch die Presse im Falle des Mißlingens des dem Angeklagten obliegenden Wahrheitsbeweises von diesem — und zwar, falls es sich um einen verantwortlichen Schriftleiter handelt, unter Mithaftung des Zeitungsunternehmers — eine Buße bis zu 10 000 S zu verlangen (Art. III Ziff. 4); c) Einführung eines Ehrenschutzes für die Zeitung als Unternehmen (Art. II); d) Beseitigung der Zuweisung der Aburteilung aller Preßdelikte an das Schwurgericht (Art. IX).

2. Vorschriften gegen den Mißbrauch der Presse.

Hierher gehören: a) Einführung einer Strafbestimmung gegen die »Revolverpresse«, d. h. gegen den noch nicht als strafbare Erpressung zu qualifizierenden, aber auch bisher schon standeswidrigen Tatbestand der Forderung oder Annahme von Schweigegeldern für Nichtveröffentlichung von (kompromittierenden) Mitteilungen (Art. IV); b) Einführung des Straftatbestandes der »Kreditverleumdung«, d. h. der wirtschaftlichen Schädigung durch unwahre Behauptungen in Druckwerken (Art. V); c) Neufassung der Strafvorschrift gegen Prozeßbeeinflussung durch die Presse (Art. VIII).

3. Vorschriften gegen die Zugänglichmachung von Schmutz und Schund in Schriften oder Filmen an Jugendliche unter 16 Jahren (Art. VI). Daran sind noch zwei Bestimmungen des Sittlichkeitsstrafrechts angefügt (Art. III Ziff. 5 und Art. VII).

## 21. Bundesgesetz vom 5. April 1930 zum Schutz der Arbeits- und der Versammlungsfreiheit.

**5. April 1930 (Bundesgesetzblatt für die Republik Oesterreich Nr. 113) [1].**

Der Nationalrat hat beschlossen:

§ 1. (1) Bestimmungen in kollektiven Arbeitsverträgen und anderen Gesamtvereinbarungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern sind nichtig, wenn sie unmittelbar oder mittelbar

a) bewirken sollen, daß in einem Betrieb nur Angehörige einer bestimmten Berufsvereinigung oder anderen freiwilligen Vereinigung beschäftigt werden;

b) verhindern sollen, daß in einem Betrieb Personen beschäftigt werden, die keiner Berufsvereinigung oder die einer bestimmten

[1]) Dazu Heindl, »Antiterrorgesetz«, i. Zeitschr. f. Soziales Recht 2 (1929/30) S. 43 ff.; Ders., Das Gesetz zum Schutze der Arbeits- und Versammlungsfreiheit, ebenda S. 186 ff.; Lederer, Das Gesetz zum Schutz der Arbeits- und Versammlungsfreiheit, in Juristische Blätter 59 (1930) S. 201 ff.; Eugen Margarétha, Das Antiterrorgesetz, in Österreichische Richterzeitung 23 (1930) S. 103 ff.; Höller, Das Antiterrorgesetz und seine Bedeutung für das österreichische Arbeitsrecht, ebenda S. 106 ff.; Weißhopf, Das Gesetz zum Schutz der Arbeits- und Versammlungsfreiheit und das Kollektivvertragsrecht, in Gerichts-Zeitung 81 (1930) S. 132 ff.; Malaniuk, Die strafrechtlichen Bestimmungen des Bundesgesetzes vom 5. April 1930, ebenda S. 139 ff.

Berufsvereinigung oder anderen freiwilligen Vereinigung angehören.

(2) Die Bestimmung des Absatzes 1 findet auf Vereinbarungen, die sich auf land- und forstwirtschaftliche Arbeiter beziehen, nicht unmittelbar Anwendung, gilt aber als grundsätzliche Vorschrift, deren Ausführung der Landesgesetzgebung obliegt (Artikel 12, Absatz 1, Z. 4, des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929), auch für solche Vereinbarungen [1]).

§ 2. (1) Dem Arbeitgeber ist es untersagt, Vereins-, Gewerkschafts- oder Parteibeiträge und Spenden von dem dem Arbeitnehmer gebührenden Entgelt abzuziehen oder bei der Auszahlung des Entgeltes in Empfang zu nehmen. Diesem Verbote unterliegen nicht Beiträge und Spenden für Wohlfahrtseinrichtungen in einem Betriebe, die Zwecken der Versorgung, der Hilfeleistung in Notfällen und Notständen, der Beihilfe für Urlaube und der Entschädigung für den Verdienstentgang an arbeitsfreien Tagen gewidmet und ausschließlich für Personen, die dem Betrieb angehören oder angehört haben, oder für deren Familienmitglieder bestimmt sind, sofern die Leistungen dieser Wohlfahrtseinrichtungen den angeführten Personen ohne Unterschied ihrer Zugehörigkeit zu einer bestimmten Partei oder Berufsvereinigung nach gleichen Grundsätzen gewährt werden. Sofern es sich nicht um satzungsgemäß geregelte Wohlfahrtseinrichtungen handelt, hat jeder Betriebsangehörige das Recht, in die Verwaltung und Verrechnung dieser Abzüge und Spenden Einsicht zu nehmen. Der Arbeitnehmer kann verbotswidrig abgezogene oder in Empfang genommene Beträge vom Arbeitgeber binnen drei Jahren zurückfordern.

(2) Vereinbarungen, die den Bestimmungen des ersten Absatzes widersprechen oder sonst eine Mitwirkung des Arbeitgebers bei der Entrichtung der im ersten Satze dieses Paragraphen genannten Leistungen bezwecken, sind nichtig.

(3) Als Arbeitnehmer im Sinne des Absatzes 1 sind auch die Angestellten öffentlich-rechtlicher Körperschaften anzusehen, selbst wenn sie mit behördlichen Aufgaben betraut sind. Doch sind die Vorschriften der Absätze 1 und 2 auf das Entgelt der im Artikel 12, Absatz 1, Z. 9, des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929 genannten Personen [2]) nur als grundsätzliche Vorschriften, deren Ausführung der Landesgesetzgebung obliegt, auf das Entgelt der Personen aber, deren Dienstrecht nach Artikel 15 des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929 ausschließlich durch die Landesgesetzgebung geregelt wird, überhaupt nicht anzuwenden. Die Regelung bezüglich des

[1]) Art. 12 Abs. 1 Z. 4 BVG. lautet: »Bundessache ist die Gesetzgebung über die Grundsätze, Landessache die Erlassung von Ausführungsgesetzen und die Vollziehung in folgenden Angelegenheiten:

4. Arbeiterrecht sowie Arbeiter- und Angestelltenschutz, soweit es sich um land- und forstwirtschaftliche Arbeiter und Angestellte handelt. ... 9. Dienstrecht der Angestellten der Länder, die behördliche Aufgaben zu besorgen haben.«

[2]) Vgl. vorstehende Anmerkung.

Entgeltes der Lehrpersonen an Volks- und Haupt- (Bürger)- Schulen ist Gegenstand besonderer Gesetze nach § 42 des Verfassungsübergangsgesetzes in der Fassung des Bundesgesetzblattes Nr. 393 vom Jahre 1929.

(4) Die Bestimmungen der Absätze 1 und 2 finden auf land- und forstwirtschaftliche Arbeiter nicht unmittelbar Anwendung, gelten aber als grundsätzliche Vorschriften, deren Ausführung der Landesgesetzgebung obliegt (Artikel 12, Absatz 1, Z. 4, des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929), auch für solche Arbeiter [1]).

§ 3. Das Gesetz vom 18. Dezember 1919, St. G. Bl. Nr. 16 vom Jahre 1920, über die Errichtung von Einigungsämtern und über kollektive Arbeitsverträge wird abgeändert, wie folgt:

[*§ 3 enthält unter Ziffer 1 bis 6 Abänderungen der Bestimmungen über Kundmachung und den persönlichen Geltungsbereich der Kollektivverträge.*]

§ 4. (1) Wer in der Absicht, zu bewirken, daß in einem Betrieb nur Angehörige einer bestimmten Berufungsvereinigung oder anderen freiwilligen Vereinigung oder nur Arbeitnehmer, die keiner Berufungsvereinigung angehören, beschäftigt werden, oder in der Absicht, zu verhindern, daß in einem Betrieb Personen beschäftigt werden, die keiner Berufungsvereinigung oder die einer bestimmten Berufungsvereinigung oder anderen freiwilligen Vereinigung angehören, Arbeitgeber oder Arbeitnehmer an der Ausführung ihres freien Entschlusses, Arbeit zu geben oder zu nehmen, durch Mittel der Einschüchterung oder Gewalt hindert, wird, sofern die Handlung nicht nach einer anderen Bestimmung strenger strafbar ist, wegen Vergehens mit strengem Arrest von einer Woche bis zu sechs Monaten bestraft.

(2) Ebenso wird bestraft, wer einen Arbeitnehmer durch Mittel der Einschüchterung oder Gewalt nötigt, einer Berufsvereinigung oder anderen freiwilligen Vereinigung beizutreten oder aus einer solchen auszutreten.

§ 5. Wer nichtverbotene Versammlungen, Aufzüge oder ähnliche Kundgebungen mit Gewalt oder durch Drohung mit Gewalt verhindert oder sprengt, wird wegen Vergehens mit einfachem oder strengem Arrest von einem Monat bis zu einem Jahr bestraft.

§ 6. Das Gesetz vom 26. Jänner 1907, R. G. Bl. Nr. 18, betreffend strafrechtliche Bestimmungen zum Schutze der Wahl- und Versammlungsfreiheit, wird durch folgende Bestimmungen abgeändert:

1. Der § 15 hat zu lauten:

»Wer vorsätzlich allein oder in Verbindung mit anderen eine nichtverbotene Versammlung durch Verhinderung oder Erschwerung des Zutrittes zur Teilnahme berechtigter Personen, durch unbefugtes Eindringen, durch Verdrängung zur Teilnahme berechtigter oder zur Leitung und Aufrechterhaltung der Ordnung berufener Personen oder durch Widersetzlichkeit gegen die auf den Verlauf der Versammlung bezüglichen formellen Anordnungen vereitelt oder stört, wird wegen Über-

[1]) Vgl. S. 682 Anmerkung 1.

tretung mit Arrest von einer Woche bis zu drei Monaten bestraft. Unter erschwerenden Umständen, insbesondere gegen den Anstifter und die Teilnehmer einer von mehreren in verabredeter Verbindung unternommenen Verteilung, ist auf strengen Arrest bis zu sechs Monaten zu erkennen.

Bei Versammlungen, die nicht nach dem Vereinsgesetz zu beurteilen sind, gelten als zur Leitung und Aufrechterhaltung der Ordnung berufene Personen bis zu deren Bestellung durch die Versammlung die Einberufer.«

2. Der § 16 hat zu lauten:

»Wer an einer nichtverbotenen, auf Mitglieder eines Vereines oder auf eine andere bestimmte Gruppe von Personen oder auf geladene Teilnehmer beschränkten Versammlung unberechtigterweise teilnimmt und die Versammlung ungeachtet der Aufforderung der zur Leitung und Aufrechterhaltung der Ordnung berufenen Personen nicht verläßt, wird wegen Übertretung mit einer Geldstrafe bis zu 2500 S, im Uneinbringlichkeitsfalle mit Arrest bis zu einer Woche bestraft.«

3. Im § 17 haben die Worte »und der unberechtigten Teilnahme an einer Versammlung« und die Worte »und 16« zu entfallen.

§ 7. (1) Die Bestimmungen des § 2, Absatz 1 und 2, treten, soweit sie unmittelbar anwendbar sind, am 1. August 1930, die übrigen unmittelbar anwendbaren Vorschriften dieses Gesetzes am achten der Kundmachung des Gesetzes folgenden Tage in Kraft.

(2) Die Frist für die Erlassung der Ausführungsgesetze der Länder zu § 1, Absatz 2, und § 2, Absatz 3 und 4, dieses Gesetzes wird mit sechs Monaten festgesetzt. Der Beginn der Wirksamkeit der Ausführungsgesetze ist in allen Bundesländern mit 1. Jänner 1931 festzusetzen.

(3) Die Bestimmungen des § 1 und des § 2, Absatz 2, sind auch auf Vereinbarungen anzuwenden, die vor Beginn der Wirksamkeit der angeführten Bestimmungen oder — soweit sie nur als grundsätzliche Vorschriften gelten — vor Beginn der Wirksamkeit der Ausführungsgesetze abgeschlossen worden sind.

*(4)* [*Bezieht sich auf die in § 3 geregelten Materien.*]

§ 8. Mit der Vollziehung der unmittelbar anwendbaren Vorschriften dieses Gesetzes und mit der Wahrnehmung der Rechte des Bundes (Artikel 15, Absatz 8, des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929) [1]) in den Angelegenheiten des § 1, Absatz 2, und des § 2, Absatz 3 und 4, dieses Gesetzes ist die Bundesregierung betraut.

*Anmerkung*: Die Vorschriften dieses Gesetzes zerfallen nach ihrem sachlichen Inhalt in drei Gruppen: 1. Bestimmungen zum Schutze der Koalitionsfreiheit. a) Verbot der Aufnahme der Organisationsklausel in Kollektivverträge, d. h. der Bestimmung, daß nur organisierte oder in einem bestimmten Verbande organisierte oder durch eine bestimmte Stelle vermittelte Arbeitnehmer Beschäftigung finden dürfen (§ 1); b) Verbot der Einziehung von Organisations- und Parteibeiträgen

[1]) Art. 15, Abs. 8, BVG. lautet: »In Angelegenheiten, die nach Artikel 11 und 12 der Bundesgesetzgebung vorbehalten sind, steht dem Bund das Recht zu, die Einhaltung der von ihm erlassenen Vorschriften wahrzunehmen.«

durch den Arbeitgeber bei Auszahlung des Lohnes (§ 2); c) strafrechtlicher Schutz der Koalitions- und Arbeitsfreiheit durch Aufstellung eines Straftatbestandes gegen Nötigung zur Beschäftigung oder Nichtbeschäftigung von Arbeitnehmern mit Rücksicht auf ihre Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zu einer Berufsvereinigung (§ 4) und zum Beitritt zu einer oder Austritt aus einer Berufsvereinigung.

2. Schutz der Versammlungsfreiheit. Aufstellung von Straftatbeständen a) gegen Verhinderung oder Sprengung von Versammlungen (§ 5); b) gegen unberechtigtes Eindringen und Störung von Versammlungen (§ 6).

3. Vorschriften zur Novellierung des Kollektivvertragsrechts hinsichtlich der Kundmachung und des persönlichen Geltungsbereichs der Kollektivverträge (§ 3).

## 22. Bundesgesetz vom 17. Juni 1930, betreffend die Abänderung des Waffenpatentes.

**17. Juni 1930 (Bundesgesetzblatt für die Republik Oesterreich Nr. 178).**

Der Nationalrat hat beschlossen:

Artikel I [1]). Der § 42 des Patentes vom 24. Oktober 1852, R. G. Bl. Nr. 223, hat zu lauten:

»(1) Wenn es die öffentliche Sicherheit erfordert, können auf Anordnung des Bundeskanzlers die in Anwendung dieses Patentes zugestandenen Befugnisse zum Besitz und Tragen von Waffen und Munitionsgegenständen nach Maßgabe der erkannten Notwendigkeit zeitweilig und unter Umständen auch nur für bestimmte Orte oder Personen Beschränkungen unterworfen oder ganz eingestellt werden.

(2) Bei Gefahr im Verzuge können außerhalb des örtlichen Wirkungsbereiches von Bundespolizeibehörden auch auf Anordnung des Landeshauptmannes die im Absatz 1 vorgesehenen Verfügungen getroffen werden.

(3) Übertretungen der erlassenen Anordnungen werden von den Gerichten nebst dem Verfall der Waffen oder Munitionsgegenstände mit einer Geldstrafe bis zu 2500 S oder Arrest von drei Tagen bis zu drei Monaten bestraft.«

Artikel II. Mit der Vollziehung dieses Gesetzes sind der Bundeskanzler und der Bundesminister für Justiz betraut.

[1]) § 42 lautete bisher: »Wenn die öffentliche Sicherheit es fordert, so können über Anordnung des Statthalters (Landeshauptmannes) die in Anwendung dieses Patentes zugestandenen Befugnisse zum Besitze oder zum Tragen von Waffen zeitweilig, örtlich oder auch in bezug auf einzelne Individuen, nach Maßgabe der erkannten Notwendigkeit, Beschränkung unterworfen oder ganz eingestellt werden.«

# 11. Polen

## Gesetzgebung

### 1 Verordnung des Justizministers über das Verfahren bei der Versetzung von Richtern und Staatsanwälten an andere Dienstorte und in den Ruhestand

**24. Dezember 1928 (Dziennik Ustaw 1928 Nr. 104 vom 30. 12. 1928 Pos. 938)[1])**

Auf Grund der Artikel 111, 243 und 298 des Gesetzes über die Verfassung der ordentlichen Gerichte vom 6. Februar 1928 (Dz. U. R. P. Nr. 12 Pos. 93[2]) verordne ich, was folgt:

I. Versetzung auf eine andere Stelle mit Rücksicht auf Verschwägerung.

§ 1. Ein Richter oder Staatsanwalt, der eine Ehe schließt, durch die eine Verschwägerung entsteht, welche im Sinne der Art. 84, 102 § 2 lit. b), und 237 des Gesetzes über die Verfassung der ordentlichen Gerichte seine Versetzung an einen anderen Dienstort begründet, hat davon dem Leiter des Gerichts oder des Staatsanwaltschaftsamtes Kenntnis zu geben und auf Anfordern die Geburts- und Heiratsurkunden vorzulegen.

Der Leiter des Gerichts oder des Staatsanwaltschaftsamtes unterbreitet nach Feststellung des Vorliegens einer Verschwägerung die Angelegenheit auf dem Dienstwege dem Justizminister.

II. Versetzung an einen anderen Dienstort zum Wohle der Rechtspflege oder des Ansehens des Richterstandes. Versetzung in den Ruhestand im Interesse der Rechtspflege.

§ 2. Die Versetzung eines Richters an einen anderen Dienstort gegen seinen Willen auf Grund des Art. 102 § 2 lit. c) des Gesetzes über die Verfassung der ordentlichen Gerichte oder die Versetzung in den Ruhestand auf Grund des Art. 110 lit. c) des Gesetzes über die Verfassung der ordentlichen Gerichte kann auf Antrag des Justizministers erfolgen oder in dem in Art. 110 lit. c) vorgesehenen Falle auch auf Antrag der Plenarversammlung des zuständigen Gerichts.

§ 3. Der Antrag wird zugleich mit der Begründung dem Präsidenten des zuständigen Gerichts übersandt. Vor der Stellung des Antrags kann eine vorläufige Aufklärung des Sachverhalts angeordnet werden. Geht der Antrag von der Plenarversammlung des zuständigen Gerichts aus, so wird diese Aufklärung des Sachverhalts von dem Verwaltungskollegium angeordnet, dem auch die Vorbereitung des Entwurfes des Antrags für die Plenarversammlung obliegt.

§ 4. Der Präsident des zuständigen Gerichts teilt den Antrag

[1]) Übersetzung des Instituts, vgl. auch Poln. Gesetze u. Verordnungen in deutscher Übersetzung. 1929 S. 37.

[2]) Im Auszug auf S. 691 abgedruckt.

(§ 3) dem betreffenden Richter mit und setzt ihm eine Frist von 14 Tagen, innerhalb deren der Richter ein Gesuch um Versetzung an einen anderen Dienstort (Art. 102 des Gesetzes über die Verfassung der ordentlichen Gerichte), oder sofern er die in Art. 108 des Gesetzes über die Verfassung der ordentlichen Gerichte aufgestellten Voraussetzungen erfüllt, um Versetzung in den Ruhestand einreichen sowie auf seine Stelle verzichten kann.

§ 5. War das dem Präsidenten nach Maßgabe des § 4 eingereichte Gesuch nicht innerhalb der Frist oder war es abschlägig beschieden worden, so übersendet der Präsident des zuständigen Gerichts den Antrag des Justizministers oder der Plenarversammlung dem Präsidenten des höheren Gerichts, der die Angelegenheit dem Verwaltungskollegium dieses Gerichtes unterbreitet. Das Kollegium verfügt eine Untersuchung des Tatbestandes der Angelegenheit und die Sammlung von Beweisen; zur Durchführung der Untersuchung bestimmt es entweder eines seiner Mitglieder oder wendet sich durch seinen Präsidenten an den Präsidenten des zuständigen Gerichts um Bestimmung eines Richters für diesen Zweck.

§ 6. Der interessierte Richter und sein Verteidiger haben das Recht, nach Beendigung der Untersuchung die Akten einzusehen und Auszüge zu machen.

Der interessierte Richter und sein Verteidiger können Anträge auf Ergänzung der Untersuchung stellen. Will der die Untersuchung führende Richter dem Antrage nicht entsprechen, so legt er ihn zur Entscheidung dem Verwaltungskollegium vor, das die Untersuchung angeordnet hat.

§ 7. Nach der Beendigung der Untersuchung sendet der beauftragte Richter die Akten dem Staatsanwalt des Gerichts, vor dem die Untersuchung schwebt, der Staatsanwalt unterbreitet die Akten mit seinem Antrag dem Präsidenten dieses Gerichts.

§ 8. Auf Grund des Berichtes des vom Präsidenten bestimmten Mitgliedes ordnet das Verwaltungskollegium an:

a) Die Ergänzung der Ermittlungen, sofern es sie für erforderlich erachtet.

b) Die Überweisung der Angelegenheit an die Plenarversammlung unter Beschlußfassung, welche Beweise unmittelbar in der Verhandlung erhoben werden sollen.

In dem die Angelegenheit überweisenden Beschlusse bezeichnet das Verwaltungskollegium genau die Tatsachen, die den Gegenstand der Entscheidung der Plenarversammlung zu bilden haben. Eine Abschrift des Beschlusses wird dem Staatsanwalt, dem interessierten Richter und, sofern seine Bestellung angezeigt ist, seinem Verteidiger zugestellt.

§ 9. Das Verwaltungskollegium überweist die Angelegenheit nicht an die Plenarversammlung wenn vor der Beschlußfassung in dieser Hinsicht der Antrag auf Versetzung nach einem anderen Dienstort oder auf Versetzung in den Ruhestand (§§ 2, 3) zurückgezogen wird.

§ 10. Der Präsident des Gerichts setzt den Termin der Sitzung der Plenarversammlung an, benachrichtigt davon den Staatsanwalt, den interessierten Richter, seinen Verteidiger, sofern seine Bestellung angezeigt ist, und läßt die zur Verhandlung berufenen Zeugen und Sachverständigen.

Die Vorladung wird an den interessierten Richter in der im Gerichtsreglement vorgesehenen Weise zugestellt.

§ 11. Auf das Verfahren bei der Sitzung der Plenarversammlung finden die Vorschriften des Art. 159 des Gesetzes über die Verfassung der ordentlichen Gerichte entsprechende Anwendung; der Sachverhalt wird von einem vom Präsidenten bestimmten Richter vorgetragen; dies darf jedoch nicht der Richter sein, welcher die Untersuchung geführt hat.

Das Nichterscheinen des interessierten Richters oder seines Verteidigers steht im Falle ordnungsgemäßer Ladung der Verhandlung nicht entgegen.

Die Plenarversammlung schreitet zur Beratung und Abstimmung in Abwesenheit des interessierten Richters oder seines Verteidigers.

Die Entscheidung bedarf keiner Begründung und unterliegt keiner Anfechtung.

§ 12. Abschriften des Beschlusses der Plenarversammlung werden dem interessierten Richter zugestellt, sowie dem Justizminister und dem Präsidenten des zuständigen Gerichts übersandt.

§ 13. Die Versetzung eines Staatsanwalts in den Ruhestand gemäß Art. 110 lit. c) (Art. 243 § 2) des Gesetzes über die Verfassung der ordentlichen Gerichte erfolgt nach Durchführung einer Untersuchung, welche die eine Versetzung begründenden Tatumstände feststellen soll. Diese Untersuchung führt in Beziehung auf die dem Staatsanwalt bei einem Appellationsgerichte unterstellten Staatsanwälte ein von diesem bestellter Staatsanwalt oder Vize-Staatsanwalt, andernfalls ein vom Justizminister bestimmter Staatsanwalt.

§ 14. Bei der Ladung von Zeugen und Sachverständigen, bei Zustellungen und bei der Erhebung von Beweisen finden die Vorschriften der Strafprozeßordnung entsprechende Anwendung, sofern die Vorschriften dieses Abschnittes keine abweichenden Bestimmungen enthalten.

III. Übertritt in den Ruhestand auf eigenen Antrag nach Vollendung des sechzigsten oder fünfundsechzigsten Lebensjahres.

§ 15. In den im Art. 108 lit. b) und c) des Gesetzes über die Verfassung der ordentlichen Gerichte vorgesehenen Fällen hat der interessierte Richter oder Staatsanwalt auf Anfordern der Aufsichtsbehörde die Geburtsurkunde und andere Dokumente vorzulegen, die seinen Antrag auf Versetzung in den Ruhestand begründen, sofern sich die im Dienststandverzeichnis gegebenen Angaben als unzureichend herausstellen.

IV. Übertritt in den Ruhestand zufolge Vollendung des siebzigsten oder fünfundsiebzigsten Lebensjahres.

§ 16. Ein Richter oder Staatsanwalt, der das siebenzigste Lebensjahr vollendet hat, ist verpflichtet, davon seiner unmittelbaren Aufsichtsbehörde Anzeige zu machen und auf Erfordern die Geburtsurkunde vorzulegen. Die Behörde unterbreitet die Anzeige unverzüglich dem Justizminister im Dienstwege. Der Richter oder Staatsanwalt scheidet aus seiner Stelle mit Erhalt der Befreiung aus.

§ 17. Wenn ein Richter oder Staatsanwalt die in § 16 vorgeschriebene Anzeige unterläßt, hat die unmittelbare Aufsichtsbehörde nach Maßgabe ihrer eigenen Kenntnis und des Dienststandverzeichnisses die Angelegenheit dem Justizministerium vorzulegen.

§ 18. Die Vorschrift der §§ 16 und 17 findet Anwendung, wenn ein Richter des Obersten Gerichts, dessen Dienstzeit bis zum fünfundsiebenzigsten Lebensjahr verlängert war, dieses Alter vollendet.

V. Übertritt in den Ruhestand zufolge Aufhebung der Stelle.

§ 19. Der Präsident eines Appellationsgerichtes, in dessen Bezirk ein im Sinne des Art. 107 des Gesetzes über die Verfassung der ordentlichen Gerichte vom Dienst befreiter Richter früher eine aufgehobene Stelle innehalte, hat im Falle der Möglichkeit einer Versetzung oder Entsendung des Richters an ein anderes Gericht dem Justizministerium Bericht zu erstatten.

§ 20. Wenn der Richter im Laufe eines Jahres keine neue Stelle erlangt, so legt der Präsident des Appellationsgerichtes unverzüglich dem Justizminister einen Antrag auf Versetzung des Richters in den Ruhestand vor.

VI. Versetzung in den Ruhestand wegen körperlicher Gebrechlichkeit, Verfalls der physischen oder geistigen Kräfte, sowie wegen längerer Krankheit.

§ 21. Das Verfahren der von Art. 110 lit. b) des Gesetzes über die Verfassung der ordentlichen Gerichte erfaßten Fälle leitet der Präsident des höheren Gerichts aus eigener Initiative oder auf Ersuchen des Präsidenten des zuständigen Gerichtes ein, und macht hiervon dem Justizministerium Anzeige. Das Ersuchen und der Beschluß über die Einleitung des Verfahrens hat eine Begründung zu enthalten, die die Umstände mitteilt, deretwegen der Richter in den Ruhestand versetzt werden soll.

§ 22. Das Verwaltungskollegium des höheren Gerichts bestimmt für die Durchführung des Vorverfahrens eines seiner Mitglieder oder wendet sich unter Vermittlung des Präsidenten an den Präsidenten des zuständigen Gerichts um Bestimmung eines Richters zu diesem Zweck.

§ 23. Ist der Grund für die Anerkennung der Dienstunfähigkeit des Richters der Verfall der geistigen Kräfte, so muß ein Verteidiger von Amts wegen bestellt werden, sofern er selbst keinen bestimmt hat.

§ 24. Zur Feststellung der körperlichen Gebrechlichkeit oder des Verfalls der körperlichen oder geistigen Kräfte, die eine dauernde Dienstunfähigkeit herbeiführen, ist der Amtsarzt einer Kreis- oder Wojewodschaftsbehörde der allgemeinen Verwaltung herbeizuziehen. In Zweifels-

fällen ist ein zweiter Amtsarzt oder ein gerichtlicher Sachverständiger zuzuziehen; es kann auch das Gutachten der medizinischen Fakultät einer Universität eingeholt werden.

§ 25. Wenn sich der Richter ohne zureichenden Grund nicht zur ärztlichen Untersuchung stellt oder die Unterwerfung unter eine Untersuchung ablehnt, macht der zur Führung des Verfahrens bestellte Richter davon der zuständigen Aufsichtsbehörde zum Zwecke der Einleitung eines Disziplinarverfahrens Mitteilung.

§ 26. Auf Antrag des Präsidenten des höheren Gerichts schlägt das Verwaltungskollegium das Verfahren nieder, wenn die Untersuchung das Vorliegen der Voraussetzungen der Versetzung in den Ruhestand nicht ergibt.

Im entgegengesetzten Fall verfügt der Präsident die Benachrichtigung des interessierten Richters von den Ergebnissen des Vorverfahrens und setzt ihm eine vierzehntägige Frist, innerhalb deren er ein Gesuch um Versetzung in den Ruhestand einreichen oder auf seine Stelle verzichten kann.

§ 27. Wenn der Richter das in § 26 vorgesehene Gesuch nicht rechtzeitig einreicht, übersendet der Präsident des Gerichts, vor dem das Verfahren schwebt, die Akten dem Staatsanwalt desselben Gerichts, welches seinen Antrag dem Präsidenten vorlegt, wonach dieser die Angelegenheit der Plenarversammlung zuweist.

§ 28. In bezug auf die Zustellungen, die Folgen des Nichterscheinens des geladenen Richters oder seines Verteidigers, die Art des Verfahrens in der Verhandlung der Plenarversammlung, die Zustellung und Übersendung von Abschriften der Entscheidung gelten die Vorschriften des § 10 Abs. 2 und §§ 11, 12 und 14 dieser Verordnung. Die Entscheidung ist jedoch mit Gründen zu versehen.

§ 29. Die Vorschriften der §§ 21—28 finden entsprechende Anwendung in dem in Art. 110 lit. a) des Gesetzes über die Verfassung der ordentlichen Gerichte vorgesehenen Falle mit der Maßgabe, daß von der Untersuchung zur Feststellung der Voraussetzungen der Versetzung in den Ruhestand abgesehen werden kann, wenn die Voraussetzungen aus den amtlichen Akten sich ergeben, die dem Bericht des Präsidenten des zuständigen Gerichts oder auf Erfordern des Präsidenten des höheren Gerichts beigefügt sind.

§ 30. Die Vorschriften der §§ 21—28 finden entsprechende Anwendung in dem in Art. 108 lit. a) des Gesetzes über die Verfassung der ordentlichen Gerichte vorgesehenen Falle mit folgenden Änderungen:

Das Gesuch um Versetzung in den Ruhestand reicht der interessierte Richter unter Beifügung eines ärztlichen Attestes und anderer Nachweise ein. Die Ergebnisse der Untersuchung sind dem Richter oder seinem Verteidiger mitzuteilen und auf Antrag ist die Untersuchung zu ergänzen. Zu der Sitzung der Plenarversammlung wird der interessierte Richter nicht geladen.

§ 31. Die Vorschriften der §§ 21—30 finden entsprechende Anwendung auf Staatsanwälte. Die Untersuchung führt ein Staatsan-

walt oder Vizestaatsanwalt, der gemäß § 13 bestimmt wird; alsdann leitet er die Angelegenheit an den Ersten Staatsanwalt des Höchsten Gerichts oder an den Staatsanwalt des Appellationsgerichts im Sinne des § 243 des Gesetzes über die Verfassung der ordentlichen Gerichte weiter.

VII. Schlußbestimmungen.

§ 32. Die Bezeichnungen »höheres« und »zuständiges« Gericht sind in dieser Verordnung im Sinne des § 188 des Gesetzes über die Verfassung der ordentlichen Gerichte verwendet.

§ 33. Verteidiger eines Richters oder Staatsanwalts kann nur eine in § 145 des Gesetzes über die Verfassung der ordentlichen Gerichte aufgeführte Person sein.

§ 34. Diese Verordnung tritt mit dem 1. Januar 1929 in Kraft.

## 2 Auszug aus der Verordnung des Präsidenten der Republik vom 6. Februar 1928, enthaltend die Verfassung der ordentlichen Gerichte

**16. Februar 1928. (Dziennik Ustaw 1928 Nr. 12 vom 7. 2. 1928 [1]) Pos. 93)**

Auf Grund des Art. 44 Abs. 6 der Verfassung und des Gesetzes vom 2. August 1926 über die Ermächtigung des Präsidenten der Republik zum Erlaß von Verordnungen mit Gesetzeskraft (Dz. Ust. R. P. Nr. 78 Pos. 443) verordne ich, was folgt:

### Teil II.

### Richter.

### Abschnitt I.

Richterliche Unabhängigkeit.

*Artikel 79.* Ein Richter ist in Ausübung seines richterlichen Amtes unabhängig und nur den Gesetzen unterworfen.

### Abschnitt III.

Wechsel der Stellung.

*Artikel 102.* § 1. Die Ernennung eines Richters auf eine andere Stelle oder die Versetzung an einen anderen Dienstort kann nur mit seinem Einverständnis in entsprechender Anwendung der Art. 91—98 erfolgen.

§ 2. Diese Bestimmung gilt nicht für folgende Fälle von Versetzungen:

a) wegen Änderung der Gerichtsverfassung oder Aufhebung des betreffenden Gerichts.

[1]) Übersetzung des Instituts, vgl. auch Poln. Gesetze u. Verordnungen in deutscher Übersetzung, 1928 S. 138.

b) wegen Eintritts einer Verschwägerung zwischen den Richtern, oder den Richtern und Staatsanwälten des betreffenden Gerichts.

c) zum Wohle der Rechtspflege oder des Ansehens des Richterstandes, auf Grund eines Beschlusses der Plenarversammlung des höheren Gerichts, der auf Antrag des Justizministers gefaßt wurde.

d) auf dem Disziplinarwege.

§ 3. Die Versetzung eines Richters in den in diesem Artikel genannten Fällen ordnet der Justizminister an.

*Artikel 103.* Die dauernde oder zeitweilige Verlegung des Gerichtssitzes bewirkt von selbst eine Veränderung des Dienstortes des Richters dieses Gerichtes.

*Artikel 104.* Im Falle der Versetzung eines Richters an einen anderen Ort, sind ihm die Umzugskosten zu ersetzen, mit Ausnahme des Falles, daß die Versetzung im Wege eine Disziplinarurteils erfolgt.

*Artikel 105.* § 1. Die Entsendung eines Richters in seinem Einverständnis zur vertretungsweisen Wahrnehmung von richterlichen Pflichten an einem anderen Gericht oder von Verwaltungsgeschäften sowie zur Tätigkeit im Justizministerium kann nur der Justizminister nach Einholung eines Gutachtens des Verwaltungskollegiums des zuständigen Gerichts verfügen.

§ 2. In dringenden Fällen kann der Justizminister auch ohne Äußerung des Verwaltungskollegiums einen Richter in seinem Einverständnis und nach Anhörung des Vorsitzenden des zuständigen Gerichts entsenden, jedoch nicht für länger als drei Monate.

§ 3. Handelt es sich um eine richterliche Tätigkeit im Bezirk desselben Appellationsgerichts, so steht das im § 2 bezeichnete Recht auch dem Präsidenten des Appellationsgerichtes zu.

§ 4. Der Justizminister kann einen Richter sogar gegen seinen Willen entsenden, jedoch nicht für längere Zeit als drei Monate im Laufe von drei Jahren.

*Artikel 106.* Für den Fall der Einberufung eines Richters zum zeitweiligen Militärdienst, ruhen die mit seiner Stellung verbundenen dienstlichen Rechte und Pflichten für die Dauer dieser Dienstleistung. Der Richter behält indes seine Stellung bei, und die militärische Dienstzeit wird ganz auf seinen aktiven Zivildienst angerechnet.

Über die für diese Zeit zustehende Besoldung werden besondere Vorschriften getroffen.

*Artikel 107.* Ein Richter, dessen Stelle gemäß Art. 102 § 2 lit. a) aufgehoben wurde, wird auf eine andere gleichartige Stelle versetzt. Bis dahin kann der Richter in gleicher Eigenschaft ohne die in Art. 105 § 4 vorgesehenen Beschränkungen an ein anderes Gericht entsendet werden oder er wird mit dem Recht auf Empfang des vollen Gehalts beurlaubt.

*Artikel 108.* Ein Richter hat das Recht, auf eigenen Antrag in den Ruhestand zu treten:

a) ohne Rücksicht auf das Alter, wenn er infolge körperlicher Gebrechlichkeit sowie infolge Verfalls der physischen oder geistigen Kräfte dauernd dienstunfähig geworden ist;

b) ohne Rücksicht auf die Dienstfähigkeit, wenn er das sechzigste Lebensjahr überschritten hat.

c) wenn er das Recht auf volles Ruhegehalt erlangt und das fünfundfünfzigste Lebensjahr vollendet hat.

*Artikel 109.* Ein Richter tritt von Amts wegen in den Ruhestand:

a) wenn er das siebzigste Lebensjahr erreicht hat;

b) auf Grund eines Disziplinarurteils;

c) wenn der Richter nach Befreiung von seiner Amtspflicht gemäß Art. 107 nicht binnen einem Jahre eine neue Stelle erlangt.

§ 2. Für Richter des Obersten Gerichtshofs kann der Ministerrat auf Antrag des Justizministers im einzelnen Falle den in § 1 lit. a) vorgesehenen Zeitabschnitt bis zum fünfundsiebenzigsten Lebensjahre verlängern.

*Artikel 110.* Ein Richter kann von Amts wegen in den Ruhestand versetzt werden:

a) wenn er infolge Krankheit oder Dienstbefreiung zur Herstellung der Gesundheit länger als ein Jahr keinen Dienst geleistet hat; als Unterbrechung werden nur die Zeitabschnitte aktiven Dienstes angesehen, die mindestens die Hälfte der Zeit betragen, welche aus den obigen Gründen vorher außer Dienst zugebracht worden war;

b) wenn er infolge körperlicher Gebrechlichkeit oder Verfalls der physischen oder geistigen Kräfte dauernd dienstunfähig geworden ist;

c) im Interesse der Rechtspflege, auf Grund eines Beschlusses der Plenarversammlung des höheren Gerichts, der mit der Stimmenmehrheit von drei Fünfteln der Anwesenden auf Antrag des Justizministers oder der Plenarversammlung des zuständigen Gerichts gefaßt worden ist.

*Artikel 111.* § 1. Die oberste Behörde im Verhältnis zu den Richtern im Sinne des Art. 26 ff. des Gesetzes vom 11. Dezember 1923 über die Altersversorgung der Staatsbeamten und Berufssoldaten (Dz. Ust. R. P. 1924 Nr. 6 Pos. 46) ist der Justizminister.

§ 2. Die Versetzung in den Ruhestand in den im Art. 108 unter a) und im Art. 110 unter a) und b) dieses Gesetzes vorgesehenen Fällen kann nur durch Beschluß der Plenarversammlung eines höheren Gerichts erfolgen. Das Verfahren bestimmt eine Verordnung des Justizministers.

### Abschnitt IV.

### Verzicht auf das Amt.

*Artikel 112.* § 1. Ein Richter kann auf die von ihm besetzte Stelle ohne Angabe von Gründen verzichten, darf sie jedoch erst nach Erhalt der amtlichen Benachrichtigung über seine Entlassung durch den Justizminister verlassen.

§ 2. Eine Verweigerung der Entlassung kann nur dann erfolgen, wenn gegen den Richter ein Disziplinar- oder Strafverfahren schwebt, oder wenn er seine rückständigen dienstlichen Verpflichtungen nicht erfüllt hat.

*Artikel 113.* Der Verzicht auf die richterliche Stellung begreift

den Verzicht auf alle Rechte in sich, die auf dem Dienstverhältnis beruhen.

### Teil VI.

### Staatsanwaltschaftsämter.

*Artikel 243.* § 1. Die Vorschriften der Art. 67, 68, 104, 106—110, 111 § 1, 112, 113, 116—118, 120, 121, 124, 127 und 128 finden entsprechende Anwendung auf Staatsanwälte.

§ 2. In den in Art. 108 unter lit. a) und 110 aufgeführten Fällen, verfügt der Justizminister den Übertritt oder die Versetzung in den Ruhestand von Amts wegen, ohne Beschluß der Plenarversammlung des Gerichts, und nach Einholung einer Äußerung des Staatsanwalts beim Appellationsgericht bzw. des Ersten Staatsanwalts beim Obersten Gericht.

### Teil IX.

### Uebergangs- und Schlußbestimmungen.

#### Abschnitt III.

#### Schlußbestimmungen.

*Artikel 298.* Die Ausführung dieser Verordnung wird dem Justizminister übertragen.

## 3 Verordnung des Staatspräsidenten über die Förderung des Ausbaues und der wirtschaftlichen Entwicklung der Stadt und des Hafens Gdingen

**1. Juni 1927 (Dziennik Ustaw Nr. 51 vom 10. 6. 1927, Pos. 452) [1]**

Auf Grund des Artikels 44 Absatz 6 der Verfassung und des Gesetzes vom 2. August 1926 über die Ermächtigung des Staatspräsidenten zum Erlaß von Verordnungen mit Gesetzeskraft (Dziennik Ust. R. P. Nr. 78 Pos. 443) bestimme ich folgendes:

*Artikel 1.* Die Stadt Gdingen in der Wojewodschaft Pommerellen und die Handels- und Industrieunternehmen auf dem Gebiete dieser Stadt erlangen die in vorliegender Verordnung festgesetzten *Vorrechte.*

*Artikel 2.* Der jährliche Staatshaushaltsvoranschlag hat *Kredite* für den Ausbau und die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt und des Hafens Gdingen vorzusehen.

*Artikel 3.* Die für Investierungszwecke der Stadtgemeinde Gdingen gewährten Anleihen in Kommunalobligationen der Bank Gospodarstwa Krajowego (Landeswirtschaftsbank) werden staatliche Bürgschaft bis zur Höhe von 5 Millionen Zloty in Gold genießen.

*Artikel 4.* Die in den geltenden Bestimmungen über den Städteausbau vorgesehene Kredithilfe kommt im Gebiete der Stadt Gdingen

[1]) Übersetzung des Instituts, vgl. auch Danziger Wirtschaftszeitung 1927 S. 388

nicht nur dann in Frage, wenn neue Wohnhäuser errichtet werden, sonder auch beim Bau aller anderen Gebäude und unabhängig von der Größe der einzelnen Räumlichkeiten.

Die Stadtgemeinde Gdingen sowie Genossenschaften und sozialhumanitäre Institute im Gebiet der Stadt Gdingen können die in den geltenden Vorschriften über den Städteausbau vorgesehenen *Baukredite* bis zur Höhe von 90%, Privatpersonen hingegen bis zur Höhe von 80% der Baukosten ohne den Wert des Grundstückes in Anspruch nehmen.

*Artikel 5.* Aus Gründen höherer Nutzbarkeit kann zugunsten des Fiskus, der Stadt oder des Hafens von Gdingen Grund und Boden, der für Verkehrszwecke, für den Ausbau der Läger und Hafeneinrichtungen, ferner des Hafenfreibezirks benötigt wird, in Fällen dringender wirtschaftlicher Staatsnotwendigkeit enteignet werden, und zwar in dem im Gesetz vom 11. 6. 1874 über die Enteignung von Grundstücken vorgesehenen Verfahren (Pr. Gesetzsammlung S. 221 ff.).

*Artikel 6.* Bei der Anwendung auf die in den Verwaltungsgrenzen der Stadt Gdingen gelegenen Gebäude werden die im Art. 1 des Gesetzes vom 22. 9. 1922 über Vergünstigungen für neuerrichtete Bauten festgesetzten Fristen (Dziennik Ustaw Nr. 88 Pos. 786) verlängert, und zwar: die Frist von 8 Jahren auf 14 Jahre sowie die Frist von 15 Jahren für die Befreiung von der Grundsteuer bzw. von den Gebäudesteuern auf 25 Jahre.

Der erste Abschnitt dieses Artikels findet keine Anwendung auf die Steuern, die zugunsten der Stadt erhoben werden.

*Artikel 7.* Selbständige Industrie- und Handelsunternehmen, die ihren rechtlichen Sitz in Gdingen haben und deren Tätigkeit zur wirtschaftlichen Entwicklung der Stadt Gdingen beitragen kann, können für die Dauer von 15 Jahren vom Zeitpunkt ihrer Gründung, jedoch nicht länger als bis zum Jahre 1945 einschließlich, von der staatlichen Gewerbesteuer, die durch Gesetz vom 15. 7. 1925 festgesetzt worden ist (Dz. Ust. Nr. 79 Pos. 550), befreit werden.

Die entsprechenden Anträge auf Befreiung legt der Finanzminister auf Antrag des Ministers für Industrie und Handel dem Ministerrat vor.

Industrie- und Handelsunternehmen, die im Sinne des Abs. 1 von der staatlichen Gewerbesteuer befreit sind, unterliegen in vollem Umfange der Gewerbesteuer zugunsten der Selbstverwaltungsverbände und Selbstverwaltungsorganisationen, die im Art. 120 des Gesetzes über die staatliche Gewerbesteuer vom 15. 7. 1925 (Dz. Ust. Nr. 79 Pos. 550) genannt sind.

*Artikel 8.* Industrie- und Handelsunternehmen, die innerhalb von 5 Jahren vom Tage des Inkrafttetens dieser Verordnung ihren rechtlichen Sitz im Gebiete der Stadt Gdingen gründen und deren Tätigkeit zur wirtschaftlichen Entwicklung Gdingens beitragen kann, kann der Ministerrat auf Antrag des Ministers für Industrie und Handel im Einvernehmen mit dem Finanzminister *bis zum Jahre 1945* einschließlich von den *staatlichen Veräußerungsgebühren*, die mit dem Wechsel des

Eigentumstitels an Grundstücken verknüpft und die zur Inbetriebsetzung oder Vergrößerung des Unternehmens unerläßlich sind, befreien.

Die Befreiung von den staatlichen Veräußerungsgebühren, wie sie im Absatz 1 vorgesehen ist, zieht nicht die Befreiung von den gleichen Gebühren nach sich, die zugunsten der Stadt erhoben werden.

*Artikel 9.* Unternehmen, die als *Handelsgesellschaften* im Sinne des Handelsrechts mit rechtlichem Sitz in der Stadt Gdingen entstehen sollen, und deren Tätigkeit zur wirtschaftlichen Entwickulng der Stadt Gdingen beitragen könnte, kann der Ministerrat auf Antrag des Ministers für Industrie und Handel im Einvernehmen mit dem Finanzminister bis zum Jahre 1935 einschließlich von *jeglichen Abgaben und Gebühren* zugunsten des Staates, die mit der *Gründung* des Unternehmens verbunden sind, befreien.

Handelsgesellschaften im Sinne des Handelsrechts, die ihren rechtlichen Sitz in der Stadt Gdingen haben, und deren Tätigkeit zur wirtschaftlichen Entwicklung der Stadt Gdingen beitragen könnte, kann der Ministerrat auf Antrag des Ministers für Industrie und Handel im Einvernehmen mit dem Finanzminister bis zum Jahre 1945 einschließlich von denjenigen *Abgaben* zugunsten des Staates, die mit der *Vergrößerung des Anlagekapitals* verknüpft sind, befreien.

*Artikel 10.* Die Ausführung dieser Verordnung wird dem Minister für Industrie und Handel im Einvernehmen mit den interessierten Ministern übertragen.

*Artikel 11.* Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündigung in Kraft und ist bis zum 31. 12. 1936 einschließlich verbindlich, soweit einzelne Artikel nichts anderes bestimmen.

## 4 Verordnung des Staatspräsidenten, betreffend die Abänderung und Ergänzung einiger Bestimmungen der Verordnung des Staatspräsidenten vom 1. 6. 1927 über die Förderung des Ausbaues und der wirtschaftlichen Entwicklung der Stadt und des Hafens Gdingen

**24. November 1930 (Dziennik Ustaw Nr. 80 vom 29. November 1930 Pos. 63 [1])**

Auf Grund des Art. 44 Abs. 5 der Verfassung bestimme ich folgendes:

*Artikel 1.* In der Verordnung des Staatspräsidenten vom 1. Juni 1927 über die Förderung des Ausbaues und der wirtschaftlichen Entwicklung der Stadt und des Hafens Gdingen (Dz. U. R. P. Nr. 51 Pos. 452) werden folgende Abänderungen und Ergänzungen eingeführt:

I. Artikel 5 erhält folgenden Wortlaut:

»Aus Gründen höherer Nutzbarkeit können in solchen Fällen, in denen eine wirtschaftliche Notwendigkeit besteht, Grundstücke, welche

[1]) Übersetzung des Instituts, vgl. auch Poln. Gesetze u. Verordnungen in deutscher Übersetzung 1930, S. 597.

innerhalb der Grenzen der Gemeinde Gdingen sowie ihrer Wohninteressensphäre liegen, und für den Ausbau von Bildungsanstalten sowie von Anstalten des öffentlichen Nutzens, für den Ausbau von Hafenlagern und -einrichtungen, für den Ausbau des Freihafens sowie für den Ausbau von Industrieanlagen, deren Existenz mit dem Seehandel in Verbindung steht, notwendig sind, zugunsten des Fiskus, der Stadt oder des Hafens Gdingen enteignet werden.

Die Enteignung erfolgt auf die in dem Gesetze vom 11. 6. 1874 über die Enteignung von Grundstücken (Pr. Gesetzsammlg. S. 221 ff.) vorgesehene Art und Weise.

In Fällen dringender Notwendigkeit kann der Wojewode im Einvernehmen mit dem Seeamt die Stadtgemeinde vorläufig in den Besitz der zugunsten der Stadt enteigneten Grundstücke einführen, sobald der Enteignungsplan fertiggestellt ist (§ 21 des angeführten Gesetzes vom 11. 6. 1874). Nach der erfolgten Einführung in den Besitz ist der Zustand der Grundstücke protokollarisch aufzunehmen. Der Grundstückbesitzer erhält für die Besitzentziehung eine Entschädigung, die der Wojewode gleichzeitig mit der Entscheidung über die Einführung der Stadt in den Besitz festsetzt.

Gegen die Entscheidung des Wojewoden steht dem Besitzer innerhalb von zwei Wochen vom Zustellungstage der Entscheidung an gerechnet das Recht der Beschwerde beim Innenminister zu, der im Einvernehmen mit dem Minister für Handel und Gewerbe entscheidet. Gegen diese Entscheidung ist, soweit sie die Entschädigung betrifft, der ordentliche Rechtsweg gegeben.«

II. Nach Art. 5 wird ein Art. 5 a mit folgendem Wortlaut eingeschoben:

»Die Abtretung von staatlichen Grundstücken an die Stadt Gdingen auf Grund des Art. 14 der Verordnung des Staatspräsidenten vom 22. 4. 1927 über den Ausbau der Städte (Dz. U. R. P. Nr. 42 Pos. 372) erfolgt auf Grund eines Antrages des Ministers für öffentliche Arbeiten, der im Einvernehmen mit dem Innenminister, dem Finanzminister, dem Landwirtschaftsminister und, sofern es sich um Grundstücke handelt, die innerhalb der Wohninteressensphäre der Stadt liegen, im Einvernehmen mit dem Minister für Agrarreform gestellt wird. Die vorherige Bestätigung des Ausbauprogramms der Stadt oder des Stadtteils, wie dies der Art. 4 der erwähnten Verordnung bestimmt, ist nicht notwendig.

Auf die abgetretenen Grundstücke finden die Bestimmungen des Artikel 14 Abs. 5 der erwähnten Verordnung über den Ausbau der Städte keine Anwendung.«

III. Der Artikel 6 erhält folgenden Wortlaut:

»Bezüglich der Gebäude, die innerhalb der Verwaltungsgrenzen der Stadt Gdingen liegen, wird der in der Verordnung des Staatspräsidenten vom 12. 9. 1930 über Steuerermäßigungen für neuerrichtete Gebäude (Dz. U. R. P. Nr. 64, Pos. 508) vorgesehene Zeitraum einer fünfzehnjährigen Befreiung von der Grund- bzw. Gebäudesteuer auf fünfundzwanzig Jahre verlängert.

Die Bestimmung dieses Artikels findet keine Anwendung auf Steuern, die zugunsten der Stadt Gdingen erhoben werden.«

IV. Der Artikel 7 erhält folgenden Wortlaut:

Die Unternehmen und Anstalten, die sich in Gdingen befinden und zu deren Betrieb gemäß Kap. II des Gesetzes vom 15. Juli 1925 über die staatliche Gewerbesteuer (Dz. U. R. P. Nr. 79 Pos. 550) der Besitz eines besonderen Gewerbescheins erforderlich ist, deren Tätigkeit jedoch zur wirtschaftlichen Entwicklung der Stadt Gdingen beitragen kann, können auf Antrag des Ministers für Handel und Gewerbe durch den Finanzminister von der staatlichen Gewerbesteuer für einen Zeitraum von fünfzehn Jahren von ihrer Inbetriebnahme, jedoch nicht länger als bis zum Jahre 1945 einschließlich, befreit werden.

Diejenigen Unternehmen und Anstalten, die auf Grund des vorstehenden Absatzes von der staatlichen Gewerbesteuer befreit sind, unterliegen in vollem Umfange der Gewerbesteuer zugunsten der Selbstverwaltungsverbände und anderen Korporationen, die in Art. 120 des erwähnten Gesetzes über die staatliche Gewerbesteuer aufgeführt sind.«

V. Nach Artikel 7 wird ein Artikel 7 a mit folgendem Wortlaut eingeschoben:

»Industrie- und Verkehrsunternehmen, die bis zum Ende des Jahres 1935 in Gdingen entstehen und sich dort befinden, kann der Ministerrat — in Ausnahmefällen, die eine besondere Berücksichtigung verdienen, — für einen Zeitraum von 10 Jahren von der Staatseinkommensteuer befreien, die auf Grund des Kap. I des Gesetzes über die staatliche Einkommensteuer in der Fassung der Verordnung des Finanzministers vom 30. April 1925 (Dz. U. R. P. Nr. 58 Pos. 411) erhoben wird, sofern diese Unternehmen in dem Zeitraum bis zum Ende des Jahres 1935 in Gdingen Investierungen vornehmen, die von hervorragender Bedeutung für den Ausbau und die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt Gdingen sind.

Die Anträge auf Befreiung legen der Finanzminister und der Minister für Handel und Gewerbe gemeinsam dem Ministerrat vor.

Diejenigen Unternehmen, die auf Grund des Abs. 1 von der Staatseinkommensteuer befreit sind, unterliegen in vollem Umfange der Einkommensteuer zugunsten der Gemeinde und der Kreiskommunalverbände — gemäß Art. 24 des erwähnten Gesetzes über die Staatseinkommensteuer.«

VI. Der Artikel 8 erhält folgenden Wortlaut:

»Die Enteignungsakte, wie sie in Art. 5 vorgesehen sind, sind von den Stempelgebühren befreit.

Der Finanzminister kann auf Antrag des Ministers für Handel und Gewerbe Urkunden von den Stempelgebühren befreien, die bis 1945 einschließlich ausgefertigt werden und den Übergang von Eigentum an Grundstücken bestätigen, die zur Inbetriebnahme oder Vergrößerung von Industrie- oder Handelsunternehmen unbedingt notwendig sind, welche auf dem Gebiete der Stadt Gdingen schon eine Tätigkeit begonnen haben oder diese bis zum Ende des Jahres 1935

beginnen werden, und die zur wirtschaftlichen Entwicklung der Stadt Gdingen beitragen kann.

Die im vorstehenden Absatz vorgesehene Befreiung von den Stempelgebühren hat jedoch die Befreiung von den Kommunalgebühren nicht zur Folge.«

VII. Der Artikel 9 erhält folgenden Wortlaut:

»Der Finanzminister kann auf Antrag des Ministers für Handel und Gewerbe Urkunden von den Stempelgebühren befreien, die bis zum Ende des Jahres 1940 ausgefertigt werden, wenn sie die Gründung einer Handelsgesellschaft mit dem Sitz in Gdingen oder die Erhöhung des Stammkapitals einer solchen Gesellschaft betreffen, sofern die Tätigkeit der Gesellschaft zur wirtschaftlichen Entwicklung Gdingens beitragen kann.«

*Artikel 2.* Die Ausführung dieser Verordnung wird dem Minister für Handel und Gewerbe im Einvernehmen mit den interessierten Ministern übertragen.

*Artikel 3.* Diese Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft.

## 5 Verordnung des Staatspräsidenten betreffend die Organisation der Stadt Gdingen

**24. November 1930 (Dziennik Ust. R.P. Nr. 80 vom 29. 11. 1930, Pos. 630 [1])**

Auf Grund des Art. 44, Abs. 5 der Verfassung bestimme ich folgendes:

*Artikel 1.* An der Spitze des Stadtkreises Gdingen steht ein Regierungskommissar. Den Regierungskommissar sowie dessen Stellvertreter ernennt der Innenminister im Einvernehmen mit dem Minister für Handel und Gewerbe und dem Finanzminister.

*Artikel 2.* Der Regierungskommissar in Gdingen vereinigt in seiner Hand den Geschäftsbereich des Bürgermeisters, des Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung, sowie des Burgstarosten.

In bezug auf den Stadtausschuß finden die Bestimmungen des § 38 des Gesetzes vom 30. Juli 1883 über die allgemeine Landesverwaltung entsprechende Anwendung (Pr. Gesetzsammlung S. 195).

*Artikel 3.* Der Regierungskommissar ist der:

a) Vertreter der Regierung im Stadtkreise;
b) verantwortliche Vollstrecker der Anweisungen des Wojewoden von Pommerellen, sowie der einzelnen Minister gemäß den Bestimmungen dieser Verordnung;
c) Vorgesetzte der ihm untergeordneten Behörden, Ämter und Organe, sowie der dienstliche Vorgesetzte der Beamten dieser Behörden, Ämter und Organe.

*Artikel 4.* Die einzelnen Minister der mit der allgemeinen Verwaltung verbundenen Verwaltungszweige sind befugt, in den Angelegen-

[1]) Vgl. Poln. Gesetze u. Verordnungen in deutscher Übersetzung. 1930, S. 597.

Biblioteka Sejmu Śląskiego

heiten betreffend den Stadtkreis Gdingen, verschiedene Befugnisse, die ihnen im Instanzenzuge vorbehalten sind, dem Wojewoden von Pommerellen und verschiedene Befugnisse, die dem Wojewoden von Pommerellen im Instanzenzuge vorbehalten sind, dem Regierungskommissar zu übertragen.

*Artikel 5.* Die einzelnen Minister sind befugt, notwendigenfalls im Verordnungswege den entsprechenden Geschäftsbereich in den Verwaltungszweigen, die mit der allgemeinen Verwaltung nicht vereinigt sind, dem Regierungskommissar zu übertragen.

*Artikel 6.* Der Regierungskommissar untersteht in persönlicher Hinsicht dem Wojewoden von Pommerellen, und dienstlich in den mit der allgemeinen Verwaltung verbundenen Verwaltungszweigen — dem Wojewoden von Pommerellen, in allen anderen Verwaltungszweigen hingegen jedoch direkt den zuständigen Ministern, sofern die auf Grund des Art. 5 dieser Verordnung erlassenen Verordnungen nichts anderes bestimmen.

*Artikel 7.* Die Stadtverordnetenversammlung von Gdingen besteht aus 20 Mitgliedern, von denen 10 Mitglieder auf Grund der geltenden Wahlvorschriften zu wählen und die anderen 10 Mitglieder durch den Innenminister im Einvernehmen mit dem Minister für Handel und Gewerbe zu ernennen und abzuberufen sind.

*Artikel 8.* Die Kadenz der bisherigen Stadtverordnetenversammlung und des Magistrats der Stadt Gdingen läuft mit dem Tage des Inkrafttretens dieser Verordnung ab.

*Artikel 9.* Die Ausführung dieser Verordnung wird dem Innenminister sowie den anderen Ministern übertragen.

*Artikel 10.* Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft und gilt für die Dauer von 5 Jahren; während dieser Zeit wird für die Stadt Gdingen die Gültigkeit aller gesetzlichen Bestimmungen, welche die durch diese Verordnung geregelten Fragen betreffen, außer Kraft gesetzt.

Der Ministerrat kann die Gültigkeit dieser Verordnung im Verordnungswege um drei weitere Jahre verlängern.

Nach Ablauf der im ersten bzw. zweiten Absatz dieses Artikels bestimmten Zeitdauer behalten die Bestimmungen der Artikel 3, 4, 5 und 6 weiterhin ihre Gültigkeit, sofern sie den Burgstarosten in Gdingen betreffen.

## 6 Verordnung des Finanzministers, des Ministers für Industrie und Handel und des Landwirtschaftsministers betr. die Kreditierung von Zollgebühren für Waren, die auf dem Seewege über Gdingen eingeführt werden

**30. April 1930 (Dziennik Ustaw Nr. 46 vom 27. Juni 1930, Pos. 388)**[1]

Auf Grund von Artikel 7 Punkt c) des Gesetzes vom 31. Juli 1924 betr. Regelung der Zollverhältnisse (Dz. Ust. Nr. 80 Pos. 777) wird folgendes verordnet:

1) Vgl. Danziger Wirtschaftszeitung 1930, S. 416.

§ 1. Bei der Ausfuhr von Waren aus dem Auslande auf dem Seewege über Gdingen können den Importeuren Kredite für Zollgebühren erteilt werden.

§ 2. Der Zollkredit kann erteilt werden: Produktionsanstalten, Anstalten von öffentlichem Nutzen, Kommunalanstalten, Vereinigungen landwirtschaftlicher Produzenten, Engros-Lagerhäusern sowie Handels-, Industrie- und Expeditionsfirmen, sofern sie eine Bürgschaft für die Zahlungsfähigkeit vorlegen und übereinstimmend mit den geltenden Vorschriften Handelsbücher führen.

§ 3. Auf Zoll für sämtliche Waren kann Kredit erteilt werden mit Ausnahme der in der Anlage zur Verordnung des Ministerrates vom 10. Februar 1928 (Dz. Ust. aus dem Jahre 1928 Nr. 15 Pos. 113) genannten Waren.

§ 4. Zollkredit wird nur unter der Bedingung der Hinterlegung einer ausreichenden Sicherheit erteilt.

Als Sicherheit werden festverzinsliche Staatspapiere, Garantiepapiere von Banken und hypothekarische Sicherheiten angenommen.

§ 5. Kreditierte Zollgebühren müssen in zwei Monaten vom Tage der Erhebung der betreffenden Zollgebühren bezahlt werden.

Diesen Termin kann das Finanzministerium bis zu 4 Monaten verlängern.

§ 6. Der erteilte Zollkredit ist verzinslich.

Die Höhe des Prozentsatzes wird durch besondere Anordnungen des Finanzministers geregelt werden.

§ 7. Die Nichteinzahlung der kreditierten Summen im vorgeschriebenen Termin zieht eine Einziehung der Gebühren auf dem Zwangswege nach sich.

§ 8. Die Bestimmungen der Verordnung des Finanzministers vom 30. März 1925 betreffend das Verfahren bei der Erteilung von Zollkrediten (Dz. Ust. Nr. 40 Pos. 277) finden mit Ausnahme der §§ 21 und 26 analoge Anwendung bei der Kreditierung von Zollgebühren auf Grund dieser Verordnung.

§ 9. Diese Verordnung tritt am Tage der Bekanntgabe in Kraft.

## 7 Bekanntmachung des Verkehrsministers über die Veröffentlichung des einheitlichen Wortlautes der Verordnung des Staatspräsidenten über die Bildung eines Unternehmens „Polnische Staatseisenbahnen".

**5. Dezember 1930 (Dziennik Ustaw Nr. 89 vom 18. 12. 1930 Pos. 705)[1]**

Auf Grund des Art. 2 der Verordnung des Staatspräsidenten vom 29. November 1930 betr. die Abänderungen und Ergänzungen der Verordnung des Staatspräsidenten vom 24. September 1926 über die Bildung eines Unternehmens »Polnische Staatseisenbahnen« (Dz. U. R. P. Nr. 82 Pos. 641), gebe ich den einheitlichen Wortlaut der Verordnung des Staats-

[1]) Vgl. Polnische Gesetze und Verordnungen 1931, Nr. 1, S. 23.

präsidenten vom 24. September 1926 über die Bildung eines Unternehmens »Polnische Staatseisenbahnen« (Dz. U. R. P. Nr. 97 Pos. 568) unter Berücksichtigung der Abänderungen und Ergänzungen, die in der Verordnung des Staatspräsidenten vom 29. November 1930 enthalten sind (Dz. U. R. P. Nr. 82 Pos. 641), bekannt.

## Anlage

**zur Bekanntmachung des Verkehrsministers vom 5. 12. 1930 (Pos. 705)**

## Verordnung des Staatspräsidenten vom 24. 9. 1926 über die Bildung eines Unternehmens „Polnische Staatseisenbahnen"

Auf Grund des Art. 44, Abs. 6 der Verfassung und des Gesetzes vom 2. August 1926 über die Ermächtigung des Staatspräsidenten zum Erlaß von Verordnungen mit Gesetzeskraft (Dz. U. R. P. Nr. 78 Pos. 443) bestimme ich folgendes:

### Teil I.

Name, Sitz und Tätigkeitsbereich des Unternehmens.

*Artikel 1.* Die Verwaltung der Staatseisenbahnen und der Privatbahnen, die sich in staatlicher Verwaltung befinden, wird dem staatlichen Unternehmen unter dem Namen »Polnische Staatseisenbahnen« übertragen, das nach Handelsgrundsätzen geführt wird unter besonderer Berücksichtigung der Bedürfnisse des Staates und der Interessen der sozialen Wirtschaft.

*Artikel 2.* Das Unternehmen »Polnische Staatseisenbahnen« ist eine selbständige juristische Person mit dem Sitz in der Hauptstadt Warschau.

Den Organen des Unternehmens »Polnische Staatseisenbahnen« stehen alle öffentlich-rechtlichen Befugnisse der bisherigen staatlichen Bahnverwaltung zu.

*Artikel 3.* Das Unternehmen »Polnische Staatseisenbahnen« wird in das Handelsregister eingetragen. In das Handelsregister ist einzutragen: die Firma, der Sitz und Gegenstand des Unternehmens. Die Prokura wird nicht in das Handelsregister eingetragen, hingegen sind in das Handelsregister die Vor- und Zunamen derjenigen Personen einzutragen, die zur Unterschrift von Schuldscheinen und Wechseln im Namen des Unternehmens berechtigt sind.

*Artikel 4.* Das Unternehmen »Polnische Staatseisenbahnen« betreibt die Ausbeutung sämtlicher bisher vom Eisenbahnministerium verwalteten Eisenbahnlinien und übernimmt zu diesem Zwecke deren ganzes unbewegliches Vermögen zu getreuen Händen in Verwaltung und Nutznießung. Das zum Nießbrauch der Staatseisenbahnen bestimmte bewegliche Vermögen zusammen mit dem gesamten vorhandenen

Bargeldbestand und dem Materialvorrat wird Eigentum des Unternehmens.

Die Übernahme der Verwaltung und Ausbeutung der angeführten Eisenbahnen verletzt keineswegs die bisher bestehenden Eigentumsrechte hinsichtlich der einzelnen Teile des übernommenen unbeweglichen Vermögens.

*Artikel 5.* Das Unternehmen »Polnische Staatseisenbahnen« übernimmt gleichzeitig auf sich sämtliche aus der bisherigen Eisenbahnwirtschaft sich ergebenden Verbindlichkeiten in dem Zustand, in welchem sie sich im Zeitpunkt des Beginns der Tätigkeit des Unternehmens befinden, sowie desgleichen alle auf dem in die Verwaltung des Unternehmens übergebenen Eisenbahnvermögens lastenden Verbindlichkeiten, die bisher von der Staatseisenbahn getragen worden sind.

*Artikel 6.* Das gesamte im Sinne des Art. 4 dem Unternehmen »Polnische Staatseisenbahnen« in Nutznießung und zu getreuen Händen in Verwaltung oder auch zu Eigentum des Unternehmens übergebene Vermögen wird von dem Gesamtvermögen des Staatsschatzes abgesondert.

Das unbewegliche Vermögen, das dem Unternehmen »Polnische Staatseisenbahnen« zu getreuen Händen in Verwaltung und Nutznießung übergehen wurde, haftet für die durch das Unternehmen eingegangenen Anleihen und Verbindlichkeiten sowie für die durch den Staatsschatz vor der Bildung des Unternehmens »Polnische Staatseisenbahnen« aufgenommenen Anleihen und Verbindlichkeiten, die durch keine besondere Sicherheit auf diesem Vermögen sichergestellt waren. Dieses Vermögen darf mit keinerlei anderen Anleihen und Verbindlichkeiten des Staatsschatzes belastet werden.

Die Inventuraufnahme und Schätzung des in Absatz 1 genannten Vermögens erfolgt nach Grundsätzen, die der Verkehrsminister im Einvernehmen mit dem Finanzminister bestimmt.

*Artikel 7.* Die gesamten für den Nießbrauch der Eisenbahn bestimmten Immobilien werden mit dem Zeitpunkt ihrer Übernahme durch das Unternehmen »Polnische Staatseisenbahnen« Eigentum des Staatsschatzes, das Unternehmen hingegen behält sie in seiner Nutznießung und zu getreuen Händen in Verwaltung.

Von dem oben zur Nutznießung und zu getreuen Händen in Verwaltung übergebenen Vermögen kann das Unternehmen »Polnische Staatseisenbahnen« — in den Grenzen der gewöhnlichen Verwaltung — alle Immobilien vermieten und verpachten, ebenso kann es, in den Grenzen des Finanzplanes (Art. 12) bewegliches Eisenbahngut veräußern.

Die Veräußerung von unbeweglichem Vermögen ist nur in den Grenzen der gesetzlichen Befugnisse möglich.

*Artikel 8.* Das Unternehmen »Polnische Staatseisenbahnen« kann für den eigenen Bedarf kurzfristige Anleihen aufnehmen, die insgesamt nicht 10 Prozent des allgemeinen Bruttoausbeutungseinkommens, das der letzte Jahresrechnungsabschluß aufweist, übersteigen dürfen.

Diese Anleihen werden von den laufenden Einkünften des Unternehmens abgezahlt. Die allgemeinen Grundsätze, auf Grund deren die Anleihen aufgenommen werden dürfen, bestimmt der Verkehrsminister im Einvernehmen mit dem Finanzminister.

Die Aufnahme von größeren und langfristigen Anleihen sowie die Aufnahme irgendwelcher Anleihen durch Emission von Obligationen, schließlich das Eingehen von aller Art Verbindlichkeiten, durch welche das Grundstücksvermögen belastet wird, darf nur in den Grenzen der gesetzlichen Befugnisse erfolgen.

*Artikel 9.* Nach erfolgtem Auftrag des Verkehrsministers übernimmt das Unternehmen »Polnische Staatseisenbahnen« in Verwaltung und Ausbeutung die neuerbauten Linien von Staats- oder auch Privateisenbahnen, die sich bisher noch nicht in staatlicher Verwaltung befunden haben, und schließt gleichfalls die vom Verkehrsminister angegebenen Eisenbahnlinien von seiner Verwaltung und Ausbeutung aus.

*Artikel 10.* Das Unternehmen »Polnische Staatseisenbahnen« verwaltet Eisenbahnen, die zwar nicht Eigentum des Staates sind, die sich aber doch in Staatsverwaltung befinden. Die gesamten aus der Garantie zugunsten dieser Eisenbahnen sich ergebenden Ausgaben, die bisher aus Staatsfonds gedeckt wurden, deckt das Unternehmen, wodurch jedoch die Haftung des Staatsschatzes für diese Ausgaben, in den durch den Staatsschatz übernommenen Garantiegrenzen, nicht aufgehoben wird.

Der Verkehrsminister kann dem Unternehmen oder seinen einzelnen Organen die Ausführung der ihm zustehenden Aufsichtsbefugnisse über diejenigen Eisenbahnen, die durch das Unternehmen nicht verwaltet werden, übertragen.

*Artikel 11.* Das Unternehmen »Polnische Staatseisenbahnen« ist von der Pflicht zur Entrichtung der öffentlichen Steuern, Abgaben und Gebühren befreit, von denen der Staatsschatz frei ist.

## Teil II.

## Grundsätze für die Führung des Unternehmens.

*Artikel 12.* Das Unternehmen »Polnische Staatseisenbahnen« deckt alle seine Ausgaben aus den eigenen Einkünften und Geldmitteln und führt seine Wirtschaft auf Grund von Jahresbudgets und finanzwirtschaftlichen Plänen, die vom Ministerrat auf Grund eines durch den Verkehrsminister im Einvernehmen mit dem Finanzminister eingebrachten Antrages bestätigt werden.

Bei der Ausführung des gewöhnlichen Budgets steht dem Verkehrsminister im Notfalle oder zwecks Erlangung besserer Wirtschaftsergebnisse das Recht zu, die einzelnen Kredite zu überschreiten, mit Ausnahme der Kredite der durch feste Etats bestimmten Personalausgaben, sofern solche Überschreitungen nicht den im Budget vorgesehenen Reinertrag verringern. Außerdem ist der Verkehrsminister verpflichtet,

in der jährlichen Berichterstattung Erklärungen abzugeben, welche die erfolgten Überschreitungen begründen.

Das Unternehmen stellt eine Eröffnungsbilanz und am Schluß eines jeden Rechnungsjahres Bilanzen auf, die der Bestätigung durch den Ministerrat auf Grund eines durch den Verkehrsminister im Einvernehmen mit dem Finanzminister eingebrachten Antrages unterliegen.

In den Staatshaushalt wird nur der Reinertrag oder Fehlbetrag des Unternehmens aus dem vorhergehenden Bilanzzeitraum des Unternehmens eingestellt.

Das Budgetjahr des Unternehmens »Polnische Staatseisenbahnen« bestimmt eine im Einvernehmen mit dem Finanzminister erlassene Verordnung des Verkehrsministers.

*Artikel 13.* Alle im Interesse des Staates zugunsten seiner einzelnen Organe oder anderer staatlicher Unternehmen erfolgten Leistungen des Unternehmens »Polnische Staatseisenbahnen« sind entsprechend zu entschädigen, hingegen dürfen sämtliche Erleichterungen in Tarifen und Transportgebühren nur innerhalb der Rentabilitätsgrenzen des Unternehmens gewährt werden.

Leistungen des Unternehmens zu Militärzwecken regelt eine besondere im Einvernehmen mit dem Finanzminister und dem Kriegsminister erlassene Verordnung des Verkehrsministers, Erleichterungen der Personentarife für Staatsfunktionäre — eine im Einvernehmen mit dem Finanzminister erlassene Verordnung des Verkehrsministers.

*Artikel 14.* Spezialfonds des Unternehmens »Polnische Staatseisenbahnen« werden auf Grund von Verordnungen des Ministerrats, die auf Antrag des Verkehrsministers im Einvernehmen mit dem Finanzminister erlassen werden, gebildet.

*Artikel 15.* Den Reinertrag des Unternehmens »Polnische Staatseisenbahnen« bildet der Unterschied, der nach Abzug vom gesamten Ausbeutungseinkommen sich ergibt:

a) aller Ausbeutungsausgaben;
b) der Zinsen und Amortisationen von Anleihen, sowie von Verbindlichkeiten, die das Vermögen des Staatsschatzes belasten, das dem Unternehmen »Polnische Staatseisenbahnen« zu getreuen Händen in Verwaltung und Nutznießung oder zu Eigentum übergeben worden ist;
c) der Gebühren und Garantien aus dem Titel der Ausbeutung von dem Staatsschatz nicht gehörenden Eisenbahnlinien;
d) der Abzüge und Zuzahlungen für Spezialfonds.

## Teil III.

## Die Verfassung des Unternehmens »Polnische Staatseisenbahnen«.

*Artikel 16.* Die direkte Verwaltung des Unternehmens »Polnische Staatseisenbahnen« führt der Verkehrsminister.

Die Verfassung des Verkehrsministeriums bestimmt das auf Antrag des Verkehrsministers durch einen Beschluß des Ministerrates bestätigte Statut des Verkehrsministeriums.

*Artikel 17.* Das Eisenbahnnetz des Unternehmens »Polnische Staatseisenbahnen« zerfällt in Direktionsbezirke, in welchen die direkte Verwaltung der Angelegenheiten des Unternehmens die durch den Verkehrsminister ernannten Direktoren der Staatseisenbahnen führen.

Zwecks zentraler Führung der einzelnen Agenturen des Unternehmens »Polnische Staatseisenbahnen« können auf Grund von Beschlüssen des Ministerrats besondere Ämter des Unternehmens »Polnische Staatseisenbahnen« gegründet werden, die dem Verkehrsminister direkt unterstehen.

Die Verfassung und den Geschäftsbereich der Ämter des Unternehmens sowie die Grenzen der Direktionsbezirke der Staatseisenbahnen bestimmt der Verkehrsminister.

Die Zahl und die Sitze der Bezirksdirektionen der Staatseisenbahnen bestimmt der Ministerrat auf Antrag des Verkehrsministers.

*Artikel 18.* Die Urkunden werden im Namen des Unternehmens »Polnische Staatseisenbahnen« durch die dazu befugten Personen unterschrieben, und zwar setzen diese Personen ihre Unterschrift unter den Stempel: Unternehmen »Polnische Staatseisenbahnen«.

Schuldscheine und Wechsel, die durch das Unternehmen »Polnische Staatseisenbahnen« ausgestellt werden, unterschreiben entweder der Verkehrsminister oder zwei Personen von denjenigen, die dazu durch den Verkehrsminister befugt und in das Handelsregister eingetragen sind.

*Artikel 19.* Der Verkehrsminister legt im Einvernehmen mit dem Finanzminister dem Ministerrat vor:

a) die Jahresberichte und Bilanzen mit den Gewinn- und Verlustrechnungen, und zwar im Zeitraum von sechs Monaten nach Ablauf des Berichterstattungsjahres;

b) den Haushaltungsplan und den finanzwirtschaftlichen Plan, und zwar nicht später als binnen vier Monaten vor dem Beginn des entsprechenden Rechnungsjahres.

*Artikel 20.* Eine besondere vom Präsidenten der Obersten Kontrollkammer im Einvernehmen mit dem Verkehrsminister und dem Finanzminister erlassene Instruktion bestimmt die Art und die Termine der Kontrollausübung.

Die Ergebnisse der einzelnen Revisionen der Obersten Kontrollkammer müssen unverzüglich nach ihrer Beendigung dem Verkehrsminister zur Kenntnis mitgeteilt werden.

Die Revision der Jahresberichte muß im Verlauf von zehn Monaten nach Beendigung des Berichterstattungsjahres beendet sein. Diese Ergebnisse sind sodann dem Staatspräsidenten und den gesetzgebenden Kammern vorzulegen, sowie dem Ministerpräsidenten, dem Verkehrsminister und dem Finanzminister zu übersenden.

*Artikel 21.* Die gerichtliche Vertretung in Sachen, betreffend Rechte

und Vermögensinteressen des Unternehmens »Polnische Staatseisenbahnen« gehört in den Tätigkeitsbereich der Generalstaatsanwaltschaft der Republik Polen.

*Artikel 22.* Die bisher im Dienste der Eisenbahn gewesenen Staatsbeamten und die Arbeiter der Staatsbahnen gehen in den Dienst des Unternehmens »Polnische Staatseisenbahnen« über.

Dem Verkehrsminister steht das Recht zur Versetzung einzelner Beamten des Verkehrsministeriums in den Dienst des Unternehmens »Polnische Staatseisenbahnen« zu.

*Artikel 23.* Das Dienstverhältnis der Angestellten des Unternehmens »Polnische Staatseisenbahnen« — mit Ausnahme der auf Grund eines Arbeitsvertrages angestellten Personen (kontraktliche, zeitweilige usw.) — regelt eine Verordnung des Ministerrates.

Der Verkehrsminister kann im Einvernehmen mit dem Finanzminister auf Grund besonderer Verträge hervorragende Spezialisten berufen.

*Artikel 24.* Die Normen für die Gehälter der Angestellten des Unternehmens »Polnische Staatseisenbahnen«, die von dem Art. 23 Abs. 1 umfaßt werden, regelt eine Verordnung des Ministerrats. Bis zum Erlaß dieser Verordnung werden die gegenwärtig geltenden Vorschriften auf das Personal angewandt, mit Ausnahme der Personen, die auf Grund besonderer in Art. 23 Abs. 2 dieser Verordnung angeführten Verträge angestellt sind.

*Artikel 25.* Eine Verordnung des Ministerrats bestimmt die Pensionsberechtigung der von dem Art. 23 Abs. 1 erfaßten Angestellten des Unternehmens »Polnische Staatseisenbahnen« sowie deren Familien unter Wahrung des Grundsatzes der Nichtbeeinträchtigung der bisher erworbenen Rechte.

*Artikel 26.* Eine Verordnung des Ministerrats bestimmt die Rechte der von dem Art. 23 Abs. 1 erfaßten Angestellten des Unternehmens »Polnische Staatseisenbahnen« zum Empfang einer Entschädigung infolge Erwerbsunfähigkeit oder infolge des durch Unfälle bei der Ausübung des Dienstes verursachten Todes.

*Artikel 27.* Bis zum Tage des Inkrafttretens der in Art. 25 und 26 dieser Verordnung vorgesehenen Verordnungen behalten die gesetzlichen Vorschriften, die bisher die Pensionsberechtigungen sowie das Recht auf eine Entschädigung infolge von Unglücksfällen geregelt haben, ihre Rechtskraft.

*Artikel 28.* Die Angestellten des Unternehmens »Polnische Staatseisenbahnen« werden als Beamte im Sinne des Strafrechtes angesehen.

*Artikel 29.* Gegen die in der höchsten Instanz durch die Behörden des Unternehmens »Polnische Staatseisenbahnen« in den Angelegenheiten, die in den Art. 23, 24, 25 und 26 genannt sind, erlassenen Entscheidungen steht den von dem Art. 23 Abs. 1 erfaßten Angestellten das Recht der Klage beim Obersten Verwaltungsgericht im Verfahren sowie nach den Grundsätzen des Gesetzes vom 3. August 1922 über das Oberste Verwaltungsgericht (Dz. U. R. P. vom Jahre 1926, Nr. 68

Pos. 400) zu, und insbesondere auf Grund der Bestimmungen des Art. 1 Abs. 1—3 des Art. 2, des Art. 3 Buchst. a), b), c) und f), des Art. 4 und 5 dieses Gesetzes.

*Artikel 30.* Die gesetzlichen Vorschriften aus dem Gebiete der Sozialleistungen, des Arbeitsschutzes und der Sozialversicherungen gelten desgleichen in dem Maße, wie sie in bezug auf die Staatseisenbahnen, für die Angestellten des Unternehmens »Polnische Staatseisenbahnen«, die auf Grund von Arbeitsverträgen beschäftigt werden, verpflichten.

*Artikel 31.* Die Ausführung dieser Verordnung wird dem Verkehrsminister im Einvernehmen mit dem Finanzminister übertragen, und sofern es sich um die Bestimmungen der Art. 25, 26, 27 und 30 handelt, dem Verkehrsminister im Einvernehmen mit dem Finanzminister und dem Minister für Arbeit und soziale Fürsorge, sofern es sich dagegen um die Bestimmungen der Art. 3 und 18 handelt, dem Verkehrsminister im Einvernehmen mit dem Justizminister.

*Artikel 32.* Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Mit dem Inkrafttreten dieser Verordnung verlieren alle mit ihr im Widerspruch stehenden gesetzlichen Vorschriften ihre Gültigkeit.

# 12. Portugal

## Gesetzgebung

### 1) Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts durch Neufassung der Art. 18—20 des Bürgerlichen Gesetzbuchs

**Aus der Verordnung Nr. 19126 v. 16. Dezember 1930 (Diário do Govêrno, 1930, Ser. 1, Nr. 292, S. 2428) [1])**

*Artikel 18.* — Portugiesische Bürger sind:

1. diejenigen, die auf portugiesischem Gebiet geboren werden und von einem portugiesischen Vater oder, wenn es uneheliche Kinder sind, von einer portugiesischen Mutter abstammen;

2. diejenigen, die auf portugiesischem Gebiet geboren werden und von einem ausländischen Vater stammen, vorausgesetzt, daß dieser nicht im Dienste seiner Nation steht; es sei denn, daß sie als Volljährige oder Mündigerklärte selbst, oder als Minderjährige durch ihre rechtlichen Vertreter, die Erklärung abgeben, daß sie keine Portugiesen sein wollen;

3. die Kinder eines portugiesischen Vaters, auch wenn dieser aus portugiesischem Gebiet vertrieben worden ist, und die in einem fremden Lande geborenen unehelichen Kinder einer portugiesischen Mutter,

[1]) Übersetzung des Instituts.

welche auf portugiesischem Gebiet Wohnsitz nehmen wollen oder die als Volljährige oder Mündigerklärte selbst, oder als Minderjährige durch ihre rechtlichen Vertreter, die Erklärung abgeben, daß sie Portugiesen sein wollen;

4. diejenigen, die auf portugiesischem Gebiet geboren werden und von unbekannten Eltern stammen oder deren Staatsangehörigkeit unbekannt ist;

5. diejenigen, die auf ausländischem Gebiet geboren werden und von einem portugiesischen Vater stammen, welcher sich dort im Dienste der portugiesischen Nation aufhält;

6. die ausländische Frau, welche einen portugiesischen Bürger heiratet;

7. die naturalisierten Ausländer.

*§ 1.* Die Erklärung, welche unter Z. 2 gefordert wird, wird vor dem Magistrat des betreffenden Wohnsitzes abgegeben; die unter Z. 3 geforderte vor den betreffenden portugiesischen Konsularbeamten oder vor der zuständigen ausländischen Behörde.

*§ 2.* Der Minderjährige kann, sobald er volljährig geworden oder mündigerklärt ist, vermittels einer neuen Erklärung vor dem Magistrat des betreffendes Wohnsitzes die Erklärung widerrufen, die während seiner Minderjährigkeit durch seinen rechtmäßigen Vertreter abgegeben worden war, gemäß den Bestimmungen unter Z. 2.

*§ 3.* Der portugiesische Bürger, der etwa auch als Angehöriger eines anderen Staates gilt, kann, solange er dort lebt, nicht die Eigenschaft eines portugiesischen Bürgers beanspruchen.

*Artikel 19.* — Die Regierung kann eine Naturalisierungsurkunde den Ausländern gewähren, die sie beim Stadtrat ihres Wohnsitzes nachsuchen und folgende Bedingungen erfüllen:

1. sie müssen volljährig sein oder für volljährig gelten, sowohl nach portugiesischem Gesetz als auch nach dem Gesetz ihres Landes;

2. sie müssen durch ihre Arbeit Lohn erwerben können oder andere Unterhaltsmittel besitzen;

3. sie müssen sich mindestens drei Jahre auf portugiesischem Gebiet aufgehalten haben;

4. sie müssen frei von jeglicher strafrechtlichen Verantwortlichkeit sein;

5. sie müssen der Militärpflicht ihres Landes genügt haben.

*§ 1.* Die Unterschrift des Antrages, auf welchen sich dieser Artikel bezieht, bedarf der Beglaubigung.

*§ 2.* Die Bedingung unter Z. 3 ist nicht zwingend für die Nachkommen portugiesischer Abstammung, welche im Lande Wohnsitz nehmen wollen; sie kann auch demjenigen Ausländer erlassen werden, der mit einer Portugiesin verheiratet ist, sowie demjenigen, welcher der Nation irgendeinen hervorragenden Dienst geleistet hat oder zu leisten berufen ist, welcher den Erlaß rechtfertigt.

*§ 3.* Die Bedingung Z. 4 wird durch eine Bescheinigung des Landes erfüllt, dem der Ausländer angehört, welcher beabsichtigt, portugiesischer

Bürger zu werden, und durch eine Bescheinigung seines Strafregisters in Portugal.

*§ 4.* Außer den erwähnten Dokumenten, können nur diejenigen verlangt werden, die gemäß Vertrag oder Übereinkunft zwischen Portugal und dem Lande, aus welchem er sich naturalisieren lassen will, erforderlich sind.

*§ 5.* Die Dokumente sind nicht den Bestimmungen des Stempelgesetzes unterworfen und die Regierung kann ihre Beibringung erlassen, indem sie sie durch Auskünfte der zuständigen Dienststellen, Behörden oder Beamten ersetzt.

*Artikel 20.* — Der naturalisierte Ausländer kann keine öffentlichen Ämter gleich welcher Art ausüben, keine leitenden oder überwachenden Stellungen in Gesellschaften oder anderen Körperschaften einnehmen, die vom Staat vertragsmäßig abhängig sind oder die von ihm unterstützt werden, solange nicht wenigstens zehn Jahre seit dem Tage seiner Naturalisierung verflossen sind.

*Einziger §.* Während ebenderselben Frist ist der naturalisierte Ausländer in bezug auf Erwerbung und Besitz von Vermögen denselben Einschränkungen unterworfen, die für Ausländer bestehen.

*Artikel 21.* — Die Naturalisationsurkunden werden nur wirksam, wenn sie innerhalb einer Frist von sechs Monaten, gerechnet von der Bewilligung an, im Ratsarchiv des Gemeindebezirks, wo der Ausländer seinen Wohnsitz aufschlägt, eingetragen worden sind.

## 2) Verordnung über das Disziplinarverfahren wegen Vergehen gegen die Sicherheit des Staates

**Nr. 19141 vom 19. Dezember 1930. (Verbesserter zweiter Abdruck: Diário do Govêrno, 1931, Ser. I, Nr. 1, S. 1/2)** [1]

Indem ich von der Befugnis Gebrauch mache, die mir Z. 2 des Artikels 2 der Verordnung Nr. 12740 vom 26. November 1926 verleiht, und auf Grund der Bestimmung in Artikel 1 der Verordnung Nr. 15331 vom 9. April 1928:

halte ich es für gut, auf Vorschlag der Minister aller Dienstzweige, folgendes mit Gesetzeskraft zu verordnen:

*Artikel 1.* — Die Disziplinarklage gegen öffentliche Zivil- oder Militärbeamte auf Untersuchung und Aburteilung wegen der in gegenwärtiger Verordnung vorgesehenen und unter Strafe gestellten Vergehen, fällt in die ausschließliche Zuständigkeit der ausübenden Gewalt.

*Artikel 2.* — Im Sinne dieser Verordnung bilden Disziplinarvergehen:

1. die unmittelbare oder mittelbare Mitwirkung bei irgendwelchen Handlungen, die das in der Verordnung Nr. 19143 vom 19. Dezember 1930 [2]) vorgesehene und unter Strafe gestellte Verbrechen begründen;

2. die unmittelbare oder mittelbare Mitwirkung bei der Vorbereitung

[1]) Übersetzung des Instituts.

[2]) S. unten S. 712 ff.

oder Durchführung jeder revolutionären Bewegung gegen die Republik oder gegen die bestehende Regierung, ebenso wie die Unterstützung oder der Beitritt zu einer solchen Bewegung;

3. die Bekanntgabe irgendeiner Angelegenheit, die als Amtsgeheimnis zu betrachten oder amtlicher Natur ist, zum Nachteil für den Staat;

4. die öffentliche Beleidigung oder Beschimpfung des Staatsoberhaupts, der Regierung oder ihrer Mitglieder;

5. die öffentliche Erörterung durch Wort oder Schrift der von den Ministern vollzogenen Handlungen, mit der Absicht, ihre Person zu beschimpfen oder die Wahrheit zu entstellen.

*Artikel 3.* — Die Strafen, die auf die Urheber der im vorhergehenden Artikel aufgeführten Vergehen anzuwenden sind, sind vorläufige Dienstenthebung ohne Gehalt für ein bis zwei Jahre oder Entlassung.

*§ 1.* Die Strafe der vorläufigen Dienstenthebung kann durch die Pensionierung oder Verabschiedung mit 50% des Gehalts ersetzt werden, wenn der Angeschuldigte auf Grund seiner Dienstzeit ein Anrecht darauf hatte.

*§ 2.* Den Strafen der vorläufigen Dienstenthebung und der Entlassung entsprechen bei den besoldeten Militärpersonen die der Beurlaubung und des Abschieds.

*Artikel 4.* — Den unter Z. 1, 2 und 3 des Artikels 2 aufgeführten Vergehen entspricht die Strafe der Entlassung, während die vorläufige Dienstenthebung bei den übrigen Platz greift.

*§ 1.* Die Wiederholung dieser letztgenannten Vergehen kann für ihren Urheber die Strafe der Entlassung herbeiführen.

*§ 2.* Zu den angeführten Strafen tritt stets noch eine Geldstrafe hinzu, deren Höhe nicht geringer ist als die Kosten des betreffenden Verfahrens.

*Artikel 5.* — Die Disziplinarverfahren, auf die sich die vorhergehenden Artikel beziehen, beginnen mit der Mitteilung eines Auszugs aus einer im Gange befindlichen Untersuchung oder aus einem schwebenden Prozeß, mit einem Aktenvermerk, der zu diesem Zwecke durch irgendeine Behörde veranlaßt wird, oder auf mündlichen oder schriftlichen Befehl des Ministers; wobei nach den Richtlinien des Disziplinarverfahrens für Zivilbeamte, immer mit den Abänderungen in den folgenden Artikeln, zu verfahren ist.

*Artikel 6.* — Bei der Verteidigung kann der Angeklagte bis zu fünf ansässige Zeugen angeben oder sie am Orte der Eröffnung des Verfahrens vorführen; jedoch können nicht mehr als drei in bezug auf jede Tatsache verhört werden.

*Artikel 7.* — Die Disziplinarverfahren, auf die sich diese Verordnung bezieht, werden nach Eröffnung und Berichterstattung, innerhalb der unverlängerbaren Frist von 10 Tagen nach der Eröffnung, den Bezirkskommandanten, den Militärgouverneuren, oder dem Oberbefehlshaber der Kriegsflotte übersandt, wenn es sich um Militärpersonen, oder den betreffenden Generaldirektionen, wenn es sich um Zivilpersonen handelt.

*Artikel 8.* — Von den im vorhergehenden Artikel erwähnten Behörden werden die Akten, nachdem sie sich angemessen über die Gesetzmäßigkeit der Prozeßhandlungen unterrichtet haben, binnen einer Frist von 24 Stunden dem zuständigen Minister eingereicht, damit sie dem nächsten Ministerrat zur Aburteilung vorgelegt werden.

*Einziger §.* Die Entscheidung des Ministerrats, gegen die es keine Berufung gibt, wird im »Diário do Govêrno« veröffentlicht.

*Artikel 9.* — Die durch Anwendung der gegenwärtigen Verordnung sich ergebenden Leerstellen werden nur dann besetzt, wenn die Notwendigkeit des Dienstes es erfordert.

*Artikel 10.* — Die Bestimmungen des gegenwärtigen Dekrets werden in gleicher Weise auf die Beamten von Verwaltungsstellen und -körperschaften angewandt.

*Artikel 11.* — Diese Verordnung tritt sofort in Kraft und widerruft jede entgegenstehende Gesetzgebung [1]).

Alle Behörden, denen Kenntnisnahme und Ausführung dieser Verordnung mit Gesetzeskraft obliegt, werden daher angewiesen, sie im ganzen wie in ihren Teilen durchzuführen und durchführen und wahren zu lassen.

Die Minister aller Dienstzweige lassen sie drucken, veröffentlichen und in Umlauf setzen.

Gegeben im Regierungspalast der Republik am 19. Dezember 1930.

António Oscar de Fragoso Carmona.

Domingos Augusto Alves da Costa Oliveira. — António Lopes Mateus. — Luís Maria Lopes da Fonseca. — António de Oliveira Salazar. — João Namorado de Aguiar. — Luis António de Magalhães Correia. — Fernando Augusto Branco. — João Antunes Guimarães. — Eduardo Augusto Marques. — Gustavo Cordeiro Ramos. — Henrique Linhares de Lima.

## 3) Verordnung über Festsetzung von Strafen und Einsetzung eines Sondergerichts für Vergehen gegen die Sicherheit des Staates

**Nr. 19143 vom 19. Dezember 1930. (Diário do Govêrno, 1930, Ser. I, Nr. 295, S. 2489/90) [2])**

In Ausübung der Befugnis, die mir Z. 2 des Art. 2 der Verordnung Nr. 12740 vom 26. November 1926; kraft der Bestimmung in Art. 1 der Verordnung Nr. 15331 vom 9. April 1928; auf Vorschlag der Minister aller Dienstzweige:

halte ich es für gut, mit Gesetzeskraft das Folgende zu verordnen:

*Artikel 1.* — Versuch zu willentlichem Totschlag, erschwert durch Rücksicht auf den gegebenen gesellschaftsfeindlichen Anschein, begründen:

[1]) Insbesondere die Disziplinarordnung für Zivilbeamte vom 22. Februar 1913 (Collecão Oficial de Legislacão Portuguesa 1913, vol. I, p. 83—85). Anm. d. Übers.

[2]) Übersetzung des Instituts.

1. Einführung, Herstellung, Innehabung, Kauf, Beschaffung, Beförderung und Gebrauch von Bomben, die Explosivstoffe, Gase oder irgendwelche andere giftige oder für Leben und Tätigkeit von Menschen schädliche Bestandteile enthalten;

2. Einführung, Herstellung, Innehabung, Kauf, Beschaffung, Beförderung und Gebrauch von Explosivstoffen, Gasen oder irgendwelchen anderen Stoffen, die zur Vorbereitung von Bomben, Munition oder Vorrichtungen bestimmt sind, welche bei Revolutionsakten Personen oder Sachen vernichten sollen;

3. Einführung, Herstellung, Innehabung, Kauf, Beschaffung, Beförderung und Gebrauch von Kriegsmaschinen und -waffen und ebenso der zugehörigen Munition, gleichfalls für revolutionäre Zwecke;

4. Überlassung von Geld, Krediten oder irgendwelchen Werten, die bestimmt sind, die Verwirklichung der in vorstehenden Ziffern genannten Handlungen zu erleichtern.

*Einziger §.* Die bloße Innehabung eines Karabiners, Revolvers, einer Pistole, eines Säbels oder irgendeiner anderen blanken Waffe, auch wenn diese verboten sind, begründet nicht das Verbrechen, auf das sich dieser Artikel bezieht.

*Artikel 2.* — Das im vorhergehenden Artikel bezeichnete Verbrechen wird mit der Strafe von 10—20 Jahren Verbannung in die Kolonien und mit Gefängnis am Verbannungsort bestraft.

*Einziger §.* Die Verhängung der in diesem Artikel festgesetzten Strafe ist stets mit der Verurteilung zu einer Geldstrafe im Betrag von nicht unter 20000 Escudos verbunden.

*Artikel 3.* — Unanwendbar in den in dieser Verordnung bezeichneten Fällen sind die Vorschriften des Art. 30 des Strafgesetzbuchs [1]).

*Einziger §.* Als besonders erschwerender Umstand wird die Eigenschaft des Beschuldigten als öffentlicher Beamter, sei es im Zivil-, sei es im Heeresdienst, angesehen.

*Artikel 4.* — Die Einleitung von Prozessen wegen der in dieser Verordnung bezeichneten Fälle geschieht vor einem Sondergericht mit Sitz in Lissabon, im Hauptquartier des Heeresoberkommandos; es wird aus 2 höheren Offizieren des Heeres oder der Flotte und einem Auditor gebildet.

*§ 1.* Der Präsident wird unter diesen beiden Offizieren in der Ernennungsurkunde bezeichnet.

*§ 2.* Der Auditor wird unter den Richtern erster Instanz jeder Art ausgewählt.

*§ 3.* Zu diesem Gerichtshof gehört ein Verteidiger, von Amts wegen ernannt, der unter den Offizieren des Heeres, die Bakkalaureen oder Lizentiaten der Rechtswissenschaft sind, ausgewählt wird.

*Artikel 5.* — Die Untersuchungsakten, die von irgendeiner Militär- oder Zivilbehörde oder ihren Kommissaren angelegt worden sind, haben Beweiskraft für den Tatbestand und werden dem Gerichtspräsidenten überwiesen, der von ihnen dem Auditor unmittelbare Einsicht gewährt,

[1]) Betrifft Anrechnung mildernder oder erschwerender Umstände. Anm. d. Übers.

damit er die Anklage in der Frist von 2 Tagen und nach den Bestimmungen des Art. 454 der Militärgerichtsordnung abfaßt.

*Artikel 6.* — Nach Erfüllung der Vorschriften des vorhergehenden Artikels geht der Prozeß an den Präsidenten zurück. Er erläßt innerhalb 24 Stunden eine Verfügung, in der er die Ausfertigung einer Anklageschrift, wenn sie nötig ist, anordnet, die jedem der Angeklagten mit der Bekanntgabe zugestellt wird, daß er innerhalb von 3 Tagen einen Anwalt bestellen, eine Verteidigungsschrift vorlegen und eine Beweisliste einreichen kann.

*§ 1.* Wenn der Präsident bei der Anordnung der Ausfertigung der Anklageschrift feststellt, daß es sich um nicht verhaftete Schuldige handelt, ordnet er die Rücküberweisung zur Einsicht an den Auditor an, damit dieser unverzüglich die Ausstellung von Haftbefehlen gegen die Beschuldigten verfügt und diese dem Militärgouverneur von Lissabon zur Durchführung zugeleitet werden.

*§ 2.* Falls der Angeschuldigte keinen Anwalt bestellt und keine Verteidigungsschrift vorlegt, wird dem Verteidiger von Amts wegen zu diesem Zwecke und für 2 Tage Akteneinsicht gewährt.

*Artikel 7.* — Nach Empfang der Verteidigungsschrift und der Liste der Beweismittel wird zu deren Prüfung im Beisein des bestellten Anwalts oder des Verteidigers von Amts wegen innerhalb von 5 Tagen geschritten, wobei die Bekundungen mit möglichster Knappheit schriftlich niedergelegt werden.

*§ 1.* Die Prüfung kann durch den Präsidenten oder einen der anderen Stimmberechtigten des Gerichtshofs vorgenommen werden, wobei aber vorkommende Zwischenfälle unverzüglich durch Beratung zu entscheiden sind.

*§ 2.* Die Prüfung kann gleichzeitig für mehr als einen Prozeß ausgeführt werden.

*Artikel 8.* — Nach Erfüllung der Bestimmungen in den vorhergehenden Artikeln erklärt der Präsident den Prozeß für urteilsreif und ordnet seine Verweisung an den zuständigen Gerichtshof an.

*Artikel 9.* — Zur Urteilsfindung hat sich ein Sonderkriegsgericht zu bilden, das außerhalb Lissabons an einem Orte tagt, den die Regierung nach Gutdünken bestimmt.

*Einziger §.* Dieses Gericht setzt sich nach den gleichen Vorschriften wie das des Art. 4 zusammen, in ihm wirken mit ein Staatsanwalt und ein Verteidiger von Amts wegen, die beide nach den Vorschriften der Militärgerichtsordnung ausgewählt werden.

*Artikel 10.* — Das Urteil ist innerhalb einer Frist von 5 Tagen herbeizuführen, gerechnet vom Tage der Einbringung des Prozesses bei diesem Gerichte an.

*Einziger §.* Der Staatsanwalt erhält Einsicht in die Akten für 1 Tag und während der übrigen können die Beschuldigten sie im Gerichtssekretariat prüfen.

*Artikel 11.* — Ist das Gericht für die Urteilsfindung gebildet, so beginnt diese durch Verlesung der wesentlichen Prozeßteile; dieser

folgen das Verhör der Angeklagten und die mündlichen Vorträge der Anklage und der Verteidigung, denen nur einmal und für einen Zeitraum von nicht mehr als 20 Minuten das Wort zusteht.

*Einziger §.* Wesentliche Prozeßteile sind — außer dem Tatbestand, der Anklage und Verteidigung und der Zeugenaussage — alle anderen, die dem Präsidenten als solche erscheinen.

*Artikel 12.* — Nach Schluß der Vorträge befragt der Präsident den Angeklagten, ob er noch mehr zu seiner Verteidigung vorzubringen hat, worauf er in allem gehört wird, was zur Sache gehört. Darauf tritt das Gericht zusammen, wobei durchaus die Vorschriften in den Art. 14, 15, 16, 17 und 18 der Verordnung Nr. 14580 vom 17. November 1927 zu beobachten sind

*Einziger §.* Im Falle der Freisprechung ist Berufung seitens des Staatsanwalts vorgeschrieben.

*Artikel 13.* — Die Präsidenten der durch diese Verordnung geschaffenen Gerichtshöfe können vom Militäroberkommando von Lissabon die Subalternoffiziere anfordern, die für Sekretariats- oder andere Dienste notwendig sind.

*Artikel 14.* — Die Ernennungen, auf die sich Art. 4 und 9 beziehen, gehören zur Zuständigkeit des Ministerrats.

*Artikel 15.* — Die Vorschriften der gegenwärtigen Verordnung sind auf alle Prozesse wegen der in ihr angeführten Verbrechen anwendbar, auch wenn sie von früher begangenen Handlungen ausgehen.

*Artikel 16.* — In allem, was in dieser Verordnung nicht vorgesehen ist, sollen weder die Militärgerichtsordnung noch das allgemeine Recht ihrem Buchstaben und Sinn entgegenstehen.

Allen Behörden, denen Kenntnis und Ausführung dieser Verordnung mit Gesetzeskraft obliegt, wird daher auferlegt, sie im ganzen wie in ihren Teilen durchzuführen und durchführen und wahren zu lassen.

Die Minister aller Dienstzweige lassen sie drucken, veröffentlichen und umlaufen.

Gegeben im Regierungspalast der Republik, am 19. Dezember 1930.

ANTÓNIO ÓSCAR DE FRAGOSO CARMONA

Domingos Augusto Alves da Costa Oliveira. — António Lopes Mateus. — Luís Maria Lopes da Fonseca. — António de Oliveira Salazar. — João Namorado de Aguiar. — Luís António de Magalhães Correia. — Fernando Augusto Branco. — João Antunes Guimarães. — Eduardo Augusto Marques. — Gustavo Cordeiro Ramos. — Henrique Linhares de Lima.

## 4) Kolonialakte

**Verordnung 18570 v. 8. Juli 1930. (Diário do Govêrno 1930, Ser. I, Nr. 156, S. 1309—1312)** [1])

In Ausübung der Befugnis, die mir Nr. 2 des Art. 2 der Verordnung

[1]) Übersetzung des Instituts.

Nr. 12740 vom 26. November 1926 verleiht, auf Grund der Bestimmung in Art. 1 der Verordnung Nr. 15331 vom 9. April 1928 und auf Vorschlag der Minister aller Dienstzweige:

halte ich es für gut, das Folgende, das als Gesetz zu gelten hat, zu verordnen:

*Artikel 1.* — Die Kolonialakte, die als Anhang zu dieser Verordnung mit Gesetzeskraft und als Teil von ihr erscheint, tritt unmittelbar in Kraft, indem sie den Titel V der Staatsverfassung der portugiesischen Republik ersetzt; sie ist in deren allgemeine Reform einzubeziehen und der Revision durch den Kongreß unterworfen, nachdem dieser mit verfassunggebender Gewalt zusammengetreten ist.

*Artikel 2.* — Die Bestimmungen des vorigen Artikels sind gleichzeitig dahin zu verstehen, daß sie die Befugnis der Regierung zum Erlaß weiterer Verordnungen mit Gesetzeskraft nicht berühren, bis der verfassungsmäßige Rechtszustand völlig wiederhergestellt ist.

*Artikel 3.* — Art. 1 der Verordnung Nr. 15853 vom 15. August 1928 über die Verwaltungsordnung von Timor bleibt in Kraft, soweit die Regierung es für notwendig erachtet.

*Artikel 4.* — Aufgehoben werden die Bestimmungen der Kolonialgrundgesetze, die durch die Kolonialakte abgeändert werden, ebenso wie die übrige entgegenstehende Gesetzgebung

## Kolonialakte.

### Titel 1

### Von den allgemeinen Garantien.

*Artikel 1.* — Die Staatsverfassung der Republik ist in allen ihren Bestimmungen, die sich ihrer Art nach nicht ausschließlich auf das Mutterland beziehen, auf die Kolonien nach den Vorschriften der folgenden Artikel anzuwenden.

*Artikel 2.* — Es gehört zum organischen Wesen der portugiesischen Nation, daß sie die historische Aufgabe erfüllt, Überseegebiete zu besitzen und zu kolonisieren und die in ihnen wohnhafte eingeborene Bevölkerung zu zivilisieren, indem sie gleichzeitig den sittlichen Einfluß ausübt, zu dem sie durch das Patronat über den Orient verpflichtet ist.

*Artikel 3.* — Die portugiesischen Überseegebiete werden Kolonien genannt und bilden das portugiesische Kolonialreich.

Das Gebiet des Kolonialreiches ist dasjenige, das am Tage der Veröffentlichung dieser Urkunde besteht.

*Einziger §.* Die portugiesische Nation verzichtet nicht auf die Rechte, die sie besitzt, oder auf die sie in bezug auf irgendein anderes Kolonialgebiet ein Anrecht zu besitzen glaubt.

*Artikel 4.* — Die die Freiheit, die persönliche Sicherheit und das Eigentum betreffenden Rechte der staatsangehörigen und ausländischen Bewohner der Kolonien, sind nach Maßgabe des Gesetzes gewährleistet. Personen beider Art kann entsprechend den geltenden An-

ordnungen die Einreise in irgendeine Kolonie verweigert und über sie die Ausweisung verhängt werden, wenn sich aus ihrer Anwesenheit schwere Nachteile für die innere oder internationale Ordnung ergeben sollten; Beschwerde gegen diese Beschlüsse geht allein an den Ministerrat.

*Artikel 5.* — Das portugiesische Kolonialreich ist in seinen Bestandteilen und mit dem Mutterlande solidarisch verbunden.

*Artikel 6.* — Die solidarische Verbundenheit des portugiesischen Kolonialreiches erstreckt sich insbesondere auf die Verpflichtung, in angemessener Form dazu beizutragen, daß die Ziele eines jeden seiner Glieder und die Unversehrtheit und die Verteidigung der Nation gesichert werden.

*Artikel 7.* — Der Staat veräußert auf keinen Fall irgendeinen Teil der kolonialen Gebiete oder Rechte Portugals, unbeschadet der Berichtigung der Grenzen, wenn sie vom Kongreß genehmigt worden ist.

*Artikel 8.* — Kein einziges Stück des Kolonialgebiets kann durch eine Regierung oder eine andere öffentliche Körperschaft eines fremden Landes durch Besetzung, Abtretung oder irgendeine Art der Überlassung erworben werden. Ausgenommen davon sind Grund und Boden oder Gebäude für die beschränkte Einrichtung einer bestimmten Konsularvertretung, solange diese in einem Hause ihren Wohnsitz hat, dessen Wahl vom Minister der Kolonien genehmigt worden ist, und wenn dasselbe Vorrecht der portugiesischen Regierung im Wege der Gegenseitigkeit anerkannt ist und die gesetzgebende Gewalt dazu ermächtigt hat.

*Artikel 9.* — Nicht gestattet sind:

1) in einem zusammenhängenden Streifen von 80 m über dem höchsten Wasserspiegel zur Zeit des höchsten Flutstandes Landkonzessionen, die an die Meeresküste innerhalb oder außerhalb von Buchten angrenzen;
2) in einem fortlaufenden Streifen von 80 m über dem normalen Wasserspiegel Landkonzessionen, die an schiffbare Seen und an Flüsse angrenzen, die der internationalen Schiffahrt offen stehen;
3) in einem Landstrich von nicht weniger als 100 m nach jeder Seite Konzessionen auf Randländereien im Umkreis von schon gebauten oder geplanten Eisenbahnstationen;
4) andere Landkonzessionen, die nach den Gesetzen, welche augenblicklich noch in Kraft sind oder die künftig verkündet werden, nicht erteilt werden können.

*Einziger §.* In Ausnahmefällen, wenn es den Interessen des Staates entspricht:

a) kann die vorübergehende Inbesitznahme von Parzellen solcher Grundstücke, die in den unter Z. 1, 2 und 3 dieses Artikels angegebenen Zonen liegen, gesetzgemäß gestattet werden;
b) die betreffenden Parzellen können in die Grundfläche der Ortschaften, gemäß den gesetzlichen Vorschriften und mit ausdrücklicher Genehmigung der Zentralgewalt, nach Anhörung der zuständigen Instanzen einbegriffen werden;

c) für die Parzellen, die derart in die Grundfläche der Ortschaften eingeschlossen sind, können, in Übereinstimmung mit dem Gesetz, Konzessionen bewilligt werden, wobei jedoch die ausdrückliche Genehmigung der Zentralgewalt nach Anhörung der gleichen Instanzen unerläßliche Bedingung ist.

*Artikel 10.* — In den Grundflächen, die für Küstenortschaften der Kolonien oder für ihre natürliche Ausdehnung bestimmt sind, sind die Konzessionen oder Unterkonzessionen von Grundstücken folgenden Vorschriften unterworfen:

1. sie können Ausländern nicht ohne Genehmigung des Ministerrates bewilligt werden;
2. sie können nicht an Einzelpersonen oder Gesellschaften verliehen werden, außer zum Zwecke von Verbesserungen, die sie bei ihren städtischen Industrie- oder Handelsanlagen vorhaben.

§ 1. Diese Verbote sind in den Kolonien Afrikas ausdehnbar auf alle Akte privater Übertragung, welche den Zwecken dieses Artikels zuwiderlaufen.

§ 2. Die Rechte, welche dieser und der vorhergehende Artikel dem Staate sichern, sind unverjährbar.

*Artikel 11.* — In Zukunft bleiben die Verwaltung und Ausbeutung der Handelshäfen der Kolonien dem Staate vorbehalten. Ein besonderes Gesetz hat die Ausnahmen zu regeln, die innerhalb eines jeden Hafens in bezug auf bestimmte Einrichtungen oder Dienste zugelassen werden können.

*Artikel 12.* — Der Staat erlaubt in keiner Kolonie folgende Einzel- oder Kollektivunternehmungen:

1. die Ausübung von Vorrechten der öffentlichen Verwaltung:
2. die Befugnis, irgendwelche Abgaben oder Steuern einzuführen oder festzusetzen, selbst wenn es im Namen des Staates geschähe;
3. das Recht, Grundbesitz oder Bergwerkseigentum mit der Befugnis zu erwerben, Unterkonzessionen an andere Unternehmungen zu verleihen.

*Einziger §.* In einer Kolonie, in der augenblicklich Konzessionen der Art bestehen, auf die sich dieser Artikel bezieht, ist das Folgende zu beachten:

a) sie können weder teilweise noch im ganzen verlängert oder erneuert werden;
b) der Staat übt sein Recht der Aufhebung oder des Wiederkaufes nach Maßgabe der Gesetze oder der anwendbaren Verträge aus;
c) der Staat muß die völlige Vereinheitlichung der Verwaltung der Kolonie vor Augen haben.

*Artikel 13.* — Die Konzessionen des Staates sind, auch wenn sie bei Anlage ausländischer Kapitalien wirksam werden sollen, immer den Bedingungen unterworfen, die die Nationalisierung und andere wirtschaftliche Vorteile der Kolonie sicherstellen. Besondere Diplome werden diesen Gegenstand in diesem Sinne regeln.

*Artikel 14.* — Von der Anwendung der Artikel 8, 9, 10, 11 und 12 sind die bis zum heutigen Tage erworbene Rechte ausgenommen.

## Titel II.

## Von den Eingeborenen.

*Artikel 15.* — Der Staat gewährleistet den Schutz und die Verteidigung der Eingeborenen der Kolonien, gemäß den Prinzipien der Menschlichkeit und Souveränität, sowie den Bestimmungen dieses Titels und den internationalen Übereinkünften, die augenblicklich in Kraft sind oder noch in Kraft treten.

Die Kolonialbehörden verhindern und bestrafen, gemäß dem Gesetze, alle Mißbräuche gegen die Person oder das Vermögen der Eingeborenen.

*Artikel 16.* — Der Staat schaffft öffentliche Einrichtungen und fördert die Schaffung von Privateinrichtungen, die samt und sonders portugiesisch sein müssen, zugunsten der Rechte der Eingeborenen und zu ihrer Unterstützung.

*Artikel 17.* — Das Gesetz gewährleistet gemäß den von ihm getroffenen Bestimmungen den Eingeborenen das Eigentum und den Besitz ihrer Grundstücke und Anpflanzungen; dieser Grundsatz ist bei allen durch den Staat verliehenen Konzessionen zu beachten.

*Artikel 18.* — Die Arbeit der Eingeborenen im Dienste des Staates oder von Verwaltungskörperschaften wird entlohnt.

*Artikel 19.* — Verboten sind:

1. alle Anordnungen, durch die der Staat sich verpflichtet, eingeborene Arbeiter für irgendwelche Unternehmungen wirtschaftlicher Ausbeutung zu stellen;
2. alle Anordnungen, durch die die in irgendeinem bestimmten Gebiet vorhandenen Eingeborenen gezwungen werden, diesen Unternehmungen aus irgendeinem Grunde Arbeit zu leisten.

*Artikel 20.* — Der Staat allein kann die Eingeborenen zur Dienstleistung bei öffentlichen Arbeiten zwingen, die im allgemeinen Interesse der Gesamtheit liegen, ferner bei Beschäftigungen, deren Ergebnisse ihnen gehören, bei Vollstreckung richterlicher Entscheidungen, die Strafcharakter tragen, oder zur Erfüllung von fiskalischen Verpflichtungen.

*Artikel 21.* — Die Ordnung des Arbeitsvertrags der Eingeborenen beruht auf der individuellen Freiheit und auf dem Recht auf gerechten Arbeitslohn und Hilfe, wobei die öffentliche Behörde nur zur Überwachung einschreitet.

*Artikel 22.* — In den Kolonien ist auf den Entwicklungszustand der eingeborenen Stämme durch besondere Statuten für die Eingeborenen Rücksicht zu nehmen, die für diese, unter dem Einfluß des portugiesischen öffentlichen und privaten Rechtes, rechtliche Ordnungen festsetzen, die ihren individuellen Gebräuchen und häuslichen wie sozialen Sitten sich anpassen, soweit sie nicht mit der Sittlichkeit und den Grundanschauungen der Menschlichkeit unvereinbar sind.

*Artikel 23.* — Der Staat sichert in seinen überseeischen Gebieten die Gewissensfreiheit und die freie Ausübung der verschiedenen Kulte mit den Vorbehalten, die für die Rechte und Interessen der portugiesischen Souveränität erforderlich sind, ebenso wie für Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und der Übereinstimmung mit den internationalen Verträgen und Vereinbarungen.

*Artikel 24.* — Die religiösen Missionen in Übersee, als Hilfsmittel der Zivilisation und des nationalen Einflusses, und die Anstalten für die Ausbildung des Personals für ihren eigenen Dienst und für den des portugiesischen Patronats besitzen juristische Persönlichkeit und werden vom Staat wie Lehranstalten geschützt und unterstützt.

## Titel III.

## Von der politischen und Verwaltungsordnung.

*Artikel 25.* — Die Kolonien richten sich nach besonderen Grundgesetzen und kolonialen Diplomen nach Maßgabe dieses Titels.

*Artikel 26.* — Den Kolonien sind verwaltungsmäßige Dezentralisation und finanzielle Selbstverwaltung gewährleistet, soweit sie mit der Staatsverfassung der Republik, ihrem eigenen Entwicklungsstande und ihren besonderen Hilfsquellen vereinbar sind, unbeschadet der Bestimmung des Artikels 47.

*Einziger §.* In jeder einzelnen der Kolonien wird die politische Einheit durch das Bestehen einer einzigen Hauptstadt und einer einzigen Haupt- oder Kolonialregierung aufrechterhalten.

*Artikel 27.* — Der ausschließlichen Zuständigkeit des Kongresses unterliegen vermittelst der durch den Kolonialminister unterbreiteten Vorschläge:

1. die Diplome, welche die Grundgesetze der Kolonien festsetzen oder abändern;
2. die Diplome, die enthalten:
   a) die der ausübenden Gewalt verliehenen Befugnisse, Krieg zu erklären oder Frieden zu schließen;
   b) die Genehmigung von Verträgen, Abkommen oder Vereinbarungen mit ausländischen Nationen;
   c) die Ermächtigung zu Anleihen oder anderen Verträgen, welche eine Kaution oder besondere Sicherheiten erfordern;
   d) die Bestimmung der Zuständigkeit der Regierung des Mutterlandes oder der Kolonialregierungen mit Bezug auf den Flächen- und den Zeitraum bei Grundstücks- oder anderen Konzessionen, die ein ausschließliches Recht oder ein besonderes Vorrecht in sich schließen.

*Einziger §.* — Im Falle äußerster Dringlichkeit kann der Minister der Kolonien mit Zustimmung des Obersten Rates der Kolonien in einer Sitzung, in der er den Vorsitz führt, Gesetze über die Gegenstände erlassen, auf die sich Z. 1 und die Unterabteilungen b) und c) der Z. 2 des gegenwärtigen Artikels beziehen, wenn der Kongreß geschlossen ist

oder über den Gegenstand nicht innerhalb einer Frist von 30 Tagen beschließt, gerechnet vom Tage der Vorlegung des betreffenden Gesetzesvorschlages ab.

*Artikel 28.* — Die Diplome, die nicht in die Bestimmung des vorhergehenden Artikels eingeschlossen sind, fallen in die Zuständigkeit der ausübenden Gewalt oder der Regierung der Kolonie, entsprechend der Regelung in den Grundgesetzen der Kolonialverwaltung. Jedoch wird das Folgende angeordnet:

1. Abhängig von der Genehmigung des Ministers der Kolonien sind die Übereinkünfte oder Abkommen, welche die Kolonialregierungen mit ordnungsgemäßer Ermächtigung mit anderen portugiesischen oder ausländischen Kolonien abschließen.
2. Die Kolonialregierungen können die Anordnungen, welche sich auf die in den Artikeln 15 und 24 angeführten Gegenstände beziehen, nicht festsetzen oder abändern.

*Artikel 29.* — Die Kolonien werden nur von General- oder Kolonialgouverneuren regiert; weder den einen noch den anderen können auf irgendeine Weise Befugnisse übertragen werden, die durch die Kolonialakte dem Kongreß, der ausübenden Gewalt oder dem Kolonialminister zustehen, ausgenommen diejenigen, die ihnen in genau begrenzender Rechtsform für bestimmte Angelegenheiten in Ausnahmefällen verliehen worden sind.

*Einziger §.* Zu Gouverneuren können nicht irgendwelche an der Leitung oder Verwaltung von Unternehmungen interessierte Personen ernannt werden, die ihren Sitz oder ihre wirtschaftliche Tätigkeit in der betreffenden Kolonie haben.

*Artikel 30.* — Die gesetzgebende Tätigkeit der Kolonialgouverneure wird im Bereich ihrer Zuständigkeit immer unter Überwachung des Mutterlandes und in der Regel mit gutachtlicher Äußerung der Regierungsräte ausgeübt, in denen eine den sozialen Verhältnissen angemessene Vertretung stattfindet.

*Artikel 31.* — Die vollziehende Tätigkeit wird in jeder Kolonie unter Aufsicht der vollziehenden Gewalt durch den Gouverneuer ausgeübt, dem in den vorgesehenen Fällen der Grundgesetze eine beratende Körperschaft Beistand leistet, die aus Mitgliedern des Regierungsrates zusammengesetzt ist.

*Artikel 32.* — Die Einrichtungen der Bezirks- und Ortsverwaltung werden in den Kolonien durch Bezirksräte, Bezirkskommissionen und Ortsausschüsse vertreten, je nach der Wichtigkeit, der Entwicklung und der europäischen Bevölkerung des betreffenden Bezirks.

*§ 1.* Die Schaffung oder Aufhebung der Bezirksräte ist eine Befugnis des Gouverneurs der Kolonie, sie bedarf der gutachtlichen Äußerung des Regierungsrats und der ausdrücklichen Genehmigung des Kolonialministers.

*§ 2.* Die Ausländer, welche ihren ständigen Wohnsitz während eines Zeitraums von nicht weniger als fünf Jahren in der Kolonie haben und die portugiesisch zu lesen und zu schreiben vermögen,

können an den Bezirksräten und -kommissionen und an den Ortsausschüssen bis zu höchstens einem Drittel ihrer Mitglieder teilnehmen.

*Artikel 33.* — Es ist höchste Ehrenpflicht des Gouverneurs, in einer jeden Besitzung Portugals die Rechte der Souveränität der Nation zu behaupten und das Wohl der Kolonie zu fördern, in Übereinstimmung mit den Grundsätzen, die in dieser Kolonialakte festgelegt worden sind.

## Titel IV.

### Von den wirtschaftlichen und finanziellen Garantien.

*Artikel 34.* — Das Mutterland und die Kolonien besitzen durch ihre moralischen und politischen Bande auf der Grundlage ihrer Wirtschaft eine natürliche Gemeinschaft und Solidarität, welche das Gesetz anerkennt.

*Artikel 35.* — Die Wirtschaftsordnungen der Kolonien sind aufgebaut in Übereinstimmung mit den Notwendigkeiten ihrer Entwicklung, mit der gerechten Gegenseitigkeit zwischen ihnen und den Nachbarländern, und mit den Rechten und gesetzmäßigen Interessen des Mutterlandes und des portugiesischen Kolonialreiches.

*Artikel 36.* — Dem Mutterlande kommt es unbeschadet der gewährleisteten Dezentralisierung zu, durch seine Entscheidungen die gebührende Stellung der Interessen zu sichern, welche nach Maßgabe des vorigen Artikels innerhalb der Wirtschaftsordnungen der Kolonien im Zusammenhang betrachtet werden müssen.

*Artikel 37.* — Jede der Kolonien ist eine juristische Person, mit der Fähigkeit Eigentum zu erwerben, Verträge zu schließen und Prozesse zu führen.

*Artikel 38.* — Jede Kolonie hat ihr eigenes Vermögen und ihre eigenen Schulden, wobei ihr die Verfügung über ihre Einnahmen und die Verantwortlichkeit für ihre Ausgaben, ihre Handlungen und Verträge und ihre Schulden nach Maßgabe des Gesetzes zusteht.

*Artikel 39.* — Als ihr Eigentum werden die beweglichen und unbeweglichen Güter jeder Kolonie betrachtet, die innerhalb der Grenzen ihres Gebiets keinem anderen gehören, fener diejenigen, welche sie auf gesetzlichem Wege außerhalb ihres Gebiets erworben hat, weiterhin die öffentlichen oder privaten Wertpapiere, die sie besitzt oder einmal besitzen wird, ihre Dividenden, Annuitäten oder Zinsen und die Gewinnanteile und dergleichen, die für sie bestimmt sind.

*Einziger §.* Nur dem Staatsschatz oder der Generalkasse für Depositen, Kredit und Sicherheiten können die Aktien und Obligationen der Konzessionsgesellschaften, die zu einer Kolonie gehören, zediert oder verpfändet werden, und ebenso können nur bei denselben Stellen die Zinsen dieser Wertpapiere bei irgendwelchen Finanzoperationen hinterlegt werden.

*Artikel 40.* — Jede Kolonie hat ihren eigenen Haushaltsplan, der nach einem einheitlichen Plane ausgearbeitet worden ist.

*§ 1.* Der Haupthaushaltsplan der Kolonie bedarf der ausdrücklichen Genehmigung des Kolonialministers; er darf jedoch keinerlei Ausgaben oder Einnahmen enthalten, die nicht durch gesetzliche Diplome gedeckt sind.

*§ 2.* Wenn infolge ungewöhnlicher Umstände der Haushaltsplan an das Ministerium der Kolonien nach Ablauf der dafür festgesetzten Frist geschickt wird, oder wenn der Minister der Kolonien ihn nicht genehmigt, bleiben vorläufig, für jeden Monat zu einem Zwölftel und nur für die gewöhnlichen Ausgaben, der Haushaltsplan des vorhergehenden Jahres sowie die Kredite in Kraft, welche während dieser Zeit genehmigt worden sind, um neuen bleibenden Steuerlasten vorzubeugen.

*§ 3.* Die Tätigkeit des Kolonialministers wird in Hinsicht auf den Haushaltsplan einer jeden Kolonie durch Beglaubigung, sei es der Berechnung der Einnahmen oder der Gesetzlichkeit und Richtigkeit der Ausgaben, ausgeübt, wobei die sich ergebenden Verbesserungen vorzunehmen sind. Ergibt sich ein Fehlbetrag oder die Gefahr eines solchen, sind in dem Haushaltsplan die notwendigen Änderungen zu treffen, um das Gleichgewicht wieder herzustellen.

*Artikel 41.* — Die Grundgesetze der Kolonialverwaltung setzen fest:

1. die Ausgaben, welche zu Lasten der Kolonien und welche zu Lasten des Mutterlandes gehen;

2. die Regeln und Beschränkungen, denen die Kolonialregierungen zum Schutz der finanziellen Ordnung unterworfen sind.

*Artikel 42.* — Das Rechnungswesen der Kolonien wird genau wie das des Mutterlandes eingerichtet, und zwar mit den Änderungen, die sich infolge besonderer Umstände als unerläßlich erweisen.

*Artikel 43.* — Die Kolonien übersenden dem Ministerium zu den gesetzlich festgelegten Terminen ihre Jahresrechnungen.

*Artikel 44.* — Das Mutterland leistet den Kolonien mittels der notwendigen Garantien finanzielle Hilfe.

*Artikel 45.* — Die Kolonien können keine Anleihen in fremden Ländern aufnehmen.

*Einziger §.* Wenn es notwendig ist, fremde Märkte in Anspruch zu nehmen, um die für die Regierung einer Kolonie bestimmten Kapitalien zu erlangen, so geschieht dieses finanzielle Unternehmen ausschließlich für Rechnung des Mutterlandes, ohne daß dieselbe Kolonie Verbindlichkeiten dafür übernimmt, wobei sie jedoch solche Verbindlichkeiten voll und ganz dem Mutterlande gegenüber auf sich nimmt, dem sie die gebührenden Garantien leisten muß.

*Artikel 46.* — Die Forderungen des Staatsschatzes des Mutterlandes oder der Generalkasse für Depositen, Kredit und Sicherheiten wegen rückständiger oder zukünftiger Schulden der Kolonien sind unverjährbar.

*Artikel 47.* — Die finanzielle Selbstverwaltung der Kolonien bleibt gelegentlichen Einschränkungen unterworfen, die bei ernster Lage ihrer Finanzen und bei Gefahren unvermeidlich sind, welche diese Lage für das Mutterland herbeiführen kann.

Alle Behörden, denen Kenntnisnahme und Ausführung der gegenwärtigen Verordnung mit Gesetzeskraft obliegt, werden daher angewiesen, sie im ganzen wie in ihren Teilen durchzuführen und durchführen und wahren zu lassen.

Die Minister aller Dienstzweige lassen sie drucken, veröffentlichen und im Umlauf setzen.

Gegeben im Regierungspalaste der Republik am 8. Juli 1930.

António Óscar de Fragoso Carmona.

Domingos Augusto Alves da Costa Oliveira. António Lopes Mateus. Luís Maria Lopes da Fonseca. António de Oliveira Salazar. João Namorado de Aguiar. Luís António de Magalhães Correia. Fernando Augusto Branco. João Antunes Guimarães. Gustavo Cordeiro Ramos. Henrique Linhares de Lima.

## 13. Rumänien.

### Gesetze betreffs der Agrarreform in Süd-Dobrudža[1][2])

### 1) Gesetz zur Änderung einiger Bestimmungen von Kapitel VI des Gesetzes vom 1. April 1914 über die Organisation der Neuen Dobrudža. 6. April 1924

**(Monitorul Oficial Nr. 89 v. 22. April 1924.)**

*Artikel I.* Die Artikel 111, 112, 113, 114, 116, 117, 118, 119, 125, 129 und 131 des Gesetzes vom 1. April 1914 über die Organisation der Neuen Dobrudža werden wie folgt geändert:

*Artikel 109.* Vom 28. Juni 1913 ab richtet sich der Erwerb, der Bestand, die Übertragung und der Verlust des Eigentums, gleich welcher Art, in der Neuen Dobrudža nach den im Königreich Rumänien geltenden Gesetzen und den in diesem Gesetze besonders vorgesehenen Bestimmungen.

*Artikel 110.* Das absolute Eigentumsrecht und das Besitzrecht der »Mirie« sind und bleiben aufrechterhalten, wenn sie gemäß den am 28. Juni 1923 in Bulgarien geltenden Gesetzen entstanden und bestehen geblieben sind.

*Artikel 111.* Die Nachprüfung der Rechtstitel des absoluten Eigentums, des Besitzrechts der »Mirie« und jedes anderen dinglichen Rechts der Einwohner der Neuen Dobrudža an Immobilien findet gleichzeitig mit den Arbeiten für die Enteignung durch dieselben, in Artikel 37 des Gesetzes über die Agrarreform in dem alten Königreich vorgesehenen, Kommissionen statt.

*Artikel 112.* Das absolute Eigentum und das Besitzrecht der »Mirie«

[1]) S. den Aufsatz Teil 1: S. 521 ff. dieser Zeitschrift.

[2]) Übersetzt von Dr. G. Lubenoff.

können sich nur auf den in den nachgeprüften und in Ordnung befundenen Rechtstiteln angegebenen Flächenumfang erstrecken.

*Artikel 113.* Binnen einer Frist von 90 Tagen seit der Verkündung des gegenwärtigen Gesetzes sind alle diejenigen, welche ein absolutes Eigentumsrecht oder Besitzrecht der »Mirie« oder ein anderes dingliches Recht an einer Immobilie in der Neuen Dobrudža in Anspruch nehmen, verpflichtet, eine Erklärung für alle in dem Bereich der zuständigen Bezirkskommission gelegenen Immobilien in drei Exemplaren abzugeben, die folgendes enthalten soll:

a) Name und Vorname, Rechtsstellung, Staatsangehörigkeit, Beruf und tatsächlichen Wohnsitz;
b) Name, Art, Größe und Begrenzung jeder Immobilie, den Namen des Ortes, des Dorfes, der Gemeinde und des Departements, wo die Immobilie gelegen ist;
c) in welcher Eigenschaft die Immobilie innegehabt wird und von wem, wann und auf welche Weise sie erworben wurde;
d) Rechtstitel, Dokumente, auf welche die Ansprüche gegründet werden und die Beweise, welche zum Nachweis der Rechte vorgelegt werden können. Der Erklärung sind alle Akten und Dokumente in Abschrift beizufügen, auf die Bezug genommen wird, und die am Tage der Verhandlung im Original vorzulegen sind.
e) Falls die Immobilie am 23. April 1920 von einem Pächter bearbeitet wurde, seit welcher Zeit, auf Grund welchen Vertrags und — wenn sie zur Zeit der Verkündung dieses Gesetzes verpachtet ist — seit wann, für welche Zeit und auf Grund welchen Vertrags;
f) die rechtliche Lage hinsichtlich der Immobilie am 28. Juni 1913, am 5. August 1916 und am Tage der Verkündung dieses Gesetzes;
g) wenn in diese Immobilien Kapitalien für Bauten investiert worden sind, wie groß die von den Bauten eingenommene Fläche und wie hoch ihr Wert ist;
h) das Reineinkommen pro Hektar und nach Kategorien des kulturfähigen Bodens;
i) Bezeichnung aller ländlichen Immobilien, mit den einzelnen Angaben gemäß Punkt b) ff. für jede Immobilie desselben Deklaranten, die in einem anderen Bezirk der beiden Departements der Neuen Dobrudža liegen;
j) die Immobilie, das Gut oder die Gegend, in welcher er wünscht, daß das ihm zuzuerkennende Land auf Grund der Bestimmungen des Gesetzes über die Regulierung des Eigentums und der Enteignung ihm reserviert werde;
k) Angabe eines Zustellungswohnsitzes in dem Departement, in dem sich die betreffende Immobilie befindet, für alles, was die Regulierung des Eigentums und die Enteignung anlangt, falls sich der tatsächliche Wohnsitz des Deklaranten in einem anderen Departement befindet. Erfolgt eine solche Angabe nicht, so wird als Wohnsitz der Ort betrachtet, wo sich die in der Er-

*Artikel 117.* Die Besitzer nach dem Recht der »Mirie« sind verpflichtet, von dem nachgeprüften und zuerkannten Boden ein Drittel dem Staate abzutreten, um so Eigentümer der anderen zwei Drittel zu werden.

Die Abtretung von einem Drittel trifft nur die Besitzer, die mehr als 5 Hektar in einer oder mehreren Gemeinden haben.

Diejenigen, welche bis einschließlich 5 Hektar in einer oder mehreren Gemeinden besitzen, sind von der Verpflichtung befreit, ein Drittel abzutreten, wenn sie rumänische Staatsangehörige sind, den Boden tatsächlich innehaben, ihn selbst bearbeiten, und wenn sie oder ihre gesetzlichen Erben dauernd in der Gegend seit dem 28. Juni 1913 bis 14. August 1916 und seit dem 1. Juli 1919 bis zur Verkündung des Gesetzes gewohnt haben.

Die von der Abgabe eines Drittels befreiten Besitzer werden als Eigentümer der betreffenden Flächen bis zu höchstens 5 Hektar anerkannt. Wenn die nach dem Abzug des Drittels verbleibende Fläche weniger als 5 Hektar beträgt, ihr Besitzer aber Landwirt ist und kein anderes Land zu vollem Eigentum besitzt, dann wird das dem Staate abzugebende Drittel so weit herabgesetzt, daß der Besitzer im ganzen 5 Hektar Land erhält.

*Artikel 118.* Die Bezirkskommissionen für die Regulierung des Eigentums und die Enteignung — als erste Instanz — und die Departementskommissionen — als Berufungsinstanz — haben in Bezug auf die Regulierung des Eigentums folgende Kompetenz:

a) sie prüfen das absolute Eigentumsrecht, das Besitzrecht der »Mirie« und alle Arten dinglicher Rechte an ländlichen Immobilien in dem betreffenden Bezirk nach und stellen dieselben durch Beschlüsse fest.

b) Sie stellen fest und entscheiden darüber, ob in einem Fall die Bestimmungen des Art. 117 anzuwenden sind und setzen die Fläche fest, die als absolutes Eigentum dem Besitzer nach dem Recht der »Mirie«, sowie die Fläche, die dem Staate zufällt.

Was die Anwendung der Agrarreform betrifft, so verfahren die Kommissionen gemäß den Bestimmungen des Argrargesetzes.

Die Bezirks- und Departementskommissionen erlassen verschiedene Beschlüsse, und zwar die einen bezüglich der Nachprüfung der Rechtstitel und der Regulierung des Eigentums und die anderen bezüglich der Agrarreform.

Das Verfahren vor den mit der Anwendung dieses Gesetzes betrauten Organen ist das im Gesetz über die Agrarreform im alten Königreich vorgesehene und gemäß den betreffenden Bestimmungen dieses Gesetzes.

Ein Verfahrensmangel bei der Ladung wird durch das Erscheinen der Parteien in der Verhandlung geheilt.

Ist einmal der Termin der Verhandlung den Parteien, gleichgültig um welche es sich handelt, gültig zur Kenntnis gebracht, so werden diese hinsichtlich aller nachfolgenden Termine in der Sache als benachrichtigt angesehen, auch wenn sie bei diesem Termin abwesend waren.

klärung bezeichnete Immobilie in dem betreffenden Bezirk befindet.

Das kulturfähige Land, Weinberge, Wälder, Pflanzungen jeder Art, der den Mühlen- und Industrieunternehmungen zugehörige Boden, das Überschwemmungsland und anderes ähnlicher Natur innerhalb der Grenzen der städtischen Gemeinden, welche einen durch die obere technische Behörde genehmigten Regulierungsplan haben, werden, was die Nachprüfung der Rechtstitel betrifft, als ländliche Güter betrachtet.

Die Erklärungen werden persönlich von den Berechtigten, die ein dingliches Recht beanspruchen, oder durch besondere Bevollmächtigte abgegeben, die mit einer gerichtlich bestätigten Vollmacht versehen sind, welche alle Angaben, die in der oben angegebenen Erklärung zu machen sind, enthält; für die Minderjährigen und Entmündigten durch ihre gesetzlichen Vertreter, oder falls solche nicht vorhanden, durch einen von dem Amtsrichter ad hoc bestellten Vertreter; diejenigen, für welche ein gerichtlicher Beistand bestellt ist, können ihre Erklärungen ohne Mitwirkung des Beistandes abgeben, die verheirateten Frauen ohne Zustimmung des Ehemannes, soweit es sich um ihr persönliches Vermögen, sowie ihre Mitgift handelt; falls ein gesetzlicher Nießbrauch an einer Immobilie besteht, wird die Erklärung von dem Nießbraucher abgegeben.

Wenn die Erklärungen nicht innerhalb der oben bestimmten Frist abgegeben werden, tritt die in Art. 116 vorgesehene Rechtsfolge ein.

*Artikel 114.* Jeder, der augenblicklich Land innehat, und seine Ansprüche nicht auf Urkunden gründen kann, die sein Eigentum beweisen, ist Besitzer nach dem Recht der »Mirie« wenn er beweist, daß er das Land wenigstens 10 Jahre vor dem 1. September 1904 besessen hat.

Die unter der Herrschaft der bulgarischen Gesetze begonnene Verjährung läuft nicht mehr nach dem 28. Juni 1913.

*Artikel 115.* Alle Akte wirklicher oder verschleierter Veräußerung jeglichen in Art. 110 bis 114 erwähnten Eigentums oder Besitzes, die vor dem 28. Juni 1913 bis zur endgültigen Nachprüfung des Rechtes des Verkäufers stattgefunden hat, sind ohne weiteres nichtig und rechtsungültig.

Die Käufer sind nur berechtigt, an dem Verkäufer die Rückerstattung des Preises zu verlangen, ohne daß sie ein Recht irgendwelcher Art auf den Boden gerichtlich geltend machen können.

*ArtikeI 116.* Die ländlichen Liegenschaften, gleichgültig ob sie im absoluten Eigentum stehen oder nach dem Recht der »Mirie« besessen werden, der Bewohner, die ihre Dokumente nicht oder nicht innerhalb der in Art. 113 vorgesehenen Frist zur Nachprüfung vorgelegt haben, ferner derjenigen, deren Titel nachgeprüft und zurückgewiesen worden sind, sowie derjenigen, welche einer der Bestimmungen des Artikels 115 zuwider gehandelt haben, sind und bleiben ohne weiteres Eigentum des Staates, der auf dem Verwaltungswege ohne Mahnung, ohne Inverzugsetzung und ohne Gerichtsurteil sich in ihren Besitz setzt.

Die Kommissionen werden als vorschriftsmäßig zusammengesetzt betrachtet, wenn sie wenigstens mit 2 Mitgliedern, von denen eines ein Richter sein muß, besetzt sind; im Falle einer Meinungsverschiedenheit entscheidet die Stimme des Präsidenten.

Die Erklärungen werden auch bei Abwesenheit der Deklaranten nachgeprüft, deren Ansprüche nur insoweit als unbegründet zurückgewiesen werden können, als sie nicht durch die Akten und durch die den Akten beigefügten Beweise oder durch die auf das Gesuch des Deklaranten oder von Amts wegen angestellten Nachforschungen bewiesen sind.

Wenn über dieselbe Immobilie verschiedene Erklärungen von zwei oder mehreren Personen mit entgegengesetzten oder gemeinsamen Interessen abgegeben worden sind, so werden die betreffenden Akten verbunden und so die Sache durch ein Beschluß entschieden. Die Verbindung kann erstmalig auch in der Berufungsinstanz erfolgen.

Die Beschlüsse werden mit Stimmenmehrheit gefaßt und sind gültig, wenn sie die Unterschriften von mindestens zwei Mitgliedern, von denen einer Richter sein muß, tragen und von dem Sekretär der Kommission gegengezeichnet sind.

Gegen die Beschlüsse der Bezirkskommissionen ist Berufung an die Departementskommissionen zulässig.

Die auf die Berufung ergehenden Beschlüsse können, was die Nachprüfung der Rechtstitel und die Regulierung des Eigentums betrifft, durch Rekurs an den Obersten Kassationshof, bezüglich der Enteignung durch Revision vor dem Agrarkomitee, angefochten werden.

Die Beschlüsse der Kommissionen und aller anderen zur Entscheidung hinsichtlich der Nachprüfung der Rechtstitel und der Regulierung des Eigentums, sowie bezüglich der Enteignung berufenen gerichtlichen Instanzen ergehen, ohne daß ein Einspruchsrecht[3]) besteht.

Die Frist zur Einlegung der Berufung und Revision gegen die Beschlüsse beträgt 15 Tage von der Verkündung ab gerechnet.

Das Ministerium für Landwirtschaft und Domänen wird in allen Instanzen für die Nachprüfung der Rechtstitel und die Regulierung des Eigentums durch von ihm ermächtigte Agenten vertreten. Diese sind berechtigt, Berufungs-, Rekurs- und Revisionsanträge zu stellen und zu unterschreiben.

In jedem Amtsgerichtsbezirk und in jedem Departement können je zwei Kommissionen für die Nachprüfung der Rechtstitel und die Regulierung des Eigentums und für die Enteignung tätig sein, wobei es der Verwaltung überlassen bleibt, die Aufteilung der Gemeinden vorzunehmen und den Umfang der Zuständigkeiten zu bestimmen.

Für die Entscheidung der Rekurse bezüglich dieser Materie wird beim Kassationshof eine ständige Abteilung von fünf durch den ersten Präsidenten im Einvernehmen mit den Senatspräsidenten bestimmten Mitgliedern gebildet.

3) Im Versäumnisverfahren.

Der Kassationshof entscheidet ohne Ladung der Parteien lediglich auf Grund der Akten und nach mündlichem Bericht eines zu diesem Zweck beauftragten Mitglieds. Die Entscheidungen ergehen mit einer Mehrheit von drei der Stimmen.

Im Falle der Kassation einer Entscheidung kann der Gerichtshof die Sache grundsätzlich selbst nachprüfen und entscheiden. Macht die Sache neue tatsächliche Feststellungen erforderlich, so wird mit deren Durchführung dieselbe Instanz beauftragt, gegen deren Beschluß Revision eingelegt worden ist.

*Artikel 119.* Die Erklärungen und das ganze Verfahren vor den Organen für die Nachprüfung der Rechtstitel, für Regulierung des Eigentums und die Enteignung sind von allen Stempel- und Registrierungsgebühren befreit.

*Artikel 120.* Der Staat, vertreten durch das Ministerium für Landwirtschaft und Domänen, hat das Vorkaufsrecht in allen Fällen der Eigentumsveräußerung von ländlichen Immobilien, gleichgültig, ob es sich um absolutes Eigentumsrecht oder um Besitzrecht der »Mirie« handelt.

Ebenso kann der Staat in dem in Art. 4 dieses Gesetzes vorgesehenen Falle das Vorzugsrecht innerhalb dreier Monate von der Zuerkennung an ausüben, indem er dem Berechtigten den hinterlegten Preis plus 5% jährlicher Zinsen von dem Tage der Hinterlegung an bezahlt.

Die Art und Weise der Ausübung des Vorkaufsrechts wird durch eine besondere, vom Ministerium für Landwirtschaft und Domänen erlassene Verordnung, deren Bestimmungen einen integrierenden Bestandteil dieses Gesetzes bilden, festgesetzt.

*Artikel 121.* Jeder Versuch irgend einer Person, das Vorkaufsrecht des Staates illusorisch zu machen, wird als Betrug betrachtet und gemäß Art. 332 und 333 des Strafgesetzbuches verfolgt und bestraft.

In diesem Falle hat der Staat das Recht, das Land für sich selbst für einen vom Obersten Landwirtschaftsrat für die Liegenschaften des Orts vorgesehenen Preis zu erwerben.

Falls der Staat von seinem Vorzugsrecht keinen Gebrauch macht und die Veräußerung unter Privaten stattfindet, muß jede von dem Käufer geleistete Zahlung bis zur Erlegung des ganzen Preises hinterlegt werden. Die Hinterlegungsscheine sind beim Ministerium für Landwirtschaft und Domänen zu deponieren, das sie dem Verkäufer überweist. Jede andere Art der Zahlung des Preises hat keine befreiende Wirkung.

Ergibt sich, daß der wirkliche Preis beim Verkauf unter Privaten kleiner ist als der dem Staat angegebene oder, daß die Art der Bezahlung des Preises nicht gemäß dem vorhergehenden Absatze stattgefunden hat, so ist der Verkauf in diesem Falle nichtig und der Staat wird Eigentümer des Landes, indem er dem Besitzer einen Preis bezahlt, der den von dem Obersten Landwirtschaftsrat für den Ort festgesetzten Maximalpreis nicht übersteigen darf.

Die Durchführung dieser Maßnahme gehört zum ordre public und

kann entweder vom Staat oder von der Staatsanwaltschaft eingeleitet werden.

*Artikel 122.* Die Verkäufer, welche auswandern wollen oder diejenigen, welche auf ihre Eigenschaft als rumänische Staatsangehörige verzichten, können ihr Land nur an den Staat veräußern.

Wenn der Verkäufer innerhalb eines Jahres von dem Datum des Verkaufs einer ländlichen Liegenschaft an auswandert, so ist der Staat berechtigt, das veräußerte Eigentum von dem Erwerber zu kaufen.

In diesen beiden Fällen darf der Preis die für diesen Ort und für diese Kategorie von dem Obersten Landwirtschaftsrat festgesetzten Preise nicht übersteigen.

*Artikel 123.* Niemand hat das Recht, Landarbeiterfamilien ohne Zustimmung des Innenministeriums auf sein Land zu bringen und dort anzusiedeln.

*Artikel 124.* Es sind und bleiben Eigentum des Staates:

a) alle Güter, gleich welcher Art, die dem bulgarischen Staat, sei es als öffentliches, sei es als privates Eigentum gehörten;
b) alle Wälder mit Ausnahme derer, die Privatpersonen als einzelnen gehören und deren Akten gemäß dem Gesetz nachgeprüft und anerkannt sind;
c) alles Weideland der Gemeinden (Gemeinschaftseigentum) ohne Rücksicht auf die Art, wie es erworben wurde;
d) aller kulturfähige Boden, Weideland, Wälder, sowie jegliche Art von Gütern, die Schulen, gleichgültig welcher Kategorie, gehören und ohne Rücksicht auf die Art, wie sie erworben wurden;
e) alle Liegenschaften, gleich welcher Art und mit welchen Mitteln sie erworben sind, die den Kirchen und anderen Kultur- oder Wohlfahrtseinrichtungen gehören;
f) alle Bergwerke, Steinbrüche und Mineralquellen;
g) alle Seen, Teiche, Kanäle und Fischereien aller Art;
h) alle in Art. 116 genannten Liegenschaften.

*Artikel 125.* Die Flächen der den Einwohnern zuerkannten und von den in Art. 118 vorgesehenen Organen zugebilligten Liegenschaften werden an einem Ort in einem oder mehreren Teilen, die zusammen das in Teilen zuerkannte Recht darstellen sollen, angewiesen.

Ist der Einwohner abwesend oder will er das zugewiesene Land nicht annehmen, so wird dieses dem örtlichen Bürgermeister auf Grund eines Protokolls übergeben. Setzt sich der Einwohner innerhalb dreier Jahre von dem Datum des Protokolls an nicht in den tatsächlichen Besitz des Landes, so verliert er das Recht auf die Liegenschaft zugunsten des Staates, der auf die in Art. 116 angegebene Weise davon Besitz ergreift.

*Artikel 126.* Das Ministerium für Landwirtschaft und Domänen ist berechtigt, von dem früheren kommunalen (gemeinschaftlichen) Weideland, gleich welcher Herkunft, den Kommunen unentgeltlich eine der Zahl der Einwohner, der Familienväter und der landwirtschaftlichen

Arbeiter entsprechende Fläche abzutreten, indem man als Norm 1 Hektar pro Familienhaupt rechnet; doch darf sie in keinem Falle die in diesem Ort von dem Staate vom gemeinschaftlichen Weideland genommene Bodenfläche übersteigen.

In dieser Fläche können die Staatswälder nicht einbezogen werden.

*Artikel 127.* Der Staat ist verpflichtet, für das kommunale (gemeinschaftliche) Weideland, gleichgültig, ob es von dem bulgarischen Staat oder von Privatpersonen erworben wurde, den Kommunen eine Entschädigung in Höhe des durch die öffentlich beurkundete Originalakte bewiesenen Kaufpreises zu gewähren.

Diese Entschädigung wird nur für das nach der unentgeltlichen Abtretung seitens des Staates gemäß Art. 126 dem Staate verbleibende Weideland gewährt.

*Artikel 128.* Die Einwohner haben das Recht, ihr Vieh unentgeltlich an allen Gewässern zu tränken.

*Artikel 129.* Der Staat kann den Boden, der gegenwärtig Eigentum des Staates ist, sowie denjenigen, der gemäß diesem Gesetz oder durch Enteignung in das Patrimonium des Staates übergeht, kolonisieren oder durch die Zentralstelle für Landüberweisung in kleineren Parzellen und zwar auf Grund eines Erlasses des Ministerrates veräußern lassen.

*Artikel 130.* Die besondere Verordnung, welche das Ministerium für Landwirtschaft und Domänen zur Auslegung der in diesem Gesetze getroffenen Bestimmungen erlassen wird, wird bezüglich aller in ihr enthaltenen Bestimmungen als integrierender Bestandteil dieses Gesetzes betrachtet.

Ebenso findet die Art der Vermessung und Parzellierung der den Einwohnern zugesprochenen Liegenschaften nach einer von der öffentlichen Verwaltung erlassenen besonderen Verordnung, welche die Art der Bedingungen dieser Arbeiten festsetzt, statt.

Die zur Ausführung dieser Arbeiten angeordneten Maßnahmen haben die volle Gültigkeit einer rechtskräftigen gerichtlichen Entscheidung und wirken für und gegen jederman.

*Artikel 131.* Die Leitung aller Arbeiten zur Regulierung des Eigentums in der Neuen Dobrudža hat die Zentralstelle für Landüberweisung.

*Artikel 132.* Im Laufe des Jahres 1914 — das Datum wird vom Ministerium der Landwirtschaft und Domänen festgesetzt werden — wird auf Grund des Gesetzes vom 10. Februar 1912 in den Departements der Neuen Dobrudža eine allgemeine Zählung der Bevölkerung stattfinden.

*Artikel II.* Alle Gesetze, Dekrete und Verordnungen, die den Bestimmungen dieses Gesetzes widersprechen, sind und bleiben aufgehoben.

## 2) Gesetz zur Ergänzung des Gesetzes über die Organisation der Neuen Dobrudža. 4. Juli 1930

(Monitorul oficial Nr. 148 vom 7. Juli 1930)

*Artikel 1.* Binnen einer Frist von 30 Tagen seit der Verkündung dieses Gesetzes haben alle diejenigen, welche Immobilien, gleich welcher Art, die in irgend einer Beziehung zu dem 1914 verkündeten Gesetz stehen, besitzen und noch nicht die in Artikel 113 des Gesetzes über die Neue Dobrudža vom 22. April 1924 vorgesehenen Erklärungen oder nicht innerhalb der in diesem Artikel vorgesehenen Frist abgegeben haben und deren Erklärungen deshalb nach Artikel 118 des Gesetzes von 1924 als zu spät abgegeben zurückgewiesen wurden, sich vor dem Amtsgericht des Bezirkes, zu welchem sie gehören, einzufinden, um die Erklärungen gemäß diesem Gesetz abzugeben.

Entweder in eigener Person, oder durch irgend einen Bekannten oder durch ein Mitglied der Familie haben die Interessenten, gleichviel, ob Alphabeten oder Analphabeten, zu erklären: Ob sie Rumänen oder rumänische Staatsangehörige sind, in welchem Departement, welcher Gemeinde oder welchem Dorf sie sich niedergelassen haben oder ihren Wohnsitz haben, welche Immobilien sie besitzen, die Größe und die Grenzen dieser Immobilien, die Namen der Dörfer oder der Gemeinden, in welchen sie gelegen sind, auf Grund welchen Rechtes und unter welcher Form, seit wann und von wem sie sie besitzen, sowie welche Dokumente sie zum Nachweis ihres Besitzrechts hinsichtlich dieser Immobilien haben oder besessen haben unter gleichzeitiger Hinterlegung der Dokumente, über welche sie verfügen, gegen Empfangsbescheinigung.

Die von einem Erben abgegebenen Erklärungen kommen allen anderen zugute.

*Artikel 2.* Alle diejenigen, die einen Einspruch gegen die Beschlüsse der Bezirkskommissionen erhoben haben und deren Ansprüche als zu spät abgegeben zurückgewiesen worden sind, sowie alle, deren Einsprüche wegen Nichterscheinens zurückgewiesen sind, können in einer Frist von 30 Tagen nach der Verkündung dieses Gesetzes bei der zuständigen Berufungskommission vorstellig werden, um ihre Einsprüche geltend zu machen.

Die Berufungskommissionen sind verpflichtet, Gesuche, die vorgebracht oder überreicht werden, zu registrieren und einen Termin zur sachlichen Verhandlung der Einsprüche gemäß dem im Gesetze von 1924 vorgesehenen Verfahren festzusetzen.

Innerhalb derselben Frist von 30 Tagen kann gegen alle Beschlüsse der Bezirkskommissionen Einspruch erhoben werden, gegen die noch kein Einspruch erhoben worden ist, und durch die die Erklärungen wegen Abwesenheit der Erklärenden vollständig zurückgewiesen worden sind.

Gleichfalls in einer Frist von 30 Tagen hat der Staat das Recht, die Beschlüsse, gegen welche kein Einspruch erhoben worden ist, oder die wegen Mangels der Verteidigung in der Berufungsinstanz rechtskräftig geworden sind, im Wege der Berufung anzufechten.

*Artikel 3.* Diejenigen, welche auf Grund des Artikels 113 des Gesetzes über die Neue Dobrudža von 1924 Erklärungen abgegeben haben, die als zu spät abgegeben zurückgewiesen worden sind, haben außer dem in Art. 1 Angeführten noch zu erklären: Wann und bei welcher Prüfungskommission sie diese Erklärungen abgegeben oder überreicht haben, damit ein einziges Aktenstück mit den Erklärungen, die auf Grund dieses Gesetzes zu machen sind, gebildet wird.

*Artikel 4.* Die Gerichtsbeamten haben in Gegenwart und unter Kontrolle der zum Empfang der im Artikel 1 dieses Gesetzes vorgesehenen Erklärungen beauftragten Richter kurz die Erklärungen zu Protokoll zu nehmen, das von dem Richter, von dem aufnehmenden Beamten sowie von dem Deklaranten, wenn er schreiben kann, unterschrieben wird, wobei alle Dokumente, die der Erklärung beigefügt werden, zu erwähnen sind.

Die Protokolle mit den abgegebenen Erklärungen werden sofort, geordnet nach Gemeinden und Dörfern, den nach Art. 118 des Gesetzes über die Neue Dobrudža von 1924 eingesetzten Kommissionen übersandt.

*Artikel 5.* Die den Erklärungen beigefügten Akten, die für jede abgegebene Erklärung ein selbständiges Aktenstück bilden, werden zusammen mit den Protokollen, in denen die Erklärungen aufgenommen sind, dem Sekretär der Kommission übergeben und von ihm übernommen.

Die Identität der Deklaranten oder derjenigen, welche an ihrer Stelle erscheinen, der Bekannten oder Verwandten des Deklaranten, wird festgestellt durch die Personenstandsregister der Gemeinde oder des Dorfes, in dem sie wohnen, oder wenn diese in dem Gesetze über die Lokalverwaltung vorgesehenen Register noch nicht bei der Verkündung des gegenwärtigen Gesetzes eingerichtet sind, durch von den Gemeinden oder Dorfbehörden ausgestellte Identitätspapiere.

*Artikel 6.* Die Kommissionen, welche auf Grund des Art. 118 des Gesetzes über die Neue Dobrudža von 1924 und dieses Gesetzes in der Neuen Dobrudža tätig sind, werden in ihrer Eigenschaft als Prüfungskommission gemäß dem im Gesetz von 1924 vorgesehenen Verfahren die Nachprüfungen vornehmen sowohl der Erklärungen, die durch das Gesetz über die Neue Dobrudža von 1924 vorgeschrieben, aber bis zur Verkündung des gegenwärtigen Gesetzes nicht nachgeprüft und erledigt worden sind, als auch der Erklärungen, die auf Grund des Gesetzes von 1924 als verspätet zurückgewiesen worden sind; diese werden auf Grund des Artikels 1 dieses Gesetzes als rechtzeitig abgegeben angesehen, ebenso wie die durch Artikel 1 und 2 dieses Gesetzes vorgesehenen Erklärungen und Einsprüche.

Die Kommissionen werden für jede Erklärung gesondert oder, wenn mehrere Erklärungen für dieselben Immobilien abgegeben worden sind, nach Vereinigung derselben und durch einen einzigen Beschluß festsetzen, welche Fläche des deklarierten Landes im Eigentum des Deklaranten verbleibt und welche ins Eigentum des Staates übergeht.

*Artikel 7.* Sind über dieselben Immobilien Erklärungen sowohl von denen, die sie innehaben, als auch von denen, die ein Recht zum Besitze in Anspruch nehmen, abgegeben, so haben die Kommissionen, ohne sich damit zu beschäftigen, wem das Eigentum zusteht, das Recht des Staates festzustellen, wobei die tatsächliche Lage zu berücksichtigen und die Streitigkeit in dem Nachprüfungsbeschluß zu erwähnen ist.

Sind über ein und dasselbe Grundstück zwei oder mehrere widersprechende Beschlüsse gefaßt und rechtskräftig geworden, so werden diese der jetzigen Departementskommission vorgelegt, die sich lediglich bezüglich der Person des Besitzers durch einen neuen und einzigen Beschluß gemäß dem vorhergehenden Absatz ausspricht.

*Artikel 8.* Nachdem die in dem vorhergehenden Artikel genannten Prüfungsbeschlüsse Rechtskraft erlangt haben, werden die Kommissionen, die sie gefaßt haben und die gemäß Art. 118 des Gesetzes über die Neue Dobrudža von 1924 eingesetzt sind, soweit sie noch keine Beschlüsse bezüglich der im Agrargesetz des alten Königreiches vorgesehenen Enteignung gefaßt haben, hinsichtlich der als Eigentum dem Deklaranten durch Prüfungsbeschlüsse zuerkannten und zuzuerkennenden Grundstücke im Rahmen der in diesen Beschlüssen angegebenen Ausdehnung als Agrarkommissionen entscheiden.

Obwohl von denselben Kommissionen gefaßt, sind die Prüfungsbeschlüsse, welche denen über die Enteignung vorausgehen, sowie die Akten darüber vollkommen voneinander getrennt zu halten und verschiedene Aktenstücke daraus zu bilden.

*Artikel 9.* Die endgültigen Beschlüsse über die gemäß dem Gesetze über die Neue Dobrudža von 1924 abgegebenen und nachgeprüften Erklärungen werden nach Beendigung des im Agrargesetz vorgesehenen Enteignungsverfahrens als Eigentumstitel für die sämtlichen den Deklaranten als Eigentum zuerkannten Immobilien angesehen, mit den in diesen Beschlüssen bezeichneten Größen und Grenzen.

Die auf Grund dieses Gesetzes gefaßten Beschlüsse werden als Rechtstitel zur Festsetzung der Fläche, welche die Deklaranten gemäß Art. 22 dieses Gesetzes zu erhalten haben, angesehen.

*Artikel 10.* Was die Wälder anlangt, die, gleich unter welcher Form, sich im Besitz von Privatpersonen befinden, so sind auch diese zu deklarieren oder es ist für sie innerhalb der gleichen Frist, unter den gleichen Bedingungen, in derselben Form und im gleichen Verfahren Einspruch zu erheben, wie für die anderen Grundstücke, die auf Grund dieses Gesetzes zu deklarieren sind oder für die Einspruch zu erheben ist.

Diejenigen, welche durch die endgültigen Prüfungsbeschlüsse als Eigentümer anerkannt worden oder anzuerkennen sind, sind berechtigt, innerhalb einer Frist von drei Monaten von der Verkündung dieses Gesetzes oder für die noch nicht deklarierten binnen drei Monaten seit der Rechtskraft der Beschlüsse durch Erklärungen, über die ein von dem Vorsitzenden der Kommission zu unterzeichnendes Protokoll aufzunehmen ist, den Teil des Waldes zu nennen, welcher auf Grund des Art. 117 des Gesetzes von 1924 in das Eigentum des Staates über-

geht, und den Teil des Waldes, der in ihrem Eigentum verbleibt. Das Drittel, das der Staat übernimmt, soll soweit möglich, Bäume gleichen Alters und gleicher Beschaffenheit wie der dem betreffenden Eigentümer verbleibende Teil enthalten.

Nachdem sie diese Erklärungen abgegeben haben, steht es den Deklaranten frei, ohne jede Beschränkung den ihnen verbliebenen Wald auszubeuten, lediglich unter Beobachtung der von der staatlichen Forstbehörde vorgesehenen Bedingungen.

Kleinere Waldstücke oder isolierte Wälder, die von geringfügigem Nutzen für den Staat sind, und durch endgültige auf Grund des Gesetzes über die Neue Dobrudža von 1924 und dieses Gesetzes gefaßte Beschlüsse ihm überlassen sind, können im Wege freier Vereinbarung vom Ministerium veräußert werden.

Der Preis wird vom Ministerium auf Grund eines Gutachtens der Autonomen Forstverwaltung festgesetzt.

Die Deklaranten haben unter gleichen Bedingungen ein Recht auf vorzugsweise Berücksichtigung.

Wenn die Fläche des dem Staat zukommenden Waldes 100 ha übersteigt, so steht den örtlichen Gemeinden ein Vorrecht beim Kauf oder bei der Nutzung zu, mit der Verpflichtung zur gemeinschaftlichen Nutzung des Waldes, wobei ein Vorrecht wieder den Deklaranten zusteht.

*Artikel 12.* Das Patrimonium über die bewaldeten, dem Staate gehörenden, längs der Grenze oder der Wege gelegenen Zonen, über die zur Urbarmachung bestimmten oder noch zu bestimmenden Zonen geht von Rechts wegen von der Autonomen staatlichen Forstverwaltung auf das Dominialpatrimonium des Ministeriums für Landwirtschaft und Domänen über.

*Artikel 13.* Diejenigen, welche private Wälder in den Grenzzonen oder in den längs der Wege gelegenen Zonen, die zur Urbarmachung bestimmt sind, besitzen, sind verpflichtet, die Urbarmachung unter denselben Bedingungen wie der Staat vorzunehmen.

Wird dieser Verpflichtung nicht innerhalb einer Frist von 6 Monaten seit der Verkündung dieses Gesetzes nachgekommen, so können die oben genannten bewaldeten Zonen vom Staat urbar gemacht werden, ohne daß der Eigentümer sich dem widersetzen darf und ohne ein Recht auf Entschädigung.

Das Holz, das durch das Fällen der Bäume und Herausziehen der Baumstümpfe gewonnen wird, verbleibt dem Eigentümer des Waldes. Dieser ist jedoch verpflichtet, dem Staate die Kosten für das Beseitigen der Bäume auf dem Grundstück zurückzuerstatten.

*Artikel 14.* Die Auswahl und die Bestimmung der Ausdehnung der Wälder und der Moore, gleichgültig ob Staats- oder Privateigentum, welche urbar zu machen sind, um Kulturboden zu werden, sowie der dem Staate gehörende Boden, der aufgeforstet werden soll, wird von den zuständigen Organen vorgenommen.

*Artikel 15.* Die Einwohner der Neuen Dobrudža, welche nach dem 28. Juni 1913 ausgewandert sind, diejenigen, die auf die rumänische

Staatsangehörigkeit verzichtet haben, diejenigen welche — ohne Rumänen oder rumänische Staatsangehörige zu sein — nicht in der Neuen Dobrudža oder im übrigen Staatsgebiet wohnen und auf welche die Bestimmungen des Agrargesetzes nicht zur Anwendung kommen, sind verpflichtet, innerhalb einer Frist von drei Monaten nach Verkündung dieses Gesetzes dem Staat ihre ländlichen Immobilien zu verkaufen.

Hinsichtlich der Modalitäten des Verkaufs, des Verfahrens zur Festsetzung des Preises und der Art der Bezahlung finden durchweg die Bestimmungen des Agrargesetzes Anwendung.

*Artikel 16.* Falls nach Ablauf der oben angegebenen Frist der Verkauf dieser Immobilien dem Staate nicht angeboten wird, gehen diese Immobilien auf Grund eines Beschlusses der im Agrargesetz des alten Königreichs vorgesehenen Enteignungskommission in das Eigentum des Staates über, sobald die Organe des Landwirtschaftsministeriums sie übernommen haben.

Diese Kommissionen haben die Befugnis, den Preis und die Art der Bezahlung gemäß den Bestimmungen des Agrargesetzes oder der im alten Königreich geltenden Spezialgesetze festzusetzen.

*Artikel 17.* Falls die Eigentümer der dem Staate zu verkaufenden Immobilien weder in Rumänien noch im Auslande einen bekannten Wohnsitz oder Aufenthaltsort haben, setzen die Organe des Landwirtschaftsministeriums in Anwendung der Bestimmungen dieses Artikels diese Eigentümer von den Maßnahmen bezüglich des Verkaufs des Bodens an den Staat durch den »Monitorul Oficial« in Kenntnis, falls aber der Aufenthaltsort im Auslande bekannt ist, durch die rumänischen Konsulate des betreffenden Ortes.

*Artikel 18.* Der Staat, vertreten durch das Landwirtschaftsministerium und durch seine Organe, hat bei gleichem Preis das Vorkaufsrecht bei allen Veräußerungen ländlicher Immobilien und zwar binnen einer Frist von zwei Monaten seit Bekanntgabe an die Interessenten, wobei durchweg, sowohl was das Verfahren, als auch was die Modalitäten der Ausübung des Vorkaufsrechts und die Folgen der Nichtausübung desselben anlangt, nach den Bestimmungen des Agrargesetzes des alten Königreichs verfahren wird.

*Artikel 19.* Alle zwischen Privaten bis zur Verkündung dieses Gesetzes getätigten Verkäufe unter Nichtausübung des Vorkaufsrechts durch das Landwirtschaftsministerium oder durch die Zentralstelle für Landüberweisung, hinsichtlich derer keine im Artikel 120 letzter Absatz des Gesetzes über die Neue Dobrudža von 1924 vorgesehene Verfügung erlassen ist, sind und bleiben gültig.

*Artikel 20.* Weinberge oder Anpflanzungen von Obstbäumen und Akazien innerhalb der Städte sind nicht der Nachprüfung unterworfen.

Verwaltungsanordnungen oder in den Prüfungsbeschlüssen, auch wenn sie endgültig, aber vor der Verkündung dieses Gesetzes ergangen sind, enthaltene Anordnungen, auf Grund deren die in diesem Artikel genannten Immobilien ins Eigentum des Staates übergegangen sind, sind und bleiben ungültig; soweit die Immobilien vom Staate ge-

nommen wurden, gehen sie wieder in den Besitz derer, denen sie genommen wurden, über.

Die Rückgabe an die früheren Besitzer erfolgt auf dem Verwaltungswege durch die Organe des Landwirtschaftsministeriums.

*Artikel 21.* Die Bestimmungen der Artikel 1, 2, 22 und 23 dieses Gesetzes kommen nur den endgültig in der Neuen Dobrudža niedergelassenen rumänischen Staatsangehörigen, deren Militärverhältnisse in Ordnung sind, zugute.

*Artikel 22.* Im Ausmaß des durch die Ausführung der Zusammenlegungsmaßnahmen verfügbar gewordenen Bodens wird der Staat die hierzu Berechtigten in der weiter unten angegebenen Reihenfolge mit Grundeigentum ausstatten.

### Kategorie I.

In der durch die auf Grund dieses Gesetzes gefaßten Beschlüsse anerkannten Ausdehnung wird den rumänischen Staatsangehörigen, welche tatsächlich den Boden besitzen, der ihnen zusteht, das Eigentumsrecht daran zuerkannt.

Besitzen sie nur einen Teil dieses Bodens, so wird ihnen gemäß dem folgenden Absatz die Differenz zugeteilt.

Diejenigen, welche weder ganz, noch teilweise den Boden gemäß den Prüfungsbeschlüssen besitzen, werden nur aus dem bei der Ausführung der Maßnahmen der Zusammenlegung erzielten Überschuß ausgestattet.

### Kategorie II.

Es wird Eigentum von Kulturboden im Umfang bis zu 5 Hektar zugeteilt:

a) allen Invaliden, die während des Krieges in der rumänischen Armee für die Einheit des rumänischen Volkes gekämpft haben;

b) den Nachkommen und Witwen derjenigen, die am Kriege in der rumänischen Armee teilgenommen haben;

c) allen denjenigen, die an der Front waren und in der rumänischen Armee gekämpft haben und keinen Boden besitzen. Diejenigen, die weniger als die für dieses Gebiet vorgesehene Normalparzelle innehaben, erhalten eine Parzelle zur Ergänzung zugeteilt.

### Kategorie III.

Ergänzend wird Eigentum an kulturfähigen Bodenparzellen bis zur Maximalparzelle von 10 Hektar allen Einwohnern zugeteilt, die rumänische Staatsangehörige sind und denen durch Beschlüsse der rumänische Prüfungskommissionen bestätigt worden ist, daß sie ursprünglich einen Bodenbesitz im Umfange bis zu 10 Hektar inkl. hatten, ohne daß aber die Ergänzungsparzelle die Bodenfläche ihres einstigen Besitzes übersteigen darf.

Die Zuteilung des Bodens an die in den Kategorien I, II und III bezeichneten Bewohner wird vorzugsweise bei der Zusammenlegung durchgeführt, indem man mit dem kleineren Eigentum beginnt.

### Kategorie IV.

Die in der Neuen Dobrudža angesiedelten Familienväter, die landwirtschaftliche Arbeiter sind und keinen Boden besitzen, werden soweit möglich mit Eigentum von 1—3 Hektar ausgestattet.

Niemand kann von dem ihm nach den 4 Kategorien zustehenden Boden soviel erhalten, daß der gesamte Flächeninhalt größer ist als der größte für eine der vier Kategorien vorgesehene Landbesitz.

Die unter die Kategorien I und III fallenden Einwohner sind von der Zahlung des Preises für den Boden befreit, während die unter die Kategorien II und IV fallenden nach den im Agrargesetz des alten Königreiches vorgeschriebenen Bedingungen mit Eigentum ausgestattet werden.

*Artikel 23.* Besitzen die in Kategorie II und IV des vorhergehenden Artikels genannten Einwohner keine Häuser oder Baugrundstücke für sich oder für ihre Familie, so werden sie sowohl ein Baugrundstück, als auch das im Agrargesetz vorgesehene Terrain erhalten, falls der Staat sowohl über Boden, wie Baugrundstücke verfügt, als auch Grundstücke für Häuser hat und falls sie (die Einwohner) nicht auf Grund des Agrargesetzes oder auf Grund des Kolonisationsgesetzes mit Eigentum ausgestattet sind.

*Artikel 24.* Diejenigen, die nicht rumänische Staatsangehörige sind, nicht in der Neuen Dobrudža ansässig sind, oder, wenn sie als dort ansässig gelten, nicht tatsächlich ihren Wohnsitz in der Neuen Dobrudža haben, sowie diejenigen, die wegen Vergehen gegen die Sicherheit des Staates, wegen Fahnenflucht, Spionage oder Verbrechen verurteilt worden sind, können nicht in eine der vorgenannten Kategorien zur Ausstattung mit Boden eingereiht werden.

*Artikel 25.* Es sind und bleiben Eigentum des Staates:

a) alle nicht deklarierten ländlichen Immobilien. Der Übergang des Eigentums an den Staat erfolgt auf dem Verwaltungswege;

b) alle Güter gleich welcher Art, welche am 28. Juni 1913 dem bulgarischen Staate gehört haben;

c) alles Kulturweideland und die Wälder, die dem Staate von den von Privatpersonen deklarierten Liegenschaften und Wäldern und durch endgültige auf Grund der Gesetze über die Neue Dobrudža von 1914, 1921, 1924 und dieses Gesetzes ergangene Nachprüfungsbeschlüsse zukommen;

d) alle nicht und nicht in der in Art. 1 dieses Gesetzes vorgeschriebenen Frist deklarierten Liegenschaften und Wälder;

e) aller Kulturboden, Weideland und Wälder und jede Art von unbeweglichen Gütern, die auf Grund der Gesetze über die Organisation der Neuen Dobrudža von 1914, 1921, 1924 und auf Grund dieses Ge-

setzes und des Agrargesetzes, sowie der speziellen Gesetze des alten Königreichs in den Besitz des rumänischen Staates übergegangen sind;

f) alle Bergwerke, Steinbrüche und Mineralquellen;

g) alle Seen, Teiche, Kanäle und Fischereien aller Art.

*Artikel 26.* Wenn der Einwohner, dem auf Grund seiner Erklärung eine Immobilie durch einen endgültigen Prüfungsbeschluß als Eigentum zuerkannt worden ist, nicht anwesend oder nicht vertreten ist, so wird die Immobilfe dem Bürgermeister des Ortes auf Grund eines besonderen Protokolls übergeben.

Falls innerhalb eines Jahres von dem Datum des Protokolls an der Eigentümer sich nicht persönlich meldet, um tatsächlich die Immobilien zu übernehmen, verliert er das Recht auf dieselben zugunsten des Staates, welcher sich auf dem Verwaltungswege in den Besitz derselben setzt.

*Artikel 27.* Das Ministerium für Landwirtschaft und Domänen behält das Recht, von dem früheren kommunalen Weideland, gleichgültig wo es herrührt, unentgeltlich den Gemeinden ein Terrain in einer der Zahl der Einwohner, der Familienhäupter und der landwirtschaftlichen Arbeiter, zu denen auch die Kolonisten gerechnet werden, entsprechenden Ausdehnung abzutreten, indem man als Norm ein Hektar pro Familienhaupt rechnet.

*Artikel 28.* Das Ministerium für Landwirtschaft und Domänen ist berechtigt, den kulturfähigen Boden, die Wälder oder Eigentum aller Art, das in der Neuen Dobrudža oder einem anderen Teil des Landes gelegen ist, mit anderen Immobilien, gleich welcher Art, von Privatpersonen in der Neuen Dobrudža im Hinblick auf die Zusammenlegung oder Kolonisation auf Grund freier Vereinbarung auszutauschen.

*Artikel 29.* Auf die Bestimmungen dieses Gesetzes können sich auch die Bewohner der Gemeinden berufen, die bei der Annexion zu den Departements Kaleakra und Dorostor gehörten, aber jetzt zu dem Departement Konstanza gehören.

*Artikel 30.* Alle Gesetze und Verordnungen, die diesem Gesetz widersprechen, sind und bleiben aufgehoben.

# 14. Sowjet-Union

## Gesetzgebung

### 1) Gesetz über die Staatsangehörigkeit [1])

**Vom 22. April 1931 (Sobranie Zakonov SSSR [Gesetzsammlung der UdSSR] 1931, I, Nr. 24 Art .196).**

1. Mit der Bildung der UdSSR. ist für die Staatsangehörigen der Bundesrepubliken eine einheitliche Unionsstaatsangehörigkeit fest-

[1]) Übersetzung des Instituts.

gesetzt worden (Art. 7 der Verfassung der UdSSR.). Jeder Staatsangehörige einer Bundesrepublik ist damit Staatsangehöriger der UdSSR.

2. Ein Staatsangehöriger der UdSSR. ist Staatsangehöriger derjenigen Bundesrepublik, in deren Grenzen er ständig lebt. Wenn er sich indes nach seiner Nationalität oder Herkunft mit einer anderen Bundesrepublik für verbunden hält, kann er die Staatsangehörigkeit jener Republik wählen.

3. Jede Person, die sich auf dem Gebiete der UdSSR. befindet, gilt als Staatsangehöriger der UdSSR., sofern nicht ihre Angehörigkeit zu einem ausländischen Staate bewiesen ist.

4. Ausländische Staatsangehörige, die in die Staatsangehörigkeit der UdSSR. aufgenommen sind, genießen nicht die Rechte und tragen nicht die Verpflichtungen, die mit ihrer Angehörigkeit zu einem anderen Staate verbunden sind.

5. Die Staatsangehörigen der UdSSR. haben alle Rechte und tragen alle Verpflichtungen, die für die Staatsangehörigen durch die Verfassung und die Gesetzgebung der UdSSR. und durch die Verfassung und die Gesetzgebung derjenigen Bundesrepublik bestimmt sind, in der sie wohnen.

6. Ausländische Staatsangehörige — Arbeiter und Bauern, die innerhalb der UdSSR. zu Arbeitszwecken wohnen, genießen alle politischen Rechte der Staatsangehörigen der UdSSR.

7. Als Staatsangehöriger der UdSSR. kraft Geburt gilt eine Person, wenn beide Eltern oder ein Elternteil im Zeitpunkt ihrer Geburt Staatsangehörige der UdSSR. waren.

8. Geht ein Staatsangehöriger der UdSSR. eine Ehe mit einer Person ein, die eine ausländische Staatsangehörigkeit besitzt, so bewahrt jeder der Eheschließenden seine Staatsangehörigkeit.

Die Änderung der Staatsangehörigkeit auf Wunsch der Eheschließenden wird in einem vereinfachten Verfahren zugelassen (Art. 16).

9. Ändert sich die Staatsangehörigkeit beider Eltern in der Weise, daß beide Staatsangehörige der UdSSR. werden oder umgekehrt beide aus der Staatsangehörigkeit der UdSSR. ausscheiden, so ändert sich entsprechend die Staatsangehörigkeit ihrer Kinder, die das 14. Lebensjahr nicht erreicht haben.

Beim Erwerb der Staatsangehörigkeit der UdSSR. durch Kinder im Alter von 14 Jahren bis zur Volljährigkeit zusammen mit den Eltern ist das Einverständnis der Kinder erforderlich.

Die Staatsangehörigkeit von Kindern im Alter von über 14 Jahren ändert sich nicht, wenn ihre Eltern aus der Staatsangehörigkeit der UdSSR. ausscheiden.

10. Zusammen mit einem ausländischen Elternteil, der die Staatsangehörigkeit der UdSSR. erwirbt, erwerben diese Staatsangehörigkeit auf Grund besonderer Erklärung des Elternteils dessen nicht volljährige bei ihm befindliche Kinder. Beim Erwerb der Staatsangehörigkeit durch Kinder, die 14 Jahre alt geworden sind, ist deren Einverständnis erforderlich.

Kinder im Alter bis zu 14 Jahren, die bei einem ausländischen Elternteil verblieben sind, folgen auf Erklärung dieses Elternteils seiner Staatsangehörigkeit, wenn der Elternteil, der Staatsangehöriger der UdSSR. ist, gestorben ist oder die Verbindung mit den Kindern vollständig verloren hat.

Scheidet ein Elternteil aus der Staatsangehörigkeit der UdSSR. aus und ist der andere Elternteil gestorben oder hat er seine Verbindung mit den Kindern vollständig verloren, so folgen auf Antrag desjenigen Elternteils, der die Staatsangehörigkeit der UdSSR. aufgibt, die bei ihm befindlichen Kinder im Alter bis zu 14 Jahren seiner Staatsangehörigkeit.

11. Die Kinder von Staatsangehörigen der UdSSR., die von einem ausländischen Staatsangehörigen an Kindes Statt angenommen sind, behalten die Staatsangehörigkeit der UdSSR.

12. Ausländische Staatsangehörige, die auf dem Gebiete der UdSSR. leben, werden in die Staatsangehörigkeit einer der Bundesrepubliken und damit in die Staatsangehörigkeit der UdSSR. auf Grund des Beschlusses des Präsidiums des ZEK. [2]) des UdSSR. oder des Präsidiums des ZEK. derjenigen Bundesrepublik aufgenommen, in der sie leben.

Gegen den Beschluß des Präsidiums des ZEK. einer Bundesrepublik, der die Aufnahme in die Staatsangehörigkeit der UdSSR. ablehnt, kann seitens der daran interessierten Person bei dem Präsidium des ZEK. der UdSSR. Beschwerde geführt werden.

Ausländer, die einen Antrag über ihre Aufnahme in die Staatsangehörigkeit der UdSSR. und gleichzeitig in die Staatsangehörigkeit einer der Bundesrepubliken einreichen, müssen in diesem Antrag eine Erklärung darüber abgeben, in die Staatsangehörigkeit welcher Bundesrepublik sie aufgenommen zu sein wünschen.

13. Ausländische Staatsangehörige, die im Auslande leben, werden in die Staatsangehörigkeit einer der Bundesrepubliken und damit in die Staatsangehörigkeit der UdSSR. durch Beschluß des Präsidiums des ZEK. der UdSSR., falls aber der Antrag beim Präsidium des ZEK. einer Bundesrepublik eingegangen ist — durch Beschluß des letzteren aufgenommen.

14. Das Ausscheiden aus der Staatsangehörigkeit der UdSSR. wird gestattet:

a) Personen, die innerhalb der UdSSR. leben, durch Beschluß des Präsidiums des ZEK. der UdSSR. oder des Präsidiums des ZEK. der betreffenden Bundesrepublik.

Ein Antragsteller, der von dem Präsidium, des ZEK. einer Bundesrepublik eine Ablehnung erhalten hat, kann die Ablehnung bei dem Präsidium des ZEK. der UdSSR. mit Beschwerde anfechten.

b) Personen, die im Auslande leben, durch Beschluß des Präsidiums des ZEK. der UdSSR.

15. Personen, die die Staatsangehörigkeit der UdSSR. und einer Bundesrepublik verloren haben, können die Staatsangehörigkeit der UdSSR. durch Beschluß des Präsidiums des ZEK. der UdSSR. oder

[2]) ZEK = Zentralexekutivkomitee.

durch Beschluß des Präsidiums des ZEK. derjenigen Bundesrepublik, deren Staatsangehörigkeit sie besaßen, zurückerhalten.

Personen, denen die Staatsangehörigkeit der UdSSR. und einer Bundesrepublik entzogen worden ist, können die Staatsangehörigkeit durch das Präsidium des ZEK. der UdSSR. oder durch das Präsidium des ZEK. der Bundesrepublik, durch dessen Beschluß die Staatsangehörigkeit ihnen entzogen worden ist, zurückerhalten.

16. Der Erwerb der Staatsangehörigkeit und der Austritt aus der Staatsangehörigkeit der UdSSR. kann außer in dem in den vorhergehenden Artikeln dieses Gesetzes angegebenen allgemeinen Verfahren in einem vereinfachten Verfahren erfolgen, und zwar:

a) auf Beschluß des Landes-(Gebiets-)exekutivkomitees, des ZEK. der autonomen Republik und des Exekutivkomitees des autonomen Gebiets, wenn der Antragsteller auf dem Gebiete der UdSSR. lebt;

b) auf Beschluß des Bevollmächtigten Vertreters der UdSSR., wenn der Antragsteller im Auslande lebt.

Die ZEK. der Bundesrepubliken können die Entscheidung über die Aufnahme in die Staatsangehörigkeit der UdSSR. und über den Austritt aus der Staatsangehörigkeit der UdSSR. im vereinfachten Verfahren auf Antrag von Personen, die auf dem Gebiet der UdSSR. leben, den einzelnen Rayonexekutivkomiteen und in den Städten, die eine selbständige administrativ-wirtschaftliche Einheit bilden, den städtischen Räten überlassen.

Das vereinfachte Verfahren wird in folgenden Fällen angewendet:

a) bei der Aufnahme in die Staatsangehörigkeit der UdSSR. von ausländischen Arbeitern und Bauern, die innerhalb der UdSSR. zu Arbeitszwecken leben, sowie von Ausländern, denen das Asylrecht zusteht, weil sie für revolutionär-befreiende Tätigkeit verfolgt werden;

b) bei dem Wechsel der Staatsangehörigkeit im Zusammenhang mit der Eheschließung (Art. 8).

*Anmerkung.* Die in diesem Artikel bezeichneten Organe haben das Recht, den Antragstellern gegenüber die Anwendung des vereinfachten Verfahrens abzulehnen und ihnen vorzuschlagen, sich mit ihrem Antrage im allgemeinen Verfahren an das Präsidium des ZEK. der UdSSR. bzw. einer Bundesrepublik zu wenden.

17. Die Entziehung der Staatsangehörigkeit einer der Bundesrepubliken und damit der Staatsangehörigkeit der UdSSR. kann auf Beschluß des Präsidiums des ZEK. der UdSSR. oder des ZEK. der betreffenden Bundesrepublik erfolgen.

18. Eine Instruktion für die Anwendung dieses Gesetzes wird von dem Volkskommissariat für auswärtige Angelegenheiten im Einvernehmen mit der Vereinigten Staatlichen Politischen Verwaltung erlassen.

*Anmerkung.* Das neue Staatsangehörigkeitsgesetz der Sowjetunion vom 22. April 1931 ist an Stelle des Gesetzes vom 13. Juni 1930 (deutscher Text mit Vorbemerkung von Freund in der Zeitschrift für Ostrecht,

1930, 706—710; französischer Text in der Revue de droit international, 1930, Nr. 4, 643—648; vgl. auch B. Trachtenberg, La législation soviétique sur la nationalité — Revue de droit international privé, 1931, 150—160) getreten, welches seinerseits das erste Staatsangehörigkeitsgesetz der UdSSR. vom 29. Oktober 1924 (deutscher Text bei Schwartz, Das Recht der Staatsangehörigkeit in Deutschland und im Auslande seit 1914, Berlin 1925, 289—292; Niemeyers Zeitschrift für internationales Recht, Bd. XXXIV (1925), 377—379) außer Kraft gesetzt hat.

Das neue Gesetz ändert nur einige Artikel des alten (Art. 1, 5, 12, 13, 15, 18) das nicht einmal ein volles Jahr in Kraft war. Nicht alle diese Änderungen haben eine prinzipielle Bedeutung, einigen von ihnen liegt aber ein einheitlicher Gedanke zugrunde, welchem eine symptomatische Bedeutung nicht abzusprechen ist. Freund (o. c. 708) hat zutreffend hervorgehoben, daß durch das Gesetz von 1930 der Staatsangehörigkeitsgedanke in der Sowjetunion eine wesentliche Stärkung erfahren hat. Diese Stärkung lag u. a. darin, daß die Befugnisse der Bundesorgane in den Staatsangehörigkeitsangelegenheiten im Verhältnis zu den Befugnissen der Organe der einzelnen Bundesrepubliken erweitert wurden. Das Gesetz von 1930 war in dieser Hinsicht unbestreitbar ein Sieg der zentralistischen Tendenz innerhalb der Sowjetunion. Nach dem Gesetz von 1924 fand die Aufnahme von Ausländern, die im Gebiete der UdSSR. wohnten, in die Sowjetstaatsangehörigkeit durch die Organe der Bundesrepubliken statt (Art. 7); für die Aufnahme von Ausländern, die ihren Wohnsitz im Auslande hatten, waren neben jenen Organen auch die Bundesorgane zuständig (Art. 9). Im Gesetz von 1930 wurden für die Aufnahme von Ausländern, die innerhalb der UdSSR. ihren Wohnsitz hatten, die Bundesorgane neben den Organen der Gliedstaaten für zuständig erklärt; dagegen durfte die Aufnahme von Ausländern, die im Auslande wohnten, ausschließlich und allein durch die Bundesorgane stattfinden (Art. 13). Nach dem neuen Gesetz sind in allen Fällen der Einbürgerung von Ausländern die Organe des Bundes und der Gliedstaaten im wesentlichen wieder gleichgestellt (Art. 12, 13). Während der Geltung des Gesetzes von 1924 war die Frage, ob es eine unmittelbare Bundesangehörigkeit geben kann, strittig (für die Möglichkeit einer unmittelbaren Bundesangehörigkeit z. B. Makarov, Die Staatsangehörigkeit in Sowjetrußland — Ostrecht, 1926, 18; Krylov, Mezdunarodnoe častnoe pravo (Internationales Privatrecht), 1930, 84—85; gegen die unmittelbare Bundesangehörigkeit — Kiškin, Sovetskoe graždanstvo (Sowjetstaatsangehörigkeit) 1925, 40—41). Das Gesetz von 1930 hat die Auffassung von der Möglichkeit einer unmittelbaren Bundesangehörigkeit bekräftigt: bei Einbürgerung von Ausländern im Auslande durch die Bundesorgane konnte eine Angehörigkeit zu einem Gliedstaate beim gänzlichen Fehlen von Beziehungen zu einer Bundesrepublik nicht angenommen werden. Nach dem Inkrafttreten des neuen Gesetzes kann dagegen kein Zweifel mehr bestehen, daß eine unmittelbare Bundesangehörigkeit nicht möglich ist: auch Ausländer, die im Auslande leben, können jetzt nur mittelbar die Bundesange-

hörigkeit erwerben, indem sie Angehörige eines der Gliedstaaten werden (Art. 13).

Die gleiche »foederalistische« Tendenz läßt sich auch in bezug auf die Entziehung der Sowjetstaatsangehörigkeit (vgl. Art. 17 des Gesetzes von 1930 und des neuen Gesetzes) und deren Wiedererwerb (vgl. Art. 15 des alten und des neuen Gesetzes) feststellen.

Im übrigen ist auch das neue Gesetz auf denselben Grundlagen wie das Gesetz von 1930 aufgebaut. Hier sollen nur einige seiner Bestimmungen hervorgehoben werden, die für das internationale Recht von Bedeutung sind.

Die durch das neue Gesetz vollzogene Abgrenzung der Personalhoheit der Sowjetunion entspricht vollkommen den expansiv-politischen Grundsätzen, wie sie für die sowjetistische Staatsideologie so charakteristisch sind. Der Sowjetstaat bestimmt den Kreis der seiner Personalhoheit unterworfenen Personen vollkommen selbständlich, ohne die Grundsätze irgendwie zu berücksichtigen, auf denen die Staatsangehörigkeitsgesetze anderer Staaten aufgebaut sind. Dieser Kreis wird dabei äußerst weit gezogen.

Was den Erwerb der Sowjetstaatsangehörigkeit betrifft, so werden als Staatsangehörige der UdSSR Kinder betrachtet, wenn beide Eltern oder nur ein Elternteil im Zeitpunkt ihrer Geburt die Staatsangehörigkeit der UdSSR. besaßen (Art. 7). Es muß dabei berücksichtigt werden, daß die Eltern verhältnismäßig oft im Besitz verschiedener Staatsangehörigkeit sein können, da einerseits die Eingehung der Ehe keine Wirkung auf die Staatsangehörigkeit der Ehegatten ausübt (Art. 8), andererseits aber der Begriff der Eltern nach Sowjetrecht vollkommen vom Begriff der Ehegatten getrennt ist (es besteht kein rechtlicher Unterschied zwischen den ehelichen und unehelichen Kindern). Bei der Einbürgerung von Ausländern ist der Austritt aus der fremden Staatsangehörigkeit nicht erforderlich: Art. 4 des Gesetzes bestimmt lediglich, daß Ausländer, die die Sowjetstaatsangehörigkeit erwerben, weder die Rechte noch die Pflichten haben, die ihnen aus ihrer ausländischen Staatsangehörigkeit zukommen.

Einen automatischen Verlust der Sowjetstaatsangehörigkeit durch Erwerb einer anderen kennt das Sowjetrecht nicht: das Gesetz kennt nur eine Genehmigung der höchsten Behörden zum Austritt aus der Sowjetstaatsangehörigkeit auf Wunsch des Antragstellers (Art. 14) und eine Entziehung der Sowjetstaatsangehörigkeit durch Beschluß des Zentralexekutivkomitees der Union oder einer der Bundesrepubliken (Art. 17). In beiden Fällen kümmert sich die Sowjetunion nicht darum, ob die ausscheidende Person die Angehörigkeit zu einem anderen Staate erworben hat oder nicht.

Daß eine solche Struktur des Staatsangehörigkeitsrechtes im internationalen Verkehr zahlreiche Fälle von doppelter Staatsangehörigkeit und von Staatenlosigkeit zur Folge haben wird, braucht kaum hervorgehoben zu werden.

A. N. Makarov.

## 2) Instruktion über die Rätewahlen [1])

**Vom 3. Oktober 1930. (Sobranie Zakonov SSSR [Gesetzsammlung der UdSSR] 1930, I, Nr. 50 Art. 524).**

Die Rätewahlen, die die wichtigste massenpolitische Kampagne darstellen, erlangen eine besondere Bedeutung in der gegenwärtigen Periode des entfalteten sozialistischen Angriffs auf die kapitalistischen Elemente in Stadt und Dorf, der Liquidation des Großbauerntums als Klasse, auf der Grundlage allgemeiner Kollektivisierung. Die Rätewahlen werden unter den Bedingungen des verschärften Klassenkampfes stattfinden, wenn das Großbauerntum und andere kapitalistische Elemente dem sozialistischen Angriff einen aktiven Widerstand leisten, indem sie den raschen Aufstieg der sozialistischen Industrie und der Kollektivisierung der Landwirtschaft zu erschweren, in die Räte durchzudringen und ihre Arbeit zu desorganisieren versuchen.

Die ZEK der Bundes- und autonomen Republiken, die Landes-, Gebiets- und Rayonexekutivkomitees, die städtischen und dörflichen Räte, wie auch die Wahlausschüsse müssen das Proletariat und die arbeitenden Massen für den siegreichen sozialistischsn Aufbau und den weiteren Angriff auf den Klassenfeind organisieren und, wenn sie die Wahlkampagne durchführen, dessen gedenk sein, daß »im Zeitpunkt des entscheidenden Kampfes des Proletariats mit den Ausbeutern die Ausbeuter keinen Platz in irgendeinem der Regierungsorgane finden dürfen« (Deklaration der Rechte des arbeitenden Volkes).

Die zentralen und örtlichen Organe der Sowjetmacht müssen bei den Rätewahlen mit aller Entschiedenheit gegen die Verletzungen der Wahlgesetzgebung der UdSSR kämpfen, die gesetzwidrige Fernhaltung der Arbeitenden von den Rätewahlen nicht zulassen und den Beschluß des Präsidiums des ZEK der UdSSR vom 22. März 1930 über die Beseitigung von Verletzungen der Wahlgesetzgebung der UdSSR streng beobachten.

Zwecks Sicherung der oben bezeichneten Aufgaben ist es notwendig, sich nach einer für die gesamte UdSSR einheitlichen Wahlgesetzgebung zu richten. Irgendwelche auf Grund lokaler Bedingungen erforderlichen Abänderungen dieser Wahlinstruktion können in jedem einzelnen Fall nur durch spezielle Bewilligung des Präsidiums des ZEK der UdSSR zugelassen werden.

### I.

### Über die Wahlausschüsse.

1. Für die allgemeine Leitung der Wahlkampagne in der UdSSR wird beim Präsidium des ZEK der UdSSR ein Zentralwahlausschuß gebildet, dessen Mitglieder vom Präsidium des ZEK bestätigt werden.

2. Der Zentralwahlausschuß der UdSSR:

a) übt die allgemeine Aufsicht über die Vorbereitung und die Durchführung der Wahlkampagne aus;

[1]) Übersetzung des Instituts.

b) leitet die Arbeit der Zentralwahlausschüsse der Bundesrepubliken;
c) schlägt die Aufhebung der Beschlüsse der Zentralwahlausschüsse der Bundesrepubliken vor, die die Wahlgesetzgebung der UdSSR verletzen;
d) erteilt für die Organe der Staatsgewalt und für die Bevölkerung verbindliche Erläuterungen über die Anwendung der Wahlgesetzgebung der UdSSR.

3. Für die Leitung der Wahlkampagne in den Grenzen der Bundesrepubliken werden bei den ZEK der letzteren, auf Beschluß ihrer Präsidien, Zentralwahlausschüsse gebildet.

Bei den ZEK der autonomen Republiken, bei den Länder-, Kreis- und Rayonsexekutivkomitees und bei den städtischen und dörflichen Räten, in den Städten aber, die Rayonsräte haben, auch bei den Rayonsräten, werden Wahlausschüsse gebildet. Die Zusammensetzung der Wahlausschüsse wird durch die Gesetzgebung der Bundesrepubliken bestimmt. In die Wahlausschüsse werden Vertreter des Exekutivkomitees und des Rates, der den Wahlausschuß organisiert, der Vereinigung der Gewerkschaftsverbände, des leninistischen kommunistischen Unionsbundes der Jugend, der nationalen Minderheiten, der Roten Armee, der Arbeiter aus den Betrieben und der Mitglieder der kollektiven Landwirtschaften (Kolchozniki) entsandt. In allen Wahlausschüssen soll die Beteiligung der Frauen gesichert werden.

Die Vorsitzenden der Wahlausschüsse werden durch die ihnen vorgesetzten Exekutivkomitees ernannt, die Mitglieder aber werden von dem entsprechenden Exekutivkomitee oder dem städtischen oder dörflichen Rat bestätigt.

*Anmerkung.* In den einzelnen Städten können mit Genehmigung des Präsidiums des ZEK der betreffenden Bundesrepublik besondere Hilfswahlausschüsse in den großen Werken, Fabriken und Unternehmungen gebildet werden.

## II.

### Bestimmung des Kreises der Wähler und des Kreises der Personen, denen das Wahlrecht entzogen ist.

4. Bei der Zusammenstellung und der Prüfung der Listen der Wähler wie auch der Personen, denen das Wahlrecht entzogen ist, müssen die Wahlausschüsse sich nach der Verfassung der entsprechenden Bundesrepublik richten, welche den einzelnen Personen und einzelnen Kategorien von Bürgern das Wahlrecht entzieht, nämlich:

a) Personen, die zur Erzielung von Gewinn Lohnarbeiter verwendet haben oder verwenden;
b) Personen, die von arbeitslosem Einkommen gelebt haben oder leben, wie auch denen, die Handel getrieben haben oder treiben;
c) Personen, die zur Zeit der Wahl nach ihrer Klasse oder nach ihrer früheren Tätigkeit zu den Kategorien von Personen gehören,

denen das Wahlrecht gemäß den Verfassungen der Bundesrepubliken entzogen ist.

5. Aus den einzelnen Kategorien von Bürgern wird das Wahlrecht entzogen:

a) Landwirten, Viehzüchtern, bäuerlichen Gewerbetreibenden (Kustari) und Handwerkern, die während der Saison oder ständig Lohnarbeiter in einem Umfange beschäftigen, der ihre Wirtschaft über die Grenzen einer Arbeitswirtschaft hinaus erweitert.

*Anmerkung.* Das Grundmerkmal der Arbeitswirtschaft ist in diesem Fall der Hilfscharakter der Lohnarbeit und die obligatorische Beteiligung in der täglichen Arbeit der vorhandenen arbeitsfähigen Mitglieder der betreffenden Wirtschaft.

b) Landwirten und Viehzüchtern, die neben der Landwirtschaft und der Viehzucht noch gewerbliche und industrielle Geschäfte und Unternehmungen haben (Mühle, Graupenmühle und ähnliche), die entweder einen mechanischen Antrieb besitzen oder unter Verwendung von ständiger oder saisonmäßiger Lohnarbeit geführt werden;

c) Personen, die ihnen gehörige landwirtschaftliche Maschinen mit mechanischem Antrieb regelmäßig vermieten, Besitzern großer Fischerboote, die diese Boote verpachten, oder Personen, welche die umliegende Bevölkerung verknechten durch Einräumung von Nutzungsrechten an Arbeitsvieh, landwirtschaftlichen Maschinen usw. oder welche die Bevölkerung mit Kredit (Waren- oder Geldkredit) unter wucherischen Bedingungen versorgen (Wucherer);

d) Personen, die Land unter Bedingungen pachten, die von der Rayonssteuerkommission als die Verpächter verknechtend anerkannt werden;

e) Personen, die Gärten und Weingärten u. ähnl. pachten zum Zweck gewerblicher und industrieller Ausbeutung.

*Anmerkung.* Die Pacht von Gärten, Weingärten u. ähnl. in einem Umfange und unter Bedingungen, unter denen diese Pacht nicht als Grundlage einer individuellen Besteuerung des Pächters durch die einheitliche landwirtschaftliche Steuer dienen kann, darf auch nicht der Grund zur Entziehung des Wahlrechts des Pächters sein.

f) Personen, die regelmäßig einzelne Gebäude vermieten, welche für ein Unternehmen oder als Wohnungen eingerichtet sind, soweit die betreffende Wirtschaft auf Grund des Gewinns von dieser Vermietung von Gebäuden zu den Wirtschaften gehört, welche mit einer individuellen landwirtschaftlichen Steuer besteuert werden;

g) Besitzern und Pächtern von Unternehmungen industrieller Art, welche die Bevölkerung durch Abgabe von Heimarbeit oder durch Abgabe dieser Unternehmungen in Pacht oder Unterpacht ausbeuten;

h) privaten Handeltreibenden, Aufkäufern und kaufmännischen Vermittlern;
i) Pächtern und Besitzern von fabrikartigen Unternehmungen.
k) ehemaligen Offizieren und Beamten der weißen Armeen wie auch den Leitern der gegenrevolutionären Banden;
l) allen Beamten und Agenten der ehemaligen Polizei, des besonderen Gendarmenkorps und der Schutzabteilungen, wie auch allen Personen, die direkt oder indirekt die Tätigkeit der Polizei, der Gendarmerie und der Strafexpeditionen unter dem Zarenregime wie auch unter den weißen gegenrevolutionären Regierungen geleitet haben wie: ehemalige Minister, ihre Gehilfen, Direktoren der Departements der Ministerien, General-Gouverneure, Hauptkommandierende im Falle eines außerordentlichen Belagerungszustandes, Militär- und Zivilgouverneure, Vize-Gouverneure, wie auch Beamte für besondere Aufträge; die Beamten des Ministeriums für innere Angelegenheiten, alle ehemaligen Beamten der Gefängnisverwaltung, Mitglieder des regierenden Hauses, Gouvernements- und Kreisadelsmarschälle, Vorsitzende und Mitglieder der Strafsenate, wie auch die Staatsanwälte und die Gehilfen der Staatsanwälte der Gerichtshöfe; Untersuchungsrichter in besonders wichtigen Angelegenheiten; Vorsitzende und Mitglieder der Militärgerichte; Vorsitzende und Mitglieder der Untersuchungsausschüsse, die im Gebiete der gegenrevolutionären Regierungen wirkten; Mitglieder der Gouvernementsregierungskollegien, Landes-, Bauern- und Kreishauptleute und Personen, die vor der Revolution Kommandostellen in den Disziplinarbataillonen bekleideten;
m) ehemaligen und jetzigen Dienern aller religiösen Kulte.
n) im administrativen Verfahren ausgewiesenen Personen während der Frist ihrer Ausweisung, wie auch Personen, denen das Wahlrecht auf Grund von Gerichtsurteilen entzogen ist.

*Anmerkung.* Personen, die sich in Gefängnissen befinden, nehmen an den Rätewahlen nicht teil.

6. Folgenden Personen darf das Wahlrecht nicht entzogen werden, wenn dieses Recht ihnen nicht aus anderen Gründen entzogen ist:

a) bäuerlichen Landwirten und Viehzüchtern, die in ihrer Wirtschaft in außerordentlichen Fällen einen ständigen Lohnarbeiter beschäftigen, wie: bei Krankheit, Mobilmachung, Einberufung in die Rote Armee der Arbeiter und Bauern, Wahl in ein öffentliches Amt, welches die Beschäftigung mit der Wirtschaft verhindert u. ähnl. für die ganze Dauer eines solchen Zustandes;
b) Landwirten, welche Saisonlohnarbeiter während der Zeit schwerer Feldarbeiten für das Einbringen des Getreides, der technischen Kulturen und der Futtermittel in einem Umfange beschäftigen, der durch Spezialbeschlüsse des ZEK der UdSSR und des ZEK der Bundesrepubliken bestimmt wird;
c) bäuerlichen Landwirten, die auf Saisonarbeit gehen und während

ihrer Abwesenheit in ihrer Wirtschaft nicht über einen Lohnarbeiter beschäftigen, wie auch den Familienmitgliedern dieser Bauern;

d) Fabrikarbeitern und Familienmitgliedern von Fabrikarbeitern, die die Verbindung mit der Landwirtschaft nicht verloren haben und in ihrer Wirtschaft nicht mehr als einen ständigen Lohnarbeiter beschäftigen;

e) bäuerlichen Landwirten, Viehzüchtern und Fischern, welche die Produkte ihrer Arbeit auf den Markt bringen;

f) Besitzern von Wohngebäuden, deren Einkommen von diesen Gebäuden das der Einkommensteuer nicht unterliegende Minimum nicht überschreitet;

g) Besitzern von verschiedenartigen Unternehmungen (Ölmühlen, Graupenmühlen, Wollschlägerwerkstätten, Mühlen mit einem Mahlgang u. ähnl.) ohne mechanischen Antrieb, wenn sie von Lohnarbeit keinen Gebrauch machen, die umliegende Bevölkerung nicht durch die Abgabe von Heimarbeit verknechten und die genannten Unternehmungen nicht verpachten;

h) bäuerlichen Gewerbetreibenden und Handwerkern, welche in ihrer Wirtschaft keinen Gebrauch von Lohnarbeit machen, wie auch solchen, die wegen der Produktionsbedingungen einen erwachsenen Lohnarbeiter beschäftigen oder ihre Wirtschaft mit Hilfe der Arbeit von zwei Lehrlingen führen.

*Anmerkung.* Den in diesem Absatz bezeichneten bäuerlichen Gewerbetreibenden und Handwerkern wird das Wahlrecht auch dann nicht entzogen, wenn sie die Erzeugnisse ausschließlich ihrer eigenen Arbeit auf dem Markt verkaufen;

i) Arbeitern, arbeitenden Bauern und Kosaken, Angestellten, bäuerlichen Gewerbetreibenden und Handwerkern, die seinerzeit in die Reihen der weißen Armeen durch Mobilmachung eingezogen wurden;

k) denjenigen von den ehemaligen Offizieren und Beamten der weißen Armeen, die später in den Reihen der Roten Armee der Arbeiter und Bauern standen und an der bewaffneten Verteidigung der Sowjetmacht aktiv beteiligt waren, wie auch denjenigen, die jetzt im aktiven Militärdienst in der Roten Armee der Arbeiter und Bauern stehen.

*Anmerkung.* Unter der aktiven Beteiligung an der bewaffneten Verteidigung der Sowjetmacht muß jede Ausführung von militärischen Aufgaben in Truppenteilen und in der Verwaltung der Roten Armee der Arbeiter und Bauern an der Front wie auch hinter der Front während des Bürgerkrieges verstanden werden.

l) Personen, die von einem Einkommen aus den Gewinnen und den Zinsen der Staatsanleihen und von einem Einkommen aus den Ersparnissen, die in den staatlichen Arbeitssparkassen liegen, leben.

*Anmerkung.* Der Empfang von Geldsummen und Werten (Pen-

sionen, Nachlaßvermögen, Alimenten, Versicherungssummen u. dgl.), die Staatsangehörige der UdSSR aus dem Auslande auf gesetzmäßigem Wege erhalten, bildet für sich allein keinen Grund zur Entziehung des Wahlrechts.

m) Arbeits- und Kriegsinvaliden, die aus besonderen Gründen Kleinhandel treiben, und die der Gewerbesteuer auf Grund des Art. 5 des Verzeichnisses der Unternehmungen und Gewerbe, die nach festen Sätzen besteuert werden (Anlage 1 zu dem Reglement über die Gewerbesteuer für private Unternehmungen und Gewerbe) unterliegen, wie auch Personen, die einen solchen Handel vorübergehend getrieben haben wegen Arbeitslosigkeit oder vorübergehender Arbeitsunfähigkeit;

n) Personen, die für ihre Arbeit eine prozentuale Entlohnung von staatlichen und kooperativen Organisationen bekommen, wie auch von Aktiengesellschaften mit überwiegender Beteiligung des staatlichen oder kooperativen Kapitals;

o) Personen, die als Lohnangestellte oder als Wahlangestellte der Religionsgesellschaften mit der administrativ-wirtschaftlichen und technischen Bedienung der religiösen Handlungen und der Gebäude für religiöse Handlungen sich beschäftigen, wie Chorsänger, Organisten, Wächter, Aufräumer, Glöckner u. dgl., und Mitgliedern der Kirchengemeinderäte;

p) Personen der freien Berufe, die sich mit einer gemeinnützigen Arbeit beschäftigen;

q) Familienmitgliedern von Personen, denen das Wahlrecht entzogen ist, wird das Wahlrecht nicht entzogen, falls sie wirtschaftlich von diesen Personen nicht abhängen und durch selbständige gemeinnützige Arbeit leben. Das Wahlrecht wird auch den Kindern von Personen, denen das Wahlrecht entzogen ist, nicht entzogen, die im Jahre 1925 und in den späteren Jahren die Volljährigkeit erlangt haben, wenn sie vor ihrer Volljährigkeit auf Kosten ihrer Eltern gelebt haben, jetzt aber sich mit einer selbständigen gemeinnützigen Arbeit beschäftigen, auch wenn sie zusammen mit ihren Eltern wohnen.

## III.

### Über die Zusammenstellung der Listen der Bürger, denen das Wahlrecht entzogen ist.

7. Während der Vorbereitung und der Durchführung der Rätewahlen werden die Listen der Personen, denen das Wahlrecht entzogen ist, ausschließlich durch die Stadt- und Dorfwahlausschüsse zusammengestellt und in den ländlichen Ortschaften durch die Rayonexekutivkomitees, in den Städten durch die Stadt- bzw. Rayonräte bestätigt. In den Zeitabschnitten zwischen den Wahlkampagnen werden in diese Listen Personen eingetragen, denen das Wahlrecht auf Grund eines Gerichtsurteiles und auf Grund ihrer Ausweisung auf administrativem

Wege durch die Organe der Vereinigten Staatlichen Politischen Verwaltung entzogen ist. In den ländlichen Ortschaften werden mit der Eintragung der bezeichneten Personen in die Listen der Personen, denen das Wahlrecht entzogen ist, die Rayonexekutivkomitees beauftragt und in den Städten die Stadt- bzw. Rayonräte.

8. Die von den Rayonexekutivkomitees, von den Stadt- und von den Rayonräten bestätigten Listen der Bürger, denen das Wahlrecht entzogen ist, werden zur allgemeinen Kenntnisnahme durch die Presse oder durch Anschlag veröffentlicht.

9. Gemäß den Verfassungen der Bundesrepubliken besitzen ausländische Arbeiter und die keine fremde Arbeitskraft benutzenden Bauern, die sich auf dem Gebiet der UdSSR befinden, das Wahlrecht. Die Wahlausschüsse können das Wahlrecht auch ausländischen Staatsangehörigen verleihen, die zur Kategorie der Angestellten gehören und auf dem Gebiet der UdSSR wohnen, falls genügende Beweise ihrer vollen Loyalität gegenüber der Sowjetmacht vorhanden sind.

10. Die auf dem Gebiete der UdSSR wohnenden Ausländer, die zu den Kategorien der nichtarbeitenden Personen gehören und gemäß den Verfassungen der Bundesrepubliken und dieser Instruktion kein Wahlrecht besitzen, werden in die Listen der Personen, denen das Wahlrecht entzogen ist, nicht eingetragen.

11. Die Zusammenstellung der Listen der Personen, denen das Wahlrecht entzogen ist, erfolgt auf Grund urkundlichen Materials.

12. Die Streichung der Bürger, die in die Listen der Personen, denen das Wahlrecht entzogen ist, unrichtig eingetragen sind, aus den bestätigten Listen erfolgt durch die Organe, welche diese Listen bestätigen (Rayonexekutivkomitees, Stadt- bzw. Rayonräte) wie auch durch die Land-, Gebiets- und Zentralwahlausschüsse.

13. Personen, die in die Listen der Personen, denen das Wahlrecht entzogen ist, eingetragen sind, können diese Eintragungen auf dem in den Art. 14—18 dieser Instruktion bestimmten Wege mit Beschwerde anfechten.

14. Die Beschwerden werden von den Bürgern an den Wahlausschuß eingereicht, der die Liste zusammengestellt hat.

15. Der Wahlausschuß ist verpflichtet in der Frist von 3 Tagen nach dem Eingang der Beschwerde sie mit seiner Stellungnahme dem zuständigen Rayonexekutivkomitee, Stadt- oder Rayonrat zu übersenden.

Der Dorfwahlausschuß überweist die bei ihm eingetroffenen Beschwerden an das Rayonexekutivkomitee durch Vermittlung des Rayonwahlausschusses.

16. Beschwerden, die beim Wahlausschuß am Rayonexekutivkomitee oder beim Stadtwahlausschuß eingegangen sind, werden in der Frist von 3 Tagen von ihnen geprüft und mit ihrer Stellungnahme dem Rayonexekutivkomitee bzw. dem städtischen Rat überwiesen. Das Präsidium des Rayonexekutivkomitees oder das Präsidium des städtischen Rates prüft die Beschwerde in einer Frist von 3 Tagen und teilt

seine Entscheidung dem Beschwerdeführenden durch den entsprechenden Wahlausschuß mit.

17. Die Beschwerden der Bürger über unrichtige Eintragung in die Listen der Personen, denen das Wahlrecht entzogen ist, durch die Rayonexekutivkomitees und die städtischen Räte, werden eingereicht: über Beschlüsse der städtischen Räte, die den Rayonexekutivkomitees unterstellt sind — den Rayonexekutivkomitees; über Beschlüsse der Rayonexekutivkomitees und der städtischen Räte, die eine selbständige administrativ-wirtschaftliche Einheit bilden, — bzw. den Landes-, Gebiets- oder in den Republiken, die keine Landes- und Gebietseinteilung haben, den Zentralwahlausschüssen. Die Landes-, Gebiets- und Zentralwahlausschüsse prüfen in der Frist von 7 Tagen die bei ihnen eingegangenen Beschwerden und teilen ihre Entscheidungen den Beschwerdeführenden mit.

18. Alle Dokumente, die den Regierungsstellen und den Behörden in Wahlangelegenheiten eingereicht werden, und alle Dokumente und Auskünfte, die von diesen Regierungsstellen und Behörden in Wahlangelegenheiten erteilt werden, sind von den Gebühren befreit.

19. Gegenüber Bürgern, die Beschwerden über unrichtige Entziehung ihres Wahlrechtes an die höheren Organe gerichtet haben, dürfen bis zur endgültigen Prüfung ihrer Beschwerden keine Beschränkungen angewandt werden außer Beschränkungen in der Wahlbeteiligung.

20. Personen, die die Wähler an der Ausübung ihres Wahlrechtes hindern, werden gemäß der Strafgesetzgebung der Bundesrepubliken zur Verantwortung gezogen.

## IV.

### Über das Verfahren zur Wiederherstellung des Wahlrechts.

21. Personen, denen das Wahlrecht entzogen ist, und zwar denjenigen, welche zur Klasse der Ausbeuter gehörten (Gutsbesitzer, Bourgeoisie, Diener der religiösen Kulte) wie auch den ehemaligen unteren technischen Beamten der Polizei, Gendarmerie und Gefängnisverwaltung, kann das Wahlrecht zurückgegeben werden, wenn sie sich nicht weniger als fünf Jahre mit einer produktiven und gemeinnützigen Arbeit beschäftigen und ihre Loyalität der Sowjetmacht gegenüber bewiesen haben. Das Wahlrecht wird diesen Personen auf Beschlüsse des Rayon-, Landes-, Gebietswahlausschusses zurückgegeben oder auf Beschluß des städtischen Wahlausschusses (in einer eine selbständige administrative Einheit bildenden Stadt) oder auf Beschluß des Zentralwahlausschusses unter Bestätigung des entsprechenden Exekutivkomitees bzw. des städtischen Rates oder des ZEK der entsprechenden Bundes- oder autonomen Republik.

*Anmerkung.* Denjenigen von den in diesem Artikel erwähnten Personen, die Mitglieder der Genossenschaftsverbände sind, kann beim Vorliegen entsprechender Bittschriften das Wahlrecht durch die be-

zeichneten Organe auch ohne die fünfjährige Arbeitszeit zurückgegeben werden.

22. Außer den in Art. 21 erwähnten unteren technischen Beamten der Polizei, Gendarmerie und Gefängnisverwaltung kann den im § 1 des Art. 5 dieser Instruktion aufgezählten Personen, denen das Wahlrecht auf Grund der Verfassungen der Bundesrepubliken entzogen ist, das Wahlrecht in einzelnen Fällen durch besondere Beschlüsse der Präsidien der ZEK der Bundesrepubliken zurückgegeben werden, falls diese Personen jetzt mit einer produktiven und gemeinnützigen Arbeit sich beschäftigen und ihre Loyalität der Sowjetmacht gegenüber bewiesen haben.

23. Personen, die auf administrativem Wege ausgewiesen sind, wie auch Personen, denen durch Gerichtsurteile das Wahlrecht entzogen worden war (Art. 5 § n), wird das Wahlrecht ohne einen speziellen Beschluß der entsprechenden Regierungsorgane vom Zeitpunkt der Aufhebung der administrativen oder gerichtlichen Repression zurückgegeben, wenn dieses Recht ihnen nicht aus anderen Gründen entzogen ist.

24. Personen, denen das Wahlrecht von den höheren Räten und Exekutivkomitees zurückgegeben worden ist, darf dieses Recht nicht aus denselben Gründen von den unteren staatlichen Organen entzogen werden.

## V.

## Über die Wahlversammlungen.

25. Die Wahl der Rätemitglieder erfolgt in Wahlversammlungen.

26. Die Wahlversammlungen werden durch den Wahlausschuß oder seinen Bevollmächtigten einberufen unter Benachrichtigung der Bevölkerung über Tag und Ort der Versammlung mindestens fünf Tage vorher.

27. In den Städten, Arbeitssiedlungen und Siedlungen städtischer Art, wie auch in großen Sowjetlandwirtschaften (Sovchoz) werden die Wahlversammlungen veranstaltet nach den Produktionseinheiten (Unternehmungen, Anstalten), den Gewerkschaftsverbänden und den großen Sowjetlandwirtschaften.

In den großen industriellen Unternehmungen können die Wahlen bei Genehmigung durch den entsprechenden städtischen Rat oder das Rayonexekutivkomitee nach den einzelnen Abteilungen stattfinden.

Die Arbeiter der Depots von Traktoren und kleineren Sowjetlandwirtschaften nehmen an den Wahlen des nächstliegenden Dorfrates teil.

In den ländlichen Ortschaften können die großen Dörfer für die Rätewahlen in Wahlbezirke eingeteilt werden.

Die Mitglieder der kollektiven Landwirtschaften (Kolchozniki), nehmen in der Regel an den Wahlen zusammen mit der übrigen Bevölkerung des Dorfes teil.

Die Wähler aus den Vorwerken (Chutorjane) und den abgesonderten Wirtschaften (Otrubščiki) werden für die Wahlen an das nächstliegende Dorf angegliedert, das zum Rayon des zu wählenden dörflichen Rates gehört.

Bürger, die nicht in Unternehmungen arbeiten und nicht in Gewerkschaftsverbänden organisiert sind, — wie bäuerliche Gewerbetreibende, Hauswirtinnen, Fuhrleute u. ähnl. nehmen an den Wahlen entweder mit den übrigen Wählern nach den Unternehmungen oder Gewerkschaftswahlversammlungen oder nach Gebietseinheiten (Rayon, Bezirken u. dgl.) teil.

28. Die Wahlversammlung wird als gültig betrachtet bei Anwesenheit von mindestens 40% der Personen, die das Recht besitzen, an den Wahlen des betreffenden Wahlbezirks teilzunehmen.

*Anmerkung.* Die Zentralwahlausschüsse der Bundesrepubliken können auch ein höheres Minimum festsetzen.

29. Zu den Wahlversammlungen werden nur Personen zugelassen, die das Wahlrecht besitzen. Die Ordnung für die Abhaltung der Wahlversammlungen wird durch die Gesetzgebung der Bundesrepubliken bestimmt.

30. Die Abstimmung bei den Wahlen erfolgt entweder nach Listen oder nach einzelnen Kandidaten auf Beschluß der Wahlversammlung.

*Anmerkung 1.* Die Wahlausschüsse und ihre Bevollmächtigten haben nicht das Recht, ihrerseits den Wählern weder einzelne Kandidaten noch Kandidatenlisten zu nennen und vorzuschlagen.

*Anmerkung 2.* Kandidatenlisten oder einzelne Kandidaten können von den öffentlichen, Partei- und Gewerkschaftsorganisationen auf der Wahlversammlung vorgeschlagen werden oder vor der Wahlversammlung durch die Presse oder durch Anschlag veröffentlicht werden. Die Abstimmung nach Listen beseitigt nicht die Möglichkeit, einzelne Kandidaten, die in die Liste eingetragen sind, abzulehnen.

31. Die Wahlen finden durch offene Abstimmung statt.

32. Als zu Rätemitgliedern gewählt gelten Personen, die bei der Abstimmung die Stimmenmehrheit der auf der Wahlversammlung anwesenden Wähler erhalten haben.

33. Alle Erklärungen und Beschwerden bezüglich der Wahlen werden im Laufe von sieben Tagen vom Zeitpunkt des Abschlusses der Wahlen in schriftlicher oder mündlicher Form dem betreffenden Wahlausschuß vorgelegt, welcher verpflichtet ist, sie mit seinen Erklärungen im Laufe von drei Tagen dem höherstehenden Wahlausschuß zuzuschicken.

Der höherstehende Wahlausschuß ist verpflichtet, diese Beschwerden und Erklärungen im Laufe einer Woche nach ihrem Eingehen zu prüfen.

34. Nach dem Schluß der Arbeit geben die Wahlausschüsse alle Wahlmaterialien dem betreffenden Rat oder Exekutivkomitee ab.

35. Die Aufhebung der Wahlen, in Fällen der Verletzung der Wahlinstruktion des ZEK der UdSSR oder der Wahlinstruktionen der ZEK der Bundesrepubliken, findet in bezug auf sämtliche Mitglieder des Rates durch Beschluß des höherstehenden Exekutivkomitees oder Rates

statt, in bezug auf einzelne Mitglieder des Rates aus den einzelnen Wahlbezirken (Produktionseinheiten, Gewerkschaftsverbänden usw.) durch Beschluß des dörflichen oder städtischen Rates.

Im Falle der Aufhebung der Wahlen finden die neuen Wahlen auf Grund dieser Instruktion statt.

36. Zur Durchführung neuer Wahlen wird der betreffende Wahlausschuß neu ernannt.

37. Als Grund der Aufhebung der Wahlen gilt die Verletzung der Verfassung der UdSSR und der Verfassungen der Bundesrepubliken, wie auch dieser Instruktion und der Instruktionen der ZEK der Bundesrepubliken; dabei wird die Aufhebung der Wahlen entweder durch Publikation in der örtlichen Presse oder auf Versammlungen der Wähler öffentlich bekannt gemacht.

## VI.

### Über die Einberufung der Rätekongresse.

38. Die Rätekongresse werden durch die betreffenden Exekutivkomitees in der in der Gesetzgebung der UdSSR und der Bundesrepubliken bestimmten Weise einberufen.

39. Zur Prüfung der Regelmäßigkeit der Wahlen zu dem entsprechenden Kongreß wählt der Rätekongreß einen Mandatausschuß.

Der Beschluß des Mandatausschusses wird vom Rätekongreß bestätigt.

*Anmerkung.* Die Bundesverfassung der UdSSR zählt die Regelung des Wahlrechts nicht zu den Angelegenheiten, in denen der Bund zuständig ist. Das Wahlrecht wird in der Verfassung nur insoweit erwähnt, als im Art. 9 die Zahl der Abgeordneten des Rätekongresses der UdSSR im Verhältnis zu der Zahl der Wähler bestimmt wird (in den Städten 1 Abgeordneter auf 25 000 Wähler, auf dem Lande 1 Abgeordneter auf 125 000 Wähler) und im Art. 10 die örtlichen Rätekongresse genannt werden, welche die Delegierten zum Rätekongreß der UdSSR entsenden (gemäß der Fassung des Art. 10 vom 17. März 1931 [Izvestija/Nachrichten/ZEK. vom 18. März 1931 Nr. 76] sind es in den Republiken, die keine Einteilung in Länder und Gebiete kennen, unmittelbar die Rätekongresse dieser Republiken; die Länder- und Gebietsrätekongresse, wo sie vorhanden sind; die Rätekongresse Azerbajdžans, Georgiens und Armeniens und die Rätekongresse der autonomen Republiken und autonomen Gebiete). Es ist auch begreiflich, daß die Bundesverfassung nur diese beiden Fragen der Wahlordnung behandelt: da das Sowjetrecht die unmittelbaren Wahlen nicht kennt, sind alle Wahlen in den unteren Wahlinstanzen in erster Linie Wahlen der Organe einzelner Bundesrepubliken und werden als solche durch die Gesetze der Gliedstaaten der Union geregelt. Dennoch hat die Union schon im Jahre 1925 eine Instruktion zu den Rätewahlen erlassen (Dekret vom 16. Januar 1925: Ges. Sammlung der UdSSR, 1925, I, Nr. 6 Art. 55) mit ausdrücklicher Berufung auf Art. 9 und 10 der Bundesverfassung.

Diese Instruktion hat die Regelung der Zusammensetzung der Wahlausschüsse, der Zusammenstellung der Listen von Personen, denen das Wahlrecht entzogen ist, des Verfahrens in den Wahlversammlungen usw. unternommen und dabei die Bundesrepubliken verpflichtet, ihre örtlichen Instruktionen in Einklang mit der Bundesinstruktion zu bringen. Im Jahre 1926 ist dann eine neue Fassung der Bundesinstruktion erlassen worden (Dekret vom 28. September 1926: Ges. Sammlung der UdSSR, 1926, I, Nr. 66, Art. 501), die im weiteren in einzelnen Artikeln einige Abänderungen erfahren hat, aber im ganzen bis zum Inkrafttreten der Instruktion von 1930 in Kraft blieb. Die neue Instruktion schließt sich im wesentlichen an die Bestimmungen der alten an, läßt jedoch auch ersehen, was für den heutigen Stand der Sowjetpolitik von besonderer Bedeutung ist, nämlich den Klassenkampf auf dem Lande. Die Kategorien von Personen, denen das Wahlrecht entzogen wird, werden viel ausführlicher bezeichnet (unter spezieller Berücksichtigung der ländlichen Verhältnisse). Ausführlicher wird auch das Verfahren beim Einreichen und bei der Prüfung der Beschwerden behandelt. Es muß berücksichtigt werden, daß das Wahlrecht in der UdSSR eine Vorbedingung nicht nur der Beteiligung an den Rätewahlen ist, sondern auch des Rechtes, Mitglied von Kooperativgenossenschaften (einschließlich aller Konsumgenossenschaften) zu sein (s. neuerdings das Dekret vom 13. November 1930: Ges. Sammlung der UdSSR, 1930, I, Nr. 56 Art. 591). Da aber jetzt in den Jahren der sogenannten »Rekonstruktionsperiode«, die den Jahren »neuer Wirtschaftspolitik« folgten, die Verteilung der wichtigsten Nahrungsmittel durch die Konsumgenossenschaften stattfindet, und da die Konsumgenossenschaften die Nahrungsmittel nur an ihre Mitglieder verteilen, hat das politische Wahlrecht im alltäglichen Leben viel größere Bedeutung, als man erwarten würde.

Das ZEK der UdSSR hat am 3. Oktober 1930 den ZEK der Bundesrepubliken vorgeschlagen, ihre Wahlgesetzgebung mit der neuen Wahlinstruktion in Einklang zu bringen (Ges. Sammlung der UdSSR, 1930, I, Nr. 50, Art. 523). Die Bundesrepubliken haben diesem Vorschlag Folge geleistet: s. z. B. die neue Wahlinstruktion der RSFSR vom 20. Oktober 1930 (Ges. Sammlg. der RSFSR, 1930, I, Nr. 54, Art. 654), die die Bestimmungen der Bundesinstruktion wörtlich wiedergibt, sie aber auch in vielen wesentlichen Einzelheiten ergänzt.

A. N. Makarov.

# Neueingänge.

(Besprechung bleibt vorbehalten.)

Abor, Raoul, Conventions et traités de droit international intéressant l'Indochine. Hanoi: Impr. d'Extrême-Orient 1929. 170, V S. 8°.

Abwehrkampf und Volksabstimmung in Kärnten 1918—1920. Hrsg. im Auftrag der Sozialdemokratischen Landesparteivertretung Kärntens von Hans Lagger. Klagenfurt: Kleinmayr 1930. 160 S. 8°.

Adler, Franz, Grundriß des tschechoslowakischen Verfassungsrechtes. Reichenberg: Stiepel 1930. 132 S. 8°.

Aguesse, Louis, Souveraineté et nationalité en Tunisie. Pref. de Louis Milliot. Paris: Sirey 1930. XII, 371 S. 8°.

Alvarez, Alejandro, L'Organisation internationale. Précédents de la Société des Nations et de l'Union Fédérale Européenne. Divers travaux de 1915 à 1924 et rapports présentés à l'Union Juridique Internationale de 1926 à 1930. Paris: Edit. Internationales 1931. 357 S. 8°.

—, Les Résultats de la première Conférence de Codification du Droit International. Paris: Pedone 1931. 36 S. 8°. (S.-A. aus: Séances et travaux de l'Académie des Sciences Morales et Politiques. [Mars-Avril 1931.])

Ambrosini, Gaspare, Il consiglio nazionale delle corporazioni. Con una nota in app. su la posizione giuridico-politica dei sindicati nello stato. Roma: Libr. del Littorio 1930. 70 S. 8°. (Istituto Nazionale Fascista di Cultura. Quaderni Ser. II, 9.)

Anderson, Poul, Hovedpunkter af forvaltningsretten. I: Indledning. Retskilder Forvaltningsorganisationen. Tjenestemaend. Forvaltningsakter. København: Busck 1930. 8°.

Annuaire de l'Association Yougoslave de Droit International. Année 1. Belgrade, Paris: Edit. Intern. 1931. 445 S. 8°.

Annuaire interparlamentaire publ. sous le patronage de l'Union Interparlementaire, par Léopold Boissier, B. Mirkine-Guetzévitch avec la collaboration de ... Paris: Delagrave. 8°. Année: 1. (1931).

Annual Survey of English Law 1930. London School of Economics and Political Science ⟨University of London⟩ Department of Law. London: London School of Economics 1931. XL, 327 S. 8°.

Antonio, Ferdinando d', La Filosofia giuridica post-kantiana in Germania nel suo sviluppo dialettico. Milano: Soc. Anon. Ed. »Dante Alighieri« 1930. 195 S. 8°.

Antonowicz, S., Les Etats indigènes dans l'Inde anglaise. Paris: Rousseau 1931. 212 S. 8°.

Archives juridiques. Recueil bimensuel sous la rédaction de V. Canev et L. Dikow. Année 1. 1929/30. [Juridičeski Archiv]. Sofia. [Titel und Text bulgarisch.]

Argentier, Clément, Les Résultats acquis par l'organisation permanente du travail de 1919 à 1929. Préf. de Albert Thomas. Paris: Sirey 1930. XVII, 592 S. 8°.

Awad, Pierre Elias, Les Pouvoirs des Tribunaux Mixtes d'Egypte quant aux questions et décisions du statut personnel. Paris: Sirey 1930. 144 S. 8°. Paris: Jur. Diss. vom 14. 6. 1930.

Baldoni, Claudio, La Zona di Tangeri nel diritto internazionale e nel diritto marocchino. Padova: »Cedam« 1931. 55 S. (Scuola di Scienze Politiche e Sociali della R. Università di Padova.)

Baty, Th., The Canons of International Law. London: Murray (1930). XI, 518 S. 8°.

Baumkoller, Abraham, Le Mandat sur la Palestine. Paris: Rousseau 1931. 254 S. 8°.

Benedek, Paul, Le Régime foncier de la Transylvanie. ‹Etude de droit comparé.› Paris: Sirey 1929. 153 S. 8°. Paris: Jur. Diss. vom 23. 11. 1929.

Berezowski, Cesary, A Artykule 19 statutu ligi narodow. Wydano staranien kwartalnika »Sprawy Obce«. Warszawa: Lazarski 1930. 52 S. 8°. [Polnisch: Artikel 19 der Völkerbundssatzung.]

Bishop, Crawford Morrison, International Arbitral Procedure. Washington: Byrne 1931. IX, 259 S. 8°.

Bodda, Pietro, L'unione di comuni nel diritto fascista. Torino: Ed. de »l'Erma« (1930). 39 S. 8°.

Bonn, M. J., Der Neue Plan als Grundlage der deutschen Wirtschaftspolitik. München, Leipzig: Duncker & Humblot 1930. VI, 266 S. 8°. (Veröffentlichungen des Instituts für Finanzwesen an der Handels-Hochschule Berlin. 1.)

Boos, Roman, Wirklichkeit und Schein im modernen Staatsbegriff. Berlin: Rothschild 1931. 60 S. 8°. (Beiheft Nr. 25 für die Mitglieder der Internationalen Vereinigung für Rechts- und Wirtschaftsphilosophie.)

Bortolotto, Guido, Lo stato e la dottrina corporativa. Saggio d'una teoria generale. Con una lettera di S. E. Bottai. Bologna: Zanichelli (1930). X, 459 S. 8°. (Istituto Nazionale Fascista di Cultura. Studi giuridici e storici.)

Bouy, Raymond, Le Désarmement Naval. Paris: Les Presses Univ. de France [1930]. 284 S. 8°. Paris: Jur. Diss. vom 25. 11. 1930.

Brethe de la Gressaye, Jean, Le Syndicalisme, l'organisation professionnelle et l'état. Paris: Sirey 1930. 362 S. 8°.

Bunesco, Valentin, Le Principe démocratique dans les institutions de la Roumanie. Paris: Presses Univ. de France 1930. 146 S. 8°. Paris: Jur. Diss. vom 28. 11. 1930.

Buozzi, Bruno et Vincenzo Nitti, Fascisme et syndicalisme. Trad. de l'italien par Stefan Priacel. Paris: Valois 1930. 292 S. 8°. (Suite politique italienne. 2.)

Cairola, Luigi Pasquale, Il Concordato fra la Santa Sede e l'Italia. Trattato di diritto ecclesiastico. Monza: Dossi 1930. 150 S. 8°.

Cameron, Edward Robert, The Canadian Constitution as interpreted by the Judicial Committee of the Privy Council in its Judgements. Together with a collection of all the decisions of the Judicial Committee which deal therewith. Vol. 2. Toronto: Carswell 1930. XVII, 541, 5 S. 8°.

Carpenter, William Seal, The Development of American Political Thought. Princeton: Princeton Univ. Pr. 1930. VI, 191 S. 8°.

Carré de Malberg, R., La Loi, expression de la volonté générale. Etude sur le concept de la loi dans la constitution de 1875. Paris: Sirey 1931. XVII, 228 S. 8°.

Carro, R. P. Fr. Venancio D., Los Colaboradores de Francisco de Vitoria. Domingo de Soto y el derecho de gentes. 1. ed. Madrid: Amo 1930. 206 S. 8°.

Chang, Chung-Fu, The Anglo-Japanese Alliance. Baltimore: Johns Hopkins Press 1931. VII, 315 S. 8°. (Johns Hopkins University Studies in Historical and Political Science. Extra Vol. New Series. No. 12.)

Cheng, Seymour Ching-Yuan, Schemes for the Federation of the British Empire. New York: Columbia Univ. Press 1931. 313 S. 8°. (Studies in History, Economics and Public Law. No. 335.)

Chevallier, Jean-Jacques, L'Evolution de l'empire britannique. I, II. Paris: Ed. Internationales 1930. 2 Bde. 8°.

Chicos, Stefan, La Préparation du budget et le contrôle budgétaire aux Etats-Unis d'Amérique. Paris: Gamber 1930. 180 S. 8°.

Cohn, Josef, England und Palästina. Ein Beitrag zur britischen Empire-Politik. Berlin: Vowinckel 1931. 327 S. 8°. (Beihefte zur Zeitschrift für Geopolitik, H. 8.)

Colarusso, Alfonso, La Clausola della nazione più favorita. Breve studio sulla clausola con particolare riguardo alla sua applicazione nei trattati di commercio del dopoguerra. Padova: »Cedam« 1931. VIII, 86 S. 8°.

Coupland, R., The American Revolution and the British Empire. The Sir George Watson Lectures for 1928, delivered before the University of London in the winter of 1928—29. London: Longmans, Green 1930. VII, 331 S. 8°.

Cremer, Gustav, Die Verfassung der internationalen Arbeitsorganisation. Berlin: Prager 1930. IV, 50 S. 8°.

Davies, William Evan, The English Law relating to Aliens. London: Stevens 1931. XL, 308 S. 8°.

Decisiones y opiniones de los comisionados de acuerdo con la convencion de 19 de noviembre de 1926, entre los Estados Unidos Mexicanos y la Gran Bretana. Oct. 5 de 1929 al Feb. 15 de 1930. Mexico: Impr. de la Secretaria de Relaciones Exteriores 1930. 265 S. 8°. (Comisión de Reclamaciones entre Mexico y la Gran Bretana.)

Dennis, William Jefferson, Tacna and Arica. An account of the Chile-Peru Boundary Dispute and of the arbitrations by the United States. New Haven: Yale Univ. Press 1931. XIII, 332 S. 8°.

Des Gouttes, Paul, La Convention de Genève du 27 juillet 1929. Commentaire. Préf. de Max Huber. Genève: Comité International de la Croix-Rouge 1930. XL, 267 S. 8°.

El Sayed Sabry, Le Pouvoir législatif et le pouvoir exécutif en Egypte. Etude critique de la constitution du 19 avril 1923, dans les textes et dans la pratique. Paris: Mechelink 1930. 421 S. 8°.

El Emprestito de Mexico a Colombia. Recopilacion de documentos con una introducción y notas por Joaquin Ramirez Cabanas. Mexico: Publ. de la Secretaria de Relaciones Exteriores 1930. XXVIII, 247 S. 8° (Archivo historico diplomatico Mexicano. Num. 33.)

Die Entstehung der Freien Stadt Danzig. 5 Aufsätze von Albert Broedersdorff (u. a.). Danzig: Kafemann 1930. 45 S. 8°. (Danziger Schriften für Politik und Wirtschaft. H. 4.)

Erler, Georg H. J., Das Recht der nationalen Minderheiten. Münster/Westf.: Aschendorff 1931. XXVII, 530 S. 8°. (Deutschtum und Ausland. H. 37/39.)

Fairman, Charles, The Law of Martial Rule. Chicago: Callaghan 1930. VIII, 263 S. 8°.

Faria, Bento de, Sobre o direito extradicional. (Extradiçao internacional e interestadual.) Rio de Janeiro: Ribeiro dos Santos 1930. IV, 310 S. 8°.

Feilchenfeld, Ernst H., Public Debts and State Succession. New-York: Macmillam 1931. XXX, 922 S. 8°. (Bureau of International Research. Harvard University and Radcliffe College.)

Feinberg, Nathan, La Juridiction de la Cour Permanente de Justice dans le système de la protection internationale des minorités. Paris: Rousseau 1931. 215 S. 8°.

Feis, Herbert, Europe, the World's Banker 1870-1914. An account of European foreign investment and the connection of World finance with diplomacy before the war. With an introd. by Charles P. Howland. New-Haven: Yale Univ. Press. London: Milford 1930. XXIII, 469 S. 8°. (Publications of the Council on Foreign Relations.)

Der Finanzausgleich im Deutschen Reich. Bearb. im Statistischen Reichsamt. Teil: 1. Berlin: Hobbing 1931. 4°. (Einzelschriften zur Statistik des Deutschen Reichs. Nr. 16.)

Fischer, P., Das Recht und der Schutz der polnischen Minderheit in Oberschlesien. Berlin: Hobbing 1931. 83 S. 8°.

Font-Réaulx, Pierre de, Les Pouvoirs devant le conseil d'état contre les décisions des autres tribunaux administratifs. Paris: Sirey 1930. 408 S. 8°.

Fourtens, Bernard. La Fin de l'Union Monétaire Latine. Paris: Sirey 1930. 174 S. 8°. Paris: Jur. Diss. vom 14. Juni 1930.

François, J. P. A., Handboek van het Volkenrecht. Deel 1. Zwolle: Willink 1931. XX, 611 S. 8°. (Publiek- en Privaatrecht. 12.)

Garofalo, Pietro, Principi di diritto costituzionale e ordinamento politico dello stato fascista. Catania: Studio Ed. Moderno 1930. 168 S. 8°.

Gay, Vicente, Las Constituciones politicas. (El Verdadero gobierno de los pueblos ideales y supersticiones politicas.) Madrid: Comp. Ibero-Amer. de Publ. (1930.) 333 S. 8°.

Genet, Raoul, Traité de diplomatie et de droit diplomatique. T. 1: L'Agent diplomatique. T. 2: L'Action diplomatique. Paris: Pedone 1931. 2 vol. 8°. (Publications de la Revue générale de droit international public. 3 et 5.)

Geny, Bernard, La Collaboration des particuliers avec l'administration. Gestion d'affaires. Fonctionnaires de fait. Chambres de commerce. Assurances sociales. Associations syndicales. Fondations, associations, sociétés etc. Préf. de Georges Renard. Paris: Sirey 1930. XXXIV, 300 S. 8°.

Ghose, Akshaya K., Public Administration in India. (Historical, Structural and Functional.) Calcutta: Univ. of Calcutta 1930. XXI, 743 S. 8°. (University Extension Lectures for 1925.)

Gianni, G., La Coutume en droit international. Paris: Pedone 1931. 184 S. 8°.

Giannini, Amedeo, Le Convenzioni internationali di diritto marittimo. Milano: Soc. ed. »Vita e Pensiero« 1930. XI, 473 S. 8°. (Pubblicazioni della Università Cattolica del Sacro Cuore. Serie II, Vol. 27.)

Glinberg, Aron, Le Problème du désarmement devant la Société des Nations et en dehors d'elle. Paris: Presses Univ. de France 1930. 161 S. 8°. Paris: Jur. Diss. vom 26. 5. 1930.

Grandi, Dino, L'Italia fascista nella politica internazionale. Con pref. di Arnaldo Mussolini. Roma: Libr. del Littorio (1930). 157 S. 8°.

Grosjean, Georges, La Politique extérieure de la restauration et l'Allemagne. 2. éd. Neuchâtel: Attinger 1930. 211 S. 8°.

Groß, Leo, Pazifismus und Imperialismus. Eine kritische Untersuchung ihrer theoretischen Begründungen. Leipzig, Wien: Deuticke 1931. X, 453 S. 8° (Wiener staats- und rechtswissenschaftliche Studien. Bd. 17.)

Gruebel, Fritz, Die Rechtslage der römisch-katholischen Kirche in Polen nach dem Konkordat vom 10. 2. 1925. ‹Stand vom 1. Oktober 1930.› Leipzig: Weicher 1930. 129 S. 8°. (Leipziger rechtswissenschaftliche Studien. H. 59.)

Guggenheim, Paul, Les Mesures provisoires de procédure internationale et leur influence sur le développement du droit des gens. Paris: Sirey 1931. 210 S. 8°.

Guiral Moreno, Enrique, La Liga de las naciones; sus antecedentes; fines y propositos; organización y funcionamiento; algunos de los resultados obtenidos; la cooperación de Cuba. Pref. del Antonio S. de Bustamante. Habana: Rambla, Bouza 1930. LX, 239 S. 8°.

Habicht, Max, Post-War Treaties for the Pacific Settlement of International Disputes. A compilation and analysis of treaties of investigation, concilation, arbitration, and compulsory adjudication, concluded during the first decade following the world war. Cambridge: Harvard Univ. Press 1931. XXIII, 1109 S. 8°. (Bureau of International Research. Harvard University and Radcliffe College.)

Harris, Percy A., London and its Government. London: Dent (1931). IX, 261 S. 8°.

Hartwig, W., Volksbegehren und Volksentscheid im deutschen und österreichischen Staatsrecht. Berlin: Bernard & Graefe 1930. 148 S. 8°.

Haumant, Emile, La Formation de la Yougoslavie. ‹XVe—XXe Siècles.› Paris: Bossard 1930. X, 752 S. 8°. (Institut d'Etudes Slaves de l'Université de Paris. Collection historique. 5.)

Haushofer, K., Japans Reichserneuerung. Strukturwandlungen von der Meiji-Ära bis heute. Berlin, Leipzig: de Gruyter 1930. VIII, 158 S. 8°. (Sammlung Göschen.)

Hermens, Ferdinand Aloys, Demokratie und Kapitalismus. Ein Versuch zur Soziologie der Staatsformen. München, Leipzig: Duncker & Humblot 1931. VIII, 242 S. 8°.

Houten, Hans Rudolf van, Egypte's internationaal statuut sedert het begin van de negentiende eeuw. S'Gravenhage 1930: Mouton. XI, 171 S. 8°. Leiden, Jur. Diss. vom 19. Dez. 1930.

Houtte, Hubert van, Les Occupations étrangères en Belgique sous l'ancien régime. T: 1, 2. Gand: van Rysselberghe & Rombaut 1930. 2 Bde. 8°. (Université de Gand. Recueil de travaux publ. par la faculté de philosophie et lettres. Fasc. 62.)

Jaffé, Fritz, Zwischen Deutschland und Frankreich. Zur elsässischen Entwicklung. Stuttgart, Berlin: Cotta 1931. VIII, 413 S. 8°.

Jaščenka, A., Tarptautinés teisés kursas. Cours de droit international. T. 1: Konstituciné tarptautiné teisé. — Droit international constitutionnel. Kaunas: »Spindulio« 1931. (Teisés mokslu biblioteka. Nr. 8.) (Vytauto didžiojo universiteto teisiu fakulteto leidinys.)

Jennings, W. Ivor, The Poor Law Code ,being the Poor Law Act, 1930, and the Poor Law Orders now in force, annoteted with an introduction, tables and consolidated index. London: Knight (1931). LXXXVIII, 302 S. 8°.

Israel-Meyer, Georges, L'Egypte contemporaine et les capitulations. Paris: Presses Univ. de France 1930. 432 S. 8°. Paris, Jur. Diss. vom 19. 7. 1930.

L'Italia nell'organizzazione internazionale del lavoro della Società delle Nazioni. Pref. di Dino Grandi, introd. di Giuseppe Bottai, pubbl. diretta di Giuseppe de Michelis. Roma: Ed. »Sapientia« 1930. LVII, 674 S. 8°. (Pubblicazioni dell'Istituto Italiano di Diritto Internazionale in Roma.)

Junghann, Otto, Die nationale Minderheit. Berlin: Zentral-Verl. 1931. 76 S. 8°. (Weltpolitische Bücherei. Bd. 22.)

Junckerstorff, Kurt, Die Völkerbundsgarantie des Minderheitenrechts. Haag: Nijhoff 1930. X, 77 S. 8°.

Kennedy, W. P. M., Statutes, Treaties and Documents of the Canadian Constitution 1713—1929. 2. ed. London: Oxford Univ. Press 1930. XXVIII, 752 S. 8°.

—, and D. C. Wells, The Law of the Taxing Power in Canada. Toronto: Univ. of Toronto Press 1931. XVI, 157 S. 8°. (University of Toronto Studies, Law.)

Kießelbach, Wilhelm, Problems of the German-American Claims Commission. Translated by Edwin H. Zeydel. Washinton: Carnegie Endowment for International Peace 1930. V, 135 S. 8°. (Publications of the Carnegie Endowment for International Peace, Division of International Law. Washington.)

Kraus, Herbert, Das Problem internationaler Ordnung bei Immanuel Kant. Berlin: Heymann 1931. XIII, 81 S. 8°.

Krause, Gerhard, Die internationalen Stromschiffahrtskommissionen. Berlin: Rothschild 1931. XII, 104 S. 8°. (Internationalrechtliche Abhandlungen. 7.)

Kunz, Josef L., Die intrasystematische Stellung des Art. XI des Völkerbundpaktes. Leipzig: Universitätsverl. von Robert Noske 1931. VII, 143 S. 8°. (Frankfurter Abhandlungen zum modernen Völkerrecht. H. 21.)

Labaree, Leonard Woods, Royal Government in America. A study of the British colonial system before 1783. New Haven: Yale Univ. Press [u. a.] 1930. XII, 491 S. 8°. (Yale Historical Publications. Studies VI.)

Lago Blanco, José, Los Delitos de imprenta. Madrid: Suarez 1930. 142 S. 8°.

Lainé, Marie, Les Recours en interprétation devant les tribunaux administratifs. Paris: Presses univ. de France 1930. 133 S. 8°. Paris Jur. Diss. vom 5. 6. 1930.

Langhans-Ratzeburg, Manfred, Die großen Mächte geojuristisch betrachtet. München, Berlin: Oldenbourg 1931. 262 S. 8°.

Lannoy, Fl. de, Histoire diplomatique de l'indépendance belge. Bruxelles: Dewit 1930. 395 S. 8°.

Laski, Harold J., An Intrduction to Politics. London: Allen & Unwin (1931). 112 S. 8°.

Litt, Theodor, Idee und Wirklichkeit des Staates in der staatsbürgerlichen Erziehung. Leipzig: Quelle & Meyer 1931. 34 S. 8°.

Loewenstein, Karl, Erscheinungsformen der Verfassungsänderung. Tübingen: Mohr 1931. XVII, 308 S. 8°. (Beiträge zum öffentlichen Recht der Gegenwart. 2.)

Lo Presti, Domenico, Istituzioni di diritto corporativo. Roma: Signorelli 1930. 156 S. 8°.

Lubbe, Konstantin, Der Rechtsschutz des Ausländers im Handel und vor den Gerichten Lettlands. Riga: Löffler (1930). 76 S. 8°.

Macartney, C. A., Refugees. The Work of the League. London: League of Nations Union (1930). 128 S. 8°.

Magyary, Géza de, La Juridiction de la Cour Permanente de Justice Internationale. Préf. de Charles Dupuis. Introduction et notes complémentaires de Olof Hoijer. Paris: Edit. Internat. 1931. 319 S. 8°.

Mandelstam, André N., Das armenische Problem im Lichte des Völker- und Menschenrechts. Anhang: Die deutsch-russischen Beziehungen während der armenischen Reformaktion. Berlin: Stilke 1931. 149 S. 8°. (Aus dem Institut für internationales Recht an der Universität Kiel. Reihe I, H. 15.)

—, La Protection internationale des minorités. Part. 1: La Protection des minorités en droit international positif. Paris: Sirey 1931. XX, 269 S. 8°.

Marriott, John A. R., The Crisis of English Liberty. A history of the Stuart monarchy and the puritan revolution. Oxford: Oxford Univ. Press Milford. 1930. XIV, 472 S. 8°. Sh. 15.

Mariotte, Pierre, L'Europe et les Etats-Unis devant la Société des Nations. Paris: Edit. Internat. 1930. 301 S. 8°.

Matine-Daftary, Ahmad Khan, La Suppression des capitulations en Perse. L'ancien régime et le statut actuel des étrangers dans l'Empire du »Lion et Soleil« Préf. Hussein Khan Alâ. Paris: Presses Univ. de France 1930. 265 S. 8°. Lausanne, Jur. Diss.

Matsunami, N., The Constitution of Japan. Tokyo: Maruzen 1930. IV, 360 S. 8°.

Maurtura, Victor M. and James Brown Scott, Responsibility of States for Damage caused in their territory to the person or property of foreigners. A statement of the principles which should govern the codification of international law on the subject. New York: Oxford Univ. Press 1930. 67 S. 8°. (Publications of the American Institute of International Law.)

Maury, Pierre, La Question des Iles d'Aland. Paris: Presses Univ. de France 1930. 209 S. 8°. Paris: Jur. Diss. vom 26. 5. 1930.

Maxson, Charles Hartshorn, Citizenship. New York: Oxford Univ. Press 1930. VIII, 483 S. 8°.

Mazzei, Jacopo, Politica doganale differenziale e clausola della nazione piu favorita. Con pref. del Della Volta. Vol: I. Firenze: Seeber 1930. XVI, 603 S. 8°. (Pubblicazione del R. Istituto Superiore di Scienze Economiche e Commerciale di Firenze. N. 1.)

Menzel, Curt, Das deutsche Vorkriegsvermögen in Rußland und der deutsche Entschädigungsvorbehalt. Eine Übersicht, zugleich über die Entschädigungsbemühun-

gen der anderen Staaten. Berlin, Leipzig: de Gruyter 1931. 236 S. 8°. (Beiträge zum ausländischen öffentlichen Recht und Völkerrecht. H. 16.)

Metzenbaum, James, The Law of Zoning. New York: Baker, Voorhis 1930. XIV, 569 S. 8°.

Meyer, Alex, Das Neutralitätsrecht im Luftkriege. Eine kritische Studie auf Grund der von der Haager Juristenkommission (11. Dezember 1922/19. Februar 1923) aufgestellten Entwürfe. Berlin: Heymann 1931. VIII, 105 S.

—, Georges, L'Egypte contemporaine et les capitulations. Paris: Presses Univ. de France 1930. 472 S. 8°.

Miller, Clarence A., The Legislative Evolution of the Interstate Commerce Act. With an introduction by John J. Esch. Washington: Byrne 1930. XXI, 519 S. 8°.

Mirkin-Gezewitsch, Boris, Das sowjetrussische Preßrecht. Für die deutsche Ausgabe der Preßgesetze des Erdballs bearbeitet von Wolfgang Bretholz. Berlin: Stilke 1931. 87 S. 8°. (Die Preßgesetze des Erdballs. Bd. 9.)

Miscellania Patxot. Estudis de dret public. Barcelona: Verdaguer 1931. XV, 462 S. 8°.

Moncharville, E., Le Japon d'outre-mer. Paris: Pedone 1931. 236 S. 8°.

Moore, John Bassett, International Adjudications. Ancient and Modern. History and Documents together with Mediatorial Reports, Advisory Opinions, and the Decisions of Domestic Commissions, on International Claims. Modern Series. Vol. 1—3. New York: Oxford Univ. Press 1929—1931. 3 Bde. 8°. (Carnegie Endowment for International Peace. Division of International Law. Washington.)

Morel, Alphonse, La Neutralité de la Suisse et la Société des Nations. Deux conceptions de la paix. Lausanne: Rouge 1931. VII, 173 S. 8°.

Mornik, Stanislaus, Polens Kampf gegen seine nichtpolnischen Volksgruppen. Berlin, Leipzig: de Gruyter 1931. 154 S. 8°. RM. 9.—.

Mouhiddin, Tahsin, La Réforme financière en Turquie. Paris: Rousseau 1930. 277 S. 8°.

Moulton, Mildred, A Structural View of the Conference as an Organ of International Cooperation. ‹An examination emphasizing post-war practice as shown in the organization of some typical conferences.› o. O. [Selbstverl.] 1931. X, 118 S. 8°. [Umschlagt.:] The Technique of International Conferences.

Mouskheli, M., La Théorie juridique de l'état fédéral. Paris: Pedone 1931. 302 S. 8°.

Navarra, Antonio, I Controli nella organizzazione sindacale. I. Puntata. 1. Nozioni preliminari. 2. La Vigilanza e la tutela in generale. Napoli: Norano [1930]. 116 S. 8°.

Neufeld, Hans, Die Reichsbank nach dem Neuen Plan. Berlin: Heymann 1931. XI, 129 S. 8°.

Nicolau, Michel, Les Traités des minorités envisagés spécialement au point de vue des minorités religieuses. Paris: Gamber 1930. 158 S. 8°. Paris: Jur. Diss. vom 25. 11. 1930.

Nogaro, Jean, Les Traités d'établissement et le droit des étrangers en France. Paris: Sirey 1930. VIII, 223 S. 8°.

Origone, Agostino. Osservazioni sulla libertá in materia di religione. Roma: A. R. E. 1930. 71 S. 8°. (Studi dell'Istituto di Diritto Pubblico e Legislazione Sociale. 4.)

Percy, Eustace Lord, Democracy on Trial. A preface to an industrial policy. London: Lane The Bodley Head (1931). 197 S. 8°.

Petrasco, N. N., La Réforme agraire roumaine et les réclamations hongroises. Préf. par Albert Wahl. Bucuresti: »Bucovina« 1931. 147 S. 8°.

Pictet, Paul, L'Affaire des zones franches devant la Cour de la Haye. Conférence faite à Bâle le 2 fevrier 1931. Genève: Journal de Genève 1931. 44 S. 8°.

Pohl, Hans, Organisation und Berufsethik der Anwälte und Richter der Vereinigten Staaten von Amerika und die deutsche Rechtsanwaltschaft. Vortrag. Berlin: Prager 1930. 160 S. 8°. (Internationale Rechtspraxis. H. 18.)

Porto Rico and its Problems. Survey Staff: Victor Clark [u. a.]. Washington: Brookings Institution 1930. XXXV, 699 S. 8°.

Posada, Adolfo, Hacia un nuevo derecho politico. Reflexiones y comentarios. Madrid: Paez-Bolsa 1931. 223 S. 8°. (Biblioteca de Ensayos. No 18.)

Pujol, Pedro, Diccionario tecnologico de jurisprudencia, economia y legislación. Con un prologo del Eusebio Diaz. Barcelona: Publ. Mundial 1931. VI, 583 S. 8°.

Redslob, Robert, Le Principe des nationalités. Les Origines, les fondements psychologiques, les forces adverses, les solutions possibles. Paris: Sirey [1930]. 275 S. 8°.

Rességuier, Guy de, Les Sanctions militaires de la Société des Nations. Paris: Presses Univ. [1930]. 141 S. 8°.

Retortillo y Tornos, Alfonso, Vocabulario del derecho internacional publico. Ensayo para fijar et tecnicismo y las ideas fundamentales de la referida ciencia, . . . Con un prologo del José de Yanguas, Vizconde de Santa Clara de Avedillo. 5. ed. Madrid: Hernando (1930). XVI, 269 S. 8°.

Rent-Nicolussi, Eduard, Zur Problematik der Heiligkeit der Verträge. Eine Studie über die clausula rebus sic stantibus im Völkerrecht. Innsbruck: Wagner 1931. 198 S. 8°. (Schriften des Instituts für Sozialforschung in den Alpenländern an der Universität Innsbruck, Folge 7.)

Riedl, Richard, Ausnahmen von der Meistbegünstigung. Bericht erstattet an die Internationale Handelskammer. Wien: Springer 1931. 58 S. 8°. (Internationale Handelskammer. Österreichische Gruppe.)

Rivet, Louis, La Question romaine et le Traité du Latran. Paris: Sirey 1931. 238 S. 8°.

Roberts, A. Carson, A Treatise on Local Administration and in particular on Finance and Accounts. London: Harrison (1930). 560 S. 8°.

Robson, William A., The Development of Local Government. London: Allen & Unwin (1931). 362 S. 8°.

Rodriguez, Juan Carlos, Historia de la codificación del derecho internacional publico. Buenos Aires: Tall. Graf. »Damiano« 1930. 184 S. 8°.

Romero del Prado, Victor N., Ciudadania y naturalización. Doctrina, legislación, jurisprudencia. Cordoba ⟨Rep. Arg.⟩: Impr. de la Universidad 1930. 560 S. 8°.

Rozycki, Seweryn, L'Influence du constitutionalisme français sur la constitution polonaise du 17 mars 1921. Paris: Gebethner & Wolff 1930. 145 S. 8°.

Saavedra Lamas, Carlos, La Crise de la codification et la doctrine argentine du droit international. Vol.: 1, 2. Paris: Edit. Internat. 1931. 2 Bde. 8°.

Sacchi, Pietro, L'etica soggettiva. ⟨Educazione ragionata.⟩ Milano: Soc. Ed. »Dante Alighieri« 1920. 368 S. 8°.

—, Sui sistemi etici tradizionali. ⟨Lo schema etico positivista.⟩ Milano: Soc. Ed. »Dante Alighieri« 1925. 139 S. 8°.

Saure, Wilhelm, Die völkerrechtliche Stellung des Rheins. Berlin: Rothschild 1931. XII, 81 S. 8°. (Internationalrechtliche Abhandlungen. 9.)

Scheler, Max, Die Idee des Friedens und der Pazifismus. Vortrag. Berlin: Neuer Geist-Verl. 1931. 63 S. 8°.

Stauffenberg, Berthold Schenk Graf von, Die Rechtsstellung der russischen Handelsvertretungen. Berlin, Leipzig: de Gruyter 1930. 94 S. 8°. (Beiträge zum ausländischen öffentlichen Recht und Völkerrecht. H. 14.)

Schmidt, Karl, Die persönliche Rechtsstellung der Konsuln in Deutschland und Danzig. Danzig: Kafemann 1930. 139 S. 8°.

Schmitt, Carl, Der Hüter der Verfassung. Tübingen: Mohr 1931. VI, 159 S. 8°. (Beiträge zum öffentlichen Recht der Gegenwart. 1.)

Schuecking, Walther, Der Kodifikationsversuch betr. die Rechtsverhältnisse des Küstenmeeres und die Gründe seines Scheiterns. Breslau: Hirt 1931. 62 S. 8°. (Veröffentlichungen der Schleswig-Holsteinischen Universitätsgesellschaft. Nr. 35.)

Schuecking, Walther, Die Revision der Völkerbundssatzung im Hinblick auf den Kelloggpakt. Berlin: Ebering 1931. 43 S. 8°. (Wissenschaftliche Beiträge zu aktuellen Fragen. H. 1.)

Schulze-Moelkau, Rudolf, Die Grundzüge des wolgadeutschen Staatswesens im Rahmen der russischen Nationalitätenpolitik. München: Reinhardt 1931. 151 S. 8°. (Schriften der Deutschen Akademie. H. 3.)

Sciama, G., La Question des tarifs douaniers devant la S. d. N. Paris: Presses Modernes 1930. IV, 120 S. 8°.

Seyfullah, Ibrahim, Italien im östlichen Mittelmeer. Eine politische Studie über die Bedeutung der anatolischen Küsteninseln. Berlin: Vowinckel 1930. XI, 91 S. 8°. (Beihefte zur Zeitschrift für Geopolitik. H. 7.)

Siméon, Jean, Le Droit minier dans les possessions françaises. Paris: Giard 1930. 387 S. 8°.

Smith, J. Allen, The Growth and Decadence of Constitutional Government. Introd. by Vernon Louis Parrinton. New York: Holt (1930). XVII, 300 S. 8°.

Sofia, Rosario, La Potestà regolamentare dello stato. Palermo: Vena 1930. 300 S. 8°.

Somervell, D. C., The British Empire. London: Christophers (1930). XI, 345 S. 8°.

State and Local Taxation of Property. New York: National Industrial Conference Board 1930. XI, 245 S. 8°.

Steinbach, Peter A., Untersuchungen zum internationalen Fremdenrecht. Bonn: Röhrscheid 1931. 134 S. 8°. (Bonner rechtswissenschaftliche Abhandlungen. H. 19.)

Stock, Georg, Rechtsphilosophie. Die Erkenntnis von Rechtswirklichkeit, Rechtsidee und gerechter Lebensgestaltung. Stuttgart, Berlin: Cotta 1931. VIII, 230 S. 8°.

Stoke, Harold W., The Foreign Relations of the Federal State. Baltimore: Johns Hopkins Press (1931). VI, 245 S. 8°. (Johns Hopkins University Studies in Historical and Political Science. Extra Vol. New Series No. 14.)

Stokes, Robert, New Imperial Ideals. A plea for the association of the dominions in the government of the dependent empire. With an introd. by Lord Lloyd. London: Murray (1930). XVIII, 314 S. 8°.

Stowell, Ellery C., International Law. A restatement of principles in conformity with actual practice. New York: Holt (1931). XXVI, 829 S. 8°. (American Political Science Series.)

Strafgesetzbuch ‹Ugolownyi Kodex› der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjet-Republik ‹RSFSR› vom 22. November 1926 mit den Änderungen bis zum 1. August 1930. Übersetzt von Wilhelm Gallas. Berlin, Leipzig: de Gruyter 1931. 68 S. 8°. (Sammlung außerdeutscher Strafgesetzbücher. Nr. 49.) RM. 4.—.

Stuart, Graham H., The International City of Tangier. London: Milford 1931. XIII, 323 S. 8°.

Stutz, Ulrich, Konkordat und Codex. Berlin: de Gruyter 1930. 21 S. 8°. (Sitzungsberichte der Preußischen Akademie der Wissenschaften. Phil.-Hist. Klasse 1930. 32.)

Swisher, Carl Brent, Stephen J. Field, Craftsman of the Law. Washington: Brookings Institution 1930. VIII, 473 S. 8°.

Tarjan, Edmund, Der Anteil der ungarischen Minderheit an der tschechoslowakischen Demokratie. Deutsche Übers. Prag: Mercy 1930. 79 S. 8°. (Aus: Pragai Magyar Hierlap. Jg. IX. No. 33, 35, 37, 39, 41, 43, 45, 47, 1930.)

Tomsic, Ivan, La Reconstruction du droit international en matière des traités. Essai sur le problème des vices du consentement dans la conclusion des traités internationaux. Préf. de Alejandro Alvarez. Paris: Pedone 1931. 118 S. 8°.

Townsend, Mary Evelyn, The Rise and Fall of Germany's Colonial Empire 1884—1918. With an introd. by Carlton J. H. Hayes. New York: Macmillan 1930. XVIII, 424 S. 8°.

Toynbee, Arnold J., A Journey to China or things which are seen. London: Constable 1931. X, 345 S. 8°.

Tratados y convenciones vigentes entre los Estados Unidos Mexicanos y otros Paises. 1: Tratados y convenciones bilaterales. Mexico: Impr. de la Secretaria de Relaciones Exteriores 1930. 587 S. 8°.

Truhart, Herbert v., Völkerbund und Minderheitenpetitionen. Ein Beitrag zum Studium des Nationalitätenproblems. Wien, Leipzig: Braumüller 1931. 181 S. 8°.

Tuttle, Florence Guertin, Alternative to War. London: The League of Nations Associations ⟨New York, London: Harper⟩ 1931. XI, 271 S.

Undén, Oesten, Staters internationella ansvarighet för domstolsavgöranden. Uppsala: Lundequistska Bokhandeln 1930. 21 S. 8°. (Uppsala Universitets Årsskrift 1930. Program 4.)

Valet, M., Les Restrictions à l'immigration. Paris: Sirey 1930. 226 S. 8°. Paris: Jur. Diss. vom 25. 11. 1930.

Varadi, Massimiliano, La Libertà dei mari e lo stato chiuso con riguardo ai recenti trattati. Firenze: Tip. »La Poligrafica« 1922. 76 S. 8°. Zürich, Jur. Diss.

Waldecker, Ludwig, Die Stellung der menschlichen Gesellschaft zum Völkerbund. Ein Versuch zum Kampf um die Weltorganisation. Berlin: Heymann 1931. XI, 374 S. 8°.

Wheeler-Bennett, John W. and Hugh Latimer, Information on the Reparation Settlement being the background and history of the Young Plan and Hague Agreements 1929—30. With a foreword by Charles Addis. London: Allen & Unwin (1930). 253 S. 8°. (Information Series. 6.)

Wilkins, R. J. and W. S. Chaney, Handbook of Military Law. With a foreword by C. H. Harington. London: Clowes (1930). VII, 149 S. 8°.

Williston, Samuel, Some Modern Tendencies in the Law. New York: Baker Voorhis 1929. 167 S. 8°.

Winkler, Wilhelm, Statistisches Handbuch der europäischen Nationalitäten. Wien, Leipzig: Braumüller 1931. VII, 248 S. 8°.

Winnig, August, Das Reich als Republik. Stuttgart, Berlin: Cotta 1930. XIV, 386 S. 8°.

Winsnes, Fr. H., Das norwegische Preßrecht. Berlin: Stilke 1931. 68 S. 8°. (Die Preßgesetze des Erdballs. Bd. 8.)

Wright, Quincy, Research in International Law since the War. A Report to the International Relations Committee of the Social Science Research Council. Washington: Carn. Ed. for Internat. Peace 1930. 58 S. 8°. (Carnegie Endowment for International Peace. Division of International Law. Pamphlet Series No. 51.)

Znamierowski, Czeslaw, Podstawowe pojecia teoriji prawa. (T.) 2. Prolegomena do nauki o panstwie. Warszawa: Hoesick 1930. 8°. [Polnisch: Grundbegriffe der Rechtslehre. 2. Einleitung zur Staatslehre.]

# REGISTER

* bezeichnet eine in diesem Bande abgedruckte Urkunde

## 1. Schlagwortregister


A.

**Abrüstung,** Stellung der Britischen Reichskonferenz von 1930 zur — 407 f.
**Absendestaat** s. Immunität
**Acte commis,** Begriff — im Teil X Sekt. IV Anl. § 4 des Versailler Vertrags 62, 64, 66, 68
**Actes de gouvernement** s. Frankreich
**Adelie Land** 408
**Ägypten,** Beschluß des Ministerrates betreffend die Sicherstellung der Verteidigung von — im Kriege zwischen Deutschland und Großbritannien vom 5. 8. 1914, Charakter und Wirkungen 70
— Gerichte, keine Nachprüfung staatlicher Hoheitsakte durch die — 69 f.
— Indemnitätsgesetz 69, 71
— Kapitulationen 69 f.
— Rechtslage während des Krieges 69 f.
— keine völkerrechtliche Verantwortlichkeit von — für die zur Unterstützung der britischen Besatzungstruppen während des Krieges vorgenommenen Handlungen der Lokalbehörden 69 f.
**Agrarreform** in der Süd-Dobrudža s. Rumänien (Agrarreform)
**Alandinseln,** Bericht der Internationalen Juristenkommission an den Völkerbundsrat über die Frage der — vom 5. 9. 1920 33 ff.
**Amery,** Kolonialstaatssekretär s. Großbritannien (Erklärung)
**Anerkennung** Belgiens 22, 24
— der chinesischen Nationalregierung s. China (Anerkennung der Nationalregierung)
— Polens s. Polen (Anerkennung)
— von Regierungen durch Abschluß eines Vertrages 148 f.
— — Form der — 148 f.
— — Wirkung auf anhängige Prozesse 149
— Sowjetrußlands s. Sowjetrußland (Anerkennung)
— eines neuen Staates vor Abtretung seines Gebiets und Anerkennung durch den Altstaat, Gültigkeit der — 22, 38
**(Anerkennung)**
— — — keine Übertragung des Hoheitsrechts über dieses Gebiet durch die — 33, 36 ff.
— — zugleich Anerkennung seines Gebietsbesitzes 14 f., 20 ff.
— — keine Übertragung des Hoheitsrechts über sein Gebiet durch bloße — 32 ff.
— — Wesen der — 21 f., 32 ff.
**Annexion** s. Gebietshoheit
**Antarktis,** Beratungen der Britischen Reichskonferenz von 1930 über die — 408
— Gebietsansprüche Frankreichs 162
— — Großbritanniens 161 ff.
— — Norwegens 162 ff.
**Arbeitsrecht** s. Italien (Nationalrat der Korporationen, Syndikate), Österreich (Koalitionsfreiheit, Kollektivverträge)
**Arica** s. Tacna-Arica-Streitfall, Beilegung
**Arktis,** Gebietsansprüche Dänemarks 160, 162
— — Kanadas 160 ff.
— — Norwegens 160, 162 f.
— — Sowjetrußlands 161 f.
— — der Vereinigten Staaten von Amerika 160 ff.
**Asser,** C. D., Président du T. A. M. gréco-allemand 62, 65
**Ausländer** s. Fremdenrecht
**Auslegung** von Verträgen s. Staatsverträge (Auslegung)
**Auslieferung** s. a. Britisches Reich, Deutsches Reich, Schweiz
— Nachprüfung der Rechtmäßigkeit 87
**Ausnahmezustand** s. Britisches Reich (Australien [Südaustralien])
**Außerordentliche Kriegsmaßnahmen** s. Mesures exceptionnelles de guerre
**Australien** s. Britisches Reich
**Ausweisung** s. Portugal (Kolonien)
**Bank für Internationalen Zahlungsausgleich** Übertragung der Rechte und Befugnisse der Reparationskommission und der Commission Interalliée de Bulgarie auf die — 231 ff.

**(Bank für Internationalen Zahlungsausgleich)**
— Zahlung der bulgarischen Reparations-Annuitäten an die — 231

**B.**

**Beamtenrecht** s. Brasilien (Beamte, Britisches Reich (Indien [Verfassung — Services]), Deutsches Reich (Beamte)
**Belgien,** Anerkennung 22, 24
— Gebiet 24
— Grenzen 24
**Besatzungsbehörden** s. Rheinlandbesetzung
**Besetztes Gebiet** s. a. Rheinlandbesetzung
— im Sinne des Versailler Vertrages und des Schlußprotokolls der Londoner Konferenz 108
**Bindung** der Gerichte s. Gerichte, Tribunaux Arbitraux Mixtes
**Bolivien,** *Protestnote vom 1. 8. 1929 (Zirkular Nr. 327) gegen das Zusatzprotokoll zum Vertrage zwischen Peru und Chile vom 3. 6. 1929 über die Entscheidung der Frage von Tacna und Arica 265 ff.
— Tacna-Arica-Streitfall s. Tacna-Arica-Streitfall
**Bombardement** s. a. Luftbombardement
— Anwendungsbereich des Art. 26 der Haager Landkriegsordnung 64 f., 67 f.
— Warnungspflicht 64 f., 67 f.
— zwecks Einnahme einer belagerten Ortschaft 67 f.
— zwecks Zerstörung von Kriegsmitteln des Feindes 67 f.
**Botella,** Président du T. A. M. franco-allemand 60 f.
**Botschafterkonferenz,** Entscheidung über die Grenzen Polens vom 15. 3. 1923 37
**Bouvet-Insel,** Britische Ansprüche auf die — 163 ff.
— Einbeziehung in das norwegische Hoheitsgebiet 162 ff.
— Identität mit Liverpool Island, Frage der — 163
**Brasilien,** Beamte, Ernennung und Entlassung 369
— Bundesanwaltschaft 375, 382 f.
— Bundesbezirk 369 f.
— Bundesgesetze und -verordnungen, Umfang der Weitergeltung 369 f.
— Bundesinterventoren 370 f.
— — Ausschluß gerichtlicher Nachprüfung der Verfügungen der — 370
— — Befugnisse 370 f.
— — Beschwerde gegen Handlungen der — 371
— — Entlassung 371
— — Ernennung 370
— Bundesverfassung, Aufrechterhaltung der republikanischen Bundesform, der Grundrechte und der Rechte der Gemeinden und Bürger durch die neue — 371
— — Umfang der Weitergeltung 369 f.

**(Brasilien)**
— Einzelstaaten, Bundesinterventoren in den — 370 f.
— — finanzielle Selbstverwaltung 370
— — gesetzgebende Versammlungen, Auflösung 369
— — Verfassungen, Umfang der Weitergeltung 369 f.
— finanzielle Selbstverwaltung der Staaten und des Bundesbezirks 370
— Gemeinden, Auflösung der Versammlungen und Räte der — 369
— — Präfekten der — 371
— — Rechte der — 371
— — Verfügungen der — 369 f.
— Generalstaatsanwalt 374 f.
— — Kanzlei 375
— Grundrechte 370 f.
— Habeas Corpus 370, 375
— Nationalkongreß, Auflösung 369
— Nationalrat (beratender), Schaffung und Befugnisse 372
— Oberstes Bundesgericht, Einspruchsverfahren 373
— — Geschäftsordnung 373
— — Plenum 373
— — Präsident 373 ff.
— — — Kanzlei 374
— — — Vertretung des Präsidenten der Republik 375
— — Richter, Stellvertretung 374
— — — Zahl der — 372
— — Senate, Zusammensetzung der — 372 f.
— — Verfahren 373 ff.
— Präfekte der Gemeinden 371
— Präsident der Republik, Vertretung durch den Präsidenten des Obersten Bundesgerichts 375
— Provisorische Regierung, Befugnisse 369 f.
— — Einsetzung 369
— — Oberhaupt 369, 371 f.
— Richterliche Gewalt, Ausübung 369
— Sondergerichtshof 372, 376 ff.
— — Aufhebung 377 f.
— — Bußen, Strafen und Maßregeln 376 f.
— — Einsetzung 372, 376
— — Einsprüche 383
— — Untersuchungen 380
— — Sekretariat 379
— — Tätigkeit 378 f.
— — Verfahren 380 ff.
— — Verteidigung 381 ff.
— — Zusammensetzung 378
— — Zuständigkeit 376 f., 383
— Sonderstaatsanwälte 379 ff.
— Verfügungen der Bundesinventoren 370 f.
— — — Ausschluß gerichtlicher Nachprüfung 370
— — der Gemeinden, Weitergeltung der — 369 f.
— — der Provisorischen Regierung, Ausfertigung und Gegenzeichnung 372

(Brasilien)
— — — Ausschluß gerichtlicher Nachprüfung 370
— — — Bestätigung früherer — 371 f.
— — des vorläufigen Regierungsausschusses vom 24. 10. 1930, Betätigung 371 f.
— Verpflichtungen und Rechte aus Ämtern, Verträgen, Konzessionen und anderen Verleihungen des Bundes, der Staaten und Gemeinden, Umfang der Aufrechterhaltung 370
— — aus Anleihen und anderen Kreditgeschäften des Bundes, der Staaten und Gemeinden, Aufrechterhaltung 370
— — zwischen Personen des Privatrechts, Aufrechterhaltung 370
**Bremen,** Gemeinschaftsarbeit zwischen — und Preußen s. Preußen (Gemeinschaftsarbeit)
**Brest-Litowsk-Vertrag vom 3. 3. 1918,** (keine) Anerkennung Polens durch Rußland gemäß — 23, 36, 39
**Britische Dominien** s. Britisches Reich
**Britisches Reich** s. a. Großbritannien
— Abrüstung, Stellung der Reichskonferenz von 1930 zur — 407 f.
— Admiralty Courts 389, 437 ff.
— — in den Dominien 389, 437 ff.
— — in Indien 440
— Antarktis, Beratungen der Reichskonferenz von 1930 über die — 408
— Auslieferungsrecht 427
— Anwerbung, ausländische — 427
— Arktis, Gebietsansprüche Kanadas in der — 160 ff.
— Australien, Gesetzgebung der Einzelstaaten in —, Colonial Laws Validity Act, Anwendung auf die — 426
— — — Disallowance & Reservation 425 f.
— — — Extraterritoriale Anwendung 425 f.
— — Südaustralien, Ausnahmezustand, Entschädigung wegen Eingriffen in das Eigentum 504
— — — — *Gesetz vom 5. 9. 1930 über den — 502 ff.
— — — — Verkündung 502
— — — — Verordnungen, Geltungsbereich 503
— — — — — Inhalt 502 f.
— — — — — Schranken 503
— — — — — Strafbestimmungen 504
— — — Gouverneur, Verkündung des Ausnahmezustandes, Recht zur — 502
— — — — Verordnungsrecht nach Verkündung des Ausnahmezustandes 502 f.
— — Verfassungsänderung in — 389, 424 f.
— Beziehungen zwischen den Reichsteilen 386 ff., 410 ff.
— diplomatische Vertreter im Ausland, Ernennung 397
— Generalgouverneure in den Dominien, Ernennung 395 f.

(Britisches Reich)
— — Stellung 411
— Gesetzgebung der australischen Einzelstaaten 425 f.
— — — Colonial Laws Validity Act, Anwendung auf die — 426
— — — Disallowance & Reservation 426
— — — Extraterritoriale Anwendung 425 f.
— — der Dominien, s. a. Admiralty Courts, Handelsschiffahrtsgesetze 386 ff., 411 ff.
— — — Colonial Laws Validity Act, Anwendung auf die — 386 ff., 411 f., 414, 420 ff., 438
— — — Disallowance 411, 414 ff., 426, 438
— — — — Sonderstellung im Hinblick auf die Colonial Stock Act 415 f.
— — — Extraterritoriale Anwendung 388, 411 f., 414, 418 ff., 425 f., 432
— — — Mitwirkung bei gemeinsamen Reichsangelegenheiten (Recht der Thronfolge und des Königlichen Titels) 390, 423
— — — Reservation 411, 414, 416 ff., 426, 438
— — — — Compulsory reservation 416 ff.
— — — — Discretionary reservation 416 ff.
— — — verfassungsändernde — 389, 424 f.
— — der kanadischen Provinzen 425 f.
— — — Colonial Laws Validity Act, Anwendung auf die — 426
— — des Vereinigten Königreichs s. a. Admiralty Courts, Handelsschiffahrtsgesetze
— — — Begriff der Kolonie in der — 389, 427 f.
— — — Erstreckung auf die Dominien 387 ff., 412, 422, 438
— Handelsschiffahrtsgesetze 389, 393 f., 399 ff., 412 f., 428 ff., 439 f.
— — Entwurf eines Abkommens in bezug auf die — im Britischen Reich 399 ff.
— — Indien, Sonderstellung in bezug auf die — 413, 440
— High Commissioners, Stellung 398 f.
— Indian Round Table Conference s. Britisches Reich (Indische Verfassungskonferenz)
— Indien, Admiralty Courts, Sonderstellung hinsichtlich der — 440
— — Handelsschiffahrtsgesetze, Sonderstellung hinsichtlich der — 413, 440
— — Staaten s. Britisches Reich (Indien [Verfassung])
— — Verfassung, Reform der —, Anleihen 457, 498
— — — Auswärtige Angelegenheiten 448, 455, 498
— — — Britisch-Indische Gesamtangelegenheiten, Aufsichtsgewalt der Bundesexekutive über — 465

**(Britisches Reich)**
— — — — Stellung der Vertreter der Indischen Staaten im Bundesparlament in bezug auf — 453, 463 f.
— — — — Zuständigkeit des Bundesparlaments für — 449, 453, 463
— — — Bundesangelegenheiten 448 ff., 453, 464 ff., 499
— — — — Abgrenzung der Funktionen in bezug auf — 448
— — — — Aufsichtsgewalt der Bundesexekutive in — 464 f., 499
— — — Bundesexekutive, Aufsichtsgewalt in Bundes- und Britisch-Indischen Gesamtangelegenheiten 464 f., 499.
— — — — Finanzminister 457
— — — — Generalgouverneur, Gesetzgebung, Befugnisse bei der — 458
— — — — — Informationsrecht 456
— — — — — Ministerernennung 454 f.
— — — — — Sonderbefugnisse zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung und zum Schutze der Rechte der Minderheiten und der Angehörigen des Public Service 456 f., 498
— — — — — — Ausübung der — 457, 498
— — — — — — in bezug auf Finanzen, Geld- und Währungswesen 452, 457 f.
— — — — — — bei Versagen der Verfassung 458
— — — — — Vorbehaltsgebiet (Auswärtige Angelegenheiten und Landesverteidigung), Befugnisse auf dem — 456, 498
— — — — — — Berater auf dem — 455
— — — — — — Eigenverantwortlichkeit auf dem — 455
— — — — — Vorsitz im Ministerrat nach Ermessen 456
— — — — Minderheitenvertretung in der — 482
— — — — Minister, Ernennung 454 f.
— — — — — Gesamtverantwortlichkeit 455
— — — — — Rücktritt 455
— — — Bundesmitglieder 446 f., 453, 497
— — — Bundesparlament, Beziehungen zwischen Ober- und Unterhaus 448, 463
— — — — Britisch-Indien, Gesamtangelegenheiten von — im — 449, 453, 463 f.
— — — — — Vertretung im — 459 ff.
— — — — Indische Staaten, Stellung im — in bezug auf Britisch-Indische Gesamtangelegenheiten 453, 463 f.
— — — — — Vertretung im — 448, 459 ff.
— — — — Krone, Vertretung im — 448, 462
— — — — Minderheiten, Vertretung im — 462, 481 f.

**(Britisches Reich)**
— — — — Mißtrauensvotum 463
— — — — Mitgliederzahl 459 f.
— — — — Oberhaus 459 f.
— — — — Unterhaus 460 ff.
— — — — Verteilung der Sitze 459 ff.
— — — — Wahlverfahren 448, 459, 461 f.
— — — — Zuständigkeit 448 ff., 453, 464, 475 f.
— — — — Zweikammersystem 447 f., 453
— — — Burma, Voraussetzungen einer Trennung von Britisch-Indien 483 f.
— — — Depressed Classes, Wahlrechtliche Stellung 481 ff.
— — — — Zulassung zum und Gleichbehandlung im Public Service 495
— — — Dyarchie, Abschaffung des Systems der — in den Provinzen 476 f.
— — — Europäer, kommerzielle Gleichberechtigung 483
— — — — Sonderrechte in bezug auf Strafverfahren 483
— — — — Vertretung im Bundesparlament 462
— — — — Finanzangelegenheiten 452, 457f., 498
— — — Hindus, Vertretung im Gesetzgebenden Rat der Nordwestgrenzprovinz 485
— — — Indische Staaten, Beziehungen zur Krone außerhalb der Bundessphäre 455, 491, 498
— — — — Stellung im Bundesparlament in bezug auf Britisch-Indische Gesamtangelegenheiten 453, 463 f.
— — — — Vertretung im Bundesparlament 448, 459 ff.
— — — Konferenz über die —, s. Britisches Reich (Indische Verfassungskonferenz)
— — — Krone, Beziehungen zwischen — und Indischen Staaten außerhalb der Bundessphäre 455, 491, 498
— — — — Militärische Verpflichtungen der — aus Verträgen mit Indischen Staaten 491
— — — — Verantwortung (des Generalgouverneurs, des Reichsverteidigungsausschusses) für die Landesverteidigung 448, 455, 490, 498
— — — — Vertretung der — im Bundesparlament 448, 462
— — — Landesverteidigung, Indianisierung des Heeres (Offizierkorps) 489 ff.
— — — — Reduktion der britischen Truppen in Indien 491
— — — — Vorbehalt bezüglich der Verantwortung der Krone (des Generalgouverneurs, des Reichsverteidigungsausschusses) 448, 455, 490, 498
— — — — — bezüglich der militärischen Verpflichtungen der Krone aus Verträgen mit Indischen Staaten 491

(Britisches Reich)
— — — Minderheiten, Gleichbehandlung im Public Service 495
— — — — Grundrechte der —, Aufnahme einer Erklärung der — in die Verfassung 480 f.
— — — — Schutz 453, 480 f.
— — — — Vertretung in der Bundesexekutive 482
— — — — — im Bundesparlament 462, 481 f.
— — — — — im Gesetzgebenden Rat der Nordwestgrenzprovinz 485
— — — — — in der Provinzialexekutive 477, 482
— — — — — in den Provinzialparlamenten 478, 481 f.
— — — — — im Public Service 482, 494 f.
— — — — Wahlrechtliche Stellung 481 ff.
— — — Mohammedaner, Schutz 453
— — — — Vertretung in der Bundesexekutive 482
— — — Münz- und Währungswesen 457 f., 498
— — — Nordwestgrenzprovinz 479, 484 f.
— — — — Finanzielle Dotierung 485
— — — — Gesetzgebender Rat 485
— — — — Gouverneur, Sonderstellung 485
— — — — Minderheiten, Vertretung im Gesetzgebenden Rat 485
— — — — Provinzialangelegenheiten 484
— — — — Sonderstellung 484
— — — — Wahlrecht 485
— — — Polizeiangelegenheiten 479, 484, 495 f.
— — — Provinzen, Abschaffung des Systems der Dyarchie in den — 476 f.
— — — Provinzialangelegenheiten 471 ff., 475 f., 484, 498 f.
— — — Provinzialexekutive, Gouverneur, Gesetzgebung, Befugnisse bei der — 477 f.
— — — — — Informationsrecht 478
— — — — — Ministerentlassung 478
— — — — — Ministerernennung 477
— — — — — Parlamentsauflösung 477
— — — — — Sonderbefugnisse zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung und zum Schutze der Rechte der Minderheiten und der Angehörigen des Public Service 478, 499
— — — — — — bei Versagen der Verfassung 478
— — — — — Vorsitz im Ministerrat bei besonderen Gelegenheiten 478
— — — — Minderheitenvertretung in der — 477, 482
— — — — Minister, Gesamtverantwortlichkeit 477
— — — — — Entlassung 478
— — — — — Ernennung 477
— — — Provinzialparlament, Auflösung 477

(Britisches Reich)
— — — — Ein- oder Zweikammersystem 479
— — — — Minderheiten, Vertretung im — 478, 481 f.
— — — — Mitgliederzahl 478, 499
— — — — Official Bloc, Beseitigung 478 f.
— — — — Wahlverfahren 488, 499
— — — — Zuständigkeit 475 f.
— — — Reservebank 457 f., 498
— — — Services, Civil Service 492 f.
— — — — Disziplinarrecht 495
— — — — Forest Service 492 f.
— — — — Gleichbehandlung der Minderheiten 495
— — — — Irrigation Branch of the Indian Service of Engineers 492 f.
— — — — Kontrollinstanzen 493, 495 f.
— — — — Medical Service 493 f.
— — — — Police Service 492 f., 495 f.
— — — — Public Service Commissions 494 f.
— — — — Rekrutierung 492 ff.
— — — — Vertretung der Minderheiten in den — 482, 494 f.
— — — — Wohlerworbene Rechte 492
— — — Sikhs, Vertretung im Gesetzgebenden Rat der Nordwestgrenzprovinz 485
— — — Sind, Bildung einer besonderen Provinz — 496
— — — Strafrecht, Zuständigkeit zur Gesetzgebung über das — 475 f.
— — — Verzeichnis der Regierungsdrucksachen zur — (1927/31) 500 f.
— — — Wahlrecht, Ausdehnung 486 ff.
— — — — Bundeswahlen 448, 459, 461 f., 488
— — — — Depressed Classes 481 ff.
— — — — der Frauen 482, 487 f.
— — — — der Minderheiten 481 ff.
— — — — Provinzialwahlen 488, 499
— — — — Qualifikationen 487 f.
— — — Zivilrecht, Zuständigkeit zur Gesetzgebung über das — 475 f.
— — Verfassungskonferenz, s. Britisches Reich (Indische Verfassungskonferenz)
— Indische Verfassungskonferenz (Nov. 1930 / Jan. 1931), *Berichte der Unterausschüsse 443 ff.
— — *Beschluß der Konferenz auf der Plenarschlußsitzung vom 19. 1. 1931 497
— — *Schlußrede des englischen Premierministers 497 ff.
— Irischer Freistaat, Verfassungsänderung 425
— Kanada, Colonial Laws Validity Act, Anwendung auf die Gesetzgebung der Provinzen von — 426
— — Gebietsansprüche in der Arktis 160 ff.
— — Statute of Westminster, Voraussetzungen seiner Anwendung auf — 386 f., 389

**(Britisches Reich)**
— — Verfassungsänderung in — 389, 424 f.
— Königlicher Titel, Änderung 390, 423
— Kolonie, Begriff — in Gesetzen des Vereinigten Königreichs 389, 427 f.
— *Konferenz von 1929 über die Gesetzgebung der Dominien und die Handelsschiffahrtsgesetze, Bericht der — 386 ff., 410 ff.
— Militärdisziplinarrecht 394 f., 420
— Neuseeland, Statute of Westminster, Voraussetzungen seiner Anwendung auf — 389 f.
— — Verfassungsänderung 389, 424 f.
— Prisenrecht und -verfahren 395, 427
— Reichsausschuß für Kriegsgräber, Abänderung der Charter 409
— Reichskonferenz von 1923 398 f.
— — von 1926 384, 395, 397, 399, 410 ff., 417, 421, 423, 425, 431, 436 f., 440
— — *von 1930, Bericht der — 384 ff.
— Reichsschiedsgericht 391 ff., 440
— Reichsverteidigungsausschuß 490
— Reichswirtschaftskonferenz von 1923 433, 436
— Schiedsgerichtsbarkeit, Stellung der Reichskonferenz von 1930 zur internationalen — 406 f.
— Singapore, Flottenstützpunkt —, Empfehlungen der Reichskonferenz von 1930 über — 409
— Staatsangehörigkeitsrecht 390 f., 426 f.
— Statute of Westminster, Voraussetzungen der Anwendung des vorgeschlagenen — auf Kanada 386 f., 389
— — Neuseeland 389 f.
— Südafrikanische Union, Verfassungsänderung 425
— Thronfolge, Änderung des Rechts der — 390, 423
— Verkehr und Beratung unter den Reichsteilen in bezug auf auswärtige Angelegenheiten 396 f.
— Verkehr zwischen den Regierungen der Dominien und fremden Regierungen 397 f.
— Verteidigungsfragen 394 f., 408 f.
**Bruns,** Viktor, Arbitre allemand T. A. M. germano-polonais 15, 25, 40 f., 49
**Bulgarien,** *Grenzabkommen mit Jugoslawien 239 ff.
— — Liquidierung des Doppelbesitzes 239 ff.
— — — Arten der — 240 f.
— — — Begriff des Doppelbesitzes und des Doppelbesitzers 239 f.
— — — Dingliche Belastung, Übertragung 248
— — — Kommissionen, Bezirkskommissionen, Bildung und Zusammensetzung 241 f., 247
— — — — — Einzeltätigkeit der getrennten — jedes Staates 243 f., 248

**(Bulgarien)**
— — — — — gemeinsame Tätigkeit der gemischten — 245 f.
— — — — Protokolle 245, 247 f.
— — — — Zentralkommission, gemischte —, Bildung und Zuständigkeit 242 f., 247
— — — — — Verfahren 246 f.
— — — Steuerschulden 248
— — — Verkehr der Gemeindebehörden beider Staaten miteinander 248
— — — — der Vorsitzenden der Bezirkskommissionen beider Staaten miteinander 248
— — — — Ordnung und Sicherheit an der Grenze, Aufrechterhaltung der — 249 ff.
— — — Gemischte Kommissionen, Zusammensetzung und Aufgaben 250
— — — Grenzbehörden beider Staaten, Beziehungen untereinander 249 ff.
— Reparationen s. Reparationen (Bulgarien)
**Burma** s. Britisches Reich (Indien [Verfassung])

## C.

**Chamberlain,** Sir Austen —, Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten, s. Großbritannien (Erklärung, Notenwechsel)
**Chile,** Beziehungen zwischen — und Peru, Wiederaufnahme der diplomatischen — 252 ff.
— Militärgerichtsbarkeit 504 ff.
— Noten betr. den Tacna-Arica-Streitfall s. Tacna-Arica-Streitfall
— Tacna-Arica-Streitfall s. Tacna-Arica-Streitfall
— Vergehen gegen die Sicherheit des Staates, Bestrafung der —, *Gesetz vom 24. 1. 1931 über — 504 ff.
— — Strafmaß 504 f.
— — Verfahren 505 ff.
— — Zuständige Gerichte 505 ff.
— *Vertrag zwischen — und Peru vom 3. 6. 1929 über die Entscheidung der Frage von Tacna und Arica 258 ff.
**China,** Anerkennung der Nationalregierung durch die Vereinigten Staaten von Amerika 149
— Noten und Erklärungen betreffend die Intervention der Mächte im russisch-chinesischen Streitfall auf Grund des Kelloggpaktes s. Intervention
— *Pressegesetz (1930) 516 ff.
— — allgemeine Bestimmungen 516 f.
— — Beschlagnahme 519 f.
— — Beschränkungen der Gegenstände der Veröffentlichungen 519
— — Bücher und andere Publikationen 518 f.
— — Strafbestimmungen 520 f.
— — Verwaltungsbehörden, Rechte der — 519 f.

(China)
— — Zeitungen und Zeitschriften 517 f.
— russisch-chinesischer Streitfall in der Mandschurei, s. a. Intervention — 272
— Staatsangehörigkeit, Erwerb 507 ff., 511 f.
— — *Gesetz über die — (1929) 507 ff.
— — originäre 507
— — Verlust 509 ff.
— — Wiedererlangung 510 ff.
— *Wahlgesetz (1931) 513 ff.
**Clemenceau** s. Oberster Rat
**Commission Interalliée de Bulgarie** s. Reparationen (Bulgarien)
**Conférence des Ambassadeurs** s. Botschafterkonferenz
**Contiguity** als Erwerbstitel für Gebietshoheit 161

D.

**Dänemark,** s. a. Grönland
— Gebietsansprüche in der Arktis 160, 162
**Danzig,** Anwendung der völkerrechtlichen Grundsätze von der Staatensukzession auf — 71, 73 f.
— Gemeindeangelegenheiten der Stadt —, Beschlußfassung über — 522, 525 f.
— Pensionsabkommen zwischen Preußen und — 71, 74 f.
— Senat, Abhängigkeit vom Vertrauen des Volkstages 522, 525
— — Mitglieder s. Danzig (Senatoren)
— — Präsident 522, 524 f., s. a. Danzig (Senatoren)
— — Rücktritt 525, 527
— — stellvertretender Präsident 522, 524f. s. a. Danzig (Senatoren)
— — Zusammensetzung 522, 524
— Senatoren, Abhängigkeit vom Vertrauen des Volkstages 522, 525
— — Beendigung des Amtsverhältnisses 526
— — Beginn des Amtsverhältnisses 526
— — besoldete — 522, 524 ff.
— — — Amtsbezüge 527 f., 530 f.
— — — Dienstwohnung 528
— — — Hinterbliebenenbezüge 529 ff.
— — — Reisekostenentschädigung 528
— — — Ruhegehalt 523, 529 ff.
— — — Tagegelder 528
— — — Übergangsgeld 523, 528 ff.
— — — Umzugskostenentschädigung 528
— — — Wohnungsgeldzuschuß 528
— — Dienststrafverfahren, Ausschluß 527
— — Einführung in das Amt 525
— — Gemeindebeamte, Bezüge 532 f.
— — — Übernahme einer Dienststelle des unmittelbaren Staatsdienstes nach Ausscheiden aus der Stellung als besoldete Senatoren 532
— — — Übertritt in den Ruhestand bei Wahl zu besoldeten Senatoren 532
— — *Rechtsverhältnisse der —, Gesetz vom 9. 1. 1931 über die — 523, 526 ff.

(Danzig)
— — Rücktritt 525, 527
— — Staatsangehörigkeit 526, 530 f.
— — unbesoldete —, Aufwandsentschädigung 525, 531
— — — Entschädigung bei Gesundheitsschädigung im Zusammenhang mit der Amtsführung 531
— — unmittelbare Staatsbeamte, Bezüge 531 ff.
— — — Übertritt in den Ruhestand bei Wahl zu besoldeten Senatoren 531
— — — Wiedereintritt in die zuletzt versehene Dienststelle oder Übernahme einer anderen entsprechenden Dienststelle im unmittelbaren Staats- oder öffentlichen Schuldienst nach Ausscheiden aus der Stellung als besoldete Senatoren 523, 531 f.
— — Unvereinbarkeitsbestimmungen 525 f.
— — Verantwortlichkeit für schuldhafte Verletzung der Verfassung oder eines Gesetzes 527
— — Vernehmung als Zeugen oder Sachverständige 527
— — Verschwiegenheitspflicht 527
— — Wahl 522, 524
— — Zahl 522, 524
— *Senatorengesetz vom 9. 1. 1931 523, 526 ff.
— Staatsangehörigkeit der Senatoren 526, 530 f.
— Stadtbürgerschaft 522, 526
— Übergang von Pensionslasten auf — 71 ff.
— Verfassungsänderung, Befragung des Völkerbundes bei — 521 f.
— — von 1930 521 ff.
— Völkerrechtliche Stellung 71, 73
— Volkstag, Auflösung 521 ff.
— — Neuwahl 524
— — Vertrauensentziehung, Verfahren bei der — 525
— — Wahlperiode 521, 524
— — Zahl der Abgeordneten 521, 523
— — Zusammentritt 524
**Dawesplan,** Liquidation deutscher Patente auf Grund der englischen Verordnung vom 19. 7. 1920 im Widerspruch zum — 76 f., 79 f.
**Demby,** Marinesekretär, s. Vereinigte Staaten von Amerika (Erklärung)
**Dereliktion** bei nicht effektiver Okkupation des Gebiets innerhalb einer angemessenen Frist seit der Entdeckung 166
**Deutsches Reich,** Amtsbezeichnungen s. Deutsches Reich (Titel)
— Armenrecht, Zulassung Staatenloser zum — 579
— Aufbringungsgesetz, Doppelbesteuerungsverträge, Geltung für das — 92
— — Leistungen nach dem —, Ausländer, Heranziehung zu den — 88, 90 ff.
— — — keine Kriegsleistungen 88, 91

(Deutsches Reich)
— — — keine Zwangsanleihen oder Kontributionen 88, 90
— — — Staatsangehörigkeit, Unerheblichkeit der — für die Heranziehung zu den — 88 f.
— — Verbindlichkeit bei Annahme eines Widerspruchs mit allgemein anerkannten völkerrechtlichen Grundsätzen 88, 90 f.
— — Vereinbarkeit mit allgemein anerkannten völkerrechtlichen Grundsätzen 88, 91
— — — mit dem deutsch-italienischen Doppelbesteuerungsvertrag vom 31. 10. 1925 88, 92 f.
— — — mit dem deutsch-italienischen Handelsvertrag vom 31. 10. 1925 88, 90 f.
— Ausländer s. Aufbringungsgesetz, Industriebelastungsgesetz
— Auslieferung, s. a. Deutsches Reich (Durchlieferung, Rechtshilfe in Strafsachen)
— — Absehen von der Erhebung der öffentlichen Klage bei — 546
— — — von der Vollstreckung der Freiheitsstrafe bei — 546
— — Auslieferungshaft und vorläufige Auslieferungshaft, Anordnung 537, 539
— — — Entscheidung über Anordnung, Aufrechterhaltung, Vollstreckung oder Aufhebung der — 537 ff.
— — — Vernehmung 537 f.
— — — Voraussetzungen 536 f.
— — Durchführung der — 536, 541
— — Entscheidung über die Zulässigkeit der — 87, 536, 540 f.
— — Festnahme bei Vorliegen der Voraussetzungen der vorläufigen Auslieferungshaft oder der Auslieferungshaft 539
— — Haftbefehl zur Anordnung der Auslieferungshaft und der vorläufigen Auslieferungshaft 537 f.
— — — zur Durchführung der Auslieferung 541
— — örtliche Zuständigkeit im Verfahren über die — 536
— — Rechtsbeistand 541 f.
— — Steckbrief nach Anordnung der vorläufigen Auslieferungshaft oder der Auslieferungshaft 539
— — — zwecks Durchführung der — 541
— — Vernehmung des Verfolgten nach Eingang des Ersuchens um — 539 f.
— — Zulässigkeit der — 535 f.
— — Zustimmung zur Strafverfolgung, Strafvollstreckung oder Weiterlieferung wegen einer andern Tat nach Durchführung der —, Entscheidung 541
— — — Verfahren 541
— — — Voraussetzungen 541
— *Auslieferungsgesetz vom 23. 12. 1929 535 ff.

(Deutsches Reich)
— Beamte, Meinungsäußerungsfreiheit, beamtenrechtliche Bindungen bezüglich der — 580
— — Möglichkeit besonderer Vereinbarungen zwischen Staat und Beamten im Rahmen des öffentlich-rechtlichen, durch einseitigen Staatsakt begründeten Beamtenverhältnisses 598
— — politische Betätigung, beamtenrechtliche Bindungen in bezug auf — 575, 580
— — politische Gesinnungsfreiheit, Gewährleistung auch in bezug auf die Teilnahme an Volksbegehren und Volksentscheid 575 f.
— — stillschweigende Zusage von im Entlassungsgesuch ausbedungenen Rechten durch Erteilung der Entlassung 577 f.
— Berufsbezeichnungen s. Deutsches Reich (Titel)
— Bremen s. Bremen
— Durchlieferung, s. a. Deutsches Reich (Auslieferung, Rechtshilfe in Strafsachen)
— — örtliche Zuständigkeit 542
— — Verfahren 542
— — Zulässigkeit der — 542
— Ehrentitel s. Deutsches Reich (Titel)
— Einzelpersonen, kein Klagerecht im Verfahren vor dem Staatsgerichtshof 575
— Enteignung, Belastung eines Grundstücks mit der Dienstbarkeit der Unbebaubarkeit als Teilenteignung 578
— — Entschädigung, deren Zahlungszeit vom freien Ermessen des Enteignenden abhängt, keine angemessene Entschädigung für — 579
— — durch Gesetz, Vorliegen einer — 578
— Entschädigung für Enteignung s. Deutsches Reich (Enteignung)
— Erklärung des Außenministers Stresemann betreffend die von der deutschen Regierung unternommenen Schritte wegen Freigabe beschlagnahmten Eigentums vom 14. 5. 1927 81
— gesetzlicher Richter s. Deutsches Reich (Reichsverfassung, Art. 105 Satz 2)
— Gleichheit vor dem Gesetz. Bedeutung des Grundsatzes der — 578
— Grenzzwischenfall an der deutsch-polnischen Grenze in Neuhöfen s. Neuhöfen
— Hamburg s. Hamburg
— Industriebelastungsgesetz, Ausländer, Zulässigkeit der Heranziehung der — zu den Lasten gemäß dem — 92
— — Doppelbesteuerungsverträge, Geltung für das — 92
— Landesregierungen, Entscheidung über die Ersuchen der ausländischen Regierungen um Rechtshilfe in Strafsachen, Übertragung der — 545

(Deutsches Reich)
— — Mitglieder der — s. Deutsches Reich (Republikschutzgesetz)
— Landtagsfraktionen, Klagerecht im Verfahren vor dem Staatsgerichtshof, Beschränkung auf Geltendmachung der Rechte des Landtags und der Landtagsminderheiten 575
— — kein Recht einzelner — zur Beaufsichtigung des Staatsministeriums an Stelle des Landtages 575
— Liquidationsschädengesetz, Beurteilung des auf Grund der Verordnung vom 19. 7. 1920 erfolgten Vorgehens der englischen Regierung gegen bestehende deutsche Patente nach dem — 75 ff.
— Meinungsäußerungsfreiheit, beamtenrechtliche Bindungen bezüglich der — 580
— Note an Botschafter Cambon vom 6. 5. 1919 nebst Aufzeichnung über das Ergebnis der Prüfung der Vollmachten der Vertreter der alliierten und assoziierten Mächte 29
— — an die Vereinigten Staaten von Amerika betreffend die Intervention der Vereinigten Staaten im russisch-chinesischen Streitfall auf Grund des Kelloggpaktes 273
— — verbale Jugoslawiens vom 10. 10. 1927 31
— Oldenburg s. Oldenburg
— Politische Parteien, Klagerecht im Verfahren vor dem Staatsgerichtshof bei Verfassungsstreitigkeiten über Wahlen und Volksabstimmungen 575
— Polizeikostenzuschüsse, Rechtsstreit über die Sperrung der den Ländern vom Reich bezahlten — gegenüber dem Lande Thüringen 577
— Preußen s. Preußen
— Rechtshilfe in Strafsachen, s. a. Deutsches Reich (Auslieferung, Durchlieferung)
— — behördliche Auskunft, Zulässigkeit 544
— — Entscheidung über die Ersuchen der ausländischen Regierungen um — 545
— — — über die Zulässigkeit der — 544
— — Gebühren für Beistandsleistung 546f.
— — — für die Tätigkeit der Gerichtsbehörden 547
— — Herausgabe von Gegenständen, Entscheidung über die Zulässigkeit der — 543 f.
— — — örtliche Zuständigkeit im Verfahren über die — 543
— — — Sicherstellung und Beschlagnahme zwecks — 543
— — — Zulässigkeit der — 542 ff.
— — Kosten 545
— — Ladung von Zeugen oder Sachverständigen zum Erscheinen vor ausländischen Behörden, Zulässigkeit der — 544 f.
— — Vereinbarungen mit ausländischen Regierungen über die — 545
— — Voraussetzungen der Zulässigkeit der — 544, 547
— — Zuführung einer verhafteten Person zur Vernehmung als Zeuge oder zur Gegenüberstellung, Zulässigkeit der — 544 f.
— — Zustellung der ein Strafverfahren betreffenden Schriftstücke, Zulässigkeit der — 544
— Rechtsweg, Unzulässigkeit für Erstattungsansprüche gegen das Reich wegen Einbehaltung von Lizenzbeträgen durch die englische Regierung 75ff.
— Reichskanzler, s. a. Deutsches Reich (Reichsminister)
— — Festsetzung einzelner Änderungen im Geschäftsbereich der einzelnen Reichsminister auf Beschluß der Reichsregierung 553
— — Gegenzeichnung der Entlassungsurkunde für den — durch den Amtsnachfolger 552
— — — der Entlassungsurkunde für Reichsminister 552
— — — der Ernennungsurkunde für Reichsminister und — 552
— — Stellvertretung 553
— Reichsminister, s. a. Deutsches Reich (Republikschutzgesetz)
— — Amtsbezüge 554 f.
— — Amtseid 552 f.
— — Amtsverhältnis, Beendigung 554
— — — Beginn 552
— — Amtsverschwiegenheit, Pflicht zur — 553 f.
— — Amtswohnung 555
— — Bestellung zum Stellvertreter des Reichskanzlers 553
— — Dienststrafverfahren, Ausschluß 554
— — Entlassung 554
— — Entlassungsurkunde 554
— — Ernennungsurkunde 552
— — Fortführung der Geschäfte, Betrauung mit der — beim Rücktritt 554
— — Geschäftsbereich 553
— — Hinterbliebenenbezüge 558 f.
— — Landes- und Gemeindebeamte, Ruhegehalt bei Ernennung zum — 556 f.
— — — Übertritt in den Ruhestand bei Ernennung zum — 556
— — Landesminister, Ruhegehaltsanspruch bei Ernennung zum Reichsminister 556
— — *Rechtsverhältnisse des Reichskanzlers und der —, Gesetz vom 27. 3. 1930 über die — 552 ff.
— — Reichsbeamte, Ruhegehalt bei Ernennung zum — 555 ff.
— — — Übertritt in den Ruhestand bei Ernennung zum — 555

(Deutsches Reich)
— — Reisekostenentschädigung 555
— — Rücktritt 554
— — Ruherente 557
— — Soldaten der Wehrmacht, Übertritt in den Ruhestand mit Ruhegehalt bei Ernennung zum Reichsminister 555, 557
— — Tagegelder 555
— — Übergangsgeld 556 f.
— — Umzugskostenentschädigung 555
— — Unvereinbarkeitsbestimmungen 553
— — Verantwortlichkeit 554
— — Vernehmung als Zeugen oder Sachverständige 554
— *Reichsministergesetz 552 ff.
— Reichspräsident s. a. Deutsches Reich (Republikschutzgesetz)
— — Bestellung eines Stellvertreters des Reichskanzlers 553
— — Entlassung des Reichskanzlers und der Reichsminister 554
— — Ernennung des Reichskanzlers und der Reichsminister 552
— — Verordnung über den Geschäftsbereich der einzelnen Reichsminister 553
— Reichsregierung s. a. Deutsches Reich (Republikschutzgesetz)
— — Beschluß über einzelne Änderungen im Geschäftsbereich der Reichsminister 553
— — Rücktritt der — 554
— — Zuständigkeit zur Entscheidung über die Ersuchen der ausländischen Regierungen um Rechtshilfe in Strafsachen 545
— Reichstag, Außerkraftsetzung des einen volksbegehrten Gesetzentwurf ablehnenden Reichstagsbeschlusses durch Volksentscheid nur bei Beteiligung der Mehrheit der Stimmberechtigten an der Abstimmung 579
— Reichsverfassung, Art. 4, Vorrang eines später ergangenen und eine Sonderregelung enthaltenden Gesetzes vor entgegenstehenden allgemeinen völkerrechtlichen Grundsätzen 88, 91 f.
— — Art. 19, Begriff der Verfassungsstreitigkeit im Sinne des — 574 f.
— — Art. 75, »Beschluß des Reichstages« im Sinne des — 579
— — Art. 105 Satz 2, Anordnung der prozeßrechtlichen Maßnahme einer Aussetzung für gewisse anhängige oder demnächst anhängige Rechtsstreitigkeiten auf bestimmte kurze Zeit, Vereinbarkeit mit — bei generellem Inhalt der Anordnung 578
— — Art. 109 Abs. 1, Bedeutung des Grundsatzes des — 578
— — Art. 109 Abs. 4, Amts- und Berufsbezeichnungen im Sinne des — 574
— — — Unvereinbarkeit der Verleihung von Ehrentiteln mit — auch bei Hinweis der Titel auf ein Amt oder einen Beruf 574
— — Art. 109 Abs. 6, Amtsbezeichnungen als Titel im Sinne des — 580
— — — Geltung des Verbotes des — auch gegenüber den zugleich eine fremde Staatsangehörigkeit besitzenden deutschen Staatsangehörigen 580
— — Art. 142, »Lehre der Wissenschaft« im Sinne des — 580
— — Art. 148, Gebot der Rücksichtnahme auf Empfindungen Andersdenkender beim Unterricht, keine Beschränkung auf bestimmte Gebiete 576
— — — — gerichtet an Lehrer und staatliche Schulaufsichtsorgane 576
— — — — Rechtspflicht, nicht bloß unverbindliche Mahnung 576
— — — — Verwendung des christlichen Gebetes zur Brandmarkung bestimmter politischer Anschauungen und Volksgruppen als Verstoß gegen das — 577
— — Universitäten als öffentliche — Schulen im Sinne des — 580
— — Art. 153, Entschädigung, deren Zahlungszeit vom freien Ermessen des Enteignenden abhängt, keine angemessene Entschädigung im Sinne des — 579
— — — unmittelanwendbares Recht auch gegenüber älteren Landesgesetzen 578 f.
— *Republikschutzgesetz vom 25. 3. 1930 547 ff.
— — Anzeige, Pflicht zur — vom Bestehen einer Verbindung oder Verabredung zu Verbrechen wider das Leben 548
— — Aufforderung zu Gewalttätigkeiten gegen andere wegen ihrer politischen Betätigung oder gegen den Reichspräsidenten oder ein Mitglied der Reichsregierung (einer Landesregierung) oder zum Hochverrat gegen die republikanische Staatsform 549
— — Beschimpfung der republikanischen Staatsform, des (verstorbenen) Reichspräsidenten oder eines verstorbenen Mitgliedes der Reichsregierung (einer Landesregierung), der Reichs- oder Landesfarben bzw. -flaggen 549
— — Druckschriften, Verbot und Beschlagnahme von — 551
— — geheime oder staatsfeindliche Verbindungen mit unbefugtem Waffenbesitz (der Mitglieder), Anschluß an — 549
— — — zur Untergrabung der republikanischen Staatsform, Teilnahme oder Unterstützung 548 f.
— — Geltungsdauer 551 f.
— — — — Gewalttätigkeiten gegen andere wegen ihrer politischen Betätigung, Aufforderung zu oder Verherrlichung oder Billigung von — 549

(Deutsches Reich)
— — — gegen den Reichspräsidenten oder ein Mitglied der Reichsregierung (einer Landesregierung), Aufforderung zu oder Verherrlichung oder Billigung von — 549
— — — — Begehung, Verabredung, Belohnung von — 548
— — Herabsetzung der Reichs- oder Landesfarben bzw. -flaggen 549
— — Verächtlichmachung der republikanischen Staatsform 549
— — Verbindung oder Verabredung zu Verbrechen wider das Leben, Teilnahme an einer oder Unterstützung einer — 548
— — Vereine, Auflösung 550
— — — Beschlagnahme und Einziehung des Vermögens 550 f.
— — Verherrlichung (Billigung) von Gewalttätigkeiten gegen andere wegen ihrer politischen Betätigung oder gegen den Reichspräsidenten oder ein Mitglied der Reichsregierung (einer Landesregierung) oder eines Hochverrats gegen die republikanische Staatsform 549
— — Verleumdung des (verstorbenen) Reichspräsidenten oder eines (verstorbenen) Mitgliedes der Reichsregierung (einer Landesregierung) 549
— — Versammlungen, Auflösung 550
— Spionagegesetz, Strafbarkeit der Bekanntgabe einer Verletzung des Versailler Vertrages 87
— Staatenlose, Zulassung zum Armenrecht 579
— Staatsgerichtshof, Einstweilige Verfügungen, grundsätzliche Zulässigkeit 573, 577
— — — Unzulässigkeit bei Vorausnahme der endgültigen Entscheidung 573 f., 577
— — — zur vorläufigen Regelung der Parteibeziehungen im Interesse beider Parteien 577
— — Parteifähigkeit im Verfahren vor dem — 575
— Thüringen, Rechtsstreit über die Sperrung der den Ländern vom Reich gezahlten Polizeikostenzuschüsse gegenüber dem Lande — 577
— Titel, Führung ausländischer — (Amtsbezeichnungen), Geltung des Verbotes auch gegenüber den zugleich eine fremde Staatsangehörigkeit besitzenden deutschen Staatsangehörigen 580
— — Verleihung zur Auszeichnung, Verbot auch bei Hinweis der — auf ein Amt oder einen Beruf 574
— Unterricht, Rücksichtnahme auf Empfindungen Andersdenkender beim — s. Deutsches Reich (Reichsverfassung, Art. 148)
— Verhältnis zum Saargebiet 94
— Volksbegehren, Gewährleistung von

(Deutsches Reich)
Wahlfreiheit und Wahlgeheimnis auch in bezug auf das — 576
— — Teilnahme am —, keine beamtenrechtlichen Bindungen bezüglich der — 575 f.
— Volksentscheid, Außerkraftsetzung des einen volksbegehrten Gesetzentwurf ablehnenden Reichstagsbeschlusses durch — nur bei Beteiligung der Mehrheit der Stimmberechtigten an der Abstimmung 579
— — Gewährleistung von Wahlfreiheit und Wahlgeheimnis auch in bezug auf den — 576
— — Teilnahme am —, keine beamtenrechtlichen Bindungen bezüglich der — 575
— Volksgesetzgebung s. Deutsches Reich (Volksbegehren, Volksentscheid)
— Wahlen zum Reichstag, keine beamtenrechtlichen Bindungen bezüglich der Stimmabgabe bei — 575
— Wahlfreiheit, Gewährleistung auch in bezug auf Volksbegehren und Volksentscheid 576
— Wahlgeheimnis, Gewährleistung auch in bezug auf Volksbegehren und Volksentscheid 576
— Wissenschaft, Freiheit der — und ihrer Lehre, Begriff der »wissenschaftlichen Lehre« 580
**Dispute,** Bedeutung in der englischen Rechtssprache 46, 51
**Disziplinarrecht** s. Danzig (Senatoren), Deutsches Reich (Reichsminister), Italien (Gemeindesekretäre), Portugal
**Djewdjelie,** Eisenbahnlinie Saloniki-Djewdjelie 169 f., 173, 229 f.
**Doppelbesteuerungsvertrag** zwischen dem Deutschen Reich und Italien vom 31. 10. 1925, Aufbringungsleistungen im Sinne des deutschen Aufbringungsgesetzes, Heranziehung italienischer Staatsangehöriger zu den — vereinbar mit dem — 88, 92 f.
— — Schlußprotokoll, Ziff. 13, Auslegung 93
**Dovgalevski,** Botschafter s. Großbritannien (Beziehungen zwischen — und der Sowjet-Union)
**Droits acquis** s. Wohlerworbene Rechte
**Durchlieferung** s. Deutsches Reich (Durchlieferung)
**Dyarchie** s. Britisches Reich (Indien [Verfassung])

## E.

**Einflußzonentheorie,** Erwerb der Gebietshoheit nach der — 161 ff.
**Einreiseverweigerung** s. Portugal (Kolonien)
**Einstweilige Verfügungen** s. Deutsches Reich (Staatsgerichtshof)
**Enderby Land** 408

**Entdeckung** als Erwerbstitel für Gebietshoheit 164 ff.
**Enteignung** s. a. Deutsches Reich, Polen (Gdingen), Preußen (Hafengemeinschaft zwischen Hamburg und —), Rumänien
— Entschädigung, deren Zahlungszeit vom freien Ermessen des Enteignenden abhängt, keine angemessene Entschädigung für — 579
**Entente** s. Saloniki (Besetzung durch die Entente)
**Entschädigung** s. Enteignung
**Entsendestaat** s. Immunität
**Erklärungen** von Regierungen s. Ländernamen
**Erwerbstitel für Gebietshoheit** s. Gebietshoheit
**Europäische Bundesordnung,** Plan einer — 327 ff.
— *Antwort des Deutschen Reiches vom 11. 7. 1930 338 ff.
— *Französisches Memorandum 327 ff.
**Exterritorialität,** Gesandtschaftsgebäude, Begründung der — nicht ohne weiteres durch Erwerb, sondern durch tatsächliche Benutzung des Gebäudes für den Gesandtschaftsdienst 126 f.
— Konsuln, keine — nach dem deutsch-spanischen Konsularvertrag vom 12. 1. 1872 95

F.

**Falkland Islands Dependencies,** Abgrenzung der — 161, 166
**Fauquel,** L., Arbitre belge T. A. M. germano-belge 51, 55, 57
**Finanzausgleich** s. Österreich (Finanzausgleich)
**Finnland,** *Antikommunistengesetze 581 ff.
— Druckschriften, Beschlagnahme und Einziehung von — 582, 584 f.
— Hochverrat 586 f.
— Kandidatenlisten der Wählervereinigungen 583, 588 f., 591 f.
— Lappo-Bewegung 581
— Notverordnungsrecht des Präsidenten der Republik 583
— Präsident, Notverordnungsrecht 583
— *Pressegesetz, Änderung 581 f., 584 f.
— *Reichstagsordnung, Änderung der — 581, 587 f.
— *Republikschutzgesetz 581, 583
— Wählbarkeit zum Bevollmächtigten und zu den übrigen kommunalen Vertrauensämtern 582 f., 589 ff.
— — zum Reichstagsabgeordneten 582 f., 587 f.
— *Wahlgesetze, Änderungen der — 581 f., 587 ff.
**Fortin,** Arbitre français T. A. M. franco-allemand 60 f.
**Frankreich,** actes de gouvernement, Lehre von den — 117 ff.
— Auslegung der Staatsverträge, *Circulaire du 22 juillet 1929 adressée par le garde des sceaux, ministre de la justice, à MM. les premiers présidents et procureurs généraux au sujet de l'interprétation des conventions diplomatiques, en matière de législation sur les loyers 121 f.
— — — Anl.: Lettre du ministre des affaires étrangères 122 ff.
— — durch den Außenminister 112 f., 117 ff., 122 f.
— — durch die Gerichte 112 f., 117 ff., 123
— — durch ministerielles Zirkular 118 f.
— Außenminister, Befugnis zur bindenden Auslegung der Staatsverträge 112 f., 117 ff., 122 f.
— — Schreiben an den Justizminister vom 22. 7. 1929 betreffend die Anwendung und Auslegung der Staatsverträge in bezug auf die Mietgesetzgebung 122 ff.
— Code civil, Art. 11, Ausschluß der Anwendung des — durch Staatsverträge 112 f., 116 f., 119 f., 124
— — — Droits civils im Sinne des — 112 f., 115
— — — Gegenseitigkeit im Sinne des — 112 ff.
— Gebietsansprüche in der Antarktis 162
— Gerichte, Auslegungsbefugnis gegenüber Staatsverträgen, Umfang der — 112 f., 117 ff., 123
— Gleichstellung von Ausländern mit Inländern hinsichtlich der droits civils ohne Rücksicht auf die Voraussetzungen des Art. 11 des code civil kraft bindender Auslegung eines Staatsvertrages über die — durch den Außenminister 112 f., 116 f., 119 ff., 124
— — — unter den Voraussetzungen des Art. 11 des code civil 112 ff., 119 ff.
— — hinsichtlich der droits naturels 115
— — hinsichtlich der Vergünstigungen der Mietgesetzgebung 112 ff., 119 ff., 124 ff.
— — — Erklärung des Regierungskommissars im Namen des Außenministers in der Deputiertenkammer vom 28. 5. 1929 über die — 122 f.
— — Verträge zwischen — und anderen Mächten mit der Klausel der —, Aufzählung 119, 124 f.
— Mietgesetzgebung, Anwendung der Vergünstigungen der — auf Ausländer 112 ff., 119 ff., 124 ff.
— Note an China und die Sowjet-Union betreffend den chinesisch-russischen Streitfall 273
— — an Deutschland betreffend die Anwendung des Art. 297 i des Versailler Vertrages, vom 26. 7. 1922 86
— Notenwechsel zwischen Großbritannien und — vom 21./25. 5. 1929 betreffend die Auslegung des französisch-briti-

(Frankreich)
schen Abkommens vom 28. 2. 1882 119, 122
— — zwischen der Schweiz und — vom 11./26. 7. 1929 betreffend die Auslegung des französisch-schweizerischen Niederlassungsvertrages vom 23. 2. 1882 119
— — zwischen — und der Türkei vom 29. 9./5. 10. 1929 betreffend Modifikation des französisch-türkischen Modus vivendi vom 29. 8. 1929 118
— Regierung s. Frankreich (actes de gouvernement, Auslegung der Staatsverträge)
— Rheinschiffahrtsgesetz vom 21. 4. 1832, erneute praktische Anwendung infolge Fortgeltung der Mannheimer Rheinschiffahrtsakte auf Grund des Art. 354 des Versailler Vertrages 127 ff.
— — Urteile nichtfranzösischer Rheinschiffahrtsgerichte, Umfang der Nachprüfung durch das französische Gericht bei Erteilung der Vollstreckbarkeitserklärung nach dem — 127 ff.
**Franz-Josephs-Land**, Gebietshoheit über — 161 f.
**Frauenstimmrecht** s. Britisches Reich (Indien [Verfassung — Wahlrecht])
**Freizone,** griechische — in Saloniki s. Saloniki (griechische Freizone)
— jugoslawische — in Saloniki s. Saloniki (jugoslawische Freizone)
— völkerrechtliches Institut der — 174 f.
**Fremdenrecht** s. a. Deutsches Reich (Ausländer), Frankreich (Gleichstellung von Ausländern mit Inländern), Portugal (Ausländer), Sowjetrußland (Ausländer)
— Gleichstellung der Fremden mit den Inländern 115
**Froelich,** Walther, Arbitre allemand T.A.M. gréco-allemand 62, 65

G.

**Gdingen** s. Polen (Gdingen)
**Gebiet** als Begriff des Völkerrechts 30
**Gebietshoheit** s. a. Anerkennung (eines neuen Staates), Antarktis, Arktis, Bouvet-Insel, Franz-Josephs-Land, Jan-Mayen-Insel, Polen
— Aufgabe der — s. Dereliktion
— Erwerb der — nach der doctrine of contiguity 161
— — nach der Einflußzonentheorie (Sektorprinzip) 161 ff.
— — durch Entdeckung 164 ff.
— — durch effektive Okkupation 161 f., 164 ff.
— — durch occupation d'exploitation 162, 166
— Unterscheidung von tatsächlicher und rechtlicher — 34 ff.
**Gebietswechsel** s. Staatensukzession
**Gemeindeverwaltung** s. Brasilien (Gemeinden), Danzig (Gemeindeangelegenheiten), Italien (Gemeindeverwaltung, Rom), Polen (Gdingen), Preußen Gemeinschaftsarbeit zwischen Bremen und —)
**Gemischte Schiedsgerichte** s. Tribunaux Arbitraux Mixtes
**Gerichte,** Bindung der — an die Auslegung von Staatsverträgen durch die Regierung (den Außenminister) s. Frankreich (Auslegung der Staatsverträge)
— Nachprüfung, keine — der actes de gouvernement in Frankreich 117 ff.
— — keine — der Rechtmäßigkeit der Auslieferung durch inländische — 87
— — keine — staatlicher Hoheitsakte durch die — in Ägypten 69 f.
— — keine — der Verfügungen der Bundesinterventoren und der Provisorischen Regierung in Brasilien durch die —
**Gerichtsbarkeit,** Befreiung von inländischer — s. Immunität
— Unterwerfung eines Staates unter fremde —, freiwillige —, Abschluß eines Mietvertrages allein keine — 101 ff., 108
— — — für Hoheitsakte 101, 103, 106 ff.
— — — für Inzidentfragen bei Prüfung eines Klageanspruches 96, 99
— — — für Widerklageansprüche 96 ff.
— — im Immobiliarprozeß 101 ff.
— — hinsichtlich von Rechtshandlungen in bezug auf ein Gesandschaftsgebäude vor dessen tatsächlicher Benutzung für den Gesandtschaftsdienst 127 f.
**Gesandtschaftsgebäude** s. Exterritorialität
**Gesetzgebung,** Verfahren und territoriale Geltung s. Britisches Reich
**Gleichheit vor dem Gesetz** s. Deutsches Reich
**Grenzzwischenfall** an der deutsch-polnischen Grenze in Neuhöfen s. Neuhöfen
**Griechenland,** Freizonen in Saloniki s. Saloniki (griechische Freizone, jugoslawische Freizone)
— Neutralität, Verletzung der — seitens der Entente durch Besetzung Salonikis im Herbst 1915 62, 64, 66
— Serbischer Transithandel im Hafen von Saloniki s. Saloniki (Serbischer Transithandel)
**Grönland,** Abkommen zwischen Dänemark und Norwegen über — vom 9. 7. 1924 160 f.
**Großbritannien** s. a. Britisches Reich
— Beziehungen zwischen — und der Sowjet-Union, Wiederaufnahme der —, *15. 7. 1929 Text of Communication from His Majesty's Government in the United Kingdom to the Government of the Union of Soviet Socialist Republics transmitted through the Norwegian Minister in Moscow 278 f.
— — *23. 7. 1929 Translation of Communication from the Soviet Government

**(Großbritannien)**
received through the Norwegian Minister in Moscow 279
— — *31. 7. 1929 Translation of Note handed by M. Dovgalevski to the Secretary of State for Foreign Affairs 280
— — *2. 8. 1929 Foreign Office Communiqué 280 f.
— — *4. 9. 1929 Statement made by the Secretary of State at Geneva 281
— — *6. 9. 1929 Statement made by M. Litvinov 281 f.
— — *8. 9. 1929 Text of Communication from His Majesty's Government in the United Kingdom to the Government of the Union of Soviet Socialist Republics, transmitted through the Norwegian Minister in Moscow 282
— — *12. 9. 1929 Translation of Communication from M. Litvinov received through the Norwegian Minister in Moscov 282
— — *3. 10. 1929 Protocol Relative to the Procedure for the Settlement of Questions outstanding between His Majesty's Government in the United Kingdom and the Government of the Union of Soviet Socialist Republics, such Procedure to become Operative immediately on the Resumption of full Diplomatic Relations between the two States, including the Exchange of Ambassadors 283 ff.
— — — clause 7 286 f.
— — *20. 12. 1929 M. Gregori Sokolnikov to Mr. Arthur Henderson 284 f.
— — *20. 12. 1929 Mr. Arthur Henderson to M. Gregori Sokolnikov 285, 286
— — *20. 12. 1929 Note verbale handed to Mr. Arthur Henderson by M. Gregori Sokolnikov 286
— — *21. 12. 1929 Sir Esmond Ovey to M. Maxim Litvinov 286 f.
— — *21. 12. 1929 M. Maxim Litvinov to Sir Esmond Ovey 287 f.
— Bouvet-Insel, Ansprüche auf die — 163 ff.
— Erklärung des Staatssekretärs des Auswärtigen Chamberlain im Unterhaus über den Vorbehalt der britischen Rechte auf die Bouvet-Insel vom 20. 2. 1928 164
— — des Unterstaatssekretärs Locker-Lampson im Unterhaus über die Aufgabe der britischen Ansprüche auf die Bouvet-Insel vom 19. 11. 1928 164
— — des Kolonialstaatssekretärs Amery im Unterhaus über die Aufgabe der britischen Ansprüche auf die Bouvet-Insel vom 28. 1. 1929 164
— Gebietsansprüche in der Antarktis 161 ff.
— Kriegsschäden des holländischen Fischereigewerbes, Regelung der — s. Großbritannien (Notenwechsel zwischen der britischen und der niederländischen Regierung)
— Note an die Vereinigten Staaten von Amerika betreffend die britischen Gebietsansprüche in der Antarktis vom 17. 11. 1928 161
— — der Vereinigten Staaten von Amerika an — betreffend Zurückziehung des Einspruchs gegen die britischen Gebietsansprüche in der Antarktis vom 15. 11. 1929 161
— Noten an China und die Sowjet-Union betreffend den chinesisch-russischen Streitfall 273
— — und Erklärungen über die Wiederaufnahme der Beziehungen zwischen Großbritannien und der Sowjet-Union s. Großbritannien (Beziehungen zwischen — und der Sowjet-Union)
— Notenwechsel zwischen — und Frankreich vom 21. 25. 5. 1929 betreffend die Auslegung des britisch-französischen Abkommens vom 28. 2. 1882 119, 122
— — zwischen der britischen und der niederländischen Regierung über die Regelung der Kriegsschäden des holländischen Fischereigewerbes 276 ff.
— — — *22. 3. 1929 Sir Austen Chamberlain to M. van Swinderen 276 f.
— — — *22. 3. 1929 M. van Swinderen to Sir Austen Chamberlain 277 f.

**Grundrechte** s. Brasilien, Britisches Reich (Indien [ Verfassung — Minderheiten]), Deutsches Reich, Österreich, Portugal (Kolonien)

**Guerrero,** J. G., Arbitre 3 f., 13 f.

**Guex,** R., Président du T. A. M. germano-belge 51, 55, 57

**H.**

**Haager Landkriegsordnung vom 18. 10. 1907,** Art. 26, Anwendung auf Bombardements zwecks Einnahme einer belagerten Ortschaft, nicht auf Bombardements zwecks Zerstörung von Kriegsmitteln des Feindes 67 f.
— — — auf Luftbombardements, (keine —) 62, 65, 67 f.
— Geltung ihrer Grundsätze als Kriegsgebrauch unter den beteiligten Staaten während des Weltkrieges 59

**Hamburg,** Hafengemeinschaft zwischen — und Preußen s. Preußen (Hafengemeinschaft)

**Handelsvertrag** zwischen dem Deutschen Reich und Italien vom 31. 10. 1925, Art. 5, Zwangsanleihen und Kontributionen im Sinne des — 90 f.
— — Art. 8, Abs. 4, Zwangsleistungen im Sinne des — 90 f.
— — Aufbringungsleistungen im Sinne des deutschen Aufbringungsgesetzes, Heranziehung italienischer Staatsange-

(Handelsvertrag)
höriger zu den — vereinbar mit dem — 88, 90 f.
— — Staatsangehörigkeit von juristischen Personen nach dem — 88 ff.
— — Steuerähnliche Lasten, Zulässigkeit der Heranziehung der Angehörigen des anderen Vertragsstaates 90
— — Zwangsanleihen und Kontributionen, Begriff der — 90 f.
— — Zwangsleistungen, Begriff der — 90 f.
— zwischen Frankreich und Deutschland vom 5. 8. 1926 und 17. 8. 1927, Steuerrechtliche Behandlung der französischen Staatsangehörigen nach dem — 95
**Henderson,** Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten s. Großbritannien (Beziehungen zwischen — und der Sowjet-Union)
**Hoene,** R. Arbitre allemand T. A. M. franco-allemand 60 f.
— R., Arbitre allemand T. A. M. germano-belge 51, 55, 57
**Hoheitsakte,** Nachprüfung s. Gerichte
**Hoheitsrechte,** Aufhebung oder Beschränkung deutscher — s. Rheinlandbesetzung
**Holland** s. Niederlande
**Huber,** Max, Arbitrator (Palmas-Fall) 33, 38, 161, 165

I.

**Identität** der Bouvet-Insel mit Liverpool Island, Frage der — 163
**Immunität** s. a. Gerichtsbarkeit
— Geltendmachung der —, keine Befugnis eines Konsuls gegenüber einer gegen ihn gerichteten Klage zur — für den Entsendestaat lediglich auf Grund seiner allgemeinen amtlichen Stellung ohne besondere Ermächtigung durch den Entsendestaat 150 ff.
— — nachträgliche — nach Unterwerfung unter fremde Gerichtsbarkeit 96, 99 f.
— keine — einer ausländischen Handelsgesellschaft, an der eine fremde Regierung beteiligt ist, oder der Beamten und Angestellten der Gesellschaft 142 ff.
— der Konsuln bezüglich der Amtshandlungen 106 f., 150 f.
— — persönliche — nach dem deutsch-spanischen Konsularvertrag vom 12. 1. 1872 95
— fremder Staaten 96 ff., 101 ff., 106 ff., 144 f., 149 ff.
— — bezüglich eines Hoheitsaktes 101, 103, 106 ff., 149 ff.
— Verzicht auf die —, Abschluß eines Mietvertrages allein kein — 101 ff., 108
— — bezüglich der Amtshandlungen von Konsuln durch den Entsendestaat 107 f.
**Indien** s. Britisches Reich
**Inkompatibilitätsbestimmungen** s. Unvereinbarkeitsbestimmungen
**Innerstaatliches Recht** s. Landesrecht
**Institut de Droit International,** Règlement sur les immunités consulaires, Art. 5. 107
**Internationale Gerichte,** Prüfung der Voraussetzungen für ihre Zuständigkeit ex officio 14, 17, 25
**Internationale Verträge** s. Staatsverträge
**Intervention** im russisch-chinesischen Streitfall auf Grund des Kelloggpaktes, *Erklärung des Staatssekretärs Stimson vom 2. 12. 1929 272 ff.
— — — *der Sowjetregierung vom 3. 12. 1929 274 f.
— — — *des Staatssekretärs Stimson vom 4. 12. 1929 275 ff.
— — — der Türkei 273
— — Note des Deutschen Reiches an die Vereinigten Staaten von Amerika 273
— — — Frankreichs an China und die Sowjet-Union 273
— — — Großbritanniens an China und die Sowjet-Union 273
— — — Japans an die Vereinigten Staaten von Amerika 273
— — — Österreichs an die Vereinigten Staaten von Amerika 273
— — — *der Vereinigten Staaten von Amerika an China und die Sowjet-Union 273 f.
**Irischer Freistaat** s. Britisches Reich
**Italien,** Amtsbürgermeister s. Italien (Podestà)
— Faschistische Partei s. a. Italien (Großer Rat des Faschismus)
— — Direktorien der Föderationen 624 ff., 628
— — Direktorien der Kampfverbände 625, 628
— — Disziplinarhof beim Nationaldirektorium 625
— — Disziplinarkommissionen bei den Föderationen 625 f.
— — Disziplinarstrafen 626 f.
— — Duce 622 f.
— — *Gesetz über ihre Organisation vom 14. 12. 1929 621 f.
— — Nationaldirektorium, Amtszeit der Mitglieder 622
— — — Befugnisse 626 ff.
— — — Ernennung der Mitglieder 620 ff.
— — — Sitzungen 623
— — Nationalrat 623
— — Politisches Sekretariat 624 f.
— — Sekretär der Partei, Amtszeit 622
— — — Befugnisse 617 f., 621 ff., 626 f., 629, 634
— — — Ernennung 621, 623
— — Sekretäre der Föderationen, Abberufung 623
— — — — Amtszeit 622
— — — — Befugnisse 622, 624 ff.
— — — — Ernennung 622 f.
— — — der Kampfverbände, Befugnisse 625

(Italien)
— — — — Ernennung 625
— — *Statut 622 ff.
— — — Bestätigung 621 f.
— — — *Dekret über seine Bestätigung vom 20. 12. 1929 622
— — Verwaltungssekretär der Partei 627
— — — der Föderationen 627 f.
— — — der Kampfverbände 628
— Gemeindekonsulta, Auflösung 597
— — Befugnisse 594, 597
— — Beschlußfähigkeit 597
— — Beschlußfassung 597
— — in Rom s. Italien (Rom)
— — Suspension der Ernennungen zur — 597
— — Zusammensetzung 594, 596
— Gemeindekonsultoren, Amtseid 595
— — Amtsverlust 597
— — Benennung 594, 596 f.
— — Delegation spezieller Verwaltungsaufgaben auf einzelne — 594
— — Entschädigung 595
— — Ernennung 594, 596 ff.
— — in Rom s. Italien (Rom)
— — Unvereinbarkeitsbestimmungen 617
— Gemeindesekretäre, Amtsbezüge 601 ff.
— — Beförderung 600
— — Bestätigung bisheriger — 602 f.
— — *Dekretgesetz über die rechtliche und wirtschaftliche Stellung der — vom 17. 8. 1928 599 ff.
— — Disziplinarkommission für — 600
— — Entbindung bisheriger — vom Dienst 602
— — Ernennung 599
— — Pensionen 602 f.
— — Probejahr 600
— — Versetzung 600
— — Vertretung 601
— — Voraussetzungen der Ernennung 600
— Gemeindeverwaltung, Aufsicht über die — 595, 597 f.
— — Aufsichtsorgane 595, 597 f.
— — *Gesetz über die Schaffung des Amtes des Podestà und der Gemeindekonsulta in Gemeinden mit nicht mehr als 5000 Einwohnern vom 4. 2. 1926 593 ff.
— — — *über die Ausdehnung der amtsbürgermeisterlichen Ordnung auf alle Gemeinden des Königreichs vom 3. 9. 1926 596 ff.
— — — über die Organisation des Gouvernements Rom s. Italien (Rom)
— — in Gemeinden von nicht mehr als 5000 Einwohnern 593 ff.
— — in den übrigen Gemeinden 594, 596 ff.
— — in Neapel 598
— — Reform der — 593 ff.
— — in Rom s. Italien (Rom)
— *Gemischtes Schiedsgericht (deutsch-ital.), Dekretgesetz über die Erledigung der bisher zu seiner Zuständigkeit gehörenden Streitigkeiten vom 4. 12. 1930 642 ff.
— Generaldirektor der Korporationen 629
— Großer Rat des Faschismus, Befugnisse 618 ff., 622
— — *Gesetze über seine Organisation und seine Befugnisse vom 9. 12. 1928 und 14. 12. 1929 618 ff., 620 f.
— — Kosten 619
— — Mitglieder 618 f., 621
— — — Vorrechte 619
— — Präsident 618
— — Sekretär 618
— — Sitzungen 619
— Kollektivarbeitsverträge der syndikalen Vereinigungen als Akte öffentlicher Gewalt 645
— — Unanwendbarkeit der im Gesetz über die Privatangestellten vorgeschriebenen Kündigungsfrist auf — 657
— Liquidationsrecht s. Liquidationsrecht
— Minister des Innern 597, 599 ff., 606 f., 610 f., 613, 615 ff.
— Minister für die Korporationen 629 f., 632 ff., 638 ff.
— Nationale Konföderation der faschistischen Syndikate, Berechtigung der Übergabe des Vermögens eines aufgelösten politisch-wirtschaftlichen Vereins an die — 648, 651 ff.
— — als Staatsorgan 648, 650
— — Streitigkeiten über das Rechtsverhältnis zwischen ihr und ihren Angestellten, ausschließliche Zuständigkeit des Staatsrats für — 645 ff., 654 f.
— Nationalrat der Korporationen, Aufgaben 631 ff., 640, 642
— — Befugnisse 631 ff., 640, 642
— — *Dekret zur Ausführung des Gesetzes vom 20. 3. 1930 über den — vom 12. 5. 1930 635 ff.
— — *Dekret über die Übertragung der Aufgaben und Befugnisse der Korporationen nach Art. 3 des Gesetzes vom 3. 4. 1926 auf die Sektionen und Untersektionen des Nationalrats der Korporationen vom 27. 1. 1931 642
— — Generalsekretariat 629, 640 ff.
— — Generalversammlung 628 ff., 636 f., 640
— — Geschäftsordnung 641
— — *Gesetz über seine Reform vom 20. 3. 1930 628 ff.
— — Mitglieder, Abberufung 639
— — — Amtseid 631, 639
— — — Amtszeit 631, 639
— — — Benennung 630 f., 639
— — — Entschädigung 639
— — — Ernennung 631
— — Organe 628 f.
— — Sektionen 628 f., 634, 636 ff., 640, 642
— — Ständige Spezialkommissionen 628, 630, 636, 638, 640

(Italien)
— — Untersektionen 628 f., 634, 636 ff., 640, 642
— — Vorsitz 628 f., 635 f.
— — Zentralkorporativausschuß 628, 634, 638 ff.
— Podestà, Abberufung 594
— — Amtseid 595
— — Amtszeit 593
— — Befugnisse 594, 597
— — Bestätigung seiner Beschlüsse 595, 597 f.
— — Entschädigung 595
— — Ernennung 593
— — Unvereinbarkeitsbestimmungen 594, 617
— — Versetzung 594, 596
— — Voraussetzungen der Ernennung 594 f.
— Präfekten, Befugnisse 592 ff., 615, 617 f.
— — *Gesetz über die Erweiterung der Aufgaben der — vom 3. 4. 1926 592 f.
— Provinzialpräside, Abberufung 615
— — Amtsbezüge 615
— — Amtseid 615
— — Amtszeit 615
— — Befugnisse 616
— — Ernennung 615
— — Unvereinbarkeitsbestimmungen 615, 617
— — Vertretung 615
— Provinzialrektorat, Auflösung 616
— — Befugnisse 616
— — Beschlußfähigkeit 616
— — Beschlußfassung 616
— — Sitzungen 616
— — Zusammensetzung 615
— Provinzialrektoren, Amtseid 615
— — Amtsverlust 616
— — Amtszeit 615
— — Ernennung 615
— — Unvereinbarkeitsbestimmungen 615, 617
— Provinzialverwaltung, Aufsicht über die — 616
— — Außerordentlicher Kommissar für die — 616
— — *Gesetz über die Reform der — vom 27. 12. 1928 615 ff.
— — Rechtsschutz gegenüber Akten der — 616
— — Reform der — 615 ff.
— Provinzialverwaltungsgiunta s. a. Italien (Verwaltungsgerichte)
— — Amtsverlust der Mitglieder 617
— — Befugnisse 595, 597 f., 602, 605, 612
— — Beschlußfähigkeit 617 f.
— — *Gesetz über die Reform der — vom 27. 12. 1928 617 f.
— — Kosten 617 f.
— — Unvereinbarkeitsbestimmungen 617
— — Zusammensetzung 617 f.
— Provinzialvizepräside, Abberufung 615

(Italien)
— — Amtsbezüge 615
— — Amtseid 615
— — Amtszeit 615
— — Befugnisse 615 f.
— — Ernennung 615
— — Unvereinbarkeitsbestimmungen 615, 617
— Regierungschef, Präsidium im Großen Rat des Faschismus 618
— — — im Nationalrat der Korporationen 628 ff., 633 ff.
— Rom, Ämterorganisation 612
— — Aufsicht über die Verwaltung von — 605, 609 f.
— — Aufsichtsorgane 610
— — *Dekretgesetz über die Schaffung und Organisation des Gouvernements — vom 28. 10. 1925 603 ff.
— — Finanzwesen 610 f.
— — Generalsekretär 607 f., 612, 614
— — *Gesetz betreffend Änderungen in der Organisation des Gouvernements — vom 6. 12. 1928 613 f.
— — Gouvernement, Errichtung 603
— — — juristische Person 604
— — — Umfang 604, 612
— — — Zuständigkeiten 604
— — Gouverneur, Amtsbezüge 605
— — — Amtseid 605
— — — Befugnisse 605, 607 ff., 613 f.
— — — Beschlüsse, Anfechtung 605, 609 f., 614
— — — — Durchführung 605, 609 f.
— — — — Publikation 609
— — — Ernennung 604, 613
— — — Rang 605
— — Konsulta, Befugnisse 607 f., 614
— — — Beschlußfähigkeit 608, 614
— — — Beschlußfassung 608, 614
— — — Sitzungen 607, 614
— — — Vorsitz 607, 613 f.
— — — Zusammensetzung 607, 613
— — Konsultoren, Abberufung 613
— — — Amtseid 606
— — — Amtszeit 606, 613
— — — Benennung 606 f.
— — — Ernennung 606 f., 613
— — — Unvereinbarkeitsbestimmungen 606
— — Magistrat, Befugnisse 608
— — — Zusammensetzung 608
— — Polizeilast 611 f.
— — Rektoren, Amtsbezüge 605
— — — Amtseid 605
— — — Befugnisse 606
— — — Ernennung 605
— — Vertretung der Stadt 612
— — Vizegouverneur(e), Amtsbezüge 605
— — — Amtseid 605
— — — Befugnisse 605, 614
— — — Ernennung 604, 613
— — — Rang 605
— Staatsrat, ausschließliche Zuständigkeit für Streitigkeiten über das Rechtsver-

**(Italien)**
hältnis zwischen der Nationalen Konföderation der faschistischen Syndikate und ihren Angestellten 645 ff., 654 f.
— — Syndikate s. a. Italien (Kollektivarbeitsverträge, Nationale Konföderation der faschistischen Syndikate)
— — Angestellte der — als Beamte 653 ff.
— — Rechtsstellung der — 648 ff., 653 ff.
— — als Staatsorgane 648, 650
— — Streitigkeiten über das Rechtsverhältnis zwischen den Syndikaten und ihren Angestellten, Zuständigkeit der Verwaltungsgerichte für — 653 ff.
— Unterstaatssekretär, Vertretungsbefugnis 657 f.
— Unvereinbarkeitsbestimmungen 594, 606, 615, 617
— Verwaltungsgerichte s. a. Italien (Provinzialverwaltungsgiunta, Staatsrat)
— — Zuständigkeit für Streitigkeiten über das Rechtsverhältnis zwischen den Syndikaten und ihren Angestellten 653 ff.
— Vice-podestà, Abberufung 596
— — Amtszeit 596
— — Befugnisse 596
— — Ernennung 596

J.

**Jan-Mayen-Insel,** Einbeziehung in das norwegische Hoheitsgebiet 162 f.
**Japan,** Note an die Vereinigten Staaten von Amerika betreffend die Intervention der Vereinigten Staaten im russisch-chinesischen Streitfall auf Grund des Kelloggpaktes 273
**Jay Treaty vom 19. 11. 1794,** Art. III, Einfluß des Krieges von 1812 auf — 137 ff.
**Judgment,** Bedeutung in der englischen Rechtssprache 46
**Jugoslawien,** Freizone in Saloniki s. Saloniki (jugoslawische Freizone)
— Grenzabkommen mit Bulgarien s. Bulgarien (Grenzabkommen mit Jugoslawien)
— Note verbale an die deutsche Gesandtschaft in Belgrad vom 10. 10. 1927 31

K.

**Kalff,** J. A., Arbitre 4, 13 f.
**Kanada** s. Britisches Reich
**Kapitulationen,** keine Regelung der Beziehungen zwischen den Kapitularstaaten durch die — 69 f.
**Kellogg,** Staatssekretär, s. Tacna-Arica-Streitfall
**Kelloggpakt,** Intervention im russisch-chinesischen Streitfall gemäß dem — s. Intervention
**Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen** s. Jugoslawien
**Kolonie,** Begriff — in Gesetzen Großbritanniens 389, 427 f.
**Kolonien** s. Portugal (Kolonien)
**Kommunalverwaltung** s. Gemeindeverwaltung
**Kompetenz** s. Zuständigkeit
**Kompetenzkonflikt** s. Preußen (Kompetenzkonflikt)
**Konfiskation,** Begriff der — 48
**Konsularvertrag** zwischen dem Deutschen Reich und Spanien vom 12. 1. 1872, persönliche Immunität der Konsuln nach dem — 95
— zwischen Frankreich und Spanien vom 7. 1. 1862, Gleichstellung von Ausländern mit Inländern ohne Rücksicht auf die Erfordernisse des Art. 11 des code civil 112 f., 119, 125
**Konsuln,** keine Befugnis von — gegenüber einer gegen sie gerichteten Klage zur Geltendmachung der Immunität für den Entsendestaat lediglich auf Grund ihrer allgemeinen amtlichen Stellung ohne besondere Ermächtigung durch den Entsendestaat 150 ff.
— persönliche Immunität nach dem deutsch-spanischen Konsularvertrag v. 12. 1. 1872 95
**Konzessionen** s. Portugal (Kolonien [Konzessionen]), Staatensukzession (Konzessionierte Eisenbahngesellschaft)
**Krieg,** Einfluß auf bestehende Verträge 136, 138 ff., 153, 156 ff.
— Haager Landkriegsordnung s. Haager Landkriegsordnung
— Zivilbevölkerung, Verpflichtung der Kriegführenden zur Schonung der — und ihres Eigentums als allgemein anerkannter Grundsatz des Völkerrechts 62, 64
**Kriegsgebiet,** Umwandlung neutralen Gebiets in — infolge Benutzung durch eine Kriegspartei zu militärischen, gegen die andere Kriegspartei gerichteten Zwecken 64, 66
**Kriegsgefangene,** Rechtsverhältnis zum Nehmestaat 57 ff.
**Kriegsleistungen,** Aufbringungsleistungen nach dem deutschen Aufbringungsgesetz keine — 88, 91
— Begriff 88, 91
**Kriegsmaßnahmen,** außerordentliche — s. Mesures exceptionnelles de guerre
**Kriegsschäden** des holländischen Fischereigewerbes, *Notenwechsel zwischen der britischen und der niederländischen Regierung über die Regelung der — 276 ff.

L.

**Lachenal,** Paul, Président du T. A. M. germano-polonais 15, 25, 41, 49
**Landesplanung** im Unterwesergebiet 569, 571
**Landesrecht** und Völkerrecht s. Völkerrecht (und Landesrecht)
**Landkriegsordnung** s. Haager Landkriegsordnung

**Liquidation** deutscher Patente auf Grund der englischen Verordnung vom 19. 7. 1920 75 ff.
— Entscheidungen des polnischen Liquidationskomitees als jugements d'un tribunal compétent im Sinne des Art. 305 des Versailler Vertrages 17, 25 f.
**Liquidationsrecht** Italiens nach dem Vertrage von Neuilly, Verzicht auf das — 232, 238
— Polens nach dem Versailler Vertrag (nicht) beschränkt auf die abgetretenen Gebiete 14, 18 ff., 26 ff.
— Rumäniens nach dem Vertrag von Neuilly, Schlußregelung 232, 235 ff.
— Verzicht der Gläubigermächte Bulgariens auf das — 232
**Litauen,** *Pletschkaitis-Gesetz 659 f.
**Litvinov,** Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten, s. Großbritannien (Beziehungen zwischen — und der Sowjet-Union)
**Liverpool Island,** Identität mit der Insel Bouvet, Frage der — 163
**Locker-Lampson,** Unterstaatssekretär, s. Großbritannien (Erklärung)
**Londoner Schlußprotokoll vom 16. 8. 1924,** »Besetztes Gebiet« nach dem — 108
**Londoner Vereinbarungen über den Dawesplan von 1924** s. Dawesplan
**Luftbombardement** s. a. Bombardement
— (keine) Anwendung des Art. 26 der Haager Landkriegsordnung auf ein — 62, 65, 67 f.
— Warnungspflicht, (keine) Befreiung von der — 65, 67 f.

## M.

**Mainzer Rheinschiffahrtsabkommen vom 31. 3. 1831** s. Rheinschiffahrtsgerichte
**Mandschurei,** russisch-chinesischer Streitfall in der — s. a. Intervention — — 272
**Mannheimer Rheinschiffahrtsakte vom 17. 10. 1868** s. Rheinschiffahrtsgerichte
**Mayer,** R., Arbitre 4, 13 f.
**Meistbegünstigungsklausel** in Verträgen Frankreichs mit anderen Mächten, Anwendung auf die Vergünstigungen der französischen Mietgesetzgebung 119, 122, 125 f.
**Mesures de disposition** nach Teil X Sekt. IV (Art. 297/98) des Versailler Vertrages s. Versailler Vertrag
**Mesures exceptionnelles de guerre** nach Teil X Sekt. IV (Art. 297/98) des Versailler Vertrages s. Versailler Vertrag
**Mesures judiciaires** nach Art. 302 Abs. 4 des Versailler Vertrages s. Versailler Vertrag
**Miangas-Fall** s. Palmas-Fall
**Militärdisziplinarrecht** s. Britisches Reich
**Militärgerichtsbarkeit** s. Chile
**Minderheiten** s. Britisches Reich (Indien [Verfassung])
**Minderheitenschutzvertrag mit Polen vom 28. 6. 1919,** Präambel, Ausdruck »certains territoires de l'ancien Empire allemand seront incorporés dans le territoire de la Pologne« in der —, (kein) Beweis für die Anerkennung eines polnischen Gebietes außerhalb der vormals deutschen Gebiete 23, 39 f.
**Monopolverträge** der Schwedischen Zündholzaktiengesellschaft 288 ff.
— — *Vertrag mit der Regierung des Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen vom 30. 10. 1928 288 ff.
— — *Vertrag mit dem Deutschen Reich vom 26. 10. 1929 298 ff.
— — *Vertrag mit der Litauischen Republik vom 12. 4. 1930 314 ff.
**Mossulgebiet,** Gebietshoheit, Ende der türkischen — 35

## N.

**Nachfolgestaat** s. Staatensukzession
**Namitkiewicz,** Jan, Arbitre polonais T. A. M. germano-polonais 15, 25, 41, 49
**Nationalisierungsdekrete** s. Sowjetrußland (Nationalisierungsdekrete)
**Neue Staaten,** Anerkennung s. Anerkennung (eines neuen Staates)
— Übergang von Verpflichtungen der Altstaaten auf — s. Staatensukzession
**Neuhöfen,** Zwischenfall an der deutsch-polnischen Grenze in — 341 ff.
— — *Gutachten der deutschen Mitglieder der Gemischten Kommission über den — 341 ff.
— — *Gutachten der polnischen Mitglieder der Gemischten Kommission über den — 350 ff.
— — *Protokoll der Gemischten Kommission vom 6. 6. 1930 364 f.
**Neuseeland** s. Britisches Reich
**Neutrales Gebiet,** Verlust des neutralen Charakters und Umwandlung in Kriegsgebiet infolge seiner Benutzung durch eine Kriegspartei zu militärischen, gegen die andere Kriegspartei gerichteten Zwecken 64, 66
**Neutralität,** Gebiet des Neutralen, Verlust des neutralen Charakters und Umwandlung in Kriegsgebiet infolge seiner Benutzung durch eine Kriegspartei zu militärischen, gegen die andere Kriegspartei gerichteten Zwecken 64, 66
— Griechenlands, Verletzung der — seitens der Entente durch Besetzung Salonikis im Herbst 1915 62, 64, 66
**Niederlande,** Kriegsschäden des holländischen Fischereigewerbes, Regelung der — s. Niederlande (Notenwechsel zwischen der britischen und der niederländischen Regierung)
— *Notenwechsel zwischen der britischen und der niederländischen Regierung

**(Niederlande)**
über die Regelung der Kriegsschäden des holländischen Fischereigewerbes 276 ff.
— — *22. 3. 1929 Sir Austen Chamberlain to M. van Swinderen 276 f.
— — *22. 3. 1929 M. van Swinderen to Sir Austen Chamberlain 277 f.
**Nordpolargebiete** s. Arktis
**Norwegen** s. a. Grönland, Spitzbergen
— Bouvet-Insel, Einbeziehung in das Hoheitsgebiet von — 162 ff.
— Erklärung des Außenministers betreffend die im russischen Sektor liegenden arktischen Gebiete 162
— Gebietsansprüche von — in der Antarktis 162 ff.
— — in der Arktis 160, 162 f.
— Jan-Mayen-Insel, Einbeziehung in das Hoheitsgebiet von — 162 f.
**Noten** s. Ländernamen
**Notenwechsel** s. Ländernamen

**O.**

**Oberster Rat,** Note des Präsidenten des Obersten Rates der Alliierten Hauptmächte an die polnische Regierung vom 24. 6. 1919 34
**Occupatio bellica,** Besetzung der deutschen Gebiete nach dem Waffenstillstandsvertrag und dem Versailler Vertrag keine — 108
**Occupatio pacifica,** Besetzung der deutschen Gebiete als vertragliche — 108
**Öffentliches Recht,** Treu und Glauben im öffentlichen Recht 577
**Österreich,** *Antiterrorgesetz vom 5. 5. 1930 681 ff.
— Arbeitsfreiheit s. Österreich (Koalitionsfreiheit, Kollektivverträge)
— Bundesbahnen, Gebarungskontrolle durch den Rechnungshof 669
— Bundesländer, Gebarungskontrolle durch den Rechnungshof 666, 672 f.
— — Straßenpolizei 662 f.
— Bundesrechnungsabschluß 665, 671 f.
— Bundes-Rechnungswesen, Ordnung 671
— Bundesschulden, Nachweis der — 671
— — Urkunden über —, Gegenzeichnung durch den Präsidenten des Rechnungshofes 672
— Bundesverfassungsgesetze, Novellierung der — s. a. Gesetzesstellenregister 661
— Bundesverfassungsreform von 1929/31 660 f.
— Finanzausgleich 661 f. s. a. Gesetzesstellenregister
— Gemeinden, Gebarungskontrolle durch den Rechnungshof 667, 674 f.
— Koalitionsfreiheit, *Bundesgesetz zum Schutz der Arbeits- und der Versammlungsfreiheit vom 5. 4. 1930 681 ff.

**(Österreich)**
— — Nötigung zum Beitritt zu einer oder zum Austritt aus einer Berufsvereinigung, Strafbarkeit der — 683, 685
— — Nötigung zur Beschäftigung oder Nichtbeschäftigung von Arbeitnehmern mit Rücksicht auf ihre Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zu einer Berufsvereinigung, Strafbarkeit der — 683, 685
— — Organisationsklausel, Verbot der Aufnahme in Kollektivverträge 681 f., 684
— — Organisations- und Parteibeiträge, Verbot der Einziehung durch den Arbeitgeber bei der Lohnauszahlung 682, 684 f.
— Kollektivverträge s. a. Österreich (Koalitionsfreiheit)
— — Kundmachung der — 683, 685
— — Organisationsklausel, Verbot der Aufnahme in — 681 f., 684
— — persönlicher Geltungsbereich der — 683, 685
— Länder s. Österreich (Bundesländer)
— Landesrechnungsabschluß 666, 673
— Nationalrat, Ausschuß zur Verhandlung der Berichte des Rechnungshofes 666
— — Verhältnis zum Rechnungshof und dessen Präsidenten 665, 675
— — Wahl des Präsidenten des Rechnungshofes 665
— Note an die Vereinigten Staaten von Amerika betreffend die Intervention der Vereinigten Staaten im russisch-chinesischen Streitfall auf Grund des Kelloggpaktes 273
— Presserecht s. Österreich (Strafgesetznovelle von 1929)
— Rechnungshof 665 ff.
— — Aufgaben hinsichtlich der Gebarung des Bundes 665 f., 668 ff.
— — — der Gemeinden 667, 674 f.
— — — der Länder 666, 672 f.
— — Beamte 665, 675
— — *Bundes-Verfassungsgesetz, Bestimmungen über den — 665 ff.
— — Hilfskräfte 665
— — Meinungsverschiedenheiten über die Zuständigkeiten 666
— — Präsident 665, 669, 672, 675
— — *Rechnungshofgesetz (R. H. G.) 1930 668 ff.
— — Unvereinbarkeitsbestimmungen 665
— — Zusammensetzung 665
— Sopron-Köszeg-Eisenbahn s. Sopron-Köszeg-Eisenbahn
— *Strafgesetznovelle von 1929 676 ff.
— — Anklagebefugnis bei Ehrenbeleidigungen 676 f., 680
— — Ankündigungen zur Herbeiführung unzüchtigen Verkehrs 679, 681
— — Buße im Falle des Mißlingens des

(Österreich)
Wahrheitsbeweises bei Ehrenbeleidigungen durch die Presse 678, 681
— — Ehrenschutz für die Zeitung als Unternehmer 677, 681
— — Kreditverleumdung 679, 681
— — Prozeßbeeinflussung durch die Presse 679 ff.
— — Schmutz und Schund in Schriften oder Filmen, Zugänglichmachung für Jugendliche 679, 681
— — Schweigegelder für Nichtveröffentlichung von Mitteilungen, Forderung oder Annahme 679, 681
— — Schwurgerichte, Beschränkung der Zuständigkeit der — zur Aburteilung der Preßdelikte 680 f.
— — Strafmaß bei Ehrenbeleidigungen 676, 680 f.
— — Unbrauchbarmachung der zur Herstellung unsittlicher Druckwerke dienenden Platten und Formen 679, 681
— Straßenpolizei 662 f. s. a. Gesetzesstellenregister
— Verfassungsänderung s. Bundesverfassungsreform
— Verfassungsgerichtshof 664, 666 s. a. Gesetzesstellenregister
— Versammlungsfreiheit, *Bundesgesetz zum Schutz der Arbeits- und der — vom 5. 4. 1930 681 ff.
— — Störung nichtverbotener Versammlungen, Strafbarkeit der — 683 ff.
— — Unberechtigte Teilnahme an nichtverbotenen Versammlungen, Strafbarkeit 684 f.
— — Verhinderung oder Sprengung nichtverbotener Versammlungen, Strafbarkeit der — 683, 685
— Verwaltungsgerichtshof 665 f. s. a. Gesetzesstellenregister
— *Waffenpatent, Abänderung, Bundesgesetz vom 17. 6. 1930 685
— Wahlverfahren 663
— Wien, Gebarungskontrolle (Landes- und Gemeindegebarung) durch den Rechnungshof 667, 673
— — Straßenpolizei 662 f.
**Okkupation** s. a. occupatio bellica, occupatio pacifica
— effektive — als Erwerbstitel für Gebietshoheit 161, 164 ff.
— occupation d'exploitation als Erwerbstitel für Gebietshoheit 162, 166
**Oldenburg,** Abkommen mit Bremen und Preußen über die einheitliche Handhabung der Wasserpolizei, über die Vorlage eines Staatsvertrages an das Reich über die Verwaltung der Wasserpolizei und über die Verkehrsregelung im Unterwesergebiet 569, 571
**Ovey,** Sir Esmond —, Botschafter, s. Großbritannien (Beziehungen zwischen — und der Sowjet-Union)
**Ours-Insel** 163

P.
**Palmas-Fall,** Schiedsspruch der Cour Permanente d'Arbitrage (Huber) vom 4. 4. 1928 im — 33, 38, 161, 165
**Partei,** faschistische — s. Italien (Faschistische Partei)
— politische —, Klagerecht bei Verfassungsstreitigkeiten s. Deutsches Reich (Politische Parteien)
**Peru,** Beziehungen zwischen — und Chile, Wiederaufnahme der diplomatischen — 252 ff.
— Noten, betr. den Tacna-Arica-Streitfall, s. Tacna-Arica-Streitfall
— Tacna-Arica-Streitfall s. Tacna-Arica-Streitfall
— *Vertrag zwischen — und Chile vom 3. 6. 1929 über die Entscheidung der Frage von Tacna und Arica 258 ff.
**Polargebiete** s. Antarktis, Arktis
**Polen,** Anerkennung durch die Alliierten und Assoziierten Mächte, keine Übertragung des Hoheitsrechts über vormals russische Gebiete durch die bloße — 33 ff.
— — — bezüglich der Zugehörigkeit vormals russischer Gebiete zu Polen, (etwaige) Absicht einer — vor Abtretung dieser Gebiete durch Rußland 22, 34 ff.
— — — — mit Entscheidung der Botschafterkonferenz vom 15. 3. 1923 37
— — — — (keine) Völkerrechtswidrigkeit einer (etwaigen) — vor Abtretung dieser Gebiete durch Rußland 22 f., 33, 36, 38 ff.
— — durch Deutschland 21, 32, 35 ff.
— — durch Rußland 23 f., 38 f.
— (keine) Anwendung des Art. 297 des Versailler Vertrages auf — 14, 19 ff., 28 ff.
— Arbeiter der Staatsbahnen, Übergang in den Dienst des Unternehmens »Polnische Staatseisenbahnen« 707
— Besitz eines »territoire« im Sinne des Art. 297 des Versailler Vertrages bereits vor dem Inkrafttreten des Versailler Vertrages 15, 22
— Gdingen, Abtretung von staatlichen Grundstücken an die Stadt — 697
— — Befreiung der Enteignung von Grundstücken in — von Stempelgebühren 698
— — — neuerrichteter Bauten von den staatlichen Grund- und Gebäudesteuern, Verlängerung der Fristen für — 695, 697 f.
— — — der mit Sitz in — gegründeten Unternehmungen von der staatlichen Einkommensteuer 698
— — — — der staatlichen Gewerbesteuer 695, 698
— — — — staatlichen, bei Gründung oder Kapitalserhöhung der Handelsgesellschaften erhobenen Abgaben und Gebühren 696, 699

(Polen)
— — — — staatlichen, beim Wechsel des Eigentumstitels an Grundstücken erhobenen Veräußerungsgebühren 695 f., 698 f.
— — Bürgschaft des Staates für die der Stadtgemeinde — zu Investierungszwecken gewährten Anleihen der Landeswirtschaftsbank 694
— — Enteignung von Grundstücken in — 695 ff.
— — Kredite im jährlichen Staatshaushaltsvorschlag für den Ausbau und die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt und des Hafens — 694
— — — für Neubauten, Erweiterung der — 694 f.
— — — für Zollgebühren für die auf dem Seewege über — eingeführten Waren 700 f.
— — Organisation der Stadt — 699 f.
— — Regierungskommissar 699 f.
— — Stadtverordnetenversammlung 700
— — *Verordnungen, betreffend —, s. Gesetzesstellenregister
— — Zollgebühren, Kreditierung von — für die auf dem Seewege über — eingeführten Waren 700 f.
— Gebietshoheit über die vormals deutschen, österreichischen und russischen Gebiete, Erwerb der rechtlichen — nur durch die in den Verträgen von Versailles, Saint-Germain und Riga ausgesprochene Zession 32 ff.
— Grenzen, Festsetzung der Ost- — 23 f., 36 f.
— Grenzzwischenfall an der deutsch-polnischen Grenze in Neuhöfen s. Neuhöfen
— Liquidation, Entscheidungen des Liquidationskomitees als jugements d'un tribunal compétent im Sinne des Art. 305 des Versailler Vertrages 17, 25 f.
— — Recht zur — nach dem Versailler Vertrag (nicht) beschränkt auf die abgetretenen Gebiete 14, 18 ff., 26 ff.
— Note des Präsidenten des Obersten Rates der Alliierten Hauptmächte an — vom 24. 6. 1919 34
— Ostgrenzen, Festsetzung der — 23 f., 37
— Polnische Staatseisenbahnen, Angestellte auf Grund eines Arbeitsvertrages 707 f.
— — — als Beamte im Sinne des Strafrechts 707
— — — Dienstverhältnis 707
— — — Gehälter 707
— — — Klagerecht beim Obersten Verwaltungsgericht 707
— — — Pensionsberechtigung 707
— — — Recht auf Entschädigung infolge Erwerbsunfähigkeit oder infolge des durch Dienstunfälle verursachten Todes 707

(Polen)
— — — Spezialisten 707
— — — wohlerworbene Rechte 707
— — Anleihen 703 f.
— — Ausgabendeckung 704
— — Befreiung von Steuern, Abgaben und Gebühren 704
— — Budgetjahr 705
— — Direktionsbezirke 706
— — Direktoren 706
— — Eintragung in das Handelsregister 702
— — Eröffnungsbilanz 705
— — gerichtliche Vertretung 706 f.
— — Haushaltsplan und finanzwirtschaftlicher Plan 703 f., 706
— — Jahresberichte 706
— — Jahresbilanzen 705
— — juristische Person 702
— — Kreditüberschreitungen 704 f.
— — Leistungen zugunsten einzelner Staatsorgane oder anderer staatlicher Unternehmen und zu Militärzwecken 705
— — Name des Unternehmens — 702
— — Reinertrag 705
— — Revisionen der Obersten Kontrollkammer 706
— — Schuldscheine und Wechsel, Unterzeichnung der — 706
— — Sitz des Unternehmens — 702
— — Sonderämter 706
— — Spezialfonds 705
— — Tätigkeitsbereich 702 ff.
— — Urkunden, Unterzeichnung der — 706
— — Vermögen 702 f.
— — *Verordnung vom 24. 9. 1926 über die Bildung eines Unternehmens — in der Fassung der Bekanntmachung vom 5. 12. 1930 702 ff.
— — Verwaltung von neuerbauten Linien von Staats- oder Privateisenbahnen durch das Unternehmen — 704
— — — von nichtstaatlichen, in Staatsverwaltung befindlichen Eisenbahnen durch das Unternehmen — 704
— — — des Unternehmens — 704 ff.
— eine (keine) Puissance ennemie im Sinne des Versailler Vertrages 14, 19 f., 28 ff.
— Richter, Beurlaubung bei Einberufung zum zeitweiligen Militärdienst und bei Aufhebung einer Stelle 692
— — Entsendung zur vertretungsweisen Wahrnehmung von richterlichen Pflichten an einem anderen Gericht oder von Verwaltungsgeschäften sowie zur Tätigkeit im Justizministerium 689, 692
— — Unabhängigkeit 691
— — Versetzung auf eine andere Stelle oder an einen anderen Dienstort wegen Änderung der Gerichtsverfassung oder Aufhebung der Stelle 689, 691 f.
— — — — auf dem Disziplinarwege 692
— — — — mit Rücksicht auf Verschwägerung 686, 692

(Polen)
— — — — zum Wohle der Rechtspflege oder des Ansehens des Richterstandes 686 ff., 692
— — — in den Ruhestand zufolge Aufhebung der Stelle 689, 691, 693
— — — — auf eigenen Antrag bei dauernder Dienstunfähigkeit 692
— — — — auf eigenen Antrag nach Vollendung des 60. oder 55. Lebensjahres 688, 693
— — — — auf Grund eines Disziplinarurteils 693
— — — — im Interesse der Rechtspflege 686 ff., 693
— — — — wegen körperlicher Gebrechlichkeit, Verfalls der physischen oder geistigen Kräfte sowie wegen längerer Krankheit 689 ff., 693
— — — — zufolge Vollendung des 70. oder 75. Lebensjahres 688 f., 693
— — Verzicht auf das Amt 693 f.
— Staatsanwälte, Beurlaubung bei Einberufung zum zeitweiligen Militärdienst und bei Aufhebung einer Stelle 694
— — Versetzung auf eine andere Stelle oder an einen anderen Dienstort mit Rücksicht auf Verschwägerung 686
— — — in den Ruhestand zufolge Aufhebung der Stelle 694
— — — — auf eigenen Antrag bei dauernder Dienstunfähigkeit 694
— — — — auf eigenen Antrag nach Vollendung des 60. oder 55. Lebensjahres 688, 694
— — — — auf Grund eines Disziplinarurteils 694
— — — — im Interesse der Rechtspflege 688, 694
— — — — wegen körperlicher Gebrechlichkeit, Verfalls der physischen oder geistigen Kräfte sowie wegen längerer Krankheit 690 f., 694
— — — — zufolge Vollendung des 70. Lebensjahres 688 f., 694
— — Verzicht auf das Amt 694
— Staatseisenbahnbeamte, Übergang in den Dienst des Unternehmens »Polnische Staatseisenbahnen« 707
— Verkehrsminister, Aufsichtsbefugnisse über die nicht durch das Unternehmen »Polnische Staatseisenbahnen« verwalteten Eisenbahnen 704
— — Versetzung einzelner Beamter des Verkehrsministeriums in den Dienst des Unternehmens »Polnische Staatseisenbahnen« 707
— — Verwaltung des Unternehmens »Polnische Staatseisenbahnen« 705 f.
— Verkehrsministerium, Statut 706
**Portugal,** Ausländer, Stellung der — in den Kolonien 716 ff., 721 f.
— Diszplinarrecht s. Portugal (Vergehen gegen die Sicherheit des Staates)
— *Kolonialakte 716 ff.

(Portugal)
— Kolonien, Anleihen 723
— — Ausländer 716 ff., 721 f.
— — Ausweisung 717
— — Bezirksräte und -kommissionen 721 f.
— — Dezentralisation, Gewährleistung der verwaltungsmäßigen — 720
— — Eigentum der — 722
— — Eingeborene, Arbeitsrecht 719
— — — Dienstleistung bei öffentlichen Arbeiten 719
— — — Eigentum 719
— — — Schutz 719
— — — Sonderstatuten für — 719
— — Einreiseverweigerung 717
— — Gebiet 716
— — Gesetzgebung 720 f.
— — Gouverneure 721 f.
— — Grundrechte 716 f., 720
— — Haushaltsplan 722 f.
— — als juristische Personen 722
— — Konzessionen 718 f.
— — Landkonzessionen 717 f.
— — Missionen 720
— — Ortsausschüsse 721 f.
— — Rechnungswesen 723
— — Schulden 722 f.
— — Selbstverwaltung, Gewährleistung der finanziellen 720, 723
— — Unveräußerlichkeit der — 717
— — Verbundenheit mit dem Mutterland 717, 722
— — Vollziehung 721 f.
— — Zession (Verpfändung) von Aktien (Obligationen) der zu einer Kolonie gehörenden Konzessionsgesellschaften an den Staatsschatz oder die Generalkasse für Depositen, Kredit und Sicherheiten 722
— Staatsangehörigkeit, Erwerb 708 f.
— — Naturalisation 709 f.
— — naturalisierte Ausländer, Rechtsstellung 710
— Staatsverfassung, Anwendung auf die Kolonien nach Maßgabe der Kolonialakte 716
— Vergehen gegen die Sicherheit des Staates, Anklageschrift bei — 714
— — Disziplinarklage bei — 710
— — Disziplinarstrafen für — 711
— — Disziplinarverfahren wegen — 710 ff.
— — Disziplinarvergehen 710
— — Sondergericht für — 713 ff.
— — Strafen für — 713
— — Verfahren wegen — 713 ff.
— — *Verordnung über das Disziplinarverfahren wegen — 710 ff.
— — *Verordnung über Festsetzung von Strafen und Einsetzung eines Sondergerichts für — 712 ff.
— — Verteidigung bei — 713 f.
**Presserecht** s. China (Pressegesetz), Deutsches Reich (Republikschutzgesetz), Finnland (Druckschriften, Pressegegesetz), Österreich (Presserecht)

**Preußen,** Fluchtliniengesetz, § 11, Belastung eines Grundstücks mit der Dienstbarkeit der Unbebaubarkeit gemäß — als Teilenteignung 578
— Gemeinschaftsarbeit zwischen Bremen und —, Beteiligung Oldenburgs 569, 571
— — Fischauktionen 570
— — Fischereihafengesellschaft 570
— — Fischereiklausel 568, 570
— — Hafenerweiterungen 568 f.
— — Hochseefischereiabkommen 569 ff.
— — Hoheitsklausel 568, 570 f.
— — Industrieklausel 568, 570
— — kommunale Richtlinien für die Zusammenarbeit der preußischen und bremischen Gemeinden 569, 571
— — kommunaler Lastenausgleich 569, 571
— — Kraftfahrlinien, Arbeitsgemeinschaft für den Verkehr durch — 571
— — Landesplanung im Unterwesergebiet 569, 571
— — Polizeibehörden, örtliche Zuständigkeit der preußischen und bremischen — 569, 571 f.
— — Staatsvertrag vom 21. 6. 1930 über eine — 568 ff., s. a. Vertragsregister
— — — Vorgeschichte 568
— — Straßen- und Kleinbahnen, Genehmigung neuer — 571
— — Verkehrsregelung im Unterwesergebiet 569, 571
— — Wasserpolizei 569, 571
— — Weser-Ems-Abkommen über Vermeidung unwirtschaftlicher Anlagen und einheitliche Seehäfenpolitik 569, 572
— Hafengemeinschaft zwischen Hamburg und —, Enteignungsbefugnis, Verleihung der — 562
— — Gesellschaft, Anleihen 566
— — — Ausbauvorrecht 563 f.
— — — eingebrachte Werte 566
— — — Firma 565
— — — Geschäftsführer 566
— — — Geschäftsführung 566
— — — Sitz 565
— — — Stammkapital 565 f.
— — — — Erhöhung 565 f.
— — — Steuern und Abgaben 560 f., 567
— — — Veräußerung der Geschäftsanteile 566
— — — Verwaltungsrat 567
— — — Zuzahlungen 566
— — — Zweck 561
— — Gesellschafterrechte des Landes Preußen, Wahrnehmung der — 560
— — *Gesetz vom 31. 5. 1929 über die Gründung einer — 560 f.
— — Grunderwerb, Genehmigung zum — 562
— — Hafenerweiterungsgebiet 563
— — — Ausbau 563
— — — Meinungsverschiedenheiten über den Ausbau 564
**(Preußen)**
— — — Vorsorge im — 563
— — Hafengebühren 565
— — Hafengeld 565
— — Hafengemeinschaftsgebiet 561 f.
— — — erster Ausbau 562
— — Hafenzubehör 564 f.
— — polizeiliche Befugnisse, Übertragung 562
— — *Staatsvertrag vom 9./13. 3. 1929 über die Gründung einer — 561 ff.
— — Steuern und Abgaben aus Anlaß des Staatsvertrages 560, 567
— — Vorlage des Jahresabschlusses und des Jahresberichtes an den Landtag 560
— Kompetenzkonflikt, Befugnis des Ministerpräsidenten zur Erhebung 98, 101 ff.
— — Voraussetzungen der Erhebung 98, 104 ff.
— — Zulässigkeit gesonderter Erhebung für die Widerklage 99
— Ministerpräsident, Befugnis zur Erhebung des Kompetenzkonflikts 98, 101 ff.
— Pensionsabkommen zwischen Danzig und — 71, 74 f.
— Staatsministerium, Befugnis zur Wahrnehmung der Rechte des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten 98, 103 f.
**Prisenrecht** s. Britisches Reich (Prisenrecht und -verfahren)
**Provinzialverwaltung** s. Italien

## R.

**Rechnungswesen** s. Österreich (Rechnungshof), Polen (Polnische Staatseisenbahnen), Portugal (Kolonien)
**Rechtshilfe in Strafsachen** s. Deutsches Reich
**Rechtsweg** s. Deutsches Reich (Rechtsweg)
**Regierung,** Auslegung von Staatsverträgen durch die — s. Frankreich (Auslegung der Staatsverträge)
**Regierungen,** Anerkennung von — s. Anerkennung (von Regierungen)
— Erklärungen von — s. Ländernamen
— Klagerecht ausländischer — s. Vereinigte Staaten von Amerika
**Reparationen,** Bulgarien, *Abkommen über die Regelung der — 230 ff., s. a. Vertragsregister
— — Ansprüche der bulgarischen Regierung gegenüber den Gläubigermächten und ihren Staatsangehörigen und der bulgarischen Staatsangehörigen gegenüber den Gläubigermächten auf Grund des Vertrages von Neuilly, Annullierung der — 232
— — — (privatrechtliche) der Staatsangehörigen der Gläubigermächte auf Grund des Vertrages von Neuilly, Frist für Geltendmachung der — 232 f.
— — — der Staatsangehörigen der Gläu-

(Reparationen)
bigermächte gegen die bulgarische Regierung, Aufrechterhaltung der — 232
— — Bank für Internationalen Zahlungsausgleich s. Bank für Internationalen Zahlungsausgleich
— — Beitritt weiterer Gläubigermächte zu den Verträgen über ein Moratorium für Bulgarien und über eine bulgarische Staatsanleihe von 1923 232
— — — zu dem Vertrage zwischen der Bulgarischen Nationalbank und der Société des porteurs de créances civiles en Bulgarie von 1923 233
— — beschlagnahmtes bulgarisches Eigentum in Italien 237 f.
— — — in Rumänien 232, 235 ff.
— — Bulgarische Nationalbank, Verpflichtungen aus dem Reglement vom 7. 7. 1923 231
— — — aus dem Vertrag vom 30. 5. 1923 mit der Société des porteurs de créances civiles en Bulgarie 233
— — Commission Interalliée de Bulgarie, Beendigung ihrer Beziehungen zu Bulgarien und Übertragung ihrer Rechte und Befugnisse auf die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich 231 f.
— — — Liquidationskosten 235
— — Dette Ottomane, Anteil Bulgariens am Dienst der — 232
— — Forderungen Bulgariens gegen Deutschland, Österreich und Ungarn (und umgekehrt), Annullierung der — 233
— — Gemischtes Schiedsgericht, bulgarisch-italienisches — auf Grund des Vertrages von Neuilly, Aufhebung 237 f.
— — — bulgarisch-rumänisches — ad hoc 236 f.
— — — — Kosten 237
— — — — Zuständigkeit 236 f.
— — Kreditinstitute (bulgarische) in der Neuen Dobrudža, Liquidation 236
— — Liquidationsrecht Italiens, Sonderregelung 237 f.
— — — Rumäniens, Sonderregelung 232, 235 ff.
— — — Verzicht der Gläubigermächte auf das — 232
— — Pfandrecht 231
— — Reparationskommission s. Reparationskommission
— — Schiedsrichter auf Grund des Vertrages von Neuilly Teil IX Sekt. IV Anl. § 4, Beendigung der Klagen bei dem — gemäß dem bulgarisch-italienischen Abkommen vom 20. 1. 1930 238
— — Tranche A der bulgarischen Reparationsschuld, Annuitäten 230 f.
— — Tranche B der bulgarischen Reparationsschuld, Verzicht der Gläubigermächte auf die — 230

(Reparationen)
— — Treuhänder an Stelle der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich 233
— — Zahlungsaufschub, Erklärung der Gläubigermächte über einen etwaigen — 234 f.

**Reparationskommission,** Beendigung ihrer Beziehungen zu Bulgarien und Übertragung ihrer Rechte und Befugnisse auf die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich 231 f.
— Gutachten der Rechtsabteilung der — vom 7. 2. 1922 30 f.

**Republikschutzgesetz** s. Deutsches Reich, Finnland

**Requisitionen,** Mietverträge mit deutschen Militärbehörden als versteckte — 59, 61

**Rheinlandbesetzung,** Besatzungsbehörden, Genehmigung oder Zustimmung der — nicht erforderlich zur Gültigkeit deutscher (bayerischer) Gesetze, Verordnungen und ministerieller Erlasse im besetzten Gebiet 108
— deutsche Hoheitsrechte, Aufhebung oder Beschränkung nach Maßgabe des Inhalts der abgeschlossenen Verträge 108
— staats- und völkerrechtliche Zugehörigkeit des besetzten Gebietes zum Deutschen Reich 108
— vertragliche Besetzung 108

**Rheinpfalz,** besetzte — s. Rheinlandbesetzung

**Rheinschiffahrtsakte** s. Rheinschiffahrtsgerichte

**Rheinschiffahrtsgerichte,** französisches Gesetz vom 21. 4. 1832 über die —, erneute praktische Anwendung infolge Fortgeltung der Mannheimer Rheinschiffahrtsakte vom 17. 10. 1868 auf Grund des Art. 354 des Versailler Vertrages 127 ff.
— Urteile nichtfranzösischer —, Umfang der Nachprüfung durch das französische Gericht bei Erteilung der Vollstreckbarkeitserklärung 127 ff.
— Vollstreckbarkeit von Urteilen ausländischer — nach den Bestimmungen des Mainzer Rheinschiffahrtsabkommens vom 31. 3. 1831 und der Mannheimer Rheinschiffahrtsakte vom 17. 10. 1868 129

**Richter,** Stellung der — in Polen s. Polen (Richter)

**Richterliche Unabhängigkeit** s. Richter

**Richterliches Prüfungsrecht** s. Gerichte

**Ross Dependency** 161, 408

**Rumänien,** Agrarreform in der Süd-Dobrudža 724 ff.
— — Abtretung eines Drittels des nachgeprüften und zuerkannten Landes an den Staat durch die Besitzer nach dem Rechte der Mirie 727, 734 f.
— — Agrarkomitee, Zuständigkeit 728
— — Anerkennung des Besitzrechts nach dem Recht der Mirie an dem wenigstens

**(Rumänien)**
10 Jahre vor dem 1. 4. 1904 innegehabten Besitz 726
— — — des nach den am 28. 6. 1913 in Bulgarien geltenden Gesetzen entstandenen und bestehen gebliebenen absoluten Eigentumsrechts und des Besitzrechts der Mirie 724
— — — des Eigentumsrechts am Restgut nach erfolgter Prüfung der Rechtstitel und Abgabe eines Drittels des Bodens an den Staat durch die Besitzer nach dem Recht der Mirie 727, 734 f.
— — Ansiedlung von Landarbeiterfamilien, Verbot der — ohne Zustimmung des Innenministeriums 730.
— — Austausch von Immobilien im Hinblick auf die Zusammenlegung oder Kolonisation 739
— — Bergwerke 730, 739
— — Bezirkskommissionen, Zuständigkeit und Verfahren der — 727 f., 732 ff.
— — Departementskommissionen, Zuständigkeit und Verfahren der — 727 f., 732 ff.
— — Fischereien 730, 739
— — *Gesetz vom 22. 4. 1924 724 ff.
— — *Gesetz vom 30. 6./7. 7. 1930 732 ff.
— — Kanäle 730, 739
— — Kassationshof, Zuständigkeit und Verfahren 728 f.
— — Kirchen, Liegenschaften der — 730
— — Kolonisierung und Landüberweisung 731, 737 f.
— — — Berechtigte, Reihenfolge der Ausstattung mit dem verfügbar gewordenen Boden durch den Staat 737 f.
— — — Nichtberechtigte 738
— — Kommunales Weideland 730 f., 739
— — Kultur- und Wohlfahrtseinrichtungen, Liegenschaften der — 730
— — Mineralquellen 730, 739
— — Nachprüfung der Rechtstitel 724, 727 ff., 732 ff.
— — Nachweis der Rechtstitel 725 f., 732 ff.
— — Rechtsmittel 728 f., 732
— — Schulen, Liegenschaften der — 730
— — Seen 730, 739
— — Staatseigentum 726, 730, 738 f.
— — Steinbrüche 730, 739
— — Teiche 730, 739
— — Veräußerung vor endgültiger Nachprüfung der Rechtstitel, Ungültigkeit der — 726
— — — der nachgeprüften Liegenschaften ausschließlich an den Staat seitens der auswandernden oder auf die rumänische Staatsangehörigkeit verzichtenden Verkäufer 730
— — — — unter Privaten, Bedingungen der Gültigkeit 729 f.
— — — Pflicht der nach dem 28. 6. 1913 ausgewanderten oder auf die rumänische Staatsangehörigkeit verzichtenden Einwohner der Süd-Dobrudža und der nicht in Rumänien wohnenden Ausländer zur — ihrer Immobilien an den Staat 735 f.
— — Vorkaufsrecht des Staates 729, 736
— — Wälder 730, 734 f., 738
— — Weinberge und Anpflanzungen von Obstbäumen und Akazien innerhalb der Städte 736 f.
— — Zentralstelle für Landüberweisung 731
— Enteignung s. Rumänien (Agrarreform in der Süd-Dobrudža)
— Liquidationsrecht s. Liquidationsrecht

**Rußland,** s. a. Sowjetrußland
— Polnische Unabhängigkeit, Bedeutung der russischen Proklamationen von 1917, betreffend die —, 23, 38 f.
— Proklamation der Provisorischen Russischen Regierung an die Polen vom 17. 3. 1917 39
— — des Rates der Arbeiter- und Soldatenabgeordneten in Petersburg an das polnische Proletariat vom 14. 3. 1917 39

## S.

**Saargebiet** kein besetztes Gebiet im Sinne des Versailler Vertrages und des Schlußprotokolls der Londoner Konferenz 108
— Truppenbesetzung, kein Recht der alliierten und assoziierten Mächte zur — 108
— Verhältnis zum Deutschen Reich, kein neuer selbständiger Staat oder Ausland im — 94
**Saint-Germain-Vertrag vom 10. 9. 1919** Art. 320, Zweck 7 ff.
**Saloniki,** Besetzung durch die Entente im Herbst 1915 als Verletzung der griechischen Neutralität 62, 64, 66
— Eisenbahnlinie Saloniki-Djewdjelie 169 f. 173, 229 f.
— griechische Freizone, Errichtung 168, 174
— — Gleichbehandlung der griechischen und jugoslawischen Staatsangehörigen in bezug auf die — 185
— — — der aus der griechischen und jugoslawischen Freizone stammenden Waren 183, 226
— — Pangalosabkommen, Wirkung auf die — 170
— jugoslawische Freizone 166 ff.
— — Abgrenzung 167 f. 181, 184 f.
— — *Abkommen vom 10. 5. 1923 über die — 180 ff., s. a. Vertragsregister
— — Arbeiter 207, 227
— — Arbeitsstreitigkeiten 207
— — Beamte, Ernennung 168, 171 f., 181, 204, 227
— — Direktion 168, 171, 181 f., 200 ff., 225

**(Saloniki)**
— — Eisenbahndienst 169 f., 173, 183, 185 ff., 198 f., 208 ff., 228 f.
— — Entstehung 166 ff.
— — Errichtung 174
— — Flaggen und andere Staatsembleme 171, 227
— — Gebietshoheit 168, 171, 181, 227
— — Gemischte Kommission zur Entscheidung von Arbeitsstreitigkeiten 207
— — Gleichbehandlung der jugoslawischen und griechischen Staatsangehörigen in bezug auf die — 185, 226
— — — der aus der jugoslawischen und griechischen Freizone stammenden Waren 183
— — Hafenanlagen 182 f.
— — Hafendienst 168, 170 ff., 181 f., 198 ff., 227
— — Hafengesellschaft 183 f., 225
— — Hafenkommandant von Saloniki, Befugnisse in bezug auf die — 168, 171, 181 f., 200 ff.
— — Manipulation der Waren in der Freizone, Begriff 172, 182, 225, 227 f.
— — Pangalosabkommen 170, 173, 176
— — Polizei- und Justizhoheit 168, 171, 181 f., 203 ff.
— — Post-, Telegraphen- und Telephondienst 169 ff., 192, 206, 221 ff.
— — *Protokolle vom 10. 10. 1928 und 17. 3. 1929 über die — s. Vertragsregister
— — rechtlich-politische Würdigung 173 ff.
— — Schiedsgericht nach dem Abkommen von 1923 168, 173, 184
— — Schiedsrichter in technischen Fragen nach dem Protokoll B von 1928 198 f.
— — — nach dem Schlußprotokoll von 1929 203, 225 f.
— — Schutz der Rechte in bezug auf die — bei Errichtung einer griechischen Freizone in — 168, 183
— — Transithandel, ausschließliche Benutzung der Freizone für den jugoslawischen — 172, 182, 225, 227 f.
— — Veterinärdienst 169 f., 183, 192 ff., 223 f.
— — Zollregime 168 ff., 181 ff., 194 ff., 217 ff.
— serbischer Transithandel im Hafen von —, *Abkommen vom 10. 5. 1914 166 ff., 177 ff.
— — — Durchführung 167
— — — Geheimprotokoll zum — 167
— — — Schiedsgericht nach dem — 167, 180
— — Beschränkungen, zulässige — 167, 178
— — Eisenbahnverkehr 179
— — Grenzpolizei 180
— — Post- und Telegraphendienst 167, 179 f.

**(Saloniki)**
— — reservierte Hafenfläche, Abgrenzung 166, 178
— — — Anlagen 166, 178 f.
— — — Einschluß in die Freizone im Falle der Errichtung einer solchen 168, 180
— — — Gebietshoheit 166, 178
— — — Verwaltung 166 f., 178
— — Umfang 167, 178
— — Veterinärdienst 179
— — Vorbehalt der dritten Staaten eingeräumten oder aus der Errichtung einer Freizone sich ergebenden Rechte 168, 180
— — Zolldienst 167, 178 ff.
— serbisches Zollamt in —, Vereinbarung von 1917 zwischen Vertretern Serbiens, Griechenlands und der alliierten Armee über ein — 167
— Zeppelinangriff auf — 62 ff.

**Schiedsgerichte** s. Britisches Reich (Reichsschiedsgericht), Internationale Gerichte, Tribunaux Arbitraux Mixtes

**Schiedsgerichtsbarkeit,** Stellung der Britischen Reichskonferenz von 1930 zur internationalen — 406 f.

**Schiedsrichter** auf Grund des Vertrages von Neuilly Teil IX Sekt. IV Anl. § 4, Beendigung der Klagen bei dem — gemäß dem bulgarisch-italienischen Abkommen vom 20. 1. 1930 238

**Schweden,** Anerkennung Sowjetrußlands, Wirkung auf die Anwendung sowjetrussischer Nationalisierungsdekrete durch die Gerichte in — 131 f.
— russische, durch Nationalisierungsdekret aufgelöste Gesellschaften, Verwaltung ihres in — befindlichen Vermögens für Rechnung der Berechtigten und Liquidation desselben nach Maßgabe der in — geltenden Rechtsgrundsätze 131 f.

**Schweiz,** Auslieferung, Begriff des relativen politischen Verbrechens 133 ff.
— — Verweigerung der — bei relativen politischen Verbrechen 133 f.
— Notenwechsel zwischen der — und Frankreich vom 11./25. 7. 1929, betreffend die Auslegung des französisch-schweizerischen Niederlassungsvertrages vom 23. 2. 1882 119

**Sektorprinzip,** Erwerb der Gebietshoheit nach dem — 161 ff.

**Selbstverwaltung,** finanzielle — der portugiesischen Kolonien 720, 723
— — der Staaten und des Bundesbezirks in Brasilien 370

**Serbien** s. Jugoslawien, Saloniki

**Sind** s. Britisches Reich (Indien [Verfassung])

**Singapore** s. Britisches Reich

**Sokolnikov,** Botschafter, s. Großbritannien (Beziehungen zwischen — und der Sowjet-Union)

**Sondergerichtshof** s. Brasilien

**Sopron-Köszeg-Eisenbahn,** Rechte der Eisenbahngesellschaft aus der Vorkriegskonzession und dem einen unlösbaren Bestandteil der Konzession bildenden Betriebsvertrag, Anpassung an die veränderten Verhältnisse 8 f.
— — Gültigkeit gegenüber Österreich 6 ff.
— Reorganisation der — durch Rückkauf der auf österreichischem und ungarischem Gebiet liegenden Strecken seitens Österreichs und Ungarns und Abtretung der ungarischen Strecken an Österreich 9 f., 12 f.
— Rückkaufsannuitäten und Entschädigung für die Zeit vom 5. 1. 1922 bis 1. 7. 1929 10 ff.
— *Schiedsspruch vom 18. 6. 1929, betreffend die — 3 ff.
**Souveränität,** Unterscheidung von tatsächlicher und rechtlicher — 34 ff.
**Sowjetrußland,** Anerkennung Polens durch — 23 f., 38 f.
— — durch Schweden 131 f.
— Ausländer,. Rechte der — 740
— Beziehungen zwischen — und Großbritannien, Wiederaufnahme der — s. Großbritannien
— chinesisch-russischer Streitfall in der Mandschurei s. a. Intervention
— — 272
— Erklärungen s. Sowjetrußland (Noten und Erklärungen)
— Franz-Josephs-Land, Gebietshoheit über — 161 f.
— Gebietsansprüche in der Arktis 161 f.
— Nationalisierungsdekrete, Anwendung in Schweden s. Schweden (Anerkennung)
— — Wirkung auf außerhalb des russischen Territoriums befindliche Vermögensstücke der durch — aufgelösten Gesellschaften s. Schweden (Russische . . . Gesellschaften)
— Note, betreffend Ausdehnung der russischen Gebietshoheit auf die im russischen Sektor liegenden arktischen Gebiete, vom 15. 4. 1926 161 f.
— Noten und Erklärungen, betreffend die Intervention der Mächte im russisch-chinesischen Streitfall auf Grund des Kelloggpaktes, s. Intervention
— — über die Wiederaufnahme der Beziehungen zwischen Großbritannien und — s. Großbritannien (Beziehungen zwischen — und der Sowjet-Union)
— Rätekongresse, Einberufung der — 755
— Rätewahlen 745 ff.
— — Instruktionen über die — s. Gesetzesstellenregister
— — Listen der Personen ohne Wahlrecht, Zusammenstellung der — 750 ff., 756
— — Wähler und Personen ohne Wahlrecht, Bestimmung des Kreises der — 746 ff., 756
**(Sowjetrußland)**
— — Wahlausschüsse 745 f., 756
— — Wahlprüfung 755
— — Wahlversammlungen 753 f., 756
— — Wiederherstellung des Wahlrechts, Verfahren zur — 752 f.
— Staatsangehörigkeit 739 ff.
— — Änderung 740 f.
— — ausländische Staatsangehörige, Aufnahme 740 f., 744
— — — Rechte 740
— — Austritt 741 f., 744
— — Entziehung 742, 744
— — Erwerb 740, 742, 744
— — Gesetze über die — s. Gesetzesstellenregister
— — Gliedstaatsangehörigkeit 740, 743 f.
— — Unionstaatsangehörigkeit 739 f., 743 f.
— — Wiedererwerb 741 f., 744
— Verzicht auf die Vertragsbestimmungen, betreffend die Teilung Polens, gemäß Dekret vom 29. 8. 1918, Bedeutung 24, 39
— Wahlrecht s. Sowjetrußland (Rätewahlen)
**Sowjet-Union** s. Sowjetrußland
**Spitzbergen, Vertrag über — vom 9. 2. 1920** 35, 160
**Staat,** Anerkennung s. Anerkennung (eines neuen Staates)
**Staatenlose,** Ungleichheit der Behandlung im Hinblick auf ihre Zulassung zum Armenrecht im Deutschen Reich 579
**Staatensukzession,** Anwendung der völkerrechtlichen Grundsätze von der — auf Danzig 71, 73 f.
— konzessionierte Eisenbahngesellschaft, keine Bindung des Nachfolgestaates an Bestimmungen eines Vertrages der Gesellschaft mit einem Dritten über die Betriebsführung außer bei Verpflichtung des Konzessionärs durch die Konzession zum Abschluß des somit einen unlösbaren Bestandteil der Konzession bildenden Betriebsvertrages 3, 7 f.
— — Nichtbeeinträchtigung der Rechte der Gesellschaft aus der Konzession durch Hoheitswechsel des Gebietes, auf dem der konzessionierte Betrieb geführt wird 3, 6 f.
— Übergang von lokalen Verwaltungsschulden und allgemeinen öffentlichen Staatsschulden auf den Erwerberstaat 71 ff.
— — von Pensionslasten auf den Erwerberstaat 71 ff.
**Staatsangehörigkeit,** s. a. Britisches Reich, China, Danzig, Portugal, Sowjetrußland, Tacna-Arica-Streitfall
— Beziehung einer zwischen physischen und juristischen Personen nicht unterscheidenden Bestimmung über Staatsangehörige eines Landes auf die in

(Staatsangehörigkeit)
diesem Lande gebildeten juristischen Personen 52, 54
— der im früher preußischen, jetzt polnischen Gebiet von dort wohnhaften Eltern geborenen und am 10. 1. 1920 noch nicht 18 Jahre alten Reichsangehörigen 94
— juristischer Personen 52 ff., 88 ff., 109 ff.
**Staatseisenbahnen** s. Polen (Polnische Staatseisenbahnen)
**Staatsgerichtshof** s. Deutsches Reich (Staatsgerichtshof)
**Staatsverträge,** Aufhebung der — ohne Einfluß auf die durch sie begründeten wohlerworbenen Rechte 153, 157
— Auflösung durch Kriegsausbruch, Fälle der — 136, 138 ff., 156 ff.
— Auslegung, s. a. Frankreich (Auslegung der Staatsverträge)
— — 88, 90 f., 153, 156
— — durch gemeinsame Erklärung der Vertragsstaaten 117 ff., 123
— — nach dem Parteiwillen unzulässig bei einseitig von einer Partei fixierten Verträgen 26
— — Unerheblichkeit einer im Vertragstext nicht zum Ausdruck gelangten Absicht einer Partei für die — 32, 40
— — zweier den gleichen Gegenstand betreffenden divergierenden Vertragsbestimmungen 27
— Einfluß des Krieges auf bestehende — 136, 138 ff., 153, 156 ff.
— Weitergeltung trotz Kriegsausbruchs, Fälle der — 136, 138 ff., 153, 156 ff.
**Stimson,** Staatssekretär, s. Intervention (im russisch-chinesischen Streitfall auf Grund des Kelloggpaktes)
**Stresemann,** Reichsminister des Auswärtigen, s. Deutsches Reich (Erklärung)
**Südafrikanische Union** s. Britisches Reich
**Süd-Dobrudža,** Agrarreform in der — s. Rumänien (Agrarreform in der Süd-Dobrudža)
**Südpolargebiete** s. Antarktis
**Südslawien** s. Jugoslawien
**van Swinderen,** Gesandter, s. Niederlande (Notenwechsel)

T.

**Tacna-Arica-Streitfall, Beilegung,** 30. 11. 1926 Vorschlag des Staatssekretärs Kellogg 267 f.
— *9. 7. 1928 Note des Staatssekretärs Kellogg an Chile 251 f.
— 9. 7. 1928 Note des Staatssekretärs Kellogg an Peru 251
— *11. 7. 1928 Antwortnote Chiles 252 f.
— *11. 7. 1928 Antwortnote Perus 254
— *14. 5. 1929 Vorschläge des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika an die Regierungen von Chile und Peru 255 f.
— *15. 5. 1929 Note der amerikanischen Botschafter in Lima und Santiago an die peruanische und die chilenische Regierung 254 f.
— *15. 5. 1929 Antwortnote der chilenischen Regierung an den amerikanischen Botschafter in Santiago 256 f.
— *16. 5. 1929 Antwortnote der peruanischen Regierung an den amerikanischen Botschafter in Lima 257 f.
— *3. 6. 1929 Vertrag zwischen Peru und Chile 258 ff.
— *3. 6. 1929 Zusatzprotokoll zum Vertrag zwischen Peru und Chile vom 3. 6. 1929 263 f.
— *1. 8. 1929 Protestnote Boliviens 265 ff.
— Arica, Anspruch Boliviens auf Wiedergewinnung seiner Küstensouveränität über — 266 ff.
— — Verbleib bei Chile 255, 259
— Denkmal auf dem Morro von Arica 256, 263 f.
— Eisenbahnen 256, 262, 264, 266, 270
— Gebietsabtretung an eine dritte Macht 264, 265 f.
— Gebietsteilung 255, 259 f.
— Gebietsübergabe 256, 261 f.
— Gemischte Kommission zur Festlegung der Grenzlinie 255 f., 260 f.
— Grenzlinie 255 f., 259 ff.
— Grenzpolizeiabkommen 262
— Hafenerleichterungen 256, 261, 264
— Kanäle 260
— Kondominium Chiles und Perus 264, 270
— Schuldenerlaß 256, 262
— Staatsangehörigkeit der in Tacna und Arica geborenen Kinder 256, 262 f.
— Tacna, Übergabe an Peru 255 f., 259 ff.
— Tacora-Schwefelgruben 255, 260
— Übergabeprotokoll 261
— Vorbehalte Boliviens 265 ff.
— wohlerworbene Rechte 256, 262
**Taft,** Präsident, s. Vereinigte Staaten von Amerika (Telegramm)
**Thronfolgerecht** s. Britisches Reich (Thronfolge)
**Trianon-Vertrag vom 4. 6. 1920** Art. 304, Zweck 7 ff.
**Tribunaux Arbitraux Mixtes,** keine Bindung an Abkommen der Ausgleichsämter 56
— Staatsangehörigkeit juristischer Personen nach der Rechtsprechung der — 52 ff.
— TAM italo-bulgare, Aufhebung 237 f.
— TAM roumano-bulgare ad hoc auf Grund des bulgarisch-rumänischen Abkommens vom 20. 1. 1930 236 f.
— Verjährung von Ansprüchen auf Grund eines Frachtvertrages wegen Verlustes von Gütern nach der Rechtsprechung des T. A. M. germano-belge 57 f.
— Zuständigkeit nach Art. 297 e des Versailler Vertrages 50 f.

(Versailler Vertrag vom 28. 6. 1919)
— — Begriff »jugement« in — 46 f.
— — Verhältnis zu Art. 302 Abs. 4 47
— Art. 302 Abs. 4, Anwendung des — auf richterliche Handlungen der an Stelle der ordentlichen Gerichte fungierenden Instanzen 47
— — Einziehung einer der Beschlagnahme zu Zwecken des Wirtschaftskrieges unterliegenden Ware ohne Ausstellung eines Requisitionsscheines zur Strafe für ihre Nichtanmeldung keine mesure judiciaire im Sinne des — 40, 48 f.
— — mesures exceptionnelles de guerre (mesures de disposition) im Sinne des Art. 297 des Versailler Vertrages keine mesures judiciaires im Sinne des — 40, 47 f.
— — Stellung im Rahmen des Art. 302, des Teils X und des ganzen Vertrages 43 ff.
— — Verhältnis zu Art. 302 Abs. 2 47 f.
— — Verhältnis zu Teil VIII Sekt. I 47 f.
— — nur zivilrechtliche Urteile im weitesten Sinne, nicht Strafurteile als mesures judiciaires im Sinne des — 50 f.
— Art. 304 b II, keine Anwendung des — auf Ansprüche gegen eine nach türkischem Recht in der Türkei errichtete Gesellschaft 54
— — — auf Ansprüche auf Grund des öffentlichen Rechts 58
— — — auf den Vergütungsanspruch eines Kriegsgefangenen wegen geleisteter Arbeit 57 ff.
— — Behandlung eines nach dem 10. 1. 1920 durch Schuldübernahme an die Stelle eines deutschen Altschuldners getretenen polnischen Staatsangehörigen bei der Prüfung der Zuständigkeit des Gemischten Schiedsgerichts 95
— — Zuständigkeit der Gemischten Schiedsgerichte nach — 52, 54, 57 ff., 95
— Art. 305, Annahme des Vorliegens eines »jugement d'un tribunal compétent« im Sinne des — durch das Gericht ohne eigene Nachprüfung angesichts der Erklärung des Beklagten über das Vorliegen eines solchen im Sinne des Landesrechts des Beklagten 14, 17
— — Begriff »jugement d'un tribunal compétent« im — kein Verweis auf Landesrecht 25 f.
— — — Umfang 26
— — Entscheidungen des Polnischen Liquidationskomitees als jugements d'un tribunal compétent im Sinne des — 17, 25 f.
— — Zweck des — 26
— Art. 306, Vorgehen der englischen Regierung gegen die bestehenden deutschen Patente auf Grund der Verordnung vom 19. 7. 1920 im Rahmen des — 75 ff.
— Art. 365, Begriff »de plein droit« im — 82 ff.
— — Berufung ausländischer und deutscher Staatsangehöriger auf — 81 ff.
— — unmittelbare privatrechtliche Wirkungen des — 81 ff., 86
— — Verpflichtung zur Gewährung von Individualansprüchen, Frage einer — 81 ff.
— Auslegung nach dem Parteiwillen unzulässig beim — 26
— »Besetztes Gebiet« nach dem — 108
— deutsche Übersetzung, Unmaßgeblichkeit nach Völkerrecht und deutschem Reichsrecht 83
— Liquidationsrecht nach Art. 297 beschränkt auf Vorkriegsgebiet 30 f.
— — Polens nach dem — (nicht) beschränkt auf die abgetretenen Gebiete 14, 18 ff., 26 ff.
— mesures de disposition, Begriff der — 40, 43 ff.
— mesures exceptionnelles de guerre, Begriff der — 40, 43 ff.
— — Mietverträge mit deutschen Militärbehörden als versteckte Requisitionen und somit als — 59, 61
— — Verwendung von Kriegsgefangenen zu landwirtschaftlichen Arbeiten keine — 58
— mesures judiciaires, Einziehung von der Beschlagnahme zu Zwecken des Wirtschaftskrieges unterliegenden Waren ohne Ausstellung von Requisitionsscheinen zur Strafe für ihre Nichtanmeldung keine — 40, 48 f.
— — mesures exceptionnelles de guerre (mesures de disposition) im Sinne des Art. 297 des Versailler Vertrages keine — 40, 47 f.
— — nur zivilrechtliche Urteile im weitesten Sinne, nicht Strafurteile als — 50 f.
— Parteiwille beim — 26
— Patente, Liquidation nach dem — 75 ff.
— Pensionslasten 73 f.
— Puissance ennemie nach —, Polen eine (keine —) — 14, 19 f., 28 ff.
— Staatsangehörigkeit juristischer Personen nach dem — 52 ff.
— Staatsschulden 73
— Teil X Sekt. IV, Anwendungsbereich 40, 43 ff., 50 f.
— — Begriff der mesures exceptionnelles de guerre und der mesures de disposition im — 40, 43 ff.
— — Verhältnis zu Teil VIII Sekt. I 43 f.
— Teil X Sekt. IV Anl. § 4, Actes commis

(Tribunaux Arbitraux Mixtes)
— — nach Art. 302 Abs. 4 des Versailler Vertrages 40, 43 ff., 50 f.
— — nach Art. 304 b II des Versailler Vertrages 52, 54, 57 ff., 95
**Türkei,** Erklärung zur Intervention der Vereinigten Staaten von Amerika im russisch-chinesischen Streitfall auf Grund des Kelloggpaktes 273
— Gebietshoheit über das Mossulgebiet, Ende 35
— Mossulgebiet, Ende der Gebietshoheit der — 35
— Notenwechsel zwischen Frankreich und der — vom 29. 9./5. 10. 1929, betreffend Modifikation des französisch-türkischen Modus vivendi vom 29. 8. 1929 118

U.

**Ungarn,** Sopron-Köszeg-Eisenbahn s. Sopron-Köszeg-Eisenbahn
**Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken** s. Sowjetrußland
**Unterwesergebiet** s. Preußen (Gemeinschaftsarbeit)
**Unvereinbarkeitsbestimmungen** s. Danzig (Senatoren), Deutsches Reich (Reichsminister), Österreich (Rechnungshof), Italien

V.

**Vereinigte Staaten von Amerika,** Anerkennung der chinesischen Nationalregierung 149
— Erklärung des Marinesekretärs Demby im Repräsentantenhaus, betreffend Ansprüche auf die an Alaska grenzenden Polargebiete (1924), 160
— Erklärungen, betreffend die Intervention im russisch-chinesischen Streitfall auf Grund des Kelloggpaktes, s. Intervention
— Gebietsansprüche in der Arktis 160ff.
— Intervention im russisch-chinesischen Streitfall auf Grund des Kelloggpaktes, s. a. Intervention
— — 272 ff.
— — Stellungnahme der Mächte zur — 273
— kein Klagerecht nicht anerkannter revolutionärer Regierungen vor amerikanischen Gerichten 148 f.
— Note Großbritanniens, betreffend die britischen Gebietsansprüche in der Antarktis, vom 17. 11. 1928 161
— — an Großbritannien, betreffend Zurückziehung des Einspruchs gegen die britischen Gebietsansprüche in der Antarktis, vom 15. 11. 1929 161
— Noten, betreffend die Intervention im russisch-chinesischen Streitfall auf Grund des Kelloggpaktes, s. Intervention

(Vereinigte Staaten von Amerika)
— Noten und Vorschläge, betreffend die Beilegung des Tacna-Arica-Streitfalls, s. Tacna-Arica-Streitfall
— Telegramm des Präsidenten Taft an Peary, betreffend Erwerb des Nordpols (1909), 160
— Zuständigkeit der District Courts für Klagen gegen fremde Staaten bei Nichtgeltendmachung der Immunität 150
**Verfassungsänderung,** Bestimmungen über die —, s. Britisches Reich (Australien, Irischer Freistaat, Kanada, Neuseeland, Südafrikanische Union), Danzig
**Verfassungsgerichtsbarkeit** s. Deutsches Reich (Staatsgerichtshof), Österreich (Verfassungsgerichtshof)
**Versailler Vertrag vom 28. 6. 1919** Art. 74 Abs. 2, keine unmittelbaren privatrechtlichen Wirkungen des — 85 f.
— Art. 92 Abs. 4, Verhältnis zu Art. 297 14, 18 f., 26 ff.
— Art. 276, Außerkrafttreten 94 f.
— Art. 276 c, Bestimmungen hinsichtlich der steuerrechtlichen Behandlung französischer Staatsangehöriger in den deutsch-französischen Handelsabkommen vom 5. 8. 1926 und 17. 8. 1927 materiell gleichbedeutend dem — 95
— — Erlöschen der durch — herbeigeführten Bindung der deutschen Steuergesetzgebung 94 f.
— — Vereinbarkeit des — mit der Heranziehung italienischer Staatsangehöriger zu den Lasten des deutschen Aufbringungsgesetzes 93
— Art. 280 Abs. 2, kein Beschluß des Völkerbundsrates auf Grund des — 94
— Art. 297, (keine) Anwendung auf Polen 14, 19 ff., 28 ff.
— — »territoire« im Sinne des — nur Vorkriegsgebiet 30 f.
— — Verhältnis zu Art. 92 Abs. 4 14, 18 f., 26 ff.
— Art. 297 b, Gleichstellung deutscher kontrollierter Gesellschaften mit deutschen Staatsangehörigen nur hinsichtlich der Liquidierbarkeit 52 ff.
— Art. 297 e, Anwendung des — auf versteckte Requisitionen darstellende Mietverträge mit deutschen Militärbehörden 59, 61
— — keine Anwendung des — auf Maßnahmen gegen die Person 57 f.
— — — auf mesures exceptionnelles de guerre im besetzten Gebiet 50 f.
— — Verwendung eines Kriegsgefangenen zu landwirtschaftlichen Arbeiten keine mesure exceptionnelle de guerre im Sinne des — 58
— Art. 297 i, keine unmittelbaren privatrechtlichen Wirkungen des — 85 f.
— Art. 302 Abs. 2, keine Anwendung des — auf Strafurteile 40, 46

**(Versailler Vertrag vom 28. 6. 1919)**
im Sinne des — nur völkerrechtswidrige Handlungen 62, 64, 66, 68
— Teil X Sekt. V, Anwendung nur auf Privatrechtsverhältnisse 50 f.
— — keine Anwendung auf mesures exceptionnelles de guerre und mesures de disposition im Sinne der Sektion IV des Teils X 40, 45 ff.
**Vertragsauslegung** s. Staatsverträge (Auslegung)
**Verwaltungsgerichtsbarkeit** s. Italien (Provinzialverwaltungsgiunta, Staatsrat, Verwaltungsgerichte), Österreich (Verwaltungsgerichtshof)
**Völkerbundsrat,** Bericht der durch Entschließung vom 30. 9. 1924 eingesetzten Kommission an den — über die Frage der Grenze zwischen der Türkei und dem Irak vom 16. 7. 1925 35
— — der Internationalen Juristenkommission an den — über die Frage der Ålandinseln vom 5. 9. 1920 33 ff.
— Entscheidung vom 23. 2. 1921 über die legale politische Lage Ostgaliziens 35
**Völkerrecht** und Landesrecht, keine Änderung des Vertragsinhalts durch Umwandlung eines völkerrechtlichen Vertrages in Landesrecht 83
— — Auslegung des einen völkerrechtlichen Vertrag in Landesrecht umwandelnden Gesetzes nach völkerrechtlichen Grundsätzen 83 f.
— — Begriff »jugement d'un tribunal compétent« im Art. 305 des Versailler Vertrags kein Verweis auf Landesrecht 25 f.
— — Individualrechte, Voraussetzungen der Begründung von Ansprüchen auf landesrechtliche — durch völkerrechtliche Verpflichtung 82 ff.
— — Vertragsverletzungen, Strafbarkeit einer die militärische Sicherheit des Landes gefährdenden Bekanntgabe von — 87
**(Völkerrecht)**
— — Vorrang (landesrechtlicher) eines später ergangenen und eine Sonderregelung enthaltenden Gesetzes vor entgegenstehenden allgemeinen völkerrechtlichen Grundsätzen 88, 91 f.
**Völkerrechtliche Verträge** s. Staatsverträge
**Volksbegehren** s. Deutsches Reich
**Volksentscheid** s. Deutsches Reich
**Vorkriegsanleihen,** Vereinbarungen über — 322 ff.
— — *zwischen Bulgarien und der Direction der Disconto-Gesellschaft 324 ff.
— — zwischen Deutschland und Rumänien 322
— — *zwischen Rumänien und J. Henry Schröder & Co. 322 ff.

## W.

**Wahlrecht** s. Britisches Reich (Indien [Verfassung]), China (Wahlgesetz), Finnland (Wahlgesetze), Österreich (Wahlverfahren), Sowjetrußland (Rätewahlen)
**Wohlerworbene Rechte,** s. a. Brasilien (Verpflichtungen und Rechte), Tacna-Arica-Streitfall (wohlerworbene Rechte)
— keine Berührung durch Aufhebung des sie begründenden Vertrages 153, 157

## Y.

**Youpis,** J., arbitre grec T. A. M. gréco-allemand 62, 65

## Z.

**Zivilbevölkerung,** Verpflichtung der Kriegführenden zur Schonung der — und ihres Eigentums als allgemein anerkannter Grundsatz des Völkerrechts 62, 64
**Zuständigkeit,** Prüfung der Voraussetzungen für die — eines internationalen Gerichts ex officio 14, 17, 25
— der Tribunaux Arbitraux Mixtes s. Tribunaux Arbitraux Mixtes

# 2. Vertragsregister

Endgültiger Friedensvertrag zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und Großbritannien vom 3. 9. 1783 139
Art. VI 138
Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsvertrag zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten von Amerika (Jay Treaty) vom 19. 11. 1794
Art. III 137, 139, 141
Art. IX 138 f.
Art. XXVIII 141
Wiener Schlußakte vom 9. 6. 1815 129
Petersburger Abkommen zwischen Großbritannien und Rußland vom 28. (16.) 2. 1825 162
Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsabkommen zwischen den Hanseatischen Republiken und den Vereinigten Staaten von Amerika vom 20. 12. 1827
Art. 7 155
Handels- und Schiffahrtsvertrag zwischen Preußen und den Vereinigten Staaten von Amerika vom 1. 5. 1828 156 f.
Art. 14 154 f.

Mainzer Rheinschiffahrtsabkommen vom 31. 3. 1831 129 f.
Art. 85 129
Londoner Vertrag zwischen Österreich, Belgien, Frankreich, Großbritannien, Preußen und Rußland über die Abtrennung Belgiens von Holland vom 15. 11. 1831 24
Vertrag zwischen Belgien und Preußen wegen gegenseitiger Auslieferung flüchtiger Verbrecher vom 29. 7. 1836 24
Friedens- und Freundschaftsvertrag zwischen Frankreich und Haiti vom 12. 2. 1838 125
Schiffahrtsabkommen zwischen Sardinien und Belgien vom 10. 10. 1838 24
Londoner Vertrag zwischen Belgien, den Niederlanden und Luxemburg über die endgültige Trennung der Gebiete vom 19. 4. 1839 24
Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsvertrag zwischen Chile und Frankreich vom 15. 9. 1846 124
Abkommen zwischen Frankreich und Costa-Rica und Beitritt zum Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsvertrag zwischen Frankreich und Guatemala vom 6. 3. 1848 vom 12. 3. 1848 124
Handels- und Schiffahrtsvertrag zwischen Frankreich und Liberia vom 17. 4. 1852 125
Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsvertrag zwischen Frankreich und Honduras vom 20. 2. 1853 125
Konsularabkommen zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten von Amerika vom 23. 2. 1853 125
Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsvertrag zwischen Frankreich und Nicaragua vom 11. 4. 1859 125
Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsvertrag zwischen Frankreich und Peru vom 9. 3. 1861 125
Konsularabkommen zwischen Frankreich und Spanien vom 7. 1. 1862 112 f., 119, 125
Art. 1 113
Abkommen zwischen Rußland und den Vereinigten Staaten von Amerika über die Zession Alaskas vom 30. 3. 1867 162
Mannheimer Rheinschiffahrtsakte vom 17. 10. 1868 127 ff.
Art. 36 128
Art. 39 128
Art. 40 129
Art. 40 Abs. 3 128
Konsularvertrag zwischen dem Norddeutschen Bund und Spanien vom 21. 2. 1870 95
Konsularabkommen zwischen dem Deutschen Reich und den Vereinigten Staaten von Amerika vom 11. 12. 1871
Art. 10 155
Konsularvertrag zwischen dem Deutschen Reich und Spanien vom 12. 1. 1872 95
Niederlassungsvertrag zwischen Frankreich und der Schweiz vom 23. 2. 1882 125
Handelsabkommen zwischen Frankreich und Großbritannien vom 28. 2. 1882 119, 122, 125
Abkommen zwischen Bulgarien, Österreich-Ungarn, Serbien und der Türkei über die Eisenbahnen vom 9. 5. 1883
Art. 16—18 180
Friedens- und Freundschaftsvertrag zwischen Chile und Peru vom 20. 10. 1883 256, 262, 265, 267
Art. 3 259
Pariser Münzkonvention zwischen der Schweiz, Frankreich und Italien vom 6. 11. 1885 11
Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsvertrag zwischen Frankreich und Mexiko vom 27. 11. 1886 125
Internationales Abkommen von Bern über den Eisenbahnfrachtverkehr vom 14. 10. 1890 186
Handels-, Zoll- und Schiffahrtsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und Italien vom 6. 12. 1891 90
Art. 4 Abs. 2 90
Abkommen zwischen Frankreich und Kolumbien, betreffend Niederlassung, Handel und Schiffahrt, vom 30. 5. 1892 125
Handels- und Schiffahrtsabkommen zwischen Frankreich und Paraguay vom 21. 7. 1892 125
Zusatzabkommen zum Vertrage vom 10. 7. 1853 zwischen Argentinien und Frankreich vom 19. 8. 1892 125
Zusatzabkommen zu dem internationalen Abkommen über den Eisenbahnfrachtverkehr vom 14. Oktober 1890 vom 16. 6. 1898 186
Haager Abkommen zur friedlichen Erledigung internationaler Streitigkeiten vom 29. 7. 1899 275
Handels- und Schiffahrtsabkommen zwischen Frankreich und Venezuela vom 29. 2. 1902 126
Vertrag zwischen Preußen und Bremen wegen einer Erweiterung der Hafen- und Verkehrsanstalten zu Bremerhaven und eines aus diesem Anlasse vorzunehmenden Austausches von Gebieten bei Bremerhaven und bei Fischerhude, Kreis Achim, vom 21. 5. 1904 568, 571
Art. 13 568
Art. 14 568
Art. 22 568
Zusatzvertrag zum Handels-, Zoll- und Schiffahrtsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und Italien vom 6. 12. 1891 vom 3. 12. 1904 90
Zusatzvertrag zu dem Vertrage vom 21. 5. 1904 zwischen Preußen und Bremen wegen einer Erweiterung der Hafen-

(Friedensvertrag von Versailles)
Art. 300 40 f., 45 f., 86
Art. 300a 40, 45 f., 58
Art. 300b 40, 45 f.
Art. 300c 40, 46
Art. 300d 40, 45 f.
Art. 300e 40, 46
Art. 300g 46
Art. 301 46
Art. 302 40 f., 43, 45 ff.
Art. 302 Abs. 2 40, 46 ff., 51
Art. 302 Abs. 3 51
Art. 302 Abs. 4 40, 43, 47, 49 ff.
Art. 303 29
Teil X Sekt. VI 46
Art. 304 52, 61
Art. 304b 95
Art. 304b II 52 ff., 57 ff., 95
Art. 305 14 ff., 25 f.
Teil X Sekt. VII 17, 26, 29
Art. 306 75, 77 ff.
Art. 306 Abs. 5 77
Art. 306 Abs. 6 76, 78 f.
Art. 354 127 ff.
Art. 365 81 f., 86
Art. 365 Abs. 1 82
Art. 365 Abs. 1 Satz 1 82, 84
Art. 365 Abs. 1 Satz 2 84
Art. 429 576
Art. 430 576
Art. 434 31
Art. 440 Abs. 3 83
Völkerbundspakt vom 28. 6. 1919 339
Art. 8 407
Art. 21 331
Minderheitenschutzvertrag mit Polen vom 28. 6. 1919 94
Präambel 23, 34, 39 f.
Friedensvertrag von St. Germain vom 10. 9. 1919 31 ff., 37
Art. 91 35
Art. 213 233
Art. 320 3 ff.
Friedensvertrag von Neuilly vom 27. 11. 1919 232, 236 ff.
Art. 122 231
Art. 132 231
Art. 141 232
Art. 145 233
Art. 146 231
Art. 177 238
Teil IX Sekt. IV Anl. § 4 238
Pariser Vertrag über Spitzbergen vom 9. 2. 1920 35, 160
Friedensvertrag von Trianon vom 4. 6. 1920
Art. 196 233
Art. 304 3 ff., 11
Vertrag zwischen den Alliierten Hauptmächten und Rumänien über Bessarabien vom 28. 10. 1920 35
Friedensvertrag von Riga vom 18. 3. 1921 23 f., 32, 37
Art. 2 39
Art. 3 33, 39
Handelsabkommen zwischen Finnland und Frankreich vom 13. 7. 1921 125
Abkommen von Barcelona über die Freiheit des Durchgangsverkehrs vom 20. 8. 1921 186
Friedensvertrag von Berlin zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika vom 25. 8. 1921 156 f.
Art. 2 § 5 156
Internationales Abkommen von Streza über den gegenseitigen Gebrauch der Beförderungsmittel vom 12. 10. 1921 186, 188
Protokoll zwischen der österreichischen Bundesregierung und der Kgl. ungarischen Regierung über die Regelung des Eisenbahnverkehrs durch das Gebiet der Stadt Sopron und Umgebung vom 19. 1. 1922 4 f., 9
Konvention zwischen Österreich, Italien, Polen, Rumänien, Jugoslawien und der Tschechoslowakei vom 6. 4. 1922 72
Vertrag zwischen Deutschland und Dänemark, betreffend die Fürsorge der Rentenempfänger und Pensionäre, vom 10. 4. 1922 72
Abkommen zwischen Frankreich und Guatemala vom 28. 7. 1922 125
Abkommen zur Verbesserung und Ausdehnung der Handelsbeziehungen zwischen Kanada und Frankreich vom 15. 12. 1922 125
Protokoll über die bulgarische Reparationsschuld, vereinbart zwischen Bulgarien und der Commission Interalliée de Bulgarie am 21. 3. 1923 230 f.
Vertrag zwischen der belgischen und französischen Regierung einerseits und der bulgarischen Regierung andererseits über ein der bulgarischen Regierung gewährtes Moratorium vom 14. 4. 1923 232
Vereinbarung über die Emmission der 6½ proz. bulgarischen Staatsanleihe von 1923 vom 14. 4. 1923 232
*Convention entre la Grèce et le Royaume des Serbes, Croates et Slovènes pour régler le transit par la voie de Salonique, signée à Belgrade, le 10 mai 1923 167 ff., 176, 180 ff.
Art. 2 168, 171
Art. 4 168
Art. 5 172
Art. 8 168
Art. 12 168
Protocole A 169, 185 ff.
Protocole A 2 169, 192
Protocole B 169, 192 ff.
Protocole C 169, 194 ff.
Vertrag zwischen der Société des porteurs de créances civiles en Bulgarie und der Bulgarischen Nationalbank vom 30. 5. 1923 233
Handelsabkommen zwischen Frankreich und Österreich vom 22. 6. 1923 125

und Verkehrsanstalten zu Bremerhaven und eines aus diesem Anlasse vorzunehmenden Austausches von Gebieten bei Bremerhaven und bei Fischerhude, Kreis Achim, vom 26. 5. 1905 568
Zweites Zusatzabkommen zu dem internationalen Abkommen über den Eisenbahnfrachtverkehr vom 14. Oktober 1890, vom 19. 9. 1906 186
I. Haager Abkommen zur friedlichen Erledigung internationaler Streitigkeiten vom 18. 10. 1907 275
V. Haager Abkommen, betreffend die Rechte und Pflichten der neutralen Mächte und Personen im Falle eines Landkrieges, vom 18. 10. 1907 66
Haager Landkriegsordnung vom 18. 10. 1907 (Anlage zum IV. Haager Abkommen, betreffend die Gesetze und Gebräuche des Landkriegs [Landkriegsabkommen] vom 18. 10. 1907) 48
Art. 4—20 59
Art. 6 Abs. 3 59
Art. 6 Abs. 5 59
Art. 7 59
Art. 8 Abs. 1 59
Art. 26 62, 64 ff.
Staatsvertrag zwischen Preußen und Hamburg vom 14. 11. 1908 (Köhlbrandvertrag) 562
Handels- und Schiffahrtsabkommen zwischen Dänemark und Frankreich vom 9. 2. 1842 nebst Zusatzartikeln vom 9. 2. 1910 124
Zusatzartikel zum Handels- und Schiffahrtsabkommen zwischen Dänemark und Frankreich vom 9. 2. 1842 vom 9. 2. 1910 124
Handels- und Schiffahrtsabkommen zwischen Frankreich und Japan vom 19. 8. 1911 125
Freundschafts- und Bündnisvertrag zwischen dem Königreich Bulgarien und dem Königreich Serbien vom 29. 2. 1912 173
Bündnisvertrag zwischen Serbien und Griechenland vom 19. 5. 1913 170, 173, 176
Art. 7 166
*Convention du 10 mai 1914 réglant le transit serbe par voie de Salonique 166, 168 f., 173, 177 ff.
Art. 1 166
Art. 2 167
Art. 3 167
Art. 6 167
Art. 9 168
Art. 17 167
Friedensvertrag von Brest-Litowsk zwischen den Zentralmächten und Rußland vom 3. 3. 1918 23, 36, 39
Waffenstillstandsvertrag mit Deutschland vom 11. 11. 1918 108
Friedensvertrag von Versailles vom 28. 6. 1919 32 f., 35, 37, 52 ff., 78, 85, 87, 94 f., 108, 142, 156
Präambel 29
Art. 45 ff. 94
Art. 54 Abs. 3 53
Art. 63 73
Art. 73 61
Art. 74 18, 53, 55, 85
Art. 74 Abs. 2 84 ff.
Teil III Sekt. VIII 27
Art. 87 21, 36 f., 102
Art. 87 Abs. 3 23, 36 f.
Art. 87 ff. 22
Art. 92 18 f., 27 f., 40
Art. 92 Abs. 4 14 ff., 25 ff.
Art. 92 Abs. 4 Ziff. 1, 2 19, 27
Art. 102 73
Art. 107 73
Art. 108 73
Art. 116 36
Art. 116 Abs. 1 36
Art. 116 Abs. 2 19
Art. 147 70
Teil VIII 43
Teil VIII Sekt. I 43, 47
Art. 231 576
Art. 232 29
Art. 232 ff. 44, 46
Art. 242 43
Teil VIII Anl. 1 47
Art. 254 73
Art. 259 Ziff. 6 19
Art. 261 233
Teil X 18, 43
Art. 276 94
Art. 276 c 93 ff.
Art. 279 106
Art. 280 94
Art. 280 Abs. 2 94 f.
Art. 281 143
Art. 289 90, 156
Art. 292 19
Teil X Sekt. III 17, 26, 29, 43
Art. 296 643
Teil X Sekt. IV 17, 26, 29, 40, 43 ff.
Art. 297 14, 17 ff., 22, 24, 26 ff., 36, 40, 43 f., 46 f., 55, 643
Art. 297 Präambel 28 f.
Art. 297 b 15 ff., 24 f., 27 f., 30 f., 52 ff.
Art. 297 d 20, 30
Art. 297 e 20, 30, 43 f., 49 ff., 57 ff., 61
Art. 297h 19, 24, 26 ff.
Art. 297h Abs. 2 15, 18, 22
Art. 297i 80, 84 ff.
Teil X Sekt. IV Anl. § 1 44
— § 1 Abs. 2 44
— § 4 62 ff., 68, 643
— § 5 53
— § 13 44
Teil X Sekt. V 17, 26, 29, 45 ff., 50 f.
Art. 299 45, 86

Reglement, betreffend die Anwendung des Protokolls vom 21. 3. 1923 über die bulgarische Reparationsschuld, vereinbart zwischen Bulgarien und der Commission Interalliée de Bulgarie am 7. 7. 1923 231
Genfer Abkommen und Statut über das internationale Regime der Seehäfen vom 9. 12. 1923 174 f.
Statut Art. 15 175
Kopenhagener Abkommen zwischen Dänemark und Norwegen über Ostgrönland nebst Notenwechsel vom 9. 7. 1924 160
Vertrag zwischen Großbritannien-Nordirland und der Sowjet-Union vom 8. 8. 1924 286
Art. 16 284 f., 287 f.
Dawesplan, Londoner Vereinbarungen über den — von 1924 75 ff., 79 f.
Teil I Abschn. XI 79
Schlußprotokoll der Londoner Konferenz vom 16. 8. 1924 108
Weltpostkonvention von Stockholm vom 28. 8. 1924
Art. 33 222
Deutsch-polnisches Abkommen über Staatsangehörigkeits- und Optionsfragen vom 30. 8. 1924 94
Internationales Abkommen von Bern über den Eisenbahnfrachtverkehr vom 23. 10. 1924 208, 210, 213
Handelsabkommen zwischen Frankreich und Lettland vom 30. 10. 1924 125
Handelsabkommen zwischen Frankreich und Polen vom 9. 12. 1924 125
Abkommen zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich Ägypten über Niederlassung und Gerichtsbarkeit vom 16. 6. 1925 70
Abkommen zwischen dem Deutschen Reich und Italien zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Regelung anderer Fragen auf dem Gebiete der direkten Steuern vom 31. 10. 1925 88, 92 f.
Art. 13 93
Schlußprotokoll Ziff. 13, 15 93
Handels- und Schiffahrtsvertrag zwischen dem Deutschen Reiche und Italien vom 31. 10. 1925 88 ff.
Art. 5 90 f.
Art. 7 90
Art. 8 89, 91
Art. 8 Abs. 4 90
Schlußprotokoll zu Art. 8 89, 91
Art. 12 92 f.
Internationales Sanitätsabkommen von Paris vom 21. 6. 1926 200
Art. 17 200
Vorläufiges Handelsabkommen zwischen Deutschland und Frankreich vom 5. 8. 1926 95
Art. 8 Abs. 6 95
Nachtrag zum Zusatzvertrage mit Hamburg zum Staatsvertrage, betreffend den Übergang der Wasserstraßen von den Ländern auf das Reich, vom 27. 9. 1926/12. 1./9. 3. 1927 562
Nachtrag zum Zusatzvertrage mit Preußen zum Staatsvertrage, betreffend den Übergang der Wasserstraßen von den Ländern auf das Reich, vom 27. 9. 1926/12. 1./9. 3. 1927 562
Handelsabkommen zwischen Deutschland und Frankreich vom 17. 8. 1927 95, 125
Art. 25 95
Niederlassungsabkommen zwischen Belgien und Frankreich vom 6. 10. 1927 125
Modus vivendi zwischen Frankreich und Italien vom 3. 12. 1927 125
Convention-annexe à l'accord forfaitaire sur le règlement des petites créances conclu à Paris le 22 déc. 1927 entre les Offices de vérification et de compensation belge et allemand
Art. 1 56
Vorläufiges Übereinkommen zwischen Frankreich und Persien vom 11. 5. 1928 125
Handelsabkommen zwischen Frankreich und der Tschechoslowakei vom 2. 7. 1928 126
*Roumanian Debt Agreement between the Royal Roumanian Government and J. Henry Schröder & Co. made the fourth day of July 1928 322 ff.
Kelloggpakt vom 27. 8. 1928 272 ff.
Art. II 273 f.
Protokoll über die Genehmigung der 7½proz. bulgarischen Stabilisierungsanleihe von 1928, vereinbart zwischen Bulgarien und der Commission Interalliée de Bulgarie am 24. 9. 1928 231
Generalakte über die friedliche Regelung internationaler Streitigkeiten vom 26. 9. 1928 406 f.
*Protocoles concernant la Zone franche serbe à Salonique, signés à Belgrade, le 11 octobre 1928 170, 197 ff.
*Vertrag zwischen der Regierung des Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen und der Schwedischen Zündholzaktiengesellschaft vom 30. 10. 1928 288 ff.
Abkommen zur Beilegung der finanziellen Streitfragen zwischen Deutschland und Rumänien vom 10. 11. 1928 322
Konsular- und Niederlassungsabkommen zwischen Frankreich und dem Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen vom 30. 1. 1929 125
*Staatsvertrag zwischen Hamburg und Preußen über die Gründung einer Hafengemeinschaft vom 9./13. 3. 1929 560 ff., 569 f., 573
Handels-, Schiffahrts- und Niederlassungsabkommen zwischen Frankreich und Griechenland vom 11. 3. 1929 125
Handelsabkommen zwischen Estland und Frankreich vom 15. 3. 1929 125

*Protocoles ayant pour but de préciser la manière d'appliquer les dispositions de la Convention du 10 mai 1923, concernant la Zone Libre Serbe à Salonique, signés à Genève, le 17 mars 1929 170 ff., 199 ff.
Protocole du Service du Port 170, 199 ff.
Art. 10 171
Art. 12 171
Protocole concernant le Service Ferroviaire 170, 208 ff.
Protocole du Service Douanier 170, 217 ff.
Protocole du Service des Postes, Télégraphes et Téléphones 170, 221 ff.
Protocole du Service Vétérinaire 170, 223 f.
Protocole Final 170, 224 ff.
Art. 3 172
Art. 6 171
Protocole concernant le règlement des réclamations financières relative à la ligne Salonique-Djevdjeli (frontière) 170, 173, 229 f.

Pacte d'amitié, de conciliation et de règlement judiciaire entre la Yougoslavie et la Grèce, signé à Belgrade le 27 mars 1929 176
Art. 1 176

*Vertrag zwischen der Königlich Bulgarischen Regierung und der Direction der Disconto-Gesellschaft vom 4. 5. 1929 324 ff.

*Vertrag zwischen Peru und Chile zur Entscheidung der Frage von Tacna und Arica vom 3. 6. 1929 258 ff.
*Zusatzprotokoll vom 3. 6. 1929 263 ff.

Provisorische Grenzabkommen zwischen Bulgarien und Jugoslawien vom 26. 9. 1929, Ordnung B über den Grenzdienst 249 f.
Art. 6 250 f.

*Vertrag zwischen dem Deutschen Reich und der Svenska Tändsticks-Aktiebolaget sowie der N. V. Financieele Maatschappij Kreuger & Toll vom 26. 10. 1929 298 ff., 547

*Accord concernant le règlement des réparations bulgares, signé à La Haye, le 20 janvier 1930 230 ff.

*Accord entre le gouvernement bulgare et le gouvernement roumain au sujet des biens bulgares séquestrés en Roumanie, signé à La Haye, le 20 janvier 1930 235 ff.

*Accord entre l'Italie et la Bulgarie pour le Tribunal Arbitral Mixte et biens, droits et intérêts bulgares, signé à La Haye, le 20 janvier 1930 237 f.

Haager Abkommen zwischen Italien und dem Deutschen Reich über die endgültige Regelung der noch offenen Fragen des Teils X des Vertrages von Versailles vom 20. 1. 1930 642

*Abkommen zwischen dem Königreich Bulgarien und dem Königreich Jugoslawien über die Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit an der Grenze vom 14. 2. 1930 249 ff.

*Abkommen zwischen dem Königreich Bulgarien und dem Königreich Jugoslawien über die Liquidierung des Doppelbesitzes vom 14. 2. 1930 239 ff.
Art. 2 250

Übereinkommen zwischen Hamburg und Preußen über Verwaltung, Betrieb und Ausbau der Hochseefischereimärkte und -häfen im Nordseegebiet vom 5. 3. 1930 569 f.

*Vertrag zwischen der Regierung der Republik Litauen und der Svenska Tändsticks-Aktiebolaget vom 12. 4. 1930 314 ff.

Staatsvertrag über eine Gemeinschaftsarbeit zwischen Bremen und Preußen vom 21. 6. 1930
Art. III Abs. 2 569
Anl. 1. Abkommen zwischen Preußen und Bremen über die Förderung der Hochseefischerei in ihrem Gebiet 569 ff.
Anl. 2. Abkommen zwischen Preußen und Bremen, betreffend den Preußisch-Bremischen Staatsvertrag vom 21. 5. 1904/26. 5. 1905 569 f.
Anl. 3. Preußisch-Oldenburgisch-Bremisches Abkommen über die einheitliche Handhabung der Wasserpolizei 569, 571
Anl. 4. Preußisch-Oldenburgisch-Bremisches Abkommen über die Vorlage eines Staatsvertrages an das Reich über die Verwaltung der Wasserpolizei 569, 571
Anl. 5. Abkommen zwischen Preußen und Bremen über kommunale Richtlinien für die Zusammenarbeit der preußischen und bremischen Gemeinden 569, 571
Anl. 6. Abkommen zwischen Preußen und Bremen über die Regelung des kommunalen Lastenausgleichs 569, 571
Anl. 7. Abkommen zwischen Preußen und Bremen über eine Regelung der örtlichen Zuständigkeit der preußischen und bremischen Polizeibeamten 569, 571 f.

(Staatsvertrag über eine Gemeinschaftsarbeit zwischen Bremen und Preußen)
Anl. 8. Preußisch-Oldenburgisch-Bremisches Abkommen über die Verkehrsregelung im Unterwesergebiet 569, 571
Anl. 9. Abkommen zwischen Preußen und Bremen über Landesplanung im Unterwesergebiet 569, 571
Anl. 10. Weser-Ems-Abkommen 569, 572
Schlußprotokoll 569 f.

## Anhang

Cour Permanente de Justice Internationale, Statut
Art. 36 406 f.
Art. 40 184

# 3. Gesetzesstellenregister

**Ägypten**
5. 7. 1923 Indemnitätsgesetz 69, 71
**Brasilien**
Verfassung vom 24. 2. 1891 371
Art. 41 § 2 375
*11. 11. 1930 Verordnung Nr. 19398 über Einsetzung der provisorischen Regierung der Vereinigten Staaten Brasiliens und Erlaß anderer Bestimmungen 369 ff., 376
Art. 1 378
Art. 16 376
28. 11. 1930 Verordnung Nr. 19440 384
7. 1. 1931 Verordnung Nr. 19575 379
*3. 2. 1931 Verordnung Nr. 19656 über die vorläufige Reorganisation des Obersten Bundesgerichts und die Beschleunigung des Verfahrens 372 ff.
*20. 2. 1931 Verordnung Nr. 19719 über Neuordnung des Sondergerichtshofs, Regelung des Verfahrens und Erlaß anderer Vorschriften 372, 376 ff.
**Britisches Reich**
Großbritannien
New Zealand Constitution Act, 1852 389, 424 f.
sec. 56 416
sec. 58 414
sec. 59 416
sec. 65 416
Merchant Shipping Act, 1854 428
sec. 547 429
*Colonial Laws Validity Act, 1865 386 ff., 410 ff., 414, 420 ff., 429, 431 f., 438 f., 441 ff.
sec. 4 421 f.
sec. 5 424
British North America Act, 1867 387, 389, 417, 424 f., 428
sec. 9 454
sec. 10 454
sec. 11 454
sec. 55 416
sec. 56 414
sec. 57 416
Courts of Admiralty (Ireland) Act, 1867 437
**(Britisches Reich)**
Merchant Shipping (Colonial) Act, 1869
sec. 4 430
Fugitive Offenders Act, 1881 436
Interpretation Act, 1889 389, 428
sec. 18 427 f.
Colonial Courts of Admiralty Act, 1890 410, 417, 428, 431, 437 ff.
sec. 4 389, 439 f.
sec. 7 389, 439 f.
Merchant Shipping Act, 1894 412 f., 417, 428 ff., 435
Part I 401, 429 f.
Part II 430
Part III 429 f.
Part VI 404, 435
sec. 1 432
sec. 264 430
sec. 265 430
sec. 686 405
sec. 735 389, 429 f., 432, 439 f.
sec. 736 389, 430, 432, 439 f.
Merchant Shipping Acts, 1894 to 1906 429, 431
Colonial Stock Act, 1900 415 f.
Commonwealth of Australia Constitution Act 1900 389, 424, 430
sec. IX (The Constitution)
sec. 5 426
sec. 58 416
sec. 59 414
sec. 60 416
sec. 61 454
sec. 62 454
sec. 74 416
South Africa Act, 1909
sec. 8 454
sec. 9 454
sec. 64 416
sec. 65 414
sec. 66 416
sec. 85 416
sec. 106 416
sec. 151 417
sec. 152 425
Schedule sec. 25 417

**(Britisches Reich)**
British Nationality and Status of Aliens Act, 1914 427
Trading with the Enemy Amendment Act, 1914
sec. V 77
Government of India Act, 1919 440
sec. 52 (3) 478
sec. 67 457
sec. 80 A (3) (h) 476
Irish Free State Constitution Act, 1922
First Schedule (Constitution of the Irish Free State) 414, 417, 425
Art. 41 416
Second Schedule (Articles of Agreement between Great Britain and Ireland) 425
Landlord and Tenant Act, 1927 122

21. 7. 1908 Letters Patent, passed under the Great Seal of the United Kingdom, appointing the Governor of the Colony of the Falkland Islands to be Governor of South Georgia, the South Orkneys, the South Shetlands, the Sandwich Islands, and Graham's Land, and providing for the Government thereof as Dependencies of the Colony 161
28. 3. 1917 Letters Patent, passed under the Great Seal of the United Kingdom, providing for the further Definition and Administration of certain Islands and Territories as Dependencies of the Colony of the Falkland Islands 161, 163, 165
18. 8. 1919 Treaty of Peace Order, 1919 77
30. 7. 1923 Order in Council under the British Settlements Act, 1887 (50 & 51 Vict. c. 54), providing for the Government of the Ross Dependency 161
19. 7. 1920 Order of the Board of Trade, under section 5 (1) of the Trading with the Enemy Amendment Act, 1914 (5 Geo. 5, c. 12), as to „Vested Patents", „Vested Applications", and „Restored Patents" Nr. 8a 75 ff.
Shipping Casualties and Appeals and Rehearings Rules, 1923 404
Australien
Constitution (Commonwealth of Australia Constitution Act, 1900, sec. IX) 389
sec. 5 426
sec. 58 416
sec. 59 414
sec. 60 416
sec. 61 454

**(Britisches Reich)**
sec. 62 454
sec. 74 416
Südaustralien
Licensing Act, 1917 503
*Public Safety Preservation Act, 1930 502 ff.
Irischer Freistaat
Constitution (Constitution of the Irish Free State Act, 1922, First Schedule) 414, 417, 425
Art. 41 416
Articles of Agreement for a Treaty between Great Britain and Ireland (Constitution of the Irish Free State Act, 1922, Second Schedule) 425
Kanada
Constitution (British North America Act, 1867) 387, 389, 417, 424 f., 428
sec. 9 454
sec. 10 454
sec. 11 454
sec. 55 416
sec. 56 414
sec. 57 416
Canada Shipping Act 430
Neufundland
Constitution 414
Neuseeland
Constitution (New Zealand Constitution Act, 1852) 424 f.
sec. 56 416
sec. 58 414
sec. 59 416
sec. 65 416
Südafrikanische Union
Constitution (South Africa Act, 1909)
sec. 8 454
sec. 9 454
sec. 64 416
sec. 65 414
sec. 66 416
sec. 85 416
sec. 106 416
sec. 151 417
sec. 152 425
Schedule sec. 25 417

**Chile**
Strafgesetzbuch
Buch II Tit. II 504, 507
Buch II Tit. VIII 505
Art. 123 505
Art. 129 505
Art. 130 505
Art. 263 505
Strafprozeßordnung
Art. 73 Abs. 2 506
Art. 566 506
Militärgerichtsbarkeitsgesetz
Buch I Tit. III 505
Buch II Tit. IV 505
Buch III Tit. IV 505

**(Chile)**
Buch III Tit. V (1) 505
Art. 83 506
Art. 151 506
Art. 261 504
Art. 262 505
*24. 1. 1931 Gesetz Nr. 4935 über Bestrafung von Vergehen gegen die Sicherheit des Staates 504 ff.
**China**
*5. 2. 1929 Staatsangehörigkeitsgesetz 507 ff.
*16. 12. 1930 Pressegesetz 516 ff.
*1. 1. 1931 Wahlgesetz 513 ff.
**Danzig**
Verfassung
*Art. 6 523
*Art. 9 523 f.
*Art. 12 524
*Art. 25 524
*Art. 28 525
*Art. 29 522, 525
Art. 31 527
Art. 32 527
*Art. 33 525
*Art. 34 525
Art. 49 522
*Art. 69 522, 525 f.
Strafprozeßordnung
§ 49 534
§ 54 534
§ 76 534
Zivilprozeßordnung
§ 376 533
§ 382 533
§ 408 534
18. 6. 1901/15. 11. 1923 Unfallfürsorgegesetz für Beamte 526
2. 2. 1923/19. 7. 1924/19. 2. 1926/15. 12. 1928 Gesetz betr. die Aufwandsentschädigung der Volkstagsabgeordneten und nebenamtlichen Senatoren.
Überschrift 533
§ 9 Satz 3 533
§ 10 533
20. 6. 1923/3. 10. 1924/3. 12. 1928 Gesetz, betr. die Reisekosten der Staatsbeamten
§ 2 Abs. 1 534
§ 4 Abs. 2 534
6. 7. 1923/11. 1. 1929 Gesetz, betreffend die Abänderung von Vorschriften des Disziplinarrechts 526
23. 2. 1926 Beamten-Ruhestandsgesetz 526
23. 2. 1926 Beamten-Hinterbliebenengesetz 526
19. 10. 1928 Danziger Besoldungsgesetz 526
4. 7. 1930 Gesetz, betreffend Änderung der Verfassung der Freien Stadt Danzig 521 ff., 533
Art. 10 Abs. 2 522, 533
*9. 1. 1931 Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Senats (Senatorengesetz) 523, 526 ff.
§ 20 523
**Deutsches Reich**
Reichsverfassung vom 11. 8. 1919
Art. 4 91
Art. 18 573
Art. 19 574 f.
Art. 48 581
Art. 56 554
Art. 59 554
Art. 75 579
Art. 78 104
Art. 105 578
Art. 105 Satz 2 578
Art. 109 574, 578, 580
Art. 109 Abs. 1 574
Art. 109 Abs. 4 574
Art. 125 574, 576
Art. 130 574, 580
Art. 130 Abs. 2 575
Art. 142 580
Art. 148 576, 580
Art. 153 86, 578 f.
Art. 153 Abs. 2 579
Bürgerliches Gesetzbuch
§§ 328 f. 86
§ 862 102
§ 1004 103
Strafgesetzbuch
§ 31 549
§§ 81—86 549 ff.
§ 92 Nr. 3 576
§ 110 551
§ 128 548 f.
§ 129 548 f.
§ 360 Ziffer 8 580
Gerichtsverfassungsgesetz 545
§ 159 543 f.
Zivilprozeßordnung
§ 24 103
§ 33 98
§ 101 130
§ 114 Abs. 2 579
§ 249 98
§ 253 106
§ 263 Abs. 1 105
§ 280 98
§ 295 105
Strafprozeßordnung 539, 545
§§ 118—121 538
§ 122 Abs. 1 538
§ 122 Abs. 2 Satz 1 538
§ 122 Abs. 3 538
§ 127 Abs. 1 539
§ 154 546
§ 154 Abs. 3—5 546
§ 154a 546
§ 162 539
§ 245 Abs. 1 540
§ 456 546
§ 456a 546
Gebührenordnung für Rechtsanwälte
§ 75 546
§ 75a 546

**(Deutsches Reich)**
§ 75b 546
§ 75c 547
7. 5. 1874 Gesetz über die Presse
§§ 23 ff. 551
18. 6. 1901 Unfallfürsorgegesetz für Beamte und Personen des Soldatenstandes 552
17. 5. 1907 Reichsbeamtengesetz 552
17. 5. 1907 Beamtenhinterbliebenengesetz 552
19. 4. 1908 Reichsvereinsgesetz
§ 2 Abs. 1 550
§ 2 Abs. 2 550
§ 14 Abs. 2 550
§ 16 550
§ 18 Nr. 4 550
16. 7. 1919 Gesetz über den Friedensschluß zwischen Deutschland und den Alliierten und Assoziierten Mächten 86
13. 12. 1919 Reichsabgabenordnung
§ 1 92
3. 4. 1920 Reichsgesetz über den Wiederbeginn und den Ablauf von Fristen 58
10. 3. 1922 Gesetz über vorübergehende Rechtspflegemaßnahmen im Hinblick auf das Saargebiet 547
21. 7. 1922 Gesetz zum Schutz der Republik 581
28. 10./20. 11. 1923 Liquidationsschädengesetz 76 ff., 86
§ 1 77
§ 39 77
30. 8. 1924 Gesetz zur Aufbringung der Industriebelastung (Aufbringungsgesetz) 88, 91 f.
§ 4 Abs. 1 93
§ 5 Abs. 2 93
16. 7. 1925 Aufwertungsgesetz 96
§ 37 96
10. 8. 1925 Vermögenssteuergesetz
§ 2 Nr. 2a 89
6. 12. 1925 Gesetz über den Handels- und Schiffahrtsvertrag zwischen dem Deutschen Reiche und dem Königreich Italien vom 31. Oktober 1925 und über das Protokoll vom 12. Oktober 1925 sowie den Notenwechsel vom 31. Oktober 1925 über die Verlängerung des vorläufigen Handelsabkommens vom 10. Januar 1925 89
7. 12. 1925 Gesetz über das Abkommen zwischen dem Deutschen Reiche und Italien zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Regelung anderer Fragen auf dem Gebiete der direkten Steuern 92
6. 7. 1929 Gesetz, betr. die Aussetzung von Rechtsstreitigkeiten über ältere staatliche Renten 578
*23. 12. 1929 Deutsches Auslieferungsgesetz 535 ff.

**(Deutsches Reich)**
29. 1. 1930 Zündwarenmonopolgesetz 547
*25. 3. 1930 Gesetz zum Schutze der Republik 547 ff.
*27. 3. 1930 Reichsministergesetz 552 ff.

4. 11. 1924 Erlaß des Reichsministers der Finanzen (III D 9400) 92
15. 12. 1925 Erlaß des Reichsministers der Finanzen (III R 21100) 92
6. 3. 1929 Rundverfügung des Reichsministers der Finanzen (IV 1, 627) 94

Bayern
18. 8. 1879, Gesetz die Entscheidung der Kompetenzkonflikte zwischen den Gerichten und den Verwaltungsbehörden usw. betreffend 105

Hamburg
14. 7. 1899 Ausführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch
§ 28a 562
26. 4. 1920 Enteignungsgesetz
§ 1 562

Preußen
Verfassung vom 30. 11. 1920
Art. 63—68 560
11. 6. 1874 Enteignungsgesetz
§ 1 562
2. 7. 1875 / 28. 3. 1918 Fluchtliniengesetz
§ 11 578
11. 5. 1898 Gesetz über den Staatshaushalt 560
20. 9. 1899 Ausführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch
Art. 2 562
*31. 5. 1929 Gesetz über die Gründung einer Hafengemeinschaft zwischen Hamburg und Preußen 560 f.
17. 7. 1930 Gesetz betreffend den Abschluß eines Staatsvertrages über eine Gemeinschaftsarbeit zwischen Bremen und Preußen 567 ff.

27. 10. 1810 Verordnung über die veränderte Verfassung aller obersten Staatsbehörden 104
1. 8. 1879, Verordnung betreffend die Kompetenzkonflikte zwischen den Gerichten und den Verwaltungsbehörden 98, 102 ff.
§ 4 105
§ 5 Abs. 2 105
§ 7 98
§ 9 97
19. 4. 1919 Beschluß des Staatsministeriums 98, 102 f.

**Finnland**
Verfassung
§ 6 Abs. 1 583
§ 7 Abs. 1 583
§ 10 583
§ 11 583
§ 12 583

**(Finnland)**
Strafgesetz
Kapitel 2
§ 17 584
Kapitel 11
§ 4 a 586 f.
§ 6 586 f.
Kapitel 16
§ 24 585 f.
§ 25 587
20. 7. 1906 / 18. 11. 1930 Wahlgesetz für Finnland
§ 18 588 f.
§ 21 588
§ 29 588
§ 30 588 f.
§ 32 588 f.
§ 34 588 f.
27. 11. 1917 / 21. 2. 1925 / 31. 7. 1930 Kommunalgesetz für die Landgemeinden
§ 10 589
§ 10 Abs. 2 591 f.
27. 11. 1917 / 9. 12. 1927 / 31. 7. 1930 Kommunalgesetz für die Städte
§ 11 590
§ 11 Abs. 4 591 f.
27. 11. 1917 / 21. 2. 1925 / 31. 7. 1930 Kommunales Wahlgesetz
§ 12 591
§ 44 591 f.
4. 1. 1919 / 31. 7. 1930 Pressegesetz
§ 37 584
§ 38 584
§ 42 584
§ 44 584
13. 1. 1928 / 18. 11. 1930 Reichstagsordnung
§ 7 587 f.
§ 7 Abs. 2 588
§ 67 583, 587
*31. 7. 1930 Gesetz, betr. Änderung des kommunalen Wahlgesetzes 581 ff., 591 f.
*31. 7. 1930 Gesetz, betr. Änderung des § 11 des Kommunalgesetzes für die Städte 581 ff., 590
*31. 7. 1930 Gesetz, betr. Änderung des § 10 des Kommunalgesetzes für die Landgemeinden 581 ff., 589
*31. 7. 1930 Gesetz zur Änderung des Pressegesetzes 581 f., 584 f.
*31. 7. 1930 Gesetz, betr. Änderung des § 24 Kapitel 16 des Strafgesetzes 581 f., 585 f.
*18. 11. 1930 Gesetz, betr. Änderung des § 7 der Reichstagsordnung 581, 587 f.
*18. 11. 1930 Gesetz, betr. Änderung des Wahlgesetzes für Finnland 581 ff., 588 f.
*18. 11. 1930 Gesetz zum Schutz der Republik 581, 583
*23. 1. 1931 Gesetz, betr. Zusätze zum und Änderungen des 11. Kapitels des Strafgesetzes 581 f., 586 f.

**(Finnland)**
*6. 2. 1931 Gesetz, betr. Zusätze zum 16. Kapitel des Strafgesetzes 581 f., 587

**Frankreich**
Code civil
Art. 3 § 2 127
Art. 11 112 ff., 119 ff., 124
Art. 2123 al. 3 130
20. 4. 1810 Loi sur l'Organisation de l'Ordre judiciaire et l'Administration de la Justice
Art. 7 111 f.
21. 4. 1832 Loi relative à la Navigation du Rhin 128 f.
Art. 3 130
Art. 5 128 ff.
14. 12. 1920 Loi instituant temporairement près la Cour de cassation une commission supérieure chargée de juger les pourvois formés contre les décisions des commissions arbitrales 114
25. 7. 1923 Loi sur l'organisation judiciaire dans les départements recouvrés
Art. 8 129 f.
1. 4. 1926 Loi réglant à partir du 1er avril 1926 les rapports des bailleurs et des locataires de locaux d'habitation 112, 114 f., 120, 122, 126 f.
Art. 4 124
Art. 4 no. 1 112, 114, 116
Art. 5 124
Art. 11 § 7 113
Art. 21 124
30. 6. 1926 Loi réglant les rapports entre locataires et bailleurs en ce qui concerne le renouvellement des baux à loyer d'immeubles ou de locaux à usage commercial ou industriel 110 f., 114 f., 122, 124
Art. 4 109 f.
Art. 5 110 f.
Art. 19 111, 114, 124
22. 4. 1927 Loi tendant à interpréter et à compléter les dispositions de la loi du 30 juin 1926 sur le renouvellement des baux à loyers d'immeubles ou de locaux à usage commercial ou industriel 110 f., 114, 122, 124
Art. 11 111
29. 6. 1929 Loi modifiant et complétant la loi du 1er avril 1926 déterminant les rapports entre les bailleurs et les locataires de locaux d'habitation 114, 120, 122, 124, 127

5. 5. 1869 Décret portant promulgation de la convention revisée pour la navigation du Rhin, signée à Mann-

heim, le 17 octobre 1868, entre la France, le grand-duché de Bade, la Bavière, le grand-duché de Hesse, les Pays-Bas et la Prusse 129
5. 12. 1929 Décret portant publication et mise en application, à titre provisoire, du modus vivendi commercial du 29 août 1929 entre la France et la Turquie 118

*22. 7. 1929 Circulaire adressée par le garde des sceaux, ministre de la justice, à MM. les premiers présidents et procureurs généraux au sujet de l'interprétation des conventions diplomatiques, en matière de législation sur les loyers 121 ff.

**Griechenland**
17. 11. 1914 Gesetz Nr. 390 über die Errichtung einer griechischen Freizone in Saloniki 168
28. 9. 1915 Erlaß über die Grenzen der griechischen Freizone in Saloniki 168

**Italien**
Statuto fondamentale del Regno
Art. 49 639
Codice penale
tit. I 595
Codice di procedura civile
Art. 521 649
Carta del lavoro
III 631, 645
VI 631
VIII 631
21. 2. 1895 Leggi sulle pensioni civile e militari, testo unico 21 febbraio 1895, n. 70
Art. 49 602
29. 3. 1903 Legge n. 103 sull'assunzione diretta dei pubblici servizi da parte dei comuni 612
4. 2. 1915 / 30. 12. 1923 Legge comunale e provinciale, testo unico 4 febbraio 1915, n. 148, modificata dal Regio decreto 30 dicembre 1923, n. 2839 594 f., 598, 614 ff.
Tit. III Capo VII 605
Art. 25 594 f., 606
Art. 26 594, 606
Art. 26 comma 4°, cap. 2° 596, 598
Art. 128 595, 616
Art. 150 595, 605 f., 615
Art. 161 600
Art. 169 602
Art. 217 595, 597
Art. 248 n. 1 615
26. 6. 1924 Leggi sul Consiglio di Stato, testo unico 26 giugno 1924, n. 1054 655 f.
Art. 29 646, 654, 656
Art. 29 n. 1 647
Art. 30 646
Art. 30 parte 1ª 647

**(Italien)**
26. 6. 1924 Leggi relative alle attribuzioni della Giunta provinciale amministrativa in sede giurisdizionale, testo unico 26 giugno 1924, n. 1058 655 f.
Art. 4 654, 656
Art. 30 655
15. 2. 1925 Legge n. 122. Modificazioni al testo unico della legge elettorale politica 13 dicembre 1923, n. 2694
Art. 89 comma 1° 604
31. 1. 1926 Legge n. 100. Sulla facoltà del potere esecutivo di emanare norme giuridiche 631, 642
*4. 2. 1926 Legge n. 237. Istituzione del Podestà e della Consulta municipale nei Comuni con popolazione non eccedente i 5000 abitanti 593 ff., 596, 598
Art. 2 comma 3° 596
Art. 12 596
Art. 13 comma 1° 597 f.
18. 3. 1926 Legge n. 562. Conversione in legge, con approvazione complessiva, di decreti Luogotenenziali e Regi aventi per oggetto argomenti diversi 655, 657
3. 4. 1926 Legge n. 563. Disciplina giuridica dei rapporti collettivi del lavoro 596, 633 f., 645, 650 f., 653 f.
Art. 3 634, 642
Art. 4 632
Art. 4 ult. cap. 631
Art. 5 645, 654
Art. 9 632
Art. 10 cap. 4° 634
Art. 17 636
Art. 17 cap. 1° 641
*3. 4. 1926 Legge n. 660. Estensione delle attribuzioni dei prefetti 592 f.
25. 6. 1926 Legge n. 1262. Conversione in legge, con approvazione complessiva, di decreti aventi per oggetto argomenti diversi 596, 598
1. 7. 1926 Legge n. 1380. Conversione in legge del Regio decreto-legge 15 aprile 1926, n. 765, concernente provvedimenti per la tutela e lo sviluppo dei luoghi di cura, di soggiorno o di turismo 598
17. 5. 1928 Legge n. 1019. Riforma della rappresentanza politica
Art. 5 619
*6. 12. 1928 Legge n. 2702. Modifiche all'ordinamento del Governatorato di Roma 613 f.
*9. 12. 1928 Legge n. 2693. Ordinamento e attribuzioni del Gran Consiglio del Fascismo 618 ff., 623 f.
Art. 4 620 f.
Art. 5 620 f.

**(Italien)**

Art. 7 620 f.
Art. 14 621
*27. 12. 1928 Legge n. 2962. Riforma dell'Amministrazione provinciale 615 ff.
*27. 12. 1928 Legge n. 3123. Riforma della Giunta provinciale amministrativa 617 f.
*14. 12. 1929 Legge n. 2099. Modifiche alla legge 9 dicembre 1928, n. 2693, sull'ordinamento e le attribuzioni del Gran Consiglio del Fascismo, e norme per l'ordinamento del Partito Nazionale Fascista 620 ff.
*20. 3. 1930 Legge n. 206. Riforma del Consiglio nazionale delle corporazioni 628 ff., 635, 639
Art. 3 636, 640
Art. 4, penult. comma 638
Art. 4, ult. comma 638
Art. 5, comma 3°, lett. a 639
Art. 5, comma 4°, n. 1 a 10 636
Art. 8, comma 4° 639
Art. 10 636, 640
Art. 11 636, 640
Art. 12 636, 640
Art. 13 cap. 636, 641
Art. 15 640
Art. 17, comma 2° 639
Art. 19 636, 641 f.
Art. 20 641

19. 8. 1917 Decreto-legge Luogotenenziale n. 1399, col quale è approvato il testo unico delle disposizioni di legge emanate in conseguenza del terremoto del 28 dicembre 1908
tabella n. 1 598
9. 2. 1919 Decreto-legge Luogotenenziale n. 112 che detta norme sul contratto d'impiego privato, demandando secondo il valore le relative controversie al giudizio di commissioni miste o di arbitri amichevoli compositori 657
2. 5. 1920 Regio decreto-legge n. 695, che istituisce l'Ufficio italiano di verifica e di compensazione per il pagamento ed il ricupero di una determinata categoria di debiti nemici
Art. 13 644
22. 12. 1921 Regio decreto-legge n. 1962. Contenente disposizioni per la liquidazione dei beni, diritti e interessi già appartenenti, al momento della entrata in vigore dei trattati di pace, a sudditti della Germania e dell'Antico Impero d'Austria, devoluti al demanio dello Stato in virtù del Regio decreto 10 aprile 1921, n. 470 643
2. 12. 1923 Regio decreto-legge n. 2686.

**(Italien)**

Norme per la risoluzione delle controversie su diritti derivanti dal contratto di impiego privato 647
13. 11. 1924 Regio decreto-legge n. 1825. Disposizioni relative al contratto d'impiego privato 655
Art. 2 646, 655
Art. 4 645
Art. 9 655 f.
Art. 17 657
Art. 18 646 f.
Art. 18 cap. 647, 655 f.
16. 4. 1925 Regio decreto-legge n. 667. Provvedimenti per i segretari comunali dell'Alto Adige
Art. 6 602
Art. 9 602
15. 8. 1925 Regio decreto-legge n. 1636. Costituzione e funzionamento dell' Alto Commissariato per la città e la provincia di Napoli 598
*28. 10. 1925 Regio decreto-legge n. 1949. Modificato agli articoli 15 e 44 dal Regio decreto-legge 10 giugno 1926, n. 1023. Istituzione e ordinamento del Governatorato di Roma 598, 603 ff., 614
15. 4. 1926 Regio decreto-legge n. 765. Provvedimenti per la tutela e lo sviluppo dei luoghi di cura, di soggiorno e di turismo
Art. 2 cap. 3° 598
9. 5. 1926 Regio decreto-legge n. 818. Modificazioni alla legge 4 febbraio 1926, n. 237, sulla istituzione del Podestà e della Consulta municipale 596, 598
10. 6. 1926 Regio decreto-legge n. 1023. Modificazioni al Regio decreto-legge 28 ottobre 1925, n. 19149, circa la istituzione e l'ordinamento del Governatorato di Roma 598, 603
Art. 2 607
Art. 3 612 f.
16. 8. 1926 Regio decreto-legge n. 1577. Sospensione delle modificazioni alle piante organiche degli impiegati degli enti locali 614
*3. 9. 1926 Regio decreto-legge n. 1910. Estensione dell'ordinamento podestarile a tutti i Comuni del Regno 596 ff.
*17. 8. 1928 Regio decreto-legge n. 1953. Stato giuridico ed economico dei segretari comunali 599 ff.
8. 11. 1928 Regio decreto-legge n. 2555. Nuovo ordinamento degli Uffici di verifica e compensazione istituiti in applicazione dei trattati di pace 643
5. 5. 1930 Regio decreto-legge n. 815. Approvazione degli Atti internazionali stipulati fra l'Italia ed altri

**(Italien)**

Stati per il regolamento completo e definitivo delle questioni finanziarie risultanti dalla guerra (Aja 1929—30, Parigi 1930) 642

*4. 12. 1930 Regio decreto-legge n. 1687. Definizione delle controversie già di competenza del cessato Tribunale arbitrale misto italo-germanico 642ff.

19. 4. 1868 Regio decreto n. 4349, col quale è stabilito l'ordine per le precedenze tra le varie cariche e dignità a Corte e nelle funzioni pubbliche 605

2. 7. 1872 Regio decreto n. 899 concernente la firma dei Decreti di collocamento a riposo degli Impiegati dello Stato 658

1. 3. 1888 Regio decreto n. 5247, che in esecuzione alla legge del 12 febbraio 1888, n. 5195 (serie 3a), sono aboliti gli ufficî dei segretari generali dell'amministrazione centrale e stabilisce le attribuzioni dei sottosegretari di Stato 658
Art. 2 658

21. 2. 1895 Regio decreto n. 70, che approva il testo unico delle leggi sulle pensioni civili e militari in esecuzione della legge 15 giugno 1893, n. 279 602

5. 9. 1895 Regio decreto n. 603, che approva il regolamento per la esecuzione del testo unico delle leggi sulle pensioni civili e militari del 21 febbraio u. s., n. 70 658

5. 9. 1895 Regolamento per l'esecuzione del testo unico delle leggi sulle pensioni civili e militari
Art. 26 658

29. 8. 1897 Regio decreto n. 512, che approva il regolamento per il personale degli uffici finanziari e l'ordinamento degli uffici direttivi 658

29. 8. 1897 Regolamento per il personale degli uffici finanziari e per l'ordinamento degli uffici direttivi
Art. 35 658

4. 2. 1915 Regio decreto n. 148, che approva il nuovo testo unico della legge comunale e provinciale 595ff.

7. 2. 1915 Regio decreto n. 71, che approva l'elenco dei comuni colpiti dal terremoto del 13 gennaio 1915, ai quali sono applicabili le disposizioni dei rr. dd. 22 gennaio 1915, n. 27 e 5 febbraio 1915, n. 62 598

7. 2. 1915 Regio decreto n. 72, che approva l'elenco dei comuni colpiti dal terremoto del 13 gennaio 1915, ai quali sono applicabili le disposizioni del r. d. 22 gennaio 1915, n. 27 598

14. 2. 1915 Regio decreto n. 118, che approva l'elenco dei comuni colpiti dal terremoto del 13 gennaio 1915 598

22. 4. 1915 Regio decreto n. 543, che approva un elenco dei comuni colpiti dal terremoto del 13 gennaio 1915, in aggiunta agli elenchi aggiunti ai rr. decreti 7 e 14 febbraio 1915, n. 71 e 118 598

30. 9. 1922 Regio decreto n. 1290, contenente le tabelle degli stipendi, nonchè le relative norme di carriera per il personale contemplato dalla legge 13 agosto 1921, n. 1080, sulla riforma dell'amministrazione dello Stato, la semplificazione dei servizi e la riduzione del personale
Art. 58 658

11. 11. 1923 Regio decreto n. 2395 Ordinamento gerarchico delle Amministrazioni dello Stato 604 f.

30. 12. 1923 Regio decreto n. 2839. Riforma della legge comunale e provinciale 605
Art. 34 600, 602
Art. 52 lettera a 608
Art. 114 605

30. 12. 1923 Regio decreto n. 2840. Modificazioni all'ordinamento del Consiglio di Stato e della Giunta provinciale amministrativa in sede giurisdizionale 646 f.
Art. 5 parte 1a 647
Art. 8 647
Art. 16 647

30. 12. 1923 Regio decreto n. 2960. Disposizioni sullo stato giuridico degli impiegati civili dell'Amministrazione dello Stato 593, 599, 605, 658
Art. 46 658
Art. 47 658
Art. 49 658

30. 12. 1923 Regio decreto n. 3047. Riforma della legge 29 marzo 1903, n. 103, per l'assunzione diretta dei pubblici servizi da parte dei Comuni 612

30. 12. 1923 Regio decreto n. 3084. Norme esecutive interpretative ed integrative di quelle concernenti il trattamento economico e di carriera del personale dell'Amministrazione dello Stato 605

26. 6. 1924 Regio Decreto n. 1054. Approvazione del testo unico delle leggi sul Consiglio di Stato 654ff.

26. 6. 1924 Regio decreto n. 1058. Approvazione del testo unico delle leggi sulla Giunta provinciale ammi-

**(Italien)**
nistrativa in sede giurisdizionale 654 ff.
1. 7. 1926 Regio decreto n. 1130. Norme per l'attenuazione della legge 3 aprile 1926, n. 563, sulla disciplina giuridica dei rapporti collettivi del lavoro 634, 650
Art. 9 632
Art. 19 632
Art. 21 649, 651 f.
Art. 22 cap. 1° 634
Art. 23 654
Art. 26 642, 654
Art. 29 654 f.
Art. 30 lett. d 654
Art. 30 lett. e 654
Art. 33 632
Art. 37 632
Art. 38 651
Art. 40 655
Art. 41 632
Art. 42 632
Art. 44 635
Art. 44 lett. a 634, 641
Art. 44 lett. b 631
Art. 54 645
Art. 55 634
Art. 92 630
2. 7. 1926 Regio decreto n. 1131. Istituzione del Ministero delle corporazioni 628
6. 11. 1926 Regio decreto n. 1848. Approvazione del testo unico delle leggi di pubblica sicurezza
Art. 215 649, 651
14. 7. 1927 Regio decreto n. 1347. Integrazione del Consiglio nazionale delle Corporazioni 628
26. 2. 1928 Regio decreto n. 471. Norme per la decisione delle controversie individuali del lavoro 646, 656
Art. 1 656
29. 3. 1928 Regio decreto n. 1003. Disciplina nazionale della domanda e dell'offerta di lavoro
Art. 8 632
*20. 12. 1929 Regio decreto n. 2137. Approvazione dello statuto del Partito Nazionale Fascista 622 ff.
*12. 5. 1930 Regio decreto n. 908. Norme per l'attuazione della legge 20 marzo 1930, n. 206, sul Consiglio nazionale delle corporazioni 635 ff.
8. 5. 1927 Decreto del Capo del Governo. Determinazione delle attribuzioni del Ministero delle corporazioni e norme per il funzionamento dei servizi relativi
Art. 4 642
*27. 1. 1931 Decreto Ministeriale. Conferimento alle Sezioni e Sottosezioni del Consiglio nazionale delle corporazioni, delle attribuzioni e dei poteri propri delle Corporazioni contemplati nell'art. 3 della legge 3 aprile 1926, n. 563 642

**Jugoslawien**
10. 5. 1930 Gesetz über die jugoslawische Freizone in Saloniki 174

**Litauen**
*25. 6. 1919 Gesetz zur Strafverfolgung von Mitgliedern und Helfern von Organisationen, die im besetzten Litauen oder in fremden Staaten gebildet sind 659 f.
*12. 4. 1930 Gesetz über das staatliche Zündholzmonopol 314

**Norwegen**
23. 1. 1928 Königliche Resolution über die Einverleibung der Insel Bouvet und die Ermächtigung des Justizministeriums zum Erlaß von Anordnungen über Einrichtung eines Polizeidienstes auf der Insel 163 f.
8. 5. 1929 Königliche Resolution über die Betrauung des Leiters der meteorologischen Station auf der Insel Jan Mayen mit der Polizeigewalt auf der Insel 163
8. 5. 1929 Königliche Bekanntmachung über die Einverleibung der Insel Jan Mayen 162

**Österreich**
Verfassung
7. 12. 1929 Bundesverfassungsgesetz, betreffend einige Abänderungen des Bundes-Verfassungsgesetzes vom 1. Oktober 1920 in der Fassung des BGBl. Nr. 367 von 1925 (Zweite Bundes-Verfassungsnovelle) 661
7. 12. 1929 Bundesverfassungsgesetz, betreffend Übergangsbestimmungen zur Zweiten Bundes-Verfassungsnovelle (Übergangsgesetz von 1929) 661
Art. II § 15 661
7. 12. 1929 Verfassungsübergangsgesetz vom 1. Oktober 1920 in der Fassung des Bundesgesetzblattes Nr. 393 vom Jahre 1929
§ 42 683
1. 1. 1930 Bundes-Verfassungsgesetz in der Fassung von 1929 661
Art. 10 Abs. 1 Ziff. 9 662
Art. 11 684
Art. 12 684
Art. 12 Abs. 1 Ziff. 4 682 f.
Art. 12 Abs. 1 Ziff. 8 662
Art. 12 Abs. 1 Ziff. 9 682
Art. 15 682
Art. 15 Abs. 4 662
Art. 15 Abs. 8 684
Art. 26 Abs. 7 663
Art. 34—37 661
*Art. 121—128 665 ff.
Art. 124 672

**(Österreich)**
Art. 126 a 672
Art. 126 b 672
Art. 126 c 672
Art. 127 Abs. 1 672
Art. 127 Abs. 2 672
Art. 127 Abs. 3 673
Art. 127 Abs. 4 673
Art. 127 Abs. 5 673
Art. 127 Abs. 8 673
Art. 127 a Abs. 1 674
Art. 127 a Abs. 2 674
Art. 127 a Abs. 4 674
Art. 127 a Abs. 6 675
Art. 142 666
Art. 142 Abs. 2 lit. c 672
27. 5. 1852 Strafgesetz
§ 487 676 ff.
§ 488 676 ff.
§ 489 676, 678
§ 490 676, 678
§ 491 676 ff.
§ 492 676, 678
§ 493 676
§ 494 676, 678
§ 495 676 f.
§ 496 677
§ 516 678
§ 530 677
17. 12. 1862 Strafgesetznovelle
Art. V 677, 680
Art. VIII 679 f.
23. 5. 1873 Gesetz, betreffend die Einführung einer Strafprozeßordnung
Art. VI Ziff. 1 680
Art. VI Ziff. 2 680
26. 1. 1907 Gesetz, betreffend strafrechtliche Bestimmungen zum Schutze der Wahl- und Versammlungsfreiheit
§ 15 683 f.
§ 16 684
§ 17 684
6. 2. 1919 Gesetz über den Staatsrechnungshof 676
18. 12. 1919 Gesetz über die Errichtung von Einigungsämtern und über kollektive Arbeitsverträge 683
8. 7. 1921 Bundesgesetz, betreffend die Bundesstraßen 662
7. 4. 1922 Bundesgesetz über die Presse
§ 5 677 f.
§ 16 678
§ 30 Abs. 4 678
§ 30 Abs. 5 678
§ 30 Abs. 6 678
§ 41 Abs. 2 678
26. 9. 1923 Bundesgesetz gegen den unlauteren Wettbewerb
§ 8 679
§ 11 671
*20. 12. 1929 Bundesgesetz, womit einige Bestimmungen des Strafgesetzes, des Preßgesetzes und des Einführungsgesetzes zur Strafprozeßordnung abgeändert werden (Strafgesetznovelle 1929) 676 ff.
Art. I—IX 681
Art. X Abs. 1 677
20. 12. 1929 Bundesgesetz über die Grundsätze der Straßenpolizei, soweit sie sich nicht auf Bundesstraßen bezieht 662
20. 12. 1929 Bundesgesetz, wirksam für das Bundesland Wien, über die Berufung der Bundespolizeidirektion in Wien zur Vollziehung auf dem Gebiete der Straßenpolizei auf anderen als Bundesstraßen 662 f.
20. 3. 1930 Bundesgesetz über die Anlegung ständiger Wahlverzeichnisse (Bürgerlisten) 663
21. 3. 1930 Bundesgesetz, womit einige Bestimmungen des Bundesgesetzes vom 20. 12. 1929, BGBl. Nr. 438, über Grundsätze der Straßenpolizei, soweit sie sich nicht auf Bundesstraßen bezieht, abgeändert werden (I. Novelle zum Straßenpolizei-Grundsatzgesetz) 662 f.
4. 4. 1930 Bundesgesetz über die Berufung der Bundespolizeibehörden zur Vollziehung auf dem Gebiet der Straßenpolizei auf Bundesstraßen 662 f.
4. 4. 1930 Bundesgesetz, womit das Bundesgesetz vom 18. Dezember 1925, BGBl. Nr. 454, über die Organisation und über das Verfahren des Verfassungsgerichtshofes (Verfassungsgerichtshofgesetz, Verf. G. G.) in der Fassung des Bundesgesetzes vom 26. März 1926, BGBl. Nr. 77, ergänzt und abgeändert wird (Zweite Verfassungsgerichtshofgesetz-Novelle) 664
*5. 4. 1930 Bundesgesetz zum Schutz der Arbeits- und der Versammlungsfreiheit 681 ff.
§§ 1—6 684 f.
16. 5. 1930 Bundesgesetz über die Einrichtung und das Verfahren des Verwaltungsgerichtshofes (Verwaltungsgerichtshofgesetz — Vw.G.G.) 664
*17. 6. 1930 Bundesgesetz, betreffend die Abänderung des Waffenpatentes 685
15. 7. 1930 Bundesgesetz, betreffend einige Abänderungen des Rechnungshofgesetzes vom 30. Juli 1925, BGBl. Nr. 290 (Rechnungshofgesetznovelle) 665
Art. II 667
16. 7. 1930 Bundesgesetz, wirksam für die Bundesländer mit Ausnahme von Wien, über die Berufung der Bundespolizeibehörden zur Vollzie-

**(Österreich)**
hung auf dem Gebiet der Straßenpolizei auf anderen als Bundesstraßen 662 f.
*25. 7. 1930 Rechnungshofgesetz (R.H. G.) 1930 668 ff.
28. 1. 1931 Bundesgesetz, betreffend einige Änderungen der zur Regelung des Finanzausgleiches zwischen dem Bund und den Ländern (Gemeinden) erlassenen Gesetze (Finanzausgleichsgesetz 1931) 661

24. 10. 1852 Kaiserliches Patent, betreffend die Bestimmungen über die Erzeugung, den Verkehr und den Besitz von Waffen und Munitionsgegenständen, dann das Waffentragen
§ 42 685
21. 11. 1866 Kaiserliche Verordnung über die Regelung des Staats-, Rechnungs- und Kontrolldienstes bei sämtlichen Zweigen der Zivilverwaltung mit Ausnahme der politischen und Justizverwaltung in Ungarn, Kroatien, Slawonien und in Siebenbürgen 675
30. 7. 1921 Verordnung des Bundesministeriums für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten, betreffend eine Straßenpolizeiordnung für die Bundesstraßen 662
1. 1. 1930 Verordnung des Bundeskanzlers, betreffend die Wiederverlautbarung des Bundes-Verfassungsgesetzes 661
24. 4. 1930 Verordnung des Bundeskanzlers, betreffend Wiederverlautbarung des Verfassungsgerichtshofgesetzes 664
16. 7. 1930 Verordnung des Bundeskanzlers, womit die Geschäftsordnung des Verfassungsgerichtshofs kundgemacht wird 664
*25. 7. 1930 Verordnung des Bundeskanzlers, betreffend Wiederverlautbarung des Rechnungshofgesetzes 667 ff.
8. 1. 1931 Verordnung des Bundeskanzlers, wonach die Geschäftsordnung des Verwaltungsgerichtshofes kundgemacht wird 665
13. 2. 1931 Verordnung der Bundesregierung, betreffend Wiederverlautbarung des Finanz-Verfassungsgesetzes 661
13. 2. 1931 Verordnung des Bundesministers für Finanzen, betreffend die Wiederverlautbarung des Abgabenteilungsgesetzes 662

22. 8. 1930 Kundmachung des Bundeskanzleramtes, betreffend die Berichtigung eines Druckfehlers im Bundesgesetzblatt 664
Wien
15. 4. 1930 Gesetz über die Straßenpolizei im Bundeslande Wien, soweit sie sich nicht auf Bundesstraßen bezieht 662

**Polen**
Verfassung
Art. 44 Abs. 5 696, 699
Art. 44 Abs. 6 691, 694, 702
11. 6. 1874 Gesetz über die Enteignung von Grundstücken 695, 697
§ 21 697
30. 7. 1883 Gesetz über die allgemeine Landesverwaltung
§ 38 699
20. 1. 1920 Staatsangehörigkeitsgesetz 34
16. 7. 1920/4. 4. 1922/9. 3. 1923/10. 1. 1924/18. 3. 1925/30. 4. 1925 Gesetz über die Staatseinkommensteuer in der Fassung der Verordnung des Finanzministers vom 30. April 1925
Kap. I 698
Art. 24 698
3. 8. 1922 Gesetz über das Oberste Verwaltungsgericht 707 f.
Art. 1 Abs. 1—3 708
Art. 2 708
Art. 3 Buchst. a 708
Art. 3 Buchst. b 708
Art. 3 Buchst. c 708
Art. 3 Buchst. f 708
Art. 4 708
Art. 5 708
22. 9. 1922 Gesetz über Vergünstigungen für neuerrichtete Bauten
Art. 1 695
31. 7. 1924 Gesetz, betr. Regelung der Zollverhältnisse
Art. 7 Punkt c 700
15. 7. 1925 Gesetz über die staatliche Gewerbesteuer 695
Kap. II 698
Art. 120 695, 698
2. 8. 1926 Gesetz über die Ermächtigung des Präsidenten der Republik zum Erlaß von Verordnungen mit Gesetzeskraft 691, 694, 702

*24. 9. 1926/29. 11. 1930/5. 12. 1930 Verordnung des Staatspräsidenten über die Bildung eines Unternehmens »Polnische Staatseisenbahnen« 702 ff.
22. 4. 1927 Verordnung des Staatspräsidenten über den Ausbau der Städte
Art. 4 697
Art. 14 697
Art. 14 Abs. 5 697
*1. 6. 1927 Verordnung des Staatspräsidenten über die Förderung des Ausbaues und der wirtschaftlichen

**(Polen)**
Entwicklung der Stadt und des Hafens Gdingen 694 ff.
Art. 5 696 f.
Art. 6 697
Art. 7 698
Art. 8 698 f.
Art. 9 699
6. 2. 1928 Verordnung des Präsidenten der Republik, enthaltend die Verfassung der ordentlichen Gerichte 691 ff.
*Art. 79 691
Art. 84 686
*Art. 102 687, 691 f.
Art. 102 § 2 lit. b 686, 692
Art. 102 § 2 lit. c 686, 692
*Art. 103—106 692
*Art. 107 689, 692
*Art. 108 687
Art. 108 lit. a 690, 692
Art. 108 lit. b 688, 693
Art. 108 lit. c 688, 693
*Art. 109 693
*Art. 110 693
Art. 110 lit. a 690, 693
Art. 110 lit. b 689, 693
Art. 110 lit. c 686, 688, 693
*Art. 111 686, 693
*Art. 112 693
*Art. 113 693 f.
Art. 145 691
Art. 159 688
Art. 237 686
*Art. 243 686, 691, 694
Art. 243 § 2 688, 694
Art. 298 686
12. 9. 1930 Verordnung des Staatspräsidenten über Steuerermäßigungen für neuerrichtete Gebäude 697
*24. 11. 1930 Verordnung des Staatspräsidenten, betreffend die Abänderung und Ergänzung einiger Bestimmungen der Verordnung des Staatspräsidenten vom 1. 6. 1927 über die Förderung des Ausbaues und der wirtschaftlichen Entwicklung der Stadt und des Hafens Gdingen 696 ff.
*24. 11. 1930 Verordnung des Staatspräsidenten, betreffend die Organisation der Stadt Gdingen 699 f.
29. 11. 1930 Verordnung des Staatspräsidenten, betr. die Abänderungen und Ergänzungen der Verordnung des Staatspräsidenten vom 24. September 1926 über die Bildung eines Unternehmens »Polnische Staatseisenbahnen« 700 f.
Art. 2 701

30. 3. 1925 Verordnung des Finanzministers, betreffend das Verfahren bei der Erteilung von Zollkrediten 701

**(Polen)**
§ 21 701
§ 26 701
10. 2. 1928 Verordnung des Ministerrats, betreffs Aufhebung des Einfuhrverbots einiger Waren
Anl. 701
*24. 12. 1928 Verordnung des Justizministers über das Verfahren bei der Versetzung von Richtern und Staatsanwälten an andere Dienstorte und in den Ruhestand 686 ff.
*30. 4. 1930 Verordnung des Finanzministers, des Ministers für Industrie und Handel und des Landwirtschaftsministers, betr. die Kreditierung von Zollgebühren für Waren, die auf dem Seewege über Gdingen eingeführt werden 700 f.
*5. 12. 1930 Bekanntmachung des Verkehrsministers über die Veröffentlichung des einheitlichen Wortlautes der Verordnung des Staatspräsidenten über die Bildung eines Unternehmens »Polnische Staatseisenbahnen« 701 ff.
Generalgouvernement Warschau
5./17. 5. 1916 Verordnung des Generalgouverneurs, betreffend die Beschlagnahme von Geweben 41 f.

**Portugal**
Staatsverfassung
Titel V 716
Bürgerliches Gesetzbuch in Fassung der Verordnung Nr. 19126 vom 16. 12. 1930
*Art. 18—20 708 ff.
Strafgesetzbuch
Art. 30 713
Militärgerichtsordnung
Art. 454 714
*8. 7. 1930 Kolonialakte 716 ff.

22. 2. 1913 Disziplinarordnung für Zivilbeamte 712
26. 11. 1926 Verordnung Nr. 12740
Art. 2 Z. 2 710, 712, 715 f.
17. 11. 1927 Verordnung Nr. 14580
Art. 14—18 715
9. 4. 1928 Verordnung Nr. 15331
Art. 1 710, 712, 716
15. 8. 1928 Verordnung Nr. 15853
Art. 1 716
*8. 7. 1930 Verordnung Nr. 18570 über die Kolonialakte 715 ff.
16. 12. 1930 Verordnung Nr. 19126 708 ff.
*19. 12. 1930 Verordnung Nr. 19141 über das Disziplinarverfahren wegen Vergehen gegen die Sicherheit des Staates 710 ff.
*19. 12. 1930 Verordnung Nr. 19143 über Festsetzung von Strafen und Einsetzung eines Sondergerichts für Vergehen gegen die Sicherheit des Staates 710, 712 ff.

**Rumänien**
Strafgesetzbuch
Art. 332 729
Art. 333 729
1. 4. 1914 Gesetz über die Organisation der Neuen Dobrudža 738
Art. 111—114 724
Art. 116—119 724
Art. 125 724
Art. 129 724
Art. 131 724
17. 7. 1921 Gesetz über die Agrarreform in den Provinzen Oltenie, Walachei, Moldawien und Dobrudža (des alten Königreichs) 736, 739
Art. 37 724
26. 7. 1921 Gesetz über die Neue Dobrudža 738
*22. 4. 1924 Gesetz zur Änderung einiger Bestimmungen von Kapitel VI des Gesetzes vom 1. April 1914 über die Organisation der Neuen Dobrudža 724 ff., 732 ff., 738
Art. 113 732 f.
Art. 117 734
Art. 118 732 ff.
Art. 120 Abs. 3 736
*30. 6. / 7. 7. 1930 Gesetz zur Ergänzung des Gesetzes über die Organisation der Neuen Dobrudža 732 ff.
**Schweiz**
22. 1. 1892 Bundesgesetz über die Auslieferung an fremde Staaten
Art. 10 133
**Sowjetrußland**
USSR.
Verfassung vom 6. 7. 1923 / 17. 3. 1931
Art. 7 740
Art. 9 755
Art. 10 755
29. 10. 1924 Staatsangehörigkeitsgesetz 743
Art. 7 743
Art. 9 743
Art. 13 743
16. 1. 1925 Instruktion über die Rätewahlen 755 f.
28. 9. 1926 Instruktion über die Rätewahlen 756
22. 3. 1930 Beschluß des Präsidiums des ZEK. der USSR. über die Beseitigung von Verletzungen der Wahlgesetzgebung der USSR. 745
13. 6. 1930 Staatsangehörigkeitsgesetz 742 ff.
Art. 1 743
Art. 5 743
Art. 12 743
Art. 13 743
Art. 15 743 f.
Art. 17 744
Art. 18 743
*3. 10. 1930 Instruktion über die Rätewahlen 745 ff.
**(Sowjetrußland)**
13. 11. 1930 Dekret, betreffend Nichtzulassung von Kulaken und Entrechteten zu Kooperativgenossenschaften 756
*22. 4. 1931 Staatsangehörigkeitsgesetz 739 ff.
Art. 4 744
Art. 7 744
Art. 8 744
Art. 12 743
Art. 13 743 f.
Art. 14 744
Art. 15 744
Art. 17 744
RSFSR.
29. 8. 1918 Dekret des Rates der Volkskommissare über den Verzicht auf Verträge der früheren Kaiserlich Russischen Regierung mit den Regierungen der Kaiserreiche Deutschland und Österreich-Ungarn, der Königreiche Preußen und Bayern, der Fürstentümer Hessen, Oldenburg und Sachsen-Meiningen und der Stadt Lübeck 24, 39
Art. 3 39
28. 11. 1918 Dekret des Rates der Volkskommissare, betreffend Liquidierung und Nationalisierung der Versicherungsgesellschaften 131 f.
20. 10. 1930 Wahlinstruktion 756
**Ungarn**
Verordnung des Finanzministers Nr. 3800/1926, betreffend die Neuveranschlagung der Bilanzen der Eisenbahnunternehmungen 4, 11
**Vereinigte Staaten von Amerika**
Constitution
Art. III sec. 2 147
XI. Amendment 151
U. S. Code
Title 8 sec. 203 ff. 136
Title 18 sec. 98 147
Title 22 sec. 252 147
Title 22 sec. 253 147
Title 28 sec. 41 (1), (c) 150
Title 28 sec. 41 (18) 146, 150
Title 28 sec. 341 147
Title 28 sec. 371 147
3. 3. 1911 Judicial Code
sec. 24 146
sec. 24 (I) (c) 150
sec. 233 147
sec. 256 147
6. 10. 1917 Trading with the Enemy Act 158
26. 5. 1924 Immigration Act of 1924
§ 3 136
§ 4 (c) 137
§ 24 137
Nebraska
Revised Statutes 1913
sec. 6273 154

# 4. Entscheidungsregister

## Internationale Gerichte

### Nichtständige Schiedsgerichte

*Sentence arbitrale rendue le 18 juin 1929 par les arbitres désignés par résolutions du Conseil en date des 8 et 26 septembre 1928 et chargés de statuer sur les différends qui feraient obstacle à l'accord entre la Compagnie du chemin de fer vicinal de Sopron-Köszeg, d'une part, et l'Autriche et la Hongrie, Etats territorialement intéressés, d'autre part 3 ff.

### Ständige Schiedsgerichte

**Auslegungsschiedsgericht, eingesetzt gemäß den Bestimmungen der Anlage II zu dem zwischen der deutschen Regierung und der Reparationskommission abgeschlossenen Londoner Abkommen vom 9. August 1924**

Schiedsspruch Nr. II, 29. 1. 1927 80

**Cour Permanente d'Arbitrage**

Arbitral award rendered in conformity with the special agreement concluded on January 23rd, 1925, between the United States of America and the Netherlands relating to the arbitration of differences respecting sovereignty over the Island of Palmas (or Miangas), April 4th, 1928 33, 38, 161, 165

**Cour Permanente de Justice Internationale**

Arrêt No. 7, Affaire relative à certains intérêts allemands en Haute-Silésie (fond) 29

**Tribunaux Arbitraux Mixtes**

Tribunal Arbitral Mixte anglo-allemand

Chamberlain & Hookham v. Solar Zählerwerke, G. m. b. H., 12. 12. 1921 55

Gebr. Adt A.-G. v. Scottish Coop. Wholesale Soc., Ltd., 30. 11. 1927 55

Tribunal Arbitral Mixte anglo-bulgare

Dawson & Son v. Balkanische Handels- und Industrie-A.-G., 10. 10. 1923 56

Tribunal Arbitral Mixte anglo-hongrois

Investment Registry Ltd. v. United Temes and Somogy County Local Railways Ltd. and Hungarian Government, 24. 2. 1925 56

Tribunal Arbitral Mixte autrichien-yougoslave

Deutsche Industrie-Gesellschaft A.-G. c. Etat Serbe-Croate-Slovène, 8. 9. 1927 56

**(Tribunaux Arbitraux Mixtes)**

Tribunal Arbitral Mixte franco-allemand

Société du Chemin de Fer de Damas-Hamah c. Cie. du Chemin de Fer de Bagdad, 31. 8. 1921 53, 55

S. A. du Charbonage Frédéric Henri c. D. R. 30. 9. 1921 55

Jordaen et Cie. c. D. R., 30. 11. 1923 55

Elmores Metall A.-G. c. Grünberg, 13. 5. 1924 55

Damas Hamah c. Deutsches Reich, 30. 10. 1924 55

S.A. des Salines du Haras c. Deutsche Bank, 24. 7. 1926 55 f.

*Hospices civils de Colmar c. Kommissar des Reichsfinanzministeriums, 31. 7. 1929 59 ff.

Tribunal Arbitral Mixte franco-bulgare

Régie Générale de Chemin de fer c. Etat Bulgare, 12. 11. 1923 55

Cie. Sucrière de Bulgarie c. Etat Bulgare, 30. 6. 1925 56

Crédit Foncier franco-bulgare c. Etat Bulgare, 23. 4. 1928 56

Tribunal Arbitral Mixte franco-turc

Soc. du Chemin de fer Damas Hamah c. Etat Turc, 13. 12. 1927 56

Tribunal Arbitral Mixte germano-belge

Cie. Int. des Wagons-Lits c. E. A., 24. 6. 1922 55

Peeters, van Haute et Duyver c. Trommer et Grüber, 20. 10. 1922 55

La Suédoise Grammont c. Roller, 16. 10. 1923 55

Siemens-Schuckert c. S. A. Centrale Electrique de l'Entre Sambre et Meuse, 29. 10. 1925 54 f.

Bender Eregli c. Stinnes, 1. 12. 1925 55

Masset c. E. A., 25. 11. 1927 57 f.

De Rouck c. E. A., 8. 12. 1927 58

*Daniels c. E. A., 7. 5. 1928 57 ff.

*Consorts Michaux c. E. A., 22. 10. 1929 50 f.

*Société de Transports Fluviaux en Orient c. Société Impériale Ottomane du Chemin de Fer de Bagdad, 10. 12. 1929 52 ff.

Tribunal Arbitral Mixte germano-polonais

Jaeger-Ziegler c. E. A., 1. 12. 1926 56

*Deutsche Continental-Gas-Gesellschaft c. Etat Polonais, 1. 8. 1929 14 ff.

*J. K. Poznanski c. E. A., 1. 8. 1929 40 ff.

**(Tribunaux Arbitraux Mixtes)**
Tribunal Arbitral Mixte gréco-allemand
Karmatzucas c. E. A., 23. 8. 1926 64
*Coënca frères c. E. A., 1. 12. 1927 62 ff.
Tribunal Arbitral Mixte hungaro-serbe-croate-slovène
Bureau de Change Mercure c. Etat Serbe-Croate-Slovène, 15. 9. 1927 56
Tribunal Arbitral Mixte italo-allemand
Giulini c. E. A., 29. 4. 1924 56
Garda Enrico c. Stato Germ., 17. 5. 1925 45
Tribunal Arbitral Mixte roumano-allemand
Soc. Pétrol Block c. E. A., 30. 7. 1928 56
Tribunal Arbitral Mixte roumano-hongrois
S. A. du Chemin de fer vicinal de Oraviczsa-Nemetbogsan-Resicza-banya c. Etat Roumain, 22. 7. 1927 56

**Nationale Gerichte**

**Ägypten**
Tribunaux Mixtes
Cour d'Appel Mixte
*Finck c. Gouvernement Egyptien, 1. 3. 1927 69 ff

**Britisches Reich**
Großbritannien
Barbuit's Case, Forrester's. Cases Temp. Lord Talbot 281, Stowell's Consular Cases 52 106
Compania Mercantil Argentina v. United States Shipping Board, 93 L. J. R. (K. B.) 816 144, 146
The Constitution, L. R. 4 P. D. 39 152
Daimler Co. Ltd. v. Continental Tyre & Rubber Co. Ltd., 2 A. C. 307 55
The Parlement Belge, L. R. 4 P. D. 129 152
Parlement Belge, L. R. 5 P. D. 197 144 f., 152
Sutton v. Sutton, 1 Russ. & M. 663 139
Vivcash v. Becker, 3 Mau. & Sel. 284, 2 Phillim. (2d Ed.) 309, Stowell's Consular Cases 423 107

**Danzig**
Obergericht
16. 4. 1924 74
1. 4. 1925 74
21. 11. 1925 74
*8. 5. 1929 (2 III. U. 145/25) 71ff.

**Deutsches Reich**
Staatsgerichtshof
29. 6. 1925 (StGH. 7/25) 568
22./23. 10. 1929 (StGH. 19/29) 573 f.

**(Deutsches Reich)**
9. 12. 1929 (StGH. 3/29) 574
17./19. 12. 1929 (StGH. 19/29) 573ff. 580
11. 7. 1930 (StGH. 5/30) 576 f.
17./18. 7. 1930 (StGH. 7/30) 577
Reichsgericht
21. 6. 1888 (I 150/88) 102
12. 12. 1905 (II 193/05) 102
23. 3. 1917 (VII 394/16) 106
1. 7. 1921 (VII 591/20) 102
6. 7. 1921 (I 268/21) 82
10. 12. 1921 (I 177/21) 102
4. 4. 1922 (IV 1285/21) 59
20. 3. 1925 (III 110/24) 102
23. 6. 1925 (II 228/23) 99
13. 10. 1925 (VI 239/25) 99
12. 4. 1926 (IV 588/25) 79, 86
*2. 6. 1927 (IV 600/26) 75ff., 86
*18. 6. 1927 (I 372/26) 81ff., 86
29. 11. 1927 (II 242/27) 86
*29. 3. 1928 (VI 220/27) 83 ff.
8. 4. 1929 (II 231/29) 87
8. 5. 1929 (II 1368/28) 87
2. 7. 1929 (III 498/28) 577 f.
3. 12. 1929 (VII 257/59. 29) 578
28. 2. 1930 (III 87/29) 578 f.
Reichsfinanzhof
27. 4. 1920 (I A 114/19) 90, 92
13. 5. 1924 (II A 111/24) 89
2. 6. 1925 (V i B 45. 25) 92
6. 6. 1928 (I A 192. 27) 88, 91
*8. 8. 1928 (I A 472. 27) 88 ff.
16. 4. 1929 (I A 214. 29) 94
Reichsversorgungsgericht
16. 11. 1928 (M 30264.26) 94
26. 4. 1929 (M 8174.27) 94
Wahlprüfungsgericht beim Reichstag
14. 3. 1930 579
Bayern
Gerichtshof für Kompetenzkonflikte
5. 3. 1885 104 f.
Verwaltungsgerichtshof
5. 12. 1928 (84. I. 26) 108
Preußen
Gerichtshof zur Entscheidung der Kompetenzkonflikte
14. 1. 1882 104 f.
14. 6. 1902 (Pr. L. No. 2504) 104 f.
25. 6. 1910 (Pr. L. 3621) 99, 105
29. 5. 1920 (Pr. L. 2714) 98, 102, 104 ff.
29. 5. 1920 (Pr. L. 2723) 98
13. 11. 1920 (Nr. 2728) 102, 104 ff.
4. 12. 1920 (Nr. 2744) 102, 106
4. 12. 1920 (Nr. 2746) 102, 106
12. 3. 1921 (Pr. L. 2758) 98
12. 3. 1921 (Nr. 2759, 2760) 102
20. 3. 1922 (Pr. L. 2793) 98
15. 12. 1923 (Nr. 2837) 102
27. 6. 1925 (Pr. L. 2886) 102
31. 10. 1925 (Pr. L. 2895) 99
*10. 3. 1928 (Pr. L. 2933/28) 96ff., 104, 106
*10. 3. 1928 (Pr. L. 2934/28) 101ff.

**(Deutsches Reich)**
Oberverwaltungsgericht
7. 6. 1929 (VII C 18/29) 95
Disziplinarhof für nichtrichterliche Beamte
17. 6. 1929 (Beschl. D. 17/29) 108
18. 11. 1929 (Ds. 12/28) 580
Kammergericht
13. 12. 1928 (9 Aw. 798.28) 95
18. 11. 1929 (27 W 10117.29) 579
Oberlandesgericht Frankfurt a. M.
26. 10. 1928 (2 U. 107.28) 95
Oberlandesgericht Köln
6. 6. 1923 (3 U 264/22) 106
Oberlandesgericht Naumburg a. d. S.
26. 6. 1929 (S. 184/29) 580
**Frankreich**
Conseil d'Etat
23. 7. 1924 Paulat 117
21. 1. 1927 Commune de Lanne 117
Cour de Cassation
24. 6. 1839 117
27. 1. 1903 115
15. 12. 1928 117
*24. 12. 1928 109 ff.
Commission supérieure de Cassation
30. 5. 1927 116
1. 8. 1927 116
29. 12. 1927 116
5. 1. 1928 116
23. 6. 1928 116
3. 6. 1929 116
*21. 11. 1929 112 ff., 119
28. 11. 1929 119
5. 12. 1929 119
28. 12. 1929 119
2. 1. 1930 119
Cour d'Appel de Chambéry
10. 7. 1900 115
Cour d'Appel de Paris
18. 1. 1930 119, 121
Cour d'Appel de Toulouse
25. 10. 1929 119
Tribunal civil des Basses-Pyrénées
1. 2. 1930 118, 120
Tribunal civil de Bouches-du-Rhône
25. 4. 1929 116
Tribunal civil de Colmar
20. 2. 1929 114, 116
Tribunal civil de la Seine
28. 6. 1926 116
9. 7. 1926 119
8. 3. 1927 119
*30. 10. 1929 126 f.
20. 1. 1930 119
18. 2. 1930 118 f.
Tribunal civil de Strasbourg
*20. 2. 1927 127 ff.
**Italien**
Consiglio di Stato
16. 11. 1928 655
16. 5. 1930 599
*17. 5. 1930 657 f.
Corte di Cassazione del Regno
*5. 1. 1930 645
**(Italien)**
*1. 7. 1930 645 ff.
*4. 7. 1930 648 ff.
Corte d'Appello di Milano
*20. 3. 1930 653 ff.
Tribunale Milano (Sezione Lavoro)
*30. 5. 1930 657
**Luxemburg**
Cour supérieure de justice
2. 6. 1927 118
**Schweden**
Höchstes Gericht
*28. 10. 1929 131 ff.
**Schweiz**
Bundesgericht
11. 9. 1891 134
30. 3. 1901 134 f.
18. 7. 1906 134
12. 2. 1907 134
13. 7. 1908 134 f.
14. 7. 1923 134
26. 1. 1924 133 ff.
19. 9. 1924 133 f.
*15. 6. 1928 133 ff.
**Vereinigte Staaten von Amerika**
The Adriatic, 258 F. 902 144
The Anne, 3 Wheat. 435, 4 L. Ed. 428 152 f.
In re Baiz, 135 U. S. 403, 10 S. Ct. 854, 43 L. Ed. 222 146
Bank of U. S. v. Planters' Bank, 9 Wheat. 904, 6 L. Ed. 244 145
Bassett v. Johnson, 2 N. J. Eq. 154 141
Berizzi Brothers Co. v. S. S. Pesaro, 271 U. S. 562, 46 S. Ct. 611, 70 L. Ed. 1088 144 f., 150 ff.
The Cassius, 2 Dall. 365, 14 Fed. Cas. 431 (No. 7, 743) 152
Coale v. Société Co-operative Suisse des Charbons, 21 F (2d) 180 147
Colombia v. Cauca Co., 190 U. S. 524, 23 S. Ct. 704, 47 L. Ed. 1159 152
Duus v. Brown, 245 U. S. 176, 38 S. Ct. 111, 62 L. Ed. 228 155
The Exchange, 7 Cranch 116, 3 L. Ed. 287 144, 150, 152
Federal Sugar Refining Co. v. U. S. Sugar Equalization Board, 268 F. 575 146
Frederickson v. Louisiana, 23 How. 445, 16 L. Ed. 577 155
*Goos v. Brocks et al. (Schott et al. Interveners), 223 N. W. 13 153ff.
The Gul Djemal, 264 U. S. 90, 44 S. Ct. 244, 68 L. Ed. 574 151 f.
Jones v. United States, 137 U. S. 202, 11 S. Ct. 80, 34 L. Ed. 691 149
Jordan v. Tashiro, 278 U. S. 123, 49 S. Ct. 47 156

**(Vereinigte Staaten von Amerika)**
*Karnuth, Director of Immigration, et al. v. United States ex rel. Albro, 279 U. S. 231 136 ff.
Lem Moon Sing v. United States, 158 U. S. 538 137
*Lyders v. Lund, Consul, etc., 32 F (2d) 308 149 ff.
McFaden et al. v. The Exchange, 16 Fed. Cas. 85 (No. 8, 786) 152
The Maipo, 259 F. 367 144 f.
Mason v. Intercolonial Railway of Canada, 197 Mass. 349, 83 N. E. 876 142
Molina v. Comision Reguladora del Mercado de Henequen, 91 N. J. L. 382, 103 Atl. 397 142
Ex parte Muir, 254 U. S. 522, 41 S. Ct. 185, 65 L. Ed. 383 151 f.
Oliver American Trading Co. v. Government of U. S. of Mexico, 5 F. (2d) 659 150
Oliver American Trading Co. v. U. S. of Mexico, 264 U. S. 440, 44 S. Ct. 390, 68 L. Ed. 778 150
Pennoyer v. McConnaughy, 140 U. S. 1, 11 S. Ct. 699, 35 L. Ed. 363 151
The Pesaro, 255 U. S. 216, 41 S. Ct. 308, 65 L. Ed. 592 151
Petersen v. Iowa, 245 U. S. 170, 38 S. Ct. 109, 62 L. Ed. 225 155
The Pizarro, 19 Fed. Cas. 786 (No. 11, 199) 152
*Republic of China v. Merchants' Fire Assurance Corporation of New York. Same v. Great American Insurance Co., 30 F. (2d) 278 148 f.
The Roseric, 254 F. 154 144
Royal Italian Government v. National Brass & Copper Tube Co., 294 F. 23, certiorari denied 264 U. S. 587, 44 S. Ct. 402, 68 L. Ed. 863 145
The Santissima Trinidad, 7 Wheat. 283, 5 L. Ed. 454 152
The Sao Vicente, 281 F. 111 150
The Sao Vicente, 260 U. S. 151, 43 S. Ct. 15, 67 L. Ed. 179 151 f.
The Sapphire, 11 Wall. 164, 20 L. Ed. 127 152
Sloan Shipyards Corporation v. U. S. Shipping Board Emergency Fleet Corp., 258 U. S. 549, 42 S. Ct. 386, 66 L. Ed. 762 146
Society for the Propagation of the Gospel v. New Haven, 8 Wheat. 464, 5 L. Ed. 662 138 f., 157 f.
State v. Reardon, 120 Kan. 614, 245 P. 158, 47 A. L. R. 452 159
Sullivan v. Kidd, 254 U. S. 433, 41 S. Ct. 158, 65 L. Ed. 344 156 f.
Techt v. Hughes, 229 N. Y. 222, 128 N. E. 185, 11 A. L. R. 166 157 ff.
Texas, etc. Railway Co v. Marshall, 136 U. S. 393 141
*United States v. Deutsches Kalisyndikat Gesellschaft et al., 31 F (2d) 199 142 ff.
United States v. Karnuth, 24 F (2d) 649 137
United States v. Strang, 254 U. S. 491, 41 S. Ct. 165, 65 L. Ed. 368 146
United States Shipping Board Emergency Fleet Corp. v. Wood, 274 F. 893 146
United States Shipping Board Emergency Fleet Corp. v. Western Union Tel. Co., 275 U. S. 415, 48 S. Ct. 198, 72 L. Ed. 345 146.

* bezeichnet eine in diesem Bande abgedruckte Urkunde.

# Berichtigungen.

| | |
|---|---|
| S. 15 Zeile 8 v. u. | statt »la«: le |
| S. 24 Zeile 14 v. o. | statt »28 Juillet 1836«: 29. Juillet 1836. |
| S. 33 Zeile 10 v. o. | statt »23 janvier 1925«: 4 avril 1928. |
| S. 38 Zeile 10/11 v. u. | statt »23 janvier 1925«: 4 avril 1928. |
| S. 50 Zeile 18 v. u. | statt »d'maened«: d'amende. |
| S. 56 Zeile 2 v. o. | statt »8493«: 849. |
| S. 56 Zeile 8 v. o. | statt »Teines«: Temes. |
| S. 56 Zeile 18 v. o. | statt »791«: 794. |
| S. 56 Zeile 22 v. o. | statt »839«: 873. |
| S. 67 Zeile 3 v. u. | statt »destrustion«: destruction. |
| S. 88 Zeile 8 v. o. | statt »15.«: 31. |
| S. 88 Zeile 13 v. u. | statt »15.«: 31. |
| S. 96 Zeile 7 v. u. | statt »AEG«: AufwG. |
| S. 104 Zeile 10 v. o. | statt »24.«: 14.; statt »771«: 272. |
| S. 104 Zeile 29 v. o. | statt »25.«: 29. |
| S. 106 Zeile 15 v. o. | statt »29.«: 13. |
| S. 111 Zeile 13 v. o. | statt »l'art. 6«: l'art. 7. |
| S. 116 Zeile 9 v. u. | statt »§ 4 Ziff. 1 der Ges.«: Art. 4 Ziff. 1 des Ges. |
| S. 116 Anm. Z. 3 v. o. | statt »1920«: 1930. |
| S. 118 Anm. 6 Z. 3 v. o. | statt »Commission«: Cour. |
| S. 118 Anm. 10 Z. 2 v. u. | statt »29. 8. 1929«: 5. 12. 1929. |
| S. 119 Zeile 15 v. o. | statt »XI.«: I. |
| S. 119 Zeile 4 v. u. | statt »1830«: 1930. |
| S. 129 Zeile 14 v. o. | statt »30«: 31. |
| S. 137 Zeile 20 v. u. | statt »Canda«: Canada. |
| S. 162 Anm. 7 Z. 13 v. o. | statt »englisch-französische«: englisch-russische. |
| S. 162 Anm. 7 Z. 16 v. o. | statt »1869«: 1867. |
| S. 242 Zeile 11 v. u. | statt »gemischten Zentralkommissionen«: gemischte Zentralkommission. |
| S. 272 Zeile 22 v. o. | statt »Kellogpaktes«: Kelloggpaktes. |
| S. 424 Zeile 16 v. o. | »to« hinter »to« ist zu streichen. |
| S. 634 Zeile 21 v. o. | statt »536«: 563. |
| S. 680 Anm. 1 Z. 5 v. o. | statt »X«: IX. |
| S. 691 Zeile 17 v. o. | statt »16.«: 6. |
| S. 724 Zeile 9 v. u. | statt »1923«: 1913. |
| S. 726 Zeile 17 v. u. | statt »vor«: von. |



